

120 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

# Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

# 1995

(1. Jänner bis 31. Dezember 1995)

und

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz



Wien 1995

Österreichische Staatsdruckerei

## I n h a l t

	Seite
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1995 .....	1
Gliederungselemente des Bundesvoranschlags .....	11
Anlagen:	
I. Bundesvoranschlag 1995 (Ausgaben und Einnahmen):	
Kapitel	
01 Präsidentschaftskanzlei .....	12
02 Bundesgesetzgebung .....	14
03 Verfassungsgerichtshof .....	16
04 Verwaltungsgerichtshof .....	18
05 Volksanwaltschaft .....	20
06 Rechnungshof .....	22
10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen .....	24
11 Inneres .....	30
12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten .....	38
13 Kunst .....	50
14 Wissenschaft und Forschung .....	52
15 Soziales .....	60
16 Sozialversicherung .....	70
17 Gesundheit und Konsumentenschutz .....	72
18 Umwelt .....	80
19 Jugend und Familie .....	84
20 Äußeres .....	86
30 Justiz .....	90
40 Militärische Angelegenheiten .....	92
50 Finanzverwaltung .....	94
51 Kassenverwaltung .....	100
52 Öffentliche Abgaben .....	104
53 Finanzausgleich .....	110
54 Bundesvermögen .....	114
55 Pensionen (Hoheitsverwaltung) .....	122
59 Finanzschuld, Währungstauschverträge .....	124
60 Land- und Forstwirtschaft .....	132
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr .....	148
64 Bauten und Technik .....	154
65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr .....	170
71 Bundestheater *) .....	176
75 Alkohol (Monopol) *) .....	178
77 Österreichische Bundesforste *) .....	180
78 Post- und Telegraphenverwaltung *) .....	182
79 Österreichische Bundesbahnen *) .....	186
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel .....	188
Ia. Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1994 .....	190
Ib. Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarunggruppen und Unterschied zum Bundesvoranschlag 1994 .....	192
Ic. Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen .....	194
II. Konjunkturausgleich-Voranschlag 1995 .....	196
Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel .....	203
IIa. Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlags nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen .....	204
III. Stellenplan (gesondertes Heft) .....	205
IV. Fahrzeugplan (gesondertes Heft) .....	351
V. Plan für Datenverarbeitungsanlagen (gesondertes Heft) .....	387
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1995 .....	(1) - (6)

\*) Geldvoranschlag

**Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 1995  
(Bundesfinanzgesetz 1995 — BFG 1995)**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Artikel I.** Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 1995 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlußsummen:

	Allgemeiner Haushalt	Ausgleichs- haushalt	Gesamt- haushalt
	(Beträge in Millionen Schilling)		
Ausgaben:	752.006,192	214.194,227	966.200,419
Einnahmen:	649.797,906	316.402,513	966.200,419
Abgang:	102.208,286	—	—
Überschuß:	—	102.208,286	—

Der Abgang des allgemeinen Haushaltes vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich während des Finanzjahres 1995 an Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen anfallen und nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, in der jeweils geltenden Fassung, sowie Art. IV bis VII oder zum Ausgleich von Mindereinnahmen herangezogen werden.

**Artikel II.** (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, nach den Bestimmungen des BHG

1. bis zur Höhe des sich aus Art. I ergebenden Abganges des allgemeinen Haushaltes
2. zuzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Ausgaben für die Tilgung von Schulden und von Kapital aus Währungstauschverträgen sowie der im Ausgleichshaushalt verrechneten Ausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen
3. abzüglich der im Ausgleichshaushalt veranschlagten Einnahmen aus Kapitalzahlungen aus Währungstauschverträgen und der im Ausgleichshaushalt verrechneten Einnahmen aus Aufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen

Kreditoperationen durchzuführen. Der für die Rückzahlung von Schulden veranschlagte Betrag vermindert sich um jene Beträge, die voraussichtlich im Finanzjahr 1995 für die Rückzahlung von Schulden nicht in Anspruch genommen werden und die nicht für die Bedeckung von Überschreitungen gemäß § 41 Abs. 3 und 5 BHG sowie Art. V und VI herangezogen werden.

(2) Der Höchstbetrag, bis zu dem die Ermächtigung gemäß Abs. 1 ausgeübt werden kann, erhöht sich um jene Beträge, die sich aus der Ausnützung der Ermächtigungen

1. gemäß Art. III,
2. gemäß Art. VII und
3. gemäß § 41 Abs. 3 Z 1 BHG beim Voranschlagsansatz 1/11177 und beim Voranschlagsansatz 1/15537 für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 39 b des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969, in der jeweils geltenden Fassung, jeweils bis zu 200 Millionen Schilling sowie bei den Voranschlagsansätzen 1/60304, 1/60314 und 1/60324 bis zu einem Betrag von insgesamt 1 950 Millionen Schilling

ergeben.

(3) Die Ermächtigungen gemäß Abs. 2 Z 2 und 3 dürfen nur in Anspruch genommen werden, wenn eine Bedeckung dieser Überschreitungen durch Ausgabeneinsparungen und/oder andere Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann.

**Artikel III.** (1) Läßt die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzjahr 1995 zusätzliche Ausgaben als zweckmäßig erscheinen, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Überschreitungen, die durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken sind, bei den im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) angeführten Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages (Anlage I) nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu genehmigen:

1. Hinsichtlich der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Stabilisierungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 426,055 Millionen Schilling, wenn
  - a) die wirtschaftliche Entwicklung dies erfordert und
  - b) das Vorhandensein freier Produktionskapazitäten die Ausübung dieser Ermächtigung volkswirtschaftlich zweckmäßig erscheinen läßt.
2. Hinsichtlich der Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages in Höhe des Bedarfes bei einzelnen Voranschlagsansätzen bis zu den in der Konjunkturbelebungsquote bei den einzelnen Voranschlagsansätzen veranschlagten Beträgen und bis zu dem dort ausgewiesenen Gesamtbetrag von 2 718,726 Millionen Schilling, wenn
  - a) mehrere Anzeichen eines Konjunkturrückganges, darunter insbesondere erhebliche Minderungen des Einganges von Aufträgen bei den Unternehmungen, auftreten und
  - b) dem Konjunkturrückgang durch die Ausübung dieser Ermächtigung entgegengewirkt werden kann.
3. Liefer- und Leistungsaufträge zu Lasten der gemäß Z1 oder Z2 genehmigten zusätzlichen Bundesmittel sind innerhalb von 3 Monaten nach der durch den Bundesminister für Finanzen erteilten Überschreitungsgenehmigung, jedoch spätestens bis zum Ablauf dieses Finanzjahres zu vergeben.

(2) Zeichnet sich im Laufe des Finanzjahres 1995 ein Konjunkturrückgang und ein Zurückbleiben der Einnahmen des allgemeinen Haushaltes gegenüber den veranschlagten Einnahmen (Art. I) und durch das erwartete Zurückbleiben der Einnahmen ein höherer Abgang des allgemeinen Haushaltes (Art. I) ab, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch abzeichnenden höheren Abgang des allgemeinen Haushaltes bis zu 3 vH der veranschlagten Einnahmen des allgemeinen Haushaltes (Art. I), durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Wege des Ausgleichshaushaltes zu bedecken. Ein Konjunkturrückgang ist dann gegeben, wenn sich gegenüber der Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes 1995 mit 5,8 vH zugrunde gelegten nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft während des Finanzjahres 1995 eine Minderung um 1 Prozentpunkt oder mehr abzeichnet.

(3) Ergibt sich im Laufe des Finanzjahres auf Grund der Eigenmittelvorschriften der Europäischen Gemeinschaft die Verpflichtung, einen höheren Beitrag an den Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften gegenüber dem beim Voranschlagsansatz 2/52904 veranschlagten Beitrag zu leisten, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, den sich dadurch ergebenden Mehrbedarf bis zu 3 vH des veranschlagten Betrages durch Einnahmen aus Kreditoperationen im Rahmen des Ausgleichshaushaltes zu bedecken.

**Artikel IV.** (1) Wenn von einem Bundesbetrieb oder einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erzielt werden, kann der Bundesminister für Finanzen die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen des Betriebes oder der betriebsähnlichen Einrichtung durch Zustimmung zu einer Überschreitung beim betreffenden Voranschlagsansatz bewilligen, soweit Ausgaben für derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz veranschlagt sind und die Durchführung dieser Investitionen für den betreffenden Betrieb betriebswirtschaftlich zweckmäßig ist.

(2) Wenn bei Voranschlagsansätzen für zweckgebundene Einnahmen Mehreinnahmen anfallen, aus denen dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der anfallenden zweckgebundenen Mehreinnahmen zustimmen. Werden Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen (zweckgebundene Ausgaben) nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der zweckgebundene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(3) Wenn bei den Voranschlagsansätzen 2/51305, 2/51306, 2/51314 und 2/51315 durch Zahlungen der EU Mehreinnahmen anfallen, aus denen gemäß den Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft dem Widmungszweck entsprechende Mehrausgaben zu tätigen sind, kann der Bundesminister für Finanzen beim betreffenden Voranschlagsansatz einer Überschreitung nach Maßgabe der diesbezüglich anfallenden Mehreinnahmen zustimmen. Sind Ausgaben nach Maßgabe der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die EU nicht unter einem eigenen Voranschlagsansatz veranschlagt, so kann

die Überschreitung auch dann genehmigt werden, wenn nur der auf EU-Mittel bezogene Ausgabenteil des Voranschlagsansatzes überschritten wird.

(4) Den in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Überschreitungen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen belegbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 1 sind solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für einen einzelnen Betrieb oder eine einzelne betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag, ausgenommen zweckgebundene Einnahmen, übersteigen.

**Artikel V.** (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1995 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 8 und 9 der Kapitel 01 bis 65 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages — lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling — wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6, 8 und 9 desselben Paragraphen sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
2. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3 und 8 der Titel 711, 753, 773 und 783 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages — lautet ein Voranschlagsansatz auf einen Betrag unter 4 Millionen Schilling, dann bis zu einem Betrag von 1 Million Schilling — wenn die Bedeckung für diese Überschreitung bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 3, 5, 6 und 8 desselben Titels sichergestellt werden kann. Für die Bedeckung dürfen bis zu 30 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
3. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilung 3 eines Kapitels bis zur Höhe von Einsparungen der im selben Kapitel veranschlagten Beträge für Anlagen (Unterteilung 3). Für die Bedeckung dürfen bis zu 80 vH des einzeln veranschlagten Ansatzbetrages verwendet werden;
4. bei den Voranschlagsansätzen des Konjunkturausgleich-Voranschlags (Anlage II) bis zu einem Betrag von 25 vH des Ansatzbetrages, wenn dies im Sinne der konjunkturellen Zielsetzungen gemäß Art. III Abs. 1 wirtschaftlich zweckmäßig ist und der Überschreibungsbetrag durch gleichhohe Ausgabenrückstellung bei einem anderen Voranschlagsansatz des Konjunkturausgleich-Voranschlags sichergestellt werden kann;
5. bei den Voranschlagsansätzen des Titels 601 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei einem anderen Voranschlagsansatz dieses Titels zurückgestellt werden können;
6. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens des Titels 642 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Ansatzbetrages, sofern die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen des Titels 642, ausgenommen der Voranschlagsansatz 1/64297 und die Voranschlagsansätze der Paragraphen 6425 und 6426, sichergestellt werden kann. Die Überschreitung darf nur genehmigt werden, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gesamtmaßnahmen zur Herstellung und Erhaltung der Bundesstraßen B, S und A erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgaben bei einem anderen Voranschlagsansatz desselben Titels und im Rahmen der Gesamtplanung der Bundesstraßen B, S und A zurückgestellt werden können;
7. bei den Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilungen 5, 6 und 8 der Paragraphen 1551 bis zur Höhe einer erzielbaren Ausgabeneinsparung beim jeweiligen Voranschlagsansatz für Förderungen und/oder Aufwendungen des entsprechenden Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 15 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
8. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Paragraphen 1111, 6313, 6525 und 6527 bis zur Höhe von Ausgabeneinsparungen bei anderen Voranschlagsansätzen desselben Paragraphen, wobei die Ansatzüberschreitung 50 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, nicht übersteigen darf;
9. bei den Voranschlagsansätzen 1/10066 und 1/10068 bis zu einem Betrag von insgesamt 190 Millionen Schilling und bei den Voranschlagsansätzen 1/54285 und 1/54846 bis zu einem Betrag von insgesamt 600 Millionen Schilling für Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteuropäi-

- sche Staaten, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
10. beim Voranschlagsansatz 1/11009 bis zu einem Betrag von 2 Millionen Schilling für Vorschußleistungen des Bundes als Träger von Privatrechten gemäß § 9 des Wachbediensteten-Hilfsleistungsgesetzes, BGBl. Nr. 177/1993, in der jeweils geltenden Fassung, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen innerhalb des Kapitels 11 sichergestellt werden kann;
  11. bei den Voranschlagsansätzen 1/15158, 1/15248 und 1/15778 für Leistungen aus der Gewährung von Härteausgleichen gemäß §§ 15 a des Opferfürsorgegesetzes, BGBl. Nr. 183/1947, 14 a des Bundesgesetzes über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, 76 des Kriegsofferversorgungsgesetzes 1957, BGBl. Nr. 152, und 73 a des Heeresversorgungsgesetzes, BGBl. Nr. 27/1964 — alle Gesetze in der jeweils geltenden Fassung — wenn die Bedeckung für diese Überschreitung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz für Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) desselben Titels sichergestellt werden kann; die Ansatzüberschreitung darf höchstens 80 vH des Ansatzbetrages, bei welchem die Ausgabeneinsparung erfolgt, betragen;
  12. beim Voranschlagsansatz 1/15578 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für die gemäß § 41 Abs. 2 des Arbeitsmarktservicegesetzes (AMSG), BGBl. Nr. 313/1994 in der jeweils geltenden Fassung zu tragenden Personal- und Sachausgaben, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen bei den zweckgebundenen Voranschlagsansätzen des Titels 155 sichergestellt werden kann;
  13. beim Voranschlagsansatz 1/18608 bis zu einem Betrag von 55 Millionen Schilling für gemäß den §§ 26, 31 und 32 Abs. 3 des Abfallwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 325/1990, in der jeweils geltenden Fassung, nicht vorhersehbar gewesene Maßnahmen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
  14. beim Voranschlagsansatz 1/18626 im Ausmaß jenes Betrages, der sich aus der Nichtverwendung der Anteile des Altlastenbeitrages für die Erfüllung der Aufgaben gemäß §§ 13 und 14 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, ergibt und durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/18628 bedeckt werden kann;
  15. bei den Voranschlagsansätzen 1/20108 und 1/20308 bis zu einem Betrag von 50 vH des veranschlagten Betrages, soweit die Überschreitung durch die Kassenwertgebarung verursacht ist und in Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/20104 und/oder 2/20304 bedeckt werden kann;
  16. beim Voranschlagsansatz 1/51003 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für Maßnahmen der Marktpflege zur Verbesserung der Lage auf dem Sekundärmarkt, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
  17. beim Voranschlagsansatz 1/51058 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel), wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
  18. beim Voranschlagsansatz 7/51919 bis zu einem Betrag von 40 Milliarden Schilling zur Tilgung zusätzlicher auf Grund der Marktentwicklung notwendiger Mehraufnahmen von kurzfristigen Verpflichtungen, erhöht um jene Beträge, um welche die Ermächtigung zur Aufnahme von Kreditoperationen gemäß Art. III Abs. 2 ausgenützt wird, wenn die Bedeckung durch Mehreinnahmen beim Voranschlagsansatz 8/51919 sichergestellt werden kann;
  19. beim Voranschlagsansatz 1/54255 bis zu einem Betrag von 80 Millionen Schilling für die Gewährung von Darlehen an Flughafenbetriebsgesellschaften nach Maßgabe deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/54093 sichergestellt werden kann;
  20. beim Voranschlagsansatz 1/59908 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für sonstige Zahlungen beim Eingehen von Finanzschuld und Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
  21. bei den Voranschlagsansätzen 1/59858, 1/59908 und 7/59859 bis zu einem Betrag von insgesamt 10 000 Millionen Schilling zum Abschluß von Devisentermingeschäften zur Wechselkurs-Absicherung von Fremdwährungszahlungen bzw. Währungstauschverträgen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann;
  22. beim Voranschlagsansatz 1/60008 bis zu einem Betrag von 5 vH des veranschlagten Betrages für den Fall der Inanspruchnahme nach dem Amtshaftungsgesetz, BGBl. Nr. 20/1949 in der jeweils geltenden Fassung bzw. für allfällige Vergleiche zur Vermeidung der Inanspruchnahme nach dem Amtshaftungsgesetz, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim Voranschlagsansatz 1/60136 sichergestellt werden kann;

23. bei den Voranschlagsansätzen 1/60216 und 1/60226 bis zu einem Betrag von 50 vH des veranschlagten Betrages, wenn die dem Mehrbedarf zugrundeliegenden Einzelmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgabeneinsparungen bei Voranschlagsansätzen des Titels 601 zurückgestellt werden können;
24. beim Voranschlagsansatz 1/60368 bis zu einem Betrag von 25 vH des veranschlagten Betrages, wenn der Mehrbedarf durch Mehreinnahmen im Kapitel 60 bedeckt werden kann;
25. bei den Voranschlagsansätzen 1/60848 und 1/60866 bis zu einem Betrag von 20 vH des veranschlagten Betrages für Maßnahmen des Schutzwasserbaues auf Grund eingetretener Katastrophenereignisse, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen beim jeweils anderen Voranschlagsansatz sichergestellt werden kann;
26. beim Voranschlagsansatz 1/63116 bis zu einem Betrag von 459 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/63156 sichergestellt werden kann;
27. beim Voranschlagsansatz 1/63156 bis zu einem Betrag von 260 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparungen in gleicher Höhe beim Voranschlagsansatz 1/63116 sichergestellt werden kann;
28. bei den Voranschlagsansätzen 1/64203 und 1/64233 bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Schilling zur Finanzierung von Bundesstraßenbauvorhaben, deren Verwirklichung durch behördliche Verfahren gehemmt wurde, nach Wegfall des Hemmnisses;
29. bei den Voranschlagsansätzen 1/64913 und 1/64918 bis zu einem Betrag von insgesamt 63 Millionen Schilling für Zwecke der Behandlung von Prämienanträgen im Bereiche der EU-Marktorganisationen, wenn die Bedeckung durch Ausgabeneinsparung beim Voranschlagsansatz 1/60038 sichergestellt werden kann;
30. beim Voranschlagsansatz 1/65198 bis zu einem Betrag von 72 Millionen Schilling, wenn die Bedeckung durch Einnahmen aus der Veräußerung der Liegenschaft EZ 4156, KG Landstraße, an die Austro Control GesmbH sichergestellt werden kann;
31. bei Voranschlagsansätzen des Ermessens der Unterteilung 3, 8 und 9 unabhängig von Überschreitungen gemäß Z 1 und 2 bis zum Betrag von 1 Million Schilling je Voranschlagsansatz, soweit die Bedeckung für die Ansatzüberschreitung durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann. Werden für eine Mehrzahl von Voranschlagsansätzen gleichzeitig Überschreitungen erforderlich und kann eine Bedeckung nur für einen Teil sichergestellt werden, so sind die Überschreitungen für die einzelnen Voranschlagsansätze in der Reihenfolge zu bewilligen, die sich aus den Fälligkeiten ergibt, nach deren Maßgabe zur Erfüllung rechtsverbindlicher Verpflichtungen des Bundes Ausgaben zu bestreiten sind.

(2) Der Bundesminister für Finanzen ist weiters ermächtigt, im Finanzjahr 1995 die Genehmigung zu Überschreitungen zu geben

1. bei Voranschlagsansätzen des Ausgabentitels 512 in Höhe der gemäß § 53 BHG in der jeweils geltenden Fassung und Art. X für die Rücklagenzuführung zulässigen Beträge, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze bzw. zweckgebundenen Einnahmen zu finden ist;
2. bei Voranschlagsansätzen bis zu jener Höhe, in der in Vorjahren zugunsten dieser Voranschlagsansätze oder Verwendungszwecke Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, wobei die Bedeckung durch Mehreinnahmen bei den Voranschlagsansätzen 2/51217, 2/51247 bzw. 2/51267 sicherzustellen ist;
3. für Hilfeleistungen in Katastrophen-, Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen und ähnlichem, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind, und im Einzelfall oder bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen, wenn sie in mehreren selbständigen Teilmaßnahmen erfolgen, die Ausgaben hierfür jeweils nicht mehr als 15 Millionen Schilling im Finanzjahr 1995 betragen und beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;
4. bei Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1116 für Auslandseinsätze gemäß Bundesverfassungsgesetz vom 30. Juni 1965 über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173, wenn die für diese Zwecke erforderlichen Mehrausgaben im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht vorhersehbar gewesen sind und durch Ausgaberrückstellungen oder Mehreinnahmen oder beim Paragraphen 5181 bedeckt werden können;

5. beim Voranschlagsansatz 1/15577 bis zum 30. Jänner 1996 in Höhe des gemäß § 1 Abs. 2 Z 9 des Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetzes (AMPFG), BGBl. Nr. 315/1994 in der jeweils geltenden Fassung, für die Überweisung an das Arbeitsmarktservice vorgesehenen Betrages, wobei die Bedeckung in den nicht in Anspruch genommenen Teilen der Voranschlagsansätze bzw. zweckgebundenen Einnahmen des Titels 155 zu finden ist.

(3) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, überplanmäßige Ausgaben aus Währungstauschverträgen bis zu einem Gesamtbetrag von 50 Milliarden Schilling und im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 20 Milliarden Schilling zu genehmigen, wenn die Bedeckung der Mehrausgaben durch Ausgabeneinsparungen und/oder Mehreinnahmen sichergestellt werden kann.

**Artikel VI.** Der Bundesminister für Finanzen hat im Finanzjahr 1995 die Zustimmung zu Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen des Paragraphen 1551 für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 Abs. 2 [AMSG] nach Maßgabe der dem Bund vom Arbeitsmarktservice überwiesenen Mittel bis zu einem Betrag von 10 vH der vorgesehenen Ansatzbeträge zu geben.

**Artikel VII.** Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1995 die Zustimmung zu Überschreitungen zu geben

1. bei den Voranschlagsansätzen 1/10753 und 1/10758 bis zu einem Betrag von insgesamt 73 Millionen Schilling für den Bereich der Bundessportheime, falls eine Ausgliederung der Bundessportheime im Jahr 1995 nicht erfolgt;
2. beim Voranschlagsansatz 1/11178 bis zu einem Betrag von 150 Millionen Schilling für Leistungen im Rahmen des Zivildienstgesetzes, BGBl. Nr. 679/1986, in der jeweils geltenden Fassung;
3. beim Voranschlagsansatz 1/11198 bis zu einem Betrag von 100 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme in solchen Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium als dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen sind;
4. bei den Voranschlagsansätzen 1/11506 und 1/11508 bis zu einem Betrag von insgesamt 500 Millionen Schilling für Maßnahmen der Flüchtlingsbetreuung;
5. beim Voranschlagsansatz 1/14208 bis zu einem Betrag von 1 170 Millionen Schilling für eine Nachzahlung betreffend klinischer Mehraufwand;
6. beim Voranschlagsansatz 1/15658 bis zu einem Betrag von 150 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 13 Abs. 3 des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 835/1992;
7. beim Voranschlagsansatz 1/18646 bis zu einem Betrag von 200 Millionen Schilling für Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der östlichen Nachbarstaaten Österreichs, die eine wesentliche Reduzierung der Umweltbelastung in Österreich bewirken;
8. beim Voranschlagsansatz 1/20006 bis zu einem Betrag von 30 Millionen Schilling für Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP);
9. bei den Voranschlagsansätzen 1/20506 und 1/20508 bis zu einem Betrag von insgesamt 300 Millionen Schilling für Maßnahmen im Bereich der bilateralen Entwicklungshilfe;
10. bei den Voranschlagsansätzen 1/40108, 1/64633 und 1/64738 bis zu einem Betrag von insgesamt 300 Millionen Schilling zur Durchführung der in den abgeschlossenen Vereinbarungen gemäß Art. 15 a B-VG mit dem Land Steiermark vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der österreichischen Luftraumüberwachung (BGBl. Nr. 524/1990, in der geltenden Fassung); in den Vorjahren auf Grund der Vereinbarungen bereits geleistete Zahlungen zählen auf den Gesamtbetrag von insgesamt 300 Millionen Schilling;
11. beim Voranschlagsansatz 1/50138 bis zu einem Betrag von 600 Millionen Schilling für Zahlungen zur Schuldenerleichterung auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Maßnahmen;
12. beim Voranschlagsansatz 1/50418 bis zu einem Betrag von 700 Millionen Schilling für Ausfuhrerstattungen gemäß EU-Marktordnungsvorschriften;
13. beim Voranschlagsansatz 1/51003 bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling für den Erwerb von Bundestitel;
14. beim Voranschlagsansatz 1/51038 bis zu einem Betrag von 2 000 Millionen Schilling für eventuelle Kursverluste;
15. beim Voranschlagsansatz 1/51918 für auf Grund der Marktentwicklung notwendige Mehraufnahmen kurzfristiger Verpflichtungen bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling;



16. beim Voranschlagsansatz 1/54718 für den Fall der Inanspruchnahme aus der Kursrisikogarantie bis zu einem Betrag von 1 000 Millionen Schilling;
17. bei den Voranschlagsansätzen 1/54718 und 1/54719 für den Fall der Inanspruchnahme aus Haftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 2 000 Millionen Schilling;
18. bei den Voranschlagsansätzen 1/54728 und 1/54729 bis zu einem Betrag von insgesamt 4 000 Millionen Schilling für den Fall der Inanspruchnahme gemäß § 7 Abs. 2 des Ausfuhrförderungsgesetzes 1981, BGBl. Nr. 215, in der jeweils geltenden Fassung;
19. beim Voranschlagsansatz 1/54838 bis zu einem Betrag von 65 Millionen Schilling für Zahlungen an die Donaukraftwerke AG;
20. beim Voranschlagsansatz 1/60216 bis zu einem Betrag von 143 Millionen Schilling für Förderungen im Rahmen von Ziel 1, weiteren bis zu 250 Millionen Schilling für Förderungen im Rahmen von Ziel 5a und weiteren bis zu 634 Millionen Schilling für Förderungen im Rahmen von Ziel 5b, soweit die entsprechenden Vorhaben durch Mittel der Europäischen Union und der Länder kofinanziert werden;
21. beim Voranschlagsansatz 1/60346 bis zu einem Betrag von 600 Millionen Schilling, soweit entsprechende Bundesmittel für Agrarförderungen im Rahmen der Verordnung 2078/92 erforderlich sind und diese durch die Europäische Union und die Länder kofinanziert werden;
22. beim Voranschlagsansatz 1/60606 bis zu einem Betrag von 350 Millionen Schilling für degressive Ausgleichszahlungen gemäß EU-Beitrittsvertrag;
23. beim Voranschlagsansatz 1/60626 bis zu einem Betrag von 1 885 Millionen Schilling, soweit diese Mittel für von der Europäischen Union genehmigte Förderungen von Ölsaaten erforderlich sind;
24. bei den Voranschlagsansätzen 1/63116, 1/63156 und 1/63176 bis zu einem Betrag von insgesamt 150 Millionen Schilling, sofern diese Mittel zur Erlangung einer EU-Kofinanzierung erforderlich sind.

**Artikel VIII.** Den Überschreitungen gemäß Art. IV bis VII darf nur zugestimmt werden, wenn über den bei einem Voranschlagsansatz veranschlagten Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben dies erfordern und wenn ohne diese Maßnahme die ordnungsgemäße Ausübung der Verwaltung im Hinblick auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit wesentlich beeinträchtigt wird und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Voranschlagsansätzen Ausgaben und/oder Mehreinnahmen in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe bereitgestellt werden können, wobei bei den Überschreitungen gemäß Art. IV, V Abs. 1 und 2 und VI als Mehreinnahmen zur Bedeckung von Mehrausgaben nur jene des allgemeinen Haushaltes herangezogen werden dürfen.

**Artikel IX.** (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1995 namens des Bundes gemäß § 66 BHG

1. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur teilweisen Finanzierung der ihm durch das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, übertragenen Aufgaben durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftungen 5 000 Millionen Schilling an Kapital und 5 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 5 000 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
2. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für gemäß § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes, mit dem Bestimmungen über die Abwicklung der Bundeswohnbaufonds getroffen und das Bundesfinanzgesetz 1989, das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Bundesgesetz BGBl. Nr. 373/1988 geändert werden, BGBl. Nr. 301/1989, durchzuführende Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 500 Millionen Schilling an Kapital und 500 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten und die Kreditoperation im Einzelfall 500 Millionen Schilling an Kapital nicht übersteigt;
3. die Haftung als Bürge und Zahler (§ 1357 ABGB) für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 31 Abs. 5 des Kreditwesengesetzes, BGBl. Nr. 63/1979, in der jeweils geltenden Fassung, bis zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling an Kapital und 100 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten zu übernehmen;
4. die Ausfallhaftung für Kredite von Kreditinstituten für Maßnahmen gemäß § 51a Abs. 3 des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 31/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 450/1994, in

einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 150 Millionen Schilling an Kapital und 150 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt;

5. die Ausfallhaftung für vom Arbeitsmarktservice gemäß § 48 AMSG aufzunehmende Kredite in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der Gesamtbetrag (Gegenwert) der Haftung 1 000 Millionen Schilling an Kapital und 1 000 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten nicht übersteigt.

(2) Haftungen für Kreditoperationen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 5 dürfen nur übernommen werden, wenn diese inhaltlich den Bestimmungen des § 65 b BHG entsprechen.

(3) Auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 und 5 ist der § 66 Abs. 2 Z 3 BHG, auf Haftungen gemäß Abs. 1 Z 1 und 2 ist darüberhinaus § 66 Abs. 2 Z 2 BHG nicht anzuwenden.

**Artikel X.** Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, für eine widmungsgemäße Verwendung in einem späteren Finanzjahr die im Finanzjahr 1995 durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile

1. der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung — wobei die Zweckbestimmung für bewegliches Anlagevermögen auch aus den Voranschlagsposten ersichtlich sein muß — genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (allgemeine Rücklage) zu reservieren;
2. der bei den Voranschlagsansätzen 1/10006 (für die Julius Raab-Stiftung), 1/10066, 1/10068, 1/13046 (für das Österreichische Filminstitut), 1/14146, 1/14176 (für Apart-Stipendien), 1/14208 (für die VOEST-Alpine Medizintechnik Ges.m.b.H. und den klinischen Aufwand), 1/15006 (für Gemeinschaftsinitiativen), 1/18646, 1/18648, 1/20506, 1/20508, 1/60136, 1/63176, 1/64145, 1/64146, 1/64148, 1/65148, 1/65158, 1/65246, 1/65255 und 1/65256 genehmigten Ausgabenbeträge im Wege einer Rücklagenzuführung (besondere Rücklage) zu reservieren.

**Artikel XI.** (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1995 über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß § 64 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen:

1. gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG bis zu einem Entgelt (Preis, Wert) von 10 Millionen Schilling für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens;
2. gemäß § 64 Abs. 4 BHG bis zu einem Schätzwert von 500 000 Schilling im Einzelfall;
3. gemäß § 64 Abs. 5 BHG bis zu einem Schätzwert der Belastung von 250 000 Schilling im Einzelfall.

Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen, bei denen die unter Z 1 bis 3 angeführten Wertgrenzen überschritten werden, bedürfen der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des Art. 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist.

(2) Die im laufenden Finanzjahr gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG innerhalb des Ermächtigungsumrahmens gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 getroffenen Verfügungen dürfen insgesamt den Wert von 350 Millionen Schilling nicht übersteigen.

(3) Über jede im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung gemäß § 64 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG, bei der das Entgelt für den einzelnen Bestandteil des unbeweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 4 Millionen Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

**Artikel XII.** (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1995 über Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens im Rahmen der ihm gemäß §§ 62 und 63 BHG übertragenen Befugnis nach Maßgabe folgender Bestimmungen zu verfügen.

(2) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG

1. die Forderung, auf die verzichtet wird, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wird, 10 Millionen Schilling, oder
2. der Wert aller sonstigen Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, über die durch das jeweilige Rechtsgeschäft gleichzeitig verfügt wird, insgesamt 150 Millionen Schilling,

so bedarf eine solche Verfügung der Bewilligung durch ein Bundesgesetz im Sinne des § 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die vom Bundesminister für Finanzen einzuholen ist. Hievon kann bei einem Verzicht auf eine Forderung des Bundes Abstand genommen werden, wenn dadurch aus

wirtschafts- oder arbeitsmarktpolitischen Interessen die Einleitung oder Durchführung eines Konkurs- oder Ausgleichsverfahrens vermieden werden könnte, jedoch die Bewilligung des Nationalrates nicht mehr rechtzeitig eingeholt werden kann.

(3) Übersteigt bei einer Verfügung gemäß §§ 62 und 63 Abs. 1 Z 1 und 2 BHG die Forderung, auf die verzichtet wurde, oder der Wert des einzelnen sonstigen Bestandteiles des beweglichen Bundesvermögens, über den verfügt wurde, 2 Millionen Schilling, hat der Bundesminister für Finanzen dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates über jede derartige im laufenden Finanzjahr getroffene Verfügung binnen einem Monat nach Ablauf dieses Finanzjahres zusammenfassend zu berichten.

**Artikel XIII.** Die Regelungen über die Planstellen- und Personalbewirtschaftung des Bundes und die Anzahl der Planstellen für Bundesbedienstete für das Jahr 1995 werden durch den Stellenplan 1995 festgelegt (Anlage III).

**Artikel XIV.** Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1995 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den Fahrzeugplan für das Jahr 1995 (Anlage IV) getroffen.

**Artikel XV.** Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Type der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1995 verwendeten Datenverarbeitungsanlagen bestritten werden dürfen, werden durch den Plan für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1995 (Anlage V) getroffen.

**Artikel XVI.** Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Mai 1995 in Kraft und gilt für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1995 mit der Maßgabe, daß die auf Grund des Gesetzlichen Budgetprovisoriums, BGBl. Nr. 1106/1994, in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1995 vollzogenen Gebarungen unter Berücksichtigung der auf Grund des Bundesgesetzes vom 30. Dezember 1994, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird, BGBl. Nr. 1105/1994, sich ergebenden geänderten Zuständigkeiten einzelner Bundesministerien, zu Gunsten und zu Lasten der maßgeblichen Einnahmen- und Ausgabenansätze des Bundesvoranschlages für das Jahr 1995 zu überrechnen sind.

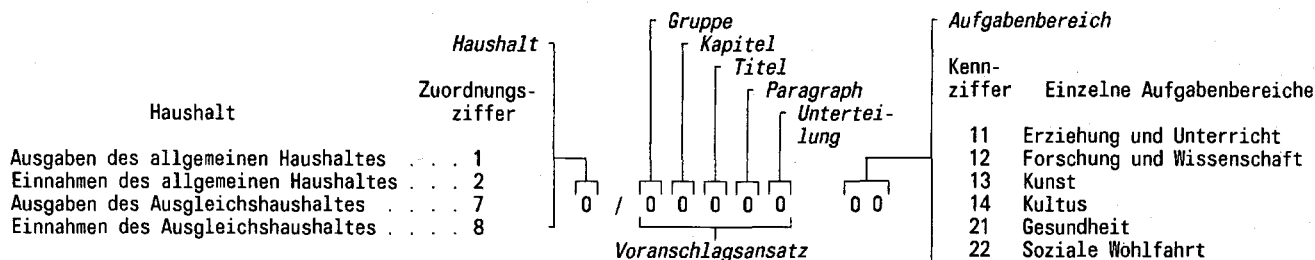
**Artikel XVII.** Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der den obersten Organen nach Maßgabe der Haushaltsvorschriften zustehenden Befugnis zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlages,

1. soweit in diesem Bundesgesetz Bestimmungen über den Stellenplan getroffen werden, der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
2. im übrigen der Bundesminister für Finanzen betraut.



Gliederung 1)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch numerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:



Bei den *Einnahmenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt
0	Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen
2)	3] Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen
	4] Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen
	6] Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen
2)	9] Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen

- Aufgabenbereich**
- | Kennziffer | Einzelne Aufgabenbereiche                                     |
|------------|---|
| 11         | Erziehung und Unterricht                                      |
| 12         | Forschung und Wissenschaft                                    |
| 13         | Kunst   |
| 14         | Kultus  |
| 21         | Gesundheit  |
| 22         | Soziale Wohlfahrt   |
| 23         | Wohnungsbau   |
| 32         | Straßen   |
| 33         | Sonstiger Verkehr   |
| 34         | Land- und Forstwirtschaft                                     |
| 35         | Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) |
| 36         | Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)                |
| 37         | Öffentliche Dienstleistungen                                  |
| 38         | Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)              |
| 41         | Landesverteidigung  |
| 42         | Staats- und Rechtssicherheit                                  |
| 43         | Übrige Hoheitsverwaltung                                      |

Bei den *Ausgabenansätzen* ist die 5. Dekade (= Unterteilung) finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebärungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebärungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	erfolgswirksame Gebärung (E) oder bestandswirksame Geb. (B)
<b>Personalausgaben:</b>			
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P	E
<b>Sachausgaben:</b>			
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G	B
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An	B
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G	E
5 = Förderungen - Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D	B
6 = Förderungen - Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F	E
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S	E
8 = Aufwendungen - erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A	E
9 = Aufwendungen - bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B	B

1) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes“ (in Kontenpläne der Gebietskörperschaften - KOG I. und II. Teil, Neufassung 1990) entnommen werden.

2) Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
<b>1/01</b>		<b>Präsidentenkanzlei:</b>							
1/01000	43	Personalausgaben .....		35,025			35,025	32,349	32,280
1/01003	43	Anlagen .....				1,247	1,247	6,800	2,767
1/01005	43	Bezugsvorschüsse .....				0,200	0,200	0,200	0,200
	23					0,100	0,100	0,100	
	43					0,100	0,100	0,100	0,200
1/01007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,455		6,455	5,794	6,222
	43				0,601		0,601	0,002	0,531
	43				5,854		5,854	5,792	5,691
1/01008	43	Aufwendungen .....			16,453		16,453	20,493	21,397
		<b>Gesamtausgaben 01...</b>		<b>35,025</b>	<b>22,908</b>	<b>1,447</b>	<b>59,380</b>	<b>65,636</b>	<b>62,865</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/01		Präsidenschaftskanzlei:						
2/01004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,922		0,922	0,730	0,728
2/01008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,072	0,072	0,003	0,045
2/01009		Bezugsvorschußersätze .....			0,197	0,197	0,197	0,158
	23				0,001	0,001	0,001	
	43				0,196	0,196	0,196	0,158
		Gesamteinnahmen 01...		0,922	0,269	1,191	0,930	0,930

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/02		<b>Bundesgesetzgebung:</b>							
1/021		<b>Nationalrat:</b>	*						
1/02107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			577,707		577,707	614,894	505,612
	22				0,905		0,905	0,002	0,903
	43				576,802		576,802	614,892	504,709
1/02108		Aufwendungen .....			22,746		22,746	22,294	24,493
	43				22,746		22,746	22,294	24,493
	21								
1/02106	43	Förderungen .....							
		Summe 021...			600,453		600,453	637,188	530,106
1/022		<b>Bundesrat:</b>	*						
1/02207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			87,926		87,926	93,839	75,322
	22				0,100		0,100	0,002	0,106
	43				87,826		87,826	93,837	75,216
1/02208		Aufwendungen .....			3,827		3,827	3,916	4,182
	43				3,827		3,827	3,916	4,182
	21								
		Summe 022...			91,753		91,753	97,755	79,503
1/023		<b>Gemeinsame Ausgaben für Nationalrat und Bundesrat:</b>	*						
1/02304	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			157,596		157,596	136,038	132,685
1/02306	43	Förderungen .....			0,673		0,673	0,901	1,245
1/02307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			27,510		27,510		
	22				0,002		0,002		
	43				27,508		27,508		
1/02308	43	Aufwendungen .....			21,429		21,429	22,750	9,279
		Summe 023...			207,208		207,208	159,689	143,209
1/024		<b>Parlamentsdirektion:</b>							
1/02400	43	Personalausgaben .....		157,863			157,863	166,793	141,105
1/02403	43	Anlagen .....				105,494	105,494	160,940	120,242
1/02405		Bezugsvorschüsse .....				0,592	0,592	0,592	0,592
	23					0,512	0,512	0,512	0,512
	43					0,080	0,080	0,080	0,080
1/02407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,280		4,280	2,002	3,583
	22				2,430		2,430	0,002	2,440
	43				1,850		1,850	2,000	1,144
1/02408		Aufwendungen .....			191,206		191,206	142,075	125,850
	11				4,464		4,464	2,650	1,767
	43				186,742		186,742	139,425	124,083
1/02406	43	Förderungen .....							
		Summe 024...		157,863	195,486	106,086	459,435	472,402	391,373
		<b>Gesamtausgaben 02...</b>		157,863	1.094,900	106,086	1.358,849	1.367,034	1.144,190

## Anmerkungen:

- 1/021 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.  
1/022 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.  
1/023 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/024 veranschlagt.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

15

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
<b>2/02</b>		<b>Bundesgesetzgebung:</b>						
2/021		Nationalrat:						
2/02104	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		43,000	.....	43,000	23,900	24,716
2/022		Bundesrat:						
2/02204	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		7,500	.....	7,500	4,200	4,090
2/023		Gemeinsame Einnahmen für Nationalrat und Bundesrat:						
2/02304	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		4,001	.....	4,001	.....	.....
2/024		Parlamentsdirektion:						
2/02404	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,797	.....	0,797	0,746	1,185
2/02408	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,006	0,006	0,006	0,072
2/02409	43	Bezugsvorschußersatz .....		.....	0,650	0,650	0,650	0,635
	23	.....		.....	0,550	0,550	0,550	0,524
	43	.....		.....	0,100	0,100	0,100	0,111
		Summe 024...		0,797	0,656	1,453	1,402	1,892
		<b>Gesamteinnahmen 02...</b>		<b>55,298</b>	<b>0,656</b>	<b>55,954</b>	<b>29,502</b>	<b>30,698</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/03		Verfassungsgerichtshof:							
1/03000	42	Personalausgaben .....		26,530			26,530	25,344	24,569
1/03003	42	Anlagen .....	*			1,614	1,614	1,821	1,506
1/03005		Bezugsvorschüsse .....				0,200	0,200	0,200	0,151
	23					0,100	0,100	0,100	
	42					0,100	0,100	0,100	0,151
1/03007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			25,347		25,347	24,216	23,472
	22				0,300		0,300	0,002	0,212
	42				25,047		25,047	24,214	23,260
1/03008	42	Aufwendungen .....			8,249		8,249	8,984	7,607
		<b>Gesamtausgaben 03...</b>		<b>26,530</b>	<b>33,596</b>	<b>1,814</b>	<b>61,940</b>	<b>60,565</b>	<b>57,305</b>

Anmerkungen:

1/03003 Hievon 1995 0,889 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

17

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N		Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.					
2/03		Verfassungsgerichtshof:						
2/03004	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,734		0,734	0,719	0,475
2/03008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,004	0,004	0,004	0,063
2/03009	23	Bezugsvorschußsätze .....			0,147	0,147	0,147	0,132
	42				0,007	0,007	0,007	0,007
					0,140	0,140	0,140	0,126
		Gesamteinnahmen 03...		0,734	0,151	0,885	0,870	0,670

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/04		<b>Verwaltungsgerichtshof:</b>							
1/04000	42	Personalausgaben .....		106,565			106,565	105,374	99,771
1/04003	42	Anlagen .....				1,974	1,974	2,234	2,851
1/04005	42	Bezugsvorschüsse .....				0,291	0,291	0,291	0,283
	23					0,080	0,080	0,080	
	42					0,211	0,211	0,211	0,283
1/04007	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,525		1,525	0,014	1,612
	22				1,513		1,513	0,002	1,608
	42				0,012		0,012	0,012	0,004
1/04008	42	Aufwendungen .....			10,084		10,084	8,924	8,413
		<b>Gesamtausgaben 04...</b>		<b>106,565</b>	<b>11,609</b>	<b>2,265</b>	<b>120,439</b>	<b>116,837</b>	<b>112,930</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/04		Verwaltungsgerichtshof:						
2/04004	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		4,036	.....	4,036	4,036	4,896
2/04008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,003	0,003	0,003	.....
2/04009		Bezugsvorschußersätze .....		.....	0,245	0,245	0,245	0,334
	23	.....		.....	0,025	0,025	0,025	0,037
	42	.....		.....	0,220	0,220	0,220	0,297
		Gesamteinnahmen 04...		4,036	0,248	4,284	4,284	5,230

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/05		<b>Volksanwaltschaft:</b>							
1/05000	42	Personalausgaben .....		24,506			24,506	24,127	23,483
1/05003	42	Anlagen .....				1,204	1,204	1,363	0,518
1/05005	42	Bezugsvorschüsse .....				0,200	0,200	0,200	0,105
	23					0,100	0,100	0,100	
	42					0,100	0,100	0,100	0,105
1/05007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			16,095		16,095	12,529	12,591
	42				0,340		0,340	0,002	0,351
	42				15,755		15,755	12,527	12,240
1/05008	42	Aufwendungen .....			6,385		6,385	6,245	5,959
		<b>Gesamtausgaben 05...</b>		24,506	22,480	1,404	48,390	44,464	42,657

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

21

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
<b>2/05</b>		<b>Volksanwaltschaft:</b>						
2/05004	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,707		1,707	0,923	0,905
2/05008	42	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	
2/05009		Bezugsvorschußsätze .....			0,100	0,100	0,124	0,132
	23				0,030	0,030	0,042	0,052
	42				0,070	0,070	0,082	0,080
		<b>Gesamteinnahmen 05...</b>		<b>1,707</b>	<b>0,103</b>	<b>1,810</b>	<b>1,050</b>	<b>1,037</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/06		Rechnungshof:							
1/06000	43	Personalausgaben .....		221,432			221,432	209,010	202,855
1/06003	43	Anlagen .....				8,393	8,393	8,743	6,967
1/06005		Bezugsvorschüsse .....				0,625	0,625	0,625	0,272
	23					0,325	0,325	0,325	0,045
	43					0,300	0,300	0,300	0,227
1/06007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			10,712		10,712	9,102	10,513
	22				4,300		4,300	0,002	4,671
	43				6,412		6,412	9,100	5,842
1/06008	43	Aufwendungen .....	*		52,469		52,469	46,158	30,940
		<b>Gesamtausgaben 06...</b>		221,432	63,181	9,018	293,631	273,638	251,547

Anmerkungen:

1/06008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/06000.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

23

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/06		<b>Rechnungshof:</b>						
2/06000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,001		0,001	0,001	
2/06004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,877		0,877	0,877	1,326
2/06008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	
2/06009	43	Bezugsvorschußersätze .....			0,660	0,660	0,660	0,630
	23				0,280	0,280	0,280	0,272
	43				0,380	0,380	0,380	0,357
		<b>Gesamteinnahmen 06...</b>		<b>0,878</b>	<b>0,663</b>	<b>1,541</b>	<b>1,541</b>	<b>1,955</b>

Anmerkungen:

2/06000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/06008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/10		<b>Bundeskanzleramt mit Dienststellen:</b>							
1/100		Bundeskanzleramt:							
1/1000		Zentralleitung:							
1/10000	43	Personalausgaben .....		383,973			383,973	356,687	352,659
1/10003	43	Anlagen .....	*			76,760	76,760	55,956	29,373
1/10005		Bezugsvorschüsse .....				3,746	3,746	3,423	2,635
	23					1,643	1,643	1,443	0,759
	43					2,103	2,103	1,980	1,876
1/10006		Förderungen .....			63,994		63,994	61,085	255,807
	12				0,621		0,621	0,660	0,640
	38				0,096		0,096	0,100	27,719
	43				63,277		63,277	60,325	227,447
1/10007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			295,964		295,964	275,158	288,237
	21				0,001		0,001	0,001	
	22				6,350		6,350	0,002	6,228
	43				289,613		289,613	275,155	282,009
1/10008		Aufwendungen .....	*		508,089		508,089	547,993	496,036
	21				0,135		0,135	0,141	0,162
	43				507,954		507,954	547,852	495,874
		Summe 1000...		383,973	868,047	80,506	1.332,526	1.300,302	1.424,747
1/1001		Verwaltungsakademie:							
1/10010	11	Personalausgaben .....		28,022			28,022	25,622	24,139
1/10013	11	Anlagen .....	*			5,712	5,712	4,670	2,321
1/10017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,659		0,659	0,461	0,552
	11				0,349		0,349	0,459	0,306
	22				0,310		0,310	0,002	0,246
1/10018	11	Aufwendungen .....			48,002		48,002	54,348	39,930
		Summe 1001...		28,022	48,661	5,712	82,395	85,101	66,942
1/10038	43	Bundesgesetzblatt .....	*		31,668		31,668	20,798	30,867
1/1004		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:							
1/10046		Förderungen .....			15,841		15,841	26,630	27,051
	36				15,841		15,841	26,629	26,575
	35							0,001	0,476
1/10048	36	Aufwendungen .....			0,055		0,055		
		Summe 1004...			15,896		15,896	26,630	27,051
1/1005		Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):							
1/10058	43	Aufwendungen .....	*		485,568		485,568	653,800	512,015
1/1006		Zusammenarbeit mit ZOR und NUS: Sondermaßnahmen der Bundesregierung: Ausland - Osthilfe							
1/10066		Förderungen .....	*		103,930		103,930	85,600	
	38				35,000		35,000	30,000	
	43				68,930		68,930	55,600	
1/10068	43	Aufwendungen .....	*		1,000		1,000	15,600	
		Summe 1006...			104,930		104,930	101,200	
		Summe 100...		411,995	1.554,770	86,218	2.052,983	2.187,831	2.061,622

## Anmerkungen:

- 1/10003 Hievon 1995 6,316 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/10008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10000.  
1/10013 Hievon 1995 3,665 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/10038 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/1000 mitveranschlagt.  
1/10058 Hievon 1995 250,000 Millionen Schilling Überweisung an den VA-Ansatz 2/14100 und je 112,191 Millionen Schilling an die VA-Ansätze 2/63170 und 2/65270.  
1/10066 Hievon 1995 103,930 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.  
1/10068 Hievon 1995 1,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/10		<b>Bundeskanzleramt mit Dienststellen:</b>						
2/100		<b>Bundeskanzleramt:</b>						
2/1000		<b>Zentralleitung:</b>						
2/10000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,001		0,001	0,001	
2/10004		Erfolgswirksame Einnahmen .....		30,489		30,489	20,029	32,724
	21			0,001		0,001	0,001	
	38			10,000		10,000	0,001	12,000
	43			20,488		20,488	20,027	20,724
2/10008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,186	0,186	0,151	0,321
2/10009		Bezugsvorschußsätze .....			2,975	2,975	2,605	2,452
	23				0,920	0,920	0,660	0,746
	43				2,055	2,055	1,945	1,706
		Summe 1000...		30,490	3,161	33,651	22,786	35,497
2/1001		<b>Verwaltungsakademie:</b>						
2/10014		Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,743		0,743	0,786	0,597
	11			0,742		0,742	0,786	0,597
	43			0,001		0,001		
2/10018	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1001...		0,743	0,002	0,745	0,788	0,597
2/10034	43	Bundesgesetzblatt .....		31,668		31,668	31,092	32,595
2/1004		<b>Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:</b>						
2/10044	36	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,002	
2/1005		<b>Mittel d. Innovations-u. Technologiefonds (ITF) (zweckgeb. Geb):</b>						
2/10050	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	485,568		485,568	653,800	512,015
2/1006		<b>Zusammenarbeit mit ZOR und NUS: Sondermaßnahmen der Bundesregierung: Ausland - Osthilfe</b>						
2/10064	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
		Summe 100...		548,472	3,163	551,635	708,469	580,704

## Anmerkungen:

2/10000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10008 mitveranschlagt.

2/10050 Überweisung vom VA-Ansatz 1/51108.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/101		Staatsarchiv und Archivamt:							
1/10100	12	Personalausgaben .....		55,141			55,141	52,519	52,166
1/10103	12	Anlagen .....	*			3,567	3,567	2,986	0,739
1/10106	12	Förderungen .....			0,096		0,096	0,095	0,097
1/10107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,073		1,073	0,060	0,967
	12				0,063		0,063	0,058	0,014
	22				1,010		1,010	0,002	0,952
1/10108	12	Aufwendungen .....			15,314		15,314	17,269	14,491
		Summe 101...		55,141	16,483	3,567	75,191	72,929	68,460
1/102		Statistisches Zentralamt:							
1/10200	43	Personalausgaben .....		470,229			470,229	425,469	421,754
1/10203	43	Anlagen .....				29,479	29,479	24,242	32,337
1/10207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,277		7,277	0,204	6,390
	43				6,640		6,640	0,002	6,141
	43				0,637		0,637	0,202	0,249
1/10208	43	Aufwendungen .....			160,709		160,709	136,439	169,007
		Summe 102...		470,229	167,986	29,479	667,694	586,354	629,487
1/103		Österreichische Staatsdruckerei:							
1/1030		Amt der Wiener Zeitung:							
1/10300	43	Personalausgaben .....		20,104			20,104	19,054	19,351
1/10308	43	Aufwendungen .....			0,745		0,745	0,745	0,668
		Summe 1030...		20,104	0,745		20,849	19,799	20,020
1/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:							
1/10310	43	Personalausgaben .....		22,033			22,033	22,294	22,570
1/10318	43	Aufwendungen .....			0,075		0,075	0,075	0,042
		Summe 1031...		22,033	0,075		22,108	22,369	22,612
		Summe 103...		42,137	0,820		42,957	42,168	42,631

## Anmerkungen:

1/10103 Hievon 1995 2,728 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/101		Staatsarchiv und Archivamt:						
2/10104	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,878		0,878	0,986	0,796
	43			0,877		0,877	0,986	0,796
				0,001		0,001		
2/10107	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	0,004
		Summe 101...		0,878	0,002	0,880	0,988	0,799
2/102		Statistisches Zentralamt:						
2/10204	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		26,601		26,601	15,520	14,992
2/10207	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,004	0,004	0,004	0,021
		Summe 102...		26,601	0,004	26,605	15,524	15,012
2/103		Österreichische Staatsdruckerei:						
2/1030		Amt der Wiener Zeitung:						
2/10304	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		20,849		20,849	19,799	19,946
2/1031		Amt der Österreichischen Staatsdruckerei:						
2/10314	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		22,108		22,108	22,369	22,881
		Summe 103...		42,957		42,957	42,168	42,826

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/104		Presse- und Parteienförderung:							
1/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:							
1/10424	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			132, 896		132, 896	125, 563	119, 243
1/1043		Zuwendungen an politische Parteien:							
1/10434	43	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			212, 785		212, 785	344, 316	205, 453
1/1044		Publizistikförderung:							
1/10446	38	Förderungen .....			7, 886		7, 886	8, 214	7, 927
1/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):							
1/10456	38	Förderungen .....			94, 080		94, 080	110, 000	106, 150
1/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):							
1/10466	38	Förderungen .....			172, 800		172, 800	180, 000	173, 700
1/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:							
1/10476	38	Förderungen .....			9, 600		9, 600	10, 000	9, 650
		Summe 104 ...			630, 047		630, 047	778, 093	622, 123
1/105		Volkgruppenförderung:							
1/10506	43	Förderungen .....			42, 720		42, 720	39, 800	36, 477
1/107		Sportangelegenheiten:							
1/1070		Sportförderung:	*						
1/10704	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			420, 000		420, 000		
1/10705	11	Förderungen (D) .....				0, 920	0, 920		
1/10706		Förderungen .....	*		146, 039		146, 039		
	11				140, 855		140, 855		
	43				5, 184		5, 184		
1/10708	11	Aufwendungen .....			13, 554		13, 554		
		Summe 1070 ...			579, 593	0, 920	580, 513		
1/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:	*						
1/10750	11	Personalausgaben .....		41, 650			41, 650		
1/10753	11	Anlagen .....				29, 623	29, 623		
1/10757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...			1, 053		1, 053		
1/10758	11	Aufwendungen .....			43, 832		43, 832		
		Summe 1075 ...		41, 650	44, 885	29, 623	116, 158		
		Summe 107 ...		41, 650	624, 478	30, 543	696, 671		
1/106		Entwicklungshilfe:							
1/10606		Förderungen .....						979, 545	1. 011, 268
	11							306, 903	337, 756
	12							7, 513	8, 008
	21							137, 810	99, 795
	33							21, 634	64, 831
	34							216, 055	224, 799
	35							64, 117	65, 374
	36							83, 030	152, 660
	38							9, 000	9, 245
	43							133, 483	48, 800
1/10608	43	Aufwendungen .....						28, 780	8, 955
		Summe 106 ...						1. 008, 325	1. 020, 223
		Gesamtausgaben 10 ...		1. 021, 152	3. 037, 304	149, 807	4. 208, 263	4. 715, 500	4. 481, 023

## Anmerkungen:

1/1070 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1725 veranschlagt gewesen.

1/10706 Hievon 1995 0,100 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/10700.

1/1075 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1797 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/104		Presse- und Parteienförderung:						
2/1042		Staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien:						
2/10424	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/1043		Zuwendungen an politische Parteien:						
2/10434	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/1044		Publizistikförderung:						
2/10444	38	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/1045		Presseförderung (Allgemeine Förderung):						
2/10454	38	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/1046		Presseförderung (Besondere Förderung):						
2/10464	38	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/1047		Presseförderung - Journalistenausbildung:						
2/10474	38	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
		Summe 104...		0,006		0,006	0,006	
2/105		Volkgruppenförderung:						
2/10504	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/107		Sportangelegenheiten:						
2/1070		Sportförderung:	*					
2/10700	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,100		0,100		
2/10704	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,400		0,400		
2/10709	11	Darlehensrückzahlungen .....			0,795	0,795		
		Summe 1070...		0,500	0,795	1,295		
2/1075		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:	*					
2/10754	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		41,366		41,366		
2/10757	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,046	0,046		
		Summe 1075...		41,366	0,046	41,412		
		Summe 107...		41,866	0,841	42,707		
2/106		Entwicklungshilfe:						
2/10604	38	Erfolgswirksame Einnahmen .....					7,778	7,814
	43						1,000	4,912
2/10609	43	Darlehensrückzahlungen .....					6,778	2,902
		Summe 106...					23,369	10,413
		Summe 106...					31,147	18,227
		Gesamteinnahmen 10...		660,781	4,010	664,791	798,303	657,569

Anmerkungen:

- 2/1070 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1725 veranschlagt gewesen.
- 2/10700 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/10706 mitveranschlagt.
- 2/1075 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1797 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/11		Inneres:							
1/110		Bundesministerium für Inneres:							
1/11000	43	Personalausgaben .....		776,507			776,507	687,087	678,963
1/11003	43	Anlagen .....				390,748	390,748	267,796	246,054
1/11005		Bezugsvorschüsse .....				32,950	32,950	30,423	26,136
	23					13,900	13,900	12,141	13,307
	43					19,050	19,050	18,282	12,829
1/11006		Förderungen .....			4,704		4,704	2,410	2,152
	11				0,002		0,002	0,002	0,240
	21				0,001		0,001	0,001	0,020
	22				0,001		0,001	0,001	0,030
	43				4,700		4,700	2,406	1,862
1/11007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			84,282		84,282	51,876	58,698
	22				14,100		14,100	0,002	14,002
	43				70,182		70,182	51,874	44,696
1/11008	43	Aufwendungen .....	*		414,665		414,665	284,607	226,429
1/11009	43	Aufwendungen (B) .....				0,002	0,002	0,002	
		Summe 110. ...		776,507	503,651	423,700	1.703,858	1.324,201	1.238,431

Anmerkungen:

1/11008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

31

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/11		Inneres:						
2/110		Bundesministerium für Inneres:						
2/11000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,701	.....	0,701	0,901	0,521
2/11004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		3,220	.....	3,220	2,472	1,301
2/11007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,002	0,002	0,002	.....
2/11008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,430	0,430	0,415	3,536
2/11009	43	Bezugsvorschußersätze .....		.....	35,500	35,500	35,060	31,802
	23	.....		.....	13,370	13,370	12,970	12,170
	43	.....		.....	22,130	22,130	22,090	19,632
		Summe 110...		3,921	35,932	39,853	38,850	37,160

## Anmerkungen:

2/11000 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11008 (0,001 Millionen Schilling), 1/11308 (0,400 Millionen Schilling) und 1/11408 (0,300 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):	*						
1/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:							
1/11103	43	Anlagen .....	*			45,687	45,687	48,143	53,802
1/11108	43	Aufwendungen .....			35,998		35,998	41,516	37,667
		Summe 1110...			35,998	45,687	81,685	89,659	91,469
1/1111		Zivilschutz:							
1/11113	41	Anlagen .....				1,824	1,824	1,418	1,093
1/11116	41	Förderungen .....			13,344		13,344	13,900	12,766
1/11118	41	Aufwendungen .....			10,681		10,681	8,125	4,475
		Summe 1111...			24,025	1,824	25,849	23,443	18,334
1/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11123	41	Anlagen .....				1,550	1,550	0,500	0,602
1/11126	41	Förderungen .....			0,001		0,001	0,001	
1/11128	41	Aufwendungen .....			48,449		48,449	49,499	41,150
		Summe 1112...			48,450	1,550	50,000	50,000	41,752
1/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBL. Nr. 173/1965:							
1/11163	43	Anlagen .....				0,385	0,385	0,200	0,807
1/11168	43	Aufwendungen .....			12,614		12,614	18,380	18,608
		Summe 1116...			12,614	0,385	12,999	18,580	19,415
1/1117		Zivildienst:							
1/11173	43	Anlagen .....				0,156	0,156	0,788	0,111
1/11177		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			339,716		339,716	217,997	289,439
	21				102,450		102,450	49,214	67,947
	22				99,300		99,300	62,500	77,155
	43				137,966		137,966	106,283	144,337
1/11178	43	Aufwendungen .....			319,965		319,965	192,838	217,335
		Summe 1117...			659,681	0,156	659,837	411,623	506,885
1/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:	*						
1/11183	42	Anlagen (zweckgeb. Geb.) .....				44,000	44,000	40,000	40,545
1/11188	42	Aufwendungen (zweckgeb. Geb.) .....			27,933		27,933	20,000	18,767
		Summe 1118...			27,933	44,000	71,933	60,000	59,312
1/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu 52, Teil 2, Abschn. 6, Z12. BMG:							
1/11198	43	Aufwendungen .....			5,760		5,760	9,500	9,749
		Summe 111...			814,461	93,602	908,063	662,805	746,917
1/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):							
1/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:	*						
1/11213	43	Anlagen .....				0,001	0,001	0,001	
1/11218	43	Aufwendungen .....			6,356		6,356	6,484	6,012
		Summe 1121...			6,356	0,001	6,357	6,485	6,012
1/1122		Fremdenwesen:							
1/11228	43	Aufwendungen .....			16,153		16,153	56,005	15,699
		Summe 112...			22,509	0,001	22,510	62,490	21,711

## Anmerkungen:

- 1/111 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/110 mitveranschlagt.  
1/11103 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130.  
1/1112 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120 veranschlagt.  
1/1118 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11130 mitveranschlagt.  
1/1121 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

33

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):						
2/1110		Flugpolizei und Flugrettungsdienst:						
2/11104	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		42,199		42,199	41,470	53,841
2/11107	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			1,001	1,001	3,001	
		Summe 1110...		42,199	1,001	43,200	44,471	53,841
2/1111		Zivilschutz:						
2/11114	41	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
		Zivilschutz						
2/11117	41	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1111...		0,001	0,002	0,003	0,003	
2/1112		Zivilschutz (Mittel d. Katastrophenfonds) (zweckgeb. Gebarung):						
2/11120	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	50,000		50,000	50,000	50,000
2/1113		Strafgelder gemäß § 100 Abs. 10 StVO:						
2/11130	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	72,000		72,000		
2/1116		Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965:						
2/11164	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,020	0,015
		Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965						
2/1117		Zivildienst:						
2/11174	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		126,190		126,190	75,690	77,825
2/11177	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,010	0,010	0,010	
		Summe 1117...		126,190	0,010	126,200	75,700	77,825
2/1118		Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung:						
2/11184	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,200		0,200	0,100	0,042
2/11187	42	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,200	0,200	0,100	0,185
		Summe 1118...		0,200	0,200	0,400	0,200	0,227
2/1119		Angelegenheiten gem. Anlage zu §2, Teil 2, Abschn. G. Z12. BMG:						
2/11194	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
		Summe 111...		290,593	1,213	291,806	170,395	181,909
2/112		Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand):						
2/1121		Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:						
2/11214	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,002	
2/1122		Fremdenwesen:						
2/11224	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
		Summe 112...		0,003		0,003	0,003	

## Anmerkungen:

2/11120 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1112 veranschlagt.

2/11130 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11103 (0,001 Millionen Schilling), 1/11183 (44,000 Millionen Schilling) und 1/11188 (27,933 Millionen Schilling) sowie bei den Paragraphen 1/1131 (0,031 Millionen Schilling) und 1/1141 (0,035 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/113		Bundespolizei:							
1/1130		Bundespolizei:							
1/11300	42	Personalausgaben .....		6.775,993			6.775,993	6.250,534	6.173,050
1/11303	42	Anlagen .....	*			324,534	324,534	273,273	240,180
1/11307	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			180,621		180,621	6,893	191,095
	42				173,301		173,301	0,003	187,305
	42				7,320		7,320	6,890	3,790
1/11308	42	Aufwendungen .....	*		1.296,080		1.296,080	1.299,790	1.009,292
		Summe 1130...		6.775,993	1.476,701	324,534	8.577,228	7.830,490	7.613,616
1/1131		Bundespolizei (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11310	42	Personalausgaben .....		0,007			0,007		
1/11313	42	Anlagen .....				0,008	0,008		
1/11317	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002		
1/11318	42	Aufwendungen .....			0,014		0,014		
		Summe 1131...		0,007	0,016	0,008	0,031		
		Summe 113...		6.776,000	1.476,717	324,542	8.577,259	7.830,490	7.613,616
1/114		Bundesgendarmerie:							
1/1140		Bundesgendarmerie:							
1/11400	42	Personalausgaben .....		6.478,220			6.478,220	5.802,640	5.752,977
1/11403	42	Anlagen .....				278,631	278,631	278,630	240,393
1/11407	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			197,850		197,850	1,543	216,438
	42				195,100		195,100	0,003	214,598
	42				2,750		2,750	1,540	1,840
1/11408	42	Aufwendungen .....	*		1.217,584		1.217,584	1.139,580	1.057,698
		Summe 1140...		6.478,220	1.415,434	278,631	8.172,285	7.222,393	7.267,505
1/1141		Bundesgendarmerie (zweckgeb. Gebarung):	*						
1/11410	42	Personalausgaben .....		0,009			0,009		
1/11413	42	Anlagen .....				0,008	0,008		
1/11417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002		
1/11418	42	Aufwendungen .....			0,016		0,016		
		Summe 1141...		0,009	0,018	0,008	0,035		
		Summe 114...		6.478,229	1.415,452	278,639	8.172,320	7.222,393	7.267,505

## Anmerkungen:

- 1/11303 Hievon 1995 0,011 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300 und 20,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52600.
- 1/11308 Hievon 1995 0,400 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000, 0,289 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11300 und 110,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52600.
- 1/1131 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11310 mitveranschlagt.
- 1/11408 Hievon 1995 0,300 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11000.
- 1/1141 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11310 mitveranschlagt.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

35

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/113		Bundespolizei:						
2/1130		Bundespolizei:						
2/11300	42	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,300		0,300	2,500	0,678
2/11304	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		407,933		407,933	340,010	363,556
2/11307	42	Bestandswirksame Einnahmen .....			4,402	4,402	3,632	4,113
		Summe 113...		408,233	4,402	412,635	346,142	368,347
2/114		Bundesgendarmerie:						
2/1140		Bundesgendarmerie:						
2/11404	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		42,000		42,000	41,800	40,780
2/11407	42	Bestandswirksame Einnahmen .....			12,900	12,900	12,400	12,540
		Summe 114...		42,000	12,900	54,900	54,200	53,320

## Anmerkungen:

2/11300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/11303 (0,011 Millionen Schilling) und 1/11308 (0,289 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/115		Besondere Einrichtungen:							
1/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:							
1/11500	22	Personalausgaben .....		52, 205			52, 205	53, 829	50, 405
1/11503	22	Anlagen .....				5, 173	5, 173	5, 455	4, 091
1/11506	22	Förderungen .....			394, 098		394, 098	12, 350	662, 545
1/11507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		16, 740			16, 740	51, 402	36, 034
1/11508	22	Aufwendungen .....		316, 875			316, 875	371, 206	663, 441
	43			311, 114			311, 114	359, 906	653, 353
				5, 761			5, 761	11, 300	10, 088
		Summe 1150...		52, 205	727, 713	5, 173	785, 091	494, 242	1. 416, 517
1/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:							
1/11510	13	Personalausgaben .....		3, 859			3, 859	3, 825	3, 482
1/11513	13	Anlagen .....				0, 230	0, 230	0, 331	1, 119
1/11516	13	Förderungen .....			0, 048		0, 048	0, 048	
1/11517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 070		0, 070	0, 002	0, 042
1/11518	13	Aufwendungen .....			17, 556		17, 556	2, 887	2, 344
		Summe 1151...		3, 859	17, 674	0, 230	21, 763	7, 093	6, 986
1/1152		Bundesasylamt:							
1/11520	22	Personalausgaben .....		26, 340			26, 340	26, 128	19, 896
1/11523	22	Anlagen .....				0, 586	0, 586	0, 470	0, 602
1/11527	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 680		0, 680	0, 052	0, 574
1/11528	22	Aufwendungen .....			20, 948		20, 948	31, 941	14, 098
		Summe 1152...		26, 340	21, 628	0, 586	48, 554	58, 591	35, 169
		Summe 115...		82, 404	767, 015	5, 989	855, 408	559, 926	1. 458, 672
		Gesamtausgaben 11...		14. 113, 140	4. 999, 805	1. 126, 473	20. 239, 418	17. 662, 305	18. 346, 852

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

37

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/115		Besondere Einrichtungen:						
2/1150		Flüchtlingsbetreuung und Integration:						
2/11504	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		14,884		14,884	3,840	32,763
2/11508	22	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,003	0,101
		Summe 1150...		14,884	0,002	14,886	3,843	32,863
2/1151		Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen:						
2/11514	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,786		1,786	1,645	1,491
2/11518	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1151...		1,786	0,002	1,788	1,647	1,491
2/1152		Bundesasylamt:						
2/11524	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,001	0,000
		Summe 115...		16,672	0,004	16,676	5,491	34,355
		<b>Gesamteinnahmen 11...</b>		<b>761,422</b>	<b>54,451</b>	<b>815,873</b>	<b>615,081</b>	<b>675,090</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
		Unterricht							
1/1200		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:							
		Bundesministerium für Unterricht und Kunst							
1/12000	43	Personalausgaben .....		350,945			350,945	347,905	323,015
1/12003		Anlagen .....				73,364	73,364	93,000	31,166
	11					49,765	49,765	64,798	
	13					0,019	0,019		
	43					23,580	23,580	28,202	31,166
1/12005		Bezugsvorschüsse .....				51,887	51,887	50,000	48,811
	23					10,400	10,400	10,000	10,710
	43					41,487	41,487	40,000	38,101
1/12006		Förderungen .....			146,901		146,901	190,000	165,790
	11				0,001		0,001	0,001	
	13				0,980		0,980		
	43				145,920		145,920	189,999	165,790
1/12007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			562,158		562,158	537,114	542,769
	11				1,486		1,486	2,034	1,672
	14				550,777		550,777	531,023	531,025
	22				5,650		5,650	0,002	5,834
	43				4,245		4,245	4,055	4,238
1/12008		Aufwendungen .....	*		1.470,070		1.470,070	1.997,450	1.294,180
	11				1.269,080		1.269,080	1.803,500	1.147,446
	13				7,030		7,030		
	21				0,001		0,001	0,001	
	43				193,959		193,959	193,949	146,733
		Summe 120...		350,945	2.179,129	125,251	2.655,325	3.215,469	2.405,731
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand f. Erziehung u. Unterricht:	*						
		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:							
1/12200	11	Anlagen .....				1,824	1,824	3,000	2,404
1/12206	11	Förderungen .....			42,289		42,289	33,000	29,200
1/12207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			779,728		779,728	752,130	685,962
1/12208	11	Aufwendungen .....	*		150,902		150,902	191,920	174,382
		Summe 1220...			972,919	1,824	974,743	980,050	891,948
1/1221		Erwachsenenbildung:							
1/12216	11	Förderungen .....			130,562		130,562	160,000	146,003
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:							
1/12256	11	Förderungen .....			88,128		88,128	108,000	98,715
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:							
1/12266	11	Förderungen .....			3,120		3,120	5,000	4,185
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/12276	11	Förderungen .....			1,224		1,224	1,500	1,282
		Summe 122...			1.195,953	1,824	1.197,777	1.254,550	1.142,133

## Anmerkungen:

1/12008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12000.

1/122 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/120 mitveranschlagt.

1/12208 Hievon 1995 0,737 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12200.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

39

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/12		Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:							
		Unterricht							
2/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:							
		Bundesministerium für Unterricht und Kunst							
2/12000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....			0,001		0,001	0,001	0,005
2/12004	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....			12,171		12,171	12,642	11,890
	13				6,400		6,400	4,400	3,637
	43				0,004		0,004		
	43				5,767		5,767	8,242	8,253
2/12007	13	Bestandswirksame Einnahmen .....				0,054	0,054	0,004	0,018
	43					0,001	0,001		
	43					0,053	0,053	0,004	0,018
2/12009	23	Bezugsvorschußersätze .....				45,000	45,000	45,000	43,286
	43					8,000	8,000	8,000	8,032
	43					37,000	37,000	37,000	35,254
		Summe 120. ...			12,172	45,054	57,226	57,647	55,199
2/122		Bundesministerium; Zweckaufwand f. Erziehung u. Unterricht:							
2/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:							
2/12200	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....			0,737		0,737		
2/12204	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....			1,180		1,180	1,180	0,610
		Summe 122. ...			1,917		1,917	1,180	0,610

## Anmerkungen:

2/12000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12008 mitveranschlagt.  
 2/12200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/12208 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:							
1/1240		Hofmusikkapelle:		*					
1/12400	13	Personalausgaben		9,082			9,082		
1/12403	13	Anlagen				1,191	1,191		
1/12407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,425		0,425		
1/12408	13	Aufwendungen			4,580		4,580		
		Summe 1240...		9,082	5,005	1,191	15,278		
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:							
1/12410	11	Personalausgaben		22,893			22,893	24,001	22,757
1/12413	11	Anlagen				1,459	1,459	1,900	2,901
1/12417	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1,056		1,056	0,300	0,663
1/12418	11	Aufwendungen			18,734		18,734	20,995	18,095
		Summe 1241...		22,893	19,790	1,459	44,142	47,196	44,416
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:							
1/12420	11	Personalausgaben		13,624			13,624	12,734	12,304
1/12423	11	Anlagen				0,230	0,230	0,300	0,299
1/12427	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,655		0,655	0,650	0,568
1/12428	11	Aufwendungen			53,346		53,346	59,996	57,970
		Summe 1242...		13,624	54,001	0,230	67,855	73,680	71,141
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:							
1/12430	11	Personalausgaben		41,551			41,551	39,772	39,100
1/12433	11	Anlagen				2,304	2,304	3,000	1,741
1/12437	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			1,524		1,524	1,045	1,292
	11				0,874		0,874	1,043	0,738
	22				0,650		0,650	0,002	0,554
1/12438	11	Aufwendungen			26,616		26,616	29,998	28,587
		Summe 1243...		41,551	28,140	2,304	71,995	73,815	70,719

## Anmerkungen:

1/1240 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1320 veranschlagt gewesen.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

41

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/124		Nachgeordnete Dienststellen:						
2/1240		Hofmusikkapelle:	*					
2/12404	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		5,148		5,148		
2/12407	13	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002		
		Summe 1240...		5,148	0,002	5,150		
2/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:						
2/12414	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		22,600		22,600	22,337	20,952
2/12417	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	0,063
		Summe 1241...		22,600	0,003	22,603	22,340	21,015
2/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
2/12424	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		52,003		52,003	50,004	49,755
2/12427	11	Bestandswirksame Einnahmen .....					0,001	0,024
		Summe 1242...		52,003		52,003	50,005	49,780
2/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:						
2/12434	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		9,010		9,010	9,010	7,931
2/12437	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,010	0,010	0,010	
		Summe 1243...		9,010	0,010	9,020	9,020	7,931

Anmerkungen:

2/1240 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1320 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/1244		Museen:	*						
1/12440	13	Personalausgaben		406,386			406,386		
1/12443	13	Anlagen				101,424	101,424		
1/12446	13	Förderungen			96,914		96,914		
1/12447	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			13,384		13,384		
1/12448	13	Aufwendungen			293,342		293,342		
		Summe 1244...		406,386	403,640	101,424	911,450		
1/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12450	13	Personalausgaben		1,116			1,116		
1/12453	13	Anlagen				1,200	1,200		
1/12456	13	Förderungen	*		5,443		5,443		
1/12457	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,023		0,023		
1/12458	13	Aufwendungen			9,664		9,664		
		Summe 1245...		1,116	15,130	1,200	17,446		
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheek:	*						
1/12460	12	Personalausgaben		130,933			130,933		
1/12463	12	Anlagen	*			35,826	35,826		
1/12467	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	*		0,096		0,096		
1/12468	12	Aufwendungen	*		48,965		48,965		
		Summe 1246...		130,933	49,061	35,826	215,820		
1/1247		Bundesdenkmalamt:	*						
1/12470	13	Personalausgaben		91,214			91,214		
1/12473	13	Anlagen				3,754	3,754		
1/12476	13	Förderungen			109,154		109,154		
1/12477	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)			0,474		0,474		
1/12478	13	Aufwendungen			51,978		51,978		
	43				51,258		51,258		
					0,720		0,720		
		Summe 1247...		91,214	161,606	3,754	256,574		
1/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12483	13	Anlagen				0,001	0,001		
1/12486	13	Förderungen	*		24,165		24,165		
1/12488	13	Aufwendungen			0,002		0,002		
		Summe 1248...			24,167	0,001	24,168		
1/1249		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):	*						
1/12496	13	Förderungen			1,001		1,001		
		Summe 124...		716,799	761,541	147,389	1.625,729	194,691	186,276

## Anmerkungen:

- 1/1244 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1440 veranschlagt gewesen.
- 1/1245 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1441 veranschlagt gewesen.  
Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12450 (12,003 Millionen Schilling) und 2/52180 (5,443 Millionen Schilling) veranschlagt.
- 1/12456 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
- 1/1246 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1423 veranschlagt gewesen.
- 1/12463 Hievon 1995 0,291 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.
- 1/12467 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.
- 1/12468 Hievon 1995 2,869 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/12460.
- 1/1247 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1450 veranschlagt gewesen.
- 1/1248 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1451 veranschlagt gewesen.  
Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/12480 (16,003 Millionen Schilling) und 2/52180 (8,165 Millionen Schilling) veranschlagt.
- 1/12486 Hievon 1995 8,165 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.
- 1/1249 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 1/1452 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/1244		Museen:		*					
2/12444	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....			54,000		54,000		
2/12447	13	Bestandswirksame Einnahmen .....				0,002	0,002		
		Summe 1244...			54,000	0,002	54,002		
2/1245		Museen (zweckgebundene Gebarung):		*					
2/12450	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....			12,003		12,003		
2/1246		Nationalbibliothek und Phonotheke:		*					
2/12460	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		*	3,161		3,161		
2/12464	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		*	2,763		2,763		
2/12467	12	Bestandswirksame Einnahmen .....				0,003	0,003		
		Summe 1246...			5,924	0,003	5,927		
2/1247		Bundesdenkmalamt:		*					
2/12474	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....			1,140		1,140		
2/12477	13	Bestandswirksame Einnahmen .....				0,160	0,160		
		Summe 1247...			1,140	0,160	1,300		
2/1248		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):		*					
2/12480	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....			16,003		16,003		
2/1249		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):		*					
2/12490	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....			1,001		1,001		
		Summe 124...			178,832	0,180	179,012	81,365	78,725

## Anmerkungen:

- 2/1244 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1440 veranschlagt gewesen.  
2/1245 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1441 veranschlagt gewesen.  
2/1246 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1423 mitveranschlagt gewesen.  
2/12460 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/12463 (0,291 Millionen Schilling),  
1/12467 (0,001 Millionen Schilling) und 1/12468 (2,869 Millionen Schilling) mitveranschlagt.  
2/1247 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1450 mitveranschlagt gewesen.  
2/1248 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1451 mitveranschlagt gewesen.  
2/1249 Vor dem BVA 1995 als Paragraph 2/1452 veranschlagt gewesen.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:							
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:							
1/12600	11	Personalausgaben .....		603,561			603,561	561,329	550,076
1/12603	11	Anlagen .....				24,576	24,576	32,000	29,830
1/12607	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			92,277		92,277	81,401	87,907
	11				81,320		81,320	81,399	75,936
	22				10,957		10,957	0,002	11,971
1/12608	11	Aufwendungen .....			87,107		87,107	97,972	90,343
		Summe 1260...		603,561	179,384	24,576	807,521	772,702	758,156
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:							
1/12610	11	Personalausgaben .....		82,231			82,231	79,112	80,115
1/12613	11	Anlagen .....				0,692	0,692	0,900	0,557
1/12617	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,862		1,862	4,318	4,349
	11				0,254		0,254	4,316	2,139
	22				1,608		1,608	0,002	2,210
1/12618	11	Aufwendungen .....			16,006		16,006	17,998	16,771
		Summe 1261...		82,231	17,868	0,692	100,791	102,328	101,791
		Summe 126...		685,792	197,252	25,268	908,312	875,030	859,947
1/127		Allgemeinbildende Schulen:							
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:							
1/12700	11	Personalausgaben .....		10.427,026			10.427,026	10.208,845	9.801,789
1/12703	11	Anlagen .....				112,416	112,416	145,000	139,400
1/12707	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			334,542		334,542	298,455	295,823
	11				332,442		332,442	295,955	293,707
	21				2,100		2,100	2,500	2,116
1/12708	11	Aufwendungen .....			578,043		578,043	643,811	618,947
	11				576,910		576,910	642,631	617,623
	21				1,133		1,133	1,180	1,324
		Summe 1270...		10.427,026	912,585	112,416	11.452,027	11.296,111	10.855,959
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:							
1/12710	11	Personalausgaben .....		262,782			262,782	245,682	243,862
1/12713	11	Anlagen .....				3,648	3,648	6,000	5,947
1/12717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,861		3,861	4,912	3,761
1/12718	11	Aufwendungen .....			27,988		27,988	31,473	32,323
		Summe 1271...		262,782	31,849	3,648	298,279	288,067	285,893
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:							
1/12740	11	Personalausgaben .....		99,996			99,996	93,059	90,158
1/12743	11	Anlagen .....				3,879	3,879	5,800	2,644
1/12747	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,425		2,425	2,376	1,736
1/12748	11	Aufwendungen .....			16,209		16,209	18,984	17,137
		Summe 1274...		99,996	18,634	3,879	122,509	120,219	111,675
1/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:							
1/12757	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			31.946,873		31.946,873	30.084,860	29.161,590
1/12758	11	Aufwendungen .....			2,167		2,167	2,000	1,727
		Summe 1275...			31.949,040		31.949,040	30.086,860	29.163,316
1/1276		Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende):							
1/12760	11	Personalausgaben .....		74,516			74,516	70,597	68,541
1/12763	11	Anlagen .....				3,110	3,110	2,800	1,247
1/12767	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,176		0,176	0,489	0,293
1/12768	11	Aufwendungen .....			23,113		23,113	25,992	22,994
		Summe 1276...		74,516	23,289	3,110	100,915	99,878	93,075
		Summe 127...		10.864,320	32.935,397	123,053	43.922,770	41.891,135	40.509,917

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
2/1260		Schulaufsichtsbehörden:						
2/12604	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		136,215		136,215	163,998	138,078
2/12607	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,008	0,090
		Summe 1260...		136,215	0,003	136,218	164,006	138,168
2/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:						
2/12614	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		7,004		7,004	0,014	6,823
2/12617	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1261...		7,004	0,002	7,006	0,016	6,823
		Summe 126...		143,219	0,005	143,224	164,022	144,992
2/127		Allgemeinbildende Schulen:						
2/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:						
2/12704	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		35,090		35,090	17,300	19,034
				33,000		33,000	15,490	17,050
				2,090		2,090	1,810	1,984
2/12707	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,046	0,046	0,046	0,067
		Summe 1270...		35,090	0,046	35,136	17,346	19,102
2/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:						
2/12714	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		38,412		38,412	36,231	39,025
2/12717	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,006	0,006	0,006	
		Summe 1271...		38,412	0,006	38,418	36,237	39,025
2/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:						
2/12744	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		3,368		3,368	2,513	2,374
2/12747	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,023	0,023	0,023	0,011
		Summe 1274...		3,368	0,023	3,391	2,536	2,385
2/1275		Allgemeinbildende Pflichtschulen:						
2/12754	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,010		0,010	0,010	
2/1276		Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende):						
2/12764	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		28,713		28,713	28,645	26,715
2/12767	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,012	0,000
		Summe 1276...		28,713	0,003	28,716	28,657	26,716
		Summe 127...		105,593	0,078	105,671	84,786	87,227

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/128		Berufsbildende Schulen:							
1/1280	11	Technische und gewerbliche Lehranstalten:							
1/12800	11	Personalausgaben .....		4.893,111			4.893,111	4.447,471	4.423,840
1/12803	11	Anlagen .....				126,719	126,719	175,000	165,444
1/12807	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			67,897		67,897	54,830	55,973
1/12808	11	Aufwendungen .....			348,883		348,883	393,342	369,234
	21				348,881		348,881	393,340	369,234
					0,002		0,002	0,002	
		Summe 1280...		4.893,111	416,780	126,719	5.436,610	5.070,643	5.014,491
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe: Sozialakad., LA f. Fremdenverkehrs-, Sozial- u. wirtsch. Berufe							
1/12810	11	Personalausgaben .....		2.905,757			2.905,757	2.694,851	2.596,534
1/12813	11	Anlagen .....				52,800	52,800	55,000	50,591
1/12817	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			98,943		98,943	81,786	80,020
1/12818	11	Aufwendungen .....			269,668		269,668	302,139	282,941
		Summe 1281...		2.905,757	368,611	52,800	3.327,168	3.133,776	3.010,086
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:							
1/12820	11	Personalausgaben .....		3.148,624			3.148,624	2.928,038	2.856,235
1/12823	11	Anlagen .....				44,160	44,160	60,000	58,236
1/12827	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			63,427		63,427	58,881	54,389
1/12828	11	Aufwendungen .....			173,118		173,118	193,565	183,125
	21				173,116		173,116	193,563	183,125
					0,002		0,002	0,002	
		Summe 1282...		3.148,624	236,545	44,160	3.429,329	3.240,484	3.151,985
1/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:							
1/12857	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.323,972		1.323,972	1.227,000	1.188,188
1/12858	11	Aufwendungen .....			1,600		1,600	1,800	1,558
		Summe 1285...			1.325,572		1.325,572	1.228,800	1.189,745
1/1286		Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende):							
1/12860	11	Personalausgaben .....		62,696			62,696	59,907	59,659
1/12863	11	Anlagen .....				3,725	3,725	6,100	5,116
1/12867	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,068		0,068	0,116	0,053
1/12868	11	Aufwendungen .....			34,146		34,146	38,392	40,229
		Summe 1286...		62,696	34,214	3,725	100,635	104,515	105,057
		Summe 128...		11.010,188	2.381,722	227,404	13.619,314	12.778,218	12.471,365



(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/128		Berufsbildende Schulen:						
2/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
2/12804		Erfolgswirksame Einnahmen .....		74,268	.....	74,268	72,828	74,725
	11			74,267	.....	74,267	72,827	74,725
	21			0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/12807	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,008	0,008	0,056	0,079
		Summe 1280...		74,268	0,008	74,276	72,884	74,803
2/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe: Sozialakad., LA f. Fremdenverkehrs-, Sozial- u. wirtsch. Berufe						
2/12814	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		58,593	.....	58,593	56,576	53,749
2/12817	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,006	0,006	0,006	0,034
		Summe 1281...		58,593	0,006	58,599	56,582	53,783
2/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:						
2/12824		Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,314	.....	1,314	1,522	2,629
	11			1,313	.....	1,313	1,521	2,629
	21			0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/12827	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,004	0,004	0,004	0,058
		Summe 1282...		1,314	0,004	1,318	1,526	2,687
2/1285		Berufsbildende Pflichtschulen:						
2/12854	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001	.....	0,001	0,002	.....
2/1286		Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende):						
2/12864	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		53,150	.....	53,150	53,305	58,102
2/12867	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,005	0,005	0,005	0,013
		Summe 1286...		53,150	0,005	53,155	53,310	58,115
		Summe 128...		187,326	0,023	187,349	184,304	189,388

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:							
1/1290		Pädagogische Akademien:							
1/12900	11	Personalausgaben .....		919,675			919,675	843,584	829,653
1/12903	11	Anlagen .....				15,360	15,360	17,000	15,000
1/12907	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			124,213		124,213	99,903	99,850
1/12908	11	Aufwendungen .....			84,463		84,463	94,929	90,849
		Summe 1290...		919,675	208,676	15,360	1.143,711	1.055,416	1.035,351
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik: <i>BA für Kindergartenpädagogik und Erzieher</i>							
1/12910	11	Personalausgaben .....		536,259			536,259	530,927	468,232
1/12913	11	Anlagen .....				3,974	3,974	5,000	5,347
1/12917	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			37,283		37,283	30,940	21,735
1/12918	11	Aufwendungen .....			66,673		66,673	74,933	66,603
		Summe 1291...		536,259	103,956	3,974	644,189	641,800	561,916
1/1292		Berufspädagogische Akademien:							
1/12920	11	Personalausgaben .....		77,923			77,923	71,437	72,027
1/12923	11	Anlagen .....				4,800	4,800	7,300	6,083
1/12927	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,371		2,371	2,708	1,671
1/12928	11	Aufwendungen .....			11,741		11,741	13,196	12,470
		Summe 1292...		77,923	14,112	4,800	96,835	94,641	92,251
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:							
1/12930	11	Personalausgaben .....		37,397			37,397	34,392	34,064
1/12933	11	Anlagen .....				2,304	2,304	3,000	2,390
1/12937	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			20,300		20,300	19,220	18,577
1/12938	11	Aufwendungen .....			10,669		10,669	11,994	11,508
		Summe 1293...		37,397	30,969	2,304	70,670	68,606	66,539
1/1294		Pädagogische Institute:							
1/12940	11	Personalausgaben .....		120,882			120,882	118,431	109,670
1/12943	11	Anlagen .....				6,432	6,432	10,500	8,760
1/12947	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			139,071		139,071	131,208	115,913
1/12948	11	Aufwendungen .....			57,844		57,844	64,991	59,008
		Summe 1294...		120,882	196,915	6,432	324,229	325,130	293,352
		Summe 129...		1.692,136	554,628	32,870	2.279,634	2.185,593	2.049,409
		<b>Gesamtausgaben 12...</b>		<b>25.320,180</b>	<b>40.205,622</b>	<b>683,059</b>	<b>66.208,861</b>	<b>62.394,686</b>	<b>59.624,779</b>

## Anlage I BUNDES VORANSCHLAG 1995

49

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:						
2/1290		Pädagogische Akademien:						
2/12904	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		4, 113		4, 113	3, 717	3, 883
2/12907	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0, 006	0, 006	0, 006	0, 028
		Summe 1290...		4, 113	0, 006	4, 119	3, 723	3, 911
2/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:						
		<i>BA für Kindergartenpädagogik und Erzieher</i>						
2/12914	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		8, 266		8, 266	7, 502	7, 241
2/12917	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0, 006	0, 006	0, 006	
		Summe 1291...		8, 266	0, 006	8, 272	7, 508	7, 241
2/1292		Berufspädagogische Akademien:						
2/12924	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0, 368		0, 368	0, 396	0, 325
2/12927	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0, 007	0, 007	0, 007	
		Summe 1292...		0, 368	0, 007	0, 375	0, 403	0, 325
2/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:						
2/12934	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0, 455		0, 455	0, 450	0, 370
2/12937	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0, 040	0, 040	0, 030	0, 040
		Summe 1293...		0, 455	0, 040	0, 495	0, 480	0, 410
2/1294		Pädagogische Institute:						
2/12944	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0, 446		0, 446	0, 484	0, 589
2/12947	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0, 002	0, 002	0, 010	
		Summe 1294...		0, 446	0, 002	0, 448	0, 494	0, 589
		Summe 129...		13, 648	0, 061	13, 709	12, 608	12, 477
		Gesamteinnahmen 12...		642, 707	45, 401	688, 108	585, 912	568, 618

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/13		Kunst:							
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:							
1/13003	13	Anlagen				2,880	2,880	3,000	3,000
1/13006	13	Förderungen		58,561			58,561	61,000	50,090
1/13008	13	Aufwendungen		25,925			25,925	18,000	17,700
		Summe 1300...			84,486	2,880	87,366	82,000	70,790
1/1301		Musik und darstellende Kunst:							
1/13016	13	Förderungen		440,640			440,640	474,106	430,312
1/13018	13	Aufwendungen		57,601			57,601	57,300	50,779
		Summe 1301...			498,241		498,241	531,406	481,091
1/1302		Literatur:							
1/13023	13	Anlagen				0,020	0,020		
1/13026	13	Förderungen		190,561			190,561	149,500	110,962
1/13028	13	Aufwendungen		7,183			7,183	5,500	4,874
		Summe 1302...			197,744	0,020	197,764	155,000	115,837
1/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung):							
1/13033	13	Anlagen				5,000	5,000	5,000	5,000
1/13035	13	Förderungen (D)				0,050	0,050	0,050	
1/13036	13	Förderungen		65,312			65,312	65,312	36,834
1/13038	13	Aufwendungen		6,800			6,800	6,800	5,823
		Summe 1303...			72,112	5,050	77,162	77,162	47,657
1/1304		Filmwesen:							
1/13043	13	Anlagen				2,400	2,400	2,500	2,006
1/13045	13	Förderungen (D)				0,001	0,001	0,001	
1/13046	13	Förderungen		164,005			164,005	200,500	161,265
1/13048	13	Aufwendungen		11,042			11,042	11,499	21,816
		Summe 1304...			175,047	2,401	177,448	214,500	185,087
1/1305		Künstlerhilfe:							
1/13056	22	Förderungen		38,400			38,400	40,000	38,600
1/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:							
1/13066	13	Förderungen		2,695			2,695	5,151	5,213
1/13068	13	Aufwendungen		4,025			4,025	11,824	13,642
1/13063	13	Anlagen						0,025	0,014
		Summe 1306...			6,720		6,720	17,000	18,868
1/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:							
1/13076	13	Förderungen		45,984			45,984	46,900	41,977
1/13078	13	Aufwendungen		2,017			2,017	2,100	2,047
		Summe 1307...			48,001		48,001	49,000	44,024
		Summe 130...			1.120,751	10,351	1.131,102	1.166,068	1.001,953
1/132		Hofmusikkapelle:							
1/13200	13	Personalausgaben						9,298	8,564
1/13203	13	Anlagen						1,241	0,076
1/13208	13	Aufwendungen						4,791	4,414
		Summe 132...						15,330	13,054
		Gesamtausgaben 13...			1.120,751	10,351	1.131,102	1.181,398	1.015,007

## Anmerkungen:

1/1303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/13033 (0,050 Millionen Schilling) und 2/52180 (77,112 Millionen Schilling) veranschlagt.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

51

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/13		<b>Kunst:</b>						
2/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/1300		Bildende Künste und Ausstellungen:						
2/13004	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,002	
2/1301		Musik und darstellende Kunst:						
2/13014	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/1302		Literatur:						
2/13024	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/1303		Kunstförderungsbeiträge (zweckgebundene Gebarung):						
2/13033	13	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen .....	*		0,050	0,050	0,050	
2/1304		Filmwesen:						
2/13044	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,200		0,200	0,200	0,047
2/13049	13	Darlehensrückzahlungen .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1304...		0,200	0,001	0,201	0,201	0,047
2/1305		Künstlerhilfe:						
2/13054	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/1306		Innerstaatl. Durchführung kulturell. Auslandsangelegenheiten:						
2/13064	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,011	0,001
2/13067	13	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 1306...		0,002	0,001	0,003	0,012	0,001
2/1307		Kulturentwicklung-Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit:						
2/13074	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
		Summe 130...		0,208	0,052	0,260	0,269	0,049
2/132		<b>Hofmusikkapelle:</b>						
2/13204	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....					3,800	3,506
2/13207	13	Bestandswirksame Einnahmen .....					0,002	
		Summe 132...					3,802	3,506
		<b>Gesamteinnahmen 13...</b>		0,208	0,052	0,260	4,071	3,554

## Anmerkungen:

2/1303 Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag gemäß dem Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992, sind beim VA-Ansatz 2/52180 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/14		<b>Wissenschaft und Forschung:</b>							
1/140		Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst: <i>Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung</i>							
1/14000	43	Personalausgaben .....		224,392			224,392	195,887	193,931
1/14003	43	Anlagen .....				11,618	11,618	12,102	8,989
1/14005	43	Bezugsvorschüsse .....				24,998	24,998	26,885	22,456
	23	.....				5,100	5,100	5,100	5,412
	43	.....				19,898	19,898	21,785	17,043
1/14006	43	Förderungen .....			8,406	8,406	8,406	8,756	8,450
1/14007	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,286	3,286	3,286	0,132	2,833
	22	.....			3,190	3,190	3,190	0,002	2,746
	43	.....			0,096	0,096	0,096	0,130	0,087
1/14008	43	Aufwendungen .....	*		118,081		118,081	92,201	86,103
		Summe 140...		224,392	129,773	36,616	390,781	335,963	322,761
1/141		<b>Bundesministerium (Zweckaufwand):</b>							
1/1410		<b>Hochschulische Einrichtungen:</b>							
1/14104	12	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ... *			0,002	0,002	0,002	0,002	
1/14106	12	Förderungen .....			240,000	240,000	240,000	189,760	157,255
1/14107	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.100,001	1.100,001	1.100,001	990,001	1.036,346
1/14108	12	Aufwendungen .....			1.163,784	1.163,784	1.163,784	1.841,070	1.046,753
		Summe 1410...			2.503,787		2.503,787	3.020,833	2.240,354
1/1411		<b>Wissenschaftliche Einrichtungen:</b>							
1/14116	12	Förderungen .....			38,099	38,099	38,099	29,186	27,706
1/14117	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,000	3,000	3,000	1,800	1,500
	12	.....			2,000	2,000	2,000	1,000	1,137
	43	.....			1,000	1,000	1,000	0,800	0,363
1/14118	12	Aufwendungen .....			35,251	35,251	35,251	26,220	23,595
		Summe 1411...			76,350		76,350	57,206	52,801
1/1412		<b>Bibliothekarische Einrichtungen:</b>							
1/14126	12	Förderungen .....			5,424	5,424	5,424	5,650	3,455
1/1413		<b>Expertengutachten und Auftragsforschung:</b>							
1/14138	12	Aufwendungen .....			211,201	211,201	211,201	225,000	222,954
1/1414		<b>Wissenschaftliche Forschung:</b>							
1/14146	12	Förderungen .....			652,800	652,800	652,800	616,842	585,427
1/1415		<b>Gewerbliche Forschung:</b>							
1/14156	12	Förderungen .....			4,906	4,906	4,906	848,579	823,331
1/14158	12	Aufwendungen .....			0,001	0,001	0,001	3,115	1,561
		Summe 1415...			4,907	4,907	4,907	851,694	824,892
1/1416		<b>Forschungseinrichtungen:</b>							
1/14166	12	Förderungen .....			264,125	264,125	264,125	261,692	202,579
1/14168	12	Aufwendungen .....			185,958	185,958	185,958	103,706	90,112
		Summe 1416...			450,083	450,083	450,083	365,398	292,691

## Anmerkungen:

- 1/14008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14000.  
1/14104 Hievon 1995 0,002 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/14		<b>Wissenschaft und Forschung:</b>						
2/140		Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung						
2/14000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,001		0,001	0,001	
2/14004		Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,090		0,090	0,090	0,039
	21			0,010		0,010	0,010	
	43			0,080		0,080	0,080	0,039
2/14007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	
2/14009		Bezugsvorschußsätze .....			28,000	28,000	28,000	20,452
	23				5,500	5,500	5,500	4,182
	43				22,500	22,500	22,500	16,270
		Summe 140...		0,091	28,003	28,094	28,094	20,491
2/141		<b>Bundesministerium (Zweckaufwand):</b>						
2/1410		Hochschulische Einrichtungen:						
2/14100	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	250,000		250,000	326,900	252,144
2/14104		Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,195		0,195	0,195	0,100
	12			0,095		0,095	0,095	0,006
	23			0,100		0,100	0,100	0,094
2/14109		Darlehensrückzahlungen .....			0,260	0,260	0,260	0,326
	12				0,140	0,140	0,140	0,200
	23				0,120	0,120	0,120	0,126
		Summe 1410...		250,195	0,260	250,455	327,355	252,570

## Anmerkungen:

2/14000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14008 mitveranschlagt.

2/14100 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058.

Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/14188 (250,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/1417		Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:							
1/14178	12	Förderungen .....			364,800		364,800	358,500	280,560
1/14178		Aufwendungen .....			84,140		84,140	78,880	63,071
	12				73,647		73,647	68,950	53,190
	43				10,493		10,493	9,930	9,881
		Summe 1417...			448,940		448,940	437,380	343,631
1/1418		Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:							
1/14186	12	Förderungen .....			28,800		28,800	22,000	2,360
1/14187	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			415,289		415,289	382,000	349,865
1/14188	43	Aufwendungen .....	*		322,155		322,155	305,450	284,925
		Summe 1418...			766,244		766,244	709,450	637,149
1/1419		Forschungsunternehmen:							
1/14196	12	Förderungen .....			353,117		353,117	367,180	344,526
		Summe 141...			5.472,853		5.472,853	6.656,633	5.547,879
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:							
1/1420		Universitäten:							
1/14200	12	Personalausgaben .....		9.716,652			9.716,652	8.879,097	8.281,340
1/14203	12	Anlagen .....			1.776,001		1.776,001	1.810,849	1.245,954
1/14207	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1.383,814		1.383,814	1.386,986	1.307,787
1/14208		Aufwendungen .....			7.650,921		7.650,921	7.893,790	6.876,177
	12				7.650,873		7.650,873	7.893,740	6.876,157
	21				0,048		0,048	0,050	0,020
		Summe 1420...		9.716,652	9.034,735	1.776,001	20.527,388	19.970,722	17.711,258
1/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14210	12	Personalausgaben .....		410,263			410,263	427,000	440,875
1/14213	12	Anlagen .....			23,680		23,680	21,000	18,343
1/14217	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			48,700		48,700	47,500	43,132
1/14218	12	Aufwendungen .....			193,072		193,072	164,500	158,385
		Summe 1421...		410,263	241,772	23,680	675,715	660,000	660,736
1/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):							
1/14220	12	Personalausgaben .....		0,003			0,003	0,003	
1/14223	12	Anlagen .....			0,001		0,001	0,711	
1/14227	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/14228	12	Aufwendungen .....			0,035		0,035	2,774	1,980
		Summe 1422...		0,003	0,036	0,001	0,040	3,489	1,980
1/1423		Bibliotheken:							
1/14230	12	Personalausgaben .....		7,677			7,677	136,571	464,235
1/14233	12	Anlagen .....			14,624		14,624	54,808	123,300
1/14237	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,010		0,010	0,108	0,082
1/14238	12	Aufwendungen .....			38,403		38,403	87,380	446,091
		Summe 1423...		7,677	38,413	14,624	60,714	278,867	1.033,708

## Anmerkungen:

1/14188 Hievon 1995 250,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14100.



## Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 5

55

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/1419		<b>E I N N A H M E N</b>						
2/14194	12	Forschungsunternehmen:						
		Erfolgswirksame Einnahmen .....					1,000	
		Summe 141...		250,195	0,260	250,455	328,355	252,570
2/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:						
2/1420		Universitäten:						
2/14204	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		315,720		315,720	312,925	334,640
	21			315,719		315,719	312,924	334,640
				0,001		0,001	0,001	
2/14207	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,300	0,300	0,300	0,486
		Summe 1420...		315,720	0,300	316,020	313,225	335,125
2/1421		Universitäten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14210	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		675,710		675,710	659,996	685,679
2/14212	12	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....			0,005	0,005	0,004	0,090
		Summe 1421...		675,710	0,005	675,715	660,000	685,768
2/1422		Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung):						
2/14220	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		0,040		0,040	3,489	2,788
2/1423		Bibliotheken:						
2/14234	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,522		0,522	2,427	7,220
2/14237	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,031	0,003
		Summe 1423...		0,522	0,002	0,524	2,458	7,223

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/1424		Wissenschaftliche Anstalten:							
1/14240	12	Personalausgaben .....		189,271			189,271	180,583	181,244
1/14243	12	Anlagen .....				49,392	49,392	55,831	59,240
1/14247	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,816		0,816	0,616	0,586
	12				0,516		0,516	0,516	0,390
	21				0,300		0,300	0,100	0,196
1/14248	12	Aufwendungen .....	*		104,915		104,915	115,257	101,758
	21				104,723		104,723	115,077	101,613
					0,192		0,192	0,180	0,145
		Summe 1424...		189,271	105,731	49,392	344,394	352,287	342,828
1/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):							
1/14250	12	Personalausgaben .....		0,005			0,005	0,005	
1/14253	12	Anlagen .....				0,003	0,003	0,003	
1/14257	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002	0,002	
1/14258	12	Aufwendungen .....			0,740		0,740	0,740	0,046
		Summe 1425...		0,005	0,742	0,003	0,750	0,750	0,046
1/1426		Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.): Bundesvers. - und Forschungsanst. Arsenal (betr. ähnl. Einr.)							
1/14260	12	Personalausgaben .....		104,777			104,777	102,496	100,334
1/14263	12	Anlagen .....	*			39,409	39,409	40,976	45,958
1/14267	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			5,490		5,490	2,177	2,650
1/14268	12	Aufwendungen .....	*		104,867		104,867	93,988	41,948
		Summe 1426...		104,777	110,357	39,409	254,543	239,637	190,891
		Summe 142...		10.428,648	9.531,786	1.903,110	21.863,544	21.505,752	19.941,445
1/143		Kunsthochschulen:							
1/1430		Kunsthochschulen:							
1/14300	13	Personalausgaben .....		1.096,336			1.096,336	823,944	780,195
1/14303	13	Anlagen .....				86,400	86,400	83,043	70,770
1/14306	13	Förderungen .....			6,720		6,720	4,900	4,102
1/14307	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			356,314		356,314	569,350	512,486
1/14308	13	Aufwendungen .....			343,215		343,215	220,357	175,958
		Summe 1430...		1.096,336	706,249	86,400	1.888,985	1.701,594	1.543,512
1/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):							
1/14310	13	Personalausgaben .....		1,400			1,400	1,300	1,477
1/14313	13	Anlagen .....				2,200	2,200	1,750	1,090
1/14317	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,750		0,750	0,650	0,278
1/14318	13	Aufwendungen .....			15,500		15,500	14,900	13,676
		Summe 1431...		1,400	16,250	2,200	19,850	18,600	16,522
		Summe 143...		1.097,736	722,499	88,600	1.908,835	1.720,194	1.560,034
1/146		Fachhochschulen:							
1/14603	12	Anlagen .....				1,440	1,440		
1/14606	12	Förderungen .....			113,280		113,280		
1/14607	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,150		0,150		
1/14608	12	Aufwendungen .....			9,655		9,655		
		Summe 146...			123,085	1,440	124,525		

## Anmerkungen:

1/14248 Die Verausgabung von 12,000 Millionen Schilling ist an die Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gebunden.

1/14263 Hievon 1995 1,212 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14260.

1/14268 Hievon 1995 0,055 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14260.

## Anlage I BUNDES VORAN SCHLAG 1995

57

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/1424		Wissenschaftliche Anstalten:						
2/14244		Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,833		2,833	1,463	0,788
	12			2,830		2,830	1,460	0,788
	21			0,003		0,003	0,003	
2/14247	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,001	0,001	0,001	0,216
		Summe 1424...		2,833	0,001	2,834	1,464	1,004
2/1425		Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung):						
2/14250	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		0,750		0,750	0,750	0,047
2/1426		Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betr. ähnl. Einr.):						
		<i>Bundesvers. - und Forschungsanst. Arsenal</i> (betr. ähnl. Einr.)						
2/14260	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	1,271		1,271	2,758	2,949
2/14264	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		71,561		71,561	72,142	71,507
2/14267	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,057	0,057	0,018	0,043
		Summe 1426...		72,832	0,057	72,889	74,918	74,499
		Summe 142...		1.068,407	0,365	1.068,772	1.056,304	1.106,455
2/143		Kunsthochschulen:						
2/1430		Kunsthochschulen:						
2/14304	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		261,755		261,755	244,505	32,358
2/14307	13	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,035	0,035	0,035	0,111
		Summe 1430...		261,755	0,035	261,790	244,540	32,469
2/1431		Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung):						
2/14310	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		19,844		19,844	18,595	18,154
2/14312	13	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....			0,006	0,006	0,005	
		Summe 1431...		19,844	0,006	19,850	18,600	18,154
		Summe 143...		281,599	0,041	281,640	263,140	50,624
2/146		Fachhochschulen:						
2/14604	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,102		0,102		
2/14607	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002		
		Summe 146...		0,102	0,002	0,104		

## Anmerkungen:

2/14260 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/14263 (1,212 Millionen Schilling) und 1/14268 (0,055 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/144		Museen:							
1/1440		Museen:							
1/14400	13	Personalausgaben .....						369,614	370,901
1/14403	13	Anlagen .....						157,064	172,555
1/14406	13	Förderungen .....						35,001	33,776
1/14407	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						1,700	2,213
1/14408	13	Aufwendungen .....						333,212	614,906
		Summe 1440 .....						896,591	1.194,351
1/1441		Museen (zweckgebundene Gebarung):							
1/14410	13	Personalausgaben .....						0,800	0,624
1/14413	13	Anlagen .....						1,200	0,190
1/14416	13	Förderungen .....						5,443	5,443
1/14417	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,003	
1/14418	13	Aufwendungen .....						10,000	7,580
		Summe 1441 .....						17,446	13,836
		Summe 144 .....						914,037	1.208,187
1/145		Bundesdenkmalamt:							
1/1450		Bundesdenkmalamt:							
1/14500	13	Personalausgaben .....						80,119	77,838
1/14503	13	Anlagen .....						4,891	4,390
1/14506	13	Förderungen .....						204,000	177,554
1/14507	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,811	0,398
1/14508	13	Aufwendungen .....						58,218	53,395
	13							57,468	52,630
	43							0,750	0,764
		Summe 1450 .....						348,039	313,575
1/1451		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):							
1/14513	13	Anlagen .....						0,001	
1/14516	13	Förderungen .....						20,165	19,847
1/14518	13	Aufwendungen .....						0,001	
		Summe 1451 .....						20,167	19,847
1/1452		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
1/14526	13	Förderungen .....						10,001	
		Summe 145 .....						378,207	333,422
		Gesamtausgaben 14 .....						11.750,776	15.979,996
								2.029,766	29.760,538
								31.510,786	28.913,729

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/144		Museen:							
2/1440		Museen:							
2/14404	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....						52,000	51,892
2/14407	13	Bestandswirksame Einnahmen .....						0,002	
		Summe 1440 ...						52,002	51,892
2/1441		Museen (zweckgebundene Gebarung):							
2/14410	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....						12,003	10,042
		Summe 144 ...						64,005	61,933
2/145		Bundesdenkmalamt:							
2/1450		Bundesdenkmalamt:							
2/14504	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....						1,090	0,210
2/14507	13	Bestandswirksame Einnahmen .....						0,090	0,151
		Summe 1450 ...						1,180	0,361
2/1451		Bundesdenkmalamt (zweckgebundene Gebarung):							
2/14510	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....						12,002	11,635
2/1452		Denkmalfonds (zweckgebundene Gebarung):							
2/14520	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....						10,001	0,002
		Summe 145 ...						23,183	11,997
		Gesamteinnahmen 14 ...			1.600,394	28,671	1.629,065	1.763,081	1.504,070

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/15		<b>Soziales:</b>							
1/150		<b>Bundesministerium für Arbeit und Soziales:</b>							
1/1500		Zentralleitung:							
1/15000	43	Personalausgaben .....		269,803			269,803	257,789	242,952
1/15003	43	Anlagen .....	*			27,543	27,543	18,205	18,111
1/15006		Förderungen .....	*		164,327		164,327	12,481	28,977
	12				0,001		0,001		
	22				164,326		164,326	12,481	28,977
1/15007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			28,788		28,788	23,632	22,385
	22				5,000		5,000	0,002	4,007
	43				23,788		23,788	23,630	18,378
1/15008		Aufwendungen .....			188,629		188,629	164,384	99,492
	12				14,930		14,930	10,032	6,571
	43				173,699		173,699	154,352	92,921
		Summe 1500...		269,803	381,744	27,543	679,090	476,491	411,917
1/1501		Zahlungen an die EU:							
1/15016	22	Zahlungen gemäß EU-Vorschriften .....			0,001		0,001		
1/15018	22	Rückzahlung von Fördermitteln an die EU ..			0,001		0,001		
		Summe 1501...			0,002		0,002		
1/15045		Bezugsvorschüsse .....				8,585	8,585	8,585	8,438
	23					1,295	1,295	1,295	0,972
	43					7,290	7,290	7,290	7,466
1/1505		Zahlungen an das AMS:							
1/15057	22	Zahlungen an die Arbeitsmarktverwaltung Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik .....			2.500,000		2.500,000	2.500,000	
		Summe 150...		269,803	2.881,746	36,128	3.187,677	2.985,076	420,355
1/151		<b>Bundesministerium; Opferfürsorge:</b>							
1/15117	21	Heilfürsorge .....			18,100		18,100	16,000	16,000
1/15127	22	Versorgungsgebühren .....			243,750		243,750	226,943	226,695
1/15137	22	Entschädigungen .....			0,700		0,700	0,700	0,352
1/15147	22	Orthopädische Versorgung .....			0,250		0,250	0,250	0,182
1/15158	22	Aufwendungen .....			3,173		3,173	3,500	2,982
1/1516		<b>Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz:</b>							
1/15166	22	Förderungen .....			0,001		0,001	70,000	40,000
1/15164	22	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,001	3,214
1/15167	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,002	0,008
		Summe 1516...			0,001		0,001	70,003	43,222
		Summe 151...			265,974		265,974	317,396	289,434
1/152		<b>Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:</b>							
1/15207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,600		6,600	5,800	6,304
1/15217	21	Heilfürsorge .....			0,100		0,100	0,100	0,047
1/15227	22	Orthopädische Versorgung .....			0,300		0,300	0,200	0,257
1/15237	22	Rehabilitation .....			0,028		0,028	0,028	
1/15248	22	Aufwendungen .....			0,372		0,372	0,410	0,315
1/15255	22	Darlehen .....				0,013	0,013	0,013	
1/15269	22	Aufwendungen (B) .....				8,500	8,500	7,200	4,754
		Summe 152...			7,400	8,513	15,913	13,751	11,677

## Anmerkungen:

1/15003 Hievon 1995 11,475 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

1/15006 Hievon 1995 0,020 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15000.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/15		<b>Soziales:</b>						
2/150		Bundesministerium für Arbeit und Soziales:						
2/1500		Zentraleitung:						
2/15000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,020		0,020	0,020	0,002
2/15004	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		16,593		16,593	14,251	10,976
	43			0,005		0,005	0,005	
	43			16,588		16,588	14,246	10,976
2/15007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,023	0,023	0,023	0,045
		Summe 1500...		16,613	0,023	16,636	14,294	11,023
2/15049	23	Bezugsvorschußersätze .....			7,020	7,020	6,720	7,215
	43				1,200	1,200	1,320	1,240
	43				5,820	5,820	5,400	5,975
2/15054	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht .....		13,130		13,130	12,607	11,881
2/15064	22	Einnahmen gem. § xx, BGBl. Nr. xxx/95 .....		871,000		871,000		
		Summe 150...		900,743	7,043	907,786	33,621	30,119
2/151		Bundesministerium; Opferfürsorge:						
2/15104	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,230		0,230	0,230	0,078
2/152		Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:						
2/15204	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,220		0,220	0,270	0,179
2/15259	22	Darlehensrückzahlungen .....			0,010	0,010	0,010	
2/15267	22	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,980	0,980	0,900	0,594
		Summe 152...		0,220	0,990	1,210	1,180	0,772

Anmerkungen:

2/15000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/15006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:							
1/15317	22	Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz .....			19,600		19,600	19,500	16,827
1/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):							
1/15347	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz .....			17.000,000		17.000,000	17.164,000	
		Summe 153. ....			17.019,600		17.019,600	17.183,500	16,827
1/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:							
1/15427	22	Kleinrentnerentschädigung .....			4,100		4,100	3,200	3,473
1/15436	22	Förderungen .....			63,629		63,629	74,089	71,094
		Summe 154. ....			67,729		67,729	77,289	74,567
1/155		Einrichtungen des AMS (I): Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (I) *							
1/1550		Ämter des AMS: Landesarbeitsämter							
1/15500	22	Personalausgaben .....		867,000			867,000	675,000	1.047,465
1/15503	22	Anlagen .....				0,010	0,010	148,000	39,897
1/15507	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			23,250		23,250	32,000	31,937
1/15508	22	Aufwendungen .....			21,740		21,740	760,000	630,189
		Summe 1550. ....		867,000	44,990	0,010	912,000	1.615,000	1.749,489
1/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG							
1/15515	22	Förderungen (D) .....				150,002	150,002	60,001	29,700
1/15516	22	Förderungen .....			5.248,012		5.248,012	4.650,001	4.119,791
	12				1,000		1,000	0,800	3,182
	22				5.247,012		5.247,012	4.649,201	4.116,609
1/15518	22	Aufwendungen .....			138,000		138,000	255,002	94,791
	12				13,000		13,000	55,200	28,811
	22				125,000		125,000	199,802	65,980
1/15513	22	Anlagen .....						35,002	14,187
1/15517	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,003	0,000
		Summe 1551. ....			5.386,012	150,002	5.536,014	5.000,009	4.258,470
1/1552		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. §39aAMFG:							
1/15526	22	Förderungen .....			25,000		25,000	149,998	349,054
1/15525	22	Förderungen (D) .....						0,001	
1/15528	22	Aufwendungen .....						0,001	
		Summe 1552. ....			25,000		25,000	150,000	349,054
1/15537	22	Überweisung an das AMS Überweisung an den Fonds der AMV .....			0,001		0,001	0,001	
1/15547	22	Sonderunterstützung .....			3.287,000		3.287,000	2.000,000	1.971,650
1/15554	22	Wiedereinstellungsbeihilfe gem. ALVG .....			15,150		15,150	31,600	8,453
1/15557	22	Leistungen nach dem ALVG .....			42.118,000		42.118,000	44.100,001	40.189,231
1/15565	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51a AMFG (D) Förderungen (D) .....				75,000	75,000		
1/15566	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. § 51aAMFG Förderungen .....			75,000		75,000		
1/15567	22	Zahlungen gem. § xxx, BGBl. Nr. xxx/95 .....			871,000		871,000		

## Anmerkungen:

- 1/155 Zweckgebunden im Sinne der §§ 60 und 64 ALVG (ausgenommen Teile der VA-Ansätze 1/15515, 1/15516 und 1/15518, Paragraph 1/1552, VA-Ansätze 1/15565, 1/15566 und 1/15537).
- 1/15515 Hievon 1995 150,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/155.
- 1/15516 Hievon 1995 5.248,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/155.
- 1/15518 Hievon 1995 137,999 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/155.



(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	EINNAHMEN	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/153		Bundesministerium; Sonstige Leistungen:							
2/15314	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....			0,002		0,002	0,002	0,213
2/1534		Pflegevorsorge (Kostenersatz):							
2/15344	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....			0,001		0,001	0,001	
2/15369	22	Darlehensrückzahlungen .....				0,001	0,001		
		Summe 153...			0,003	0,001	0,004	0,003	0,213
2/154		Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:							
2/15494	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....			0,003		0,003	0,003	
2/155		Einrichtungen des AMS (I):							
		<i>Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (I)</i>							
2/1550		Ämter des AMS:							
		<i>Landesarbeitsämter</i>							
2/15500	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....			1,000		1,000	6,000	6,532
2/15502	22	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....						0,600	0,242
		Summe 1550...			1,000		1,000	6,600	6,774
2/1551		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG:							
		<i>Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG</i>							
2/15510	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....			120,580		120,580	10,003	19,675
	12				120,580		120,580	10,001	19,675
2/15513	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen .....				80,000	80,000	59,993	62,854
2/15512	22	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....						0,004	
		Summe 1551...			120,580	80,000	200,580	70,000	82,529
2/15534	22	Überweisung vom AMS .....			0,001		0,001	0,001	
		<i>Überweisung vom Fonds der AMV</i>							
2/15550	22	Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einn.) .....			8.166,165		8.166,165	5.480,000	2.217,614
2/15564	22	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51a AMFG .....			0,002		0,002		
		<i>Erfolgswirksame Einnahmen</i>							
2/15569	22	Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 51a AMFG (Darl. Rückz.) .....				0,001	0,001		
		<i>Darlehensrückzahlungen</i>							

Anmerkungen:

2/155 Zweckgebunden im Sinne der §§ 60 und 64 AIVG  
(ausgenommen VA-Ansatz 2/15534).

2/15550 Überweisung vom VA-Ansatz 1/19387.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/1557		Überweisung an das AMS: <i>Überweisung an den Fonds der AMV</i>							
1/15577	22	Überweisung an das AMS gem. § 48 (6) AMSG. <i>Überweisung an den Fonds der AMV</i> <i>gem. §60(5)AIVG</i>			440,001		440,001	0,001	
1/15578	22	Überweisung an das AMS gem. § 41 (2) AMSG. <i>Überweisung an den Fonds der AMV gem. §</i> <i>64(4)AIVG</i>			2.147,100		2.147,100	765,000	226,414
		Summe 1557...			2.587,101		2.587,101	765,001	226,414
1/15587	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung			312,500		312,500	290,000	252,924
1/15597	22	Beitrag d. Arbeitslosenvers. z. Schlechtw.entsch. im Baugew.						75,000	141,243
		Summe 155...		867,000	54.721,754	225,012	55.813,766	54.026,612	49.146,926
1/156		Einrichtungen des AMS (II): <i>Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung</i> <i>(II)</i>							
1/15607	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen) *			551,250		551,250	531,500	587,997
1/15617	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz) *			3,750		3,750	3,500	3,350
1/15627	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete			4,075		4,075	2,980	3,207
1/15637	22	Beitrag d. Bundes z. Schlechtwetterentschädigung im Baugew.			50,000		50,000		
1/15647	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz			0,125		0,125	0,200	0,025
1/15658	22	Kostenersatz an den Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds			97,584		97,584	250,000	95,825
		Summe 156...			706,784		706,784	788,180	690,404

## Anmerkungen:

- 1/15607 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.  
1/15617 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/15600.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

65

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/1557		Überweisung vom AMS: <i>Überweisung vom Fonds der AMV</i>						
2/15570	22	Abgangsdeckung (zweckgebundene Einnahmen) .....		0,001		0,001	4.400,000	
2/15571	22	Kundendienst gem. §51AMFG (zweckgebundene Einnahmen) .....					0,003	
2/15574	22	Ersatz von Vorschüssen des Bundes aus Vorjahren.					0,001	
		Summe 1557...		0,001		0,001	4.400,004	
2/15580	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen) .....		44.441,000		44.441,000	41.420,000	35.476,352
2/15581	22	Beitrag der Gebietskörperschaften (zweckgeb. Gebarung) .....		330,000		330,000		
2/15590	22	Einnahmen gem. § 60 (2) lit. e AIVG (zweckgeb. Einn.) .....		0,005		0,005	0,005	0,005
		Einnahmen gem. § 60 (2) lit. f AIVG (zweckgeb. Einn.) .....						
2/15591	22	Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik .....		2.500,000		2.500,000	2.500,000	
2/1552		Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gem. §39aAMFG:						
2/15524	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....					0,003	0,096
2/15529	22	Darlehensrückzahlungen .....					0,001	
		Summe 1552...					0,004	0,096
		Summe 155...		55.558,754	80,001	55.638,755	53.876,614	37.783,370
2/156		Einrichtungen des AMS (II):						
		<i>Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (II)</i>						
2/15600	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (zweckgeb. Einn.) .....	*	555,000		555,000	535,000	591,348
2/15624	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete .....					0,001	
		Summe 156...		555,000		555,000	535,001	591,348

## Anmerkungen:

2/15600 Zweckgebunden im Sinne des § 12 Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957.  
Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/15607 (551,250 Millionen Schilling) und  
1/15617 (3,750 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/157		Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung:							
1/1570		Bundessozialämter: Landesinvalidenämter							
1/15700	22	Personalausgaben .....		291,762			291,762	282,534	279,044
1/15703	22	Anlagen .....	*			15,158	15,158	14,541	1,665
1/15707	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			12,751		12,751	5,142	9,879
1/15708	22	Aufwendungen .....			238,211		238,211	173,952	147,051
		Summe 1570...		291,762	250,962	15,158	557,882	476,169	437,639
1/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähn. Einricht.):							
1/15720	22	Personalausgaben .....		9,602			9,602	10,339	9,661
1/15723	22	Anlagen .....	*			0,605	0,605	0,560	0,012
1/15727	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002	0,002	0,000
1/15728	22	Aufwendungen .....			2,876		2,876	2,796	2,414
		Summe 1572...		9,602	2,878	0,605	13,085	13,697	12,087
1/15737	21	Heilfürsorge .....			127,000		127,000	113,000	112,446
1/15747	22	Berufliche und soziale Maßnahmen .....			3,000		3,000	2,700	2,342
1/15757	22	Orthopädische Versorgung .....			89,000		89,000	89,000	87,390
1/15767	22	Versorgungsgebühren .....			6.156,702		6.156,702	6.181,953	6.211,139
1/15777	22	Krankenversicherung .....			255,000		255,000	201,700	221,140
1/15778	22	Härteausgleiche .....			21,888		21,888	23,300	21,350
1/1578		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:							
1/15787	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			8,991		8,991	9,493	7,034
	22				7,471		7,471	8,093	5,845
1/15788	22	Aufwendungen .....			1,520		1,520	1,400	1,189
					0,008		0,008	0,007	0,006
		Summe 1578...			8,999		8,999	9,500	7,040
1/15798	22	Fahrausweise und Sonderfürsorge .....			2,640		2,640	2,600	2,629
		Summe 157...		301,364	6.918,069	15,763	7.235,196	7.113,619	7.115,204

## Anmerkungen:

1/15703 Hievon 1995 6,462 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
 1/15723 Hievon 1995 0,145 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

67

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/157		Einrichtungen der Kriegsofper- und Heeresversorgung:						
2/1570		Bundessozialämter:						
		Landesinvalidenämter						
2/15704	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0, 211		0, 211	0, 210	0, 155
	43			0, 210		0, 210	0, 210	0, 155
				0, 001		0, 001		
2/15707	22	Bestandswirksame Einnahmen .....			0, 075	0, 075	0, 075	0, 052
		Summe 1570. ...		0, 211	0, 075	0, 286	0, 285	0, 207
2/1572		Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht. ):						
2/15724	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		12, 315		12, 315	12, 114	11, 757
	43			12, 314		12, 314	12, 114	11, 757
				0, 001		0, 001		
2/15727	22	Bestandswirksame Einnahmen .....			0, 003	0, 003	0, 004	
		Summe 1572. ...		12, 315	0, 003	12, 318	12, 118	11, 757
2/15784	21	Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz .....		7, 354		7, 354	5, 750	6, 961
	22			6, 300		6, 300	4, 800	6, 247
				1, 054		1, 054	0, 950	0, 714
2/15794	22	Sonstige Einnahmen der Kriegsofper- und Heeresversorgung .....		35, 300		35, 300	32, 900	34, 847
		Summe 157. ...		55, 180	0, 078	55, 258	51, 053	53, 772

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/159		Verschiedene Dienststellen:							
1/1590		Heimarbeitungskommissionen, Schlichtungsstellen:							
1/15900	22	Personalausgaben .....		3,007			3,007	3,054	2,723
1/15903	22	Anlagen .....				0,010	0,010	0,011	
1/15907	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,078		0,078	0,002	0,056
1/15908	22	Aufwendungen .....			1,051		1,051	1,100	1,076
		Summe 1590...		3,007	1,129	0,010	4,146	4,167	3,856
1/1592		Arbeitsinspektion:							
1/15920	21	Personalausgaben .....		181,068			181,068	181,129	172,383
1/15923		Anlagen .....	*			5,144	5,144	5,493	4,321
	21					5,143	5,143	5,492	4,321
	41					0,001	0,001	0,001	
1/15926	21	Förderungen .....			0,453		0,453	0,447	0,330
1/15927		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			15,670		15,670	8,857	13,511
	21				10,120		10,120	8,855	7,980
	22				5,550		5,550	0,002	5,531
1/15928		Aufwendungen .....			51,604		51,604	42,389	36,833
	21				51,603		51,603	42,388	36,833
	41				0,001		0,001	0,001	
		Summe 1592...		181,068	67,727	5,144	253,939	238,315	227,379
		Summe 159...		184,075	68,856	5,154	258,085	242,482	231,235
		Gesamtausgaben 15...		1.622,242	82.657,912	290,570	84.570,724	82.747,905	57.996,628

## Anmerkungen:

1/15923 Hievon 1995 0,989 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/159		Verschiedene Dienststellen:						
2/1590		Heimarbeitungskommissionen, Schlichtungsstellen:						
2/15904	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,009		0,009	0,009	0,000
2/15907	22	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 1590...		0,009	0,002	0,011	0,011	0,000
2/1592		Arbeitsinspektion:						
2/15924		Erfolgswirksame Einnahmen .....		5,788		5,788	5,357	5,005
	21			5,787		5,787	5,357	5,005
	43			0,001		0,001		
2/15927		Bestandswirksame Einnahmen .....			0,314	0,314	0,144	0,063
	21				0,313	0,313	0,143	0,063
	41				0,001	0,001	0,001	
		Summe 1592...		5,788	0,314	6,102	5,501	5,068
		Summe 159...		5,797	0,316	6,113	5,512	5,068
		Gesamteinnahmen 15...		57.075,930	88,429	57.164,359	54.503,217	38.464,740

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/16		<b>Sozialversicherung:</b>	*						
1/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):							
1/16007	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag .....		15.858,300		15.858,300	13.985,800	18.261,500	
1/16027	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag .....		235,200		235,200	181,400	211,200	
1/16037	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag .....		4.402,500		4.402,500	3.460,900	4.554,100	
1/16047	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag .....		1.498,200		1.498,200	1.380,200	1.860,900	
1/16057	22	Überweisung gem. § 34 (1) GSVG .....		6.229,000		6.229,000	5.186,000	5.105,539	
1/16067	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag .....		8.294,000		8.294,000	7.079,300	7.579,100	
1/16077	22	Betrag gem. § 31 (2) BSVG .....		3.619,000		3.619,000	3.327,000	3.314,998	
1/16087	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag .....	*	7.493,700		7.493,700	7.085,300	7.231,300	
		Summe 160...		47.629,900		47.629,900	41.685,900	48.118,638	
1/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:							
1/16107	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen .....		6.209,100		6.209,100	5.913,400	5.446,807	
1/16127	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen .....		52,200		52,200	48,500	45,500	
1/16137	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen .....		563,200		563,200	538,600	477,758	
1/16147	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen .....		83,600		83,600	75,400	71,800	
1/16157	22	SVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen .....		1.206,600		1.206,600	1.151,400	1.100,700	
1/16167	22	SVA der Bauern; Ausgleichszulagen .....		3.379,900		3.379,900	3.301,800	3.077,000	
		Summe 161...		11.494,600		11.494,600	11.029,100	10.219,564	
1/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:							
1/16217	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Krankenversicherung .....		842,960		842,960	824,000	805,286	
1/16227	22	Zuschuß zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger .....		0,001		0,001	0,001		
1/16237	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen .....		24,000		24,000	21,000	19,113	
		Summe 162...		866,961		866,961	845,001	824,399	
1/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:							
1/16407	22	Bundesbeitrag zur Unfallversicherung gem. §74a(2)ASVG .....		5,500		5,500	5,500	5,081	
1/16417	22	Vorschüsse auf ausländische Renten .....		0,001		0,001	0,001		
1/16427	22	SVA der Bauern; Bundesbeitrag zur Unfallversicherung .....		207,000		207,000	290,000	284,483	
1/16437	22	Ersatzleistungen gem. § 117 B-KUVG .....		2,500		2,500	1,500	0,920	
1/16447	22	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz .....						8.000,000	
		Summe 164...		215,001		215,001	297,001	8.290,484	
1/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):							
1/16507	22	Ersatz der Aufwendungen für das Sonderruhegeld .....		261,000		261,000	276,800	241,925	
1/16517	22	Vergütung f. d. Einhebung d. Nachtschwerarbeits-Beitrages .....		0,800		0,800	0,800	0,673	
		Summe 165...		261,800		261,800	277,600	242,598	
		<b>Gesamtausgaben 16...</b>		<b>60.468,262</b>		<b>60.468,262</b>	<b>54.134,602</b>	<b>67.695,682</b>	

## Anmerkungen:

- 1/16 Personal- und Sachausgaben beim Paragraph 1/1500 mitveranschlagt.  
1/16067 Hievon 1995 1.005,200 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.  
1/16087 Hievon 1995 198,800 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.



(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
<b>2/16</b>		<b>Sozialversicherung:</b>						
2/160		Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
2/16004	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001	.....	0,001	0,001	2.420,452
2/161		Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
2/16104	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001	.....	0,001	0,001	6,842
2/162		Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
2/16204	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/164		Bundesministerium; sonst. Leistungen zur Sozialversicherung:						
2/16404	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001	.....	0,001	0,001	0,025
2/165		BM; Leistungen n. d. Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG):						
2/16504	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		143,000	.....	143,000	160,000	121,057
		<b>Gesamteinnahmen 16...</b>		<b>143,004</b>	<b>.....</b>	<b>143,004</b>	<b>160,004</b>	<b>2.548,376</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/17		<b>Gesundheit und Konsumentenschutz:</b>							
1/170		<i>Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz</i>							
		Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:							
		<i>Bundesministerium für Gesundheit, Sport u. Konsumentenschutz</i>							
1/1700		Zentralleitung:							
1/17000	43	Personalausgaben .....		181,456			181,456	188,400	178,113
1/17003	43	Anlagen .....	*			18,396	18,396	17,375	15,720
1/17006		Förderungen .....	*		38,890		38,890	41,101	37,185
	21				38,888		38,888	41,095	37,185
	22				0,002		0,002	0,006	
1/17007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			36,709		36,709	34,252	33,344
	22				3,310		3,310	0,002	3,280
	43				33,399		33,399	34,250	30,064
1/17008		Aufwendungen .....			80,461		80,461	119,220	72,700
	21				0,096		0,096	0,100	0,086
	43				80,365		80,365	119,120	72,613
		Summe 1700...		181,456	156,060	18,396	355,912	400,348	337,061
1/17015		Bezugsvorschüsse .....				2,897	2,897	4,012	2,711
	23					1,501	1,501	1,901	0,573
	43					1,396	1,396	2,111	2,138
		Summe 170...		181,456	156,060	21,293	358,809	404,360	339,772
1/171		<b>Konsumentenschutz:</b>							
1/17106	43	Förderungen .....			3,216		3,216	3,500	3,107
1/17108	43	Aufwendungen .....			33,398		33,398	35,700	35,447
		Summe 171...			36,614		36,614	39,200	38,554

## Anmerkungen:

1/17003 Hievon 1995 3,500 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

1/17006 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17000.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

73

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/17		<b>Gesundheit und Konsumentenschutz:</b>						
2/170		<i>Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz</i> Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz:						
		<i>Bundesministerium für Gesundheit, Sport u.</i> <i>Konsumentenschutz</i>						
2/1700		Zentraleitung:						
2/17000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/17004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,923		1,923	1,678	1,635
2/17007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,100	0,100	0,010	
		Summe 1700...		1,924	0,100	2,024	1,689	1,635
2/17019	23	Bezugsvorschußsätze .....			2,113	2,113	1,931	1,726
	43	.....			0,333	0,333	0,494	0,379
		.....			1,780	1,780	1,437	1,347
		Summe 170...		1,924	2,213	4,137	3,620	3,361
2/171		Konsumentenschutz:						
2/17104	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	

## Anmerkungen:

2/17000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:							
1/1720		Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen:							
1/17203	21	Anlagen .....				4,667	4,667	3,244	1,602
1/17204	21	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....		0,001			0,001	0,001	
1/17206	21	Förderungen .....	*	87,074			87,074	123,807	99,508
1/17207	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....		6,260			6,260	9,322	6,783
1/17208	21	Aufwendungen .....		78,775			78,775	118,273	57,359
		Summe 1720...			172,110	4,667	176,777	254,647	165,252
1/17217	21	Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds .....		4,219,620			4,219,620	4,363,680	3,990,434
1/1722		Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches:							
1/17223	21	Anlagen .....				0,384	0,384	0,030	
1/17226	21	Förderungen .....		26,881			26,881	24,000	19,093
1/17228	21	Aufwendungen .....		4,563			4,563	4,870	1,878
		Summe 1722...			31,444	0,384	31,828	28,900	20,971
1/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):							
1/17247	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ...*		576,000			576,000	516,550	493,294
1/1725		Sportförderung:							
1/17254	11	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....						400,000	380,042
1/17255	11	Förderungen (D) .....						1,000	1,000
1/17256	11	Förderungen .....						122,119	116,833
1/17258	11	Aufwendungen .....						3,496	2,111
		Summe 1725...						526,615	499,985
		Summe 172...			4,999,174	5,051	5,004,225	5,690,392	5,169,938

## Anmerkungen:

1/17206 Hievon 1995 42,321 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

1/17247 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/17240.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

75

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/172		Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:						
2/1724		Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung):						
2/17240	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	576,000	.....	576,000	516,550	493,294
2/17294	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....	*	1.226,667	.....	1.226,667	1.271,848	1.154,275
2/17297	21	Bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,001	0,001	0,001	.....
2/1725		Sportförderung:						
2/17250	11	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		.....	.....	.....	0,100	1,127
2/17254	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		.....	.....	.....	0,872	0,733
2/17259	11	Darlehensrückzahlungen .....		.....	.....	.....	0,695	0,695
		Summe 1725...		.....	.....	.....	1,667	2,554
		Summe 172...		1.802,667	0,001	1.802,668	1.790,066	1.650,123

## Anmerkungen:

2/17240 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/17247 veranschlagt.

2/17294 Hievon Überweisung vom VA-Ansatz 2/52805 1.213,380 Millionen Schilling.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/173		BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.:							
1/1732		Strahlenschutz:							
1/17323	21	Anlagen .....	*			5,863	5,863	9,760	8,865
1/17326	21	Förderungen .....		0,296			0,296	0,373	0,361
1/17327	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,700			0,700	0,580	0,530
1/17328	21	Aufwendungen .....	*	104,003			104,003	99,664	91,031
		Summe 1732 ...			104,999	5,863	110,862	110,377	100,787
1/1737		Veterinärwesen:							
1/17376	21	Förderungen .....		1,085			1,085	1,130	0,930
	34	.....		0,893			0,893	0,930	0,930
	34	.....		0,192			0,192	0,200	
1/17377	34	Epizootie .....		60,550			60,550	69,077	39,817
1/17378	34	Aufwendungen .....		2,820			2,820	2,900	1,863
1/17373	34	Anlagen .....						0,057	
		Summe 1737 ...			64,455		64,455	73,164	42,611
1/1738		Lebensmittel, Chemikalien:							
1/17386	21	Förderungen .....		0,206			0,206	0,260	0,060
1/17387	21	Entschädigungen .....		0,300			0,300	0,265	0,218
1/17388	21	Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle ...		15,256			15,256	22,800	19,456
		Summe 1738 ...			15,762		15,762	23,325	19,734
1/1739		Gentechnologie:							
1/17396	21	Förderungen .....		0,288			0,288	1,000	0,890
1/17398	21	Aufwendungen .....		3,369			3,369	2,740	1,015
		Summe 1739 ...			3,657		3,657	3,740	1,905
		Summe 173 ...			188,873	5,863	194,736	210,606	165,037
1/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:							
1/17408	11	Aufwendungen .....		0,432			0,432	0,930	0,163
	21	.....		0,341			0,341	0,340	0,163
	21	.....		0,091			0,091	0,590	
1/17417	21	Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz .....		0,040			0,040	0,046	0,063
1/17424	21	Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz .....		0,005			0,005	0,005	
1/17437	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz .....		43,003			43,003	51,563	40,398
1/17447	21	Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen .....		6,693			6,693	8,213	5,756
1/17457	11	Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen .....		39,000			39,000	30,000	28,388
1/17467	11	Schülerbeihilfen .....		6,168			6,168	6,717	4,352
		Summe 174 ...			95,341		95,341	97,474	79,121

## Anmerkungen:

1/17323 Hievon 1995 2,200 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.

1/17328 Hievon 1995 20,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

77

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/173		BM; Strahlensch., Veterinärw., Lebensmittelangel., Gentechnol.:						
2/17374	34	Epizootie .....		1,300		1,300	1,300	3,262
2/1739		Verschiedene Einnahmen:						
2/17394		Erfolgswirksame Einnahmen .....		3,516		3,516	2,516	0,555
	21			3,508		3,508	2,508	0,548
	34			0,008		0,008	0,008	0,008
2/17397		Bestandswirksame Einnahmen .....			0,006	0,006	0,006	
	21				0,005	0,005	0,005	
	34				0,001	0,001	0,001	
		Summe 1739...		3,516	0,006	3,522	2,522	0,555
		Summe 173...		4,816	0,006	4,822	3,822	3,818
2/174		Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten:						
2/17494	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,272		0,272	0,613	0,106

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/179		Dienststellen:							
1/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:							
1/17900	21	Personalausgaben .....		101,293			101,293	99,177	94,445
1/17903	21	Anlagen .....	*			20,885	20,885	27,365	22,928
1/17907	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,046		0,046	0,046	0,007
1/17908	21	Aufwendungen .....			47,624		47,624	47,537	42,200
		Summe 1790 ...		101,293	47,670	20,885	169,848	174,125	159,580
1/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:							
1/17920	21	Personalausgaben .....		148,908			148,908	144,706	139,591
1/17923	21	Anlagen .....	*			18,374	18,374	12,625	11,769
1/17927	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,119		3,119	0,103	0,059
1/17928	21	Aufwendungen .....			101,631		101,631	124,265	93,201
		Summe 1792 ...		148,908	104,750	18,374	272,032	281,699	244,620
1/1794		Bundeshebammenlehranstalten/Bundes- Hebammenakademien: Bundeshebammenlehranstalten							
1/17940	21	Personalausgaben .....		0,665			0,665	0,652	0,528
1/17943	21	Anlagen .....	*			0,774	0,774	0,346	0,117
1/17947	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,050		0,050	0,134	0,005
1/17948	21	Aufwendungen .....			17,705		17,705	21,131	16,447
		Summe 1794 ...		0,665	17,755	0,774	19,194	22,263	17,097
1/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:							
1/17950	34	Personalausgaben .....		86,607			86,607	88,568	83,748
1/17953	34	Anlagen .....	*			5,560	5,560	7,682	9,104
1/17957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,030		0,030	0,041	0,015
1/17958	34	Aufwendungen .....			55,069		55,069	45,358	39,522
		Summe 1795 ...		86,607	55,099	5,560	147,266	141,649	132,389
1/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst:							
1/17960	34	Personalausgaben .....		17,749			17,749	18,117	16,874
1/17963	34	Anlagen .....				2,448	2,448	0,040	0,025
1/17967	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,350		0,350	0,002	0,304
1/17968	34	Aufwendungen .....			11,465		11,465	6,968	5,761
		Summe 1796 ...		17,749	11,815	2,448	32,012	25,127	22,965
1/1797		Bundessportheime und Sporteinrichtungen:							
1/17970	11	Personalausgaben .....						84,610	82,640
1/17973	11	Anlagen .....						110,000	49,990
1/17977	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						2,288	1,784
1/17978	11	Aufwendungen .....						81,510	79,379
		Summe 1797 ...						278,408	213,792
		Summe 179 ...		355,222	237,089	48,041	640,352	923,271	790,443
		Gesamtausgaben 17...		536,678	5.713,151	80,248	6.330,077	7.365,303	6.582,864

## Anmerkungen:

- 1/17903 Hievon 1995 1,500 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/17923 Hievon 1995 1,100 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/17943 Hievon 1995 0,500 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/17953 Hievon 1995 0,700 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

79

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/179		Dienststellen:						
2/1790		Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
2/17904	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		32,500		32,500	28,817	29,793
2/17907	21	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,047	0,047	0,047	0,118
		Summe 1790 ...		32,500	0,047	32,547	28,864	29,911
2/1792		Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.:						
2/17924	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		161,880		161,880	153,855	154,564
2/17927	21	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,018	0,018	0,018	0,022
		Summe 1792 ...		161,880	0,018	161,898	153,873	154,586
2/1794		Bundeshebammenlehranstalten/Bundes-Hebammenakademien:						
		<i>Bundeshebammenlehranstalten</i>						
2/17944	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,058		2,058	2,684	1,900
2/17947	21	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	
		Summe 1794 ...		2,058	0,003	2,061	2,687	1,900
2/1795		Veterinärmedizinische Anstalten:						
2/17954	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		66,920		66,920	45,500	44,056
2/17957	34	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,031	0,031	0,026	
		Summe 1795 ...		66,920	0,031	66,951	45,526	44,056
2/1796		Veterinärmedizinischer Grenzbeschauendienst:						
2/17964	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		34,004		34,004	34,004	33,405
2/17967	34	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	
		Summe 1796 ...		34,004	0,003	34,007	34,007	33,405
2/1797		<i>Bundessportheime und Sporteinrichtungen:</i>						
2/17974	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....					91,000	84,115
2/17977	11	Bestandswirksame Einnahmen .....					0,051	0,063
		Summe 1797 ...					91,051	84,178
		Summe 179 ...		297,362	0,102	297,464	356,008	348,036
		<b>Gesamteinnahmen 17...</b>		<b>2.107,042</b>	<b>2,322</b>	<b>2.109,364</b>	<b>2.154,130</b>	<b>2.005,444</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/18		Umwelt:							
1/180		Umwelt, Jugend, Familie Bundesministerium für Umwelt: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie							
1/18000	43	Personalausgaben .....		104,500			104,500	139,653	138,179
1/18003	43	Anlagen .....				9,598	9,598	16,271	9,514
1/18005	43	Bezugsvorschüsse .....				1,235	1,235	1,900	1,296
	23					0,650	0,650	1,000	0,385
	43					0,585	0,585	0,900	0,911
1/18007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			9,037		9,037	6,367	13,904
	43				1,485		1,485	0,002	1,762
1/18008	43	Aufwendungen .....	*		7,552		7,552	6,365	12,142
					101,073		101,073	112,069	76,085
		Summe 180...		104,500	110,110	10,833	225,443	276,260	238,977
1/186		Umweltschutz:							
1/1860		Umweltpolitische Maßnahmen:							
1/18603	21	Anlagen .....				5,760	5,760	6,652	0,542
1/18606	21	Förderungen .....		120,250			120,250	86,379	81,771
1/18607	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,001		0,001	0,001	
1/18608	21	Aufwendungen .....		244,679			244,679	172,250	144,302
		Summe 1860...			364,930	5,760	370,690	265,282	226,615
1/1862		Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):							
1/18626	21	Förderungen .....	*		200,002		200,002	200,001	254,712
1/18628	21	Aufwendungen .....	*		50,000		50,000	50,000	4,323
		Summe 1862...			250,002		250,002	250,001	259,035
1/1863		Siedlungswasserwirtschaft:							
1/18636	37	Förderungen .....	*		3.689,800		3.689,800	3.431,224	949,376
1/1864		Sonstige Umweltmaßnahmen:							
1/18646	37	Förderungen .....		451,201			451,201	750,000	371,002
1/18648	37	Aufwendungen .....		76,800			76,800	60,000	24,000
		Summe 1864...		528,001			528,001	810,000	395,002
1/1861		Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds:							
1/18614	37	Förderungen (Gesetzl. Verpfl.) (zweckgeb. Geb.) .....							2,151
1/18616	37	Förderungen .....						0,003	0,004
		Summe 1861...						0,003	2,154
		Summe 186...			4.832,733	5,760	4.838,493	4.756,510	1.832,182
1/187		Umweltbundesamt:							
1/18700	21	Personalausgaben .....		87,061			87,061	76,773	78,354
1/18703	21	Anlagen .....				30,920	30,920	35,628	38,694
1/18707	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,740		1,740	0,202	1,733
	21				0,200		0,200	0,200	0,096
	22				1,540		1,540	0,002	1,637
1/18708	21	Aufwendungen .....	*		85,708		85,708	82,951	73,022
		Summe 187...		87,061	87,448	30,920	205,429	195,554	191,802

## Anmerkungen:

- 1/18008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18000.  
1/18626 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18620 (0,002 Millionen Schilling) und 2/52690 (200,000 Millionen Schilling).  
1/18628 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52690.  
1/18636 Hievon 1995 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/18630 (232,064 Millionen Schilling) und 2/51110 (7,799 Millionen Schilling).  
1/18708 Hievon 1995 3,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/18700.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

81

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/18		<b>Umwelt:</b>						
		<i>Umwelt, Jugend, Familie</i>						
2/180		Bundesministerium für Umwelt:						
		<i>Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie</i>						
2/18000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,001		0,001	0,001	
2/18004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2.000,010		2.000,010	1.100,009	9,733
2/18007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,008	0,008	0,008	0,669
2/18009	43	Bezugsvorschußsätze .....			0,436	0,436	0,672	0,615
	23				0,130	0,130	0,201	0,115
	43				0,306	0,306	0,471	0,501
		Summe 180...		2.000,011	0,444	2.000,455	1.100,690	11,017
2/186		<b>Umweltschutz:</b>						
2/1860		<i>Umweltpolitische Maßnahmen:</i>						
2/18604	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,003		0,003	0,004	0,178
2/18607	21	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	0,036
		Summe 1860...		0,003	0,003	0,006	0,007	0,214
2/1862		<i>Altlastensanierung (zweckgeb. Geb.):</i>						
2/18620	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,002		0,002	0,001	266,404
2/1863		<i>Siedlungswasserwirtschaft:</i>						
2/18630	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	232,064		232,064	232,063	232,063
2/1861		<i>Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds:</i>						
2/18610	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....					0,001	2,154
		Summe 186...		232,069	0,003	232,072	232,072	500,835
2/187		<b>Umweltbundesamt:</b>						
2/18700	21	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		3,000		3,000		
2/18704	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,313		1,313	0,599	0,636
2/18707	21	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,156	0,156	0,009	0,126
		Summe 187...		4,313	0,156	4,469	0,608	0,762

## Anmerkungen:

2/18000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18008 mitveranschlagt.

2/18620 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 mitveranschlagt.

2/18630 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18636 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/181		Familienpolitische Maßnahmen:							
1/1811		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/18116	22	Förderungen .....						30,719	18,094
1/1813		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/18137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen .....						5.524,951	1.916,492
		Summe 181...						5.555,670	1.934,586
1/183		Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):							
1/18307	22	Familienbeihilfen .....						38.327,161	37.324,038
1/18317	22	Geburtenbeihilfen .....						1.361,500	1.336,723
1/18327	22	Schulfahrtbeihilfen .....						500,000	432,141
1/18337	22	Schülerfreifahrten .....						3.788,180	4.067,584
1/18347	22	Schulbücher .....						1.120,200	1.139,984
1/18357	22	Lehrlingsfreifahrten .....						360,000	235,820
1/1836		Härteausgleich:							
1/18365	22	Förderungen (D) .....						2,000	0,427
1/18368	22	Aufwendungen .....						23,000	16,474
		Summe 1836...						25,000	16,900
1/1837		Familienberatungsstellen:							
1/18376	22	Förderungen .....						100,000	89,998
1/1838		Sonstige familienpolitische Maßnahmen:							
1/18387	22	Sonstige Maßnahmen .....						11.012,207	7.823,123
1/18389	22	Unterhaltsvorschüsse .....						686,945	702,607
		Summe 1838...						11.699,152	8.525,730
1/18397	22	Überschuß an den Reservefonds für Familienbeihilfen .....						0,001	
		Summe 183...						57.281,194	53.168,919
1/184		Jugend:							
1/1841		Außerschulische Jugendziehung:							
1/18410	11	Personalausgaben .....						1,255	1,075
1/18416	11	Förderungen .....						127,715	93,949
1/18417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..						0,004	0,021
1/18418	11	Aufwendungen .....						18,093	14,434
		Summe 184...						147,067	109,479
		Gesamtausgaben 18...		191,561	5.030,291	47,513	5.269,365	68.212,255	57.475,945

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/181		<i>Familienpolitische Maßnahmen:</i>						
2/1811		<i>Familienpolitische Aktivitäten:</i>						
2/18114	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....					0,001	.....
2/1813		<i>Reservfonds für Familienbeihilfen:</i>						
2/18134	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....					0,001	.....
		Summe 181...					0,002	.....
2/183		<i>Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):</i>						
2/18300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A) .....					37.268,696	35.465,026
2/18310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer ..					4.392,220	4.220,447
2/18311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer .....					9.500,000	9.500,000
2/18320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben .....					91,000	86,455
2/18330	22	Beiträge der Länder .....					147,666	147,665
2/1836		<i>Härteausgleich:</i>						
2/18361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....					0,001	0,018
2/18363	22	Darlehensrückzahlungen .....					0,660	0,726
		Summe 1836...					0,661	0,745
2/18371	22	Familienberatungsstellen .....					0,001	.....
2/18382	22	Unterhaltsvorschüsse .....					356,000	345,655
2/18390	22	Ersatz vom Reservfonds für Familienbeihilfe ...					5.524,950	3.402,926
		Summe 183...					57.281,194	53.168,919
2/184		<i>Jugend:</i>						
2/1841		<i>Außerschulische Jugenderziehung:</i>						
2/18414	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....					0,202	0,138
		<b>Gesamteinnahmen 18...</b>		<b>2.236,393</b>	<b>0,603</b>	<b>2.236,996</b>	<b>58.614,768</b>	<b>53.681,671</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/19		<b>Jugend und Familie:</b>	*						
1/190		Bundesministerium für Jugend und Familie:							
1/19000	43	Personalausgaben .....		56,575			56,575		
1/19003	43	Anlagen .....				5,894	5,894		
1/19005	23	Bezugsvorschüsse .....				0,665	0,665		
	43					0,350	0,350		
	43					0,315	0,315		
1/19007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,586		0,586		
	43				0,581		0,581		
	43				0,005		0,005		
1/19008	43	Aufwendungen .....	*		56,004		56,004		
		Summe 190...		56,575	56,590	6,559	119,724		
1/191		<b>Familienpolitische Maßnahmen:</b>							
1/1911		Familienpolitische Aktivitäten:							
1/19116	22	Förderungen .....			28,531		28,531		
1/1913		Reservefonds für Familienbeihilfen:							
1/19137	22	Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen .....			2.795,534		2.795,534		
		Summe 191...			2.824,065		2.824,065		
1/193		<b>Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):</b>							
1/19307	22	Familienbeihilfen .....			34.010,200		34.010,200		
1/19317	22	Geburtenbeihilfen .....			1.352,000		1.352,000		
1/19327	22	Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen .....			500,000		500,000		
1/19337	22	Schülerfreifahrten .....			4.152,287		4.152,287		
1/19347	22	Schulbücher .....			1.290,200		1.290,200		
1/19357	22	Lehrlingsfreifahrten .....			300,080		300,080		
1/1936		Härteausgleich:							
1/19365	22	Förderungen (D) .....				2,000	2,000		
1/19368	22	Aufwendungen .....			23,000		23,000		
		Summe 1936...			23,000	2,000	25,000		
1/1937		<b>Familienberatungsstellen:</b>							
1/19376	22	Förderungen .....			100,000		100,000		
1/1938		<b>Sonstige familienpolitische Maßnahmen:</b>							
1/19387	22	Sonstige Maßnahmen .....	*		13.656,195		13.656,195		
1/19389	22	Unterhaltsvorschüsse .....				803,855	803,855		
		Summe 1938...			13.656,195	803,855	14.460,050		
1/19397	22	Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen .....			0,002		0,002		
		Summe 193...			55.383,964	805,855	56.189,819		
1/194		<b>Jugend:</b>							
1/1941		<b>Außerschulische Jugenderziehung:</b>							
1/19410	11	Personalausgaben .....		1,252			1,252		
1/19416	11	Förderungen .....			99,659		99,659		
1/19417	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,028		0,028		
1/19418	11	Aufwendungen .....			20,339		20,339		
		Summe 194...		1,252	120,026		121,278		
		<b>Gesamtausgaben 19...</b>		<b>57,827</b>	<b>58.384,645</b>	<b>812,414</b>	<b>59.254,886</b>		

## Anmerkungen:

1/19 Vor dem BVA 1995 beim Kapitel 18 mitveranschlagt gewesen.

1/19008 Hievon 1995 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/19000.

1/19387 Hievon 1995 8.166,165 Millionen Schilling Überweisung an VA-Ansatz 2/15550.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/19		<b>Jugend und Familie:</b>	*					
2/190		<b>Bundesministerium für Jugend und Familie:</b>						
2/19000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,002		0,002		
2/19004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,010		0,010		
2/19007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,008	0,008		
2/19009	23	Bezugsvorschußsätze .....			0,365	0,365		
	43				0,061	0,061		
					0,304	0,304		
		Summe 190...		0,012	0,373	0,385		
2/191		<b>Familienpolitische Maßnahmen:</b>						
2/1911		<b>Familienpolitische Aktivitäten:</b>						
2/19114	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,003		0,003		
2/1913		<b>Reservefonds für Familienbeihilfen:</b>						
2/19134	22	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001		
		Summe 191...		0,004		0,004		
2/193		<b>Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgeb. Geb.):</b>						
2/19300	22	Dienstgeberbeiträge (Sektion A) .....		38.649,648		38.649,648		
2/19310	22	Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer ... *		4.504,430		4.504,430		
2/19311	22	Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer ... *		9.500,000		9.500,000		
2/19320	22	Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben .....		91,000		91,000		
2/19330	22	Beiträge der Länder .....		147,666		147,666		
2/19340	22	Beiträge für Schulbücher .....		120,000		120,000		
2/1936		<b>Härteausgleich:</b>						
2/19361	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001		
2/19363	22	Darlehensrückzahlungen .....			0,660	0,660		
		Summe 1936...		0,001	0,660	0,661		
2/19371	22	Familienberatungsstellen .....		0,001		0,001		
2/19382	22	Unterhaltsvorschüsse .....			380,880	380,880		
2/19390	22	Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfe ...		2.795,533		2.795,533		
		Summe 193...		55.808,279	381,540	56.189,819		
2/194		<b>Jugend:</b>						
2/1941		<b>Außerschulische Jugenderziehung:</b>						
2/19414	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,202		0,202		
		<b>Gesamteinnahmen 19...</b>		<b>55.808,497</b>	<b>381,913</b>	<b>56.190,410</b>		

Anmerkungen:

- 2/19 Vor dem BVA 1995 beim Kapitel 18 mitveranschlagt gewesen.
- 2/19000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/19008 veranschlagt.
- 2/19310 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52874.
- 2/19311 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52875.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/20		Äußeres:							
1/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:							
1/2000		Zentralleitung:							
1/20000	43	Personalausgaben .....		324,509			324,509	276,439	285,130
1/20003	43	Anlagen .....				10,380	10,380	16,602	9,261
1/20005	43	Bezugsvorschüsse .....				1,539	1,539	1,539	1,221
	23					0,300	0,300	0,300	0,100
	43					1,239	1,239	1,239	1,121
1/20006		Förderungen .....			7,984		7,984	5,059	4,615
	21				0,019		0,019	0,020	0,020
	43				7,965		7,965	5,039	4,595
1/20007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,050		7,050	0,062	6,395
	22				6,840		6,840	0,002	6,325
	43				0,210		0,210	0,060	0,070
1/20008	43	Aufwendungen .....	*		221,171		221,171	161,545	139,756
		Summe 2000...		324,509	236,205	11,919	572,633	461,246	446,376
1/20018	43	Internationales Diplomatenseminar Klessheim .....			0,500		0,500	0,500	0,441
1/20028	43	Presse und Information .....			8,256		8,256	8,600	7,777
1/2003		Beiträge an internationale Organisationen:							
1/20036	43	Förderungen .....			248,701		248,701	268,825	237,862
1/20037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	*		496,546		496,546	439,945	412,460
		Summe 2003...			745,247		745,247	708,770	650,322
1/20048	43	Internationale Konferenzen in Österreich ..			38,784		38,784	23,500	77,255
		Summe 200...		324,509	1.028,992	11,919	1.365,420	1.202,616	1.182,172
1/201		Vertretungsbehörden:							
1/20100	43	Personalausgaben .....		432,160			432,160	391,366	382,466
1/20103	43	Anlagen .....	*			289,400	289,400	245,064	165,278
1/20105	43	Bezugsvorschüsse .....				0,271	0,271	0,271	0,235
1/20106	22	Förderungen .....	*		5,137		5,137	5,339	4,936
1/20107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			31,600		31,600	21,930	27,148
	21				20,500		20,500	20,228	18,010
	22				9,100		9,100	0,002	8,033
	43				2,000		2,000	1,700	1,106
1/20108		Aufwendungen .....			866,379		866,379	798,112	740,778
	21				4,320		4,320	3,800	3,280
	43				862,059		862,059	794,312	737,499
		Summe 201...		432,160	903,116	289,671	1.624,947	1.462,082	1.320,842

## Anmerkungen:

- 1/20003 Hievon 1995 5,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/20008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20000.  
Hievon 1995 0,364 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/20037 Hievon 1995 141,525 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.  
1/20103 Hievon 1995 35,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/20106 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/20100.



(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/20		<b>Äußeres:</b>						
2/200		Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten:						
2/2000		Zentraleitung:						
2/20000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/20004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		22,481	.....	22,481	15,036	12,726
2/20008	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,037	0,037	0,037	0,002
2/20009	23	Bezugsvorschußersätze .....		.....	1,450	1,450	1,450	1,454
	43	.....		.....	0,250	0,250	0,250	0,258
		.....		.....	1,200	1,200	1,200	1,196
		Summe 200...		22,482	1,487	23,969	16,524	14,181
2/201		<b>Vertretungsbehörden:</b>						
2/20100	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/20104	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		61,173	.....	61,173	58,115	66,460
	43	.....		4,000	.....	4,000	3,800	3,809
	43	.....		57,173	.....	57,173	54,315	62,651
2/20108	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....		.....	1,826	1,826	1,356	1,800
2/20109	43	Bezugsvorschußersätze .....		.....	0,250	0,250	0,250	0,234
		Summe 201...		61,174	2,076	63,250	59,722	68,493

Anmerkungen:

- 2/20000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20008 mitveranschlagt.
- 2/20100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/20106 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/202		Diplomatische Akademie:							
1/20200	11	Personalausgaben .....		11,701			11,701	10,443	9,543
1/20203	11	Anlagen .....	*			1,891	1,891	0,601	0,185
1/20205		Bezugsvorschüsse .....				0,200	0,200	0,200	
	11					0,100	0,100	0,100	
	23					0,100	0,100	0,100	
1/20207	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,150		0,150	0,100	0,097
1/20208	11	Aufwendungen .....	*		17,505		17,505	12,597	9,718
		Summe 202...		11,701	17,655	2,091	31,447	23,941	19,543
1/203		Österreichische Kulturinstitute:							
1/20300	13	Personalausgaben .....		41,209			41,209	32,906	34,403
1/20303	13	Anlagen .....	*			78,552	78,552	68,955	5,346
1/20305	13	Bezugsvorschüsse .....				0,100	0,100	0,100	0,007
1/20307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,380		2,380	1,072	1,796
	13				0,070		0,070	0,070	0,036
	21				1,700		1,700	1,000	1,239
	22				0,610		0,610	0,002	0,522
1/20308		Aufwendungen .....	*		62,339		62,339	52,227	50,367
	13				61,897		61,897	51,927	50,043
	21				0,442		0,442	0,300	0,324
		Summe 203...		41,209	64,719	78,652	184,580	155,260	91,919
1/204		Kulturelle Veranstaltungen:							
1/2040		Ministerium und Vertretungen:							
1/20406		Förderungen .....			7,201		7,201	7,500	5,789
	11				0,403		0,403	0,420	0,263
	13				6,796		6,796	7,078	5,526
	43				0,002		0,002	0,002	
1/20408	13	Aufwendungen .....			82,589		82,589	86,030	74,475
		Summe 204...			89,790		89,790	93,530	80,264
1/205		Entwicklungshilfe:							
1/20506		Förderungen .....	*		666,462		666,462		
	11				191,335		191,335		
	12				5,260		5,260		
	21				70,068		70,068		
	33				46,223		46,223		
	34				131,021		131,021		
	35				102,505		102,505		
	36				105,640		105,640		
	38				6,920		6,920		
	43				7,490		7,490		
1/20508	43	Aufwendungen .....	*		13,537		13,537		
		Summe 205...			679,999		679,999		
		<b>Gesamtausgaben 20...</b>		<b>809,579</b>	<b>2.784,271</b>	<b>382,333</b>	<b>3.976,183</b>	<b>2.937,429</b>	<b>2.694,739</b>

## Anmerkungen:

- 1/20203 Hievon 1995 0,452 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/20208 Hievon 1995 0,904 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/20303 Hievon 1995 15,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/20308 Hievon 1995 0,093 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/20506 Hievon 1995 197,625 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.  
1/20508 Hievon 1995 2,446 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51268.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
<b>E I N N A H M E N</b>								
2/202		Diplomatische Akademie:						
2/20204	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,559		2,559	2,705	2,233
2/20208	11	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	
2/20209		Bezugsvorschußsätze .....			0,002	0,002	0,002	
	11				0,001	0,001	0,001	
	23				0,001	0,001	0,001	
		Summe 202...		2,559	0,005	2,564	2,710	2,233
2/203		Österreichische Kulturinstitute:						
2/20304		Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,589		2,589	2,082	2,065
	13			2,563		2,563	2,074	2,055
	21			0,006		0,006	0,006	
	43			0,020		0,020	0,002	0,010
2/20308	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,013	0,013	0,013	0,067
2/20309	13	Bezugsvorschußsätze .....			0,025	0,025	0,035	0,013
		Summe 203...		2,589	0,038	2,627	2,130	2,145
2/204		Kulturelle Veranstaltungen:						
2/2040		Ministerium und Vertretungen:						
2/20404	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		6,420		6,420	5,300	4,466
2/205		Entwicklungshilfe:						
2/20504		Erfolgswirksame Einnahmen .....		7,475		7,475		
	38			1,000		1,000		
	43			6,475		6,475		
2/20509	43	Darlehensrückzahlungen .....			27,136	27,136		
		Summe 205...		7,475	27,136	34,611		
		<b>Gesamteinnahmen 20...</b>		<b>102,699</b>	<b>30,742</b>	<b>133,441</b>	<b>86,386</b>	<b>91,519</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/30		<b>Justiz:</b>							
1/300		Bundesministerium für Justiz:							
1/30000	43	Personalausgaben .....		151,069			151,069	139,845	136,873
1/30003	43	Anlagen .....				4,710	4,710	3,132	3,170
1/30005	23	Bezugsvorschüsse .....				14,562	14,562	14,562	12,074
	43					4,000	4,000	4,000	3,112
	43					10,562	10,562	10,562	8,962
1/30006	23	Förderungen .....	*		168,725		168,725	148,891	128,925
	43				1,248		1,248	0,900	0,999
	43				167,477		167,477	147,991	127,926
1/30007	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,802		2,802	0,064	2,494
	43				2,740		2,740	0,002	2,449
	43				0,062		0,062	0,062	0,045
1/30008	43	Aufwendungen .....			29,883		29,883	26,412	28,198
		Summe 300...		151,069	201,410	19,272	371,751	332,906	311,733
1/301		<b>Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:</b>							
1/30100	42	Personalausgaben .....		115,329			115,329	112,891	108,777
1/30103	42	Anlagen .....				1,685	1,685	0,490	0,990
1/30107	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,673		1,673	0,043	1,465
	42				1,632		1,632	0,002	1,440
	42				0,041		0,041	0,041	0,026
1/30108	42	Aufwendungen .....			8,235		8,235	7,454	7,281
		Summe 301...		115,329	9,908	1,685	126,922	120,878	118,514
1/302		<b>Justizbehörden in den Ländern:</b>							
1/30200	42	Personalausgaben .....		3.437,666			3.437,666	3.273,559	3.134,353
1/30203	42	Anlagen .....				91,671	91,671	77,416	87,359
1/30207	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			973,486		973,486	806,738	881,732
	42				80,750		80,750	0,002	76,013
	42				892,736		892,736	806,736	805,719
1/30208	42	Aufwendungen .....			1.482,641		1.482,641	1.259,670	1.099,629
1/30209	42	Aufwendungen (B) .....				0,090	0,090	0,090	0,056
		Summe 302...		3.437,666	2.456,127	91,761	5.985,554	5.417,473	5.203,129
1/303		<b>Justizanstalten:</b>							
1/30300	42	Personalausgaben .....		1.588,577			1.588,577	1.438,259	1.429,918
1/30303	42	Anlagen .....				44,656	44,656	35,944	35,362
1/30306	22	Förderungen .....			2,208		2,208	2,300	2,100
1/30307	42	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			40,601		40,601	34,420	11,788
1/30308	42	Aufwendungen .....			970,813		970,813	1.064,845	565,000
		Summe 303...		1.588,577	1.013,622	44,656	2.646,855	2.575,768	2.044,168
1/305		<b>Bewährungshilfe:</b>							
1/30500	42	Personalausgaben .....		96,049			96,049	97,928	103,621
1/30503	42	Anlagen .....				0,288	0,288	0,900	0,570
1/30506	22	Förderungen .....			22,272		22,272	30,816	18,120
1/30508	42	Aufwendungen .....			208,065		208,065	173,936	120,574
		Summe 305...		96,049	230,337	0,288	326,674	303,580	242,885
		<b>Gesamtausgaben 30...</b>		<b>5.388,690</b>	<b>3.911,404</b>	<b>157,662</b>	<b>9.457,756</b>	<b>8.750,605</b>	<b>7.920,429</b>

## Anmerkungen:

1/30006 Hievon 1995 0,065 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/30000.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

91

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundесvoranschlag 1995	Bundесvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/30		<b>Justiz:</b>						
2/300		Bundesministerium für Justiz:						
2/30000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,065		0,065	0,065	0,158
2/30004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,143		1,143	1,074	1,110
2/30007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,005	0,005	0,005	
2/30009	23	Bezugsvorschußsätze .....			13,000	13,000	14,500	14,428
	43				3,500	3,500	4,000	3,941
					9,500	9,500	10,500	10,487
		Summe 300...		1,208	13,005	14,213	15,644	15,696
2/301		<b>Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur:</b>						
2/30104	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,004		1,004	1,053	0,966
2/30107	42	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 301...		1,004	0,002	1,006	1,055	0,966
2/302		<b>Justizbehörden in den Ländern:</b>						
2/30204	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		5.605,700		5.605,700	5.000,050	4.920,232
2/30207	42	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,222	0,222	0,162	0,366
		Summe 302...		5.605,700	0,222	5.605,922	5.000,212	4.920,598
2/303		<b>Justizanstalten:</b>						
2/30304	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		410,198		410,198	467,916	98,193
2/30307	42	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,571	0,571	0,661	0,222
		Summe 303...		410,198	0,571	410,769	468,577	98,416
2/305		<b>Bewährungshilfe:</b>						
2/30504	42	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,055		0,055	0,055	0,131
2/30507	42	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,005	0,005	0,005	
		Summe 305...		0,055	0,005	0,060	0,060	0,131
		<b>Gesamteinnahmen 30...</b>		6.018,165	13,805	6.031,970	5.485,548	5.035,806

## Anmerkungen:

2/30000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/30006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/40		<b>Militärische Angelegenheiten:</b>							
1/400		<b>Bundesministerium für Landesverteidigung:</b>							
1/40000	41	Personalausgaben .....		659,141			659,141	636,786	626,796
1/40003	41	Anlagen .....				22,080	22,080	53,000	24,000
1/40005		Bezugsvorschüsse .....				31,774	31,774	30,774	29,774
	23					9,158	9,158	8,158	9,962
	41					22,616	22,616	22,616	19,812
1/40006	41	Förderungen .....	*	1,624		1,624	1,624	1,600	4,914
1/40007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		14,190		14,190	14,190	0,717	13,920
	21			0,500		0,500	0,500	0,300	0,551
	22			13,305		13,305	13,305	0,002	13,039
	41			0,385		0,385	0,385	0,415	0,329
1/40008	41	Aufwendungen .....		122,896			122,896	96,887	94,000
		Summe 400...		659,141	138,710	53,854	851,705	819,764	793,404
1/401		<b>Heer und Heeresverwaltung:</b>							
1/40100	41	Personalausgaben .....		7.514,275			7.514,275	7.120,368	7.225,890
1/40103	41	Liegenschaftsankäufe .....	*			49,759	49,759	24,100	18,000
1/40107		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		3.637,558			3.637,558	3.279,093	3.262,978
	21			312,623		312,623	312,623	346,210	318,515
	22			427,900		427,900	427,900	243,380	434,634
	41			2.897,035		2.897,035	2.897,035	2.689,503	2.509,829
1/40108		Aufwendungen .....		7.968,831			7.968,831	8.310,669	7.857,214
	41			7.968,831			7.968,831	8.310,669	7.857,214
	23								
		Summe 401...		7.514,275	11.606,389	49,759	19.170,423	18.734,230	18.364,082
1/402		<b>Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):</b>							
1/40208	41	Soldatenheime .....			122,700		122,700	114,000	114,829
1/404		<b>Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut: Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut</b>							
1/4040		<b>Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:</b>							
1/40400	12	Personalausgaben .....		32,124			32,124	29,756	30,164
1/40403	12	Anlagen .....				2,260	2,260	2,750	2,434
1/40407	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,006			0,006	0,004	0,002
1/40408	12	Aufwendungen .....		8,092			8,092	5,712	7,605
		Summe 4040...		32,124	8,098	2,260	42,482	38,222	40,205
1/4041		<b>Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):</b>							
1/40413	12	Anlagen .....				0,250	0,250		
1/40418	12	Aufwendungen .....		0,250			0,250		
		Summe 4041...			0,250	0,250	0,500		
		Summe 404...		32,124	8,348	2,510	42,982	38,222	40,205
1/405		<b>Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:</b>							
1/4050		<b>Allentsteig (betriebsähnliche Einrichtung):</b>							
1/40500	34	Personalausgaben .....		31,660			31,660	26,814	26,014
1/40503	34	Anlagen .....				1,537	1,537	1,600	1,600
1/40507	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		0,900			0,900	0,900	0,795
1/40508	34	Aufwendungen .....		8,127			8,127	8,469	8,668
		Summe 405...		31,660	9,027	1,537	42,224	37,783	37,076
		<b>Gesamtausgaben 40...</b>		<b>8.237,200</b>	<b>11.885,174</b>	<b>107,660</b>	<b>20.230,034</b>	<b>19.743,999</b>	<b>19.349,597</b>

## Anmerkungen:

1/40006 Hievon 1995 1,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/40000.

1/40103 Hievon 1995 19,996 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
<b>2/40</b>		<b>Militärische Angelegenheiten:</b>						
2/400		Bundesministerium für Landesverteidigung:						
2/40000	41	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	1,000		1,000	1,000	4,491
2/40004		Erfolgswirksame Einnahmen .....		81,105		81,105	70,920	74,600
	21			0,101		0,101	0,101	0,152
	41			81,004		81,004	70,819	74,448
2/40008	41	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
2/40009		Bezugsvorschußsätze .....			28,000	28,000	27,000	25,212
	23				7,000	7,000	6,000	5,788
	41				21,000	21,000	21,000	19,424
		Summe 400...		82,105	28,002	110,107	98,922	104,303
2/401		Heer und Heeresverwaltung:						
2/40104		Erfolgswirksame Einnahmen .....		298,403		298,403	236,494	219,381
	21			0,002		0,002	0,005	0,000
	41			298,401		298,401	236,489	219,381
2/402		Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung):						
2/40200	41	Soldatenheime (zweckgebundene Einnahmen) .....		122,700		122,700	114,000	118,260
2/404		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
		Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut						
2/4040		Heeresgeschichtl. Museum, Militärhistorisches Institut:						
2/40404	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,506		1,506	1,000	1,430
2/40407	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 4040...		1,506	0,001	1,507	1,001	1,430
2/4041		Heeresgeschichtliches Museum (zweckgebundene Gebarung):						
2/40410	12	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		0,500		0,500		
		Summe 404...		2,006	0,001	2,007	1,001	1,430
2/405		Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe:						
2/4050		Allensteig (betriebsähnliche Einrichtung):						
2/40504	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		22,503		22,503	29,203	24,998
2/40508	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,154	0,154	0,134	0,206
		Summe 405...		22,503	0,154	22,657	29,337	25,204
		<b>Gesamteinnahmen 40...</b>		<b>527,717</b>	<b>28,157</b>	<b>555,874</b>	<b>479,754</b>	<b>468,579</b>

Anmerkungen:

2/40000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/40006 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/50		<b>Finanzverwaltung:</b>							
1/500		<b>Bundesministerium für Finanzen:</b>							
1/50000	43	Personalausgaben .....		543,571			543,571	535,688	524,019
1/50003	43	Anlagen .....	*			4,895	4,895	5,322	3,326
1/50007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			11,984		11,984	1,595	11,124
	22				10,391		10,391	0,003	10,043
	43				1,593		1,593	1,592	1,081
1/50008	43	Aufwendungen .....			322,169		322,169	418,301	142,832
1/50017	43	Zahlungen an die EU .....			104,805		104,805		
		Summe 500...		543,571	438,958	4,895	987,424	960,906	681,300
1/501		<b>Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):</b>							
1/50107	43	Zurückstellung von Silbermünzen .....	*		80,002		80,002	80,002	134,156
1/50118	38	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) .....			15,964		15,964	17,913	17,000
1/50138	43	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen .....			528,000		528,000	487,000	227,466
1/50187	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien .....			9,000		9,000	9,000	9,000
		Summe 501...			632,966		632,966	593,915	387,621
1/502		<b>Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):</b>							
1/50216	34	Tierversicherungsförderungsgesetz .....			0,156		0,156	0,162	0,170
1/50226		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen .....	*		1,410		1,410	3,710	1,187
	21				0,691		0,691	0,720	0,960
	22				0,719		0,719	2,990	0,227
1/50236	36	Zuschuß (ÖKB-AG) .....			336,000		336,000	550,000	406,327
1/5024		<b>Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds:</b>							
1/50247	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			440,000		440,000	600,000	
1/50248	43	Aufwendungen .....			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5024...			440,001		440,001	600,001	
1/5025		<b>Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):</b>							
1/50256	43	Förderungen .....	*		75,000		75,000		
1/50294		<b>Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H. ....</b>							
	36				23,001		23,001	60,001	12,133
	38				23,000		23,000	60,000	12,133
					0,001		0,001	0,001	
1/50295		<b>Bezugsvorschüsse</b>							
	23					31,302	31,302	31,302	31,292
	43					13,356	13,356	13,683	12,865
						17,946	17,946	17,619	18,427
1/50296		<b>Sonstige Förderungen</b>							
	23				297,797		297,797	258,542	370,444
	36				31,200		31,200	50,000	52,285
	43				177,659		177,659	156,800	269,564
1/50206	34	Hagelversicherung .....			88,938		88,938	51,742	48,595
		Summe 502...			1.173,365	31,302	1.204,667	1.521,863	840,653

## Anmerkungen:

- 1/50003 Hievon 1995 4,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51218.  
1/501 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.  
1/50107 Hievon 1995 80,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54070 und 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50100.  
1/502 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.  
1/50226 Hievon 1995 0,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50200.  
1/50256 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

95

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/50		<b>Finanzverwaltung:</b>						
2/500		Bundesministerium für Finanzen:						
2/50004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		96,217		96,217	88,720	96,358
2/50007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,144	0,144	0,065	0,003
2/50014	43	Einhebungsvergütungen .....		491,830		491,830		
		Summe 500...		588,047	0,144	588,191	88,785	96,361
2/501		Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):						
2/50100	43	Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen .....	*	0,002		0,002	0,002	54,156
2/50134	43	Amtshaftungsrückersätze .....		0,050		0,050	0,100	0,014
2/50194	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,700		0,700	0,600	0,522
		Summe 501...		0,752		0,752	0,702	54,691
2/502		Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen):						
2/50200	43	Geldstrafen und Geldbußen gemäß BDG (zweckgeb. Einn.) .....	*	0,200		0,200	0,150	0,147
2/50204	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		19,176		19,176	8,710	6,429
2/50234	43	Laufende Einnahmen aus Zuschüssen .....		20,001		20,001	16,001	25,803
2/5025		Hagelversicherung (Mittel d. Kat. Fonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/50250	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	75,000		75,000		
2/50296	23	Einnahmen aus Zuschüssen .....		0,056		0,056	0,056	0,146
	36			0,001		0,001	0,001	
	36			0,055		0,055	0,055	0,146
2/50299	23	Bezugsvorschußersätze .....			29,412	29,412	29,659	30,238
	43				9,797	9,797	9,215	9,925
					19,615	19,615	20,444	20,313
		Summe 502...		114,433	29,412	143,845	54,576	62,762

## Anmerkungen:

- 2/50100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50107 mitveranschlagt.  
2/50200 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50226 mitveranschlagt.  
2/50250 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/50256 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:	*						
1/5030		Schäden im Inland:							
1/50307	43	Entschädigungszahlungen .....			15,100		15,100	15,100	
1/50308	43	Zahlungen auf Grund zwischenstaatl. Vereinbarungen .....			0,045		0,045	0,047	
		Summe 5030...			15,145		15,145	15,147	
1/5031		Schäden im Ausland:							
1/50317	43	Entschädigungszahlungen .....			130,080		130,080	174,780	3,825
1/50318	43	Sonstige Zahlungen .....			0,336		0,336	0,350	
		Summe 5031...			130,416		130,416	175,130	3,825
1/5032		Finanz- und Ausgleichsvertrag:							
1/50327	43	Entschädigungszahlungen .....			0,240		0,240	0,240	
1/5033		Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag:							
1/50338	43	Aufwendungen .....			1,087		1,087	1,241	
1/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50343	37	Anlagen .....				0,010	0,010	0,010	0,024
1/50347	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,308		0,308	0,295	0,230
1/50348	37	Aufwendungen .....			1,772		1,772	1,680	1,379
		Summe 5034...			2,080	0,010	2,090	1,985	1,632
1/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:							
1/50358	43	Abwicklungskosten .....			0,299		0,299		
1/50357	43	Abwicklungskosten .....						0,111	
		Summe 5035...			0,299		0,299	0,111	
		Summe 503...			149,267	0,010	149,277	193,854	5,457
1/504		Finanzlandesdirektionen:							
1/5040		Dienststellen:							
1/50400	43	Personalausgaben .....		6.917,640			6.917,640	6.863,019	6.825,440
1/50403	43	Anlagen .....	*			59,178	59,178	56,083	54,100
1/50407		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			249,032		249,032	47,898	251,008
	22				214,330		214,330	0,002	205,868
	43				34,702		34,702	47,896	45,140
1/50408	43	Aufwendungen .....	*		1.134,777		1.134,777	1.092,651	1.067,660
		Summe 5040...		6.917,640	1.383,809	59,178	8.360,627	8.059,651	8.198,207
1/50418	43	Zahlungen gemäß EU-Vorschriften .....			576,000		576,000		
1/50438	38	Gebahrung gemäß § 22 KHVG .....	*		14,400		14,400	40,000	25,510
		Gebahrung gemäß § 6 KHVG							
		Summe 504...		6.917,640	1.974,209	59,178	8.951,027	8.099,651	8.223,718

## Anmerkungen:

- 1/503 Verwaltungsaufwendungen beim Titel 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.  
1/50403 Hinsichtlich eines Teilbetrages von 15,634 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.  
1/50408 Hievon 1995 0,002 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahmen beim VA-Ansatz 2/51248 und 5,400 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180. Hinsichtlich eines Teilbetrages von 51,451 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.  
1/50438 Verwaltungsaufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

97

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundесvoranschlag 1995	Bundесvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/503		Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag:						
2/5030		Schäden im Inland:						
2/50304	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/50305	43	2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz .....		15,000		15,000	15,000	
		Summe 5030...		15,001		15,001	15,001	
2/5031		Schäden im Ausland:						
2/50314	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		5,050		5,050	5,050	53,007
2/5034		Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50344	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,503		2,503	2,281	2,186
2/50347	37	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,001	0,001	0,001	
2/50349	43	Darlehensrückzahlungen .....			7,600	7,600	6,100	9,408
		Summe 5034...		2,503	7,601	10,104	8,382	11,594
2/5035		Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
2/50352	43	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....	*		0,001	0,001	0,001	
2/50354	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,021		2,021	2,111	2,105
2/50358	43	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			100,021	100,021	70,021	51,321
2/50359	43	Darlehensrückzahlungen .....			0,083	0,083	0,089	0,075
		Summe 5035...		2,021	100,105	102,126	72,222	53,500
		Summe 503...		24,575	107,706	132,281	100,655	118,101
2/504		Finanzlandesdirektionen:						
2/5040		Dienststellen:						
2/50404	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		182,410		182,410	176,945	191,730
2/50407	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			1,885	1,885	4,215	1,536
		Summe 5040...		182,410	1,885	184,295	181,160	193,266
2/50434	38	Gebahrung gemäß § 22 KHVG .....		15,001		15,001	40,001	31,973
		Gebahrung gemäß § 6 KHVG						
		Summe 504...		197,411	1,885	199,296	221,161	225,239

## Anmerkungen:

2/50352 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64753 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/5070		Bundesrechenamt:							
1/50700	43	Personalausgaben .....		288,469			288,469	239,596	235,338
1/50703	43	Anlagen .....				229,126	229,126	165,835	173,537
1/50707		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			7,469		7,469	1,278	5,522
	22				4,810		4,810	0,002	4,419
	43				2,659		2,659	1,276	1,103
1/50708	43	Aufwendungen .....			432,898		432,898	356,587	322,111
		Summe 5070...		288,469	440,367	229,126	957,962	763,296	736,508
1/5071		Finanzprokuratur:							
1/50710	43	Personalausgaben .....		57,417			57,417	56,571	54,763
1/50713	43	Anlagen .....				0,624	0,624	0,977	0,209
1/50717		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,908		0,908	0,010	0,743
	22				0,900		0,900	0,002	0,740
	43				0,008		0,008	0,008	0,003
1/50718	43	Aufwendungen .....			6,656		6,656	6,243	5,587
		Summe 5071...		57,417	7,564	0,624	65,605	63,801	61,303
1/5072		Hauptpunzierungs- und Proberamt:							
1/50720	43	Personalausgaben .....		19,598			19,598	18,833	18,689
1/50723	43	Anlagen .....				2,286	2,286	0,281	0,439
1/50727		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,820		0,820	0,077	0,750
	22				0,745		0,745	0,002	0,693
	43				0,075		0,075	0,075	0,056
1/50728	43	Aufwendungen .....			4,435		4,435	4,553	4,649
		Summe 5072...		19,598	5,255	2,286	27,139	23,744	24,527
		Summe 507...		365,484	453,186	232,036	1.050,706	850,841	822,337
1/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:							
1/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:							
1/50800	38	Personalausgaben .....		682,597			682,597	663,693	646,088
1/50807	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,002		0,002		
1/50808	38	Aufwendungen .....			1,049		1,049	0,999	0,880
		Summe 5080...		682,597	1,051		683,648	664,692	646,967
1/5081		Österreichische Salinen AG:							
1/50810	36	Personalausgaben .....		2,605			2,605	3,489	2,156
1/50818	36	Aufwendungen .....			0,010		0,010	0,010	0,005
		Summe 5081...		2,605	0,010		2,615	3,499	2,162
1/5082		Amt der Münze Österreich:							
1/50820	37	Personalausgaben .....		17,272			17,272	17,570	16,750
1/50828	37	Aufwendungen .....			0,066		0,066	0,069	0,062
		Summe 5082...		17,272	0,066		17,338	17,639	16,811
		Summe 508...		702,474	1,127		703,601	685,830	665,940
		<b>Gesamtausgaben 50...</b>		<b>8.529,169</b>	<b>4.823,078</b>	<b>327,421</b>	<b>13.679,668</b>	<b>12.906,860</b>	<b>11.627,027</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/507		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/5070		Bundesrechenamt:						
2/50704	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		286,824		286,824	12,856	11,390
2/50707	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,009	0,009	0,017	
		Summe 5070...		286,824	0,009	286,833	12,873	11,390
2/5071		Finanzprokuratur:						
2/50714	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		14,697		14,697	15,640	17,350
2/50717	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5071...		14,697	0,003	14,700	15,643	17,350
2/5072		Hauptpunzierungs- und Probieramt:						
2/50724	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		38,754		38,754	38,613	46,715
2/50727	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,060	0,060	0,004	
		Summe 5072...		38,754	0,060	38,814	38,617	46,715
		Summe 507...		340,275	0,072	340,347	67,133	75,455
2/508		Unternehmungen mit Bundesbediensteten:						
2/5080		Österreichisches Postsparkassenamt:						
2/50804	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse .....		683,731		683,731	664,691	646,726
2/5081		Österreichische Salinen AG:						
2/50814	36	Ersätze der Österreichischen Salinen AG .....		1,800		1,800	3,499	2,164
2/5082		Amt der Münze Österreich:						
2/50824	37	Ersätze der Münze Österreich AG .....		17,342		17,342	17,639	16,811
		Summe 508...		702,873		702,873	685,829	665,701
		<b>Gesamteinnahmen 50...</b>		<b>1.968,366</b>	<b>139,219</b>	<b>2.107,585</b>	<b>1.218,841</b>	<b>1.298,310</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
51		Kassenverwaltung:	*						
1/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:							
1/51003	43	Erwerb von Bundestiteln .....				2.825,001	2.825,001	2.500,001	2.116,158
1/51038	43	Kursverluste .....			523,361		523,361	3,801	0,041
1/5104		Effekten- und Geldverkehrskosten:							
1/51047	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			190,000		190,000	176,000	188,442
1/51048	43	Aufwendungen .....			152,310		152,310	0,100	
		Summe 5104...			342,310		342,310	176,100	188,442
1/51058	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel) .....			0,001		0,001	0,001	
		Summe 510...			865,672	2.825,001	3.690,673	2.679,903	2.304,641
1/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gabarung):							
1/5110		Innovations- und Technologiefonds:	*						
1/51107	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,200		2,200	0,001	121,428
1/51108	43	Aufwendungen .....			485,573		485,573	653,802	512,015
		Summe 5110...			487,773		487,773	653,803	633,444
1/5111		Siedlungswasserwirtschaft:	*						
1/51117	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,200		2,200	0,001	2,324
1/51118	43	Aufwendungen .....			0,001		0,001	0,001	
		Summe 5111...			2,201		2,201	0,002	2,324
		Summe 511...			489,974		489,974	653,805	635,767
1/512		Rücklagen:							
1/51219	43	Zuführung an allgemeine Rücklage .....				0,001	0,001	0,001	1.601,197
1/51249	43	Zuführung an zweckgebundene Einnahmen-Rücklage .....	*			50,164	50,164	67,114	3.622,392
1/51259	43	Zuführung an Ausgleichsrücklage .....				0,001	0,001	0,001	
1/51269	43	Zuführung an besondere Rücklage .....				0,001	0,001	0,001	1.279,660
		Summe 512...				50,167	50,167	67,117	6.503,249

## Anmerkungen:

- 51 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
- 1/5110 Ausgabe nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51100 (455,765 Millionen Schilling) sowie durch Entnahme aus Rücklagen beim VA-Ansatz 2/51248 (32,008 Millionen Schilling).  
1995 Überweisung an VA-Ansatz 2/10050 (485,568 Millionen Schilling).
- 1/5111 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/51110 (2,201 Millionen Schilling).
- 1/51249 Bedeckung eines Teilbetrages 1995 in Höhe von 49,990 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/53400.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

101

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
51		<b>Kassenverwaltung:</b>						
2/510		Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
2/51017	43	Entnahmen aus dem Bundesbesitz .....			2.600,001	2.600,001	2.600,001	1.888,625
2/51034	43	Kursgewinne .....		1.035,010		1.035,010	605,001	0,001
2/51044	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr .....		1.194,734		1.194,734	840,502	1.076,121
2/51054	43	Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestitel) .....		0,001		0,001	0,001	
		Summe 510 .....		2.229,745	2.600,001	4.829,746	4.045,505	2.964,748
2/511		Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung):						
2/5110		Innovations- und Technologiefonds:						
2/51100		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	455,765		455,765	604,905	663,465
	12			0,001		0,001	0,001	2,807
	36			5,762		5,762	4,900	2,137
	43			450,002		450,002	600,004	658,521
2/5111		Siedlungswasserwirtschaft:						
2/51110	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	10,000		10,000	0,003	10,996
		Summe 511 .....		465,765		465,765	604,908	674,462
2/512		Rücklagen:						
2/51217	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (nicht veranschlagt) .....			0,001	0,001	0,001	198,338
2/51218	43	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (veranschlagt) .....	*		102,983	102,983	57,315	3,068
2/51247	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt) .....			0,137	0,137	0,128	2.487,120
2/51248	43	Entnahme aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt) .....	*		317,013	317,013	101,903	79,680
		Entnahmen aus zweckgeb. Einnahmen-Rücklage (veranschlagt) .....			0,001	0,001	0,001	3.027,925
2/51257	43	Entnahme aus Ausgleichsrücklage .....			15.000,001	15.000,001	5.000,000	3.000,000
2/51258	43	Verringerung der Ausgleichsrücklage .....			0,001	0,001	0,001	183,995
2/51267	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (nicht veranschlagt) .....			1.712,848	1.712,848	606,016	67,140
2/51268	43	Entnahme aus besonderer Rücklage (veranschlagt) .....	*		0,001	0,001	995,812	1.242,207
2/51297	43	Auflösung von Rücklagen .....						
		Summe 512 .....			17.132,986	17.132,986	6.761,177	10.289,473

## Anmerkungen:

- 2/51100 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5110.
- 2/51110 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/5111 (2,201 Millionen Schilling) und beim VA-Ansatz 1/18636 (7,799 Millionen Schilling).
- 2/51218 Korrespondierende Ausgaben 1995 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/03003 (0,889 Millionen Schilling), 1/10003 (6,316 Millionen Schilling), 1/10013 (3,665 Millionen Schilling), 1/10103 (2,728 Millionen Schilling), 1/15003 (11,475 Millionen Schilling), 1/15703 (6,462 Millionen Schilling), 1/15723 (0,145 Millionen Schilling), 1/15923 (0,989 Millionen Schilling), 1/17003 (3,500 Millionen Schilling), 1/17323 (2,200 Millionen Schilling), 1/17903 (1,500 Millionen Schilling), 1/17923 (1,100 Millionen Schilling), 1/17943 (0,500 Millionen Schilling), 1/17953 (0,700 Millionen Schilling), 1/20003 (5,000 Millionen Schilling), 1/20008 (0,364 Millionen Schilling), 1/20103 (35,000 Millionen Schilling), 1/20203 (0,452 Millionen Schilling), 1/20208 (0,904 Millionen Schilling), 1/20303 (15,000 Millionen Schilling), 1/20308 (0,093 Millionen Schilling) und 1/50003 (4,000 Millionen Schilling).
- 2/51248 Korrespondierende Ausgaben 1995 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/14104 (0,002 Millionen Schilling), 1/50408 (0,002 Millionen Schilling), 1/51108 (32,008 Millionen Schilling), 1/53418 (26,000 Millionen Schilling), 1/53448 (2,000 Millionen Schilling), 1/53478 (50,000 Millionen Schilling), 1/53488 (75,000 Millionen Schilling) und 1/54718 (132,000 Millionen Schilling).
- 2/51268 Korrespondierende Ausgaben 1995 der Entnahme aus Rücklage bei den VA-Ansätzen 1/10066 (103,930 Millionen Schilling), 1/10068 (1,000 Millionen Schilling), 1/16067 (1.005,200 Millionen Schilling), 1/16087 (198,800 Millionen Schilling), 1/17206 (42,321 Millionen Schilling), 1/17328 (20,000 Millionen Schilling), 1/20037 (141,525 Millionen Schilling), 1/20506 (197,625 Millionen Schilling) und 1/20508 (2,446 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/518		Sonstige Pauschalvorsorgen:							
1/5181		Pauschalvorsorge für Sachausgaben:							
1/51816	43	Förderungen .....		24,000			24,000	24,000	
	22			24,000			24,000	24,000	
1/51817	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		1,000			1,000	1,000	
	43			0,400			0,400	0,400	
				0,600			0,600	0,600	
1/51818	21	Aufwendungen .....		25,000			25,000	25,000	
	43			0,300			0,300	0,300	
				24,700			24,700	24,700	
		Summe 5181...			50,000		50,000	50,000	
1/5180		Pauschalvorsorge für Personal:							
		Pauschalvorsorge für Personalausgaben							
1/51800	43	Personalausgaben .....						1.050,000	
1/51807		Personalausgaben für Bundesbedienstete							1.550,000
	22	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							1.300,000
	43	Personalausgaben für sonstige Bedienstete							250,000
		Summe 5180...						2.600,000	
1/5182		Pauschalvorsorge für Sachausgaben							
		(Ostaktivitäten):							
1/51825	43	Förderungen (D) .....							
1/51826	43	Förderungen .....							
		Summe 5182...							
		Summe 518...			50,000		50,000	2.650,000	
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:							
1/51908	43	Allgemeine Ausgaben .....		0,002			0,002	0,002	
5191		Kurzfristige Verpflichtungen:							
1/51918	43	Kurzfristige Verpflichtungen d. Bundes		496,001			496,001	506,001	523,004
		(Zinsen u. Begebungsk.) .....							
7/51919	43	Kurzfristige Verpflichtungen des Bundes			75.000,000	75.000,000	75.000,000	75.000,000	79.625,586
		(Tilgung) .....							
		Summe 5191...		496,001	75.000,000	75.496,001	75.506,001	75.506,001	80.148,590
		Summe 519...		496,003	75.000,000	75.496,003	75.506,003	75.506,003	80.148,590
		Summe 1/51...		1.901,649	2.875,168	4.776,817	6.556,828	9.966,661	
		Summe 7/51...			75.000,000	75.000,000	75.000,000	79.625,586	
		<b>Gesamtausgaben 51...</b>		<b>1.901,649</b>	<b>77.875,168</b>	<b>79.776,817</b>	<b>81.556,828</b>	<b>89.592,247</b>	



(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
<b>E I N N A H M E N</b>								
2/513		Zahlungen von der EU:						
2/51304	43	Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU) .....		7.870,500	.....	7.870,500	.....	.....
2/51305	43	Europ. Sozialfonds (EU) .....		0,001	.....	0,001	.....	.....
2/51306	43	Europ. Regionalfonds (EU) .....		0,001	.....	0,001	.....	.....
2/51314	43	EAGFL/Garantie (EU) .....		4.404,001	.....	4.404,001	.....	.....
2/51315	43	EAGFL/Ausrichtung (EU) .....		800,000	.....	800,000	.....	.....
		Summe 513...		13.074,503	.....	13.074,503	.....	.....
519		Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:						
2/51904	43	Allgemeine Einnahmen .....		0,001	.....	0,001	0,001	.....
8/5191		Kurzfristige Verpflichtungen:						
8/51919	43	Kurzfristige Aufnahmen des Bundes .....		.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	78.929,064
		Summe 519...		0,001	75.000,000	75.000,001	75.000,001	78.929,064
		Summe 2/51...		15.770,014	19.732,987	35.503,001	11.411,591	13.928,682
		Summe 8/51...		.....	75.000,000	75.000,000	75.000,000	78.929,064
		<b>Gesamteinnahmen 51...</b>		15.770,014	94.732,987	110.503,001	86.411,591	92.857,746

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	ERFOLGSWIRKSAME EINNAHMEN	BESTANDSWIRKSAME EINNAHMEN	BUNDESVORANSCHLAG 1995	BUNDESVORANSCHLAG 1994	ERFOLG 1993
2/52		<b>Öffentliche Abgaben:</b>						
2/520		<b>Einkommen- und Vermögensteuern:</b>						
2/52004	22	Veranlagte Einkommensteuer .....	*	28.000.000		28.000.000	35.000.000	32.689.430
	43			2.961.812		2.961.812	3.122.112	3.069.200
				25.038.188		25.038.188	31.877.888	29.620.230
2/52014	22	Lohnsteuer .....	*	150.500.000		150.500.000	138.000.000	139.239.662
	43			10.408.288		10.408.288	10.122.038	10.150.426
				140.091.712		140.091.712	127.877.962	129.089.236
2/52024	22	Kapitalertragsteuer .....	*	4.000.000		4.000.000	2.800.000	3.258.365
	43			91.600		91.600	64.120	74.617
				3.908.400		3.908.400	2.735.880	3.183.748
2/52025	43	Kapitalertragsteuer auf Zinsen .....		21.500.000		21.500.000	23.000.000	16.625.189
2/52034	22	Körperschaftsteuer .....	*	23.700.000		23.700.000	25.500.000	18.611.548
	43			542.730		542.730	583.950	426.204
				23.157.270		23.157.270	24.916.050	18.185.344
2/52036	43	Abgabe von Zuwendungen .....		5.000		5.000	10.000	5.907
2/52044	43	Gewerbesteuer .....	*	1.500.000		1.500.000	2.000.000	8.577.634
2/52054	43	Bundesgewerbesteuer .....		1.100.000		1.100.000	1.500.000	6.394.365
2/52064	43	Vermögensteuer .....		500.000		500.000	1.000.000	8.426.032
2/52065	43	Erbschaftssteueräquivalent .....		100.000		100.000	200.000	1.897.169
2/52066	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer .....		1.300.000		1.300.000	1.500.000	1.329.467
2/52074	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben .....		280.000		280.000	270.000	276.655
2/52084	43	Bodenwertabgabe .....		73.000		73.000	70.000	72.697
2/52086	43	Wohnbauförderungsbeitrag .....		7.200.000		7.200.000	6.900.000	6.591.592
2/52094	43	Sonderabgabe von Banken .....		100.000		100.000	200.000	1.925.199
		Summe 520...		239.858.000		239.858.000	237.950.000	245.920.910
2/521		<b>Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):</b>						
2/52180	13	Kunstförderungsbeitrag .....	*	135.000		135.000	135.000	143.765
		Summe 520 und 521...		239.993.000		239.993.000	238.085.000	246.064.675
2/522		<b>Umsatzsteuer:</b>						
		<i>Umsatzsteuern</i>						
2/52204	43	Umsatzsteuer .....		189.000.000		189.000.000	196.000.000	176.001.420
2/523		<b>Ein- und Ausfuhrabgaben:</b>						
		<i>Einfuhrabgaben</i>						
2/52304	43	Zölle .....		5.500.000		5.500.000	6.500.000	6.427.914
2/52364	43	Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben .....		500.000		500.000	1.100.000	1.168.961
		<i>Übrige Einfuhrabgaben</i>						
		Summe 523...		6.000.000		6.000.000	7.600.000	7.596.875

Anmerkungen:

2/52004	)	Aufgabenbereich 22: Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 2/52874 und 2/52875.						
2/52014	)	43: Hievon sind für den Katastrophenfonds vorgesehen:	BVA 1995	BVA 1994	Erfolg 1993			
2/52024	)	VA-Ansatz		Mill. S				
2/52034	)	2/52004	586.812	747.112	694.200			
		2/52014	3.283.288	2.997.038	3.025.426			
		2/52024	91.600	64.120	74.617			
		2/52034	542.730	583.950	426.204			
		<b>Insgesamt.</b>	<b>4.504.430</b>	<b>4.392.220</b>	<b>4.220.447</b>			
		Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52894.						
2/52044		Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52814.						
2/52180		Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1303 (77,112 Millionen Schilling) sowie bei den VA-Ansätzen 1/12456 (5,443 Millionen Schilling), 1/12486 (8,165 Millionen Schilling), 1/50408 (5,400 Millionen Schilling) und 2/52804, AB 13 (38,880 Millionen Schilling).						

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/52		Öffentliche Abgaben:	*						

Anmerkungen:

1/52 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

## Anlage I BUNDES VORAN SCHLAG 1995

107

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/524		Verbrauchssteuern:						
2/52404	43	Tabaksteuer		12.500,000		12.500,000	12.000,000	11.716,285
2/52414	43	Biersteuer		2.200,000		2.200,000	2.200,000	2.254,438
2/52420	34	Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)	*	0,004		0,004	475,047	-74,700
2/52444	43	Mineralölsteuer <i>Mineralölsteuer - MinStG 1981</i>		33.000,000		33.000,000	26.500,000	25.323,987
2/52464	43	Alkoholsteuer <i>Monopolausgleich (Branntwein)</i>		400,000		400,000	250,000	297,260
2/52474	43	Weinsteuer		55,000		55,000	250,000	242,876
2/52484	43	Schaumweinsteuer		300,000		300,000	450,000	461,066
2/52494	43	Abgabe auf Stärkeerzeugnisse		70,000		70,000	250,000	214,175
2/52421	34	Abhofpauschale auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)					0,001	0,523
2/52454	43	Branntweinaufschlag					170,000	165,671
		Summe 524		48.525,004		48.525,004	42.545,048	40.601,581
2/525		Stempel- und Rechtsgebühren:						
2/52504	43	In Stempelmarken entrichtete Gebühren		3.000,000		3.000,000	3.000,000	3.068,371
2/52524	43	Übrige Gebühren		5.800,000		5.800,000	5.500,000	4.855,935
		Summe 525		8.800,000		8.800,000	8.500,000	7.924,306
2/526		Verkehrssteuern:						
2/52600	43	Sicherheitsabgabe (zweckgebundene Einnahmen)	*	130,000		130,000	170,000	83,272
2/52604	43	Kapitalverkehrssteuern		1.000,000		1.000,000	1.500,000	1.704,554
2/52614	43	Sonderabgabe von Erdöl		400,000		400,000	500,000	515,937
2/52624	43	Normverbrauchsabgabe		4.600,000		4.600,000	5.400,000	4.727,280
2/52634	43	Grunderwerbsteuer		5.500,000		5.500,000	5.000,000	4.740,082
2/52644	43	Versicherungssteuer		7.700,000		7.700,000	7.800,000	6.475,535
2/52645	43	Motorbezogene Versicherungssteuer		7.800,000		7.800,000	6.500,000	3.889,930
2/52654	43	Straßenbenützungsabgabe <i>Straßenverkehrsbeitrag</i>		2.000,000		2.000,000	3.000,000	2.951,875
2/52661	33	Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)	*	500,000		500,000	245,000	878,517
2/52664	43	Kraftfahrzeugsteuer		1.000,000		1.000,000	455,000	1.631,531
2/52674	43	Spielbankabgabe		1.250,000		1.250,000	1.150,000	1.106,078
2/52675	43	Konzessionsabgabe		2.100,000		2.100,000	2.100,000	1.864,204
2/52680	36	Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	*	0,001		0,001	2.330,000	2.095,919
2/52684	43	Außenhandelsförderungsbeitrag		0,001		0,001	220,000	194,703
2/52690	21	Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	*	250,000		250,000	250,000	215,721
		Summe 526		34.230,002		34.230,002	36.620,000	33.075,137
		Summe 522 bis 526		286.555,006		286.555,006	291.265,048	265.199,319
2/52704	43	Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben		1.500,000		1.500,000	1.700,000	1.557,975
		Summe 520 bis 527		528.048,006		528.048,006	531.050,048	512.821,969

## Anmerkungen:

2/52420 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60496.

2/52600 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/1130 mitveranschlagt.

2/52661 Korrespondierende Ausgaben bzw. Überweisungen bei folgenden VA-Ansätzen:

VA-Ansatz

1/65204

2/52881

BVA 1995

500,000

BVA 1994

245,000

Erfolg 1993

219,629

658,888

Insgesamt

500,000

245,000

878,517

2/52680 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 2/52880.

2/52690 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/18626 (200,000 Millionen Schilling) sowie beim VA-Ansatz 1/18628 (50,000 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/527		Verschiedene Kosten:							
1/52708	43	Druckkosten .....			12,480		12,480	8,000	6,264
		<i>Stempelmarken - Druckkosten</i>							
1/52718	43	Verkaufsvergütungen .....			113,424		113,424	97,750	186,063
		<i>Stempelmarken - Verkaufsvergütungen</i>							
1/52728	43	Verfahrenskosten .....			15,203		15,203	17,306	14,246
		<b>Gesamtausgaben 52...</b>			<b>141,107</b>		<b>141,107</b>	<b>123,056</b>	<b>206,573</b>

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

109

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/528		Ab Überweisungen (I):						
2/52804		Ab Überweisungen						
	13	Ertragsanteile der Länder und Gemeinden .....	*	-137817,488		-137817,488	-144050,488	-142887,111
	43			-38,880		-38,880	-38,880	-41,404
				-137778,608		-137778,608	-144011,608	-142845,706
2/52805	43	Steueranteil für die Fonds .....	*	-1.213,380		-1.213,380	-1.258,320	-1.144,036
2/52814	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden .....	*	-1.500,000		-1.500,000	-3.700,000	-8.750,735
2/52874	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile) .....	*	-4.504,430		-4.504,430		
2/52875	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen) .....	*	-9.500,000		-9.500,000		
2/52880	36	Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer .....	*	-0,001		-0,001	-2.330,000	-2.095,919
2/52894	43	An den Katastrophenfonds .....	*	-4.504,430		-4.504,430		
2/52850	21	Aitlastenbeitrag an UWF .....						-205,011
2/52860	37	An Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds .....						
2/52870	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile) .....					-4.392,220	-4.220,447
2/52871	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen) .....					-9.500,000	-9.500,000
2/52881	33	Für öffentlichen Verkehr .....						-658,888
2/52890	43	An den Katastrophenfonds .....					-4.392,220	-4.252,795
		Summe 528...		-159039,729		-159039,729	-169623,248	-173714,941
2/529		Ab Überweisungen (II):						
2/52904	43	Beitrag zur Europäischen Union .....		-28.103,000		-28.103,000		
		Gesamteinnahmen 52...		340.905,277		340.905,277	361.426,800	339.107,028

## Anmerkungen:

- 2/52804 AB 13: Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.  
2/52805 Überweisungen an den VA-Ansatz 2/17294 (1.213,380 Millionen Schilling) für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.  
2/52814 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52044.  
2/52874 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034. Überweisung an VA-Ansatz 2/19310.  
2/52875 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004 und 2/52014. Überweisung an VA-Ansatz 2/19311.  
2/52880 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52680.  
2/52894 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024 und 2/52034. Überweisung an VA-Ansatz 2/53400.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/53		Finanzausgleich:	*						
1/530		Leistungen an Länder und Gemeinden:							
1/53007	43	Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder .....			1.375,000		1.375,000	1.400,000	1.532,906
1/53017	43	Finanzkraftstärkung der Gemeinden .....			891,998		891,998	952,532	927,750
1/53037	43	Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden .....			100,000		100,000	100,000	100,000
1/53058	43	Bedarfszuweisungen an Gemeinden .....			2,880		2,880	17,000	8,000
1/53067	43	Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut .....			66,000		66,000	65,000	63,900
1/53077	34	Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten.			300,000		300,000		
1/53097	33	Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten .....			1.871,150		1.871,150	1.345,510	
		Summe 530...			4.607,028		4.607,028	3.880,042	2.632,556
1/532		Zweckzuschüsse des Bundes I:							
1/53217	23	Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz .....			440,000		440,000	450,000	451,747
1/5322		Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden:							
1/53227	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			293,000		293,000	293,000	218,000
1/53228	13	Aufwendungen .....			2,880		2,880	3,000	1,531
		Summe 5322...			295,880		295,880	296,000	219,531
1/53237	23	Zuschüsse nach §3 WBF-ZG .....			157,000		157,000	159,000	157,303
1/53247	23	Zuschüsse nach §1 und §5 WBF-ZG .....			23.941,241		23.941,241	23.247,664	22.626,032
1/53287	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden .....			120,000		120,000	120,000	20,000
1/53277	38	Zuschüsse für Fremdenverkehrsförderung ..							99,999
1/53297	33	Zuschüsse in Nahverkehrsangelegenheiten an Gemeinden .....							441,800
		Summe 532...			24.954,121		24.954,121	24.272,664	24.016,413

## Anmerkungen:

1/53 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

111

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/53		<b>Finanzausgleich:</b>						
2/532		Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze:						
2/53204	43	Übergewinne an Zweckzuschüssen des Bundes .....		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/53214	43	Übergewinne an Finanzzuweisungen des Bundes ....		0,001	.....	0,001	0,001	.....
2/53254	23	Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion ...		6,000	.....	6,000	6,000	.....
2/53274	23	Rückz. v. Darl. n. d. Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987 .....		0,003	.....	0,003	0,003	0,098
		Summe 532...		6,005	.....	6,005	6,005	0,098

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/534		Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.):							
1/53408	43	Schäden im Vermögen privater Personen			495,487		495,487	483,144	99,471
1/53418	43	Zahlungen an Länder	*		431,399		431,399	395,300	307,366
1/53428	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden			315,310		315,310	307,455	201,272
1/5343		Verwaltung des Katastrophenfonds:							
1/53438	43	Aufwendungen			0,011		0,011	0,011	0,000
1/53448	43	Ausgleich von Härten nach Nuklearereignissen	*		2,000		2,000	3,000	1,268
1/53458	43	Schäden im Vermögen des Bundes	*		450,443		450,443	439,222	422,457
1/53468	43	Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	*		2.837,791		2.837,791	2.767,099	2.223,971
1/53478	43	Warn- und Alarmsystem	*		50,000		50,000	50,000	50,000
1/53488	43	Hagelversicherung	*		75,000		75,000		
		Summe 534...			4.657,441		4.657,441	4.445,231	3.305,806
		Gesamtausgaben 53...			34.218,590		34.218,590	32.597,937	29.954,775

## Anmerkungen:

- 1/53418 Hievon 1995 26,000 Millionen Schilling Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.
- 1/53448 Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.
- 1/53458 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64260, 2/65160 u. 2/77300, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60808, 1/60858, 1/64268, 1/65168 und 1/77368 verausgabt werden.
- 1/53468 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/60050, 2/60890, 2/64160, 2/64250, 2/64260, 2/64400, 2/64421 und 2/65160, die bei den VA-Ansätzen 1/60058, 1/60126, 1/60808, 1/60836, 1/60838, 1/60858, 1/60876, 1/64166, 1/64253, 1/64258, 1/64268, 1/64403, 1/64408, 1/64448 und 1/65168 verausgabt werden.
- 1/53478 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/11120, die bei den VA-Ansätzen 1/11123, 1/11126 und 1/11128 verausgabt werden. Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.
- 1/53488 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50250, die beim VA-Ansatz 1/50256 verausgabt werden. Bedeckung durch Rücklagenentnahme beim VA-Ansatz 2/51248.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

113

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	E I N N A H M E N Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/534		Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen):						
2/53400	43	Dotierung des Katastrophenfonds .....		4.554,431	.....	4.554,431	4.459,221	4.389,375
		Gesamteinnahmen 53...		4.560,436	.....	4.560,436	4.465,226	4.389,473

## Anmerkungen:

2/53400 Überweisung vom VA-Ansatz 2/52894 (4.504,430 Millionen Schilling) und Zinsen aus der Veranlagung von Bankguthaben sowie aus Kursgewinnen (50,001 Millionen Schilling). Rücklagenzuführung 49,990 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 1/51249. Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/534.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
<b>54</b>		<b>Bundesvermögen:</b>	*						
1/540		Kapitalbeteiligung:							
1/54003	33	Verstaatlichte Unternehmungen .....				0,001	0,001	0,001	.....
1/5401		Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft:							
1/54013	36	Anlagen .....				0,001	0,001	0,001	.....
1/54022	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen .....				0,002	0,002	0,002	1,718
1/54043	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz) .....				0,001	0,001	0,001	.....
1/54052	38	Internationale Finanzinstitutionen .....				3.239,929	3.239,929	909,330	793,427
1/54093		Sonstige Unternehmungen .....				174,297	174,297	843,809	.....
	23					0,288	0,288	0,001	.....
	32					0,002	0,002	0,002	.....
	33					174,003	174,003	323,003	.....
	37					0,001	0,001	0,001	.....
	38					0,003	0,003	520,802	.....
		Summe 540. ....				3.414,231	3.414,231	1.753,144	795,145

## Anmerkungen:

- 54 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, sind die Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/5040 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/54		<b>Bundesvermögen:</b>						
2/540		<b>Kapitalbeteiligung (Erträge):</b>						
2/54014	36	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft .....		0,001		0,001	0,001	
2/5404		<b>Elektrizitätswirtschaft:</b>						
2/54044	35	Erfolgswirksame Einnahmen .....		271,945		271,945	271,945	273,473
2/5405		<b>Internationale Finanzinstitutionen:</b>						
2/54052	38	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....	*		0,001	0,001	0,001	
2/5407		<b>Oesterreichische Nationalbank:</b>						
2/54070	38	Zweckgebundene Einnahmen .....	*	676,772		676,772	950,000	814,284
2/54074	38	Erfolgswirksame Einnahmen .....		5.383,728		5.383,728	4.707,500	5.303,631
		Summe 5407...		6.060,500		6.060,500	5.657,500	6.117,915
2/54084	36	Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen.*		398,000		398,000	890,000	428,000
2/54094	23	Sonstige Unternehmungen .....		456,016		456,016	461,071	376,120
	32			47,900		47,900	43,300	43,349
	33			3,200		3,200	3,200	1,580
	36			62,400		62,400	62,400	62,237
	37			0,001		0,001	0,001	0,000
	38			342,514		342,514	352,169	268,954
		Summe 540...		7.186,462	0,001	7.186,463	7.280,518	7.195,508
2/541		<b>Kapitalbeteiligung (Erlöse):</b>						
2/5418		<b>Veräußerungserlöse:</b>						
2/54184	33	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,002	
	38			0,001		0,001	0,001	
				0,001		0,001	0,001	
2/54187	23	Bestandswirksame Einnahmen .....			13.000,005	13.000,005	7.585,906	876,965
	33				0,001	0,001	0,001	
	33				1.700,001	1.700,001	1.700,001	
	35				3.800,001	3.800,001	0,002	131,324
	38				7.500,002	7.500,002	5.885,902	745,642
		Summe 5418...		0,002	13.000,005	13.000,007	7.585,908	876,965
2/54197		<b>Erlöse aus Liquidation und Kapitalherabsetzung</b>						
	13				0,130	0,130	0,004	0,040
	33				0,126	0,126		0,040
	36				0,002	0,002	0,002	
	38				0,001	0,001	0,001	
					0,001	0,001	0,001	
		Summe 541...		0,002	13.000,135	13.000,137	7.585,912	877,005

## Anmerkungen:

2/54052 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 7/59199 mitveranschlagt.

2/54070 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/50107 (80.000 Millionen Schilling) und 7/59199 (596,772 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

2/54084 Gemäß § 4 des Tabakmonopolgesetzes 1968, BGBl. Nr. 38/1968, ist die Austria Tabakwerke AG mit der Verwaltung des Tabakmonopols betraut und gemäß § 6 des Salzmonopolgesetzes, BGBl. Nr. 124/1978, ist die Österreichische Salinen AG mit der Verwaltung des Salzmonopols betraut.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/542		Bundesarlehen:							
1/54255	23	Sonstige Unternehmungen .....				45,705	45,705	56,273	63,882
	32					45,702	45,702	56,271	63,882
	33					0,001	0,001	0,001	
1/54285	43	Ausland .....				0,002	0,002	0,001	
						0,001	0,001	0,001	45,000
		Summe 542...				45,706	45,706	56,274	108,882
1/545		Einziehungen zum Bundesschatz:							
1/54507	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (Ges. Verpf.) .....			0,180		0,180	0,180	
1/54508	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen (ges. Verpf.) .....			1,825		1,825	1,901	0,023
		Summe 545...			2,005		2,005	2,081	0,023
1/546		Unbewegliches Bundesvermögen:							
1/54608	43	Aufwendungen .....			0,010		0,010	0,010	

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

117

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/542		Bundесdarlehen:						
2/5425		Sonstige Unternehmungen:						
2/54254		Zinsen .....		75,630		75,630	76,396	71,251
	23			72,104		72,104	72,342	65,975
	32			0,286		0,286	0,699	1,051
	33			3,240		3,240	3,355	4,224
2/54259		Darlehensrückzahlungen .....			72,389	72,389	58,440	64,750
	23				63,113	63,113	49,165	51,526
	32				5,224	5,224	5,224	9,174
	33				4,051	4,051	4,050	4,050
	36				0,001	0,001	0,001	
		Summe 5425...		75,630	72,389	148,019	134,836	136,001
2/5428		Ausland:						
2/54284	43	Zinsen .....		105,000		105,000	80,000	86,640
2/54289	43	Darlehensrückzahlungen .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5428...		105,000	0,001	105,001	80,001	86,640
2/5429		Sonstige Darlehensempfänger:						
2/54294		Zinsen .....		0,062		0,062	0,064	0,179
	43			0,062		0,062	0,064	0,066
	38							0,113
2/54299		Darlehensrückzahlungen .....			0,147	0,147	0,142	1,641
	43				0,147	0,147	0,142	0,141
	38							1,500
		Summe 5429...		0,062	0,147	0,209	0,206	1,820
		Summe 542...		180,692	72,537	253,229	215,043	224,461
2/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
2/5430		Flughafenbetriebsgesellschaften:						
2/54304	33	Erträge .....		0,001		0,001	0,001	0,074
2/54307	33	Rückzahlungen .....			174,000	174,000	323,000	12,355
		Summe 543...		0,001	174,000	174,001	323,001	12,429
2/545		Einziehungen zum Bundesschatz:						
2/5450		Verwertung verfallener Vermögensschaften (Bewegl. Bundesverm.):						
2/54504	43	Erträge .....		0,001		0,001	0,001	
2/54507	43	Veräußerungserlöse .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5450...		0,001	0,001	0,002	0,002	
2/5451		Einziehungen aufgrund bes. Bestimmungen:						
2/54510	43	Einnahmen aufgrund gesonderter Bundesgesetze (zweckgeb. Einn.) .....	*	0,011		0,011	0,011	23,075
2/54514	43	Sonstige Einziehungen .....		71,234		71,234	70,584	71,808
		Summe 5451...		71,245		71,245	70,595	94,883
		Summe 545...		71,246	0,001	71,247	70,597	94,883
2/546		Unbewegliches Bundesvermögen:						
2/54602	43	Veräußerungen (zweckgeb. Einnahmen) .....	*		20,007	20,007	7,008	12,150
2/54607	43	Veräußerungen .....			105,048	105,048	705,296	509,237
2/54624	43	Belastungen .....		705,000		705,000	932,000	194,502
2/54634	43	Nutzungen .....		0,002		0,002	0,002	0,000
2/54644	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,100		0,100	0,003	3,650
		Summe 546...		705,102	125,055	830,157	1.644,309	719,539

## Anmerkungen:

- 2/54510 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 7/59199 mitveranschlagt.  
2/54602 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/40103 (19,996 Millionen Schilling), 1/60993 (0,003 Millionen Schilling), 1/64633 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,002 Millionen Schilling), 1/64738 (0,001 Millionen Schilling und 1/64753 (0,002 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/547		Haftungsübernahmen des Bundes:							
1/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):							
1/54707	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (AFG) .....			26,400		26,400	19,000	15,615
1/54708	36	Nebengebarung (AFG) .....			3.246,600		3.246,600	3.500,000	2.975,684
1/54709	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B) ...				7.227,000	7.227,000	6.947,500	7.418,264
		Summe 5470...			3.273,000	7.227,000	10.500,000	10.466,500	10.409,563
1/5471		Sonstige Finanzhaftungen:							
1/54718	36	Nebengebarung zu sonstigen Finanzhaftungen .....	*		806,080		806,080	785,001	1.653,355
1/54719		Zahlungen aus Finanzhaftungen (B) .....				0,502	0,502	0,524	
	22					0,036	0,036	0,038	
	32					0,001	0,001	0,001	
	33					0,002	0,002	0,002	
	34					0,360	0,360	0,380	
	35					0,002	0,002	0,002	
	36					0,101	0,101	0,101	
	43								
		Summe 5471...			806,080	0,502	806,582	785,525	1.653,355
1/5472		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung):							
1/54728	36	Nebengebarung (AFG) .....			0,002		0,002	0,002	
1/54729	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG)(B) ...				2.000,001	2.000,001	2.400,001	2.432,311
		Summe 5472...			0,002	2.000,001	2.000,003	2.400,003	2.432,311
1/5473		Haftungen gegenüber Dritten:							
1/54738	12	Aufwendungen .....			0,001		0,001	0,001	
		Summe 547...			4.079,083	9.227,503	13.306,586	13.652,029	14.495,228

## Anmerkungen:

1/54718 Hievon 1995 100,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54710 und 132,000 Millionen Schilling veranschlagte Rücklagenentnahmen bei VA-Ansatz 2/51248.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

119

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/547		Haftungsübernahmen des Bundes:						
2/5470		Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (zweckgeb. Geb.):						
2/54700	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		3.600,000	.....	3.600,000	3.888,751	2.975,888
2/54702	36	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....		.....	6.900,000	6.900,000	6.577,749	8.078,033
		Summe 5470...		3.600,000	6.900,000	10.500,000	10.466,500	11.053,921
2/5471		Sonstige Finanzhaftungen:						
2/54710	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG) *		100,000	.....	100,000	700,000	472,711
2/54714	36	Erfolgswirksame Einnahmen .....		253,144	.....	253,144	302,036	174,629
2/54717	22	Bestandswirksame Einnahmen .....		.....	1,008	1,008	1,008	1,931
	32	.....		.....	0,001	0,001	0,001	.....
	33	.....		.....	0,001	0,001	0,001	.....
	34	.....		.....	0,002	0,002	0,002	.....
	35	.....		.....	0,001	0,001	0,001	0,049
	36	.....		.....	0,002	0,002	0,002	.....
	43	.....		.....	1,001	1,001	1,001	1,882
		Summe 5471...		353,144	1,008	354,152	1.003,044	649,271
		Summe 547...		3.953,144	6.901,008	10.854,152	11.469,544	11.703,192

Anmerkungen:

2/54710 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/54718 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54817	36	ERP-Fonds .....		5,712			5,712	5,775	5,836
1/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:							
1/54826	37	Kostenersatz an IAKW .....		134,401			134,401	152,001	150,000
1/54828	37	Aufwendungen für Internationales Zentrum Wien .....		8,352			8,352	8,940	6,038
		Summe 5482 .....		142,753			142,753	160,941	156,038
1/54838	33	Abgeltung an Donaukraftwerke f. Aufwand im öffentl. Interesse .....		500,160			500,160	521,000	521,000
5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:							
1/54846		Förderungen .....		350,211			350,211	362,125	444,535
	11			4,608			4,608	2,123	3,935
	33			345,601			345,601	360,000	440,600
	38			0,001			0,001	0,001	
	43			0,001			0,001	0,001	
1/54847		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		110,205			110,205	3.541,683	3.953,856
	12			18,000			18,000	18,000	17,055
	21			92,200			92,200	80,000	80,000
	36			0,005			0,005	3.443,683	3.856,801
7/54847	36	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..		4.345,593			4.345,593	1.251,841	1.455,115
1/54848		Aufwendungen .....		2.264,441			2.264,441	2.543,621	2.601,293
	36			86,400			86,400		
	38			834,040			834,040	598,121	1.481,293
	43			1.344,001			1.344,001	1.945,500	1.120,000
		Summe 5484 .....		7.070,450			7.070,450	7.699,270	8.454,799
		Summe 548 .....		7.719,075			7.719,075	8.386,986	9.137,673
1/543		Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:							
1/54303	33	Flughafenbetriebsgesellschaften .....							
		Summe 1/54 .....		7.454,580	12.687,440	20.142,020	22.598,683	23.081,837	
		Summe 7/54 .....		4.345,593		4.345,593	1.251,841	1.455,115	
		Gesamtausgaben 54 .....		11.800,173	12.687,440	24.487,613	23.850,524	24.536,952	

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/548		Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/5482		Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien:						
2/54824	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,602	.....	2,602	2,602	2,702
2/54834	38	Verschiedene Abfahren .....		150,000	.....	150,000	50,000	74,824
2/5484		Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen:						
2/54844	43	Zinsen aus Zahlungsverpflichtungen .....		5,400	.....	5,400	5,000	5,554
2/54845	43	Forderungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen .....		0,001	.....	0,001	.....	.....
2/54847	43	Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen .....		.....	0,001	0,001	0,001	.....
		Summe 5484 ...		5,401	0,001	5,402	5,001	5,554
		Summe 548 ...		158,003	0,001	158,004	57,603	83,080
		<b>Gesamteinnahmen 54...</b>		<b>12.254,652</b>	<b>20.272,738</b>	<b>32.527,390</b>	<b>28.646,527</b>	<b>20.910,097</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/55		<b>Pensionen (Hoheitsverwaltung):</b>	*						
1/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:							
1/55000	43	Ruhebezüge .....		22.403,650			22.403,650	20.450,891	19.735,055
1/55010	43	Versorgungsbezüge .....		5.780,597			5.780,597	5.663,153	5.439,428
1/55020	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse .....		11,387			11,387	13,334	13,295
1/55030	43	Dienstgeberbeiträge .....		846,763			846,763	771,638	790,458
1/55047	22	Familien- und Geburtenbeihilfen .....			108,819		108,819	0,002	109,006
1/55057	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz .....			557,467		557,467		
		Summe 550...		29.042,397	666,286		29.708,683	26.899,018	26.087,242
1/551		<b>Ersätze an Länder:</b>							
1/55107	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer .....			8.714,152		8.714,152	8.644,311	8.225,585
1/552		<b>Sonstige Bedienstete:</b>							
1/55200	43	Ruhebezüge .....		200,802			200,802	215,379	220,333
1/55210	43	Versorgungsbezüge .....		107,412			107,412	128,138	121,085
1/55220	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse .....		62,271			62,271	76,443	74,544
1/55230	43	Dienstgeberbeiträge .....		11,606			11,606	11,427	12,524
1/55247	22	Familien- und Geburtenbeihilfen .....			0,966		0,966	0,002	1,076
1/55257	43	Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz .....			35,446		35,446		
		Summe 552...		382,091	36,412		418,503	431,389	429,561
1/55305		Pensionsvorschüsse .....				1,278	1,278	1,278	0,220
	23					0,304	0,304	0,304	
	43					0,974	0,974	0,974	0,220
1/55400	43	Geldaushilfen .....		3,019			3,019	3,019	0,087
1/5550		<b>Österreichische Bundesbahnen:</b>							
1/55507	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....			20.575,000		20.575,000	10,000	
1/55500	33	Pensionen .....						19.035,000	14.125,000
		<i>Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen</i>							
		<b>Gesamtausgaben 55...</b>		29.427,507	29.991,850	1,278	59.420,635	55.024,015	48.867,695

Anmerkungen:

1/55 Verwaltungsaufwendungen bei den zuständigen Ressorts (insbesondere beim Kapitel 50) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/55		<b>Pensionen (Hoheitsverwaltung):</b>						
2/550		Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:						
2/55004	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete .....		0,492 .....		0,492	0,492	0,508
2/55005	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse .....		223,372 .....		223,372	209,717	205,657
2/55006	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten .....		0,001 .....		0,001	0,001	.....
		Summe 550...		223,865 .....		223,865	210,210	206,165
2/552		Sonstige Bedienstete:						
2/55205	43	Beiträge von Unternehmungen mit Bundesbediensteten .....		5,670 .....		5,670	6,116	6,999
2/55309	23	Pensionsvorschußersätze .....			0,134	0,134	0,130	0,174
	43				0,005	0,005	0,005	.....
					0,129	0,129	0,125	0,174
2/5550		Österreichische Bundesbahnen:						
2/55504	33	Beitrag der Österreichischen Bundesbahnen .....		5.040,000 .....		5.040,000	4.715,000	.....
2/556		Sonstige Pensionseinnahmen:						
2/55604	43	Pensionsbeiträge .....		6.169,725 .....		6.169,725	5.258,978	5.112,227
2/55614	43	Überweisungen von Pensionsträgern .....		372,152 .....		372,152	343,082	391,132
2/55615	43	Pensionsversicherungsbeitrag .....		321,966 .....		321,966	0,005	.....
2/55624	43	Verschiedene Einnahmen .....		0,002 .....		0,002	0,002	.....
		Summe 556...		6.863,845 .....		6.863,845	5.602,067	5.503,359
		<b>Gesamteinnahmen 55...</b>		12.133,380	0,134	12.133,514	10.533,523	5.716,697

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:	*						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5900		Anleihen:							
1/59008	43	Verzinsung und Aufgeld .....			34.288,298		34.288,298	26.794,501	25.349,225
7/59009	43	Tilgung .....				32.886,024	32.886,024	18.994,410	13.328,874
		Summe 5900 .....			34.288,298	32.886,024	67.174,322	45.788,911	38.678,099
5901		Bundesschatzscheine:							
1/59018	43	Verzinsung und Aufgeld .....			5.116,577		5.116,577	5.952,115	7.300,619
7/59019	43	Tilgung .....				14.111,072	14.111,072	13.628,229	14.311,200
		Summe 5901 .....			5.116,577	14.111,072	19.227,649	19.580,344	21.611,819
5908		Bundesschatzscheine:							
1/59087	43	Verzinsung .....			6,750		6,750	18,000	18,000
1/59088	43	Verzinsung .....			5.534,148		5.534,148	5.761,545	7.406,888
7/59089	43	Tilgung .....				37.007,049	37.007,049	4.850,068	
		Summe 5908 .....			5.540,898	37.007,049	42.547,947	10.629,613	7.424,888
		Summe 590 .....			44.945,773	84.004,145	128.949,918	75.998,868	67.714,807
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
5910		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:							
1/59108	43	Verzinsung .....			7.364,059		7.364,059	6.698,931	6.689,126
7/59109	43	Tilgung .....				3.220,171	3.220,171	3.335,946	3.353,031
		Summe 5910 .....			7.364,059	3.220,171	10.584,230	10.034,877	10.042,158
5911		Darlehen von Kreditunternehmen:							
1/59118	43	Verzinsung und Aufgeld .....			14.487,442		14.487,442	15.773,622	18.035,644
7/59119	43	Tilgung .....				5.715,382	5.715,382	5.111,971	4.552,169
		Summe 5911 .....			14.487,442	5.715,382	20.202,824	20.885,593	22.587,814
5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:							
1/59128	43	Verzinsung .....			0,032		0,032	0,034	0,034
7/59129	43	Tilgung .....				0,112	0,112	0,111	0,109
		Summe 5912 .....			0,032	0,112	0,144	0,145	0,143
5914		Sonstige Kredite und Darlehen:							
1/59148	43	Verzinsung .....			28,852		28,852	0,020	
7/59149	43	Tilgung .....				1.152,661	1.152,661	4,651	4,631
		Summe 5914 .....			28,852	1.152,661	1.181,513	4,671	4,631
5919		Notenbankschuld:							
1/59198	43	Verzinsung .....			6,897		6,897	13,000	7,949
7/59199	43	Tilgung .....	*			596,784	596,784	870,012	757,359
		Summe 5919 .....			6,897	596,784	603,681	883,012	765,308
		Summe 591 .....			21.887,282	10.685,110	32.572,392	31.808,298	33.400,054

## Anmerkungen:

- 59 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/500 mitveranschlagt.  
7/59199 Hievon 1995 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/54052 (0,001 Millionen Schilling),  
2/54070 (596,772 Millionen Schilling) sowie 2/54510 (0,011 Millionen Schilling).

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N		Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.					
59		Finanzschuld, Währungstauschverträge:						
590		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5900		Anleihen:						
2/59006	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,500		0,500	0,502	0,260
8/59009	43	Erlöse - Anleihen .....			10.641,001	10.641,001	0,001	90.190,000
		Summe 5900...		0,500	10.641,001	10.641,501	0,503	90.190,260
5901		Bundesobligationen:						
2/59014	43	Beiträge zum Schuldendienst .....		0,002		0,002	0,001	
8/59019	43	Erlöse - Bundesobligationen .....			0,001	0,001	0,001	1.669,520
		Summe 5901...		0,002	0,001	0,003	0,002	1.669,520
8/5908		Bundesschatzscheine:						
2/59084	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001		
8/59089	43	Erlöse - Bundesschatzscheine .....			5.000,001	5.000,001	0,001	12.125,000
		Summe 5908...		0,001	5.000,001	5.000,002	0,001	12.125,000
		Summe 590...		0,503	15.641,003	15.641,506	0,506	103.984,780
591		Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
5910		Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen:						
2/59104	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001		
8/59109	43	Beiträge zum Schuldendienst Erlöse - Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen .....			15.403,001	15.403,001	0,001	6.497,000
		Summe 5910...		0,001	15.403,001	15.403,002	0,001	6.497,000
5911		Darlehen von Kreditunternehmen:						
2/59114	43	Beiträge zum Schuldendienst .....		0,002		0,002	0,001	
8/59119	43	Erlöse - Darlehen von Kreditunternehmen .....			3.950,001	3.950,001	0,001	60,000
		Summe 5911...		0,002	3.950,001	3.950,003	0,002	60,000
8/5912		Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften:						
2/59124	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001		
8/59129	43	Erlöse - Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5912...		0,001	0,001	0,002	0,001	
8/5914		Sonstige Kredite und Darlehen:						
2/59144	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001		
8/59149	43	Erlöse - Sonstige Kredite und Darlehen .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5914...		0,001	0,001	0,002	0,001	
5919		Notenbankschuld:						
8/59199	43	Erlöse - Notenbankschuld .....					0,001	759,459
		Summe 591...		0,005	19.353,004	19.353,009	0,006	7.316,459

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/592		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung:							
1/5920		Anleihen:							
1/59208	43	Aufgeld .....			0,002		0,002	69,002	
7/59209	43	Tilgung .....				0,002	0,002	100,002	
		Summe 5920...			0,002	0,002	0,004	169,004	
1/5921		Bundesobligationen:							
		<i>Schuldübernahmen in inländischer Währung</i>							
1/59218	43	Aufgeld .....			0,002		0,002	0,002	
		<i>Verzinsung und Aufgeld</i>							
7/59219	43	Tilgung .....				0,002	0,002	0,002	
		Summe 5921...			0,002	0,002	0,004	0,004	
		Summe 592...			0,004	0,004	0,008	169,008	
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5930		Anleihen:							
1/59308	43	Verzinsung und Aufgeld .....		16.322,217			16.322,217	11.754,286	10.689,566
7/59309	43	Tilgung .....				8.576,306	8.576,306	11.210,050	10.873,722
		Summe 5930...		16.322,217	8.576,306	24.898,523	22.964,336	21.563,288	
5931		Schuldverschreibungen:							
1/59318	43	Verzinsung und Aufgeld .....		262,976			262,976	329,846	350,640
7/59319	43	Tilgung .....				881,256	881,256	1.764,824	303,859
		Summe 5931...		262,976	881,256	1.144,232	2.094,670	654,499	
		Summe 593...		16.585,193	9.457,562	26.042,755	25.059,006	22.217,788	
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:							
5944		Kredite und Darlehen:							
1/59448	43	Verzinsung .....		1.286,374			1.286,374	566,942	724,643
7/59449	43	Tilgung .....				12.035,348	12.035,348	16,158	5.546,267
		Summe 594...		1.286,374	12.035,348	13.321,722	583,100	6.270,910	



(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
593		Titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5930		Anleihen:						
2/59306	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1.917,738		1.917,738	0,005	0,594
8/59309	43	Erlöse - Anleihen .....			25.183,386	25.183,386	0,001	41.931,035
		Summe 5930...		1.917,738	25.183,386	27.101,124	0,006	41.931,629
5931		Schuldverschreibungen:						
2/59316	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,006		0,006	0,004	0,136
8/59319	43	Erlöse - Schuldverschreibungen .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5931...		0,006	0,001	0,007	0,005	0,136
		Summe 593...		1.917,744	25.183,387	27.101,131	0,011	41.931,765
594		Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung:						
5944		Kredite und Darlehen:						
2/59444	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		190,720		190,720	0,001	
8/59449	43	Erlöse - Kredite und Darlehen .....			5.810,716	5.810,716	0,001	2.016,100
		Summe 594...		190,720	5.810,716	6.001,436	0,002	2.016,100

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
595		Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):							
5950		Anleihen in fremder Währung:							
1/59508	43	Verzinsung und Aufgeld		6.283,667		6.283,667	6.283,667	4.922,598	4.785,195
7/59509	43	Tilgung			16.436,602	16.436,602	16.436,602	8.415,033	21.074,741
		Summe 5950		6.283,667	16.436,602	22.720,269	13.337,631	25.859,936	
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59518	43	Verzinsung und Aufgeld		409,470		409,470	391,891	479,023	
7/59519	43	Tilgung			1.524,632	1.524,632	802,406		
		Summe 5951		409,470	1.524,632	1.934,102	1.194,297	479,023	
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59548	43	Verzinsung und Aufgeld		109,498		109,498	26,481	36,626	
7/59549	43	Tilgung			0,001	0,001	0,001		
		Summe 5954		109,498	0,001	109,499	26,482	36,626	
5956		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
1/59568	43	Verzinsung und Aufgeld		0,003		0,003	84,361	108,093	
7/59569	43	Tilgung			0,003	0,003	1.447,002		
		Summe 5956		0,003	0,003	0,006	1.531,363	108,093	
		Summe 595		6.802,638	17.961,238	24.763,876	16.089,773	26.483,678	
596		Ausgaben aus Währungstauschverträgen:							
5960		Anleihen in fremder Währung:							
1/59608	43	Verzinsung und Aufgeld		1.340,739		1.340,739	585,342	696,584	
7/59609	43	Tilgung			0,015	0,015	1.817,261	1.255,110	
		Summe 5960		1.340,739	0,015	1.340,754	2.402,603	1.951,694	
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:							
1/59618	43	Verzinsung und Aufgeld		97,978		97,978	202,785	193,891	
7/59619	43	Tilgung			0,002	0,002	1.416,802		
		Summe 5961		97,978	0,002	97,980	1.619,587	193,891	
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:							
1/59648	43	Verzinsung und Aufgeld		0,001		0,001	0,001		
7/59649	43	Tilgung			0,001	0,001	0,001		
		Summe 5964		0,001	0,001	0,002	0,002		
5966		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:							
1/59668	43	Verzinsung und Aufgeld		177,656		177,656	0,003		
7/59669	43	Tilgung			0,005	0,005	0,003		
		Summe 5966		177,656	0,005	177,661	0,006		
		Summe 596		1.616,374	0,023	1.616,397	4.022,198	2.145,585	

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

129

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
595		Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung):						
5950		Anleihen in fremder Währung:						
2/59506	43	Zinsen und Aufgeld .....		7.474,247		7.474,247	6.074,542	6.234,752
8/59509	43	Kapital .....			15.075,651	15.075,651	9.980,029	19.249,826
		Summe 5950...		7.474,247	15.075,651	22.549,898	16.054,571	25.484,578
5951		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59516	43	Zinsen und Aufgeld .....		237,297		237,297	220,528	253,345
8/59519	43	Kapital .....			881,254	881,254	564,822	
		Summe 5951...		237,297	881,254	1.118,551	785,350	253,345
5954		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59546	43	Zinsen und Aufgeld .....		177,055		177,055	33,327	31,027
8/59549	43	Kapital .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5954...		177,055	0,001	177,056	33,328	31,027
5956		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
2/59566	43	Zinsen und Aufgeld .....		0,004		0,004	0,003	
8/59569	43	Kapital .....			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5956...		0,004	0,003	0,007	0,006	
		Summe 595...		7.888,603	15.956,909	23.845,512	16.873,255	25.768,950
596		Einnahmen aus Währungstauschverträgen:						
5960		Anleihen in fremder Währung:						
2/59606	43	Zinsen und Aufgeld .....		1.620,106		1.620,106	825,514	959,888
8/59609	43	Kapital .....			0,019	0,019	1.889,406	1.255,110
		Summe 5960...		1.620,106	0,019	1.620,125	2.714,920	2.214,998
5961		Schuldverschreibungen in fremder Währung:						
2/59616	43	Zinsen und Aufgeld .....		94,745		94,745	190,481	204,446
8/59619	43	Kapital .....			0,002	0,002	1.200,002	
		Summe 5961...		94,745	0,002	94,747	1.390,483	204,446
5964		Kredite und Darlehen in fremder Währung:						
2/59646	43	Zinsen und Aufgeld .....		0,002		0,002	0,001	
8/59649	43	Kapital .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 5964...		0,002	0,001	0,003	0,002	
5966		Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung:						
2/59666	43	Zinsen und Aufgeld .....		120,895		120,895	0,003	
8/59669	43	Kapital .....			0,003	0,003	0,003	
		Summe 5966...		120,895	0,003	120,898	0,006	
		Summe 596...		1.835,748	0,025	1.835,773	4.105,411	2.419,443
8/598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:						
		<i>Pauschalvorsorge</i>						
8/59849	43	Schuldaufnahmen gem. Art. II BFG .....			159.457,468	159.457,468	150.133,453	
		<i>Schuldaufnahmen gem. Art. II in Verbindung mit Art. VIII BFG</i>						
		<i>Devisentermingeschäfte:</i>						
2/5985		Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001		
2/59854	43							
8/59859	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,001	0,001		
		Summe 5985...		0,001	0,001	0,002		
		Summe 598...		0,001	159.457,469	159.457,470	150.133,453	

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/597		Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung: <i>Nullkuponfonds</i>							
1/5970		Anleihen:							
1/59708	43	Aufgeld .....			0,001		0,001	0,001	
7/59709	43	Tilgung .....				0,001	0,001	0,001	
1/59707	43	Dotierung des Fonds .....							498,908
		Summe 5970...			0,001	0,001	0,002	0,002	498,908
1/5971		Schuldverschreibungen:							
1/59718	43	Aufgeld .....			705,000		705,000	0,001	
7/59719	43	Tilgung .....				705,000	705,000	0,001	
		Summe 5971...			705,000	705,000	1.410,000	0,002	
		Summe 597...			705,001	705,001	1.410,002	0,004	498,908
598		Pauschalvorsorge und Devisentermingeschäfte:							
5981		<i>Pauschalvorsorge</i> Ausgelaufene Schulden in fremder Währung (PV):							
1/59818	43	<i>Ausgelaufene Schulden in fremder Währung</i> Verzinsung und Aufgeld .....			0,400		0,400	0,400	
7/59819	43	Tilgung .....				0,200	0,200	0,200	
		Summe 5981...			0,400	0,200	0,600	0,600	
5983		Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung (PV):							
1/59837	43	<i>Kreditoperationen nach</i> <i>Voranschlagserstellung</i> Dotierung des Nullkuponfonds .....			0,002		0,002	0,002	
1/59838	43	Verzinsung und Aufgeld .....			223,599		223,599	3.145,067	
7/59839	43	Tilgung .....				0,002	0,002	8.030,001	
		Summe 5983...			223,601	0,002	223,603	11.175,070	
1/5985		Devisentermingeschäfte:							
1/59858	43	Aufwendungen .....			0,001		0,001		
7/59859	43	Aufwendungen (B) .....				0,001	0,001		
		Summe 5985...			0,001	0,001	0,002		
		Summe 598...			224,002	0,203	224,205	11.175,670	
1/599		Sonstiger Aufwand:							
1/59908	43	Aufwendungen .....			5.283,753		5.283,753	2.682,599	1.960,511
1/59917	43	Dotierung des Nullkuponfonds .....			376,365		376,365	383,240	
		Summe 599...			5.660,118		5.660,118	3.065,839	1.960,511
		Summe 1/59...			99.712,759		99.712,759	86.156,618	85.331,169
		Summe 7/59...				134.848,634	134.848,634	81.815,146	75.361,073
		Gesamtausgaben 59...			99.712,759	134.848,634	234.561,393	167.971,764	160.692,241

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/599		Sonstige Einnahmen:						
2/59904	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		564, 518	.....	564, 518	700, 006	536, 771
2/59914	43	Überweisung des Nullkuponfonds .....		684, 127	.....	684, 127	73, 300	.....
		Summe 599...		1.248, 645	.....	1.248, 645	773, 306	536, 771
2/597		Nullkuponfonds:						
2/59704	43	Überweisung des Fonds .....		.....	.....	.....	.....	1.261, 887
		Summe 2/59...		13.081, 969	.....	13.081, 969	8.118, 219	9.483, 105
		Summe 8/59...		.....	241.402, 513	241.402, 513	163.767, 731	175.753, 050
		Gesamteinnahmen 59...		13.081, 969	241.402, 513	254.484, 482	171.885, 950	185.236, 155

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/60		Land- und Forstwirtschaft:							
1/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:							
1/6000		Zentralleitung:							
1/60000	43	Personalausgaben .....		323,977			323,977	300,996	300,098
1/60003		Anlagen .....				4,808	4,808	5,443	7,560
	41					0,386	0,386	0,003	
	43					4,422	4,422	5,440	7,560
1/60005		Bezugsvorschüsse .....				4,648	4,648	4,648	4,644
	23					1,098	1,098	1,201	1,156
	43					3,550	3,550	3,447	3,488
1/60007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			41,919		41,919	36,457	43,340
	22				6,550		6,550	0,002	6,597
	43				35,369		35,369	36,455	36,744
1/60008		Aufwendungen .....	*		157,571		157,571	151,290	155,799
	41				0,002		0,002	0,002	
	43				157,569		157,569	151,288	155,799
		Summe 6000...		323,977	199,490	9,456	532,923	498,834	511,441
1/60018	34	Agrarmarkt Austria .....			287,203		287,203		
1/60023		Kapitalbeteiligungen .....				0,053	0,053	0,060	0,009
	34					0,051	0,051	0,058	0,009
	38					0,002	0,002	0,002	
1/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:	*						
1/60038	34	Aufwendungen .....			479,559		479,559	174,725	167,472
1/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:							
1/60048	37	Aufwendungen .....			48,026		48,026	14,126	55,885
1/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:	*						
1/60058	43	Aufwendungen .....	*		89,795		89,795	86,784	63,862
1/60068	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben .....	*		37,491		37,491	18,127	19,249
1/6007		Qualitätskontrolle:							
1/60073	43	Anlagen .....				0,720	0,720	0,311	0,208
1/60077	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,040		0,040	0,017	0,016
1/60078	43	Aufwendungen .....			4,513		4,513	9,761	13,611
		Summe 6007...			4,553	0,720	5,273	10,089	13,835
1/6008		Sonstige Aufgaben:	*						
1/60086		Förderungen .....			9,398		9,398	4,571	3,004
	34				9,381		9,381	4,553	2,981
	37				0,017		0,017	0,018	0,023
1/60087	43	Intern. Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen) .....			35,400		35,400	35,400	35,400
1/60088	43	Internationale Nahrungsmittelhilfe .....			37,154		37,154	38,702	46,349
		Summe 6008...			81,952		81,952	78,673	84,753
1/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:							
1/60098	34	Aufwendungen .....	*		16,690		16,690	10,630	15,127
		Summe 600...		323,977	1.244,759	10,229	1.578,965	892,048	931,632

## Anmerkungen:

- 1/60008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60000.  
1/6003 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.  
1/6005 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.  
1/60058 Hievon 1995 82,750 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60050.  
1/60068 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.  
1/6008 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.  
1/60098 Hievon 1995 12,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60090.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N		Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.					
2/60		Land- und Forstwirtschaft:						
2/600		Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:						
2/6000		Zentralleitung:						
2/60000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,001		0,001	0,001	0,027
2/60004	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		16,139		16,139	17,535	20,804
	38			0,001		0,001	0,001	
	43			0,002		0,002	0,002	
				16,136		16,136	17,532	20,804
2/60008		Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,058	0,058	0,058	0,032
	41				0,003	0,003	0,003	
	43				0,055	0,055	0,055	0,032
2/60009		Bezugsvorschußsätze .....			4,551	4,551	5,151	5,023
	23				0,901	0,901	0,901	1,094
	43				3,650	3,650	4,250	3,929
		Summe 6000...		16,140	4,609	20,749	22,745	25,886
2/60028		Kapitalbeteiligungen .....			0,003	0,003	0,052	
	34				0,001	0,001	0,050	
	38				0,002	0,002	0,002	
2/6003		Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen:						
2/60034	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,030		0,030	0,055	0,030
2/6004		Notstandspol. Maßnahmen gem. §§ 31 u. 138 WRG 1959:						
2/60044	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,810		1,810	1,810	1,711
2/6005		Vollziehung des Hydrographiegesetzes:						
2/60050	43	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) .....	*	82,750		82,750	79,450	57,330
2/60054	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,090		0,090	0,080	0,075
		Summe 6005...		82,840		82,840	79,530	57,405
2/60064	34	Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben .....		0,002		0,002	0,002	
2/6007		Qualitätskontrolle:						
2/60074	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,301		2,301	18,500	25,860
2/60077	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,100	0,100	0,030	0,035
		Summe 6007...		2,301	0,100	2,401	18,530	25,895
2/6009		Vollziehung des Forstgesetzes 1975:						
2/60090	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	12,000		12,000	6,000	3,383
2/60094	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,002	0,025
		Summe 6009...		12,002		12,002	6,002	3,408
		Summe 600...		115,125	4,712	119,837	128,726	114,337

## Anmerkungen:

2/60000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60008 mitveranschlagt.

2/60050 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60058 mitveranschlagt.

2/60090 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60098 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):	*						
1/60106	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen			171,769		171,769		
1/60116	34	Fruchtfolgeförderung			4,800		4,800		
1/60126	34	Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.)	*		162,000		162,000	0,001	
		Zuschüsse gem. § 33f WRG 1959							
1/60136	34	Förderung der Weinwirtschaft	*		95,045		95,045	158,500	150,030
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen			651,779		651,779		
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen			744,269		744,269		
1/60166	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen			79,440		79,440	2,442	2,521
1/60176	34	Sozialpolitische Maßnahmen			10,824		10,824	3,373	3,550
	22				4,584		4,584	3,373	3,550
	23				6,240		6,240		
1/6018		Land- und forstwirtschaftliche Kredite:							
1/60186	34	Förderungen			907,200		907,200		
1/60188	34	Aufwendungen			1,344		1,344		
		Summe 6018...			908,544		908,544		
1/60196		Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben	*		2,652		2,652	2,103	2,845
	12	Sonstige Maßnahmen			2,422		2,422		
	34				0,230		0,230	2,103	2,845
1/60198	12	Forschungs- und Versuchswesen	*		29,283		29,283		
		Summe 601...			2.860,405		2.860,405	166,419	158,945
1/602		Agrarische Strukturförderung: BM (Grüner Plan-Bergbauerngebiete u. sonst. benacht. Regionen)							
1/60206	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)			800,002		800,002		
1/60216	34	Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes			1.248,002		1.248,002		
1/60226	34	Nationale Förderungsmaßnahmen Erschl. v. Wildbacheinzugsgeb. (Mittel d. Kat. Fonds, zweckg. Geb.)			576,000		576,000	104,000	93,990
1/60236	34	Landeskulturelle forstliche Maßnahmen						25,769	18,429
1/60246	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen						24,000	10,850
1/60256	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen						595,564	568,119
1/60296	34	Direktzahlungen und sonstige Maßnahmen						1.298,304	1.184,139
		Summe 602...			2.624,004		2.624,004	2.047,637	1.875,527

## Anmerkungen:

1/601 Verwaltungen-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.

1/60126 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

1/60136 Hievon 1995 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60100.

1/60196 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.

1/60198 Hievon 1995 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60190.



## Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 5

135

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/601		E I N N A H M E N BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):						
2/60100	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,004	.....	0,004	35,000	31,608
2/60104	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,103	.....	0,103	0,103	0,026
2/60109	34	Darlehensrückzahlungen .....			0,001	0,001	0,001	.....
2/60190	12	Intern. Forschungs- und Versuchsvorhaben, zweckg. Einnahmen .....	*	0,003	.....	0,003	.....	.....
		Summe 601...		0,110	0,001	0,111	35,104	31,635
2/602		BM (Grüner Plan-Bergbauerngebiete u. sonst. benacht. Regionen):						
2/60204	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001	.....	0,001	0,002	.....

## Anmerkungen:

2/60100 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60136 mitveranschlagt.

2/60190 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60196 und 1/60198.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/603		Marktordnungsmaßnahmen: Bundesministerium (Grüner Plan)							
1/60304	34	EAGFL-Garantie (Ackerkult., Zucker u. Textilpfl.) Überw. a. d. AMA			4.074,836		4.074,836		
1/60314	34	EAGFL-G., (Obst u. Gem., Weinb. u. sonst. pflanzl. Erz.)			35,550		35,550		
1/60324	34	EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überw. an die AMA			867,708		867,708		
1/60336	34	EAGFL-Garantie, Förderungen			0,002		0,002		
1/60346	34	Flankierende Maßnahmen Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen			4.252,107		4.252,107	509,299	673,261
1/60356	34	Nationale Marktordnungsmaßnahmen; Überw. a. d. AMA Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen			121,827		121,827	52,716	42,175
1/60368	34	Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen			49,082		49,082		
1/60306	34	Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen						178,925	181,989
1/60316	34	Fruchtfolgeförderung						1.306,832	1.519,561
1/60366	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen						161,707	129,267
1/60376	34	Sozialpolitische Maßnahmen						18,528	19,069
	22							1,900	0,385
	23							16,628	18,684
1/60378	22	Österreichische Bauernhilfe							4,000
1/60386	34	Förderung land- und forstwirtschaftlicher Kredite						867,380	638,965
1/6039		Sonstige Maßnahmen:							
1/60396	12	Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben						6,688	3,935
1/60398	12	Forschungs- und Versuchswesen						26,579	29,035
		Summe 6039...						33,267	32,970
		Summe 603...			9.401,112		9.401,112	3.128,654	3.241,257

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

137

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/603		Bundesministerium (Grüner Plan):						
2/60304	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001	.....	0,001	0,303	0,099
2/60305	34	Zucker, EU-Eigenmittel .....		163,000	.....	163,000	.....	.....
2/60300	34	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		.....	.....	.....	.....	35,044
		Summe 603...		163,001	.....	163,001	0,303	35,143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:							
1/60416	34	Brotgetreide, Maßn. aus zweckgeb. Im- und Exportausgleichen .....	*		0,001		0,001	1,000	1,000
1/60436	34	Futtergetreide, Förderungen (zweckgeb. Geb.) .....	*		0,001		0,001	0,335	0,335
1/6044		Abs. u. Verw. f. stärke-, öl-, eiweißhält. Früchte u. Grünbrache:							
1/60444	34	Zuschüsse gem. Stärkeförderungs-gesetz .....			85,205		85,205	308,795	295,220
1/60446	34	Sonstige Förderungen .....			498,221		498,221	3.249,894	3.401,058
		Summe 6044...			583,426		583,426	3.558,689	3.696,279
1/60456	34	Tiere und tierische Produkte, Förderungen.			398,146		398,146	2.104,669	1.693,825
1/60466	34	Tiere und tier. Produkte, Förderungen (zweckgeb. Geb.) .....	*		0,002		0,002	201,000	237,562
1/6047		Milch und Milchprodukte:							
1/60476	34	Förderungen .....			653,465		653,465	2.055,369	1.870,217
1/60478	34	Aufwendungen .....			7,891		7,891	8,600	5,165
		Summe 6047...			661,356		661,356	2.063,969	1.875,382
1/60486	34	Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.) .....	*		20,001		20,001	197,206	233,739
1/60496	34	Milch und Milchprodukte, Maßn. a. zweckgeb. Einn. gem. §85 MOG .....	*		0,004		0,004	475,047	75,100
1/60406	34	Brotgetreide, Förderungen .....						78,791	20,665
1/60426	34	Futtergetreide, Förderungen .....						22,400	
		Summe 604...			1.662,937		1.662,937	8.703,106	7.833,886

## Anmerkungen:

- 1/60416 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60410.  
1/60436 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60430.  
1/60466 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60460.  
1/60486 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60480.  
1/60496 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52420.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

139

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/604		Marktordnungspolitische Maßnahmen:						
2/60405	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		15,001	.....	15,001	20,001	13,246
2/60410	34	Brotgetreide, zweckgeb. Im- und Exportausgleiche.*		0,001	.....	0,001	1,000	10,415
2/60430	34	Futtergetreide, zweckgeb. Im-u. Exportausgleiche.*		0,001	.....	0,001	0,335	36,003
2/60460	34	Tiere und tier. Produkte, zweckgeb. Einnahmen ....*		0,002	.....	0,002	201,000	237,860
2/6047		Milch und Milchprodukte:						
2/60474	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,501	.....	2,501	5,001	7,901
2/60480	34	Milch und Milchprodukte, zweckgeb. Einnahmen ....*		20,001	.....	20,001	197,205	219,573
2/60444	34	Absatz u. Verw. Maßn. f. pflanzl. Produktionsalternativen .....					0,001	.....
		Summe 604. ...		37,507	.....	37,507	424,543	524,999

## Anmerkungen:

- 2/60410 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60416.  
2/60430 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60436.  
2/60460 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60466.  
2/60480 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60486.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/605		Lehr- und Versuchsanstalten:							
1/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60500	11	Personalausgaben .....		363,786			363,786	324,923	322,066
1/60503	11	Anlagen .....				17,560	17,560	19,882	18,528
1/60507	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			6,143		6,143	4,243	3,986
1/60508	11	Aufwendungen .....			67,192		67,192	65,416	63,107
		Summe 6050...		363,786	73,335	17,560	454,681	414,464	407,687
1/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.: <i>Pflanzenbauliche Bundesanstalten</i>							
1/60510	12	Personalausgaben .....		289,571			289,571	279,798	274,331
1/60513	12	Anlagen .....				18,202	18,202	20,610	26,749
1/60517	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,271		2,271	1,605	1,142
1/60518	12	Aufwendungen .....			80,297		80,297	67,264	59,612
		Summe 6051...		289,571	82,568	18,202	390,341	369,277	361,834
1/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:							
1/60520	11	Personalausgaben .....		65,083			65,083	59,295	60,208
1/60523	11	Anlagen .....				1,598	1,598	1,134	2,833
1/60527	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,743		0,743	0,743	0,307
1/60528	11	Aufwendungen .....			10,170		10,170	10,592	10,905
		Summe 6052...		65,083	10,913	1,598	77,594	71,764	74,252
1/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:							
1/60530	12	Personalausgaben .....		105,280			105,280	101,549	100,783
1/60533	12	Anlagen .....				5,456	5,456	6,178	8,821
1/60537	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,473		0,473	0,473	0,231
1/60538	12	Aufwendungen .....			27,539		27,539	23,480	23,142
		Summe 6053...		105,280	28,012	5,456	138,748	131,680	132,976
1/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:							
1/60540	12	Personalausgaben .....		16,534			16,534	14,197	14,476
1/60543	12	Anlagen .....				0,671	0,671	0,760	1,215
1/60547	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,016		0,016	0,016	0,011
1/60548	12	Aufwendungen .....			3,010		3,010	3,114	2,688
		Summe 6054...		16,534	3,026	0,671	20,231	18,087	18,389

## Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 5

141

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/605		Lehr- und Versuchsanstalten:						
2/6050		Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60504	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		61,686		61,686	61,485	58,913
2/60507	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,550	0,550	0,550	0,498
		Summe 6050...		61,686	0,550	62,236	62,035	59,411
2/6051		Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtsch. Bundesanst.: <i>Pflanzenbauliche Bundesanstalten</i>						
2/60514	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		51,500		51,500	49,444	49,282
2/60515	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001		
2/60517	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,739	0,739	0,475	0,654
		Summe 6051...		51,501	0,739	52,240	49,919	49,935
2/6052		Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
2/60524	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		12,970		12,970	12,941	12,152
2/60527	11	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	0,002
		Summe 6052...		12,970	0,003	12,973	12,944	12,154
2/6053		Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
2/60534	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,313		2,313	2,512	2,031
2/60535	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001		
2/60537	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,096	0,096	0,096	0,151
		Summe 6053...		2,314	0,096	2,410	2,608	2,182
2/6054		Bundesanstalt für Agrarwirtschaft:						
2/60544	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,062		0,062	0,062	0,079
2/60545	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen ..		0,001		0,001		
2/60547	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6054...		0,063	0,001	0,064	0,063	0,079

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:							
1/60550	12	Personalausgaben .....		40,661			40,661	44,224	41,681
1/60553	12	Anlagen .....				8,788	8,788	9,950	8,293
1/60557	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,170		1,170	1,639	0,918
1/60558	12	Aufwendungen .....			35,849		35,849	37,294	36,789
		Summe 6055 ...		40,661	37,019	8,788	86,468	93,107	87,681
1/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:							
1/60560	12	Personalausgaben .....		5,104			5,104	4,180	4,239
1/60563	12	Anlagen .....				0,258	0,258	0,291	0,305
1/60567	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,005		0,005	0,005	0,000
1/60568	12	Aufwendungen .....			1,981		1,981	1,162	0,913
		Summe 6056 ...		5,104	1,986	0,258	7,348	5,638	5,457
1/6057		Bundesanstalten für Tierzucht:							
1/60570	12	Personalausgaben .....		16,619			16,619	22,988	30,711
1/60573	12	Anlagen .....				0,285	0,285	0,624	0,621
1/60577	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,480		2,480	2,135	0,983
1/60578	12	Aufwendungen .....			11,909		11,909	6,600	13,040
		Summe 6057 ...		16,619	14,389	0,285	31,293	32,347	45,354
1/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft: <i>Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten</i>							
1/60580	12	Personalausgaben .....		46,951			46,951	34,646	34,001
1/60583	12	Anlagen .....				4,745	4,745	5,427	3,200
1/60587	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,771		0,771	0,411	0,457
1/60588	12	Aufwendungen .....			10,511		10,511	6,753	8,103
		Summe 6058 ...		46,951	11,282	4,745	62,978	47,237	45,761
1/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:							
1/60590	12	Personalausgaben .....		24,200			24,200	24,290	21,930
1/60593	12	Anlagen .....				1,577	1,577	1,786	1,693
1/60597	12	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,080		0,080	0,080	0,036
1/60598	12	Aufwendungen .....			3,422		3,422	3,561	3,392
		Summe 6059 ...		24,200	3,502	1,577	29,279	29,717	27,051
		Summe 605 ...		973,789	266,032	59,140	1.298,961	1.213,318	1.206,444
1/606		Übergangsregelungen: <i>Internate</i>							
1/60606	34	Degressive Ausgleichszahlungen .....			5.203,360		5.203,360		
1/60608	34	Degressive Ausgleichszahlungen, Aufw. ....			4,800		4,800		
1/60616	34	Lagerabwertungen .....			3.440,000		3.440,000		
1/60626	34	Sonstige Übergangsmaßnahmen .....			13,441		13,441		
		Summe 606 ...			8.661,601		8.661,601		
1/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:							
1/6071		Land- und forstw. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:							
1/60717	11	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			446,268		446,268	407,000	389,537
1/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:							
1/60720	34	Personalausgaben .....		20,818			20,818	20,094	19,232
1/60723	34	Anlagen .....				2,584	2,584	2,926	1,455
1/60727	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,282		0,282	0,282	0,085
1/60728	34	Aufwendungen .....			5,724		5,724	5,463	5,734
		Summe 6072 ...		20,818	6,006	2,584	29,408	28,765	26,506
		Summe 607 ...		20,818	452,274	2,584	475,676	435,765	416,043



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

143

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
<b>E I N N A H M E N</b>								
2/6055		Bundesanstalten für Milchwirtschaft:						
2/60554	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		35,534		35,534	35,730	39,871
2/60555	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen .....		0,001		0,001		
2/60557	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,170	0,170	0,200	0,108
		Summe 6055...		35,535	0,170	35,705	35,930	39,980
2/6056		Bundesanstalt für Bergbauernfragen:						
2/60564	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,037		0,037	0,049	0,044
2/60565	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen .....		0,001		0,001		
2/60567	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6056...		0,038	0,002	0,040	0,051	0,044
2/6057		Bundesanstalten für Tierzucht:						
2/60574	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		16,704		16,704	19,513	18,836
2/60577	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,161	0,161	0,165	0,245
		Summe 6057...		16,704	0,161	16,865	19,678	19,081
2/6058		Bundesamt für Wasserwirtschaft: <i>Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten</i>						
2/60584	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		9,695		9,695	5,804	6,472
2/60587	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,026	0,026	0,081	
		Summe 6058...		9,695	0,026	9,721	5,885	6,472
2/6059		Bundesanstalt für Landtechnik:						
2/60594	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,787		2,787	2,787	2,610
2/60595	12	Intern. Forschungskoooperation, lfde. Einnahmen .....		0,001		0,001		
2/60597	12	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	0,059
		Summe 6059...		2,788	0,003	2,791	2,790	2,669
		Summe 605...		193,294	1,751	195,045	191,903	192,005
2/606		Übergangsmaßnahmen: <i>Internete</i>						
2/60624	34	Laufende Einnahmen gem. BGGl. Nr. 1103/94 .....		40,000		40,000		
2/607		Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
2/6071		Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:						
2/60714	11	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,002	
2/6072		Forstliche Ausbildungsstätten:						
2/60724	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		5,254		5,254	5,052	6,720
2/60727	34	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,032	0,032	0,003	0,137
		Summe 6072...		5,254	0,032	5,286	5,055	6,857
		Summe 607...		5,255	0,032	5,287	5,057	6,857

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:	*						
1/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:							
1/60800	34	Personalausgaben .....		133, 553			133, 553	125, 870	125, 847
1/60803	34	Anlagen .....				5, 463	5, 463	7, 113	5, 276
1/60807		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4, 729		4, 729	0, 080	4, 202
	22				4, 653		4, 653	0, 004	4, 164
	34				0, 076		0, 076	0, 076	0, 038
1/60808	34	Aufwendungen .....	*		16, 422		16, 422	15, 016	12, 368
		Summe 6080...		133, 553	21, 151	5, 463	160, 167	148, 079	147, 692
1/6081		Öffentliches Wassergut:							
1/60813	34	Anlagen .....				0, 493	0, 493	0, 559	0, 143
1/60817	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0, 300		0, 300	0, 300	0, 152
1/60818	34	Aufwendungen .....			9, 628		9, 628	9, 735	2, 987
		Summe 6081...			9, 928	0, 493	10, 421	10, 594	3, 282
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:	*						
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen .....			5, 170		5, 170	5, 386	
1/60828	34	Klausenkofelbach - Verwaltung (zweckgebundene Gebarung) .....	*		0, 001		0, 001	0, 001	
		Summe 6082...			5, 171		5, 171	5, 387	
1/6083		Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel d. Katastrophenfonds):	*						
1/60836	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.) .....	*		848, 840		848, 840	824, 063	799, 275
1/60838	34	Projektierungsk. f. Wildbach- u. Lawinenverbauungen (zweckgeb. Geb.) .....	*		40, 000		40, 000	40, 000	25, 018
		Summe 6083...			888, 840		888, 840	864, 063	824, 294
1/6084		Bundesflüsse:	*						
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne .....			55, 347		55, 347	57, 802	31, 504
1/6085		Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):	*						
1/60858	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne (zweckgeb. Geb.) .....	*		372, 626		372, 626	419, 284	327, 850
1/6086		Interessentengewässer:							
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. ....			2, 923		2, 923	3, 045	3, 205
1/6087		Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds):							
1/60876	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. (zweckgeb. Geb.) .....	*		483, 417		483, 417	473, 281	332, 074
		Summe 608...		133, 553	1. 839, 403	5, 956	1. 978, 912	1. 981, 535	1. 669, 900

## Anmerkungen:

- 1/608 Die Verwaltungs-Aufwendungen werden, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der Auftragsverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/60808 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/6082 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
- 1/60828 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60820.
- 1/6083 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6080 mitveranschlagt.
- 1/60836 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60838 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/6084 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
- 1/6085 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6000 mitveranschlagt.
- 1/60858 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.
- 1/60876 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/60890.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

145

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:						
2/6080		Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst:						
2/60804	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,832		0,832	0,722	0,854
2/60807	34	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,078	0,078	0,038	0,014
		Summe 6080...		0,832	0,078	0,910	0,760	0,868
2/6081		Öffentliches Wassergut:						
2/60814	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		32,350		32,350	27,350	20,778
2/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:						
2/60820	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Einnahmen) .....	*	0,001		0,001	0,001	
2/60824	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,002	0,003
		Summe 6082...		0,003		0,003	0,003	0,003
2/6084		Bundesflüsse:						
2/60844	34	Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen) .....		50,002		50,002	50,002	34,326
2/60890	34	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) .....	*	1.906,884		1.906,884	1.860,629	1.684,995
		Summe 608...		1.990,071	0,078	1.990,149	1.938,744	1.740,970

## Anmerkungen:

2/60820 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/60828.

2/60890 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/60126 (162,000 Millionen Schilling), 1/60808 (0,001 Millionen Schilling), 1/60836 (848,840 Millionen Schilling), 1/60838 (40,000 Millionen Schilling), 1/60858 (372,626 Millionen Schilling) und 1/60876 (483,417 Millionen Schilling) veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:							
1/6090		Grenzbeschauendienst:							
1/60903	43	Anlagen .....				0,006	0,006	0,008	
1/60908	43	Aufwendungen .....			20,426		20,426	43,009	39,790
		Summe 6090...			20,426	0,006	20,432	43,017	39,790
1/6091		Bundeskellereinspektion:							
1/60910	43	Personalausgaben .....		17,092			17,092	16,525	15,670
1/60913	43	Anlagen .....				1,148	1,148	1,300	0,993
1/60917	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,070		0,070	0,070	0,042
1/60918	43	Aufwendungen .....			4,319		4,319	4,499	4,508
		Summe 6091...		17,092	4,389	1,148	22,629	22,394	21,214
1/6093		Bundesgärten:							
1/60930	37	Personalausgaben .....		96,726			96,726	92,055	92,049
1/60933	37	Anlagen .....				4,865	4,865	5,508	4,694
1/60937	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,200		4,200	2,455	3,080
1/60938	37	Aufwendungen .....			33,206		33,206	20,977	17,480
		Summe 6093...		96,726	37,406	4,865	138,997	120,995	117,302
1/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:							
1/60940	13	Personalausgaben .....		49,184			49,184	48,464	47,412
1/60943	13	Anlagen .....				0,804	0,804	0,910	0,599
1/60947	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,670		1,670	0,261	0,207
1/60948	13	Aufwendungen .....			8,155		8,155	8,395	7,897
		Summe 6094...		49,184	9,825	0,804	59,813	58,030	56,116
1/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:							
1/60950	34	Personalausgaben .....		62,939			62,939	61,930	59,506
1/60953	34	Anlagen .....				5,362	5,362	6,059	5,797
1/60957	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			5,100		5,100	4,890	4,153
1/60958	34	Aufwendungen .....			40,970		40,970	40,891	37,863
		Summe 6095...		62,939	46,070	5,362	114,371	113,770	107,317
1/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste:							
1/60960	34	Personalausgaben .....		9,568			9,568	9,079	6,871
1/60963	34	Anlagen .....				0,535	0,535	0,482	0,613
1/60967	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,864		0,864	0,864	0,787
1/60968	34	Aufwendungen .....			6,308		6,308	3,911	3,824
		Summe 6096...		9,568	7,172	0,535	17,275	14,336	12,095
1/6099		Bauhöfe:							
1/60990	34	Personalausgaben .....		61,823			61,823	59,245	55,517
1/60993	34	Anlagen .....				27,424	27,424	24,462	34,679
1/60997	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			4,049		4,049	1,640	3,070
	22				2,410		2,410	0,001	1,808
	34				1,639		1,639	1,639	1,262
1/60998	34	Aufwendungen .....			29,089		29,089	30,300	25,995
		Summe 6099...		61,823	33,138	27,424	122,385	115,647	119,262
		Summe 609...		297,332	158,426	40,144	495,902	488,189	473,096
		Gesamtausgaben 60...		1.749,469	29.170,953	118,053	31.038,475	19.056,671	17.806,732

## Anmerkungen:

1/60993 Hievon 1995 0,003 Millionen Schilling nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/609		Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
2/60904	43	Grenzbeschauendienst .....		25,494		25,494	47,653	56,038
2/6091		Bundeskellereinspektion:						
2/60914	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,450		1,450	1,450	1,356
2/60917	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,150	0,150	0,150	0,078
		Summe 6091...		1,450	0,150	1,600	1,600	1,434
2/6093		Bundesgärten:						
2/60934	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		24,516		24,516	24,500	22,413
	37			0,184		0,184		
				24,332		24,332	24,500	22,413
2/60937	37	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,100	0,100	0,100	0,001
		Summe 6093...		24,516	0,100	24,616	24,600	22,414
2/6094		Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule:						
2/60944	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		28,688		28,688	28,913	27,795
2/60947	13	Bestandswirksame Einnahmen .....			2,621	2,621	2,821	5,467
		Summe 6094...		28,688	2,621	31,309	31,734	33,262
2/6095		Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften:						
2/60954	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		71,047		71,047	73,521	63,831
	34			0,550		0,550		
				70,497		70,497	73,521	63,831
2/60957	34	Bestandswirksame Einnahmen .....			3,306	3,306	0,201	0,166
		Summe 6095...		71,047	3,306	74,353	73,722	63,997
2/6096		Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste:						
2/60964	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		12,127		12,127	10,585	10,870
2/60967	34	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6096...		12,127	0,002	12,129	10,587	10,870
2/6099		Bauhöfe:						
2/60994	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		126,265		126,265	122,453	122,408
2/60997	34	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,482	0,482	0,662	0,746
		Summe 6099...		126,265	0,482	126,747	123,115	123,153
		Summe 609...		289,587	6,661	296,248	313,011	311,170
		<b>Gesamteinnahmen 60...</b>		<b>2.833,951</b>	<b>13,235</b>	<b>2.847,186</b>	<b>3.037,393</b>	<b>2.957,114</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/63		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:							
1/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:							
1/6300		Zentralleitung:							
1/63000	43	Personalausgaben .....		520,480			520,480	489,303	500,829
1/63003	43	Anlagen .....				30,541	30,541	34,579	24,759
1/63007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			185,077		185,077	189,699	191,400
	22				8,878		8,878	0,002	9,558
	43				176,199		176,199	189,697	181,843
1/63008		Aufwendungen .....	*		144,382		144,382	98,537	130,907
	21				0,019		0,019	0,020	0,010
	43				144,363		144,363	98,517	130,897
		Summe 6300...		520,480	329,459	30,541	880,480	812,118	847,895
1/6301		Kapitalbeteiligungen:							
1/63013		Sonstige Unternehmungen .....				0,883	0,883	1,000	36,700
	35					0,001	0,001	0,001	
	38					0,882	0,882	0,999	36,700
1/63016	38	Zuschüsse an Unternehmungen mit Bundesbeteiligung .....			52,656		52,656	111,500	
		Summe 6301...			52,656	0,883	53,539	112,500	36,700
1/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:	*						
1/63026	41	Förderungen .....			0,001		0,001	0,001	
1/63028	41	Aufwendungen .....			0,423		0,423	0,440	0,299
		Summe 6302...			0,424		0,424	0,441	0,299
1/6303		Beteiligungen an EG-Programmen:							
1/63038	43	Aufwendungen .....			11,519		11,519	0,008	
1/6304		Zivilschutzmaßnahmen:	*						
1/63043	41	Anlagen .....				0,001	0,001	0,001	
1/63048	41	Aufwendungen .....			0,409		0,409	0,425	0,251
		Summe 6304...			0,409	0,001	0,410	0,426	0,251
		Summe 630...		520,480	394,467	31,425	946,372	925,493	885,146

## Anmerkungen:

- 1/63008 Hievon 1995 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63001.  
1/6302 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.  
1/6304 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/63		Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:						
2/630		Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten:						
2/6300		Zentraleitung:						
2/63001	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,003		0,003	0,003	
2/63004	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		114,880		114,880	100,080	142,014
	43			0,042		0,042		
	43			114,838		114,838	100,080	142,014
2/63007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,100	0,100	0,100	0,143
		Summe 6300...		114,883	0,100	114,983	100,183	142,157
2/6301		Kapitalbeteiligungen:						
2/63014	35	Erträge .....		0,003		0,003	0,003	2,470
	38			0,001		0,001	0,001	1,900
	38			0,002		0,002	0,002	0,570
2/63017	35	Erlöse .....			0,002	0,002	0,002	
	38				0,001	0,001	0,001	
	38				0,001	0,001	0,001	
		Summe 6301...		0,003	0,002	0,005	0,005	2,470
2/6302		Wirtschaftliche Landesverteidigung:						
2/63024	41	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	
2/6304		Zivilschutzmaßnahmen:						
2/63044	41	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001	0,001	0,016
		Summe 630...		114,888	0,102	114,990	100,190	144,643

## Anmerkungen:

2/63001 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63008 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *							
1/63108	38	Verein 'Österreich Werbung' .....			299,210		299,210	308,512	293,821
1/63111		Tourismus: Fremdenverkehr							
1/63114	38	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.			55,232		55,232	60,741	57,817
1/63116	38	Förderungen .....	*		259,670		259,670	411,443	376,839
1/63118	38	Aufwendungen .....			30,715		30,715	5,994	2,918
		Summe 6311...			345,617		345,617	478,178	437,574
1/6312		Elektrizitätswirtschaft:							
1/63125	35	Förderungen (D) .....				0,002	0,002	0,002	
1/63126	35	Förderungen .....			0,001		0,001	0,001	
		Summe 6312...			0,001	0,002	0,003	0,003	
1/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:							
1/63135	36	Förderungen (D) .....				0,003	0,003	0,003	
1/63136	36	Förderungen .....			175,107		175,107	220,000	209,070
		Summe 6313...			175,107	0,003	175,110	220,003	209,070
1/6315		Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen:							
1/63152	38	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....				0,001	0,001	0,001	
1/63154	36	Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969.			264,488		264,488	290,868	276,866
1/63155	36	Förderungen (D) .....				12,000	12,000	14,080	14,821
1/63156	35	Förderungen .....			458,917		458,917	906,000	918,397
	36				118,120		118,120	155,480	208,215
	36				340,797		340,797	750,520	710,182
1/63158	36	Aufwendungen .....			31,129		31,129	43,526	38,483
	38				22,681		22,681	35,526	25,283
					8,448		8,448	8,000	13,200
		Summe 6315...			754,534	12,001	766,535	1.254,475	1.248,568
1/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich): Stärkeförderung							
1/63175	36	Förderungen (D) .....	*			0,001	0,001		
1/63176	36	Förderungen .....	*		710,913		710,913		
1/63178	36	Aufwendungen .....	*		3,003		3,003		
		Summe 6317...			713,916	0,001	713,917		
1/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/63195	23	Bezugsvorschüsse .....				7,600	7,600	7,620	7,990
	43					1,435	1,435	1,435	1,981
1/63196	43	Förderungen .....			1,344		1,344	1,441	1,099
		Summe 6319...			1,344	7,600	8,944	9,061	9,089
		Summe 631...			2.289,729	19,607	2.309,336	2.270,232	2.198,122

Anmerkungen:

- 1/631 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
- 1/63116 Weitere Mittel sind beim VA-Ansatz 1/53277 veranschlagt.
- 1/63175 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.
- 1/63176 Hievon 1995 109,190 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170.
- 1/63178 Hievon 1995 3,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63170,  
0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63171 und  
0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/63173.



(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/631		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/6311		Tourismus:						
		Fremdenverkehr						
2/63114	38	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,006		0,006	0,006	0,001
2/63119	38	Darlehensrückzahlungen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6311...		0,006	0,002	0,008	0,008	0,001
2/6312		Elektrizitätswirtschaft:						
2/63124	35	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,340		0,340	0,340	0,230
2/63129	35	Darlehensrückzahlungen .....			1,770	1,770	1,770	1,202
		Summe 6312...		0,340	1,770	2,110	2,110	1,432
2/6313		Bergbau und Grundstoffe - Förderung:						
2/63134	36	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,002	
2/63139	36	Darlehensrückzahlungen .....			0,003	0,003	0,003	
		Summe 6313...		0,002	0,003	0,005	0,005	
2/6315		Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen:						
2/63154	36	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,000		2,000	2,000	1,955
2/63159	36	Darlehensrückzahlungen .....			20,000	20,000	20,000	17,972
		Summe 6315...		2,000	20,000	22,000	22,000	19,927
2/6317		Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich):						
		Stärkeförderung						
2/63170	36	Mittel gemäß ITF-Gesetz .....	*	112,191		112,191		
2/63171	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,002		0,002		
2/63173	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen .....	*		0,001	0,001		
		Summe 6317...		112,193	0,001	112,194		
2/6319		Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
2/63199	23	Bezugsvorschußersätze .....			7,800	7,800	13,000	8,092
	43				1,300	1,300	1,400	1,242
					6,500	6,500	11,600	6,850
		Summe 631...		114,541	29,576	144,117	37,123	29,452

## Anmerkungen:

2/63170 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/63175 (0,001 Millionen Schilling), 1/63176 (109,190 Millionen Schilling und 1/63178 (3,000 Millionen Schilling).

2/63171 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

2/63173 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/63178.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/632		Einrichtungen des Patentwesens:							
1/6320		Österreichisches Patentamt:							
1/63200	36	Personalausgaben .....		132,704			132,704	123,516	126,602
1/63203	36	Anlagen .....				5,748	5,748	0,687	1,036
1/63207		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			2,800		2,800	0,135	2,723
	22				2,667		2,667	0,002	2,591
	36				0,133		0,133	0,133	0,132
1/63208	36	Aufwendungen .....			39,360		39,360	39,552	36,521
		Summe 6320...		132,704	42,160	5,748	180,612	163,890	166,881
1/63217	36	Oberster Patent- und Markensenat .....	*		1,430		1,430	1,547	1,547
		Summe 632...		132,704	43,590	5,748	182,042	165,437	168,427
1/633		Bergbehörden:							
1/63300	43	Personalausgaben .....		25,519			25,519	23,979	24,278
1/63303	43	Anlagen .....				1,344	1,344	0,944	0,233
1/63307		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,649		0,649	0,011	0,509
	22				0,639		0,639	0,002	0,498
	43				0,010		0,010	0,009	0,011
1/63308	43	Aufwendungen .....			5,570		5,570	4,531	3,988
		Summe 633...		25,519	6,219	1,344	33,082	29,465	29,009
		Gesamtausgaben 63...		678,703	2.734,005	58,124	3.470,832	3.390,627	3.280,704

## Anmerkungen:

1/63217 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6320 mitveranschlagt.

## Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 5

153

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/632		Einrichtungen des Patentwesens:						
2/6320		Österreichisches Patentamt:						
2/63204	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz ..		300,000		300,000	300,000	273,176
2/63205	21	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen .....		9,998		9,998	9,998	9,223
	36			0,001		0,001		
	36			9,997		9,997	9,998	9,223
2/63207	36	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,004	0,004	0,004	0,001
2/63209	36	Darlehensrückzahlungen .....			0,228	0,228	0,228	0,310
		Summe 632...		309,998	0,232	310,230	310,230	282,709
2/633		Bergbehörden:						
2/63304	43	Gebühren .....		4,000		4,000	4,000	2,978
2/63305	43	Sonstige erfolgswirksame Einnahmen .....		260,000		260,000	260,000	216,427
2/63307	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,012	0,012	0,012	
		Summe 633...		264,000	0,012	264,012	264,012	219,405
		<b>Gesamteinnahmen 63...</b>		<b>803,427</b>	<b>29,922</b>	<b>833,349</b>	<b>711,555</b>	<b>676,210</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/64		<b>Bauten und Technik:</b>							
1/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:							
1/6401		Bundesmobilienvverwaltung:							
1/64010	37	Personalausgaben .....		13,505			13,505	13,455	13,806
1/64013	37	Anlagen .....				11,520	11,520	17,000	3,577
1/64017	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,011		0,011	0,006	0,005
1/64018	37	Aufwendungen .....			9,273		9,273	6,254	4,920
		Summe 6401...		13,505	9,284	11,520	34,309	36,715	22,309
1/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:							
1/64020	37	Personalausgaben .....		11,215			11,215	11,240	9,775
1/64028	37	Aufwendungen .....			0,142		0,142	0,144	0,102
		Summe 6402...		11,215	0,142		11,357	11,384	9,876
1/6403		Beschußämter:							
1/64030	43	Personalausgaben .....		4,802			4,802	4,845	4,911
1/64033	43	Anlagen .....				0,351	0,351	0,384	0,337
1/64037	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,020		0,020	0,020	
1/64038	43	Aufwendungen .....			1,900		1,900	1,880	1,767
		Summe 6403...		4,802	1,920	0,351	7,073	7,129	7,015
1/6405		Kurheim (betriebsähnliche Einrichtung):							
1/64053	21	Anlagen .....				0,026	0,026	0,027	0,010
1/64057	21	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,201		0,201	0,201	0,173
1/64058	21	Aufwendungen .....			1,555		1,555	1,619	1,412
1/64050	21	Personalausgaben .....						2,445	2,231
		Summe 6405...			1,756	0,026	1,782	4,292	3,826
1/6406		Bäder:	*						
1/64063	37	Anlagen .....				0,034	0,034	0,035	
1/64067	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,200		0,200	0,524	0,151
1/64068	37	Aufwendungen .....			0,386		0,386	0,882	0,302
		Summe 6406...			0,586	0,034	0,620	1,441	0,452
1/6407		Regierungsgebäude:							
1/64073	43	Anlagen .....				0,192	0,192	0,250	0,273
1/64078	43	Aufwendungen .....			31,680		31,680	33,000	32,986
		Summe 6407...			31,680	0,192	31,872	33,250	33,259
		Summe 640...		29,522	45,368	12,123	87,013	94,211	76,738

Anmerkungen:

1/6406 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

155

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	E I N N A H M E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/64		<b>Bauten und Technik:</b>						
2/640		Verwaltungs- und betr. ähnl. Einrichtungen:						
2/6401		Bundesmobilienverwaltung:						
2/64014	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,300		0,300	1,493	0,822
2/64017	37	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,007	0,007	0,007	0,053
		Summe 6401...		0,300	0,007	0,307	1,500	0,875
2/6402		Schönbrunner Tiergartenamt:						
2/64024	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		16,240		16,240	16,240	11,499
2/6403		Beschußämter:						
2/64034	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,130		2,130	2,130	2,245
2/64037	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6403...		2,130	0,004	2,134	2,134	2,245
2/6405		Kurheim (betriebsähnliche Einrichtung):						
2/64054	21	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,008		0,008	3,500	3,000
2/64057	21	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6405...		0,008	0,004	0,012	3,504	3,000
2/6406		Bäder:						
2/64064	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,700		2,700	3,500	2,144
2/64067	37	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,004	0,004	0,004	
		Summe 6406...		2,700	0,004	2,704	3,504	2,144
2/6407		Regierungsgebäude:						
2/64074	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,010		0,010	0,010	
2/64077	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,002	0,002	0,002	
		Summe 6407...		0,010	0,002	0,012	0,012	
		Summe 640...		21,388	0,021	21,409	26,894	19,762

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik): *							
1/6414		Wohnbauforschung:							
1/64145	12	Förderungen (D) .....			0,005	0,005	0,950	0,112	
1/64146	12	Förderungen .....		9,600		9,600	11,650	18,009	
1/64148	12	Aufwendungen .....		0,003		0,003	3,400	0,949	
		Summe 6414...			9,603	0,005	9,608	16,000	19,070
1/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):							
1/64155	33	Förderungen (D) .....			0,401	0,401	0,401	0,836	
1/64156	33	Förderungen .....		0,512		0,512	0,533	0,072	
		Summe 6415...			0,512	0,401	0,913	0,934	0,908
1/64166		Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.) .....	*						
	33				411,954	411,954	399,793	47,316	
	34				411,953	411,953	339,793	18,316	
					0,001	0,001	60,000	29,000	
1/6417		Technisches Versuchswesen:							
1/64175	12	Förderungen (D) .....			0,005	0,005	0,005		
1/64176	12	Förderungen .....		27,339		27,339	1,700	2,127	
1/64178	12	Aufwendungen .....		10,101		10,101	4,582	2,081	
		Summe 6417...			37,440	0,005	37,445	6,287	4,208
1/6418		Allgemeine Bauforschung:							
1/64186	12	Förderungen .....		0,113		0,113	0,127	0,129	
1/64188	12	Aufwendungen .....		2,304		2,304	2,400	0,499	
		Summe 6418...			2,417		2,417	2,527	0,628
1/6419		Sonstige Förderungsmaßnahmen:							
1/64196	34	Förderungen .....		73,440		73,440	112,311	114,084	
1/64198	43	Aufwendungen .....		7,145		7,145	5,562	3,960	
		Summe 6419...			80,585		80,585	117,873	118,044
		Summe 641...			542,511	0,411	542,922	543,414	190,172

Anmerkungen:

1/641 Verwaltungsaufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt.  
1/64166 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64160.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/641		Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik):						
2/6412		Sonstige Wohnungsfürsorge:						
2/64124	23	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,043		0,043	0,043	0,031
2/64129	23	Darlehensrückzahlungen .....			0,299	0,299	0,299	0,170
		Summe 6412...		0,043	0,299	0,342	0,342	0,201
2/6414		Wohnbauforschung:						
2/64144	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,700		0,700	0,700	3,166
2/64149	12	Darlehensrückzahlungen .....			4,000	4,000	4,000	10,195
		Summe 6414...		0,700	4,000	4,700	4,700	13,361
2/6415		Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz):						
2/64154	33	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,003		0,003	0,003	
2/64159	33	Darlehensrückzahlungen .....			0,300	0,300	0,300	0,578
		Summe 6415...		0,003	0,300	0,303	0,303	0,578
2/64160	33	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einn.) .....	*	411,954		411,954	399,793	51,426
2/6417		Technisches Versuchswesen:						
2/64174	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,330		0,330	0,330	
2/64179	12	Darlehensrückzahlungen .....			0,200	0,200	0,200	0,025
		Summe 6417...		0,330	0,200	0,530	0,530	0,025
2/6418		Allgemeine Bauforschung:						
2/64184	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,002		0,002	0,002	
		Summe 641...		413,032	4,799	417,831	405,670	65,591

Anmerkungen:

2/64160 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64166.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/642		Bundesstraßenverwaltung:	*						
1/6420		Bundesstraßen B:							
1/64203	32	Anlagen .....	*			2.349,399	2.349,399	2.454,847	1.873,985
1/64208	32	Aufwendungen .....	*		1.025,920		1.025,920	900,000	978,744
		Summe 6420...			1.025,920	2.349,399	3.375,319	3.354,847	2.852,729
1/6421		Bundesstraßen S:							
1/64213	32	Anlagen .....	*			80,524	80,524	65,000	24,872
1/64218	32	Aufwendungen .....	*		78,892		78,892	50,000	44,699
		Summe 6421...			78,892	80,524	159,416	115,000	69,571
1/6422		Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben):							
1/64223	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) .....	*			248,568	248,568	263,000	262,505
1/64227	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	*		10,000		10,000	10,000	9,041
1/64228	32	Aufwendungen .....	*		2.479,547		2.479,547	2.642,119	2.684,083
		Summe 6422...			2.489,547	248,568	2.738,115	2.915,119	2.955,630
1/6423		Bundesstraßen A:							
1/64233	32	Anlagen .....	*			723,480	723,480	950,000	880,231
1/64238	32	Aufwendungen .....	*		665,200		665,200	740,000	594,730
		Summe 6423...			665,200	723,480	1.388,680	1.690,000	1.474,961
1/6424		Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben):							
1/64243	32	Anlagen (Hochbauten, Geräte, Fahrzeuge, Betriebsausstattung) .....	*			99,032	99,032	105,000	92,431
1/64247	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..	*		8,000		8,000	8,000	7,095
1/64248	32	Aufwendungen .....	*		1.049,666		1.049,666	1.268,880	1.152,036
		Summe 6424...			1.057,666	99,032	1.156,698	1.381,880	1.251,562
1/6425		Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64253	32	Anlagen .....	*			323,114	323,114	315,000	293,033
1/64258	32	Aufwendungen .....	*		37,240		37,240	36,378	46,649
		Summe 6425...			37,240	323,114	360,354	351,378	339,682
1/6426		Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Geb.):	*						
1/64268	32	Aufwendungen .....	*		153,931		153,931	150,094	155,388

## Anmerkungen:

- 1/642 Verwaltungen-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64203 Hievon 1995 344,800 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64208 Hievon 1995 208,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64213 Hievon 1995 9,100 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64218 Hievon 1995 4,298 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64223 Hievon 1995 46,200 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64228 Hievon 1995 185,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64233 Hievon 1995 86,978 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64238 Hievon 1995 70,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64243 Hievon 1995 27,800 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/64248 Hievon 1995 55,149 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Paragraph 2/6420.
- 1/6425 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64250.
- 1/6426 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64260.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

159

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/642		Bundesstraßenverwaltung:						
2/64200	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	962,525		962,525	962,525	1.026,919
2/64202	32	Veräußerungserlöse (zweckgeb. Einnahmen) .....	*		74,800	74,800	74,800	70,295
2/64204	32	Erfolgswirksame Einnahmen .....		98,486		98,486	98,485	88,358
2/64207	32	Bestandswirksame Einnahmen .....			7,700	7,700	7,700	8,162
2/64250	32	Katastrophenfonds - Vorbeugende Maßnahmen (zweckgeb. Einn.) .....	*	360,354		360,354	351,378	329,520
2/64260	32	Katastrophenfonds - Beseitigung von Schäden (zweckgeb. Einn.) .....	*	153,931		153,931	150,094	157,900

## Anmerkungen:

- 2/64200 ) Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64203 (344,800 Millionen Schilling),  
2/64202 ) 1/64208 (208,000 Millionen Schilling), 1/64213 (9,100 Millionen Schilling),  
1/64218 (4,298 Millionen Schilling), 1/64223 (46,200 Millionen Schilling),  
1/64228 (185,000 Millionen Schilling), 1/64233 (86,978 Millionen Schilling),  
1/64238 (70,000 Millionen Schilling), 1/64243 (27,800 Millionen Schilling),  
1/64248 (55,149 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/64250 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6425.  
2/64260 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/6426.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/6427		Straßenforschung:							
1/64275	12	Förderungen (D) .....				0,500	0,500	0,500	
1/64276	12	Förderungen .....			8,640		8,640	9,000	5,600
1/64278	12	Aufwendungen .....			26,793		26,793	30,919	20,500
		Summe 6427...			35,433	0,500	35,933	40,419	26,100
1/6429		Straßengesellschaften:							
1/64292	32	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....				0,001	0,001	0,001	
1/64293	32	Anlagen .....				0,001	0,001	0,001	
1/64297	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) (zweckgeb. Geb.) .....	*		2.849,000		2.849,000	2.600,000	2.574,948
1/64298	32	Aufwendungen .....			3.428,832		3.428,832	4.119,514	3.756,586
		Summe 6429...			6.277,832	0,002	6.277,834	6.719,516	6.331,534
		Summe 642...			11.821,661	3.824,619	15.646,280	16.718,253	15.457,157
1/644		Wasserbauverwaltung:							
1/6440		Wasserstraßendirektion:							
1/64400	33	Personalausgaben .....		45,028			45,028	43,546	84,700
1/64403	33	Anlagen .....	*			3,380	3,380	3,500	1,214
1/64407	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....			0,500		0,500	0,500	0,495
1/64408	33	Aufwendungen .....	*		157,904		157,904	161,994	104,796
		Summe 6440...		45,028	158,404	3,380	206,812	209,540	191,204
1/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:							
1/64410	33	Personalausgaben .....		74,295			74,295	73,547	47,321
1/64418	33	Aufwendungen .....			10,801		10,801	3,981	4,094
		Summe 6441...		74,295	10,801		85,096	77,528	51,416
1/64438	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz .....			4,416		4,416	5,000	4,875
1/64448	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (zweckgebundene Gebarung) .....	*		16,000		16,000	16,000	21,000
		Summe 644...		119,323	189,621	3,380	312,324	308,068	268,495

## Anmerkungen:

1/64297 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64290.

1/64403 Hievon 1995 0,501 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.

1/64408 Hievon 1995 59,699 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64400.

1/64448 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64421.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

161

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
<b>E I N N A H M E N</b>								
2/6427		Straßenforschung:						
2/64274	12	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,250		0,250	0,250	0,149
2/64279	12	Darlehensrückzahlungen .....			0,100	0,100	0,100	
		Summe 6427...		0,250	0,100	0,350	0,350	0,149
Straßengesellschaften:								
2/6429		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		2.849,000		2.849,000	2.600,000	2.574,948
2/64290	32	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,003	0,003	0,003	
2/64297	32							
		Summe 6429...		2.849,000	0,003	2.849,003	2.600,003	2.574,948
		Summe 642...		4.424,546	82,603	4.507,149	4.245,335	4.256,251
2/644		Wasserbauverwaltung:						
Wasserstraßendirektion:								
2/6440		Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		60,200		60,200	60,200	59,699
2/64400	33	Erfolgswirksame Einnahmen .....		17,413		17,413	10,345	29,365
2/64404	33			17,373		17,373	10,344	29,327
	37			0,040		0,040	0,001	0,039
2/64407	33	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,008	0,008	0,008	0,062
		Summe 6440...		77,613	0,008	77,621	70,553	89,127
2/6441		Amt der Wasserstraßendirektion:						
2/64414	33	Ersätze der Österr. Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft .....		100,000		100,000	100,000	46,469
2/6442		Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds) (zweckgeb. Geb.):						
2/64421	33	Zweckgeb. erfolgswirksame Einn. für vorbeugende Maßnahmen .....		16,000		16,000	16,000	21,000
		Summe 644...		193,613	0,008	193,621	186,553	156,595

## Anmerkungen:

- 2/64290 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64297.  
2/64400 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64403 (0,501 Millionen Schilling) und beim VA-Ansatz 1/64408 (59,699 Millionen Schilling) mitveranschlagt.  
2/64421 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/64448.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/645		Bundesgebäudeverwaltung:							
1/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):							
1/64500	37	Personalausgaben .....		386,398			386,398	389,130	368,824
1/64503	37	Anlagen .....				13,258	13,258	14,782	7,353
1/64507	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,000		1,000	0,727	0,110
1/64508	37	Aufwendungen .....			50,498		50,498	53,554	40,213
		Summe 6450...		386,398	51,498	13,258	451,154	458,193	416,500
1/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg: *							
1/64523	37	Anlagen .....				1,344	1,344	1,250	0,850
1/64527	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			1,100		1,100	1,009	0,308
1/64528	37	Aufwendungen .....			12,144		12,144	12,650	4,207
		Summe 6452...			13,244	1,344	14,588	14,909	5,365
1/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):							
1/64530	37	Personalausgaben .....		479,837			479,837	476,471	475,742
1/64533	37	Anlagen .....				21,740	21,740	18,570	9,799
1/64537	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,400		0,400	0,103	0,077
1/64538	37	Aufwendungen .....			59,480		59,480	61,004	45,527
		Summe 6453...		479,837	59,880	21,740	561,457	556,148	531,145
		Summe 645...		866,235	124,622	36,342	1.027,199	1.029,250	953,011

Anmerkungen:

1/6452 Personalausgaben beim VA-Ansatz 1/64500 mitveranschlagt.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

163

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Ann.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/645		Bundesgebäudeverwaltung:						
2/6450		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane):						
2/64504	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		20,000	.....	20,000	50,724	19,482
2/64507	37	Bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,035	0,035	0,035	0,060
		Summe 6450...		20,000	0,035	20,035	50,759	19,542
2/6452		Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg:						
2/64524	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		11,200	.....	11,200	9,600	6,327
2/64527	37	Bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,002	0,002	0,002	.....
		Summe 6452...		11,200	0,002	11,202	9,602	6,327
2/6453		Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betr. ähnl. Einr.):						
2/64534	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		30,000	.....	30,000	16,453	1,898
2/64537	37	Bestandswirksame Einnahmen .....		.....	0,015	0,015	0,015	0,019
		Summe 6453...		30,000	0,015	30,015	16,468	1,917
		Summe 645...		61,200	0,052	61,252	76,829	27,786

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:	*						
1/6460		Betriebskosten und Hauserfordernisse:							
1/64600	37	Personalausgaben .....		51,999			51,999	51,942	55,135
1/64603	37	Anlagen .....				0,960	0,960	1,330	1,388
1/64607	37	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			270,000		270,000	250,000	282,127
1/64608	37	Aufwendungen .....	*		240,014		240,014	209,884	214,772
		Summe 6460...		51,999	510,014	0,960	562,973	513,156	553,421
1/64613		Ankäufe f. Schulen d. Unterrichts- u. d. Wissenschaftsverwaltung .....	*			48,091	48,091	84,755	40,005
	11					20,160	20,160	31,003	11,213
	12					27,931	27,931	53,752	28,792
1/64633	41	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung .....	*			24,096	24,096	27,000	97,155
1/64663	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe .....	*			69,917	69,917	82,000	49,110
1/64673	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze .....	*			7,680	7,680	8,000	14,709
1/64683	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege .....				120,942	120,942	117,250	60,244
1/64688	43	Unbewegliches Bundesvermögen, Vergütungen. Überweisungen an die Länder			2,500		2,500	80,402	72,681
1/64698		gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG .....			20,617		20,617	15,000	17,268
	11				0,960		0,960	2,000	0,545
	12				3,456		3,456	2,000	7,005
	37				6,720		6,720	8,460	8,345
	43				9,481		9,481	2,540	1,374
		Summe 646...		51,999	533,131	271,686	856,816	927,563	904,594

## Anmerkungen:

- 1/646 Verwaltungs-Aufwendungen beim Paragraph 1/6300 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64608 Hievon 1995 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64613 Hievon 1995 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64633 Hievon 1995 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64602.
- 1/64663 Hievon 1995 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.
- 1/64673 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

165

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/646		Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung:						
2/64600	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	10,000	.....	10,000	0,009	29,578
2/64604	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		340,000	.....	340,000	389,997	386,860
2/64607	37	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,050	0,050	0,050	.....
		Summe 646...		350,000	0,050	350,050	390,056	416,438

## Anmerkungen:

2/64600 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64608 (0,002 Millionen Schilling),  
1/64613 (0,002 Millionen Schilling), 1/64663 (0,002 Millionen Schilling),  
1/64673 (0,001 Millionen Schilling), 1/64738 (6,992 Millionen Schilling),  
1/64753 (0,001 Millionen Schilling) und 1/64758 (3,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):	*						
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG .....			268,800		268,800	250,000	266,620
	11				96,000		96,000	116,000	81,424
	12				62,400		62,400	41,750	72,182
	43				110,400		110,400	92,250	113,014
1/6471		Schulen der Unterrichtsverwaltung:							
1/64713	11	Anlagen .....	*			432,569	432,569	466,000	615,440
1/64718	11	Aufwendungen .....	*		413,495		413,495	410,000	426,095
		Summe 6471...			413,495	432,569	846,064	876,000	1.041,536
1/6472		Schulen der Wissenschaftsverwaltung:							
1/64723	12	Anlagen .....	*			413,746	413,746	490,000	628,619
1/64728	12	Aufwendungen .....	*		259,430		259,430	260,000	297,252
		Summe 6472...			259,430	413,746	673,176	750,000	925,871
1/6473		Bauten für die Landesverteidigung:							
1/64738	23	Aufwendungen .....	*		972,896		972,896	1.130,000	1.089,857
	41				32,912		32,912	27,001	38,945
					939,984		939,984	1.102,999	1.050,912
1/6474		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:							
1/64743	11	Anlagen .....	*			258,186	258,186	313,000	280,875
	34					76,800	76,800	93,000	67,668
						181,386	181,386	220,000	213,207
1/64748	11	Aufwendungen .....	*		72,108		72,108	72,000	59,297
	34				29,760		29,760	30,750	29,522
					42,348		42,348	41,250	29,775
		Summe 6474...			72,108	258,186	330,294	385,000	340,171

## Anmerkungen:

- 1/647 Verwaltungs-Aufwendungen bei den Paragraphen 1/6300 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
- 1/64713 Hievon 1995 0,012 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64718 Hievon 1995 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64723 Hievon 1995 0,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64728 Hievon 1995 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64738 Hievon 1995 6,992 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 0,009 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64743 Hievon 1995 0,004 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.
- 1/64748 Hievon 1995 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

167

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/647		Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):						
2/64700	37	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	17,083	.....	17,083	30,075	64,737
2/64704	37	Erfolgswirksame Einnahmen .....		2,000	.....	2,000	2,000	5,947
		Summe 647...		19,083	.....	19,083	32,075	70,684

## Anmerkungen:

2/64700 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/64713 (0,012 Millionen Schilling), 1/64718 (0,003 Millionen Schilling), 1/64723 (0,010 Millionen Schilling), 1/64728 (0,002 Millionen Schilling), 1/64738 (0,009 Millionen Schilling), 1/64743 (0,004 Millionen Schilling), 1/64748 (0,003 Millionen Schilling), 1/64753 (0,030 Millionen Schilling) und 1/64758 (17,010 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/6475		Sonstige Bundesgebäude:							
1/64753		Anlagen .....	*			2.971,238	2.971,238	3.105,000	3.164,088
	12					0,007	0,007	22,000	12,313
	13					570,241	570,241	538,000	416,291
	23					0,960	0,960	4,750	1,819
	41					0,001	0,001	0,001	29,525
	42					230,400	230,400	260,500	178,153
	43					2.169,629	2.169,629	2.279,749	2.525,987
1/64758		Aufwendungen .....	*	1.216,869			1.216,869	1.220,071	956,645
	12			0,003			0,003	8,000	5,560
	13			176,364			176,364	143,500	128,211
	21			0,004			0,004	0,004	15,684
	23			16,679			16,679	24,250	71,457
	37			0,004			0,004	0,004	0,436
	42			32,400			32,400	33,750	46,058
	43			991,415			991,415	1.010,563	689,238
		Summe 6475...			1.216,869	2.971,238	4.188,107	4.325,071	4.120,733
		Summe 647...			3.203,598	4.075,739	7.279,337	7.716,071	7.784,788
1/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:							
1/6490		Einrichtungen des Eichwesens:							
1/64900	43	Personalausgaben .....		110,004			110,004	106,275	110,252
1/64903	43	Anlagen .....			9,121	9,121	9,121	9,025	9,500
1/64907		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			3,700	3,700	3,700	0,184	3,433
	22				3,518	3,518	3,518	0,002	3,039
	43				0,182	0,182	0,182	0,182	0,394
1/64908	43	Aufwendungen .....			26,591	26,591	26,591	26,068	27,425
		Summe 6490...		110,004	30,291	9,121	149,416	141,552	150,610
1/6491		Einrichtungen des Vermessungswesens:							
1/64910	43	Personalausgaben .....		609,728			609,728	589,140	598,470
1/64913	43	Anlagen .....			15,072	15,072	15,072	11,495	12,099
1/64917		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			19,602	19,602	19,602	0,584	19,272
	22				19,000	19,000	19,000	0,002	19,035
	43				0,602	0,602	0,602	0,582	0,237
1/64918	43	Aufwendungen .....			105,617	105,617	105,617	76,353	74,513
		Summe 6491...		609,728	125,219	15,072	750,019	677,572	704,354
		Summe 649...		719,732	155,510	24,193	899,435	819,124	854,964
		Gesamtausgaben 64...		1.786,811	16.616,022	8.248,493	26.651,326	28.155,954	26.489,919

## Anmerkungen:

- 1/64753 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 0,030 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700, 0,003 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14260, 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/50352 und 0,002 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54602.
- 1/64758 Hievon 1995 3,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64600, 17,010 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/64700 und 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/14260.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

169

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/649		Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
2/6490		Einrichtungen des Eichwesens:						
2/64904	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		169,000		169,000	169,000	175,851
2/64907	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,050	0,050	0,050	0,057
		Summe 6490...		169,000	0,050	169,050	169,050	175,908
2/6491		Einrichtungen des Vermessungswesens:						
2/64914	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		69,883		69,883	65,484	64,478
2/64917	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,070	0,070	0,070	0,130
		Summe 6491...		69,883	0,070	69,953	65,554	64,608
		Summe 649...		238,883	0,120	239,003	234,604	240,516
		Gesamteinnahmen 64...		5.721,745	87,653	5.809,398	5.598,016	5.253,624

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/65		Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:							
1/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:							
1/6500		Zentralleitung:							
1/65000	43	Personalausgaben .....		289,663			289,663	263,071	259,234
1/65003	43	Anlagen .....			7,344	7,344	7,344	4,450	2,843
1/65007		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..				16,384	16,384	35,964	12,754
	22					5,602	5,602	0,004	2,931
	43					10,782	10,782	35,960	9,823
1/65008	43	Aufwendungen .....	*			102,683	102,683	92,515	51,675
		Summe 6500...		289,663	119,067	7,344	416,074	396,000	326,506
1/6501		Schiffahrtspolizei:							
1/65010	43	Personalausgaben .....		34,013			34,013	32,083	29,112
1/65013	43	Anlagen .....			7,930	7,930	7,930	8,620	12,191
1/65017		Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..				2,198	2,198	0,273	1,760
	22					1,681	1,681	0,002	1,498
	43					0,517	0,517	0,271	0,262
1/65018	43	Aufwendungen .....				22,124	22,124	24,237	21,932
		Summe 6501...		34,013	24,322	7,930	66,265	65,213	64,995
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:							
1/65023	43	Anlagen .....			29,931	29,931	29,931	43,802	11,647
1/65027	43	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..				2,970	2,970	5,570	0,582
1/65028	43	Aufwendungen .....				85,905	85,905	85,601	60,187
		Summe 6502...			88,875	29,931	118,806	134,973	72,417
		Summe 650...		323,676	232,264	45,205	601,145	596,186	463,917
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):							
1/65108	33	Verkehrsverbände .....	*			870,900	870,900	903,000	
1/65118		Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr .....				47,451	47,451	51,760	43,657
	12					1,760	1,760	1,992	0,703
	33					45,691	45,691	49,768	42,954
1/65127	33	Abgeltungen an Privatbahnen .....				353,000	353,000	353,000	313,735
1/65133		Kapitalbeteiligungen .....				0,004	0,004	0,004	1,000
	33					0,002	0,002	0,002	1,000
	36					0,001	0,001	0,001	
	38					0,001	0,001	0,001	
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur gem. Bundesbahngesetz 1992 .....				11.088,000	11.088,000	11.550,000	
1/65158	33	Gemeinwirtschaftliche Leistungen gem. Bundesbahngesetz 1992 .....				7.825,000	7.825,000	7.620,000	
1/65168	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Gebarung) .....	*			296,160	296,160	288,777	
1/65198	33	Entgelt an Austro-Control .....				0,002	0,002	75,000	
1/65107	33	Abgeltungen an die österreichischen Bundesbahnen .....							7.960,400
1/65117	33	Abgeltungen gem. §8 Straßenverkehrsbeitragsgesetz .....							61,000
		Summe 651...			20.480,513	0,004	20.480,517	20.841,541	8.379,792

## Anmerkungen:

1/65008 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65000.

1/651 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.

1/65108 Bis 1993 beim Titel 1/656 veranschlagt.

1/65168 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65160.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

171

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/65		<b>Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:</b>						
2/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:						
2/6500		Zentralleitung:						
2/65000	43	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,001		0,001	0,001	
2/65004	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		7,518		7,518	108,493	5,241
2/65007	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,030	0,030	0,030	
		Summe 6500...		7,519	0,030	7,549	108,524	5,241
2/6501		Schiffahrtspolizei:						
2/65014	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		19,206		19,206	19,213	1,237
2/65017	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,011	0,011	0,011	0,078
		Summe 6501...		19,206	0,011	19,217	19,224	1,314
2/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:						
2/65024	43	Erfolgswirksame Einnahmen .....		109,995		109,995	109,995	101,554
2/65027	43	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,005	0,005	0,005	
		Summe 6502...		109,995	0,005	110,000	110,000	101,554
		Summe 650...		136,720	0,046	136,766	237,748	108,109
2/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):						
2/65104	33	Verkehrsverbände .....	*	488,867		488,867	488,867	
2/6513		Kapitalbeteiligungen:						
2/65134	33	Erträge .....		0,001		0,001	0,001	
2/65137	36	Erlöse .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6513...		0,001	0,001	0,002	0,002	
2/65144	33	Entgelt für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur .....		2.800,000		2.800,000	2.500,000	
2/65160	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgeb. Einnahmen) .....	*	296,160		296,160	288,777	
		Summe 651...		3.585,028	0,001	3.585,029	3.277,646	

## Anmerkungen:

2/65000 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65008 mitveranschlagt.

2/65104 Bis 1993 beim Titel 2/656 veranschlagt.

2/65160 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65168 mitveranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993	
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.					
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): *								
1/65204	33	Bundesbeitrag f. U-Bahnteil (Schienenverbund) .....	*		1.500,000		1.500,000	1.500,000	1.539,266	
1/65225	36	Unternehmungen mit Bundesbeteiligung .....	*			3.446,640	3.446,640	0,001		
1/65236		Förderungen - EU-Kofinanzierung .....	*		0,006		0,006			
		Zivilluftfahrt								
	33				0,001		0,001			
	34				0,001		0,001			
	36				0,004		0,004			
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:								
1/65246	33	Förderungen .....			92,530		92,530	141,271	63,646	
1/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:								
1/65255	36	Förderungen (D) .....				0,001	0,001	0,001	-0,120	
1/65256	36	Förderungen .....			108,558		108,558	196,669	155,718	
1/65258	36	Aufwendungen .....			7,708		7,708	8,727	8,956	
		Summe 6525...				116,266	0,001	116,267	205,397	164,554
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen .....			445,996		445,996	425,310	424,400	
1/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz: Technologie-Anwendungsförderung								
1/65275	36	Förderungen (D) .....	*			15,600	15,600	23,413	17,852	
1/65276	36	Förderungen .....	*		78,591		78,591	243,767	246,382	
1/65278		Aufwendungen .....	*		23,759		23,759	64,628	60,373	
	36				23,759		23,759	24,628	14,894	
	43							40,000	45,479	
		Summe 6527...				102,350	15,600	117,950	331,808	324,606
1/6528		Sonstige Förderungen:								
1/65286		Förderungen .....			14,316		14,316	16,210	28,842	
	33				8,059		8,059	9,125	9,600	
	36				6,255		6,255	6,200	18,253	
	38				0,002		0,002	0,885	0,989	
1/65295		Bezugsvorschüsse .....				2,494	2,494	2,711	2,589	
	23					0,632	0,632	0,700	0,761	
	43					1,862	1,862	2,011	1,828	
1/65215	33	Länden- und Hafeneinrichtungen .....							4,887	
		Summe 652...				2.271,464	3.464,735	5.736,199	2.622,708	2.552,791
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:								
1/65500	33	Personalausgaben .....			17,643		17,643	16,824	14,771	
1/65503	33	Anlagen .....				5,694	5,694	6,189	5,442	
1/65508	33	Aufwendungen .....			6,082		6,082	6,847	5,100	
		Summe 655...			17,643	6,082	5,694	29,419	29,860	25,313
1/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.): *								
1/65703	32	Anlagen .....				1,200	1,200	0,150	0,052	
1/65706	32	Förderungen .....			19,000		19,000	15,000	7,723	
1/65707	32	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			29,640		29,640	31,760	23,649	
1/65708	32	Aufwendungen .....			7,162		7,162	11,092	0,469	
		Summe 657...				55,802	1,200	57,002	58,002	31,893

## Anmerkungen:

- 1/652 Verwaltungs-Aufwendungen beim Titel 1/650 mitveranschlagt.  
1/65204 Hievon 1995 500,000 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52661.  
1/65236 Nationale Förderungsmittel bei den Ansätzen 1/65246, 1/65256, 1/65276 sowie beim ERP-Fonds veranschlagt.  
1/65275 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.  
1/65276 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/65270.  
1/65278 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/65270 (18,000 Millionen Schilling),  
2/65271 (0,700 Millionen Schilling) und 2/65273 (5,059 Millionen Schilling).  
1/657 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Titel 2/657.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

173

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):						
2/65219	33	Länden- und Hafeneinrichtungen .....			0,889	0,889	0,921	5,867
2/6522		Unternehmungen mit Bundesbeteiligung:						
2/65224	36	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,001		0,001		
2/65229	36	Unternehmungen mit Bundesbeteiligung .....			0,001	0,001	0,001	
		Summe 6522...		0,001	0,001	0,002	0,001	
2/6525		Regional- und strukturpolitische Maßnahmen:						
2/65254	36	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,048		0,048	0,072	1,068
2/65259	36	Darlehensrückzahlungen .....			1,513	1,513	1,918	2,833
		Summe 6525...		0,048	1,513	1,561	1,990	3,901
2/6527		Technologieförderung gem. ITF-Gesetz: <i>Technologie-Anwendungsförderung</i>						
2/65270	36	Mittel gem. ITF - Gesetz (zweckgeb. Einn.) .....	*	112,191		112,191	326,900	259,871
2/65271	36	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,700		0,700	0,700	0,663
2/65273	36	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen .....	*		5,059	5,059	4,208	1,425
		Summe 6527...		112,891	5,059	117,950	331,808	261,959
2/65299	23 43	Bezugsvorschußersätze .....			1,300	1,300	0,930	2,841
					0,180	0,180	0,200	0,533
					1,120	1,120	0,730	2,309
		Summe 652...			112,940	8,762	121,702	335,650
								274,568
2/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:						
2/65504	33	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1,702		1,702	1,537	1,524
2/65507	33	Bestandswirksame Einnahmen .....			0,124	0,124	0,010	
		Summe 655...		1,702	0,124	1,826	1,547	1,524
2/657		Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.):						
			*					
2/65700	32	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		57,002		57,002	58,002	44,675

## Anmerkungen:

- 2/65270 Überweisung vom VA-Ansatz 1/10058. Korrespondierende Ausgaben 1995 bei den VA-Ansätzen 1/65275 (15,600 Millionen Schilling), 1/65276 (78,591 Millionen Schilling) und 1/65278 (18,000 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/65271 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.
- 2/65273 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/65278 mitveranschlagt.
- 2/657 Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/657 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/653		Zivilluftfahrteinrichtungen:							
1/6530		Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähn. Einrichtung):							
1/65300	33	Personalausgaben .....							899, 892
1/65303	33	Anlagen .....							121, 996
	41								121, 996
1/65307	41	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							58, 865
	22								12, 352
	33								46, 512
1/65308	33	Aufwendungen .....							292, 713
		Summe 653. ...							1. 373, 466
1/656		Verkehrsverbände:	*						
1/65608	33	Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) .....							327, 000
1/65638	33	Verkehrsverbund Linz (LVV) .....							51, 239
1/65648	33	Verkehrsverbund Salzburg .....							21, 540
1/65658	33	Verkehrsverbund Großraum Graz .....							11, 699
1/65668	33	Verkehrsverbund Innsbruck .....							33, 365
1/65678	33	Verkehrsverbund Vorarlberg .....							97, 578
1/65688	33	Regionale Verkehrsverbände - dem VOR vorgelegt .....							34, 061
1/65698	33	Verkehrsverbund Kärnten .....							
		Summe 656. ...							576, 482
		Gesamtausgaben 65. ...		341, 319	23. 046, 125	3. 516, 838	26. 904, 282	24. 148, 297	13. 403, 655

Anmerkungen:

1/656 Ab dem BVA 1994 beim Ansatz 1/65108 veranschlagt.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

175

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/653		<b>Zivilluftfahrteinrichtungen:</b>						
2/6530		Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähn. Einrichtung):						
2/65304	33	Erfolgswirksame Einnahmen .....						1.007,770
2/65307	33	Bestandswirksame Einnahmen .....						0,046
		<i>Summe 653...</i>						1.007,816
2/656		<b>Verkehrsverbände:</b>	*					
2/65604	33	Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) .....						164,619
2/65634	33	Verkehrsverbund Linz (LVV) .....						23,103
2/65644	33	Verkehrsverbund Salzburg .....						10,991
2/65654	33	Verkehrsverbund Großraum Graz .....						9,663
2/65664	33	Verkehrsverbund Innsbruck .....						22,243
2/65674	33	Verkehrsverbund Vorarlberg .....						67,360
2/65684	33	Regionale Verkehrsverbände - dem VOR vorgelagert .....						15,236
2/65694	33	Verkehrsverbund Kärnten .....						
		<i>Summe 656...</i>						313,216
		<b>Gesamteinnahmen 65...</b>		3.893,392	8,933	3.902,325	3.910,593	1.749,909

Anmerkungen:

2/656 Ab dem BVA 1994 beim Ansatz 2/65104 veranschlagt.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/71		<b>Bundestheater:</b>							
1/710		<b>Personalausgaben:</b>							
1/71000	13	Aktivitätsaufwand .....		1.584,452			1.584,452	1.617,597	1.567,225
1/71010	13	Pensionsaufwand .....		778,676			778,676	718,037	714,345
			Summe 710...	2.363,128			2.363,128	2.335,634	2.281,570
1/711		<b>Sachausgaben:</b>							
1/71133	13	Anlagen .....	*			228,289	228,289	263,800	245,327
1/71155	13	Förderungen (D) .....				1,949	1,949	2,117	1,681
	23					1,349	1,349	1,517	1,581
	23					0,600	0,600	0,600	0,100
1/71156	13	Förderungen .....			0,002		0,002	0,002	
1/71167	13	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			54,684		54,684	7,653	6,867
1/71188	13	Aufwendungen .....	*		385,640		385,640	419,269	375,614
			Summe 711...		440,326	230,238	670,564	692,841	629,489
			<b>Gesamtausgaben 71...</b>	2.363,128	440,326	230,238	3.033,692	3.028,475	2.911,058

## Anmerkungen:

1/71133 Hievon 1995 0,001 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

1/71188 Hievon 1995 0,005 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/71200.

## Anlage I BUNDES-VORANSCHLAG 1995

177

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/71		<b>Bundestheater:</b>						
2/71159	13	Darlehensrückzahlungen .....			2,000	2,000	2,000	1,760
	23				1,860	1,860	1,860	1,613
					0,140	0,140	0,140	0,148
2/712		<b>Allgemeine Betriebseinnahmen:</b>						
2/71200	13	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,006		0,006	0,005	5,217
2/71204	13	Erfolgswirksame Einnahmen .....		36,329		36,329	38,200	33,578
2/71218	13	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,100	0,100	0,100	0,513
		Summe 712...		36,335	0,100	36,435	38,305	39,309
2/713		<b>Übrige Einnahmen:</b>						
2/71304	13	Tageseinnahmen .....		480,640		480,640	353,000	451,305
2/71305	13	Einnahmen aus Sonderveranstaltungen .....		0,583		0,583	98,453	33,671
		Summe 713...		481,223		481,223	451,453	484,976
2/71504	13	Pensions- und Provisionsbeiträge .....		99,231		99,231	92,700	91,592
		<b>Gesamteinnahmen 71...</b>		616,789	2,100	618,889	584,458	617,637

Anmerkungen:

2/71200 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/71133 und 1/71188 mitveranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
1/71	Betriebsausgaben .....	3.033,692	3.028,475	2.911,058
2/71	Betriebseinnahmen .....	618,889	584,458	617,637
	Betriebsabgang...	2.414,803	2.444,017	2.293,421

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/75		Alkohol (Monopol):							
1/752		Branntwein (Monopol)							
		Personalausgaben:							
1/75200	38	Aktivitätsaufwand .....		8,946			8,946	9,283	9,671
1/75210	38	Pensionsaufwand .....		2,769			2,769	3,039	2,173
		Summe 752...		11,715			11,715	12,322	11,843
1/753		Sachausgaben:							
1/75313	38	Anlagen .....				0,061	0,061	0,072	0,024
1/75325	38	Förderungen (D) .....				0,100	0,100	0,100	0,050
	23					0,001	0,001	0,001	
	38					0,099	0,099	0,099	0,050
1/75347	38	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			0,174		0,174	0,198	0,126
1/75368	38	Aufwendungen .....			242,204		242,204	321,000	336,540
		Summe 753...			242,378	0,161	242,539	321,370	336,740
		Gesamtausgaben 75...		11,715	242,378	0,161	254,254	333,692	348,583

## Anlage I BUNDES VORAN SCHLAG 1995

179

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundесvoranschlag 1995	Bundесvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/75		<b>E I N N A H M E N</b>						
		Alkohol (Monopol):						
		Branntwein (Monopol)						
2/752		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/75204	38	Erfolgswirksame Einnahmen .....		0,269		0,269	0,262	0,215
2/75218	38	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			0,542	0,542	0,008	
			Summe 752...	0,269	0,542	0,811	0,270	0,215
2/753		Übrige Einnahmen:						
2/75304	38	Branntweinverkaufserlöse .....		347,269		347,269	1.141,890	1.149,584
2/75329	23	Bezugsvorschußsätze .....			0,041	0,041	0,080	0,045
	38				0,001	0,001	0,001	
					0,040	0,040	0,079	0,045
			Summe 753...	347,269	0,041	347,310	1.141,970	1.149,629
2/75404	38	Pensionsbeiträge .....		0,208		0,208	0,189	0,202
			<b>Gesamteinnahmen 75...</b>	<b>347,746</b>	<b>0,583</b>	<b>348,329</b>	<b>1.142,429</b>	<b>1.150,046</b>

Kapitel	S A L D O		Bundесvoranschlag 1995	Bundесvoranschlag 1994	Erfolg 1993
1/75	Betriebsausgaben .....		254,254	333,692	348,583
2/75	Betriebseinnahmen .....		348,329	1.142,429	1.150,046
		Betriebsüberschuß...	94,075	808,737	801,463

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/77		<b>Österreichische Bundesforste:</b>							
1/772		<b>Personalausgaben:</b>							
1/77200	34	Aktivitätsaufwand .....		1.076,343			1.076,343	1.041,082	1.084,049
1/77210	34	Pensionsaufwand .....		139,430			139,430	134,768	127,837
		Summe 772...		1.215,773			1.215,773	1.175,850	1.211,886
1/773		<b>Sachausgaben:</b>							
1/77303	34	Anlagen (zweckgebundene Gebarung) .....	*			94,899	94,899	119,900	163,337
1/77313	34	Sonstige Anlagen .....	*			87,086	87,086	99,115	78,711
1/77323	34	Anlagen (Bodensicherung, Seeufer) .....				3,168	3,168	3,002	
1/77325		Förderungen (D) .....				7,925	7,925	7,927	6,655
	23					3,900	3,900	3,625	3,575
	34					4,025	4,025	4,302	3,080
1/77336		Förderungen .....			0,350		0,350	0,400	0,265
	12				0,288		0,288	0,250	0,250
	34				0,062		0,062	0,150	0,015
1/77347	34	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..			108,800		108,800	71,910	74,619
1/77368	34	Aufwendungen .....	*		384,129		384,129	364,870	356,890
		Summe 773...			493,279	193,078	686,357	667,124	680,476
		<b>Gesamtausgaben 77...</b>			1.215,773	493,279	1.902,130	1.842,974	1.892,362

## Anmerkungen:

1/77303 Korrespondierende Einnahmen bei den VA-Ansätzen 2/77300 und 2/77302.

1/77313 Weitere Ausgaben können nach Maßgabe der Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54607 VA-Post 0002/006 getätigt werden.

1/77368 Hievon 1995 0,101 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/77300.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

181

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG E I N N A H M E N	Anm.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/77		Österreichische Bundesforste:						
2/772		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/77214	34	Erfolgswirksame Einnahmen .....		1.966,920		1.966,920	1.675,503	1.609,516
2/77228	34	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....			7,250	7,250	7,280	11,239
		Summe 772...		1.966,920	7,250	1.974,170	1.682,783	1.620,755
2/773		Übrige Einnahmen:						
2/77300	34	Vergütungen (zweckgebundene Einnahmen) .....	*	5,703		5,703	83,986	5,772
2/77302	34	Grundverkäufe (zweckgebundene Einnahmen) .....	*		89,297	89,297	36,014	133,787
2/77329		Darlehensrückzahlungen und Vorschußsätze .....			7,700	7,700	7,700	7,460
	23				3,600	3,600	3,600	3,635
	34				4,100	4,100	4,100	3,825
2/77354	34	Pensionsbeiträge .....		5,400		5,400	5,755	5,636
		Summe 773...		11,103	96,997	108,100	133,455	152,655
		Gesamteinnahmen 77...		1.978,023	104,247	2.082,270	1.816,238	1.773,409

## Anmerkungen:

2/77300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/77303 (5,602 Millionen Schilling) und 1/77368 (0,101 Millionen Schilling) veranschlagt.

2/77302 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/77303 veranschlagt.

Kapitel	SALDO	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
1/77	Betriebsausgaben .....	1.902,130	1.842,974	1.892,362
2/77	Betriebseinnahmen .....	2.082,270	1.816,238	1.773,409
	Betriebsabgang .....		26,736	118,953
	Betriebsüberschuß .....	180,140		

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N Bezeichnung	Anm.	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/78		Post- und Telegraphenverwaltung:							
1/782		Personalausgaben:							
1/78200	33	Aktivitätsaufwand .....		21.804,905			21.804,905	21.501,941	21.512,198
1/78210	33	Pensionsaufwand .....		10.843,000			10.843,000	9.720,840	9.407,198
		Summe 782...		32.647,905			32.647,905	31.222,781	30.919,396
1/783		Sachausgaben:							
1/78303	33	Fernmeldeanlagen .....				0,870	0,870	0,766	0,743
1/78313	33	Sonstige Anlagen d. PTV n. Maßg. zweckgeb. Fernsprechgebühren .....	*			170,279	170,279	154,600	153,900
	33					170,278	170,278	154,599	153,900
	41					0,001	0,001	0,001	
1/78323	33	Kapitalbeteiligungen .....				0,004	0,004	0,003	
1/78325	33	Förderungen (D) .....				63,500	63,500	63,506	67,112
	23					14,700	14,700	14,714	19,955
	33					48,800	48,800	48,792	47,157
1/78333	33	Anlagen n. Maßgabe v. Liegenschaftsverkäufen (zweckgeb. Geb.) .....	*			4,801	4,801	17,701	33,145
1/78336	33	Förderungen .....	*			9,441	9,441	10,286	10,452
	22					7,888	7,888	8,651	8,043
	33					1,553	1,553	1,635	2,409
1/78347	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....	*		1.052,954		1.052,954	971,881	886,210
1/78358	33	Aufwendungen .....	*		6.899,882		6.899,882	6.769,505	6.327,819
	11					0,100	0,100	0,100	1,127
	33					6.899,782	6.899,782	6.769,405	6.326,692
1/78364	33	Überweisung von Zuschlagserlösen n. Maßg. zweckgeb. Einn. ....	*			6,550	6,550	3,900	3,933
	11					0,050	0,050	0,100	0,020
	33					6,500	6,500	3,800	3,913
1/78373	33	Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren .....	*			12.749,721	12.749,721	10.885,400	10.566,015

## Anmerkungen:

- 1/78313 Die Ausgaben für die Anschaffung von Fahrzeugen, Zusatzausstattungen für Fahrzeuge, Maschinen, Werkzeugen, Bahnpostwagen und ortsfesten Betriebsanlagen der PTV werden gem. dem Fernmeldeinvestitionsgesetz BGBl. Nr. 312/1971 in der Fassung der Novelle 1994 BGBl. Nr. 24/1995 aus zweckgebundenen Fernsprechgebühren finanziert.
- 1/78333 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78430.
- 1/78336 Hievon 1995 0,700 Millionen Schilling Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78200.
- 1/78347 Hievon sind für die Weitergabe von Anteilen der Gebühren und Fahrpreise (Einnahmen beim Titel 2/784 und beim VA-Ansatz 2/78504) folgende Beträge mitveranschlagt:
- |                       |                             |
|-----------------------|-----------------------------|
| Fernmeldedienst ..... | 650,000 Millionen Schilling |
| Postdienst .....      | 130,000 Millionen Schilling |
| Omnibusdienst .....   | 61,000 Millionen Schilling  |
- 1/78358 Hievon 1995 0,140 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/78200 und 0,100 Millionen Schilling beim VA-Ansatz 2/78300 Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen.
- 1/78364 Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78300.
- Die Weitergabe der Zuschlagserlöse zu Sonderpostmarken ist 1995 wie folgt veranschlagt:
- |  |                           |
|--|---------------------------|
| Organisationskomitee der III. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1984 ..... | 0,010 Millionen Schilling |
| Organisationskomitee der IV. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1988 .....  | 0,040 Millionen Schilling |
| Verband Österr. Philatelistenvereine .....                                     | 6,500 Millionen Schilling |
- Weitere Zuschlagserlöse zu Sonderpostmarken sind beim Paragraph 2/7838 (0,800 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 1/78373 Auf Grund des Fernmeldeinvestitionsgesetzes, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 24/1995 (FMIG-Novelle 1994), erfolgt die Finanzierung der Ausgaben für die Erweiterung und Erneuerung des österreichischen Fernmelde-netzes, die Durchführung von Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst sowie die Beschaffung von Kraftfahrzeugen für den Fernmeldedienst aus zweckgebundenen Fernsprechgebühren.
- Korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/78430.



## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

183

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	Anm.	Erfolgswirksame Einnahmen	Bestandswirksame Einnahmen	Bundesvoranschlag 1995	Bundesvoranschlag 1994	Erfolg 1993
2/78		<b>Post- und Telegraphenverwaltung:</b>						
2/782		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/78200	33	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	*	0,840	.....	0,840	0,840	0,822
2/78204	33	Erfolgswirksame Einnahmen .....		816,261	.....	816,261	735,665	774,013
2/78218	33	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....		.....	15,576	15,576	11,316	15,035
		Summe 782....		817,101	15,576	832,677	747,821	789,870
2/783		Übrige Einnahmen:						
2/78300		Zuschlagserlöse zu Sonderpostmarken (zweckgeb. Einnahmen) .....	*	6,650	.....	6,650	4,000	4,780
	11			0,150	.....	0,150	0,200	1,591
	33			6,500	.....	6,500	3,800	3,189
2/78312	33	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....	*	.....	4,801	4,801	17,701	24,636
2/78324	33	Kapitalbeteiligungen .....		0,001	.....	0,001	1,400	1,400
2/78329	23	Darlehensrückzahlungen und Vorschußsätze .....		.....	63,630	63,630	65,640	63,047
	33			.....	15,940	15,940	16,520	15,896
				.....	47,690	47,690	49,120	47,151

## Anmerkungen:

- 2/78200 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/78336 (0,700 Millionen Schilling) und 1/78358 (0,140 Millionen Schilling) mitveranschlagt.
- 2/78300 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/78358 (0,100 Millionen Schilling) und 1/78364 (6,550 Millionen Schilling).
- 2/78312 Korrespondierende Ausgaben beim VA-Ansatz 1/78333.

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
				pers.	sachl.				
1/7838		Hilfsfonds der Post- u. Fernmeldebediensteten(zweckgeb. Geb. ) : *							
1/78385	22	Förderungen (D) .....				2,800	2,800	2,800	1,738
1/78388	22	Aufwendungen .....		2,800			2,800	2,600	1,496
		Summe 7838...		2,800		2,800	5,600	5,400	3,234
		Summe 783...		7.971,627		12.991,975	20.963,602	18.882,948	18.052,561
		Gesamtausgaben 78...	32.647,905	7.971,627		12.991,975	53.611,507	50.105,729	48.971,957

## Anmerkungen:

1/7838 Korrespondierende Einnahmen beim Paragraph 2/7838.

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

185

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	E I N N A H M E N		Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.					
2/7838		Hilfsfonds der Post- u. Fernmeldebediensteten (zweckgeb. Geb.):	*					
2/78380	22	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....		4,000		4,000	3,500	3,886
2/78383	22	Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen .....			1,600	1,600	1,900	1,505
		Summe 7838 .....		4,000	1,600	5,600	5,400	5,391
		Summe 783 .....		10,651	70,031	80,682	94,141	99,255
2/784		Gebühren:						
2/78404	33	Gebühren/Post .....		15.300,000		15.300,000	15.015,000	13.852,758
2/78414	33	Gebühren/Telegraph .....		67,000		67,000	62,000	71,793
2/78424	33	Gebühren/Fernschreib-, Text- und Datenübertragungsdienste .....		1.198,000		1.198,000	1.161,000	1.104,422
2/7843		Gebühren/Fernsprecher:						
2/78430	33	Zweckgebundene Gebühren/Fernsprecher .....	*	12.920,000		12.920,000	11.040,000	10.719,915
2/78434	33	Gebühren/Fernsprecher .....		25.080,000		25.080,000	24.260,000	22.779,818
		Summe 7843 .....		38.000,000		38.000,000	35.300,000	33.499,733
2/78444	33	Gebühren/Funk .....		810,000		810,000	815,000	816,021
2/78454	33	Gebühren/Kommunikations- u. bes. Teilnehmereinrichtungen .....		3.300,000		3.300,000	3.400,000	2.906,737
		Summe 784 .....		58.675,000		58.675,000	55.753,000	52.251,465
2/78504	33	Omnibusdienst .....		1.837,249		1.837,249	1.744,616	1.710,732
2/78604	33	Pensionsbeiträge .....		1.972,200		1.972,200	1.691,200	1.647,224
2/78704	33	Vergütung der Österreichischen Postsparkasse ...		710,000		710,000	670,000	640,000
		Gesamteinnahmen 78...		64.022,201	85,607	64.107,808	60.700,778	57.138,545

## Anmerkungen:

2/7838 Korrespondierende Ausgaben beim Paragraph 1/7838.

2/78430 Korrespondierende Ausgaben bei den VA-Ansätzen 1/78313 (170,279 Millionen Schilling) und 1/78373 (12.749.721 Millionen Schilling) mitveranschlagt.

Kapitel	S A L D O		Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
1/78	Betriebsausgaben .....		53.611,507	50.105,729	48.971,957
2/78	Betriebseinnahmen .....		64.107,808	60.700,778	57.138,545
	Betriebsüberschuß...		10.496,301	10.595,049	8.166,588

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	A U S G A B E N		Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		Bezeichnung	Anm.	pers.	sachl.				
1/79		Österreichische Bundesbahnen:							
1/791		Personalausgaben - Aktivitätsaufwand:							
1/79100	33	Aktivitätsaufwand .....							23.619,504
1/792		Personalausgaben - Pensionsaufwand:							
1/79210	33	Gesamt-Pensionsaufwand .....							18.737,192
1/79220	33	Ab: Ersatz vom Kapitel Pensionen (Hoheitsverwaltung) .....							-14.125,000
		Summe 792...							4.612,192
		Summe 791 und 792...							28.231,696
1/793		Sachausgaben:							
1/7931		Allgemeine Sachausgaben:							
1/79313	33	Anlagen .....							3.062,382
	41								3.062,382
1/79315	33	Förderungen (D) .....							109,758
	23								64,624
	33								45,134
1/79316	33	Förderungen .....							0,012
1/79317	33	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) ..							1.459,829
1/79318	33	Aufwendungen .....							8.154,309
		Summe 7931...							12.786,291
1/79323	33	Kapitalbeteiligungen .....							108,158
1/79333	33	Hochleistungsverkehr .....							365,424
1/79398	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung) .....							284,558
		Summe 793...							13.544,431
		Gesamtausgaben 79...							41.776,127

## Anlage I BUNDESVORANSCHLAG 1995

187

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	BEZEICHNUNG	ANM.	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
2/79		Österreichische Bundesbahnen:						
2/792		Allgemeine Betriebseinnahmen:						
2/79210	33	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....						1.311,097
2/79212	33	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....						118,310
2/79224	33	Erfolgswirksame Einnahmen .....						2.002,458
2/79238	33	Sonstige bestandswirksame Einnahmen .....						29,428
		Summe 792...						3.461,293
2/793		Übrige Einnahmen:						
2/7930		Verkehrseinnahmen:						
2/79304	33	Personenverkehrseinnahmen .....						6.817,607
2/79305	33	Güterverkehrseinnahmen .....						9.223,226
2/79306	33	Abgeltungen .....						7.960,400
		Summe 7930...						24.001,233
2/79319	23	Darlehensrückzahlungen und Vorschußsätze .....						57,703
	33							15,276
								42,426
2/7932		Kapitalbeteiligungen:						
2/79324	33	Erfolgswirksame Einnahmen .....						2,736
2/79327	33	Bestandswirksame Einnahmen .....						
		Summe 7932...						2,736
		Summe 793...						24.061,672
2/79604	33	Pensionsbeiträge .....						1.742,296
2/79700	33	Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen) .....						284,558
		Gesamteinnahmen 79...						29.549,819

Kapitel	SALDO		Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
1/79	Betriebsausgaben .....				41.776,127
2/79	Betriebseinnahmen .....				29.549,819
	Betriebsabgang...				12.226,307

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel  
(Beträge in Millionen Schilling)

Kapitel	A U S G A B E N Bezeichnung	Erfolgsw. Ausgaben		Bestands- wirksame Ausgaben	Bundesvor- anschlag 1995	Bundesvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
		pers.	sachl.				
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>						
0	Oberste Organe						
01	Präsidentschaftskanzlei .....	35,025	22,908	1,447	59,380	65,636	62,865
02	Bundesgesetzgebung .....	157,863	1.094,900	106,086	1.358,849	1.367,034	1.144,190
03	Verfassungsgerichtshof .....	26,530	33,596	1,814	61,940	60,565	57,305
04	Verwaltungsgerichtshof .....	106,565	11,609	2,265	120,439	116,837	112,930
05	Volksanwaltschaft .....	24,506	22,480	1,404	48,390	44,464	42,657
06	Rechnungshof .....	221,432	63,181	9,018	293,631	273,638	251,547
	Gruppe 0...	571,921	1.248,674	122,034	1.942,629	1.928,174	1.671,494
1	<b>Innenverwaltung</b>						
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen .....	1.021,152	3.037,304	149,807	4.208,263	4.715,500	4.481,023
11	Inneres .....	14.113,140	4.999,805	1.126,473	20.239,418	17.662,305	18.346,852
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten .....	25.320,180	40.205,622	683,059	66.208,861	62.394,686	59.624,779
13	Kunst .....		1.120,751	10,351	1.131,102	1.181,398	1.015,007
14	Wissenschaft und Forschung .....	11.750,776	15.979,996	2.029,766	29.760,538	31.510,786	28.913,729
15	Soziales .....	1.622,242	82.657,912	290,570	84.570,724	82.747,905	57.996,628
16	Sozialversicherung .....		60.468,262		60.468,262	54.134,602	67.695,682
17	Gesundheit und Konsumentenschutz .....	536,678	5.713,151	80,248	6.330,077	7.365,303	6.582,864
18	Umwelt .....	191,561	5.030,291	47,513	5.269,365	68.212,255	57.475,945
19	Jugend und Familie .....	57,827	58.384,645	812,414	59.254,886		
	Gruppe 1...	54.613,556	277.597,739	5.230,201	337.441,496	329.924,740	302.132,508
20	Äußeres .....	809,579	2.784,271	382,333	3.976,183	2.937,429	2.694,739
30	Justiz .....	5.388,690	3.911,404	157,662	9.457,756	8.750,605	7.920,429
40	Militärische Angelegenheiten .....	8.237,200	11.885,174	107,660	20.230,034	19.743,999	19.349,597
5	<b>Finanzen</b>						
50	Finanzverwaltung .....	8.529,169	4.823,078	327,421	13.679,668	12.906,860	11.627,027
51	Kassenverwaltung .....		1.901,649	2.875,168	4.776,817	6.556,828	9.966,661
52	Öffentliche Abgaben .....		141,107		141,107	123,056	206,573
53	Finanzausgleich .....		34.218,590		34.218,590	32.597,937	29.954,775
54	Bundesvermögen .....		7.454,580	12.687,440	20.142,020	22.598,683	23.081,837
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung) .....	29.427,507	29.991,850	1,278	59.420,635	55.024,015	48.867,695
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge .....		99.712,759		99.712,759	86.156,618	85.331,169
	Gruppe 5...	37.956,676	178.243,613	15.891,307	232.091,596	215.963,997	209.035,738
6	<b>Wirtschaft</b>						
60	Land- und Forstwirtschaft .....	1.749,469	29.170,953	118,053	31.038,475	19.056,671	17.806,732
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr .....	678,703	2.734,005	58,124	3.470,832	3.390,627	3.280,704
64	Bauten und Technik .....	1.786,811	16.616,022	8.248,493	26.651,326	28.155,954	26.489,919
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr .....	341,319	23.046,125	3.516,838	26.904,282	24.148,297	13.403,655
	Gruppe 6...	4.556,302	71.567,105	11.941,508	88.064,915	74.751,549	60.981,010
	Gruppe 0 bis 6...	112.133,924	547.237,980	33.832,705	693.204,609	654.000,493	603.785,515
7	<b>Bundesbetriebe</b>						
71	Bundestheater .....	2.363,128	440,326	230,238	3.033,692	3.028,475	2.911,058
75	Alkohol (Monopol) .....	11,715	242,378	0,161	254,254	333,692	348,583
77	Österreichische Bundesforste .....	1.215,773	493,279	193,078	1.902,130	1.842,974	1.892,362
78	Post- und Telegraphenverwaltung .....	32.647,905	7.971,627	12.991,975	53.611,507	50.105,729	48.971,957
79	Österreichische Bundesbahnen .....						41.776,127
	Gruppe 7...	36.238,521	9.147,610	13.415,452	58.801,583	55.310,870	95.900,088
	Summe Allgemeiner Haushalt...	148.372,445	556.385,590	47.248,157	752.006,192	709.311,363	699.685,602
	<b>Ausgleichshaushalt</b>						
51	Kassenverwaltung .....			75.000,000	75.000,000	75.000,000	79.625,586
54	Bundesvermögen .....		4.345,593		4.345,593	1.251,841	1.455,115
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge .....			134.848,634	134.848,634	81.815,146	75.361,073
	Summe Ausgleichshaushalt...		4.345,593	209.848,634	214.194,227	158.066,987	156.441,774
	<b>Gesamtausgaben...</b>	148.372,445	560.731,183	257.096,791	966.200,419	867.378,350	856.127,376

## Anlage I BUNDES VORAN S C H L A G 1 9 9 5

189

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel  
(Beträge in Millionen Schilling)

Kapitel	Bezeichnung	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Bundесvor- anschlag 1995	Bundесvor- anschlag 1994	Erfolg 1993
	<b>E I N N A H M E N</b>					
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>					
0	Oberste Organe					
01	Präsidentschaftskanzlei .....	0, 922	0, 269	1, 191	0, 930	0, 930
02	Bundесgesetzgebung .....	55, 298	0, 656	55, 954	29, 502	30, 698
03	Verfassungsgerichtshof .....	0, 734	0, 151	0, 885	0, 870	0, 670
04	Verwaltungsgerichtshof .....	4, 036	0, 248	4, 284	4, 284	5, 230
05	Volksanwaltschaft .....	1, 707	0, 103	1, 810	1, 050	1, 037
06	Rechnungshof .....	0, 878	0, 663	1, 541	1, 541	1, 955
	Gruppe 0...	63, 575	2, 090	65, 665	38, 177	40, 521
1	Innenverwaltung					
10	Bundесkanzleramt mit Dienststellen .....	660, 781	4, 010	664, 791	798, 303	657, 569
11	Inneres .....	761, 422	54, 451	815, 873	615, 081	675, 090
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten .....	642, 707	45, 401	688, 108	585, 912	568, 618
13	Kunst .....	0, 208	0, 052	0, 260	4, 071	3, 554
14	Wissenschaft und Forschung .....	1. 600, 394	28, 671	1. 629, 065	1. 763, 081	1. 504, 070
15	Soziales .....	57. 075, 930	88, 429	57. 164, 359	54. 503, 217	38. 464, 740
16	Sozialversicherung .....	143, 004	.....	143, 004	160, 004	2. 548, 376
17	Gesundheit und Konsumentenschutz .....	2. 107, 042	2, 322	2. 109, 364	2. 154, 130	2. 005, 444
18	Umwelt .....	2. 236, 393	0, 603	2. 236, 996	58. 614, 768	53. 681, 671
19	Jugend und Familie .....	55. 808, 497	381, 913	56. 190, 410	.....	.....
	Gruppe 1...	121. 036, 378	605, 852	121. 642, 230	119. 198, 567	100. 109, 132
20	Äußeres .....	102, 699	30, 742	133, 441	86, 386	91, 519
30	Justiz .....	6. 018, 165	13, 805	6. 031, 970	5. 485, 548	5. 035, 806
40	Militärische Angelegenheiten .....	527, 717	28, 157	555, 874	479, 754	468, 579
5	Finanzen					
50	Finanzverwaltung .....	1. 968, 366	139, 219	2. 107, 585	1. 218, 841	1. 298, 310
51	Kassenverwaltung .....	15. 770, 014	19. 732, 987	35. 503, 001	11. 411, 591	13. 928, 682
52	Öffentliche Abgaben .....	340. 905, 277	.....	340. 905, 277	361. 426, 800	339. 107, 028
53	Finanzausgleich .....	4. 560, 436	.....	4. 560, 436	4. 465, 226	4. 389, 473
54	Bundесvermögen .....	12. 254, 652	20. 272, 738	32. 527, 390	28. 646, 527	20. 910, 097
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung) .....	12. 133, 380	0, 134	12. 133, 514	10. 533, 523	5. 716, 697
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge .....	13. 081, 969	.....	13. 081, 969	8. 118, 219	9. 483, 105
	Gruppe 5...	400. 674, 094	40. 145, 078	440. 819, 172	425. 820, 727	394. 833, 392
6	Wirtschaft					
60	Land- und Forstwirtschaft .....	2. 833, 951	13, 235	2. 847, 186	3. 037, 393	2. 957, 114
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr .....	803, 427	29, 922	833, 349	711, 555	676, 210
64	Bauten und Technik .....	5. 721, 745	87, 653	5. 809, 398	5. 598, 016	5. 253, 624
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr .....	3. 893, 392	8, 933	3. 902, 325	3. 910, 593	1. 749, 909
	Gruppe 6...	13. 252, 515	139, 743	13. 392, 258	13. 257, 557	10. 636, 856
	Gruppe 0 bis 6...	541. 675, 143	40. 965, 467	582. 640, 610	564. 366, 716	511. 215, 806
7	Bundесbetriebe					
71	Bundестheater .....	616, 789	2, 100	618, 889	584, 458	617, 637
75	Alkohol (Monopol) .....	347, 746	0, 583	348, 329	1. 142, 429	1. 150, 046
77	Österreichische Bundesforste .....	1. 978, 023	104, 247	2. 082, 270	1. 816, 238	1. 773, 409
78	Post- und Telegraphenverwaltung .....	64. 022, 201	85, 607	64. 107, 808	60. 700, 778	57. 138, 545
79	Österreichische Bundesbahnen .....	.....	.....	.....	.....	29. 549, 819
	Gruppe 7...	66. 964, 759	192, 537	67. 157, 296	64. 243, 903	90. 229, 457
	Summe Allgemeiner Haushalt...	608. 639, 902	41. 158, 004	649. 797, 906	628. 610, 619	601. 445, 263
	<b>Ausgleichshaushalt</b>					
51	Kassenverwaltung .....	.....	75. 000, 000	75. 000, 000	75. 000, 000	78. 929, 064
54	Bundесvermögen .....	.....	.....	.....	.....	.....
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge .....	.....	241. 402, 513	241. 402, 513	163. 767, 731	175. 753, 050
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	316. 402, 513	316. 402, 513	238. 767, 731	254. 682, 113
	<b>Gesamteinnahmen...</b>	608. 639, 902	357. 560, 517	966. 200, 419	867. 378, 350	856. 127, 376

Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen  
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.		sachliche Ausgaben		Ausgaben-Summe	Erfolgs-wirksame Einnahmen	Bestands-wirksame Einnahmen	Einnahmen-Summe	Abgang (-) Überschuß (+)
		Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe						
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>									
01	Präsidentschaftskanzlei .....	35,025	22,908	1,447	24,355	59,380	0,922	0,269	1,191	- 58,189
02	Bundesgesetzgebung .....	157,863	1.094,900	106,086	1.200,986	1.358,849	55,298	0,656	55,954	- 1.302,895
03	Verfassungsgerichtshof .....	26,530	33,596	1,814	35,410	61,940	0,734	0,151	0,885	- 61,055
04	Verwaltungsgerichtshof .....	106,565	11,609	2,265	13,874	120,439	4,036	0,248	4,284	- 116,155
05	Volksanwaltschaft .....	24,506	22,480	1,404	23,884	48,390	1,707	0,103	1,810	- 46,580
06	Rechnungshof .....	221,432	63,181	9,018	72,199	293,631	0,878	0,663	1,541	- 292,090
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.021,152	3.037,304	149,807	3.187,111	4.208,263	660,781	4,010	664,791	- 3.543,472
11	Inneres .....	14.113,140	4.999,805	1.126,473	6.126,278	20.239,418	761,422	54,451	815,873	-19.423,545
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	25.320,180	40.205,622	683,059	40.888,681	66.208,861	642,707	45,401	688,108	-65.520,753
13	Kunst .....		1.120,751	10,351	1.131,102	1.131,102	0,208	0,052	0,260	- 1.130,842
14	Wissenschaft und Forschung .....	11.750,776	15.979,996	2.029,766	18.009,762	29.760,538	1.600,394	28,671	1.629,065	-28.131,473
15	Soziales .....	1.622,242	82.657,912	290,570	82.948,482	84.570,724	57.075,930	88,429	57.164,359	-27.406,365
16	Sozialversicherung .....		60.468,262		60.468,262	60.468,262	143,004		143,004	-60.325,258
17	Gesundheit und Konsumentenschutz ..	536,678	5.713,151	80,248	5.793,399	6.330,077	2.107,042	2,322	2.109,364	- 4.220,713
18	Umwelt .....	191,561	5.030,291	47,513	5.077,804	5.269,365	2.236,393	0,603	2.236,996	- 3.032,369
19	Jugend und Familie .....	57,827	58.384,645	812,414	59.197,059	59.254,886	55.808,497	381,913	56.190,410	- 3.064,476
20	Äußeres .....	809,579	2.784,271	382,333	3.166,604	3.976,183	102,699	30,742	133,441	- 3.842,742
30	Justiz .....	5.388,690	3.911,404	157,662	4.069,066	9.457,756	6.018,165	13,805	6.031,970	- 3.425,786
40	Militärische Angelegenheiten .....	8.237,200	11.885,174	107,660	11.992,834	20.230,034	527,717	28,157	555,874	-19.674,160
50	Finanzverwaltung .....	8.529,169	4.823,078	327,421	5.150,499	13.679,668	1.968,366	139,219	2.107,585	-11.572,083
51	Kassenverwaltung .....		1.901,649	2.875,168	4.776,817	4.776,817	15.770,014	19.732,987	35.503,001	+30.726,184
52	Öffentliche Abgaben .....		141,107		141,107	141,107	340.905,277		340.905,277	+340764,170
53	Finanzausgleich .....		34.218,590		34.218,590	34.218,590	4.560,436		4.560,436	-29.658,154
54	Bundesvermögen .....		7.454,580	12.687,440	20.142,020	20.142,020	12.254,652	20.272,738	32.527,390	+12.385,370
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung) .....	29.427,507	29.991,850	1,278	29.993,128	59.420,635	12.133,380	0,134	12.133,514	-47.287,121
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge		99.712,759		99.712,759	99.712,759	13.081,969		13.081,969	-86.630,790
60	Land- und Forstwirtschaft .....	1.749,469	29.170,953	118,053	29.289,006	31.038,475	2.833,951	13,235	2.847,186	-28.191,289
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	678,703	2.734,005	58,124	2.792,129	3.470,832	803,427	29,922	833,349	- 2.637,483
64	Bauten und Technik .....	1.786,811	16.616,022	8.248,493	24.864,515	26.651,326	5.721,745	87,653	5.809,398	-20.841,928
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	341,319	23.046,125	3.516,838	26.562,963	26.904,282	3.893,392	8,933	3.902,325	-23.001,957
71	Bundestheater .....	2.363,128	440,326	230,238	670,564	3.033,692	616,789	2,100	618,889	- 2.414,803
75	Alkohol (Monopol) .....	11,715	242,378	0,161	242,539	254,254	347,746	0,583	348,329	+ 94,075
77	Österreichische Bundesforste .....	1.215,773	493,279	193,078	686,357	1.902,130	1.978,023	104,247	2.082,270	+ 180,140
78	Post- und Telegraphenverwaltung ...	32.647,905	7.971,627	12.991,975	20.963,602	53.611,507	64.022,201	85,607	64.107,808	+10.496,301
	<b>Summe Allgemeiner Haushalt...</b>	<b>148.372,445</b>	<b>556.385,590</b>	<b>47.248,157</b>	<b>603.633,747</b>	<b>752.006,192</b>	<b>608.639,902</b>	<b>41.158,004</b>	<b>649.797,906</b>	<b>-102208,286</b>
	<b>Ausgleichshaushalt</b>									
51	Kassenverwaltung .....			75.000,000	75.000,000	75.000,000		75.000,000	75.000,000	
54	Bundesvermögen .....		4.345,593		4.345,593	4.345,593				- 4.345,593
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge			134.848,634	134.848,634	134.848,634		241.402,513	241.402,513	+106553,879
	<b>Summe Ausgleichshaushalt...</b>		<b>4.345,593</b>	<b>209.848,634</b>	<b>214.194,227</b>	<b>214.194,227</b>		<b>316.402,513</b>	<b>316.402,513</b>	<b>+102208,286</b>
	<b>Summe Gesamthaushalt...</b>	<b>148.372,445</b>	<b>560.731,183</b>	<b>257.096,791</b>	<b>817.827,974</b>	<b>966.200,419</b>	<b>608.639,902</b>	<b>357.560,517</b>	<b>966.200,419</b>	
	davon:									
	Aktivitätsaufwand .....	107.181,063								
	Pensionsaufwand .....	41.191,382								



Anlage I.a Kapitelweise Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen, Unterschied zum BVA 1994  
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Ausgaben-Einnahmen Bezeichnung	pers.		sachliche Ausgaben			Ausgaben- Summe	Erfolgs- wirksame Einnahmen	Bestands- wirksame Einnahmen	Einnahmen- Summe	günstiger (+) ungünst. (-)								
				Erfolgswirksame Ausgaben	Bestandsw. Ausgaben	Summe													
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>																		
01	Präsidentschaftskanzlei .....	+	2, 676	-	3, 379	-	5, 553	-	8, 932	-	6, 256	+	0, 192	+	0, 069	+	0, 261	+	6, 517
02	Bundesgesetzgebung .....	-	8, 930	+	56, 191	-	55, 446	+	0, 745	-	8, 185	+	26, 452	.....	+	26, 452	+	34, 637	
03	Verfassungsgerichtshof .....	+	1, 186	+	0, 396	-	0, 207	+	0, 189	+	1, 375	+	0, 015	.....	+	0, 015	-	1, 360	
04	Verwaltungsgerichtshof .....	+	1, 191	+	2, 671	-	0, 260	+	2, 411	+	3, 602	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	3, 602
05	Volksanwaltschaft .....	+	0, 379	+	3, 706	-	0, 159	+	3, 547	+	3, 926	+	0, 784	-	0, 024	+	0, 760	-	3, 166
06	Rechnungshof .....	+	12, 422	+	7, 921	-	0, 350	+	7, 571	+	19, 993	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	19, 993
10	Bundeskazleramt mit Dienststellen	+	119, 507	-	685, 274	+	58, 530	-	626, 744	-	507, 237	-	111, 389	-	22, 123	-	133, 512	+	373, 725
11	Inneres .....	+	1.289, 097	+	1.108, 973	+	179, 043	+	1.288, 016	+	2.577, 113	+	200, 968	-	0, 176	+	200, 792	-	2.376, 321
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	+	1.908, 106	+	1.905, 610	+	0, 459	+	1.906, 069	+	3.814, 175	+	102, 040	+	0, 156	+	102, 196	-	3.711, 979
13	Kunst .....	-	9, 298	-	39, 532	-	1, 466	-	40, 998	-	50, 296	-	3, 809	-	0, 002	-	3, 811	+	46, 485
14	Wissenschaft und Forschung .....	+	553, 357	-	2.062, 257	-	241, 348	-	2.303, 605	-	1.750, 248	-	133, 938	-	0, 078	-	134, 016	+	1.616, 232
15	Soziales .....	+	212, 397	+	1.617, 464	-	7, 042	+	1.610, 422	+	1.822, 819	+	2.641, 189	+	19, 953	+	2.661, 142	+	838, 323
16	Sozialversicherung .....	+	6.333, 660	.....	.....	.....	6.333, 660	.....	6.333, 660	.....	17, 000	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	17, 000
17	Gesundheit und Konsumentenschutz ..	-	87, 552	-	834, 386	-	113, 288	-	947, 674	-	1.035, 226	-	44, 297	-	0, 469	-	44, 766	+	990, 460
18	Umwelt .....	-	26, 120	-	62.214, 887	-	701, 883	-	62.916, 770	-	62.942, 890	-	56.021, 023	-	356, 749	-	56.377, 772	+	6.565, 118
19	Jugend und Familie .....	+	57, 827	+	58.384, 645	+	812, 414	+	59.197, 059	+	59.254, 886	+	55.808, 497	+	381, 913	+	56.190, 410	-	3.064, 476
20	Äußeres .....	+	98, 425	+	891, 328	+	49, 001	+	940, 329	+	1.038, 754	+	19, 459	+	27, 596	+	47, 055	-	991, 699
30	Justiz .....	+	326, 208	+	355, 815	+	25, 128	+	380, 943	+	707, 151	+	547, 952	-	1, 530	+	546, 422	-	160, 729
40	Militärische Angelegenheiten .....	+	423, 476	+	67, 123	-	4, 564	+	62, 559	+	486, 035	+	75, 100	+	1, 020	+	76, 120	-	409, 915
50	Finanzverwaltung .....	+	130, 710	+	574, 487	+	67, 611	+	642, 098	+	772, 808	+	859, 700	+	29, 044	+	888, 744	+	115, 936
51	Kassenverwaltung .....	-	1.050, 000	-	1.038, 061	+	308, 050	-	730, 011	-	1.780, 011	+	13.719, 601	+	10.371, 809	+	24.091, 410	+	25.871, 421
52	Öffentliche Abgaben .....	.....	.....	.....	18, 051	.....	18, 051	.....	18, 051	.....	20.521, 523	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	20.521, 523
53	Finanzausgleich .....	.....	.....	.....	1.620, 653	.....	1.620, 653	.....	1.620, 653	.....	95, 210	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	95, 210
54	Bundesvermögen .....	.....	.....	.....	3.986, 660	.....	1.529, 997	.....	2.456, 663	.....	2.456, 663	-	1.133, 318	+	5.014, 181	+	3.880, 863	+	6.337, 526
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung) .....	-	16.940, 915	+	21.337, 535	.....	21.337, 535	.....	4.396, 620	+	1.599, 987	+	0, 004	+	1.599, 991	-	2.796, 629	.....	2.796, 629
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	.....	.....	13.556, 141	.....	13.556, 141	.....	13.556, 141	.....	4.963, 750	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	4.963, 750
60	Land- und Forstwirtschaft .....	+	105, 121	+	11.885, 061	-	8, 378	+	11.876, 683	+	11.981, 804	-	192, 597	+	2, 390	-	190, 207	-	12.172, 011
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	+	41, 905	+	39, 093	-	0, 793	+	38, 300	+	80, 205	+	126, 993	-	5, 199	+	121, 794	+	41, 589
64	Bauten und Technik .....	+	24, 775	-	852, 538	-	676, 865	-	1.529, 403	-	1.504, 628	+	211, 382	.....	.....	.....	.....	.....	1.716, 010
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	+	29, 341	-	700, 853	+	3.427, 497	+	2.726, 644	+	2.755, 985	-	9, 166	+	0, 898	-	8, 268	-	2.764, 253
71	Bundestheater .....	+	27, 494	+	13, 402	-	35, 679	-	22, 277	+	5, 217	+	34, 431	.....	.....	.....	.....	.....	29, 214
75	Alkohol (Monopol) .....	-	0, 607	-	78, 820	-	0, 011	-	78, 831	-	79, 438	-	794, 595	.....	0, 495	-	794, 100	-	714, 662
77	Österreichische Bundesforste .....	+	39, 923	+	56, 099	-	36, 866	+	19, 233	+	59, 156	+	212, 779	+	53, 253	+	266, 032	+	206, 876
78	Post- und Telegraphenverwaltung ...	+	1.425, 124	+	213, 455	+	1.867, 199	+	2.080, 654	+	3.505, 778	+	3.417, 980	-	10, 950	+	3.407, 030	-	98, 748
	Summe Allgemeiner Haushalt...	-	11.292, 775	+	47.552, 833	+	6.434, 771	+	53.987, 604	+	42.694, 829	+	5.681, 806	+	15.505, 481	+	21.187, 287	-	21.507, 542
	<b>Ausgleichshaushalt</b>																		
51	Kassenverwaltung .....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
54	Bundesvermögen .....	.....	.....	.....	3.093, 752	.....	3.093, 752	.....	3.093, 752	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	- 3.093, 752
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge	.....	.....	.....	.....	.....	53.033, 488	.....	53.033, 488	.....	53.033, 488	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	24.601, 294
	Summe Ausgleichshaushalt...	.....	.....	.....	3.093, 752	.....	53.033, 488	.....	56.127, 240	.....	56.127, 240	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	21.507, 542
	Summe Gesanthaushalt...	-	11.292, 775	+	50.646, 585	+	59.468, 259	.....	110.114, 844	+	98.822, 069	+	5.681, 806	.....	93.140, 263	.....	98.822, 069	.....	.....
	davon:																		
	Aktivitätsaufwand .....	+	4.830, 949	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Pensionsaufwand .....	-	16.123, 724	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarunggruppen  
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen		Aufwendungen			Sachausgaben Summe	
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. /E		Erm. Ausg. /B
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>									
01	Präsidentschaftskanzlei .....		1,247		0,200		6,455	16,453	24,355	
02	Bundesgesetzgebung .....		105,494	157,596	0,592	0,673	697,423	239,208	1.200,986	
03	Verfassungsgerichtshof .....		1,614		0,200		25,347	8,249	35,410	
04	Verwaltungsgerichtshof .....		1,974		0,291		1,525	10,084	13,874	
05	Volksanwaltschaft .....		1,204		0,200		16,095	6,385	23,884	
06	Rechnungshof .....		8,393		0,625		10,712	52,469	72,199	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen .....		145,141	765,681	4,666	656,986	306,026	1.308,611	3.187,111	
11	Inneres .....		1.093,521		32,950	412,195	819,963	3.767,647	0,002	6.126,278
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten .....		631,172		51,887	648,901	35.619,084	3.937,637		40.888,681
13	Kunst .....		10,300		0,051	1.006,158		114,593		1.131,102
14	Wissenschaft und Forschung .....		2.004,768	0,002	24,998	2.080,477	3.317,623	10.581,894		18.009,762
15	Soziales .....		48,470	15,150	233,600	5.576,423	74.151,462	2.914,877	8,500	82.948,482
16	Sozialversicherung .....						60.468,262			60.468,262
17	Gesundheit und Konsumentenschutz .....		77,351	0,006	2,897	157,936	4.998,638	556,571		5.793,399
18	Umwelt .....		46,278		1,235	4.461,253	10,778	558,260		5.077,804
19	Jugend und Familie .....		5,894		2,665	228,190	58.057,112	99,343	803,855	59.197,059
20	Äußeres .....		380,223		2,110	935,485	537,726	1.311,060		3.166,604
30	Justiz .....		143,010		14,562	193,205	1.018,562	2.699,637	0,090	4.069,066
40	Militärische Angelegenheiten .....		75,886		31,774	1,624	3.652,654	8.230,896		11.992,834
50	Finanzverwaltung .....		296,119	23,001	31,302	710,363	1.049,750	3.039,964		5.150,499
51	Kassenverwaltung .....		2.825,001			24,000	195,400	1.682,249	50,167	4.776,817
52	Öffentliche Abgaben .....							141,107		141,107
53	Finanzausgleich .....						29.555,389	4.663,201		34.218,590
54	Bundesvermögen .....	3.239,931	174,300		45,706	484,612	142,497	6.827,471	9.227,503	20.142,020
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung) .....				1,278		29.991,850			29.993,128
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge .....						383,117	99.329,642		99.712,759
60	Land- und Forstwirtschaft .....		113,405	5.063,299	4,648	21.404,108	559,043	2.144,503		29.289,006
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv. .....	0,001	38,517	319,720	19,606	1.658,609	189,956	565,720		2.792,129
64	Bauten und Technik .....	0,001	8.247,581		0,911	531,598	3.163,734	12.920,690		24.864,515
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr .....		52,103	1.500,000	3.464,735	758,997	404,192	20.382,936		26.562,963
71	Bundestheater .....		228,289		1,949	0,002	54,684	385,640		670,564
75	Alkohol (Monopol) .....		0,061		0,100		0,174	242,204		242,539
77	Österreichische Bundesforste .....		185,153		7,925	0,350	108,800	384,129		686,357
78	Post- und Telegraphenverwaltung .....		12.925,675	6,550	66,300	9,441	1.052,954	6.902,682		20.963,602
	<b>Summe Allgemeiner Haushalt...</b>	<b>3.239,933</b>	<b>29.868,144</b>	<b>7.851,005</b>	<b>4.049,963</b>	<b>41.941,586</b>	<b>310.566,987</b>	<b>196.026,012</b>	<b>10.090,117</b>	<b>603.633,747</b>
	<b>Ausgleichshaushalt</b>									
51	Kassenverwaltung .....								75.000,000	75.000,000
54	Bundesvermögen .....						4.345,593			4.345,593
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge .....								134.848,634	134.848,634
	<b>Summe Ausgleichshaushalt...</b>						<b>4.345,593</b>		<b>209.848,634</b>	<b>214.194,227</b>
	<b>Summe Gesamthaushalt...</b>	<b>3.239,933</b>	<b>29.868,144</b>	<b>7.851,005</b>	<b>4.049,963</b>	<b>41.941,586</b>	<b>314.912,580</b>	<b>196.026,012</b>	<b>219.938,751</b>	<b>817.827,974</b>

## BUNDESVORANSCHLAG 1995

193

Anlage I.b Kapitelweise Aufgliederung der Sachausgaben nach Gebarunggruppen, Unterschied zum BVA 1994  
(Beträge in Millionen Schilling)

Kap.	Sachausgaben Bezeichnung	Anlagen		Förderungen			Aufwendungen			Sachausgaben Summe
		Ges. Verpfl.	Erm. Ausg.	Ges. Verpfl.	Darlehen	Zuschuß	Ges. Verpfl.	Erm. Ausg. / E	Erm. Ausg. / B	
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>									
01	Präsidentschaftskanzlei	-	5,553				+ 0,661	- 4,040		- 8,932
02	Bundesgesetzgebung	-	55,446	+ 21,558		- 0,228	- 13,312	+ 48,173		+ 0,745
03	Verfassungsgerichtshof	-	0,207				+ 1,131	- 0,735		+ 0,189
04	Verwaltungsgerichtshof	-	0,260				+ 1,511	+ 1,160		+ 2,411
05	Volksanwaltschaft	-	0,159				+ 3,566	+ 0,140		+ 3,547
06	Rechnungshof	-	0,350				+ 1,610	+ 6,311		+ 7,571
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	+ 57,287	+ 295,802	+ 1,243	- 843,983	+ 30,143	- 167,236			- 626,744
11	Inneres	+ 176,516		+ 2,527	+ 383,486	+ 490,198	+ 235,289			+ 1.288,016
12	Unterricht u. kult. Angelegenheiten	- 1,428		+ 1,887	+ 151,401	+ 2.144,442	- 390,233			+ 1.906,069
13	Kunst	- 1,466			- 36,311		- 3,221			- 40,998
14	Wissenschaft und Forschung	- 239,461		- 1,887	- 907,178	- 66,214	- 1.088,865			- 2.303,605
15	Soziales	- 173,342	- 16,451	+ 165,000	+ 619,407	+ 544,072	+ 470,436	+ 1,300		+ 1.610,422
16	Sozialversicherung					+ 6.333,660				+ 6.333,660
17	Gesundheit und Konsumentenschutz	- 111,173	- 400,000	- 2,115	- 159,354	- 94,241	- 180,791			- 947,674
18	Umwelt	- 12,273		- 2,665	- 264,788	- 61.989,996	+ 39,897	- 686,945		- 62.916,770
19	Jugend und Familie	+ 5,894		+ 2,665	+ 228,190	+ 58.057,112	+ 99,343	+ 803,855		+ 59.197,059
20	Äußeres	+ 49,001			+ 648,762	+ 74,617	+ 167,949			+ 940,329
30	Justiz	+ 25,128				+ 11,198	+ 177,297	+ 167,320		+ 380,943
40	Militärische Angelegenheiten	- 5,564		+ 1,000	+ 0,024	+ 371,940	- 304,841			+ 62,559
50	Finanzverwaltung	+ 67,611	- 37,000		- 120,196	+ 119,364	+ 612,319			+ 642,098
51	Kassenverwaltung	+ 325,000				- 1.531,602	+ 493,541	- 16,950		- 730,011
52	Öffentliche Abgaben						+ 18,051			+ 18,051
53	Finanzausgleich					+ 1.422,683	+ 197,970			+ 1.620,653
54	Bundesvermögen	+ 2.330,599	- 669,512	- 10,568	- 29,514	- 3.424,141	- 533,005	- 120,522		- 2.456,663
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung)					+ 21.337,535				+ 21.337,535
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge					- 18,125	+ 13.574,266			+ 13.556,141
60	Land- und Forstwirtschaft	- 8,378	+ 4.754,504		+ 6.391,920	+ 57,977	+ 680,660			+ 11.876,683
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenv.	+ 1,306	- 31,889	- 2,099	+ 8,223	- 1,436	+ 64,195			+ 38,300
64	Bauten und Technik	- 675,920		- 0,945	- 3,516	+ 291,876	- 1.140,898			- 1.529,403
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	- 11,112		+ 3.438,609	- 279,230	- 22,375	- 399,248			+ 2.726,644
71	Bundestheater	- 35,511		- 0,168		+ 47,031	- 33,629			- 22,277
75	Alkohol (Monopol)	- 0,011				- 0,024	- 78,796			- 78,831
77	Österreichische Bundesforste	- 36,864		- 0,002	- 0,050	+ 36,890	+ 19,259			+ 19,233
78	Post- und Telegraphenverwaltung	+ 1.867,205	+ 2,650	- 0,006	- 0,845	+ 81,073	+ 130,577			+ 2.080,654
	Summe Allgemeiner Haushalt...	+ 2.330,599	+ 530,958	+ 4.589,174	+ 3.592,476	+ 5.797,418	+ 24.464,923	+ 12.701,318	- 19,262	+ 53.987,604
	<b>Ausgleichshaushalt</b>									
51	Kassenverwaltung									
54	Bundesvermögen					+ 3.093,752				+ 3.093,752
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge							+ 53.033,488		+ 53.033,488
	Summe Ausgleichshaushalt...					+ 3.093,752		+ 53.033,488		+ 56.127,240
	Summe Gesamthaushalt...	+ 2.330,599	+ 530,958	+ 4.589,174	+ 3.592,476	+ 5.797,418	+ 27.558,675	+ 12.701,318	+ 53.014,226	+ 110.114,844

**Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen  
(Beträge in Millionen Schilling)**

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche								
		11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb	32 St	33 Vk
	<b>A u s g a b e n</b>									
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>									
0	<b>Personalausgaben</b>									
	A/G-P (E).....	24. 841, 998	11. 191, 766	4. 062, 914	.....	518, 995	1. 249, 916	.....	.....	32. 784, 871
	<b>Sachausgaben</b>									
2	An/G (B).....								0, 001	
3	An (B).....	1. 099, 394	2. 428, 119	1. 035, 301	.....	92, 796	21, 542	1, 248	3. 825, 320	13. 116, 434
4	F/G (E).....	420, 050	0, 002	.....	.....	0, 006	15, 150	.....	.....	1. 506, 500
5	F-D (B).....	1, 020	0, 510	1, 500	.....	.....	229, 815	131, 342	0, 001	49, 203
6	F (E).....	702, 186	2. 121, 979	1. 218, 981	.....	546, 010	6. 178, 809	37, 440	19, 000	1. 352, 428
7	A/G-S (E).....	35. 528, 569	2. 566, 115	720, 794	550, 777	5. 671, 748	193. 982, 574	24. 538, 241	2. 896, 640	23. 852, 604
8	A (E).....	4. 083, 331	10. 442, 953	1. 574, 213	.....	813, 256	3. 019, 506	49, 591	8. 926, 390	27. 720, 898
9	A-B (B).....	.....	.....	.....	.....	.....	812, 391	.....	0, 001	0, 002
	Summe Sachausgaben...	41. 834, 550	17. 559, 678	4. 550, 789	550, 777	7. 123, 816	204. 259, 787	24. 757, 862	15. 667, 353	67. 598, 069
	Summe Allgem. Haush...	66. 676, 548	28. 751, 444	8. 613, 703	550, 777	7. 642, 811	205. 509, 703	24. 757, 862	15. 667, 353	100. 382, 940
	<b>Ausgleichshaushalt</b>									
7	A/G-S (Au).....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
9	A-B (Au).....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Ausgaben...	66. 676, 548	28. 751, 444	8. 613, 703	550, 777	7. 642, 811	205. 509, 703	24. 757, 862	15. 667, 353	100. 382, 940
	<b>E i n n a h m e n</b>									
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>									
0, 1	ZE.....	0, 987	931, 436	183, 857	.....	829, 002	111. 926, 030	.....	4. 382, 812	14. 211, 654
4-6	E.....	658, 813	516, 629	939, 615	.....	1. 446, 555	1. 078, 245	126, 151	101, 972	59. 604, 299
	Summe Einnahmen(E)...	659, 800	1. 448, 065	1. 123, 472	.....	2. 275, 557	113. 004, 275	126, 151	4. 484, 784	73. 815, 953
2, 3	ZB.....	.....	0, 005	0, 056	.....	.....	463, 140	.....	74, 800	4, 801
7-9	B.....	1, 580	6, 006	4, 949	.....	0, 550	1, 075	136, 555	12, 928	1. 942, 643
	Summe Einnahmen(B)...	1, 580	6, 011	5, 005	.....	0, 550	464, 215	136, 555	87, 728	1. 947, 444
	Summe Allgem. Haush...	661, 380	1. 454, 076	1. 128, 477	.....	2. 276, 107	113. 468, 490	262, 706	4. 572, 512	75. 763, 397
	<b>Ausgleichshaushalt</b>									
9	Eu.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe Einnahmen...	661, 380	1. 454, 076	1. 128, 477	.....	2. 276, 107	113. 468, 490	262, 706	4. 572, 512	75. 763, 397

## BUNDESVORANSCHLAG 1995

195

Anlage I.c Summarische Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Gebarunggruppen und Aufgabenbereichen  
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarunggruppen	Aufgabenbereiche							Summe	
		34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR		43 Hv
	<b>A u s g a b e n</b>									
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>									
0	<b>Personalausgaben</b>									
	A/G-P (E).....	1.640,490		135,309	1.056,952	694,312	8.173,416	18.649,451	43.372,055	148.372,445
	<b>Sachausgaben</b>									
2	An/G (B).....			0,002		3.239,930				3.239,933
3	An (B).....	417,996	0,002	5,750	53,732	0,949	99,699	1.020,673	6.649,189	29.868,144
4	F/G (E).....	5.063,299		287,488		55,233			503,277	7.851,005
5	F-D (B).....	4,025	0,002	3.474,245		0,099	22,616	0,411	135,174	4.049,963
6	F (E).....	21.595,718	220,626	2.055,365	4.275,419	638,711	14,970		963,944	41.941,586
7	A/G-S (E).....	478,541		33,680	277,219	0,176	2.897,420	984,262	15.587,627	310.566,987
8	A (E).....	1.964,133		4.235,658	546,883	1.446,030	9.214,376	5.268,499	116.720,295	196.026,012
9	A-B (B).....	0,360	0,002	9.227,102				0,090	50,169	10.090,117
	Summe Sachausgaben...	29.524,072	220,632	19.319,290	5.153,253	5.381,128	12.249,081	7.273,935	140.609,675	603.633,747
	Summe Allgem. Haush...	31.164,562	220,632	19.454,599	6.210,205	6.075,440	20.422,497	25.923,386	183.981,730	752.006,192
	<b>Ausgleichshaushalt</b>									
7	A/G-S (Au).....			4.345,593						4.345,593
9	A-B (Au).....								209.848,634	209.848,634
	Summe Ausgaben...	31.164,562	220,632	23.800,192	6.210,205	6.075,440	20.422,497	25.923,386	393.830,364	966.200,419
	<b>E i n n a h m e n</b>									
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>									
0,1	ZE.....	1.944,601		3.930,846	259,147	676,772	173,700	72,300	5.788,765	145.311,909
4-6	E.....	2.615,026	272,286	965,051	471,070	6.933,735	379,408	6.473,567	380.745,571	463.327,993
	Summe Einnahmen(E)...	4.559,627	272,286	4.895,897	730,217	7.610,507	553,108	6.545,867	386.534,336	608.639,902
2,3	ZB.....	89,297		6.905,060		0,001			20,008	7.557,168
7-9	B.....	15,442	3.801,774	22,753	0,214	7.500,590	21,008	18,742	20.114,027	33.600,836
	Summe Einnahmen(B)...	104,739	3.801,774	6.927,813	0,214	7.500,591	21,008	18,742	20.134,035	41.158,004
	Summe Allgem. Haush...	4.664,366	4.074,060	11.823,710	730,431	15.111,098	574,116	6.564,609	406.668,371	649.797,906
	<b>Ausgleichshaushalt</b>									
9	Eu.....								316.402,513	316.402,513
	Summe Einnahmen...	4.664,366	4.074,060	11.823,710	730,431	15.111,098	574,116	6.564,609	723.070,884	966.200,419

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/11		<b>Inneres:</b>				
1/111		Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):				
1/1111		Zivilschutz:				
1/11113	41	Anlagen .....		1,400	1,400	2,800
1/11116	41	Förderungen .....		0,500	0,500	1,000
			Summe 1111...	1,900	1,900	3,800
1/113		Bundespolizei:				
1/1130		Bundespolizei:				
1/11303	42	Anlagen .....		8,500	8,500	17,000
1/114		Bundesgendarmerie:				
1/1140		Bundesgendarmerie:				
1/11403	42	Anlagen .....		18,000	18,000	36,000
			<b>Gesamtausgaben 11...</b>	<b>28,400</b>	<b>28,400</b>	<b>56,800</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/12		<b>Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:</b>				
1/120		Bundesministerium f. Unterricht u. kulturelle Angelegenh.:				
1/12003	43	Anlagen .....			2,862	2,862
1/12006	43	Förderungen .....			0,001	0,001
			Summe 120. ....		2,863	2,863
1/122		Bundesministerium; Zweckaufwand f. Erziehung u. Unterricht:				
1/1220		Allgemein-pädagogische Erfordernisse:				
1/12203	11	Anlagen .....			0,450	0,450
1/12206	11	Förderungen .....			0,032	0,032
1/1221		Erwachsenenbildung:				
1/12216	11	Förderungen .....			0,182	0,182
1/1225		Allgemeinbildendes Schulwesen:				
1/12256	11	Förderungen .....			13,523	13,523
1/1226		Berufsbildendes Schulwesen:				
1/12266	11	Förderungen .....			1,482	1,482
1/1227		Lehrer- und Erzieherbildung:				
1/12276	11	Förderungen .....			0,441	0,441
			Summe 122. ....		16,110	16,110
1/124		Nachgeordnete Dienststellen:				
1/1240		Hofmusikkapelle:				
1/12403	13	Anlagen .....			0,366	0,366
1/1241		Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen:				
1/12413	11	Anlagen .....			0,270	0,270
1/1242		Sonstige Einrichtungen für Jugend-erziehung:				
1/12423	11	Anlagen .....			0,105	0,105
1/1243		Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung:				
1/12433	11	Anlagen .....			0,828	0,828
1/1244		Museen:				
1/12443	13	Anlagen .....			31,396	31,396
1/12446	13	Förderungen .....			6,705	6,705
1/1246		Nationalbibliothek und Phonotheke:				
1/12463	12	Anlagen .....			4,235	4,235
1/1247		Bundesdenkmalamt:				
1/12473	13	Anlagen .....			0,360	0,360
1/12476	13	Förderungen .....			67,710	67,710
			Summe 124. ....		111,975	111,975
1/126		Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:				
1/1260		Schulaufsichtsbehörden:				
1/12603	11	Anlagen .....			2,820	2,820
1/1261		Schulpsychologie - Bildungsberatung:				
1/12613	11	Anlagen .....			0,291	0,291
			Summe 126. ....		3,111	3,111

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/127		Allgemeinbildende Schulen:				
1/1270		Allgemeinbildende höhere Schulen:				
1/12703	11	Anlagen .....			31,590	31,590
1/1271		Höhere Internatsschulen des Bundes:				
1/12713	11	Anlagen .....			0,965	0,965
1/1274		Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung:				
1/12743	11	Anlagen .....			0,836	0,836
1/1276		Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende):				
1/12763	11	Anlagen .....			0,739	0,739
			Summe 127...		34,130	34,130
1/128		Berufsbildende Schulen:				
1/1280		Technische und gewerbliche Lehranstalten:				
1/12803	11	Anlagen .....			22,454	22,454
1/1281		Sozialakad., LA f. Tourismus, Sozial- u. wirtsch. Berufe:				
1/12813	11	Anlagen .....			19,900	19,900
1/1282		Handelsakademien und Handelsschulen:				
1/12823	11	Anlagen .....			9,340	9,340
1/1286		Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende):				
1/12863	11	Anlagen .....			1,824	1,824
			Summe 128...		53,518	53,518
1/129		Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:				
1/1290		Pädagogische Akademien:				
1/12903	11	Anlagen .....			3,153	3,153
1/1291		BA für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik:				
1/12913	11	Anlagen .....			1,024	1,024
1/1292		Berufspädagogische Akademien:				
1/12923	11	Anlagen .....			0,659	0,659
1/1293		Bundesanstalten für Leibeserziehung:				
1/12933	11	Anlagen .....			0,434	0,434
1/1294		Pädagogische Institute:				
1/12943	11	Anlagen .....			0,849	0,849
			Summe 129...		6,119	6,119
			<b>Gesamtausgaben 12...</b>		<b>227,826</b>	<b>227,826</b>
1/13		Kunst:				
1/130		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1301		Musik und darstellende Kunst:				
1/13016	13	Förderungen .....			25,019	25,019
			<b>Gesamtausgaben 13...</b>		<b>25,019</b>	<b>25,019</b>



(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/14		<b>Wissenschaft und Forschung:</b>				
1/141		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/1410		Hochschulische Einrichtungen:				
1/14106	12	Förderungen .....			88,550	88,550
1/1419		Forschungsunternehmen:				
1/14196	12	Förderungen .....			89,000	89,000
			Summe 141...		177,550	177,550
1/142		Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen:				
1/1420		Universitäten:				
1/14203	12	Anlagen .....			1.240,535	1.240,535
1/1423		Bibliotheken:				
1/14233	12	Anlagen .....			26,386	26,386
			Summe 142...		1.266,921	1.266,921
1/143		Kunsthochschulen:				
1/1430		Kunsthochschulen:				
1/14303	13	Anlagen .....			91,705	91,705
			<b>Gesamtausgaben 14...</b>		<b>1.536,176</b>	<b>1.536,176</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/30		<b>Justiz:</b>				
1/302		Justizbehörden in den Ländern:				
1/30203	42	Anlagen .....		6,000	6,000	12,000
1/30208	42	Aufwendungen .....		5,000		5,000
			Summe 302...	11,000	6,000	17,000
1/303		Justizanstalten:				
1/30303	42	Anlagen .....		13,000	6,000	19,000
			Gesamtausgaben 30...	24,000	12,000	36,000
1/40		<b>Militärische Angelegenheiten:</b>				
1/401		Heer und Heeresverwaltung:				
1/40108	41	Aufwendungen .....		400,000	100,000	500,000
			Gesamtausgaben 40...	400,000	100,000	500,000
1/60		<b>Land- und Forstwirtschaft:</b>				
1/601		BM (Förderung d. Land- u. Forstwirtsch. u. d. Ernährungswesens):				
1/60146	34	Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen .....		6,000	6,000	12,000
1/60156	34	Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen .....		70,000	70,000	140,000
			Summe 601...	76,000	76,000	152,000
1/608		Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:				
1/6082		Wildbach- und Lawinenverbauung:				
1/60826	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen .....		30,000	40,000	70,000
1/6084		Bundesflüsse:				
1/60848	34	Bau-, Projektierungsk., Gefahrenzonenpläne .....		24,000	26,000	50,000
1/6086		Interessentengewässer:				
1/60866	34	Bundesz. f. Bau-, Projektk., Gefahrenzonenpl. ....		22,000	22,000	44,000
			Summe 608...	76,000	88,000	164,000
			<b>Gesamtausgaben 60...</b>	<b>152,000</b>	<b>164,000</b>	<b>316,000</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA-Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/64		<b>Bauten und Technik:</b>				
1/647		<b>Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau):</b>				
1/64708		Überweisungen an die Länder gem. §1 Abs. 2 Z 2 FAG .....		28,000	20,000	48,000
	11			11,000	6,000	17,000
	12			8,000	6,000	14,000
	43			9,000	8,000	17,000
1/6471		<b>Schulen der Unterrichtsverwaltung:</b>				
1/64713	11	Anlagen .....		50,000	108,000	158,000
1/64718	11	Aufwendungen .....		50,000	25,000	75,000
		Summe 6471...		100,000	133,000	233,000
1/6472		<b>Schulen der Wissenschaftsverwaltung:</b>				
1/64723	12	Anlagen .....		30,000	100,000	130,000
1/64728	12	Aufwendungen .....		40,000	32,000	72,000
		Summe 6472...		70,000	132,000	202,000
1/6473		<b>Bauten für die Landesverteidigung:</b>				
1/64738	23	Aufwendungen .....		60,000	70,000	130,000
	41			10,000	5,000	15,000
		Summe 6473...		60,000	70,000	130,000
1/6474		<b>Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten:</b>				
1/64743	11	Anlagen .....		20,000	10,000	30,000
1/64748	11	Aufwendungen .....		10,000		10,000
	34			5,000		5,000
		Summe 6474...		30,000	10,000	40,000
1/6475		<b>Sonstige Bundesgebäude:</b>				
1/64753	12	Anlagen .....		320,000	138,000	458,000
	13			5,000	3,000	8,000
	23			55,000		55,000
	43				10,000	10,000
1/64758	43	Aufwendungen .....		260,000	125,000	385,000
				192,000	97,000	289,000
		Summe 6475...		512,000	235,000	747,000
		<b>Gesamtausgaben 64...</b>		<b>800,000</b>	<b>600,000</b>	<b>1.400,000</b>

(Beträge in Millionen Schilling)

VA- Ansatz	AB	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich- Voranschlag
1/65		<b>Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:</b>				
1/650		Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr:				
1/6500		Zentraleitung:				
1/65003	43	Anlagen .....			0,100	0,100
1/6501		Schiffahrtspolizei:				
1/65013	43	Anlagen .....		0,055	0,055	0,110
1/6502		Fernmeldebehördliche Tätigkeiten:				
1/65023	43	Anlagen .....		1,000	1,000	2,000
			Summe 650...	1,055	1,155	2,210
1/651		Bundesministerium (Zweckaufwand):				
1/65148	33	Kosten f. Eisenbahn-Infrastruktur gem. Bundesbahngesetz 1992 ...		1.000,000		1.000,000
1/652		Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):				
1/6524		Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen:				
1/65246	33	Förderungen .....		1,000	1,500	2,500
1/65266	33	Förderungen an Privatbahnen .....		12,000	15,000	27,000
			Summe 652...	13,000	16,500	29,500
1/655		Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:				
1/65503	33	Anlagen .....			0,050	0,050
			Gesamtausgaben 65...	1.014,055	17,705	1.031,760
1/77		<b>Österreichische Bundesforste:</b>				
1/773		Sachausgaben:				
1/77313	34	Sonstige Anlagen .....		7,600	7,600	15,200
			Gesamtausgaben 77...	7,600	7,600	15,200

Zusammenfassung nach Gruppen und Kapitel  
(Beträge in Millionen Schilling)

Kapitel	Bezeichnung	A U S G A B E N	Stabili- sierungs- quote	Konjunktur- belebungs- quote	Konjunktur- ausgleich <sup>2</sup> Voranschlag
0	Oberste Organe				
01	Präsidentschaftskanzlei .....				
02	Bundesgesetzgebung .....				
03	Verfassungsgerichtshof .....				
04	Verwaltungsgerichtshof .....				
05	Volksanwaltschaft .....				
06	Rechnungshof .....				
		Gruppe 0...			
1	Innenverwaltung				
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen .....				
11	Inneres .....	28,400	28,400	56,800	
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten .....		227,826	227,826	
13	Kunst .....		25,019	25,019	
14	Wissenschaft und Forschung .....		1.536,176	1.536,176	
15	Soziales .....				
16	Sozialversicherung .....				
17	Gesundheit und Konsumentenschutz .....				
18	Umwelt .....				
19	Jugend und Familie .....				
		Gruppe 1...	28,400	1.817,421	1.845,821
20	Äußeres .....				
30	Justiz .....	24,000	12,000	36,000	
40	Militärische Angelegenheiten .....	400,000	100,000	500,000	
5	Finanzen				
50	Finanzverwaltung .....				
51	Kassenverwaltung .....				
52	Öffentliche Abgaben .....				
53	Finanzausgleich .....				
54	Bundesvermögen .....				
55	Pensionen (Hoheitsverwaltung) .....				
59	Finanzschuld, Währungstauschverträge .....				
		Gruppe 5...			
6	Wirtschaft				
60	Land- und Forstwirtschaft .....	152,000	164,000	316,000	
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr .....				
64	Bauten und Technik .....	800,000	600,000	1.400,000	
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr .....	1.014,055	17,705	1.031,760	
		Gruppe 6...	1.966,055	781,705	2.747,760
		Gruppe 0 bis 6...	2.418,455	2.711,126	5.129,581
7	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater .....				
75	Alkohol (Monopol) .....				
77	Österreichische Bundesforste .....	7,600	7,600	15,200	
78	Post- und Telegraphenverwaltung .....				
		Gruppe 7...	7,600	7,600	15,200
		Gesamtausgaben...	2.426,055	2.718,726	5.144,781

Anlage II.a Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlages nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen  
(Beträge in Millionen Schilling)

U T	Gebarungsgruppen	Aufgabenbereiche									Summe
		11 EU	12 FW	13 Kn	23 Wb	33 Vk	34 Lf	41 Lv	42 SR	43 Hv	
	<b>Stabilisierungs- quote</b>										
3	AN (B).....	70,000	35,000	55,000	.....	.....	7,600	1,400	45,500	261,055	475,555
5	F-D (B).....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
6	F (E).....	.....	.....	.....	.....	13,000	128,000	0,500	.....	.....	141,500
8	A (E).....	66,000	48,000	.....	10,000	1.000,000	29,000	450,000	5,000	201,000	1.809,000
	Summe Stab. Quote...	136,000	83,000	55,000	10,000	1.013,000	164,600	451,900	50,500	462,055	2.426,055
	<b>Konjunkturbelebungs- quote</b>										
3	AN (B).....	248,293	1.374,156	92,065	10,000	0,050	7,600	1,400	38,500	129,017	1.901,081
5	F-D (B).....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
6	F (E).....	15,660	177,550	99,434	.....	16,500	138,000	0,500	.....	0,001	447,645
8	A (E).....	31,000	38,000	.....	5,000	.....	26,000	165,000	.....	105,000	370,000
	Summe Konj. Quote...	294,953	1.589,706	191,499	15,000	16,550	171,600	166,900	38,500	234,018	2.718,726
	Konjunkturausgleich...	430,953	1.672,706	246,499	25,000	1.029,550	336,200	618,800	89,000	696,073	5.144,781

## **A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1995**

### **I. Allgemeines**

Die Erstellung des Entwurfes des BFG obliegt dem BMF nach Art. 77 Abs. 2 B-VG, in Verbindung mit § 32 BHG und § 2 sowie Teil 2, Abschnitt E, Z 2, der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76, in der Fassung BGBl. Nr. 1105/1994.

Der Nationalrat bewilligt das Bundesfinanzgesetz samt Anlagen. Bei Genehmigung des Bundesfinanzgesetzes steht dem Bundesrat keine Mitwirkung zu (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Der Text des BFG/95 entspricht im wesentlichen dem Text des BFG/94; neben den Ausführungen von grundsätzlicher Art werden daher nur die Abänderungen erläutert.

### **II. Zu den einzelnen Bestimmungen**

#### **Zu Artikel I**

Der Art. I spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlußsummen der Einnahmen und Ausgaben nach den Gliederungsvorschriften des BHG wieder.

#### **Zu Artikel II**

Im Art. II sind die Vorschriften für die Bedeckung des Abganges enthalten.

Der jeweilige Abgang ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des allgemeinen Haushaltes, wie sie in der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz (Bundesvoranschlag) vom Nationalrat genehmigt worden sind. Gleichzeitig räumt der Bundesfinanzgesetzgeber dem Bundesminister für Finanzen das Recht ein, durch Ausübung der im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Überschreitungsermächtigungen diese Struktur zu verändern. Die Struktur bzw. die Höhe des Abganges verändert sich auch, wenn Mindereinnahmen eintreten bzw. Mehreinnahmen oder Ausgabeneinsparungen anfallen, die nicht zur Bedeckung von Überschreitungen herangezogen werden. Die Ermächtigung des Art. II berechtigt zur Schuldaufnahme auch für einen strukturell geänderten Abgang. Sie darf jedoch nur bis zum voraussehbaren tatsächlichen Abgang, höchstens jedoch bis zu der in Art. I, II und in Verbindung mit Art. III und VII ausgewiesenen Höhe ausgenützt werden. Der voraussehbare tatsächliche Abgang wird sich grundsätzlich auf die sich in der zweiten Monatshälfte November abzeichnenden Gebarungsdaten stützen müssen.

Für die Bedeckung von Voranschlagsüberschreitungen nach Art. VII sollen Kreditoperationen nur dann getätigt werden, wenn die Bedeckung dieser Mehrausgaben durch Minderausgaben und/oder Mehreinnahmen nicht sichergestellt werden kann. Maßgeblich für die Beurteilung der Bedeckungsmöglichkeit ist die Einschätzung der Gebarungsentwicklung zum Zeitpunkt der Genehmigung der Ansatzüberschreitung, auch unter Bedachtnahme auf die Notwendigkeit für Ansatzüberschreitungen gemäß Art. V des Gesetzes.

Die Ermächtigung im Art. II mit den kurzfristigen Verpflichtungen ist erforderlich, weil der Devisenmittelkurs bei Aufnahmen und Rückzahlungen kurzfristiger Verpflichtungen verschieden ist und deshalb der Bruttoaufnahmebetrag erhöht bzw. vermindert wird.

#### **Zu Artikel III**

Im Abs. 1 wird der BMF ermächtigt, unter den dort normierten Voraussetzungen — wenn es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt — der österreichischen Volkswirtschaft zusätzliche Bundesmittel bis zu dem in der Anlage II (Konjunkturausgleich-Voranschlag) ausgewiesenen Gesamtbetrag von rund 5,1 Milliarden Schilling zuzuführen, um dadurch erforderlichenfalls auf die Konjunkturentwicklung stabilisierend oder belebend einzuwirken.

Für das Jahr 1995 wurde der Veranschlagung der Einnahmen im Entwurf für den Bundesvoranschlag ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von +5,8 vH zugrunde gelegt. Bei der Beurteilung der Entwicklung der nominellen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft ist von den hierfür maßgeblichen aktuellen Orientierungsdaten unter Berücksichtigung der Beratungen der Arbeitsgruppe beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung für vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, der Vertreter der Sozialpartner angehören, auszugehen.

Österreich hat im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Mittel zur Finanzierung des Gesamthaushaltes an die EU abzuführen. Grundlage hierfür ist der gemäß Art. 201 EG-Vertrag erlassene, und gemäß Art. 2 des EU-Beitrittsvertrages, BGBl. Nr. 45/1995, verbindliche Beschluß 88/376/EWG, Euratom, des Rates über das System der Eigenmittel vom 24. Juni 1988, ABl. Nr. L 185/24 sowie die Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1552/89 zur Durchführung des Beschlusses 88/376/EWG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften, ABl. Nr. L 155/1, zuletzt geändert mit Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2729/94 des Rates vom 31. Oktober 1994, ABl. Nr. L 293/5 vom 12. November 1994, Art. 2 Abs. 1 des Eigenmittelbeschlusses sieht vor, daß folgende Einnahmen als Eigenmittel in den Haushalt der Gemeinschaften einzusetzen sind:

- a) Agrarabschöpfungen, Prämien und andere Abgaben, die von den Gemeinschaftsorganen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, und Abgaben, die im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgesehen sind;
- b) Zölle des Gemeinsamen Zolltarifes;
- c) Einnahmen, die sich aus der Anwendung eines für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Satzes auf die nach Gemeinschaftsvorschriften bestimmte einheitliche Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage eines jeden Mitgliedstaates ergeben;
- d) Einnahmen, die sich ergeben aus der Anwendung eines im Rahmen des Haushaltsverfahrens unter Berücksichtigung aller sonstigen Einnahmen festzulegenden Satzes auf den Gesamtbeitrag des Bruttosozialprodukts aller Mitgliedstaaten.

Die in Österreich aus öffentlichen Abgaben aufgebrachtten Mittel zur Finanzierung öffentlicher Haushalte sind somit zum Teil für die Finanzierung des EU-Gesamthaushaltes zu verwenden. Diese Eigenmittel der EU sind ausschließlich auf Grund des EU-Rechtes der EU zur Verfügung zu stellen und stehen zur Finanzierung innerstaatlicher Budgets nicht zur Verfügung.

Beim Voranschlagsansatz 2/52904 sind die Eigenmittelabfuhr an den EG-Gesamthaushalt veranschlagt. Auf Grund der Vorschriften des EG-Eigenmittelsystems kann es, insbesondere im Zusammenhang mit Änderungen des EG-Gesamthaushaltsplanes, zu Erhöhungen der Eigenmittelverpflichtungen der Mitgliedstaaten kommen. 1995 sind Änderungen des EG-Gesamthaushaltsplanes insbesondere auf Grund der Anwendung des neuen Eigenmittelbeschlusses, welche eine Erhöhung der Eigenmittel-Obergrenzen (1995: 0,01% des BIP der EU-Mitgliedstaaten) zu erwarten; dies wird nach Ratifizierung dieses neuen Eigenmittelbeschlusses durch alle Mitgliedstaaten der Fall sein. Durch eine erhöhte Eigenmittelabfuhr vermindern sich die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben. Mit Abs. 3 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, diese Einnahmenverminderung durch zusätzliche Kreditoperationen abzudecken.

#### **Zu Artikel IV bis VIII**

Unter Bedachtnahme auf Art. 51 b B-VG wird neben den bereits in § 41 BHG und Art. III BFG enthaltenen Ermächtigungen in den Art. IV bis VII die bundesgesetzliche Ermächtigung für die Genehmigung weiterer Voranschlagsansatzüberschreitungen geschaffen.

Die Ermächtigungen basieren auf dem gegebenen Erfordernis, den Ausgabenvollzug der tatsächlichen Entwicklung während des Finanzjahres zweckmäßig und wirtschaftlich anpassen zu können.

Durch die Umschichtungen tritt keine erhebliche Veränderung der Ausgabengliederung des Bundesvoranschlages ein; da die Bedeckung der Mehrausgaben zum überwiegenden Teil durch Ausgabenrückstellungen erfolgt, haben die Überschreitungen auf die Gesamtausgabensumme nur geringfügige Bedeutung.

Die im Art. 51 b Abs. 4 B-VG geforderte „sachliche“ Voraussetzung und die dort in den Z 1 bis 3 genannten Kriterien für die Inanspruchnahme der Überschreitungsermächtigung ergeben sich einerseits aus der bei den einzelnen Bestimmungen enthaltenen Abgrenzung, andererseits aus der generellen Umschreibung des Art. VIII.

„Ziffernmäßig bestimmt oder errechenbar“ im Sinne der obgenannten Verfassungsbestimmung ist eine Überschreitungsermächtigung dadurch, daß die zulässige Höhe der Überschreitung entweder in einem absoluten Betrag oder in Relation zu einer bestimmten Bezugsgröße ausgedrückt wird. Die in Art. IV vorgesehenen Überschreitungsermächtigungen sind durch die tatsächlich belegbare Höhe



## Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1995

(3)

jener „Mehreinnahmen“ errechenbar, auf die die betreffenden Überschreitungsermächtigungen abgestellt sind.

Österreich erhält auf Grund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EG (vgl. die Erläuterungen zu Kapitel 52). Diese Zahlungen werden bei den Voranschlagsansätzen 2/51314 (EAGFL/Garantie) sowie 2/51305, 2/51306 und 2/51315 (Strukturfonds) verrechnet. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt — gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen — durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt.

Die EU-Strukturfonds (Europäischer Regionalfonds, Europäischer Sozialfonds, Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung) sind das zentrale Instrumentarium zur Gewährleistung des Zieles des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union (Art. 130 a Unions-Vertrag) und dienen damit zur Flankierung der Binnenmarktpolitik und der Gemeinschaftlichen Agrarpolitik.

Wesentliche Grundsätze der Vergabe der Mittel der EU-Strukturfonds sind die Konzentration des Mitteleinsatzes auf bestimmte regional-, arbeitsmarkt- und agrarpolitische Ziele, die Vergabe der Mittel in Form einer Kofinanzierung für zielorientierte, mehrjährige Maßnahmenprogramme, das Prinzip der Additionalität und der Partnerschaft.

Nachdem der genaue Zeitpunkt des Abschlusses des entsprechenden Genehmigungsverfahrens nicht bekannt ist, sind die von den EU-Strukturfonds zur Kofinanzierung bereitzustellenden Mittel schwer abschätzbar. Um die einlangenden EU-Mittel widmungsgemäß verwenden zu können, ist für die Leistung der korrespondierenden Mehrausgaben im Wege einer Überschreitungsermächtigung im Art. IV Abs. 3 vorgesorgt.

Die im Art. V Abs. 1 Z 3 vorgesehene Ermächtigung zu Überschreitungen soll einem flexiblen Budgetvollzug insbesondere im Bereich der Investitionen des Bundes dienen. Nachdem Zeitpunkt und Modalitäten der Genehmigung entsprechender österreichischer Förderungsvorhaben durch die EU noch nicht bekannt sind, ist diese Flexibilität während des Finanzjahres durch die Ermächtigung in der Z 5 erforderlich; dies gilt auch für die Bestimmung in der Z 26, die jedoch nur in Anspruch genommen werden kann, wenn diese zusätzlichen Mittel durch solche der EU und der Länder in einem Ausmaß kofinanziert werden, welches bei der jeweiligen Förderungsmaßnahme üblicherweise anzuwenden ist. Da das Volumen der zu intervenierenden Agrarprodukte nicht genau abgeschätzt werden kann, wird eine entsprechende Überschreitungsermächtigung in der Z 24 vorgesehen. Die Ermächtigungen in Z 26 und Z 27 sind erforderlich, um einen zielgerichteten und wirkungsvollen Einsatz von Förderungsmitgliedern in den Sektoren Wirtschaft und Tourismus zu ermöglichen. Ausgaben für verschiedene dringende Bundesstraßenprojekte können nicht in den Bundesvoranschlag aufgenommen werden, weil durch Verzögerungen in den Behördenverfahren, Probleme bei den Grundeinlösungen oder sonstigen Umständen ein Baubeginn im Jahre 1995 gehemmt wird. Um dennoch bei Wegfall des Hemmnisses sofort mit dem Bau beginnen zu können, ist gegenständliche Ermächtigung in der Z 28 erforderlich. Die von diesen Hemmungen betroffenen Projekte sind:

- A 3 Münchendorf — Guntramsdorf
- A 12 Anschlußstelle Hall/West
- B 3 Leopoldauerstraße—Donaufelderstraße
- B 3 Stockerau—Perzendorf
- B 50 Umfahrung Kittsee
- B 100 Kleblach—Lengholz
- B 111 Zubringer Gailtal
- B 146 Stainach—Liesen
- B 170 Umfahrung Hopfgarten
- B 188 Umfahrung Gaschurn

Die Ermächtigung der Z 29 ist für die Bedeckung der durch die Mitarbeit an der Agrarflächen-Basiserhebung entstehenden Mehrausgaben beim Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen erforderlich. Diese Tätigkeit dient dem Zwecke der Behandlung von Prämienanträgen im Bereiche der EU-Marktorganisationen. Durch eine verbesserte Kapitalausstattung der Austro Control Gesellschaft soll der Bund künftig von der Entgeltleistung für die Erfüllung hoheitlicher Aufgaben seitens der Gesellschaft, im Sinne des § 11 Abs. 1 Z 1 bis 6 ACG-Gesetz, BGBl. Nr. 898/1993, befreit werden. Die zusätzliche Kapitalausstattung könnte durch Eigentumsübertragung der Liegenschaft EZ 4156, KG Landstraße erfolgen. Die Überschreitungsermächtigung in Z 30 ist daher nur erforderlich, falls es nicht zur zusätzlichen Kapitalausstattung der AC kommt.

Für den Fall, daß sich die beabsichtigte Ausgliederung der Bundessporthelme und Bundessport-schulen verzögern sollte, wird zur Fortführung des Betriebes dieser Einrichtungen durch die Ermäch-

tigung im Art. VII Z 1 eine entsprechende Vorsorge getroffen. Auf Grund eines Verfassungsgerichtshofurteils ist der Bund zu einer Nachzahlung an die Gemeinde Wien betreffend klinischer Mehraufwand für die Jahre 1985 bis 1992 verpflichtet. Da die Leistung dieser Zahlung jedoch von einer dem Bund vorzulegenden und von ihm anzuerkennenden Abrechnung abhängig ist und die derzeit noch nicht vorliegt, wird in der Z 5 eine entsprechende Ermächtigung vorgesehen. Für allfällige freiwillige Beiträge im Rahmen von gemeinsamen Aktionen der Mitgliedstaaten der EU im Zusammenhang mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird die Überschreitungsermächtigung in der Z 8 geschaffen. Auf Grund der nicht absehbaren Entwicklung bei den Ausfuhrerstattungen (Art. 40 EWG-Vertrag) muß für einen allfälligen zusätzlichen Mehrbedarf mit der Ermächtigung in der Z 12 vorgesorgt werden. Mit der Ermächtigung in der Z 19 wird für einen allfälligen Kostenbeitrag des Bundes zur Generalsanierung der Schleusenanlage des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug vorgesorgt. Der für degressive Ausgleichszahlungen erforderliche Betrag wird davon beeinflusst, für welche Produkte in welcher Höhe die Kommission Ausgleichszahlungen genehmigt. Zur Zeit liegen noch nicht alle Entscheidungen der Kommission vor, weshalb die Ermächtigung in der Z 22 erforderlich ist. Die Ermächtigung in der Z 23 ist erforderlich, um für den Fall, daß die Europäische Union Österreich eine Genehmigung für eine über die entsprechende EU-Förderung hinausgehende Ölsaatenförderung erteilt, die entsprechende Bedeckung sicherzustellen. Nachdem Zeitpunkt und Modalitäten der Genehmigung entsprechender österreichischer Förderungsvorhaben durch die Europäische Union noch nicht bekannt sind, wird mittels der Ermächtigungen in den Z 20 und 21 für allfällige Bedeckungserfordernisse vorgesorgt. Diese Ermächtigung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn diese zusätzlichen Mittel durch solche der Europäischen Union und der Länder in einem Ausmaß kofinanziert werden, welches bei der jeweiligen Förderungsmaßnahme üblicherweise anzuwenden ist. Die Ermächtigung der Z 24 ist erforderlich, um den Fluß von EU-Kofinanzierungsmitteln sicherzustellen.

Art. VIII bringt zum Ausdruck, daß die hier zusammengefaßten Voraussetzungen für alle Überschreitungen Geltung haben. Weiters wird klargestellt, daß unter Mehreinnahmen auch Einnahmen aus zusätzlichen Kreditoperationen zu verstehen sind.

#### **Zu Artikel IX**

In Ausführung des § 66 BHG enthält Art. IX die gesetzliche Ermächtigung für den Bundesminister für Finanzen, Haftungen in den angeführten Fällen zu übernehmen.

#### **Zu Artikel X**

Der Bundesminister für Finanzen wird gemäß § 53 Abs. 4 BHG ermächtigt, andere als die in den Abs. 1 bis 3 leg. cit. angeführten Rücklagenzuführungen durchzuführen.

#### **Zu Artikel XI und XII**

In den §§ 62 bis 64 BHG sind die Voraussetzungen festgelegt, unter welchen der Bundesminister für Finanzen über Forderungen, über Bestandteile des beweglichen und über Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens verfügen darf. Dementsprechend werden in den Art. XI und XII die jeweiligen Höchstgrenzen für die Ausnutzung dieses Ermächtigungsrahmens festgelegt.

Auf Grund von zu erwartenden wesentlich erhöhten Tauschvorgängen ist eine Anpassung der Höchstgrenze im Art. XI Abs. 2 erforderlich.

#### **Zu Artikel XIII, XIV und XV**

Die angeführten Artikel verweisen auf die Rechtsgrundlagen für die Personalbewirtschaftung des Bundes und für die Verwaltung der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge sowie der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

#### **Zu Artikel XVI und XVII**

Diese Artikel betreffen den Wirksamkeitsbeginn und die Vollziehung des BFG. Mit der Anordnung, daß die in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1995 auf Grund des Gesetzlichen Budgetprovisoriums, BGBl. Nr. 1106/1994, vollzogenen Gebarungen zu Gunsten und zu Lasten der Einnahmen- und Ausgaben-Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1995 verrechnet werden sollen, soll die Erstellung eines einheitlichen Bundesrechnungsabschlusses für das Kalenderjahr 1995 sichergestellt werden. Die Geltung des Gesetzlichen Budgetprovisoriums wird dadurch nicht berührt. Dabei mußte auch auf die Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 Rücksicht genommen werden.

## Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1995

(5)

**B. Erläuterungen zum Bundesvoranschlag (Anlage I) und Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) für das Jahr 1995**

Die Erläuterungen zum Bundesvoranschlag und Konjunkturausgleich-Voranschlag enthält der Arbeits(Amts)behelf zum BFG/95, 1. Teil.

**C. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage III) für das Jahr 1995**

Die Erläuterungen zum Stellenplan sind der Anlage III zum BFG/95 zu entnehmen.

**D. Erläuterungen zum Fahrzeugplan (Anlage IV) für das Jahr 1995**

Der I. Abschnitt (Allgemeiner Teil) des Fahrzeugplanes bleibt gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen inhaltlich unverändert.

Wie in den Vorjahren ist für die erstmalige Inverwendungnahme der im Plan der Kraftfahrzeuge für 1995 enthaltenen Personenkraftwagen, Fahrzeuge für betriebliche Zwecke, Motorräder und Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg), das ist bei Anschaffung, Anmietung oder unentgeltlicher Zurverfügungstellung zufolge Ministerratsbeschluß, die jeweils gültige KFZ-Empfehlungsliste verbindlich.

Die Gesamtzahl der im Plan der Kraftfahrzeuge enthaltenen Fahrzeuge vermindert sich gegenüber dem Vorjahr um 61. Diese Verminderung ist im wesentlichen auf die im Jahre 1995 budgetwirksam gewordene Ausgliederung des Arbeitsmarkt-Service aus dem Budget zurückzuführen.

Im Plan für Wasserfahrzeuge blieb die Anzahl gegenüber dem Vorjahr mit 204 unverändert, während sich der Stand der im Plan der Luftfahrzeuge enthaltenen Luftfahrzeuge um 1 auf 50 erhöhte.

**E. Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen (Anlage V) für das Jahr 1995**

Der Wortlaut des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen wurde gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die Anzahl der Anlagen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 1.791 um 343 auf 2.134 erhöht. Ein Großteil dieser Erhöhung ergab sich im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst bei den Universitäten. Hier finden schon bisher im Plan zusammen mit anderen Anlagen enthalten gewesene Anlagen durch den forcierten Ausbau des Datennetzes eine wesentlich eigenständigere Verwendung und sind deshalb gesondert auszuweisen.

Im einzelnen ergeben sich folgende Veränderungen:

Type A (Kleinanlagen):	
bundeseigene.....	- 8
angemietete.....	- 3
Type B (Mittelanlagen):	
bundeseigene.....	+294
angemietete.....	- 12
Type C (Großanlagen):	
bundeseigene.....	+ 45
angemietete.....	+ 13
Type D (Sonderanlagen):	
bundeseigene.....	+ 9
angemietete.....	+ 5
	+343

Dadurch ergab sich bei folgenden Bereichen eine Veränderung in der Anzahl der Anlagen:

Bundeskanzleramt mit Dienststellen; Zentraleitung.....	+ 2
Verwaltungsakademie.....	+ 1
Bundesministerium für Inneres.....	+ 1
Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten; Nationalbibliothek und Phonotheek.....	+ 2
Bundesdenkmalamt.....	+ 1
Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.....	+ 2
Universitäten.....	+300
Bibliotheken.....	- 2
Wissenschaftliche Anstalten.....	+ 8
Bundesdenkmalamt.....	- 1
Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Zentraleitung.....	- 9
Ämter der AMS.....	- 9
Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz; Zentraleitung.....	+ 2

(6)

## Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1995

Lebensmitteluntersuchungsanstalten .....	+ 1
Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten .....	+ 3
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten; Zentraleitung .....	+ 2
Österreichische Kulturinstitute .....	+ 7
Bundesministerium für Landesverteidigung .....	- 14
Heer und Heeresverwaltung .....	+ 15
Bundesrechenamt .....	+ 21
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft .....	+ 1
Bundesanstalten für Tierzucht .....	- 1
Bundesamt für Wasserwirtschaft .....	+ 2
Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr; Fernmeldebehördliche Tätigkeiten .....	+ 7
Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.) .....	+ 1
	<u>+343</u>

## Abkürzungen im Text:

BFG = Bundesfinanzgesetz(e)

BFG/95 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1995

BFG/94 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1994

BHG = Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986 in der jeweils geltenden Fassung

BMF = Bundesminister für Finanzen

B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz

Arbeitsbehelf

zum

# Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

## 1995

I. Teil

(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)



Wien 1995

Österreichische Staatsdruckerei



## Inhalt

### I. TEIL

	Seite
<b>Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1995 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1994 und 1993:</b>	
Gesamtgebarung und Aufgabenstellung . . . . .	7— 9
Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 78 . . . . .	10
Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei . . . . .	11
Kapitel 02: Bundesgesetzgebung . . . . .	12— 15
Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof . . . . .	16
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof . . . . .	17
Kapitel 05: Volksanwaltschaft . . . . .	18
Kapitel 06: Rechnungshof . . . . .	19
Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen . . . . .	20— 25
Kapitel 11: Inneres . . . . .	26— 33
Kapitel 12: Unterricht und kulturelle Angelegenheiten . . . . .	34— 55
Kapitel 13: Kunst . . . . .	56— 61
Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung . . . . .	62— 76
Kapitel 15: Soziales . . . . .	77— 94
Kapitel 16: Sozialversicherung . . . . .	95—115
Statistische Daten zur Pensionsversicherung . . . . .	104—115
Kapitel 17: Gesundheit und Konsumentenschutz . . . . .	116—127
Kapitel 18: Umwelt . . . . .	128—130
Kapitel 19: Jugend und Familie . . . . .	131—137
Kapitel 20: Äußeres . . . . .	138—142
Kapitel 30: Justiz . . . . .	143—148
Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten . . . . .	149—154
Kapitel 50: Finanzverwaltung . . . . .	155—168
Kapitel 51: Kassenverwaltung . . . . .	169—174
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis, Verfahrensvorschriften u. ä.) . . . . .	175—201
Übersicht über die im Budget 1995 veranschlagten Ertragsanteile . . . . .	192—194
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes . . . . .	195—198
Kapitel 53: Finanzausgleich . . . . .	202—207
Kapitel 54: Bundesvermögen . . . . .	208—222
Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung) (Allgemeines) . . . . .	223—227
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien . . . . .	227
Kapitel 59: Finanzschuld, Währungstauschverträge . . . . .	228—231
Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (Allgemeines) . . . . .	232—257
Agrarische Strukturförderung . . . . .	241—243
Marktordnungsmaßnahmen . . . . .	243—245
Marktordnungspolitische Maßnahmen . . . . .	245—246
Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr . . . . .	258—263
Kapitel 64: Bauten und Technik . . . . .	264—275
Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG . . . . .	272
Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr . . . . .	276—282
Kapitel 71: Bundestheater . . . . .	283—284
Kapitel 75: Alkohol (Monopol) . . . . .	285
Kapitel 77: Österreichische Bundesforste . . . . .	286—288
Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung . . . . .	289—297

**Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)****I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1995:**

Inlandswirksame Gebarung (1993 bis 1995) .....	301—305
Gebarungsunterschiede (1995 gegenüber 1994) .....	306—310
Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1995 .....	310
Erfolgswirksame/Bestandswirksame Gebarung .....	311
Personalstand und Personalausgaben .....	312—316
Starrheit des Bundeshaushaltes (1994 und 1995) .....	316
Investitionen und Investitionsförderung (1993 bis 1995) .....	317—320
Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung (1993 bis 1995) .....	320—321
Bereinigte Budgetgebarung (1993 bis 1995) .....	322—323
Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes .....	324—325
Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes .....	326—329

**II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:**

Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung (1986 bis 1995) .....	330—331
Nettoaussgaben (1986 bis 1993) .....	331—332
Volkswirtschaftliche Steuerquote (1986 bis 1995) .....	332—333
Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung .....	333—334
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1954—1993 .....	334
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen (1986 bis 1995) .....	334—336
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung (1986 bis 1995) .....	336—338
Öffentliches Sparen und öffentliche Vermögensrechnung (1986 bis 1995) .....	338
Brutto-Anlageinvestitionen (1986 bis 1995) .....	339
Öffentliches Sparen (1986 bis 1993) .....	339
Öffentliche Verschuldung (1986 bis 1993) .....	340

**III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre:**

Gebarung 1945 bis 1993 .....	341—350
Erfolg 1994 .....	350—358
Budgetvorschauen bzw. -prognosen .....	359—362

**IV. Bundeshaushaltsrecht; Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:**

Bundesfinanzgesetz .....	363
Bundesrechnungsabschluß .....	363
Vorschriften für die Haushaltsführung .....	363

**V. Gliederung des Bundesvoranschlages:**

Wirksame und unwirksame Gebarung, Haushaltsgebarung .....	364—365
Gliederung des Bundesvoranschlages .....	365—366
Schema des dekadisch nummerierten Ansatzplanes .....	366—367
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen) .....	367—369
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) .....	369—373
Kontenplan für die Bundesverwaltung .....	373—374
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung .....	374—378
Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige) .....	378
Mehrjährige Vorhaben .....	379
Zweckgebundene Einnahmen .....	379
Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe .....	379—380
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte, Auslandszahlungsverkehr) .....	380—384







## A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1995 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1994 und 1993

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlag** für das Jahr 1995 angeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 1995 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlußziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1994 bzw. dem vorläufigen Gebarungserfolg 1994 und dem Erfolg 1993 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	Bundesvoranschlag 1995 <sup>1)</sup>	Bundesvoranschlag 1994	Vorläufiger Gebarungserfolg 1994	Erfolg 1993
in Millionen Schilling				
<b>Allgemeiner Haushalt:</b>				
Ausgaben .....	752 006	709 311	731 240	699 686
Einnahmen .....	649 798	628 611	626 422	601 445
Abgang ...	102 208	80 700	104 818	98 240
<b>Ausgleichshaushalt:</b>				
Ausgaben .....	214 194	316 402	121 092	156 442
Einnahmen .....	316 402	238 768	225 910	254 682
Überschuß ...	102 208	80 700	104 818	98 240
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. S <sup>2)</sup> .....</b>	2 372,9	2 243,0 <sup>3)</sup>	2 243,0	2 117,8
<b>Abgang des allgemeinen Haushaltes in vH des BIP .....</b>	4,3	3,6	4,7	4,6

### RUNDUNGSDIFFERENZEN

<sup>1)</sup> Beträge lt. Regierungsvorlage.

<sup>2)</sup> Prognose des WIFO vom Dezember 1994.

<sup>3)</sup> Bei Berücksichtigung der bei Erstellung des BVA 1994 vorliegenden WIFO-Prognose vom Dezember 1993 (BIP: 2 200,9 Mrd. S) entspricht dies einem Anteil von 3,7 vH.

### 1. Budgetpolitische Zielsetzung

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Arbeitsübereinkommen das fiskalpolitische Ziel gesetzt, bis zum Ende der Legislaturperiode das Nettodefizit auf unter 3 vH des Bruttoinlandsprodukts zu senken und die im Maastrichter Vertrag über die Europäische Union festgelegten Konvergenzkriterien für die öffentlichen Haushalte zu erreichen.

Während bis 1992 Jahr für Jahr Erfolge bei den Konsolidierungsbestrebungen verzeichnet werden konnten, mußten in den vergangenen zwei Jahren Rückschläge hingenommen werden. Schuld daran waren nicht nur rezessionsbedingte Einnahmefälle und Ausgabensteigerungen. Auch die Ausweitung des Personalaufwandes, die Expansion der Familien- und Sozialleistungen, insbesondere die Einführung des Pflegegeldes und des zweiten Karenzjahres, deren Kosten zudem unterschätzt wurden, haben die Dynamik in allen Ausgabenkategorien beschleunigt.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und angesichts des Finanzierungsbedarfs, den der EU-Beitritt für die öffentlichen Haushalte mit sich bringt, war zur Erreichung des in den Budgetrichtlinien verankerten Defizitziels für 1995 von rd. 100 Milliarden Schilling eine breit angelegte Konsolidierungsstrategie erforderlich. Sie stellte vor allem auf Reformmaßnahmen im Bereich des Personalaufwandes und der gesetzlichen Verpflichtungen sowie auf die Vorgabe genereller Ausgabenplafonds für die einzelnen Ressorts ab. Daneben waren auch einnahmenseitige Maßnahmen notwendig, wie die Erweiterung der Kommunalsteuer auf die Abschreibungen, deren Ertrag ausschließlich den Gemeinden zufließen wird, und die Ausweitung der Mineralölbesteuerung in Richtung einer Energieabgabe.

## 2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das konjunkturelle Umfeld Österreichs sollte sich im Jahre 1995 günstig entwickeln. So sollte sich das reale Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union auf knapp 3 vH beschleunigen und die Reformstaaten auf einen Wachstumspfad einschwenken, während das beginnende Ausklingen des Zyklus in Übersee weiterhin Wachstumsimpulse auf Europa ausstrahlen sollte.

Das Wachstum entwickelt sich weitgehend spannungsfrei, allerdings bei relativ hohen Realzinsen und einer hohen Arbeitslosenrate. Die günstige internationale Entwicklung könnte durch Bewegungen der Wechselkurse wichtiger Währungen beeinträchtigt werden, doch haben sich in jüngerer Vergangenheit die Handelsströme als relativ robust erwiesen.

Der Bundesvoranschlag 1995 wurde unter Zugrundelegung der Dezemberprognose 1994 des Wirtschaftsforschungsinstitutes über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Österreich erstellt, wobei von folgenden Eckdaten ausgegangen wurde:

Beim Bruttoinlandsprodukt wird 1995 ein nominelles Wachstum von 5,8 vH auf 2 373 Milliarden Schilling und ein reales Wachstum von 3,0 vH erwartet. Für den privaten Konsum zeigen die Prognosedaten ein reales Wachstum von 2,3 vH. Die Warenexporte sollen 1995 nominell um 10,0 vH und real um 7,8 vH, die Warenimporte nominell um 7,6 vH und real um 6,0 vH zunehmen. Für die Leistungsbilanz ist mit einem Defizit von rd 25 Milliarden Schilling zu rechnen. Die Arbeitslosenrate soll 4,2 vH (nach OECD-Kriterien) betragen. Das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme wird mit nominell 4,9 vH angenommen. Dieses Wachstum resultiert aus einem Anstieg der Zahl der unselbständig Beschäftigten um 0,9 vH und einem Einkommenszuwachs je Beschäftigten von 4,0 vH. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit 2,5 vH prognostiziert.

Wesentlich beinflusst wird der Bundesvoranschlag 1995 durch den Umstand, daß erstmals in vollem Ausmaß die budgetären Konsequenzen des Beitritts zur Europäischen Union in den öffentlichen Haushalten zu berücksichtigen sind.

## 3. Konjunkturausgleich-Voranschlag

Um im Jahre 1995 bei Bedarf konjunkturbelebende Maßnahmen setzen zu können, ist dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1995 ein Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) mit einer Stabilisierungs- und einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von insgesamt rund 5,1 Milliarden Schilling angeschlossen.

## 4. Budgetvollzug 1994

Der Bundesvoranschlag 1994 sah ein Defizit von 80,7 Milliarden Schilling oder 3,7 vH des Bruttoinlandsprodukts vor. Der vorläufige Gebarungserfolg weist einen Abgang im Bundeshaushalt von 104,8 Milliarden Schilling oder 4,7 vH des BIP aus. Im Vergleich zum Voranschlag wurden die Ausgaben um rd. 22,0 Milliarden Schilling überschritten und die Einnahmen um 2,2 Milliarden Schilling unterschritten.

Bei den Mehrausgaben handelt es sich allerdings größtenteils um Zuführungen zur Ausgleichsrücklage, die 1995 im Ausmaß von 15 Milliarden Schilling erfolgswirksam veranschlagt werden kann. Die relativ hohe Dotierung der Ausgleichsrücklage 1994 ist im wesentlichen auf unerwartet hohe Steuereinnahmen zu Jahresende zurückzuführen. Allerdings wird dieser für das Budget 1995 positive Liquiditätseffekt fast zur Gänze durch einen negativen kompensiert: Auf Grund des EU-Beitritts ist die Einfuhrumsatzsteuer im kommerziellen Verkehr durch die Erwerbsteuer zu ersetzen, was zur Folge hat, daß der bisherige Liquiditätszufluß entfällt; im Ergebnis verlagert das ein Sechstel der bisherigen Einfuhrumsatzsteuer (das sind rund 12 Milliarden Schilling) in das Folgejahr.



## **Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 78:**

### **1. Gesetzliche Grundlagen**

Zur Darstellung gelangt das Grundgesetz in der zuletzt gültigen Fassung.

### **2. Kompetenzänderungen und Ausgliederungen**

Die Vergleichbarkeit der Voranschlagsbeträge 1995 mit den Beträgen der beiden vorangegangenen Jahre ist infolge der Änderungen im Wirkungsbereich einiger Bundesministerien auf Grund der Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 1105/1994, nur bedingt möglich. Betroffen sind davon die Kapitel 10, 12, 13, 14, 18, 19 (neu), 20 und 63.

Weiters ist zu berücksichtigen, daß mit Jahresbeginn 1994 die Österreichischen Bundesbahnen (Kap. 79) und das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Titel 653) ausgegliedert wurden.

### **3. Personalausgaben**

Die Steigerung der Personalausgaben gegenüber 1993 und 1994 ist — abgesehen von sonstigen Ursachen, die gegebenenfalls bei den einzelnen Kapiteln erläutert werden — vor allem auf die Auswirkungen der allgemeinen Bezugsregulierungen mit Wirkung 1. Jänner 1994 und 1995 zurückzuführen.

### **4. Bezugsvorschüsse**

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln bewilligt werden.

### **5. Bundesrechnungsabschluß bzw. Bundesvoranschlag**

Die Zahlen des Jahres 1993 stellen den Erfolg, jene des Jahres 1994 den Bundesvoranschlag in der Fassung der 2. BFG-Novelle 1994, BGBl. Nr. 975, bzw. den vorläufigen Gebarungserfolg (Stand 31. Jänner 1995), und die des Jahres 1995 den Bundesvoranschlag dar.

Unter dem Hinweis „Veranschlagte Ausgaben“ und „Einnahmen“ werden die Beträge des Bundesvoranschlages 1995 verstanden.

Erläutert werden grundsätzlich nur die Voranschlagsbeträge 1995 und die wesentlichsten Unterschiede gegenüber dem Vorjahr.

### **6. Rundungsdifferenzen**

Bei Betragsangaben wurde einheitlich mathematisch bis einschließlich 4 ab- und ab 5 aufgerundet. Es kann daher bei Summen- bzw. Saldenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

## Kapitel 01 Präsidialkanzlei

### **Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Herrn Bundespräsidenten, der im Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBI. Nr. 450 in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz vom 4. August 1992, BGBl. Nr. 470, geregelt ist.

Die Präsidialkanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

### **Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	32,3	30,6	62,9	0,9
1994 .....	32,3	33,3	65,6	0,9
1994 vorl. Erf. ...	34,3	38,1	72,4	1,0
1995 .....	35,0	24,4	59,4	1,2

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 1995 beim Voranschlagsansatz 1/01008 „Aufwendungen“ 1,469 Millionen Schilling vorgesehen.

### **Bezüge des Herrn Bundespräsidenten**

Die Bezüge des Herrn Bundespräsidenten sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 19/1995, geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 „Aufwendungen“ (Gesetzl. Verpflichtungen)“ verrechnet.

**Kapitel 02 Bundesgesetzgebung**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24 und 51 ff. des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 sowie aus den Aufgaben der zur Besorgung der parlamentarischen Hilfsdienste und der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes sowie gleichartiger Tätigkeiten für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments berufenen Parlamentsdirektion gemäß Artikel 30 Bundes-Verfassungsgesetz, ferner auf Grund sonstiger Gesetze, die unter den jeweiligen Titeln angegeben sind.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	141,1	1 003,1	1 144,2	30,7
1994 .....	166,8	1 200,2	1 367,0	29,5
1994 vorl. Erf. ...	153,5	1 084,1	1 237,6	30,3
1995 .....	157,9	1 201,0	1 358,8	56,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 021 Nationalrat****Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 569/1993;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 19/1995;

Parlamentsmitarbeitergesetz, BGBl. Nr. 288/1992.

**Aufgaben**

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen.

Der Hauptausschuß des Nationalrates ist gemäß Artikel 23 e und f B-VG mit den Wahrnehmungen der Rechte des Nationalrates betreffend Vorhaben der Europäischen Union betraut.

Ferner bedarf ua. die Festsetzung von Postgebühren, Preisen der Monopolgegenstände sowie von Bezügen der in einem Dienstverhältnis zum Bund stehenden Personen, die in Betrieben des Bundes ständig beschäftigt sind, der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates.

Schließlich bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates.

Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Der Nationalrat überprüft die Geschäftsführung der Bundesregierung im Wege des Interpellations-, Resolutions- und Enqueterechts. Der Hauptausschuß des Nationalrates kann weiters die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	530,1	24,7
1994 .....	637,2	23,9
1994 vorl. Erf. ....	553,8	24,6
1995 .....	600,5	43,0



### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Minderausgaben gegenüber 1994, da im Vorjahr die Folgekosten der Nationalratswahl 1994 zu budgetieren waren.

Die veranschlagten Mehreinnahmen resultieren aus der Erhöhung des Pensionsbeitrages und Pensionssicherungsbeitrages im Bezügegesetz.

### **Titel 022 Bundesrat**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1993;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 19/1995.

#### **Aufgaben**

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hierbei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzmäßigenden Inhaltes sind, zu. Ferner hat der Bundesrat gemäß Artikel 23 e und f BV-G Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. Weiters steht in einigen Fällen dem Bundesrat das Recht der Zustimmung zu Beschlüssen des Nationalrates zu, wie zB bei gewissen Fristsetzungen für die Erlassung von Ausführungsgesetzen durch die Länder, bei Verfassungsgesetzen bzw. verfassungsändernden Staatsverträgen, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen und bei Staatsverträgen, welche Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder regeln.

In der Geschäftsordnung des Bundesrates ist ferner auch vorgesehen, daß dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	79,5	4,1
1994 .....	97,8	4,2
1994 vorl. Erf. ....	79,0	4,2
1995 .....	91,8	7,5

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Diese Ausgaben beinhalten u. a. die Vorsorge für die Folgekosten von Landtagswahlen, welche entsprechend der Anzahl der entsendeten Mitglieder einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die budgetären Erfordernisse haben. Für 1995 ergeben sich Minderausgaben, da keine Landtagswahlen vorgesehen sind.

### **Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Nationalrat und Bundesrat**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 742/1990;

Satzung des Europarates, BGBl. Nr. 121/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 745/1990;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 19/1995.

#### **Aufgaben**

Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsamen Hilfsdiensten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatäre an internationalen Institutionen wie der

Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben. Unter diesen Titel fallen auch Bezügeangelegenheiten der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	143,2	—
1994 .....	159,7	—
1994 vorl. Erf. ....	159,0	—
1995 .....	207,2	4,0

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Mehrausgaben sind auf die Bestimmungen des Klubfinanzierungsgesetzes 1985 zurückzuführen, welches die Höhe der Bezüge im öffentlichen Dienst als Berechnungsgrundlage dieser Ausgaben vorsieht. Darüber hinaus wird hier für die Bezüge der 21 österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments Vorsorge getroffen.

#### **Interparlamentarische Union (IPU)**

Als Beitrag zur Interparlamentarischen Union, die ihren Sitz in Genf hat und der die Parlamente zahlreicher europäischer und außereuropäischer Staaten angehören, ist ein Beitrag von 624 000 S veranschlagt.

Zur Bestreitung der mit der Teilnahme österreichischer Parlamentarier an den Arbeiten der IPU verbundenen Kosten ist ein Betrag von 3,005 Millionen Schilling vorgesehen.

#### **Veranstaltungen europäischer Parlamentarier**

Die Parlamentsdirektion hat ab 1985 die Administration der „Österreichischen parlamentarischen Delegation beim Europarat“ übernommen. Zur Bestreitung der hiermit verbundenen Kosten ist ein Betrag von insgesamt 5,280 Millionen Schilling vorgesehen.

Als Beitrag zur Parlamentarischen Versammlung der OSZE ist ein Betrag von 336 000 S veranschlagt.

#### **Internationale Kontakte**

Für sonstige internationale Kontakte österreichischer Parlamentarier sind 4,656 Millionen Schilling vorgesehen.

### **Titel 024 Parlamentsdirektion**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 569/1993;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 837/1993.

#### **Aufgaben**

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgenden parlamentarischen Hilfsdienste umfassen insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates sowie die Vorhabensberichte der Mitglieder der Bundesregierung in EU-Angelegenheiten, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume samt Infrastruktur und der entsprechenden Sachausgaben. Gemäß Artikel 30 Absatz 5 B-VG weist der Präsident des Nationalrates den parlamentarischen Klubs zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Bedienstete der Parlamentsdirektion zur Dienstleistung zu.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten, weiters die Vollziehung des Bezügegesetzes für die Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und den Präsidenten des Rechnungshofes sowie die Vollziehung des Parlamentsmitarbeitergesetzes für die parlamentarischen Mitarbeiter der Abgeordneten sowie die Verwaltungsangelegenheiten, die die österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments betreffen.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	141,1	250,3	391,4	1,9
1994 .....	166,8	305,6	472,4	1,4
1994 vorl. Erf. ...	153,5	292,3	445,8	1,5
1995 .....	157,9	301,6	459,4	1,4

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

In diesen Voranschlagsbeträgen ist für die laufenden Ausgaben der Parlamentsdirektion Vorsorge getroffen. Vorsorge wurde getroffen für notwendige Sanierungs- und Umbauarbeiten im historischen Parlamentsgebäude, die Schaffung von Büros für die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments und den Ausbau des parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems (PARLINKOM).

### Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:

Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 510/1993, und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

#### Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,

über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzswidrigkeit von Verordnungen,

über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,

über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,

über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,

über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,

über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob

1. ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
2. eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind.

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes regeln, zwischen dem Rechnungshof und einem Rechtsträger (Art. 121 Abs. 1 B-VG) sowie

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

#### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	24,6	32,7	57,3	0,7
1994 .....	25,3	35,2	60,6	0,9
1994 vorl. Erf. . .	25,6	32,7	58,3	0,6
1995 .....	26,5	35,4	61,9	0,9

## Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

### Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 und 130 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929; hier insbesondere in der Fassung der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 330/1990;

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;

Verordnung des Bundeskanzlers, BGBl. Nr. 104/1991.

### Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden — mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten —, womit

1. Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate oder
2. Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden einschließlich der unabhängigen Verwaltungssenate

behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.

Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	99,8	13,2	112,9	5,2
1994 .....	105,4	11,5	116,8	4,3
1994 vorl. Erf. ...	105,2	13,9	119,1	5,0
1995 .....	106,6	13,9	120,4	4,3

## Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

### Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 685, das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433, und das Geschäftsordnungsgesetz 1975, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1988, BGBl. Nr. 720. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben das Land Salzburg mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 28/1968, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 57/1991, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Juni 1989, Landesgesetzblatt für Oberösterreich Nr. 39/1989, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.

### Aufgaben

Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.

Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt,

von ihr vermutete Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;

den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen, dem zuständigen Organ der Selbstverwaltung oder der weisungsfreien Behörde Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlaß eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und

beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.

Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

Der Volksanwaltschaft obliegt ferner die Mitwirkung an der Erledigung der an den Nationalrat gerichteten Petitionen und Bürgerinitiativen.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	23,5	19,2	42,7	1,0
1994 .....	24,1	20,3	44,5	1,1
1994 vorl. Erf. ...	24,4	19,5	43,9	1,0
1995 .....	24,5	23,9	48,4	1,8

### Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung bei den Sachausgaben ist vor allem auf eine Vorsorge bei den Ruhebezügen der Volksanwälte, deren Amtsperiode mit 30. Juni 1995 endet, zurückzuführen.

## Kapitel 06 Rechnungshof

### Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

### Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1989.

### Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung der gesamten Wirtschaft des Bundes und der Gebarung des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20 000 Einwohnern) sowie der Gebarung der Träger der Sozialversicherung.

Der Rechnungshof hat auch die Gebarung jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellte Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluss zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI <sup>1)</sup> (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof vom V. Internationalen Kongreß in Jerusalem betraut.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	202,9	48,7	251,5	2,0
1994 .....	209,0	64,6	273,6	1,5
1994 vorl. Erf. ...	212,5	61,0	273,4	1,4
1995 .....	221,4	72,2	293,6	1,5

### Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung bei den Sachausgaben ist begründet durch ein Mehrerfordernis für Inlandsreisen, verstärkte internationale Kontakte, einen erhöhten Schulungsbedarf sowie durch die verstärkte Beziehung externer Sachverständiger.

### Bezüge des Präsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 19/1995, geregelt.

<sup>1)</sup> INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions.

## Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	892,6	3 588,4	4 481,0	657,6
1994 .....	901,6	3 813,9	4 715,5	798,3
1994 vorl. Erf. ...	938,2	3 951,5	4 889,7	881,4
1995 .....	1 021,2	3 187,1	4 208,3	664,8

Infolge Kompetenzänderungen aufgrund der Novelle zum Bundesministeriengesetz sind die Voranschlagsbeträge 1995 nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

### Titel 100 Bundeskanzleramt

#### Gesetzliche Grundlagen

- Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 19/1995;
- Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1993;
- Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993;
- Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 550/1994;
- Ausschreibungsgesetz, BGBl. Nr. 85/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 550/1994;
- Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 200/1985.

#### Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik, Angelegenheiten der Osthilfe, Koordination der umfassenden Landesverteidigung und des staatlichen Krisenmanagements, der grundlegenden Verhandlungspositionen der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Union sowie der Information der österreichischen Bevölkerung über die EU, der Durchführung des Auslandsdienstes auf Kurzwelle, der zusammenfassenden Behandlung der Strukturpolitik und der Koordination der finanziellen Abwicklung des Europäischen Regionalfonds, Angelegenheiten der Raumforschung, Raumordnung, Raumplanung und Regionalpolitik einschließlich der Koordination von Regionalprogrammen im Rahmen der EU-Strukturfonds, der Information und Dokumentation, des Datenschutzes und allgemeiner Personalangelegenheiten von öffentlich Bediensteten einschließlich der Ausbildung von Bundesbediensteten sowie Angelegenheiten der Gleichbehandlungskommission.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	376,8	1 684,8	2 061,6	580,7
1994 .....	382,3	1 805,5	2 187,8	708,5
1994 vorl. Erf. ...	406,7	1 976,4	2 383,1	797,1
1995 .....	412,0	1 641,0	2 053,0	551,6

#### Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben resultiert vor allem aus einer geringeren Dotierung der Mittel für den Innovations- und Technologiefonds sowie für die EU-Informationstätigkeit.



## **Paragraph 1000 Bundeskanzleramt-Zentraleitung**

### **Förderungen**

Die hier veranschlagten Mittel sind vor allem für Sondermaßnahmen der Bundesregierung für Katastrophenfälle im Ausland, die Förderung von Fraueninitiativen, die Unterstützung von Projekten des Bundesseniorenbeirates, die Weiterführung des HOPE-Jugendbeschäftigungsprogramms, die Austria Film- und Video-GmbH, die Unterstützung der Initiativen des Jewish Welcome Service, die Erhaltung der Lager in Auschwitz-Birkenau sowie die Förderung von Projekten im Zusammenhang mit der Europäischen Integration vorgesehen.

### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder und der Landeshauptmänner, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezugesgesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.

Weiters ist hier für die Beiträge an die OECD und OECD-Energieagentur vorgesorgt.

## **Paragraph 1001 Verwaltungsakademie**

Hier sind die Mittel für die Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung — wie etwa im Zusammenhang mit europäischer Integration — und der Schulung von Führungskräften veranschlagt.

## **Voranschlagsansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt**

Hier sind die Ausgaben, die mit der Herstellung und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

## **Paragraph 1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen**

Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.

Weiters werden Transferzahlungen der EU im Rahmen des Europäischen Regionalfonds an die Bundesländer bei diesem Paragraphen abgewickelt.

## **Paragraph 1005 Mittel d. Innovations- u. Technologiefonds**

Die Innovations- und Technologieförderung dient zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen im Bereich der gewerbl. Wirtschaft. Gefördert werden sollen insbesondere industriell-gewerbl. Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue oder verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen sowie Investitionen zur Anwendung internationaler Spitzentechnologie in Österreich (Weitere Erläuterungen siehe Paragraph 5110).

## **Paragraph 1006 Zusammenarbeit mit ZOR und NUS**

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Projekten für Hilfs- und Beratungsmaßnahmen sowie von projektbegleitenden Beratungsverträgen, die die zentral- und osteuropäischen Länder sowie die Neuen Unabhängigen Staaten in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft unterstützen sollen. Gegenstand dieser Unterstützung ist in erster Linie der Transfer österreichischen Know-hows.

## **Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Behörden-Überleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945;

Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut, StGBI. Nr. 90/1918, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 391/1986;

Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 167/1978;

EGVG-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 50/1991.

**Aufgaben**

Administration der Agenden der sechs Archivabteilungen „Allgemeines Verwaltungsarchiv (und Verkehrsarchiv)“, „Archiv der Republik“, „Finanz- und Hofkammerarchiv“, „Haus-, Hof- und Staatsarchiv“ und „Kriegsarchiv“ sowie der „Bibliothek des Österreichischen Staatsarchivs“ und deren Koordinierung durch die Generaldirektion. Wahrnehmung der dem Archivamt obliegenden behördlichen Tätigkeiten zur Durchführung von gesamtösterreichischen Sicherungsmaßnahmen bei in staatlichem und privatem Eigentum stehenden Archivalien sowie die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	52,2	16,3	68,5	0,8
1994 .....	52,5	20,4	72,9	1,0
1994 vorl. Erf. ...	52,9	16,2	69,1	0,9
1995 .....	55,1	20,0	75,2	0,9

**Titel 102 Statistisches Zentralamt****Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstatistikgesetz, BGBl. Nr. 91/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 390/1994;

Krebsstatistikgesetz, BGBl. Nr. 138/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 425/1969;

Verordnung über die Agrarstrukturerhebung, BGBl. Nr. 844/1994;

Verordnung über die Allgemeine Viehzählung, BGBl. Nr. 347/1993;

Verordnung über statistische Erhebung über den Stand und die Entwicklung der industriellen Gütererzeugung, BGBl. Nr. 406/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 58/1977;

Verordnung über statistische Erhebung über den Stand und die Entwicklung der gewerblichen Gütererzeugung und Dienstleistungen, BGBl. Nr. 407/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 697/1988;

Handelsstatistisches Gesetz, BGBl. Nr. 66/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 31/1994;

Güterbeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 63/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 126/1993;

Straßen- und Schienenverkehrsgesetz, BGBl. Nr. 142/1983;

Kraftfahrgesetz, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 456/1993;

Wohnbaustatistikverordnung, BGBl. Nr. 342/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 624/1989;

Mikrozensusverordnung, BGBl. Nr. 334/1967;

Meldegesezt, BGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 549/1994 (Wanderungsstatistik);

Verwaltungsvereinbarungen für das ÖKO-Punktesystem, BGBl. Nr. 879/1992 und BGBl. Nr. 823/1992;

Verordnung über Viehzählungen in den Jahren 1995 und 1996, BGBl. Nr. 965/1994 (Stichprobenerhebung).

**Aufgaben**

Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels- (insbesondere die EU-Binnenhandelsstatistik INTRASTAT), Sozial- und Wohnbaustatistik sowie der Finanzstatistik, der Statistik des Volkseinkommens und der Umweltstatistik, wobei der Umstellung auf die EU-Erfordernisse größtes Gewicht zukommt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	421,8	207,7	629,5	15,0
1994 .....	425,5	160,9	586,4	15,5
1994 vorl. Erf. ...	438,4	178,3	616,7	17,1
1995 .....	470,2	197,5	667,7	26,6

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung der Personalausgaben ist vor allem auf einen vermehrten Personalbedarf im Zusammenhang mit der Erstellung von EU-konformen Statistiken zurückzuführen.

Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert vor allem aus der Steigerung der Entschädigungen an die Gemeinden für deren Mitwirkung an statistischen Erhebungen, aus ADV- und sonstigen zusätzlichen Erfordernissen für die Durchführung von EU-Statistiken.

**Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei****Gesetzliche Grundlagen**

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981.

**Aufgaben**

Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung und der Verlag der „Wiener Zeitung“.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	41,9	0,7	42,6	42,8
1994 .....	41,3	0,8	42,2	42,2
1994 vorl. Erf. ...	40,2	1,0	41,2	41,1
1995 .....	42,1	0,8	43,0	43,0

Hier werden lediglich Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers „Österreichische Staatsdruckerei“ verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

**Titel 104 Presse- und Parteienförderung****Gesetzliche Grundlagen**

Presseförderungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 228, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 865/1992;

Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 238/1991;

Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984, BGBl. Nr. 369, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1991.

**Aufgaben**

Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1993 .....	622,1	0,0
1994 .....	778,1	0,0
1994 vorl. Erf. ....	762,2	0,0
1995 .....	630,0	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung ergibt sich im überwiegenden Ausmaß aus dem Wegfall des Wahlkampfkostenerersatzes an die politischen Parteien.

Von den für 1995 veranschlagten Ausgaben entfallen:

132,9 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Akademien,

212,8 Millionen Schilling auf Zuwendungen an politische Parteien,

7,9 Millionen Schilling auf Zuwendungen für politische Bildungsarbeit und Publizistik,

94,1 Millionen Schilling auf die allgemeine Presseförderung,

172,8 Millionen Schilling auf die besondere Presseförderung und  
9,6 Millionen Schilling auf die Presseförderung — Journalistenausbildung.

## **Titel 105 Volkgruppenförderung**

### **Gesetzliche Grundlage**

Volkstgruppenengesetz, BGBl. Nr. 396/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1988.

### **Aufgaben**

Maßnahmen zur Förderung der Volkgruppen in Österreich.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1993 .....	36,5	0,0
1994 .....	39,8	0,0
1994 vorl. Erf. ....	38,3	0,0
1995 .....	42,7	0,0

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung ist auf die Berücksichtigung der Beiratsgründung bei der tschechischen und slowakischen Volkgruppe sowie auf die Förderung in Proportion zur Volkgruppenstärke — vor allem bei den Ungarn — zurückzuführen.

## **Titel 107 Sportangelegenheiten**

### **Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

### **Aufgaben**

Förderung und Unterstützung des Sports auf gesamtösterreichischer und internationaler Ebene.

Die Ausgaben und Einnahmen für Sportförderung und für die Bundessportheime wurden bis 1994 beim Kap. 17, unter den Paragraphen 1725 und 1797 veranschlagt und verrechnet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	85,6	637,6	723,2	88,3
1994 .....	84,6	720,4	805,0	92,8
1994 vorl. Erf. ...	85,6	647,8	733,4	91,2
1995 .....	41,6	655,0	696,7	42,7

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung der Personal- und Sachausgaben ergibt sich aus dem Umstand, daß bei den Bundessportheimen und Sporteinrichtungen im Hinblick auf die beabsichtigte Privatisierung lediglich der Aufwand für ein halbes Jahr veranschlagt wurde.

## **Paragraph 1070 Sportförderung**

### **Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Sportförderung aus besonderen Förderungsmitteln (Sporttoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

### **Förderungen (D)**

Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

**Förderungen**

Unterstützung von Vorhaben der österreichischen Dach- und Fachverbände. Der Bund ist ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten im Rahmen des Österreichischen Sportstättenplanes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

**Aufwendungen**

Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für Ehrenpreise, das Österreichische Sport- und Turnabzeichen, für Tagungen und Veranstaltungen sowie Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Inland.

**Paragraph 1075 Bundessportheime und Sporteinrichtungen****Aufgaben**

Betrieb von 11 Bundessportheimen bzw. Bundessportschulen.

Das Bundesstadion Graz-Liebenau wurde mit 1. März 1995 an die Stadt Graz übereignet.

**Anlagen**

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sporteinrichtungen vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Veranschlagt sind die öffentlichen Abgaben und die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für die Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

**Aufwendungen**

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der gesamten Sportanlagen und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Überweisungen an die Länder gemäß den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995, veranschlagt.

**Kapitel 11 Inneres**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt G.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	12 678,8	5 668,1	18 346,9	675,1
1994 .....	12 824,0	4 838,3	17 662,3	615,1
1994 vorl. Erf. ...	13 471,3	6 022,5	19 493,8	777,1
1995 .....	14 113,1	6 126,3	20 239,4	815,9

Im einzelnen ist zu bemerken:

**Titel 110 Bundesministerium für Inneres****Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, mit Ausnahme ihrer Vermessung und Vermarkung, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie und sonstiger Wachkörper, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, soweit sie nicht von Justizbehörden zu vollziehen sind, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbegehren, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums fallen, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	679,0	559,5	1 238,4	37,2
1994 .....	687,1	637,1	1 324,2	38,9
1994 vorl. Erf. ...	734,5	714,0	1 448,5	33,8
1995 .....	776,5	927,4	1 703,9	39,9

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Steigerung gegenüber dem Jahre 1994 ergibt sich neben der mit 1.1. 1995 geltenden Gehaltsregelung für den Bundesbereich durch einen erhöhten Aufwand im ADV-Bereich und bei den Einsatzgruppen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie bei den Wahlkosten.

**Anlagen**

Veranschlagt sind insbesondere Investitionen im ADV-Bereich sowie Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz von Kraftfahrzeugen, Amtseinrichtungen und technischer Ausstattung.

**Förderungen**

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen teils der Förderung und Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive, teils werden die Förderungsbeträge anderen Subventionswerbern gewährt. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel im Zusammenhang mit Auslandsdiensten gemäß § 12 b ZDG sowie für die Verkehrs-, Unfall- und Einsatzstatistik veranschlagt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet den Aufwand für die Familien- und Geburtenbeihilfen, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

## **Aufwendungen**

Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die automationsunterstützte Datenverarbeitung in Höhe von rund 174 Millionen Schilling. Weiters sind die Mitgliedsbeiträge zu internationalen Organisationen, insbesondere die österreichischen Beiträge an Schengen, zur INTERPOL sowie zur EUROPOL veranschlagt.

## **Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1013/1994;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Wien über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 106/1990.

Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden (Katastrophenfondsgesetz 1986), BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 4 Z 2 des Katastrophenfondsgesetzes 1986, in der derzeit geltenden Fassung, zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungrechte an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;

Bundes-Verfassungsgesetz: Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 187/1994.

### **Aufgaben bzw. Organisation**

#### **Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

Unter „Flugpolizei“ ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst“ hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 19 Hubschrauber, 4 Motorflugzeuge und die notwendigen Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die acht Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Lienz/Nikolsdorf und Flugplatz Hohenems/Dornbirn verteilt.

#### **Zivilschutz**

Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder

technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen — als maßgebliche Träger des Zivilschutzes — und eine vermehrte Öffentlichkeitsarbeit durch den Österreichischen Zivilschutzverband zur Stärkung der Selbstschutzmaßnahmen des einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1993 .....	746,9	181,9
1994 .....	662,8	170,4
1994 vorl. Erf. ....	948,9	266,5
1995 .....	908,1	291,8

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1993	1994	1994 vorl. Erf.	1995
	Millionen Schilling			
Flugpolizei und Flugrettungsdienst .....	91,5	89,7	79,2	81,7
Zivilschutz: <sup>1)</sup>				
Vorsorge für alle Ressorts				
Bereich Inneres .....	18,3	23,4	22,4	25,9
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds) .....	41,8	50,0	41,5	50,0
Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965 .....	19,4	18,6	22,1	13,0
Zivildienst .....	506,9	411,6	689,5	659,8
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung .....	59,3	60,0	78,5	71,9
Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschn. G, Z 12 BMG .....	9,7	9,5	15,7	5,8
Summe ...	746,9	662,8	948,9	908,1

#### **Paragraph 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

Im Jahre 1995 ist die Anschaffung eines Hubschraubers für exekutive und zentrale Aufgaben vorgesehen.

#### **Paragraph 1111 Zivilschutz**

Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im wesentlichen bei den Selbstschutz-Informationszentren sowie durch höhere Leitungsmieten im Rahmen des Warn- und Alarmdienstes.

#### **Paragraph 1112 Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)**

Bei diesem Paragraph wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes 1986, in der derzeit geltenden Fassung, berücksichtigt, die vorsehen, daß jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 50 Millionen Schilling zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hiefür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

#### **Paragraph 1116 Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965**

Hier ist der Aufwand für die Österreichischen UN-Polizeikontingente veranschlagt.

#### **Paragraph 1117 Zivildienst**

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die im ordentlichen Zivildienst eingesetzten Zivildienstpflichtigen veranschlagt.

#### **Paragraph 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung**

Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgeldern gemäß § 100 StVO.

<sup>1)</sup> Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraph 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar im wesentlichen bei folgenden Paragraphen:  
6000, 6304, 6530, 7831 und 7931



**Paragraph 1119 Angelegenheiten gemäß Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt G, Z 12 BMG**

Verrechnung der Kosten für Ersatzvornahmen nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz vorwiegend bei Entsorgungsmaßnahmen (Vollstreckungskosten), die bei Nichtbegleichung durch den Verpflichteten als Zweckaufwand in der mittelbaren Bundesverwaltung unmittelbar bei ihrer Entstehung zu tragen sind.

**Titel 112 Bundesministerium für Inneres (Sonstiger Zweckaufwand)**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	21,7	—
1994 .....	62,5	0,0
1994 vorl. Erf. ....	14,6	—
1995 .....	22,5	0,0

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 112 wie folgt:

	1993	1994 Millionen Schilling	1994 vorl. Erf.	1995
Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge .....	6,0	6,5	6,2	6,4
Fremdenwesen .....	15,7	56,0	8,4	16,1
Summe ...	21,7	62,5	14,6	22,5

**Paragraph 1121 Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge**

**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBI. Nr. 303/1920;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

**Aufgaben**

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.

Für Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten an Kriegsgräberanlagen wurden für 1995 6,4 Millionen Schilling veranschlagt.

**Paragraph 1122 Fremdenwesen**

**Gesetzliche Grundlage**

Fremdengesetz, BGBl. Nr. 838/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994.

**Aufgaben**

Bei diesem Paragraph sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen der Vollziehung des Fremdengesetzes vom Bund zu tragen sind.

**Titel 113 Bundespolizei****Gesetzliche Grundlagen**

Verordnung der Bundesregierung vom 7. Dezember 1976 über den Wirkungsbereich der Bundespolizeibehörden, BGBl. Nr. 690/1976;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 566/1991;

Verordnung des Bundesministeriums für Inneres vom 26. Februar 1946 über die Einrichtung und den Wirkungsbereich der Sicherheitsdirektionen, BGBl. Nr. 74/1946;

Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993.

**Aufgaben**

In 14 Städten werden die Polizeiyagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

**Organisation**

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 9 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	6 173,0	1 440,6	7 613,6	368,3
1994 .....	6 250,5	1 580,0	7 830,5	346,1
1994 vorl. Erf. ...	6 514,4	1 634,7	8 149,1	395,3
1995 .....	6 776,0	1 801,3	8 577,3	412,6

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Ausgabensteigerung ist auf die ab 1. 1. 1995 geltende Bezugsregelung und auf zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung aller Arten der Kriminalität zurückzuführen. Dadurch sind erhöhte Ausgaben, insbesondere bei den Anschaffungen und dem Betrieb auf dem Fernmelde- und ADV-Sektor, erforderlich.

**Polizei-Massafonds**

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1995 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage) .....	45,8
Sonstiges .....	0,3
Zusammen ...	46,1

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten .....	45,5
Fondsaufwand .....	0,3
Zuführung an Rücklagen .....	0,3
Zusammen ...	46,1

**Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei**

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlaß vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1995 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen) .....	0,400
Sonstiges .....	0,900
Zusammen ...	1,300

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Unterstützungen .....	0,850
Zuführung an Rücklagen .....	0,450
Zusammen ...	1,300

## **Titel 114 Bundesgendarmerie**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Gendarmeriegesetz, RGBl. Nr. 1/1895, in der Fassung StGBI. Nr. 75/1918 und BGBl. Nr. 59/1972, Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 566/1991,

Sicherheitspolizeigesetz; BGBl. Nr. 566/1991;

Richtlinien-Verordnung, BGBl. Nr. 266/1993;

Sondereinheiten-Verordnung, BGBl. Nr. 267/1993;

Bezirksgendarmeriekommanden-Verordnung, BGBl. Nr. 268/1993.

### **Aufgaben**

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

### **Organisation**

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 8 Schulungsabteilungen mit 2 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 35 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 8 Außenstellen, 86 Bezirksgendarmeriekommanden, 861 Gendarmerieposten mit 5 Außenstellen sowie 1 Gendarmeriezentralschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	5 753,0	1 514,5	7 267,5	53,3
1994 .....	5 802,6	1 419,8	7 222,4	54,2
1994 vorl. Erf. ...	6 146,5	1 631,9	7 778,4	60,2
1995 .....	6 478,2	1 694,1	8 172,3	54,9

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Das Mehrerfordernis ergibt sich hauptsächlich durch Planstellenvermehrungen, durch die ab 1. 1. 1995 geltende Bezugsregelung sowie durch gesteigerte Aufgabenstellungen bei der Kriminalitätsbekämpfung. Dadurch verbunden sind erhöhte Geldmittel für Investitionen im Fernmeldebereich, auf dem ADV-Sektor und für die Verbesserung der Ausstattung von Gendarmeriedienststellen sowie im Zusammenhang mit dem Einsatz von Bediensteten beim Grenzdienst vorgesehen.

### **Massafonds der Bundesgendarmerie**

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1995 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage) .....	62,2
Sonstiges .....	0,7
Zusammen ...	62,9

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten .....	62,3
Fondsaufwand .....	0,6
Zusammen ...	62,9

## **Titel 115 Besondere Einrichtungen**

### **Gesetzliche Grundlagen**

#### **Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl, BGBl. Nr. 8/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 838/1992;

Bundesgesetz über die Betreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 405/1991;

Verordnung über die Bundesbetreuung der Asylwerber, BGBl. Nr. 31/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 352/1993;

Bundesgesetz über die Regelung des Aufenthaltes von Fremden in Österreich, BGBl. Nr. 466/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;

Verordnung der Bundesregierung über die Anzahl der Bewilligungen nach dem Aufenthaltsgesetz, BGBl. Nr. 1023/1994;

Verordnung über das Aufenthaltsrecht von kriegsvertriebenen Staatsangehörigen von Bosnien-Herzegowina, BGBl. Nr. 1038/1994.

#### **Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen**

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

#### **Paragraph 1152 Bundesasylamt**

Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl, BGBl. Nr. 8/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 838/1992.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	73,8	1 384,9	1 458,7	34,4
1994 .....	83,8	476,1	559,9	5,5
1994 vorl. Erf. ...	75,9	1 078,4	1 154,3	21,3
1995 .....	82,4	773,0	855,4	16,7

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	1993	1994	1994 vorl. Erf.	1995
	Millionen Schilling			
Flüchtlingsbetreuung und Integration .....	1 416,5	494,2	1 110,1	785,1
Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen .....	7,0	7,1	6,5	21,8
Bundesasylamt .....	35,2	58,6	37,7	48,5
Summe ...	1 458,7	559,9	1 154,3	855,4

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Höhe der Sachausgaben beim Paragraph 1150 richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Asylwerber und Flüchtlinge.

**Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung und Integration**

Bei diesem Paragraph sind vor allem die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Asylwerber und Flüchtlinge, der Kriegsflüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina bzw. Aufwendungen für Integrationsmaßnahmen sowie die Beiträge an internationale Organisationen veranschlagt.

Der Beitrag zum Fonds zur Integration von Flüchtlingen in Höhe von 17,3 Millionen Schilling ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

**Einnahmen**

Die in den Betreuungsstellen untergebrachten Asylwerber und Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.

**Betreuungsstellen und Insassen**

Die Zahl der Betreuungsstellen und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1992	1993	1994
Betreuungsstellen .....	5	5	6 <sup>2)</sup>
Insassen .....	1 028	1 100 <sup>1)</sup>	1 070 <sup>1)</sup>
Unterbringung in Gasthöfen .....	10 763	5 600	1 000

**Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen****Aufwendungen**

Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen bzw. der Gedenkstätten Melk und Ebensee sowie die Ausgaben für Veranstaltungen anlässlich der 50. Wiederkehr der Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus.

**Einnahmen**

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den für den Besuch des Öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen einzuhebenden Eintrittsgebühren.

**Paragraph 1152 Bundesasylamt****Aufgaben bzw. Organisation**

Mit Inkrafttreten des Asylgesetzes 1991 wurde als Asylbehörde 1. Instanz ein Bundesasylamt eingerichtet, das über die bei diesem Amt eingebrachten Asylanträge zu entscheiden hat.

Zur besseren Abwicklung der Asylverfahren wurden in den Bundesländern 7 Außenstellen des Bundesasylamtes eingerichtet.

**Ausgaben**

Bei diesem Paragraph sind vor allem neben den erforderlichen Geldmitteln für den laufenden Dienstbetrieb Gebühren für Dolmetscher veranschlagt.

**Konjunkturausgleich-Voranschlag**

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote .....	28,400
Konjunkturbelebungsquote .....	28,400
<b>Verwendungszweck (je Quote):</b>	
1. Subvention an die Feuerwehr zum Ankauf von Geräten, die dem Zivilschutz dienen ...	0,500
2. Kraftfahrzeugsektor .....	9,000
3. Nachrichtensektor .....	6,900
4. Amtsausstattung .....	12,000

<sup>1)</sup> In dieser Summe sind im Jahre 1993 800 und im Jahre 1994 870 Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina enthalten.

<sup>2)</sup> Einschließlich Integrationswohnheim Wien 9., Nußdorfer Straße 23.

**Kapitel 12 Unterricht und kulturelle Angelegenheiten**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt N.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	22 681,6	36 943,1	59 624,8	568,6
1994 .....	23 412,1	38 982,6	62 394,7	585,9
1994 vorl. Erf. . . . .	23 994,1	39 447,1	63 441,2	602,0
1995 .....	25 320,2	40 888,7	66 208,9	688,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 120 Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten****Gesetzliche Grundlagen**

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982, und des Vierten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 86/1990;

Bundesgesetz über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 618/1989;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 616/1989;

Bundesgesetz über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 617/1989;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992.

**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulauflassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schulerrichtung und Schulauflassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Hofmusikkapelle, der Museen, der Nationalbibliothek, der Phonotheek und des Bundesdenkmalamts.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

Angelegenheiten der innerstaatlichen Durchführung kultureller Auslandsangelegenheiten (Koordination und Organisation).

**Kapitel 12 — Titel 120**

35

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	323,0	2 082,7	2 405,7	55,2
1994 .....	347,9	2 867,6	3 215,5	57,6
1994 vorl. Erf. ...	348,7	2 877,9	3 226,5	58,2
1995 .....	350,9	2 304,4	2 655,3	57,2

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus der Veranschlagung der Mietaufwendungen nach dem BIG-Gesetz und bei der Schulraumbeschaffung.

**Anlagen**

Bei diesem Voranschlagsansatz ist unter anderem für die Zahlung der dritten Rate zum Ankauf eines Schulhaus-Bootes und für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

**Förderungen**

Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der „Allgemeinen Kulturförderung“, des „Bildungsfilms“, des „Österr. Kulturservice“, bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung, der Mädchen- und Frauenbildung und der Vorbereitung auf die „Anniversarien 1995“ sowie für Vereinigungen, die kulturelle und pädagogische Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)****Kultus — Ständige Leistungen**

Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und Altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 550,8 Millionen Schilling setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1 358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

**Aufwendungen**

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt. Veranschlagt sind ua. Beträge für die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst abgeschlossenen Kulturabkommen (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau von Österreich-Zentren im Ausland (derzeit Schweden; Planung: Spanien, Israel, Japan); Finanzierung und Durchführung von Expertenbesuchen und Aktionen mit ausländischen Partnern in den Bereichen Kultur und Pädagogik. Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen.

**Schulraumbeschaffung und -bewirtschaftung**

Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogrammes. Damit werden die vertraglich festgelegten Raten der Projekte des Schulraumbeschaffungsprogrammes, die Refundierung der anteiligen Instandhaltungskosten an den Eigentümer dieser nicht im Eigentum des Bundes befindlichen Objekte sowie die Entgelte für die mit diesen Projekten im Zusammenhang stehenden bautechnischen Kollaudierungen, Planungsstudien u. dgl. bezahlt.

Außerdem sind auch die Mietaufwendungen nach dem BIG-Gesetz und die Kosten für die Durchführung der Begleitmaßnahmen des Schulraumbeschaffungsprogrammes zur Sicherung der notwendigen und in Kooperation mit anderen Rechtsträgern geschaffenen Sportanlagen- und Schülerheimkapazitäten veranschlagt.

Ferner sind verschiedene auf vertragliche Verpflichtungen des Bundes zurückzuführende Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

**Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand für Erziehung und Unterricht****Aufgaben**

Dieser Zweckaufwand umfaßt vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemein-pädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für das allgemeinbildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen und für die Lehrer- und Erzieherbildung.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	1 142,1	0,6
1994 .....	1 254,6	1,2
1994 vorl. Erf. ....	1 094,0	1,5
1995 .....	1 197,8	1,9

**Paragraph 1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse****Gesetzliche Grundlagen**

Schülerbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 640/1994;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 619/1994;

Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975.

**Anlagen**

Hier ist vor allem für Einrichtungserfordernisse für das Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung sowie für Software vorgesorgt.

**Förderungen**

Förderungszuwendungen für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, das Museum Arbeitswelt in Steyr, das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, für Maßnahmen der Umweltbildung, der Kulturvermittlung, der Bildungscooperation (Ostaktivitäten) sowie für sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nicht selbst durchgeführt werden können.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier werden die Ausgaben für Schülerbeihilfen, Studienförderungen, die laufenden Transferzahlungen an die Länder für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, für die Beteiligung an EU-Projekten, für EU-Informationen der Schulen, für Projekte der autonomen Entwicklung von Schulkultur, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen und für den internationalen Lehreraustausch.

Obwohl durch das Studienförderungsgesetz und das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Gruppen von Studierenden und Schülern Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes eingeräumt wird, sind zusätzliche Unterstützungen für Härtefälle und zur Förderung besonderer Studienleistungen vorgesehen. Neben Unterstützungen aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sind auch Leistungsstipendien nach dem Studienförderungsgesetz für Studierende an Sozialakademien veranschlagt.

**Paragraph 1221 Erwachsenenbildung****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.



## **Förderungen**

Weiterführung und Ausbau des kooperativen Systems der Erwachsenenbildung. Darüber hinaus sind folgende Schwerpunkte zur weiteren Strukturverbesserung der Erwachsenenbildung vorgesehen:

- Ausbau eines computergestützten Erwachsenenbildungs-Informationsservice (EBIS)
- Entwicklung von Selbststudienmaterialien im Rahmen des Zweiten Bildungsweges
- Neue Wege des Fremdsprachenlernens
- Zweckgebundene Personalsubventionen als notwendige Voraussetzung für eine gezielte Ausweitung der Bildungsangebote mit entsprechender Planung und Betreuung durch hauptberufliches pädagogisches Personal
- gezielte Förderung innovativer Bildungsangebote.

### **Paragraph 1225 Allgemeinbildendes Schulwesen**

#### **Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den gesamten Förderungsbereich des allgemeinbildenden Schulwesens.

Veranschlagt sind vor allem Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen sowie für deren Ausbau und Modernisierung, insbesondere auch für die Ausstattung mit Unterrichtscomputern und für Refundierungen. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung und Unterstützung von privaten Konvikten, Internaten und Schülerheimen.

Schließlich sind der Bundeszuschuß für die Internationale Schule Wien sowie verschiedene Baukostenzuschüsse veranschlagt.

### **Paragraph 1226 Berufsbildendes Schulwesen**

#### **Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens.

Hier sind vor allem Förderungszuwendungen an private Schulerhalter und gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

### **Paragraph 1227 Lehrer- und Erzieherbildung**

#### **Förderungen**

Die Zuwendungen für die Studentenvertretung dienen der Förderung der pädagogischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten der Studierenden an privaten Pädagogischen und Religionspädagogischen Akademien.

Die privaten Pädagogischen Akademien erhalten Zuschüsse zur Ausstattung mit Computern, weiters ist die Neueinrichtung der Pädagogischen Akademie der Diözese Innsbruck im Zuge der Übersiedlung nach Stams vorgesehen.

Die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur lehrplanmäßigen Ausstattung der Unterrichtsräume auf Grund der 7. SchOG-Novelle.

Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 50 Reisestipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedsstaaten des Europarates.

## **Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen**

Bis 1994 wurden die Ausgaben und Einnahmen für die Hofmusikkapelle beim Kap. 13, Titel 132, für die Museen, Bundesdenkmalamt und Denkmalfonds beim Kap. 14, Paragraphen 1440, 1441, 1450, 1451 und 1452 veranschlagt und verrechnet. Die Ausgaben und Einnahmen der Österreichischen Nationalbibliothek und der Österreichischen Phonotheek wurden bei den Paragraphen 1422 und 1423 mitveranschlagt und mitverrechnet.

### **Organisation**

Zu den nachgeordneten Dienststellen gehören die Hofmusikkapelle, Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen, die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, die bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, weiters die Museen, die Nationalbibliothek und Phonotheek sowie das Bundesdenkmalamt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	74,2	112,1	186,3	78,7
1994 .....	76,5	118,2	194,7	81,4
1994 vorl. Erf. ...	75,0	114,6	189,7	88,7
1995 .....	716,8	908,9	1 625,7	179,0

**Paragraph 1240 Hofmusikkapelle****Aufgaben**

Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem zweiten vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choralscola.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	8,6	4,5	13,1	3,5
1994 .....	9,3	6,0	15,3	3,8
1994 vorl. Erf. ...	8,8	5,3	14,1	4,3
1995 .....	9,1	6,2	15,3	5,2

**Anlagen**

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie die Ausstattung der Hofmusikkapelle mit einer Feuermelde-Alarmanlage.

**Aufwendungen**

Hier sind Aufwendungen für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Sängerknaben, Choral Sänger, Gastsolisten und -dirigenten usw.), veranschlagt.

**Paragraph 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen****Aufgaben**

Vorsorge für 5 Bundesheime und 8 Bundesspielplätze, für die Belange der Leibeserziehung sowie für die Durchführung und Beschickung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	22,8	21,7	44,4	21,0
1994 .....	24,0	23,2	47,2	22,3
1994 vorl. Erf. ...	22,2	22,3	44,5	24,7
1995 .....	22,9	21,2	44,1	22,6

**Anlagen**

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sportanlagen vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

**Aufwendungen**

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der Spielplätze und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Durchführung von Koordinationstagungen aus Leibeserziehung und für Schulsportveranstaltungen veranschlagt.

**Paragraph 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung****Aufgaben**

Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	12,3	58,8	71,1	49,8
1994 .....	12,7	60,9	73,7	50,0
1994 vorl. Erf. ...	13,1	59,2	72,3	54,4
1995 .....	13,6	54,2	67,9	52,0

**Anlagen**

Hier wird für die weitere Einrichtung und Instandhaltung der beiden Jugendhäuser Wien/Hirschengasse vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Veranschlagt sind vor allem Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen.

**Aufwendungen**

Die Budgetmittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen“, bei der im Schuljahr 1993/94 1 497 Gruppen mit 35 205 Schülern und Jugendlichen die Bundeshauptstadt besuchten, bzw. der internationalen Jugendaktion „Europas Jugend lernt Wien kennen“, wo im Schuljahr 1993/94 156 Gruppen mit 3 070 Teilnehmern betreut wurden, werden hier veranschlagt.

**Paragraph 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung****Gesetzliche Grundlage**

BGBl. Nr. 171/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 286/1990.

**Aufgaben**

Aus diesen Mitteln werden der laufende Betrieb der Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung und des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang, die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern, der Auf- und Ausbau der Bildungsinformations- und -beratungsstellen für Erwachsene an den Förderungsstellen sowie die Zeitschrift „Erwachsenenbildung in Österreich“ finanziert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	39,1	31,6	70,7	7,9
1994 .....	39,8	34,0	73,8	9,0
1994 vorl. Erf. ...	39,8	33,1	72,8	9,6
1995 .....	41,6	30,4	72,0	9,0

**Anlagen**

Hier wird für notwendige Einrichtungserfordernisse, technische Anlagen und Geräte in den Förderungsstellen und im Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für die Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Beträge für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden zentrale Veranstaltungen und Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang finanziert. Weiters dienen diese Mittel zur Einrichtung von Bildungsinformations- und Bildungsberatungsstellen für Erwachsene (in erster Linie in den Förderungsstellen). Auch die Kosten für die Wanderbüchereien und für diverse Publikationen (Zeitschrift „Erwachsenenbildung in Österreich“, „Erwachsenenbildung in Österreich — Ein Überblick“, etc.) werden aus diesem Voranschlagsansatz bestritten.

**Paragrafhe 1244 und 1245 Museen****Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Bundesgesetz zur Errichtung einer Museumsquartier-, Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, BGBl. Nr. 372/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1993;

Bundesgesetz betreffend die Finanzierung des Erwerbs der „Sammlung Leopold“, BGBl. Nr. 621/1994.

**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.

Weiters wird für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee vorgesorgt.

Zahlungen für die Stiftung Ludwig, Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier sind ebenfalls aus den Museumskrediten zu bedecken.

Die Aufgaben der Bundesmuseen umfassen insbesondere den planmäßigen Aufbau und die Anlage neuer Sammlungen, die Prüfung von Sammlungen auf ihren Erhaltungszustand sowie ihre Restaurierung und Sicherung, ferner die Darbietung ausgewählter Objekte für Schausammlungen und Ausstellungen.

Gemäß Ministerratsbeschluss vom 18. Juli 1990, Zl. 608 030/35-V/12/90, („zweite Museumsmilliarde“) sollen in den Jahren 1992 bis 1995 schwerpunktmäßig jene Investitionen getätigt werden, die einer Anhebung des Standards zur Benutzerfreundlichkeit in den Bundesmuseen dienen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	371,5	836,7	1 208,2	61,9
1994 .....	370,4	543,6	914,0	64,0
1994 vorl. Erf. ...	391,5	526,9	918,4	64,3
1995 .....	407,5	521,4	928,9	66,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Auf Grund der durch die Forschungsorganisationsgesetz-Novelle 1989 geschaffenen Teilrechtsfähigkeit der Museen wurden im BVA 1995 zweckgebundene Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 17,4 Millionen Schilling veranschlagt.

**Anlagen**

Investitionen im Zusammenhang mit den Generalsanierungsmaßnahmen erfolgen dem Baufortschritt entsprechend. Schwerpunkte sind Teilfertigstellung der Schauräume und Einrichtung eines Kaffee-Restaurants im Schloßgebäude des Oberen Belvedere sowie Einrichtung des Botanischen Schausaals und Kuppelkaffees im Naturhistorischen Museum.

**Förderungen**

Für die gemäß BGBl. Nr. 621/1994 vorgesehene Finanzierung des Erwerbes der „Sammlung Leopold“ wurden 72 Millionen Schilling veranschlagt.

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Bei diesem Voranschlagsansatz sind auch die Bundesbeiträge für die

Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde veranschlagt.

### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

### **Aufwendungen**

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Bedeckung der fixen Betriebsaufwendungen für zehn Bundesmuseen sowie zur Finanzierung der nichtständigen Ausstellungen, wie zB Europe after the Flood, Die Fürsten Esterhazy, Buddha in Indien, Sofonisba Anguissola, Wanderausstellung Minerale und Erz aus den Hohen Tauern, Gewebte Botschaften, Max Weiler, Roland Rainer, Skandinavische Kunst, Wanderausstellung: Fabriksproduktenkabinett und Fritz Wotruba. Weiters sind die Kosten des wissenschaftlichen Betriebs und die Feldforschung unter diesem Ansatz zu bedecken. Außerdem sind hier die Beträge für die Stiftung Ludwig, den Betriebsaufwand Stiftung Leopold und die Ersätze für das Museumsquartier budgetiert.

### **Paragraf 1246 Nationalbibliothek und Phonothek**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

#### **Aufgaben**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	118,9	107,6	226,5	4,8
1994 .....	129,6	84,2	213,7	4,4
1994 vorl. Erf. ...	125,2	80,5	205,7	4,2
1995 .....	130,9	84,9	215,8	5,9

#### **Aufgaben**

Der Österreichischen Nationalbibliothek und Phonothek obliegen die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der österreichischen sowie auf österreichbezogene Literatur und sonstigen Informationsträger.

### **Paragraf 1247, 1248 und 1249 Bundesdenkmalamt**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1990 (Denkmalschutzgesetz, DMSG);

Bundesgesetz vom 5. Dezember 1918, StGBI. Nr. 90, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 391/1986 (Ausfuhrverbot für Kulturgut, AusfVKG).

#### **Aufgaben**

Das Bundesdenkmalamt hat die Aufgabe, neben dem Denkmalschutz auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erfassung und Erforschung des gesamten unbeweglichen und beweglichen Denkmalbestandes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	77,8	255,6	333,4	12,0
1994 .....	80,1	298,1	378,2	23,2
1994 vorl. Erf. ...	87,3	283,0	370,4	18,9
1995 .....	91,2	190,5	281,7	18,3

#### **Anlagen**

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen. Besonders zu erwähnen ist der Auf- und Ausbau der ADV-Einrichtungen.

Außerdem ist für den notwendigen Austausch von sonstigen Kraftfahrzeugen, die für die pflichtgemäße Erfassung und Überwachung des Denkmalbestandes durch die Beamten des Bundesdenkmalamtes, aber auch für deren archäologische Grabungstätigkeit unentbehrlich sind, vorgesorgt.

#### **Förderungen**

Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, daß die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung befindet sich (durch die Novelle BGBl. Nr. 473/1990 erweitert) im § 5 Abs. 7 DMSG. Diese Bestimmung sieht auch ausdrücklich Zinszuschüsse vor.

#### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Veranschlagung ua. auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, BGBl. Nr. 58/1964.

#### **Aufwendungen**

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die Drucklegung von Publikationen veranschlagt. Das Bundesdenkmalamt ist auf Grund der Bestimmungen des § 11 Abs. 7 DMSG ab 1. Jänner 1991 zur Anlage einer zentralen Kartei der Denkmalfunde sowie zur jährlichen Herausgabe einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation über die Funde verpflichtet. Es handelt sich um die einzige ganz Österreich umfassende diesbezügliche Dokumentation.

Auch Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sind hier vorgesehen.

Darüber hinaus ist das Bundesdenkmalamt in zunehmendem Ausmaß gezwungen, archäologische Forschungs- und vor allem Rettungsausgrabungen durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

Im Hinblick auf die Bestimmungen des Ausfuhrverbotsgesetzes für Kulturgut (AusfVKG) ist für die Beiziehung von Konsulenten finanziell vorzusorgen.

#### **Paragraph 1248 Bundesdenkmalamt (zweckgeb. Gebarung)**

Hier sind jene Beträge veranschlagt, die — zweckgebunden — als Spenden an das Bundesdenkmalamt bezahlt wurden. Bei diesem Paragraph ist auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Bundesanteiles aus dem Kunstförderungsbeitrag veranschlagt. Auch für die im Rahmen der Bestimmungen des § 10 AusfVKG notwendig werdenden Ausgaben bei der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts wurde vorgesorgt.

#### **Paragraph 1249 Denkmalfonds (zweckgeb. Gebarung)**

Dieser Paragraph wurde durch die Novelle 1990 zum DMSG erforderlich. Die Fondsmittel sollen unter anderem durch Spenden aufgebracht werden.

### **Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene**

#### **Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden einschließlich der schulpсихologischen Beratungsstellen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	630,2	229,8	859,9	145,0
1994 .....	640,4	234,6	875,0	164,0
1994 vorl. Erf. ...	658,8	229,6	888,4	150,9
1995 .....	685,8	222,5	908,3	143,2

**Paragraph 1260 Schulaufsichtsbehörden****Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975;

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 642/1994;

Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 643/1994.

**Aufgaben**

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Im Rahmen der Landesschulräte und Bezirksschulräte sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien einzurichten. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	550,1	208,1	758,2	138,2
1994 .....	561,3	211,4	772,7	164,0
1994 vorl. Erf. ...	580,3	209,7	790,0	115,8
1995 .....	603,6	204,0	807,5	136,2

**Anlagen**

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ersatz von bzw. für die Ergänzungsankäufe bei Büromaschinen, maschinellen Anlagen, Telefonanlagen und Einrichtungen. Weiters sind Ausgaben für die Fortführung des Ausstattungsprogrammes für die Landesschulräte (SSR für Wien) mit Verwaltungscomputern, Druckern, Streamertapes, CD-Rom-Laufwerken, diversen Programmen, Vernetzungen und den Aufbau einer integrierten EDV-unterstützten Personalverwaltung (hard- und softwaremäßig) in Zusammenarbeit mit dem Bundesrechenamt vorgesehen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben und Beträge für die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Inspektoren der Religionsgesellschaften, für die Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

**Aufwendungen**

Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

**Paragraph 1261 Schulpsychologie — Bildungsberatung****Aufgaben**

Die Schulpsychologie-Bildungsberatung umfaßt neben der psychologischen Untersuchung, Beratung, Förderung, Betreuung und Behandlung auch die Erstellung von Informationen zur Schullaufbahnorientierung, die Erarbeitung von pädagogisch-psychologischen Grundlagen und Anwendungsformen und anderen wissenschaftlichen Projekten, sowie die Betreuung (Ausbildungskonzept, Supervision, Mitwirkung bei Fragen der Aus- und Weiterbildung) von Schülerberater(inne)n.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	80,1	21,7	101,8	6,8
1994 .....	79,1	23,2	102,3	0,0
1994 vorl. Erf. ...	78,5	19,9	98,4	35,1
1995 .....	82,2	18,6	100,8	7,0

**Anlagen**

Hier ist für die notwendige Ausstattung der schulpsychologischen Beratungsstellen mit Einrichtungsgegenständen und Büromaschinen vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Veranschlagt sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für die Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

**Aufwendungen**

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind Beträge für das Informationsmaterial für alle Schüler(innen), Schülerberater(innen) und für die schulpсихologische Arbeit sowie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten in den „Beiträgen zur pädagogischen Psychologie“ veranschlagt.

**Titel 127 Allgemeinbildende Schulen****Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 642/1994;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994.

**Aufgaben**

Bei diesem Titel sind die Kosten für den Betrieb der allgemeinbildenden höheren Schulen, der Höheren Internatsschulen des Bundes, des Bundes-Blindenerziehungsinstitutes und des Bundesinstitutes für Gehörlosenbildung, der allgemeinbildenden Pflichtschulen und der Konvikte und Schülerheime (allgemeinbildende) präliminiert. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	10 204,4	30 305,6	40 509,9	87,2
1994 .....	10 618,2	31 273,0	41 891,1	84,8
1994 vorl. Erf. . .	10 752,0	31 895,3	42 647,2	91,6
1995 .....	10 864,3	33 058,5	43 922,8	105,7

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Im Vergleich zum Vorjahr kommt es zu einer Erhöhung der Ausgaben, insbesondere bei den allgemeinbildenden Pflichtschullehrern infolge erforderlich gewordener zusätzlicher Planstellen.

**Paragraph 1270 Allgemeinbildende höhere Schulen****Aufgaben**

Öffentliche allgemeinbildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Realgymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufenrealgymnasien und Gymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.

Ganztägige Schulformen sind Einrichtungen an allgemeinbildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler auch neben einem Unterrichtsteil zu beaufsichtigen und zu betreuen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	9 801,8	1 054,2	10 856,0	19,1
1994 .....	10 208,8	1 087,3	11 296,1	17,3
1994 vorl. Erf. . .	10 333,8	1 094,1	11 428,0	25,5
1995 .....	10 427,0	1 025,0	11 452,0	35,1



**Anlagen**

An vielen allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes besteht die Notwendigkeit, einzelne Räume oder Raumgruppen neu einzurichten oder Einrichtungsgegenstände zu erneuern. Auch Lehrmittel sind neu anzuschaffen bzw. zu erneuern. Insbesondere ist für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln für die Neubauten der allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes in den einzelnen Bundesländern vorzusorgen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugehörige Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt. Außerdem sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

**Aufwendungen**

Vor allem wird hier der gesamte Unterrichts- und Betriebsaufwand der allgemeinbildenden höheren Schulen veranschlagt. Weitere finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für die Durchführung von Schulveranstaltungen für die Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen vorgesehen. Schließlich werden hier verschiedene Kosten aller im Ausland tätigen Lehrer verrechnet (rund 60 Millionen Schilling).

**Paragraph 1271 Höhere Internatsschulen des Bundes****Aufgaben**

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemeinbildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, daß die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.

Im Schuljahr 1993/94 werden 4 Anstalten mit 97 Klassen geführt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	243,9	42,0	285,9	39,0
1994 .....	245,7	42,4	288,1	36,2
1994 vorl. Erf. ...	252,1	39,5	291,6	36,4
1995 .....	262,8	35,5	298,3	38,4

**Anlagen**

Hier ist für die Anschaffung von Amts- und Einrichtungserfordernissen und für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, die Aufwendungen des Bundes für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen präliminiert.

**Aufwendungen**

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden hier vor allem Aufwendungen für Betriebs- und Verpflegsausgaben veranschlagt.

**Paragraph 1274 Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung****Aufgaben**

Das „Bundes-Blindenerziehungsinstitut“ und das „Bundesinstitut für Gehörlosenbildung“ sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den Sonderschulen für blinde und gehörlose Kinder in Wien.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	90,2	21,5	111,7	2,4
1994 .....	93,1	27,2	120,2	2,5
1994 vorl. Erf. ...	95,1	21,8	116,8	4,1
1995 .....	100,0	22,5	122,5	3,4

**Anlagen**

Hier wird für die notwendigen Einrichtungserfordernisse und Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, Blindendruckerei und Leihbücherei vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Eignungsausbildungsteilnehmer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Betriebsmaterialien und Verpflegsausgaben an.

**Paragraph 1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen****Allgemeines**

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/199x, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit xxx% ersetzt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	29 163,3	—
1994 .....	30 086,9	0,0
1994 vorl. Erf. ....	30 710,6	0,5
1995 .....	31 949,0	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung der Sachausgaben ist — abgesehen von der allgemeinen Bezugserhöhung — auf die Verbesserung der Einstufung innerhalb des Besoldungssystems und die in diesem Bereich erforderlich gewordene Vermehrung der Planstellen zurückzuführen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Aufwendungen des Bundes für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) Privatschulgesetz, die den Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschlußzeugnisses einer allgemeinbildenden Pflichtschule zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 917 Millionen Schilling betragen.

**Aufwendungen**

Hier sind ua. Beträge für die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen, für die Sonderpädagogischen Zentren sowie für die Entschädigung von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

**Paragraph 1276 Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)****Aufgaben**

Bundeskonvikte sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1994 stehen insgesamt 9 Bundeskonvikte sowie zwei Bundestageseschulheime in Betrieb, die alle zu allgemeinbildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	68,5	24,5	93,1	26,7
1994 .....	70,6	29,3	99,9	28,7
1994 vorl. Erf. ...	71,0	27,4	98,4	25,1
1995 .....	74,5	26,4	100,9	28,7

**Anlagen**

Für Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen wurde hier vorgesorgt, insbesondere für das Bundeskonvikt Wien Himmelhof (Zubau).

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen für die Eignungsbildungsteilnehmer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Die Aufwendungen umfassen den für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand, die erforderlichen Mittel für die Betriebsmaterialien und Verpflegungsausgaben sowie die Vorsorge für Tagungen und Veranstaltungen im Rahmen der Fortbildung der Erzieher und im Rahmen von besonderen Konviktsveranstaltungen.

**Titel 128 Berufsbildende Schulen****Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 642/1994;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994.

**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die Berufsbildenden Schulen, das sind die technischen und gewerblichen Lehranstalten, die Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozialberufe und wirtschaftliche Berufe, die Handelsakademien und Handelsschulen, die Berufsbildenden Pflichtschulen und die Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende). Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

#### Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

1. Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
2. Handelsakademien,
3. Höhere Lehranstalten für Tourismus, Sozialberufe, wirtschaftliche Berufe sowie Mode- und Bekleidungstechnik,
4. Akademien für Sozialarbeit,
5. Sonderformen der in 1. bis 3. genannten Arten.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes fachliche grundlegende Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.

#### Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

1. Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
2. Handelsschulen,
3. Fachschulen für wirtschaftliche Berufe,
4. Fachschulen für Sozialberufe,
5. Sonderformen der in 1. bis 4. genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit berufsbildenden höheren Schulen eingegliedert werden.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	9 936,3	2 535,1	12 471,4	189,4
1994 .....	10 130,3	2 648,0	12 778,2	184,3
1994 vorl. Erf. . .	10 541,1	2 648,1	13 189,2	197,6
1995 .....	11 010,2	2 609,1	13 619,3	187,3

#### Paragraph 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

##### Aufgaben

Die technischen und gewerblichen Lehranstalten mit ihren Sonderformen, den Kollegs und den angeschlossenen Versuchsanstalten, haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere technische und gewerbliche Bildung zu vermitteln und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	4 423,8	590,7	5 014,5	74,8
1994 .....	4 447,5	623,2	5 070,6	72,9
1994 vorl. Erf. . .	4 668,1	613,8	5 281,9	77,9
1995 .....	4 893,1	543,5	5 436,6	74,3

##### Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und maschinelle Ausstattung der Schulen sowie die Ausstattung mit Hard- und Software vorgesehen.

##### Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles

des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

### Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen die Ausgaben für den Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten, für Bildungszulagen und für Schulveranstaltungen.

### Paragraph 1281 Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus, Sozial- u. wirtschaftliche Berufe

#### Aufgaben

Hier ist die Gebarung für die Akademien für Sozialarbeit, für die höheren und mittleren Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe, Tourismus und Mode- und Bekleidungstechnik sowie für die Fachschulen für Sozialberufe veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	2 596,5	413,6	3 010,1	53,8
1994 .....	2 694,9	438,9	3 133,8	56,6
1994 vorl. Erf. ...	2 789,8	436,3	3 226,1	60,7
1995 .....	2 905,8	421,4	3 327,2	58,6

### Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und maschinellen Ausstattung sowie der Modernisierung der Anstalten.

### Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Gastvortragende sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

### Aufwendungen

Darunter fallen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

### Paragraph 1282 Handelsakademien und Handelsschulen

#### Aufgaben

Bei diesem Voranschlagsansatz wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	2 856,2	295,8	3 152,0	2,7
1994 .....	2 928,0	312,4	3 240,5	1,5
1994 vorl. Erf. ...	3 023,0	309,3	3 332,3	5,5
1995 .....	3 148,6	280,7	3 429,3	1,3

### Anlagen

Die Mittel dienen der Einrichtung und Ausstattung der Schulen und der laufenden Erhöhung und Verbesserung des technologischen Standards.

4 Arbeits(Amts)behelf zum BFG

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugehörige Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

**Aufwendungen**

Dazu zählen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

**Paragraph 1285 Berufsbildende Pflichtschulen****Aufgaben**

Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.

Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hierfür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 51 Abs. 3 SchOG erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind.

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. xxx/199x, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1993 .....	1.189,7	—
1994 .....	1.228,8	0,0
1994 vorl. Erf. ....	1.248,2	0,0
1995 .....	1.325,6	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Anhebung der Sachausgaben ist in erster Linie auf eine Verbesserung der Einstufung innerhalb des Besoldungssystems zurückzuführen.

**Anwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

**Aufwendungen**

Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

**Paragraph 1286 Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende)****Aufgaben**

Bundeskonvikte sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Bei diesem Voranschlagsansatz wird der Aufwand für die Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen, die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe, der Lehranstalten für Tourismus, das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelschule Wien 3 veranschlagt.

**Kapitel 12 — Titel 129**

51

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	59,7	45,4	105,1	58,1
1994 .....	59,9	44,6	104,5	53,3
1994 vorl. Erf. ...	60,2	40,5	100,7	53,5
1995 .....	62,7	37,9	100,6	53,2

**Anlagen**

Bei den Anlagen wird für die Einrichtung und die Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Internaten vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind vor allem die öffentlichen Abgaben und die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Dazu zählen insbesondere die Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, die Lebensmittel, die Energie und den übrigen Betriebsaufwand der Konvikte, Internate und Schülerheime.

**Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung****Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 642/1994;

Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten, BGBl. Nr. 314/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 645/1994;

Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 244/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1994;

Unterrichtspraktikumsgesetz — UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1994;

Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten, BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993;

Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974.

**Aufgaben**

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge herangebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Ferner können die Pädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen pädagogische Tatsachenforschung betreiben.

Bundesanstalten für Leibeserziehung.

Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung der Lehrer, der Vorbereitung für zusätzliche Befähigungen und der pädagogischen Tatsachenforschung. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

**Organisation**

Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

- 8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen
- 6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen
- 6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen
- 1 Evang. Religionspädagogische Akademie der Evangelischen Kirche A. u. H.B. in Österreich
- 4 Berufspädagogische Akademien des Bundes
- 8 Pädagogische Institute des Bundes
- 3 Pädagogische Institute der Länder
- 9 Religionspädagogische Institute der Diözesen

- 1 Religionspädagogisches Institut der Evangelischen Kirche A. und H.B.
- 15 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 12 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 1 Bundes-Bildungsanstalt für Sozialpädagogik
- 1 Bundesinstitut für Sozialpädagogik
- 4 Privat-Bildungsanstalten für Sozialpädagogik
- 4 Bundesanstalten für Leibeserziehung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	1 513,6	535,8	2 049,4	12,5
1994 .....	1 598,8	586,8	2 185,6	12,6
1994 vorl. Erf. ...	1 618,5	587,8	2 206,3	13,4
1995 .....	1 692,1	587,5	2 279,6	13,7

**Paragraph 1290 Pädagogische Akademien**

**Aufgaben**

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule in sechs Semestern Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge heranzubilden.

Auch die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragraphen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	829,7	205,7	1 035,4	3,9
1994 .....	843,6	211,8	1 055,4	3,7
1994 vorl. Erf. ...	879,5	224,0	1 103,6	4,8
1995 .....	919,7	224,0	1 143,7	4,1

**Anlagen**

Zur Erfüllung der Lehrplananforderungen erforderliche Ergänzungsanschaffungen von Lehrmitteln vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich sowie im Medienbereich,

- Weitere Etappe der Neuausstattung der Pädagogischen Akademie des Bundes in Vorarlberg im Zuge des Zu- und Umbaues,
- Ergänzung bzw. Austausch von Unterrichtscomputern an den Pädagogischen Akademien und Übungshauptschulen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters sind hier Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Der Aufwand für die Verwaltung und den Studienbetrieb der Pädagogischen Akademien und der Übungsschulen sowie die Ausgaben der Kuratorien sind hier erfaßt. Weiters wurde für die Studienbibliotheken, die der Lehreraus- und -fortbildung zu dienen haben, und für die Bildungszulagen vorgesorgt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt. Außerdem ist für den Aufwand der Stiftung „Pädagogische Akademie Burgenland“ vorgesorgt.

Weiters sind die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (BIBOS) zu bestreiten.

Für die Unterstützung des Bildungswesens in Ost- und Südosteuropa (Studentenaustausch an Pädagogischen Akademien) wurde vorgesorgt.



**Paragraph 1291    Bildungsveranstaltungen für Kindergartenpädagogik und Sozialpädagogik****Aufgaben**

Die Bildungsveranstaltungen für Kindergartenpädagogik und die Bildungsveranstaltungen für Sozialpädagogik haben die Aufgabe, die Schüler in fünfjähriger Ausbildung bzw. in zweijährigen Kollegs für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Erziehern heranzubilden.

Die fünfjährige Ausbildung schließt zugleich mit der Hochschulreife ab. In speziellen Lehrgängen werden auch Sonderkindergärtner(innen) bzw. Sondererzieher(innen) ausgebildet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	468,2	93,7	561,9	7,2
1994 .....	530,9	110,9	641,8	7,5
1994 vorl. Erf. ...	514,4	107,7	622,0	7,5
1995 .....	536,3	107,9	644,2	8,3

**Anlagen**

Die Bildungsveranstaltungen sind entsprechend den Lehrplananforderungen mit Lehrmitteln, Medien, Musikinstrumenten und Computern auszustatten. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Einrichtung der Übungs Kindergärten und -horte (Erneuerung und Zweckadaptierungen im Hinblick auf die gebotene Sicherheit und Hygiene bei Kleinkindern).

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) und für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer), sowie Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Unterrichtspraktikanten, für die Eignungsausbildungsteilnehmer, die Ausgaben für die Prüfungskommissionen und die Entschädigungen gemäß Lehrbeauftragtengesetz (BGBl. Nr. 656/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1993) präliminiert.

**Aufwendungen**

Bei den Aufwendungen für Bildungsveranstaltungen ist für die Erfordernisse der Ausbildung, insbesondere für Anmietungen, Betriebskosten und Instandhaltungen sowie für die Mehrausgaben auf Grund steigender Schülerzahlen vorzusorgen. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 22 Millionen Schilling im Jahr 1995 zu entrichten.

**Paragraph 1292    Berufspädagogische Akademien****Aufgaben**

An den Berufspädagogischen Akademien werden aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung Berufsschullehrer für den ernährungswissenschaftlichen und haushaltsökonomischen oder technisch- bzw. gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie Lehrer für Textverarbeitung herangebildet, die nach Berufsgesinnung, Berufswissen und Berufskönnen geeignet sind, die Aufgaben des betreffenden Lehrberufes zu erfüllen. Ferner können die Berufspädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen berufspädagogische Tatsachenforschung betreiben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	72,0	20,2	92,3	0,3
1994 .....	71,4	23,2	94,6	0,4
1994 vorl. Erf. ...	74,6	20,0	94,7	0,3
1995 .....	77,9	18,9	96,8	0,4

**Anlagen**

Ankauf von Unterrichtscomputern, Software, Phonotypieanlagen, Kücheneinrichtungen, Lehrmittel- und Medienausstattung für die Berufspädagogischen Akademien des Bundes.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer, die Entschädigungen für Lehrbeauftragte sowie die Abgeltungen für Vorbereitungslehrgänge für die Erweiterungsprüfungen und die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

**Aufwendungen**

Darunter fallen neben dem für den Studienbetrieb und für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand Kosten für diverse Service- und Reparaturarbeiten, Wartungsverträge sowie die notwendigen Ausgaben für die Betriebsprüfung.

**Paragraph 1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung****Aufgaben**

Ausbildung von Leibeserzieher und Sportlehrer.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	34,1	32,5	66,5	0,4
1994 .....	34,4	34,2	68,6	0,5
1994 vorl. Erf. ...	35,6	33,4	69,0	0,3
1995 .....	37,4	33,3	70,7	0,5

**Anlagen**

Hier sind die Ausgaben für die notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Eignungsausbildungsteilnehmer, die Entschädigungen für die Lehrbeauftragten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Darunter fallen neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand ua. die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Tagungen und Ausbildungsaktionen sowie der notwendige Aufwand für die Betriebsführung der Anlagen.

**Paragraph 1294 Pädagogische Institute****Aufgaben**

Die Pädagogischen Institute dienen gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 642/1994, der Fortbildung der Lehrer, wobei auch die Vorbereitung und Prüfung für zusätzliche Befähigungen erfolgen kann. Außerdem können die Institute Absolventen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Sozialpädagogik fortbilden. Die Pädagogischen Institute haben auch der pädagogischen Tatsachenforschung zu dienen.

Die Pädagogischen Institute sind in vier Abteilungen zu gliedern:

1. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen,
2. Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
3. Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Sozialpädagogik dient) und
4. Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	109,7	183,7	293,4	0,6
1994 .....	118,4	206,7	325,1	0,5
1994 vorl. Erf. ...	114,4	202,6	317,0	0,6
1995 .....	120,9	203,3	324,2	0,4

**Anlagen**

Die Neuorganisation und der Erweiterungsbedarf bedingen die Notwendigkeit, die Pädagogischen Institute räumlich zu vergrößern sowie entsprechend einzurichten. Weiters werden die Pädagogischen Institute mit ADV-Geräten und diverser Software für die Verwaltung und für die Lehrerfortbildung ausgestattet.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen, die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters werden Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer gemäß Religionsunterrichtsgesetz, für die Eignungsausbildungsteilnehmer, Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Der Aufwand für die Verwaltung und für die Fortbildungsveranstaltungen der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen in allen Bundesländern wird hier erfaßt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.

Auf Grund der 7. SchOG-Novelle sind für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen veranschlagt.

Weiters ist der Aufwand für „Ostaktivitäten-Fortbildung ausländischer Lehrer“ veranschlagt.

**Öffentliche Schulen**

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler
Allgemeinbildende Pflichtschulen	1992/93	4 916	32 825	654 895
	1993/94 *)	4 912	33 110	659 715
	1994/95 *)	4 912	33 200	672 900
Allgemeinbildende höhere Schulen	1992/93	246	5 879	144 069
	1993/94 *)	247	5 977	148 015
	1994/95 *)	248	6 090	151 000
Berufsbildende Pflichtschulen	1992/93	223	5 958	144 742
	1993/94 *)	220	5 819	139 161
	1994/95 *)	220	5 700	136 250
Berufsbildende mittlere Schulen	1992/93	328	1 853	39 251
	1993/94 *)	328	1 849	39 396
	1994/95 *)	328	1 836	39 120
Berufsbildende höhere Schulen	1992/93	211	3 821	88 766
	1993/94 *)	215	3 948	90 203
	1994/95 *)	215	4 011	91 650
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1992/93	2	15	525
	1993/94 *)	2	15	575
	1994/95 *)	2	16	600
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1992/93	20	319	7 346
	1993/94 *)	20	337	8 020
	1994/95 *)	20	330	7 835
Lehrerbildende Akademien	1992/93	13	— **)	4 705
	1993/94 *)	13	— **)	5 244
	1994/95 *)	13	— **)	5 880

\*) Vorläufige Schätzung.

\*\*) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

**Kapitel 13 Kunst**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, sowie aus dem Kunstförderungsgesetz, BGBl. Nr. 146/1988.

**Aufgaben**

Im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst werden beim Kapitel 13 die subsidiären Ausgaben und Einnahmen des Bundes auf dem Gebiet der Kultur- und Kunstförderung veranschlagt.

**Gesetzliche Grundlage**

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17 a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	8,6	1 006,4	1 015,0	3,6
1994 .....	9,3	1 172,1	1 181,4	4,1
1994 vorl. Erf. ...	8,8	1 141,2	1 150,0	4,5
1995 .....	—	1 131,1	1 131,1	0,3

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 130 Bundesministerium (Zweckaufwand)**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	1 002,0	0,0
1994 .....	1 166,1	0,3
1994 vorl. Erf. ....	1 135,9	0,0
1995 .....	1 131,1	0,3

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen aus dem Abschluß des Bundesbeitrages für die Filmstadt „Wien-Rosenhügel“.

**Paragraph 1300 Bildende Künste und Ausstellungen****Aufgaben**

Förderung der bildenden Künste und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankauf in Österreich im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen im Bereich der bildenden Kunst.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	70,8	—
1994 .....	82,0	0,0
1994 vorl. Erf. ....	77,5	0,0
1995 .....	87,4	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im Rahmen der Bundesausstellung „Biennale Venedig“.

**Anlagen**

Hier sind die Kosten für Kunstankäufe und Einrichtungserfordernisse für die Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

**Förderungen**

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Architektur und Design, Subventionen für Vereinigungen der bildenden Künstler, Förderungen bildender Künstler durch Unterstützung von Ausstellungen, Zuteilung von Arbeitsstipendien, Reisekostenzuschüssen, Künstlersymposien und die Nachwuchsförderung sowie Baukostenzuschüsse.

**Aufwendungen**

Hier sind die Ausgaben für Ausstellungen, die der Bund veranstaltet, sowie Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten stehenden Kunstwerke und Bundesateliers im In- und Ausland sowie Kosten der innerstaatlichen Durchführung von Kulturabkommen für den Bereich der bildenden Kunst und Ehrengaben veranschlagt.

**Paragraph 1301 Musik und darstellende Kunst**

**Aufgaben**

Förderung im besonderen der Theater, Musikvereinigungen, Orchester, Kunstschulen sowie der Festwochen und Festspiele in Österreich.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	481,1	—
1994 .....	531,4	0,0
1994 vorl. Erf. ....	510,0	0,0
1995 .....	498,2	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung der Sachausgaben ergibt sich vor allem durch eine Kürzung der Investitionen.

**Förderungen**

Die Förderungen betreffen Subventionen, insbesondere an die Theater, Musikvereinigungen, Orchester und sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Festspiele (in Wien und in den Bundesländern). Weiters sind Beiträge für Kulturbauten in verschiedenen Bundesländern vorgesehen.

Außerdem gewährt das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten Preise und Staatsstipendien.

**Aufwendungen**

Die Ehrengaben an verdiente Künstler sowie Kosten für Veranstaltungen und sonstige Aufwendungen, die anlässlich von Preisverleihungen und Ehrungen anfallen, und Unterstützungen für alte Künstler sind hier veranschlagt.

Außerdem ist hier der Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds veranschlagt; nach dem Bundesgesetz vom 12. Juli 1950, BGBl. Nr. 147, ist der Bund verpflichtet, 40 vH des Abganges zu übernehmen.

**Paragraph 1302 Literatur**

**Aufgaben**

Förderung der guten Literatur

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	115,8	—
1994 .....	155,0	0,0
1994 vorl. Erf. ....	147,4	0,0
1995 .....	197,8	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung der Sachausgaben ist im wesentlichen durch eine Ausweitung der Förderungsmaßnahmen an die Kuratoren (Bildende Kunst, Musik), den Verein Kulturkontakt und die Anniversarien bedingt.

**Förderungen**

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Vorbereitung des Österreichbeitrages zur Frankfurter Buchmesse, Druckkostenbeiträge, Reise- und Arbeitsstipendien, Preise und Prämien sowie Subventionen für literarische Vereinigungen, für die literarische Verwertungsgesellschaft, die Dokumentationsstelle für neue österreichische Literatur/Literaturhaus und die Verlagsförderung.

Außerdem sind hier noch die Förderungsmittel für die Kinder- und Jugendliteratur veranschlagt.

**Aufwendungen**

Hier sind Ehrengaben an verdiente Schriftsteller sowie Kosten für Veranstaltungen anlässlich von Ehrungen und Unterstützungen für alte Schriftsteller veranschlagt.

Dazu kommt noch die Spesenrefundierung an die Österreichische Jugendschriftenkommission.

**Paragraph 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)****Gesetzliche Grundlage**

Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

**Aufbringung der Einnahmen**

Als Einnahmen werden die Kunstförderungsbeiträge je Rundfunkteilnehmer, die als jährliche Abgabe in der Höhe von 55 Schilling eingehoben werden, beim Voranschlagsansatz 2/52180 veranschlagt.

Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung (4 vH) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70 : 30 und der Bundesanteil zwischen dem BMUKA und dem BMWFK im Verhältnis 85 : 15 aufgeteilt und für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	47,7	—
1994 .....	77,2	0,1
1994 vorl. Erf. ....	76,0	0,0
1995 .....	77,2	0,0

**Anlagen**

Zur Förderung junger Künstler werden vom Bund Kunst- und Fotoankäufe getätigt.

**Förderungen (D)**

Die Förderung kann zum Teil durch Gewährung von zinsenlosen Darlehen erfolgen.

**Förderungen**

Zur Beratung des Bundesministers für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten und des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst über die Verwendung der Kunstförderungsbeiträge ist ein Beirat eingesetzt.

In den Genuß der Förderungsmittel gelangen hier bundesweit die gemeinnützigen Einrichtungen, Institutionen und Einzelpersonen der Sparten „Bildende Kunst, Musik, Literatur und des Filmwesens“.

**Aufwendungen**

Hier sind vor allem Künstlerhilfen für nicht mehr aktive Künstler veranschlagt.

**Paragraph 1304 Filmwesen****Aufgaben**

Förderung des österreichischen Film- und Fotowesens. Unter anderem werden bei diesem Paragraphen auch die Mittel für das österreichische Filminstitut auf Grund des Bundesgesetzes über die Förderung des österreichischen Films, BGBl. Nr. 557/1980 (Filmförderungsgesetz), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 187/1993, bereitgestellt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	185,1	0,0
1994 .....	214,5	0,2
1994 vorl. Erf. ....	223,8	0,0
1995 .....	177,4	0,2

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung der Sachausgaben ist vor allem durch den Abschluß des Bundesbeitrages an das Studio Rosenhügel bedingt.

**Anlagen**

Hier sind Ausgaben für den Ausbau der Film- und Videosammlung sowie der Einrichtungserfordernisse für die Stipendiatenwohnungen im Ausland veranschlagt.

**Förderungen (D)**

Vorgesehen sind Darlehen für die Weltorganisation zum Schutze geistigen Eigentums „WIPO“ (Internat. Filmtitelregister).

**Förderungen**

Ausgaben für das österreichische Filminstitut. Außer der Subventionierung des Österreichischen Filmarchivs, des Österreichischen Filmmuseums und der Aktion „Film Österreich Avantgarde“ werden hier noch bundesweit andere gemeinnützige Vereinigungen und Institutionen sowie Einzelpersonen für Kurz- und Experimentalfilme und Fotoprojekte durch erhebliche Förderungsmittel bedacht.

**Aufwendungen**

Hier sind Beträge für die Filmberichterstattung und für Ehrengaben sowie Ersätze für Filmarchivierung vorgesehen. Außerdem sind hier die Kosten der innerstaatlichen Durchführung von Kulturabkommen für den Bereich Film- und Fotowesen zur Veranstaltung von Film- und Fotowochen veranschlagt. Weiters sind hier auch die Mitgliedsbeiträge für den Europäischen Filmförderungsfonds und für das MEDIA-Programm im Rahmen des EWR veranschlagt.

**Paragraph 1305 Künstlerhilfe****Gesetzliche Grundlage**

4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960.

**Aufgaben**

Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche Künstlerhilfefonds Zahlungen in der Höhe von 50% der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	38,6	—
1994 .....	40,0	0,0
1994 vorl. Erf. ....	38,2	0,0
1995 .....	38,4	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Reduzierung des Künstlerhilfefonds ist dadurch bedingt, da sich die Leistungen der Pflichtversicherten erhöhte.

**Förderungen**

In Fortführung der bis zur 4. GSVG-Novelle bestandenen gesetzlichen Verpflichtung des Bundes (§ 27 Abs. 2 GSVG zuletzt geändert durch das Künstler-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 157/1958) leistet der Bund nunmehr an den Fonds Beiträge, die den Fonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherungsanstalt einzuhalten.

**Paragraph 1306 Innerstaatliche Durchführung kultureller Auslandsangelegenheiten****Aufgaben**

Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten für das Ressort.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1993 .....	18,9	0,0
1994 .....	17,0	0,0
1994 vorl. Erf. ....	16,2	0,0
1995 .....	6,7	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung ergibt sich durch die Kompetenzänderung (Änderung des Bundesministerien-gesetzes 1986, BGBl. Nr. 1105/1994).

**Förderungen**

Subventionen für Vereinigungen, die kulturelle und pädagogische Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

**Aufwendungen**

Veranschlagt sind ua. Beträge für die Durchführung von Untersuchungen, Expertengutachten und Seminaren, die entweder von UN-Organisationen, den Fachkomitees des Europarates einschließlich des CCC (Conseil de Cooperation Culturelle = Regierungsgremium für Erziehung und Kultur der im Europarat und der europäischen Kulturkonvention vertretenen Mitglieder) und von der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) oder von diesen nahestehend.

Darüber hinaus wird aus diesem Voranschlagsansatz die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst abgeschlossenen Kulturabkommen im Rahmen des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten finanziert (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); weiterer Ausbau von Österreich-Zentren im Ausland (derzeit Schweden; Planung: Spanien, Israel, Japan); Finanzierung und Durchführung von Ostbesuchen in den Bereichen Pädagogik, Kunst und Medien, die der Förderung des Demokratisierungsprozesses der ehemaligen kommunistischen Länder dienen und einen breitgefächerten gegenseitigen Erfahrungsaustausch initiieren sollen; Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen.

**Paragraph 1307 Kulturentwicklung — Kulturinitiativen; Öffentlichkeitsarbeit****Aufgaben**

Förderung der Kulturentwicklung, von Modellen basisorientierter Kulturarbeit. Förderung von kultureller Zielgruppenarbeit, Dokumentation und wissenschaftliche Evaluation der Kulturarbeit. Öffentlichkeitsarbeit.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1993 .....	44,0	—
1994 .....	49,0	0,0
1994 vorl. Erf. ....	46,7	0,0
1995 .....	48,0	0,0



**Kapitel 13 — Titel 130**

61

**Förderungen**

Bei diesem VA-Ansatz sind die Ausgaben für die Finanzierung von Projektarbeiten, Preisen und Druckwerken veranschlagt.

**Aufwendungen**

Zu den Ausgaben bei diesem VA-Ansatz zählen vor allem die Kosten für Beiratsentschädigungen, für Aufträge zur Vernetzung der Kulturentwicklung, für die Durchführung von Veranstaltungen und der Öffentlichkeitsarbeit.

## Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt O.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	10 893,0	18 020,7	28 913,7	1 504,1
1994 .....	11 197,4	20 313,4	31 510,8	1 763,1
1994 vorl. Erf. ...	11 513,6	19 421,0	30 934,6	1 529,1
1995 .....	11 750,8	18 009,8	29 760,6	1 629,1

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

### Titel 140 Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

#### Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.

Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Dazu gehören insbesondere auch:

Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsförderung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessenvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.

Angelegenheiten der wissenschaftlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten des Bundesforschungs- und Prüfzentrums Arsenal.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	193,9	128,8	322,8	20,5
1994 .....	195,9	140,1	336,0	28,1
1994 vorl. Erf. ...	208,9	133,9	342,8	20,9
1995 .....	224,4	166,4	390,8	28,1

#### Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen durch den Ausbau des EDV-Netzes, die Kompetenzänderungen sowie durch gestiegene Fixkosten (insbesondere für Mieten).

#### Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

#### Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Aufwendungen an die Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesehen.

**Aufwendungen**

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentraleitung vorgesorgt.

**Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)****Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes über Angelegenheiten der hochschulischen, wissenschaftlichen und bibliothekarischen Einrichtungen, der Expertengutachten und Auftragsforschung, der wissenschaftlichen und gewerblichen Forschung, der Forschungseinrichtungen, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute, der Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und der Forschungsunternehmungen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	5 547,9	252,6
1994 .....	6 656,6	328,4
1994 vorl. Erf. ....	6 827,5	335,6
1995 .....	5 472,9	250,5

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Das Mindererfordernis resultiert im wesentlichen aus der Übertragung der BIG-Mieten zum VA-Ansatz 1/14208.

**Paragraph 1410 Hochschulische Einrichtungen****Gesetzliche Grundlage**

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 619/1994.

**Aufgaben**

Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschüler-schaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

**Förderungen**

Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaus bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Menschen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Kunsthochschulen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.

Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.

Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.

Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Weiters sind die Kosten für die BIG präliminiert.

#### **Paragraph 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen**

##### **Aufgaben**

Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.

##### **Förderungen**

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerbem (ua. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse) zufließen.

##### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Beitragsleistungen sind vorgesehen für internationale Organisationen.

##### **Aufwendungen**

Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

#### **Paragraph 1412 Bibliothekarische Einrichtungen**

##### **Förderungen**

Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens, für wissenschaftliche Einrichtungen für Zwecke der Literaturversorgung und für Dokumentationsaufgaben veranschlagt.

#### **Paragraph 1413 Expertengutachten und Auftragsforschung**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

##### **Aufwendungen**

Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.

Aus der Post „Stimulierung europäischer Forschungskooperationen“ werden Forschungsprojekte, die mit ausländischen Partnern durchgeführt werden, finanziert.

Technologieschwerpunkte werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode, Forschungsschwerpunkte vom Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst festgelegt.

Die allgemeine Auftragsforschung dient ua. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

#### **Paragraph 1414 Wissenschaftliche Forschung**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

## **Förderungen**

### *Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung*

Aufgabe des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen durch Darlehen oder Beiträge des Fonds gefördert.

Dem Fonds werden im Jahre 1995 564,480 Millionen Schilling aus Bundesmitteln zufließen.

Hier sind auch die Erwin-Schrödinger-Auslandsstipendien, Lise-Meitner Stipendien sowie die Habilitationsstipendien veranschlagt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Darüber hinaus werden dem FWF 40 Millionen Schilling für Spezialforschungsbereiche zur Verfügung gestellt. Diese Bereiche sind fächerübergreifende, langfristige Forschungsprogramme von österreichischen Forschungsstätten (Hochschulen, Kunsthochschulen oder gemeinnützigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen).

## **Paragraph 1415 Gewerbliche Forschung**

### *Gesetzliche Grundlage*

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

## **Förderungen**

### *Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft*

Seit 1. Jänner 1995 fällt diese in die Kompetenz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten (VA-Ansatz 1/63176).

Bei diesem Voranschlagsansatz werden nur mehr die Ausgaben für den Modellversuch Wissenschaftler für die Wirtschaft veranschlagt.

## **Paragraph 1416 Forschungseinrichtungen**

### *Gesetzliche Grundlage*

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

## **Förderungen**

In diesem Voranschlagsansatz sind ua. die Förderungsmittel für die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen, das Institut für Konfliktforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der I. Republik, Joanneum Research, die Österreichische Computergesellschaft, das Institut für Internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, die Gesellschaft für Mikroelektronik, das Institut für die Wissenschaften vom Menschen, die Studiengesellschaft für Kybernetik, das Internationale Forschungszentrum Kulturwissenschaften, das österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, das Erwin-Schrödinger-Institut für Mathematische Physik und Beträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Weiters sind Förderungen im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Technologieschwerpunkte vorgesehen.

## **Aufwendungen**

Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewußtseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Aus diesem Grund enthält dieser Voranschlagsansatz Posten für Vorträge, Seminare und Tagungen und

5 Arbeits(Amts)behelf zum BFG

Forschungspublikationen. Weiters sind die Sondervorhaben Stiftung Dokumentationsarchiv sowie IIASA-Stipendien enthalten. Von großer Bedeutung ist auch der Bereich der bilateralen Wissenschaftsbeziehungen mit ostmitteleuropäischen Forschungseinrichtungen, im Rahmen von wissenschaftlich-technischen Abkommen und die Entsendung österreichischer Experten in internationale Gremien, insbesondere im Rahmen der EU.

#### **Paragraph 1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute**

##### **Gesetzliche Grundlage**

ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

##### **Förderungen**

Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Sondermittel für die Kommission „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“ und die IIASA-Kommission, Mittel für die Technologiefolgeabschätzung sowie Mittel, mit denen gezielt die Infrastruktur der ÖAW im Hinblick auf die internationale Konkurrenzfähigkeit ausgebaut werden soll.

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für APART veranschlagt:

- APART (Austrian Programme for Advanced Research and Technology) dient der Förderung von „postdoktoraler Forschung auf allen Gebieten der Wissenschaft“ zur Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Wissenschaftlern in Europa.

##### **Aufwendungen**

In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefaßt: die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Weltraumzusammenarbeit mit GUS, Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs, Natural Disaster Reduction Programme, Intern. Geosphere Biosphere Programme), die Kosten nationaler Programme (Weltraumforschung) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (Inst. Laue-Langerin, ELETTRA).

Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IIASA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (International Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mécaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefaßt.

#### **Paragraph 1418 Forschungsvorhaben in Internationaler Kooperation**

##### **Gesetzliche Grundlagen**

CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971;

EKMB: BGBl. Nr. 273/1970;

EMBL: BGBl. Nr. 562/1975;

EZMW: BGBl. Nr. 29/1976;

ESA: BGBl. Nr. 95/1987;

WMO: BGBl. Nr. 64/1958;

EUMETSAT: BGBl. Nr. 304/1994.

##### **Förderungen**

Diese Mittel dienen zur Finanzierung nicht von der EU übernommener Kosten, insbesondere im Rahmen von Forschungsprogrammen.

##### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), zum Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW), zur Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und zur EUMETSAT.

Des weiteren sind hier die anfallenden Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei ESA ergeben, veranschlagt.

### **Aufwendungen**

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der wissenschaftlichen Kooperation zwischen Österreich und der EU sowie verschiedenen ESA-Programmen.

Die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

In diesem Ansatz werden schrittweise die sich aus der Mitarbeit an EU-Programmen ergebenden Kosten, nationaler und internationaler Art, veranschlagt.

### **Paragraph 1419 Forschungsunternehmungen**

#### **Förderungen**

Der Voranschlagsansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf Ges. m. b. H. (ÖFZS) (Vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Gesellschaft m. b. H. — ÖSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsabkommen. Ferner ist für das Technologietransferzentrum Leoben und für Technologieschwerpunkte vorgesorgt.

### **Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen**

#### **Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	9 468,0	10 473,4	19 941,4	1 106,5
1994 .....	9 725,8	11 780,0	21 505,8	1 056,3
1994 vorl. Erf. ...	9 967,7	10 826,6	20 794,3	1 034,3
1995 .....	10 428,6	11 434,9	21 863,5	1 068,8

### **Paragraph 1420 Universitäten**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 381/1925 idF BGBl. Nr. 184/1986;

Universitäts-Organisationsgesetz (UOG), BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 804/1993;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993;

Allgemeines Hochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 177/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 111/1994;

Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;

Hochschultaxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 665/1994;

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 801/1993;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 619/1994;

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1993;

Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 803/1993;

Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 373/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1993;

Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 465/1974;

Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 369/1991;

Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 277/1988;

Bundesgesetz über Evangelisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 248/1993;

Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 272/1994;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 427/1988;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 346/1993;

Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99/1990;

Bundesgesetz über die Errichtung des Universitätszentrums für Weiterbildung mit der Bezeichnung Donau-Universität Krems, BGBl. Nr. 269/1994;

Tierversuchsgesetz 1988, BGBl. Nr. 501/1989;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;

Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 620/1994.

### **Aufgaben**

Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und hiedurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.

Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

### **Organisation**

Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität Klagenfurt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	8 281,3	9 429,9	17 711,3	335,1
1994 .....	8 879,1	11 091,6	19 970,7	313,2
1994 vorl. Erf. ...	9 118,2	10 187,3	19 305,5	310,2
1995 .....	9 716,7	10 810,7	20 527,4	316,0

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Steigerung bei den Personalausgaben ist unter anderem auf eine Vermehrung von Planstellen zurückzuführen.

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem auf die Umschichtung der BIG-Mieten vom Ansatz 1/14108 zu 1/14208 als auch auf den Anstieg der Betriebskosten für die Universitäten sowie den Abgeltungen für Lehrtätigkeiten zurückzuführen.



## **Anlagen**

Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muß die überaltete, apparative Laboreinrichtung an den Technischen Universitäten und Naturwissenschaftlichen sowie Medizinischen Fakultäten erneuert werden.

## **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Bei diesen Gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remunerationen, Kollegiengeldabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

## **Aufwendungen**

In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Zusätzliche Aufwendungen entstehen auch durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte, Vorbereitungslehrgänge sowie der auf den Bund entfallende 50%ige Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien veranschlagt.

Weiters sind die anteiligen Bundesbeiträge für den Klinischen Aufwand und die Klinikneubauten zu leisten.

## **Einnahmen 1994**

Im Zusammenhang mit dem auf den Bund entfallenden 50%igen Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien werden hier im wesentlichen dem Bund die darauf entfallenden Vorsteuerbeträge gutgeschrieben.

Zusätzliche Einnahmen werden aus Kostenersätzen für die Benützung von Bundeseinrichtungen erwartet.

## **Paragraph 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-*taxengesetz* 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993, und Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer vom 18. April 1939, DRGBI. I, S 797;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

Universitäts-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 804/1993;

Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten — UOG 1993, BGBl. Nr. 805/1993.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	440,9	219,9	660,7	685,8
1994 .....	427,0	233,0	660,0	660,0
1994 vorl. Erf. . .	408,9	233,0	641,9	646,5
1995 .....	410,3	265,4	675,7	675,7

## **Anlagen**

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgesorgt.

## **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Steuern veranschlagt.

## **Aufwendungen**

Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Steuern veranschlagt.

**Einnahmen 1994**

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes 1972 und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

**Paragraph 1422 Bibliotheken (zweckgebundene Gebarung)****Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

**Gebarung**

Auf Grund des Hochschul-Taxengesetzes und des Forschungsorganisationsgesetzes sind 1995 Einnahmen in Höhe von 40 000 Schilling zu erwarten, die zweckgebunden für die Anschaffung und den Betrieb verschiedener Einrichtungen verwendet werden.

**Paragraph 1423 Bibliotheken****Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;

**Aufgaben**

Den Zentralbibliotheken sowie den Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der auf die für sie jeweils relevanten Fakultäten und Institute bezogene Literatur und sonstige Informationsträger. Dem österreichischen Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film obliegt die Herstellung, Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung von visuellen Medien.

**Organisation**

Derzeit bestehen die Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz, die Zentralbibliothek für Physik in Wien, die Zentralbibliothek für Medizin, die Bibliotheken des Österreichischen Archäologischen Institutes und des Institutes für österreichische Geschichtsforschung und das österreichische Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	464,2	569,5	1 033,7	7,2
1994 .....	136,6	142,3	278,9	2,5
1994 vorl. Erf. ...	147,0	116,3	263,3	2,9
1995 .....	7,7	53,0	60,7	0,5

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung ergibt sich durch den Wegfall der Österreichischen Nationalbibliothek und der österreichischen Phonotheek, die beim Kapitel 12, (§ 1/1246) veranschlagt sind.

**Anlagen**

Vorgesehen sind Ausgaben für die Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die ADV-Ausstattung der Zentralbibliotheken und dem österreichischen Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film und die Anschaffung von Filmsammlungen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind vor allem die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

**Aufwendungen**

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind hauptsächlich Aufwendungen für Materialien für Mikrofilme und Photokopien, Druckaufträge und Druckwerke, Instandhaltungen sowie Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung veranschlagt.

## **Paragraph 1424 Wissenschaftliche Anstalten**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993;  
Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

### **Organisation**

Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

### **Aufgaben**

#### *Geologische Bundesanstalt*

Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und Durchführung von geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Ferner werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten, die im öffentlichen Interesse gelegen sind, durchgeführt.

#### *Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik*

Kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Meßnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation.

#### *Österreichisches Archäologisches Institut*

Forschung, Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie, Grabungen im In- und Ausland, Konservierung von historischem Kulturgut.

#### *Institut für Österreichische Geschichtsforschung*

Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluß der historischen Hilfswissenschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	181,2	168,5	342,8	2,2
1994 .....	180,6	171,7	352,3	2,2
1994 vorl. Erf. ...	188,0	166,9	354,9	1,0
1995 .....	189,3	155,1	344,4	2,8

### **Anlagen**

Vorsorgen für Neueinrichtung und für die laufende Nachschaffung von Betriebseinrichtungen; Ausbau der archäologischen Datenbank.

### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer veranschlagt.

### **Aufwendungen**

Hier sind die Mittel für die Sanierung der Grabungssiedlungen, für Betriebsmaterialien (ua. Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), die Gebühren für Aufnahmegeologen, der Regieaufwand und die Ausgaben für Forschungstagungen veranschlagt. Des weiteren sind Mittel für den Vollzug des Lagerstättengesetzes sowie die Mietzahlungen an die BIG vorgesehen.

**Paragraph 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)****Aufgaben**

Durchführung von Grabungen des Österreichischen Archäologischen Institutes.

**Gebarung 1995**

An Kostenersätzen für Projektforschung sind Einnahmen in Höhe von 0,7 Millionen Schilling veranschlagt, die hauptsächlich zur Bedeckung von verschiedenen Aufwendungen verwendet werden.

**Paragraph 1426 Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal (betriebsähnliche Einrichtung)****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal — ArsenalG, BGBl. Nr. 802/1993.

**Aufgaben**

Gemäß § 3 des Arsenalgesetzes hat das Forschungs- und Prüfzentrum im Rahmen seines Wirkungsbereiches insbesondere folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Gewinnung von Erkenntnissen nach wissenschaftlichen und technischen Methoden als Grundlage für die Aufgaben gemäß Z 2 bis 4;
2. Durchführung von Forschungen und Entwicklungen gegen Entgelt;
3. Durchführung technischer Versuche und Prüfungen sowie anderer wissenschaftlicher Tätigkeiten, Erstellung von Befunden, Gutachten, Berichten, Zertifikaten und Zeugnissen gegen Entgelt;
4. Dokumentation, Informationsvermittlung und Beratung gegen Entgelt.

Erwähnt muß auch noch werden, daß das Forschungs- und Prüfzentrum einen Teil seines Arbeitsaufwandes für die Mitwirkung bei Hoheitsaufgaben, die Mitarbeit bei der Erstellung von Normen und technischen Vorschriften sowie der Durchführung von Fachveranstaltungen u. dgl. im öffentlichen Interesse zu leisten hat.

Weiters hat das Bundesforschungs- und Prüfzentrum Arsenal Versuchs- und Forschungseinrichtungen, für deren Bestehen in Österreich ein öffentliches Interesse vorliegt, bereitzustellen.

In jeder technischen Versuchsanstalt ist es außerdem notwendig, neben der Auftragsforschung auch einige Forschungsarbeiten durchzuführen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	100,3	79,8	190,9	70,8
1994 .....	102,5	139,8	239,6	74,9
1994 vorl. Erf. ...	105,6	121,0	226,6	71,9
1995 .....	104,8	149,8	254,6	72,9

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Das Mehrerfordernis resultiert vor allem aus der Veranschlagung der Ausgaben für die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG).

**Anlagen**

Hauptsächlich Vorsorge für die Anschaffung der erforderlichen Betriebsausstattung.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung der öffentlichen Abgaben (seit 1. Jänner 1994 ist das BFPZ Arsenal kommunalsteuerpflichtig) sowie für die Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer.

**Aufwendungen**

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für den laufenden Betrieb, wie zB Gerätemieten, Mieten an die BIG, Transport- und Energiekosten, veranschlagt.

**Titel 143 Kunsthochschulen****Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Kunsthochschulen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	781,7	778,4	1 560,0	50,6
1994 .....	825,2	895,0	1 720,2	263,1
1994 vorl. Erf. ...	858,2	823,2	1 681,4	55,3
1995 .....	1 097,7	811,1	1 908,8	281,7

**Paragraph 1430 Kunsthochschulen****Gesetzliche Grundlagen**

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 270/1994 für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 271/1994 für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Bundesgesetz vom 9. 5. 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;

Kunsthochschulordnung, BGBl. Nr. 70/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 303/1989;

Kunsthochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 187/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 271/1994;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 665/1994.

**Aufgaben**

Die Kunsthochschulen haben die wissenschaftlich-künstlerische Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.

Das vorrangige Ziel besteht darin, unter Beachtung des rechten Verhältnisses zwischen Tradieren und Experimentieren die Tendenzen zum Neuen, Experimentellen, zum bisher Nichtgelehrten zu verstärken.

Die Kunsthochschulen haben der Pflege und Erschließung der Künste, der Kunstlehre sowie in diesem Zusammenhang auch der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre zu dienen.

Eine vorrangige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen oder anderen künstlerisch wissenschaftlichen Berufsvorbildung.

Die Studien haben die Grundlagen für eine selbständige künstlerische Tätigkeit zu schaffen und entsprechend der gewählten Studienrichtung die Voraussetzungen für eine kritische Auseinandersetzung mit künstlerischen, pädagogischen oder anderen wissenschaftlichen Problemen zu bieten. Die Studierenden sind auf ihren künftigen Beruf so vorzubereiten, daß sie die Fähigkeit erwerben, den sich wandelnden Anforderungen der Berufspraxis gerecht zu werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer umfassenden Bildung durch Kunst.

Die Studierenden sollen sich ihrer Stellung und ihrer Aufgaben und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt werden.

Sie sollen die Bedeutung der von ihnen gewählten Disziplin im Ganzen der Kunst sowie die Bedeutung der Kunst im Gesamtzusammenhang der Kultur begreifen lernen.

Den Kunsthochschulen obliegt ferner die Weiterbildung ihrer Absolventen.

**Organisation**

Zum Bereich der Kunsthochschulen sind  
 die Akademie der bildenden Künste in Wien,  
 die Hochschule für angewandte Kunst in Wien,  
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien,  
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg,  
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz  
 und die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz zu zählen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	780,2	763,3	1 543,5	32,5
1994 .....	824,0	877,6	1 701,6	244,5
1994 vorl. Erf. ...	856,5	807,1	1 663,6	31,8
1995 .....	1 096,3	792,6	1 888,9	261,8

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Über den gesamten Paragraphen 1/1430 Personal- u. Sachausgaben gesehen ergibt sich insbesondere infolge der erstmals in diesem Bereich anfallenden BIG-Aufwendungen, der Aufwendungen für Auslandsaktivitäten (beide bisher 1/14108) sowie auf Grund zusätzlicher Personal- und Bezugs erhöhungen eine Anhebung gegenüber dem Vorjahr.

Die Erhöhung bei den Personalausgaben und die Reduzierung bei den Sachausgaben — trotz des erstmaligen Anfalles der BIG-Normmieten, Mieterinvestitionen und -Betriebskosten beim VA-Ansatz 1/14308 ist auf die „Existenzlektorenaktion“, welche eine Transferierung vom VA-Ansatz 1/14307 zum VA-Ansatz 1/14300 (Personalausgaben) ergab sowie auf zusätzliche Planstellen zurückzuführen.

Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich vor allem aus den eingeplanten Beitragsleistungen der Gebietskörperschaften zum Gebarungsabgang für die Kunsthochschulen in Salzburg, Graz und Linz.

**Anlagen**

Hier finden die Ersteinrichtungsinvestitionen der Kunsthochschulen, Anlagenkäufe (Maschinen und Geräte), instrumentelle Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen sowie die audiovisuellen Erstausrüstungen ihren Niederschlag.

**Förderungen**

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Die Gewährung von Subventionen an das Mediacult (Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDT), Druckkostenzuschüsse für Publikationen, die den Bereich der Kunsthochschulen betreffen, sowie Zuschüsse für Vortrags- und Studententätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen, und Förderungen an künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit (Lehrbeauftragte), die Vergütungen an Gastprofessoren, die Abgeltung der Prüfungsentgelte und Kollegengelder, die Aufwendungen an die Eignungsausbildungsteilnehmer und die adäquaten Dienstgeberbeiträge veranschlagt. Für 1995 wurden die Aufwendungen aus der „Existenzlektorenaktion“ in Abzug gebracht (Übertrag zu den Personalausgaben — 1/14300).

**Aufwendungen**

Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die für die infrastrukturellen Einrichtungen erforderlichen Aufwendungen, die Lehr- und Forschungserfordernisse, die Aufwendungen für Ausstellungen, für hochschulische Publikationen, für Exkursionen, Austauschaktionen, In- und Auslandsdienstreisen, Sozialleistungen, Repräsentationen und hochschulische Veranstaltungen der Kunsthochschulen veranschlagt.

Des weiteren finden hier erstmals die BIG-Normmieten, -Mieterinvestitionen und -Betriebskosten und die Aufwendungen für Auslandsaktivitäten (beide bisher bei Ansatz 1/14108 veranschlagt) ihren Niederschlag.

Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen ausländischer Studierender sowie für Stipendien für Graduierte österreichischer Kunsthochschulen, die österreichische Staatsbürger sind, vorgesorgt.

### **Paragraph 1431 Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Steuerengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993.

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 251/1993, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz.

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 25/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 250/1993 für die Akademie der bildenden Künste.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	1,5	15,0	16,5	18,2
1994 .....	1,3	17,3	18,6	18,6
1994 vorl. Erf. ...	1,7	16,1	17,8	23,5
1995 .....	1,4	18,5	19,9	19,9

#### **Anlagen**

Hier wird für die notwendige Amts-, Betriebs- und instrumentelle Ausstattung der Kunsthochschulen vorgesorgt.

#### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

#### **Aufwendungen**

Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, Studienbeiträge, sonstigen Beiträge und Kostenersätze der Studierenden sind anteilmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, für den Lehr-, Forschungs- und Veranstaltungsbetrieb, zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit und für Exkursionen zu verwenden.

Ferner sind hier die Aufwendungen der „Internationalen Sommerakademie“ der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hier für Mietaufwendungen, Studienbeihilfen, Dienstreisen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

#### **Einnahmen**

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus den Studienbeiträgen der Ausländer, dem Verkauf von Drucksorten, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, den Teilnehmergebühren an der Internationalen Sommerakademie der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg und den Kostenersätzen an.

### **Titel 146 Fachhochschulen**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993.

### **Aufgaben**

Aufbau eines nichtuniversitären Hochschulsektors, der durch eine Synthese von wissenschaftlich fundierten und berufsfeldbezogener Ausbildung charakterisiert ist.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1995 .....	124,5	0,1

### **Ausgaben 1995**

#### **Anlagen**

Hier wurde hauptsächlich für die Anschaffung der erforderliche Betriebs- und Geschäftsausstattung Vorsorge getroffen.

#### **Förderungen**

Hier wurden Zahlungen an Länder, Gemeinden und sonstige juristische Personen veranschlagt.

#### **Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung öffentlicher Abgaben und Interessentenbeiträge.

#### **Aufwendungen**

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für die Deckung der Kosten für die Geschäftsstelle des Fachhochschulrates sowie für den laufenden Betrieb (Energiebezüge, Mitgliedsbeiträge an in- und ausländischen Institutionen) veranschlagt.



## Kapitel 15 Soziales

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt D, ausgenommen die beim Kapitel 16 Sozialversicherung zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	1 754,2	56 242,4	57 996,6	38 464,7
1994 .....	1 409,8	81 338,1	82 747,9	54 503,2
1994 vorl. Erf. ...	1 584,3	79 170,6	80 754,9	53 544,2
1995 .....	1 622,2	82 948,5	84 570,7	57 164,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

## **Titel 150 Bundesministerium für Arbeit und Soziales**

### **Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarktpolitik, Pflegevorsorge, Versorgungs-, Sozialhilfe- und Behindertenangelegenheiten, Allgemeinen Sozialpolitik, des Arbeitsrechtes und der Arbeitsinspektion.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	243,0	177,4	420,4	30,1
1994 .....	257,8	2 727,3	2 985,1	33,6
1994 vorl. Erf. ...	265,5	2 669,7	2 935,2	32,1
1995 .....	269,8	2 917,9	3 187,7	907,8

### **Unterschiede zu den Vorjahren**

Der höhere Aufwand ist im wesentlichen auf die nationale Kofinanzierung für Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen des europäischen Sozialfonds zurückzuführen.

### **Anlagen**

Vorsorge für die Anschaffung von Büromaschinen und ADV-Geräten samt ergonomischem Mobiliar.

### **Förderungen**

Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im wesentlichen die Förderung von Arbeitsloseninitiativen, sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen sowie sozialpolitische Projekte im Zusammenhang mit der EU, des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogramms für Behinderte, einer Arbeitsgruppe der UN-Kommission für soziale Entwicklung, des „Österreichischen Komitees für Sozialarbeit“, des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes sowie des OECD-Projektes „Lokale Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen“.

### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Internationalen Arbeitsorganisation. Weiters ist neben dem Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen auch der Aufwand für 10 Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesehen.

## **Aufwendungen**

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt ua. neben dem steigenden Verwaltungsaufwand (ADV, Gerichtsgebühren, Energiebezüge usw.) auch die Aufwendungen für die Kodifikation des Sozialversicherungsrechtes, für das Bundeseinigungsamt, den Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung, die Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes, den Mitgliedsbeitrag an das Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrt in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in Österreich, das sich insbesondere mit Schulung und Forschung in bezug auf Betriebsfürsorge, Sozialschutz, Gemeinschaftsentwicklung uä. befaßt, sowie die Aufwendungen im Interesse der Verbesserung der sozialen und beruflichen Stellung der Frau, für den Problemkreis Arbeit und Arbeitsbeziehungen u. dgl. Hier sind auch verstärkt Mittel für EU-Maßnahmen (Projekte im In- und Ausland) vorgesehen.

Überdies sind Mittel für sozialpolitische Forschung und Grundlagenarbeit als Entscheidungshilfe im Hinblick auf die Themenschwerpunkte EU-Integration, Pflegewesen und Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme, sozialpolitische Fragen des Gesundheitswesens, Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitnehmerschutz, Problemgruppen am Arbeitsmarkt, sowie Frauenfragen des Ressorts bereitgestellt.

### **Voranschlagsansatz 1/15016 Zahlungen gemäß EU-Vorschriften**

Vorsorge für die Weitergabe der Rückflüsse aus der EU. Die Mittelzuweisung erfolgt entsprechend dem Einlangen des Geldes von der EU.

### **Voranschlagsansatz 1/15018 Rückzahlung von Fördermittel an die EU**

Schaffung einer Möglichkeit zur Rückzahlung allfälliger nicht den EU-Vorschriften entsprechend verwendeter EU-Fördermittel.

### **Voranschlagsansatz 1/15057 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik**

Gemäß § 6 Abs. 1 lit. c AMPFG in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Z 2 AMPFG hat der Bund jährlich einen Beitrag zur Arbeitsmarktpolitik zu leisten.

## **Einnahmen**

Im wesentlichen Kostenersätze des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds, des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds sowie Bezugsvorschußersätze und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht.

### **Bundesaufsicht**

#### *Träger der Sozialversicherung*

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG (BGBl. Nr. 000/1995), des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes — GSVG (BGBl. Nr. 000/1995), des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes — BSVG (BGBl. Nr. 000/1995), des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes — B-KUVG (BGBl. Nr. 474/1992), des Bundespflegegeldgesetzes — BPGG (BGBl. Nr. 48/1994) und des Notarversicherungsgesetzes 1972 — NVG 1972 (BGBl. Nr. 24/1994) ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für Arbeit und Soziales bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen.

#### *Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse*

Gemäß § 33 des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 835/1992, unterliegt die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse der Aufsicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

**Vorschlagsansatz 2/15064 Einnahmen gemäß § 00, BGBl. Nr. 000/1995**

Nicht zweckgebundene Einnahmen (siehe VA-Ansatz 1/15567).

**Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge****Gesetzliche Grundlagen**

Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 27/1994;

Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 648/1989;

Verordnung über die Anpassung von Versorgungsleistungen in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 1995, BGBl. Nr. 1005/1994.

**Aufgaben**

Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1993 .....	289,4	0,1
1994 .....	317,4	0,2
1994 vorl. Erf. ....	311,3	0,2
1995 .....	266,0	0,2

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Der geringere Aufwand ist auf eine Umstrukturierung des Förderungsinstrumentariums zurückzuführen.

**Vorschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge**

An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von den Gebietskrankenkassen die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht und vom Bund ersetzt.

**Vorschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren**

Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.

Neben den Rentengebühren sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz veranschlagt.

Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

Von dem mit 243,8 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

150,9 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Opfer,

73,7 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Witwen bzw. Lebensgefährtinnen,

4,3 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Waisen,

0,5 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Eltern,

2,1 Millionen Schilling auf Abfertigungen und Sterbegeld und

12,0 Millionen Schilling auf Pflegegeld nach dem BPGG.

Am 1. Juli 1994 standen 2 837 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 3 007 Personen am 1. Juli 1993.

**Vorschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen**

Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

**Vorschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung**

Versorgung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

**Vorschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen**

Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gem. § 15 a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

**Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen**

**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 112/1993.

**Aufgaben**

Entscheidung über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen nach dem VOG durch das örtlich zuständige Bundessozialamt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	11,7	0,8
1994 .....	13,8	1,2
1994 vorl. Erf. ....	13,7	0,9
1995 .....	15,9	1,2

**Vorschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.

Von dem mit 6,6 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

5,4 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Opfer,

0,5 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Witwen bzw. Witwer,

0,7 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Waisen und Eltern sowie Bestattungskostenersatz.

Am 1. Juli 1994 bezogen 115 Personen (54 Opfer und 61 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 106 Personen am 1. Juli 1993.

**Vorschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge**

Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbehelfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.

Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen.

**Vorschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung**

Versorgung der Opfer von Verbrechen und deren Hinterbliebene mit orthopädischen Hilfsmitteln.

**Vorschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation**

Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, wenn durch den zuständigen Sozialversicherungsträger keine Vorsorge getroffen wurde oder wenn der Beschädigte eine zumutbare Beschäftigung, die den krankenversicherungsrechtlichen Schutz gewährleistet, nicht mehr ausüben kann.

**Vorschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen**

Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

**Vorschlagsansatz 1/15255 Darlehen**

Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

**Vorschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)**

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

**Einnahmen**

Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

**Titel 153 Bundesministerium; Sonstige Leistungen****Gesetzliche Grundlagen**

Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 27/1994;

Verordnung über die Anpassung der Entschädigungsleistungen im Bereich des Impfschadengesetzes für das Kalenderjahr 1995, BGBl. Nr. 1006/1994;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 27/1994;

Verordnung über die Anpassung von Pflegegeld für das Kalenderjahr 1995, BGBl. Nr. 1002/1994.

**Aufgaben**

Entschädigung von Impfschäden und Kostenersatz an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung für die Aufwendungen in Durchführung des Bundespflegegeldgesetzes.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	16,8	0,2
1994 .....	17 183,5	0,0
1994 vorl. Erf. ....	16 493,9	942,9
1995 .....	17 019,6	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die nach dem Bundespflegegeldgesetz vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistenden Kostenersätze werden ab 1994 beim VA-Ansatz 1/15347 verrechnet.

Der höhere Aufwand gegenüber dem vorläufigen Erfolg 1994 ist ua. auf die Anpassung des Pflegegeldes zurückzuführen.

**Vorschlagsansatz 1/15317 Entschädigungen nach dem Impfschadengesetz**

Bei diesem Ansatz ist für die nach dem Impfschadengesetz vorgesehenen Entschädigungen (Behandlungs- und Rehabilitationskosten sowie Geldleistungen) vorgesorgt.

Die Geldleistungen unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG.

**Paragraph 1534 Pflegevorsorge (Kostenersatz)****Vorschlagsansatz 1/15347 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz**

Bei diesem Ansatz ist der vom Bund an die Träger der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung zu leistende Kostenersatz gemäß § 23 BPGG veranschlagt. Berücksichtigt ist dabei auch die Anpassung des Pflegegeldes im selben Ausmaß wie die der Pensionen nach dem ASVG und die steigende Zahl der Pflegegeldbezieher.

**Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge****Gesetzliche Grundlagen**

Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBIfÖ. Nr. 181/1939;

Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 482/1985;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 669/1991;

Verordnung über die Höhe der Kleinrenten für das Kalenderjahr 1995, BGBl. Nr. 992/1994;

Bundesbehindertengesetz, Abschnitt IV und V, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

**Aufgaben**

Kleinrentnerfürsorge, Förderung sozialer Wohlfahrtseinrichtungen und Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	74,6	—
1994 .....	77,3	0,0
1994 vorl. Erf. ....	75,5	—
1995 .....	67,7	0,0

**Voranschlagsansatz 1/15427 Kleinrentnerentschädigung**

Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen zu veranschlagen.

Die Zahl der Empfänger einer Kleinrente nimmt wegen des hohen Alters dieses Personenkreises ständig ab. Am 1. Juli 1994 bezogen 12 Personen eine Kleinrente gegenüber 14 Personen am 1. Juli 1993.

**Voranschlagsansatz 1/15436 Förderungen**

Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch die Normverbrauchsabgabe und die anteilige Umsatzsteuer erwächst, zu ersetzen.

Weiters werden dem Nationalfonds für Behinderte für Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation, sofern andere Förderungsmöglichkeiten nicht bestehen und dadurch soziale Härten beseitigt werden, Mittel zur Verfügung gestellt.

Außerdem ist die Förderung von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege, die mit Hilfe der von ihnen geschaffenen sozialen Dienste eine unentbehrliche Ergänzung der öffentlichen Sozialeinrichtungen darstellen, vorgesehen. Der Schwerpunkt ihrer fürsorglichen Tätigkeit besteht in der Betreuung und Pflege alter, kranker und hilfloser Menschen.

**Titel 155 Einrichtungen des Arbeitsmarktservice (I)****Gesetzliche Grundlagen**

Arbeitsmarktservicegesetz, BGBl. Nr. 313/1994;

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995;

Arbeitsmarktpolitikfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 000/1995;

Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 000/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995;

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz — SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995;

**Organisation**

Durch das Arbeitsmarktservicegesetz (AMSG), BGBl. Nr.313/1994, wurde die frühere Arbeitsmarktverwaltung mit 1. Juli 1994 als eigener Rechtsträger „Arbeitsmarktservice“ geschaffen.

**Aufgaben**

Ziel des Arbeitsmarktservice ist, im Rahmen der Vollbeschäftigungspolitik der Bundesregierung zur Verhütung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit unter Wahrung sozialer und ökonomischer Grundsätze im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik auf ein möglichst vollständiges, wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Zusammenführen von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage hinzuwirken, und dadurch die Versorgung der Wirtschaft mit Arbeitskräften und die Beschäftigung aller Personen, die dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bestmöglich zu sichern. Dies schließt die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz während der Arbeitslosigkeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein.

Das Arbeitsmarktservice hat zur Erreichung dieses Zieles im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Leistungen zu erbringen, die darauf gerichtet sind,

1. auf effiziente Weise die Vermittlung von geeigneten Arbeitskräften herbeizuführen, die möglichst eine den Vermittlungswünschen des Arbeitssuchenden entsprechende Beschäftigung bieten,
2. die Auswirkungen von Umständen, die eine unmittelbare Vermittlung im Sinne der Z 1 behindern, überwinden zu helfen,
3. der Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken,
4. quantitative oder qualitative Ungleichgewichte zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräfte-nachfrage zu verringern,
5. Arbeitsplätze zu erhalten und
6. die wirtschaftliche Existenz der Arbeitslosen zu sichern.

Das Arbeitsmarktservice bestreitet die Personal- und Sachausgaben für die Vollziehung des AMSG, des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes, BGBl. Nr. 642/1973, des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie sonstiger dem Arbeitsmarktservice zur Vollziehung übertragener Bundesgesetze in eigenem Namen und auf eigene Rechnung.

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, idgF. bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	1 047,5	48 099,4	49 146,9	37 783,4
1994 .....	675,0	53 351,6	54 026,6	53 876,6
1994 vorl. Erf. ...	843,1	51 775,0	52 618,1	51 937,9
1995 .....	867,0	54 946,8	55 813,8	55 638,8

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Ein Vergleich ist auf Grund der Ausgliederung der Arbeitsmarktverwaltung aus der Bundesverwaltung und der Errichtung eines öffentlich-rechtlichen Dienstleistungsunternehmens Arbeitsmarktservice nicht möglich.

Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden im Jahre 1995 folgende Ausgaben geleistet:

	Millionen Schilling
§ 1550 Ämter des AMS .....	912,0
§ 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG .....	5 536,0
§ 1552 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 39 a AMFG .....	25,0
§ 1553 Überweisung an das AMS .....	—
§ 1554 Sonderunterstützung .....	3 287,0
§ 1555 Leistungen nach dem AIVG .....	42 133,1
§ 1556 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 AMFG und gemäß § xx, BGBl. Nr. .../1995 .....	1 021,0
§ 1557 Überweisung an das AMS gemäß AMSG .....	2 587,1
§ 1558 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung .....	312,5
Titel 155 (Summe) ...	55 813,7

Der Bund trägt hievon die Ausgaben gemäß § 39 a AMFG (§ 1552) und § 51 a AMFG (VA-Ansätze 1/15565 und 1/15566).

Im einzelnen ist zu bemerken:

#### **Paragraph 1550 Ämter des Arbeitsmarktservice**

Im Zuge der Reform der Arbeitsmarktverwaltung und der Einrichtung des Arbeitsmarktservice Österreich als öffentliches Dienstleistungsunternehmen wurde vorgesehen, daß Beamte, die bisher in der Arbeitsmarktverwaltung Aufgaben wahrgenommen haben, die nunmehr von den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice zu erledigen sind, im Arbeitsmarktservice beschäftigt werden. Zur Wahrung ihrer dienst- und besoldungsrechtlichen Stellung gehören sie den Ämtern des Arbeitsmarktservice an, die für den Bereich jedes Bundeslandes und für die Bundesorganisation eingerichtet sind. Der Betrag von 912 Millionen Schilling umfaßt den Personalaufwand für die im Arbeitsmarktservice tätigen Beamten einschließlich der anteiligen Aufwendungen für Dienstreisen, Sozialeistungen und Ausbildungskosten.

#### **Paragraph 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und AMSG**

Die österreichische Arbeitsmarktpolitik hat mit der Errichtung des Dienstleistungsunternehmens Arbeitsmarktservice einen weitreichenden, international aufmerksam verfolgten Reformschritt gesetzt. Die verschiedenen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Unterstützung von Beratung und Arbeitsvermittlung wie Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen, Beihilfen zur Wiedererlangung einer Beschäftigung, Erschließung von Ausbildungsgängen und Qualifizierungsmaßnahmen, Sicherung und Stabilisierung der Beschäftigung ua. werden hier finanziert.

Angesichts der im Jahr 1995 zu erwartenden Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wurden die verschiedenen Maßnahmen je nach Arbeitsmarktlage — sowohl bundesweite, instrumentell, als auch regionsspezifisch — adäquat abgestimmt, sodaß die Arbeitsmarktpolitik dazu beiträgt, daß Österreich 1995 einen neuen Beschäftigungsrekord und eine weitere Absenkung des Niveaus der Arbeitslosigkeit erreichen wird, wobei sich erstmals seit mehreren Jahren auch die Zahl der ArbeitnehmerInnen und Betriebe verringern wird, die von Arbeitslosigkeit bedroht bzw. deren Standorte nicht länger wettbewerbsfähig sind.

Grundsatz der arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung ist die Nutzung der finanziellen Spielräume für jene, die der materiellen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Generell wird dabei davon ausgegangen, daß jene finanziellen und sonstigen Hilfestellungen Priorität vor existenzsichernden Leistungen haben, die durch (Wieder)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und dem damit verbundenen Erwerbseinkommen die Notwendigkeit von Transferleistungen beseitigen, abgesehen von den positiven Refinanzierungseffekten für den allgemeinen und die Haushalte der Sozial- und Arbeitslosenversicherung.

Dementsprechend verfolgt der Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente das Ziel der Aktivierung vor Versorgung, Vermittlung vor Administration von Leistungsanweisungen, finanzielle Mittel zur (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Ausbildung vor Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, Sicherung von Arbeitsplätzen vor Arbeitslosigkeit.

Darüber hinaus kann die Arbeitsmarktpolitik durch den Beitritt zur EU und die damit verbundenen Angebote der Förderung und Mitfinanzierung im Rahmen der Strukturfonds ihren instrumentellen und finanziellen Spielraum wie auch ihre Reichweite erheblich steigern, indem die verschiedenen Instrumente



und Maßnahmen auf Ältere, Langzeitarbeitslose, Behinderte, benachteiligte Jugendliche und Frauen mit Beschäftigungsproblemen konzentriert werden, aber auch jene ArbeitnehmerInnen umfassend unterstützt werden, die in Branchen arbeiten, die von der Anpassung an den gemeinsamen Markt besonders betroffen sind.

Zusätzliche Hilfe bieten auch die verschiedenen Gemeinschaftsinitiativen und Programme bzw. die Kooperation im nationalen Rahmen zur Durchführung von Maßnahmen der Europäischen Union mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Transnationale Vernetzung im Bereich der Programme der Europäischen Union wie Youth Start oder New Opportunities for Women eröffnet neue Initiativen und Innovationen, ua. auch für Jugendliche, die keinen oder nur eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales trägt gegenüber der Europäischen Union die budgetäre Verantwortung hinsichtlich des Europäischen Sozialfonds, die in der Form eingelöst wird, daß auf der Grundlage der mit der Europäischen Union vereinbarten Planungsdokumente zur Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und dem Einsatz ihrer Instrumente eine jährliche Kofinanzierung festgelegt wird, die vorsieht, daß das Arbeitsmarktservice für alle in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Programme im jährlichen Budget Vorsorge trifft. Der entsprechende Anteil wird ebenfalls unter Paragraph 1551 verbucht.

Die anteilige Kofinanzierung erfolgt nach Maßgabe des Geldflusses der EU-Mittel.

Für die Finanzierung der sozialen Sicherheit in den nächsten Jahren ist mitentscheidend, daß es gelingt, das faktische Pensionsanfallsalter anzuheben. Ein Gesichtspunkt dabei ist die Neugestaltung der Versorgungssysteme bei Arbeitslosigkeit; entscheidend ist jedoch auch der Beitrag des Arbeitsmarktservice bei der Sicherung von Arbeitsplätzen für Ältere. Die verschiedenen Instrumente zur Prävention offener Arbeitslosigkeit wie Kurzarbeitsbeihilfe, Arbeitsstiftungen und regionale Integrationsmaßnahmen finden sich hier ebenso wie neue Versuche der Abwendung von Arbeitslosigkeit Älterer durch Beschäftigungsgesellschaften, allenfalls im Kernbereich bedrohter Standorte, oder aber Formen der reduzierten Arbeitszeit verbunden mit der Förderung der Weiterbeschäftigung. Auch bietet im Einzelfall die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit eine attraktivere Alternative als Arbeitslosigkeit und die ihr zugeschriebene Warteposition auf die spätere Pension.

Gerade für ältere ArbeitnehmerInnen bietet der aktuelle wirtschaftliche Aufschwung eine günstige Ausgangsposition für den Einsatz von betriebsbezogenen Einstellungs- und Eingliederungsmaßnahmen, deren Rahmen für die Vermittlung von älteren Arbeitskräften erweitert wird. Auch maßgeschneiderte Ausbildungsgänge für Ältere sichern die Weiterbeschäftigung im Betrieb, oder aber bieten die notwendige Qualifikationsausstattung, um sich erfolgreich um einen neuen Arbeitsplatz zu bewerben.

In Österreich müssen Frauen die Einkommens- und Beschäftigungschancen der Männer erreichen. Ein wesentlicher Faktor für die Erreichung dieser Zielsetzung ist die Qualifikationsanpassung und -entwicklung der Frauen für eine langfristig ausgerichtete, stabile Berufskarriere. Mitentscheidend ist auch, in welchem Maße es gelingt, die vielfältigen Betreuungspflichten mit den Anforderungen von Beruf, Arbeitsplatz und Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen zu vereinbaren.

In der Ausgestaltung der verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente — Berufsorientierung, Vermittlung, Arbeitsmarktausbildung, Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten — erscheint die finanzielle Unterstützung von Frauen in ihren Betreuungsaufgaben vor allem für Kinder als entscheidender Erfolgsfaktor.

Eine wesentliche Aufgabe des Arbeitsmarktservice im Rahmen des Einsatzes finanzieller Leistungen liegt darin, den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit entscheidend zu verringern und damit einen überdurchschnittlichen Effekt zur Reduzierung des Niveaus der Arbeitslosigkeit in Österreich zu erzielen.

In diesem Zusammenhang ist finanziell sicherzustellen, daß alle Maßnahmen zur Vermittlungsvorbereitung — von der Qualifizierung über Berufsorientierung bis hin zu Job-Finding-Clubs — angeboten werden. Gerade im Konjunkturaufschwung haben Anschlußmaßnahmen der Vermittlungsunterstützung wie Einstellungs- und Einschulungsbeihilfen hohe Erfolgsaussichten.

Persönliche und soziale Behinderungen sind vielfach untrennbar mit hohem Risiko verbunden, lange Zeit keine Beschäftigung zu finden. Geschützte Werkstätten oder sozialökonomische Betriebe zählen gleichermaßen zum Standardrepertoire der Förderung der Erwerbstätigkeit von behinderten ArbeitnehmerInnen wie auf die spezifische Situation der Behinderten ausgerichtete Ausbildungsgänge der beruflichen Rehabilitation.

Internationale Maßnahmen zur Integration von Behinderten wie die persönliche Begleitung von behinderten Arbeitskräften beim Einstieg in die Arbeitswelt (Arbeitsassistenz, Coaching) oder aber Arbeitsmarktinstitute wie in Schweden zur Zusammenführung von Beratung und Vermittlung mit weitergehenden Rehabilitationsschritten erweisen sich als äußerst erfolgreich. Es erscheint zielführend, die Übertragbarkeit dieser internationalen Maßnahmen in Zusammenarbeit der Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice mit den Bundessozialämtern zu prüfen und — in Kombination mit verschiedenen Förderungen zur Beschäftigungsaufnahme für Behinderte — systematisch einzurichten.

ArbeitnehmerInnen mit unzureichender berufs- bzw. arbeitsplatzspezifischer Ausbildung sind von Arbeitslosigkeit besonders betroffen oder bedroht. In der Dynamik der laufenden Anpassung von Arbeitsplätzen an veränderte Marktbedingungen, Produktionsverfahren, Arbeitsorganisation und neue Werkstoffe können Arbeitskräfte ohne Qualifizierung nicht immer Schritt halten, vielfach scheitert auch der Umstieg auf eine neue Beschäftigung. Der Strukturwandel in der Arbeitswelt und berufliche Qualifizierung sind untrennbar miteinander verbunden. Auch eine einmal erworbene Ausbildung reicht vielfach nicht aus, die erarbeitete Stellung im Beruf zu halten oder aber bei Arbeitsplatzverlust umgehend eine neue Beschäftigung zu finden.

Primär gilt dies für Arbeitskräfte ohne weitergehende Ausbildung.

Gerade dieser Personenkreis findet nur sehr schwer Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen, die die Vermittlungsaussichten nachhaltig verbessern; in der Regel reicht auch ein spezifischer Lehrgang nicht aus, um eine adäquate Beschäftigung zu erhalten. In diesem Zusammenhang erfolgt unmittelbar im Anschluß an das Scheitern von Vermittlungsbemühungen der Einstieg in Ausbildungsmaßnahmen, um unproduktive Wartezeiten im Leistungsbezug zu vermeiden, wobei ein modulares System gewährleistet, daß die einzelnen Abschnitte von der Berufsfindung und -orientierung bis zur Spezialausbildung für bestimmte Produktionstechniken reichen.

Für Erwachsene, insbesondere Frauen und ausländische Arbeitskräfte bietet der Lehrabschluss mit daran anknüpfenden Weiterbildungsmaßnahmen hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für die Begründung einer stabilen Berufskarriere. Letztlich fördern auch neue Formen der betriebsübergreifenden Berufsausbildung die Arbeitsmarktstabilisierung bzw. erfolgreiche Mobilität von ArbeitnehmerInnen.

Der Eintritt Österreichs in die Europäische Union bietet über den Einsatz der Mittel der Europäischen Sozialfonds auch die Chance, die Schulung von Beschäftigten ohne Ausbildung zu forcieren, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind; diese Möglichkeit sollte in jedem Fall auch präventiv bei der Gefährdung von Standorten einbezogen werden.

Österreich hat im weltweiten Vergleich eine äußerst niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch muß jenen Jugendlichen besonderes Augenmerk geschenkt werden, die bei der Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt scheitern oder aber langfristig keine stabile Erwerbskarriere aufbauen können, weil eine fundierte Berufsausbildung und in weiterer Folge die Qualifizierung durch besondere Kenntnisse und Fertigkeiten fehlt. Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wurde bisher erfolgreich eingesetzt; die geplante Weiterentwicklung in Richtung Ausbau der Berufsinformationszentren, differenzierte Beratung zur Ausbildungs- und Berufslaufbahnplanung, Erschließung neuer Berufsfelder und Ausbildungsformen, gerade auch für Mädchen und junge Frauen erscheint richtungweisend. In jenen Regionen mit für Österreich vergleichsweise hoher Jugendarbeitslosigkeit werden zusätzliche Beschäftigungsprojekte und Integrationsvorhaben gemeinsam mit lokalen und regionalen Trägereinrichtungen bzw. Gemeinden initiiert und umgesetzt.

#### **Paragraph 1552 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 39 a AMFG**

Hier ist die Restfinanzierung der bis Ende 1991 genehmigten Projekte veranschlagt. Diesen Aufwand trägt der Bund endgültig.

#### **Voranschlagsansatz 1/15547 Sonderunterstützung**

##### **Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1:**

Angenommen wurden 3 500 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues), die eine Sonderunterstützung von durchschnittlich 519 S täglich und zwei Sonderzahlungen zu je 30 Tagsätzen erhalten. Hiezu kommen noch die anteiligen Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge für die Bezieher/innen der Sonderunterstützung.

**Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 2:**

Angenommen wurden 16 500 Anspruchsberechtigte, die eine Sonderunterstützung zu 30 Tagsätzen monatlich von durchschnittlich 299 S täglich erhalten. Hierzu kommen noch die anteiligen Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge.

**Voranschlagsansatz 1/15554 Wiedereinstellungsbeihilfe gemäß AIVG**

gemäß BGBl. Nr. 408/1990 erhält der Arbeitgeber eine Wiedereinstellungsbeihilfe, wenn das Karenzurlaubsgeld nach dem AIVG bis zum Ablauf des zweiten Lebensjahres des Kindes nur von einem Elternteil in Anspruch genommen wurde.

**Voranschlagsansatz 1/15557 Leistungen nach dem AIVG**

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 133 100 Bezieher/innen von Arbeitslosengeld, 71 700 Bezieher/innen von Notstandshilfe und 19 800 Bezieher/innen von Sondernotstandshilfe. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 106 245 S pro Jahr (295 S täglich) und die durchschnittliche Notstandshilfe mit 87 866 S pro Jahr (244 S täglich) und die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 71 447 S pro Jahr (198 S täglich) veranschlagt. Hierzu kommt noch der voraussichtliche Aufwand für Pensionsvorschüsse gemäß § 23 AIVG. Der Voranschlag für Karenzurlaubsgeld entspricht einem Durchschnittsbetrag von 80 451 S pro Jahr (223 S täglich) für 125 000 Bezieherinnen im Jahresdurchschnitt. Für die Gewährung von Karenzurlaubsgeld bei Teilzeitbeschäftigung wurden 24,5 Millionen Schilling vorgesehen. Hierzu kommen noch die Krankenversicherungsbeiträge sowie für die Bezieher von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe die Pensionsversicherungsbeiträge.

Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden rd. 8,6 vH zuzüglich 0,5 vH Sonderbeitrag des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/15565 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG(D)**

Darlehen an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

**Voranschlagsansatz 1/15566 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 51 a AMFG**

Zuschüsse an Betriebe in Verfolgung übergeordneter beschäftigungspolitischer Ziele zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

**Voranschlagsansatz 1/15567 Zahlungen gemäß § xxx, BGBl. Nr. xxx/1995**

Überweisung an den Bund gemäß § xxx, BGBl. Nr. xxx/1995.

**Voranschlagsansatz 1/15577 Überweisungen an das AMS gemäß § 48 (6) AMSG**

Die durch Kreditaufnahme des Arbeitsmarktservice entstehenden Kosten, wie Zinsen, Kreditvertrags- und Kontoführungsgebühren und sonstige Spesen, sowie die Tilgung sind im Arbeitsmarktservice vom Bund zu Lasten der Gebarung Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen.

**Voranschlagsansatz 1/15578 Überweisung an das AMS gemäß § 41 (2) AMSG**

Die Ausgaben für finanzielle Leistungen nach dem AMSG, dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, nach dem Sonderunterstützungsgesetz und nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, i.d.g.F. bestreitet das Arbeitsmarktservice im Namen und auf Rechnung des Bundes.

**Voranschlagsansatz 1/15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung**

Der hier veranschlagte Betrag entspricht rd. 0,7 vH der mit 44 441 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (siehe Voranschlagsansatz 2/15580) in Abgeltung des Aufwandes der KV-Träger für die Einhebung der AIV-Beiträge.

**Voranschlagsansatz 2/15510 Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen**

Hier sind insbesondere Rückzahlungen von Darlehenszinsen und von Betriebsförderungen veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 2/15513 Zweckgebundene Darlehensrückzahlungen**

Hier sind Darlehensrückzahlungen veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 2/15550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einnahmen)**

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen leistet gemäß § 39 Abs. 3 Familienlastenausgleichsgesetz einen Beitrag von 70 vH des Gesamtaufwandes an Karenzurlaubsgeld (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) sowie die Refundierung der Gesamtkosten für die Wiedereinstellungsbeihilfe und das Karenzurlaubsgeld bei Teilzeitbeschäftigung.

**Voranschlagsansatz 2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)**

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 61 AVG 1977 ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG einzuheben, wobei diese im Jahre 1995 bis zu einem Höchstbetrag von 1 260 S kalendertäglich (37 800 S monatlich) — bei einem Beitragssatz von 6,0 vH — zu berücksichtigen ist.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden 2 508 000 Beschäftigte mit Arbeitslosenversicherungspflicht mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 21 100 S monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

**Voranschlagsansatz 2/15591 Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (zweckgebundene Einnahmen)**

Hier wird der Beitrag des Bundes zur Arbeitsmarktpolitik veranschlagt.

**Titel 156 Einrichtungen des Arbeitsmarktservice (II)****Gesetzliche Grundlagen**

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1964;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 81/1983;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 315/1992;

Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, BGBl. Nr. 324/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

**Aufgaben**

Vollziehung der angeführten Gesetze durch das Arbeitsmarktservice.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1993 .....	690,4	591,3
1994 .....	788,2	535,0
1994 vorl. Erf. ....	790,6	571,2
1995 .....	706,8	555,0

**Voranschlagsansätze 1/15607 und 1/15617 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe**

Veranschlagt ist der Aufwand an Schlechtwetterentschädigung zuzüglich eines Pauschalbetrages als Abgeltung für die während der Zeit des Arbeitsausfalles von den Dienstgebern geleisteten Sozialabgaben sowie auch der Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung für die Einhebung des Schlechtwetterentschädigungsbeitrages.

Der Schlechtwetterentschädigungsbeitrag beträgt 1,4 vH des Arbeitsverdienstes, wobei dieser bis zu der im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz in der Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage (§ 45 Abs. 1 lit. b ASVG) zu berücksichtigen ist. Die im Jahre 1995 aus dem Schlechtwetterentschädigungsbeitrag zu erwartenden Einnahmen wurden auf Grund des Erfolges 1994 und unter Berücksichtigung der bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Lohnerhöhungen errechnet.

**Voranschlagsansatz 1/15627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete**

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) für durchschnittlich 27 Bezieher nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/15637 Bundesbeitrag zur Schlechtwetterentschädigung**

Hier ist der erforderliche Bundesbeitrag gemäß den Ausgaben und Einnahmen im Rahmen der Schlechtwetterentschädigung (Paragrafen 1560 und 1561) veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/15647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz**

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

**Voranschlagsansatz 1/15658 Kostenersatz an den Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds**

Eine Änderung des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes sieht einen Kostenersatz für Aufwendungen des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds aus Kreditaufnahmen (§ 13 Abs. 3 IESG) vor.

**Titel 157 Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung****Gesetzliche Grundlagen**

Kriegsofferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 27/1994;

Verordnung über die Rentenanpassung in der Kriegsofferversorgung für das Kalenderjahr 1995, BGBl. Nr. 1004/1994;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsofferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;

Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsofferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;

Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994;

Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1995, BGBl. Nr. 1004/1994.

**Aufgaben**

Dem Bundesminister für Arbeit und Soziales obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsoffer- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten Heilfürsorgeleistungen und Leistungen der orthopädischen Versorgung gewährt.

**Organisation**

Bundessozialamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien, Prothesenwerkstätte in Wien;

Bundessozialamt für Oberösterreich in Linz, Prothesenwerkstätte in Linz;

Bundessozialämter für Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal- ausgaben Millionen Schilling	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	288,7	6 826,5	7 115,2	53,8
1994 .....	292,9	6 820,7	7 113,6	51,1
1994 vorl. Erf. ...	294,4	6 982,2	7 276,6	53,8
1995 .....	301,4	6 933,8	7 235,2	55,3

Im einzelnen ist zu bemerken:

### **Paragraph 1570 Bundessozialämter**

Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Bundessozialämter und der bei den Bundessozialämtern eingerichteten Schiedskommissionen. Neben der Vollziehung des Kriegsof- und Heeresversorgungsgesetzes sind die Bundessozialämter mit der Vollziehung des Behinderteneinstellungsgesetzes (Ausgleichstaxfonds), Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Bundesbehindertengesetzes (Nationalfonds, Sozial-Service), Kriegsof- und Heeresversorgungsgesetzes (Kriegsof- und Heeresversorgungsfonds) und Impfschadengesetzes befaßt.

### **Anlagen**

Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und die EDV-Ausstattung der Bundessozialämter.

### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Neben dem Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen wird auch für den Aufwand von 46 Eignungsausbildungsteilnehmern vorgesorgt.

### **Aufwendungen**

Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post, Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Bundessozialämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen des Arbeitsmarktservice und der Untersuchungsanstalten durchgeführt), Vergütungen für Leistungen des Bundesrechnamtes und für ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

### **Paragraph 1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (Betriebsähnl. Einrichtungen)**

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Prothesenwerkstätten in Wien und Linz. Von den Prothesenwerkstätten werden für die orthopädische Versorgung der Kriegsbeschädigten Körperersatzstücke, orthopädische Behelfe und andere Hilfsmittel erzeugt und repariert.

### **Vorschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge**

Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfaßt ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenanstalten und Genesungsheimen vorgesehen.

### **Vorschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen**

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

### **Vorschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung**

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

### **Vorschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren**

Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsof- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind hier noch die Aufwendungen für Rentenabfertigungen und Sterbegeld sowie für Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz an Rentenbezieher nach dem KOVG und HVG veranschlagt. Die Renten unterliegen der jährlichen Anpassung im selben Ausmaß wie die Pensionen nach dem ASVG. Der Anpassungsfaktor für 1995 beträgt 1,028 (1967: 1,081, 1968: 1,064, 1969: 1,071, 1970: 1,054, 1971: 1,071, 1972: 1,074, 1973: 1,090, 1974: 1,104, 1975: 1,102, 1976: 1,115, 1977: 1,070, 1978: 1,069, 1979: 1,065, 1980: 1,056, 1981: 1,051, 1982: 1,052, 1983: 1,055, 1984: 1,040, 1985: 1,033, 1986: 1,035, 1987: 1,038, 1988: 1,023, 1989: 1,021, 1990: 1,030, 1991: 1,050, 1992: 1,040, 1993: 1,040, 1994: 1,025).

Von dem mit 6 182,0 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

	Millionen Schilling
auf Rentengebühren für Beschädigte (KOV) .....	2 513,0
auf Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (KOV) .....	3 225,0
auf Rentengebühren für Waisen (KOV) .....	80,0
auf Rentengebühren für Eltern (KOV) .....	23,0
auf Rentengebühren für Beschädigte (HV) .....	95,0
auf Rentengebühren für Witwen (HV) .....	3,0
auf Rentengebühren für Waisen (HV) .....	2,0
auf Rentengebühren für Eltern (HV) .....	1,0
auf Sterbegeld (KOV und HV) .....	29,1
auf Abfertigungen von Witwenrenten (KOV und HV) .....	0,6
auf Rentenumwandlungen (KOV und HV) .....	2,0
und auf Pflegegeld nach dem BPGG .....	175,0

Der Voranschlag 1995 berücksichtigt die Erhöhung der Versorgungsleistungen und den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 5,4 vH jährlich. Am 1. Juli 1994 standen 101 675 Versorgungsberechtigte (49 723 Beschädigte, 49 727 Witwen, 1 308 Waisen, 917 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 107 208 am 1. Juli 1993.

Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Juli 1994 1 508 Personen, und zwar 1 410 Beschädigte, 43 Witwen, 24 Waisen und 31 Eltern, gegenüber 1 468 Personen am 1. Juli 1993.

#### **Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung**

Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

#### **Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche**

Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich aufgrund besonderer Härten gewährt werden.

#### **Paragraph 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland**

Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsofferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 7,1 Millionen Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland mit 1,9 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge**

Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen Berechtigungsmarken beigegeben. Von den Bundessozialämtern wurden im Jahre 1993 8 461 Berechtigungsmarken für Beschädigte und 1 283 Berechtigungsmarken für Begleitpersonen ausgegeben.

Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

#### **Paragraph 2/1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (Betriebsäbnl. Einrichtungen)**

Hervorzuheben sind die Vergütungen der Bundessozialämter für die Erzeugung und Reparatur von Körperersatzstücken, orthopädischen Behelfen und anderen Hilfsmitteln, die Kriegsbeschädigten im Rahmen der orthopädischen Versorgung beigegeben werden.

### **Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz**

Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

### **Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung**

Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten.

#### ***Ausgleichstaxfonds***

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Behinderteneinstellungsgesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen sowie aus den Erträgen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des Fonds sind für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Behinderteneinstellungsgesetz begünstigten Personen, zur Ausstattung von Geschützten Werkstätten mit Maschinen und sonstigen Behelfen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Behinderten, für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz anspruchsberechtigten Personen sowie für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises und deren Witwen, Witwer, Waisen, Kinder, hinterbliebene Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten sowie für Personen, die — ohne Inhaber einer Amtsbescheinigung zu sein — wiederkehrende Leistungen nach dem OFG beziehen, zu verwenden.

Der Fonds wird vom Bundesminister für Arbeit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet, der aus Vertretern der organisierten Kriegsopfer, organisierten Behinderten, Opferbefürsorgten, Ländervertretern sowie Vertretern der Dienstnehmer und Dienstgeber und des Bundesministeriums für Finanzen besteht.

#### ***Kriegsopferfonds***

Der Kriegsopferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 687/1991 und wird vom Bundesminister für Arbeit und Soziales unter Anhörung eines Beirates verwaltet. Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsopfer- oder Heeresversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsfreier Darlehen.

#### ***Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte***

Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesbehindertengesetz, BGBl. Nr. 283/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 314/1994.

Aus dem Fonds werden Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Empfänger von Leistungen können Personen sein, die auf Grund eines körperlichen, geistigen oder psychischen Schadens voraussichtlich dauernd außerstande sind, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein nichtbehinderter Mensch die entsprechende Stellung in Beruf und Gesellschaft zu sichern, und Vereine, die sich überwiegend die Betreuung behinderter Menschen zur Aufgabe gestellt haben und die eine angestrebte und im öffentlichen Interesse gelegene Rehabilitationsmaßnahme aus eigenen Mitteln nicht zu finanzieren vermögen. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.

Weiters wird behinderten Menschen unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgegolten, die sich aus der Normverbrauchsabgabe und der anteiligen Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15436).

Die Verwaltung des Fonds obliegt dem Bundesminister für Arbeit und Soziales. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuß des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.



**Titel 159 Verschiedene Dienststellen****Gesetzliche Grundlagen**

- Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 624/1994;  
 Schlichtungsstellen — Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;  
 Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 836/1992;  
 Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 264/1969, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 462/1987;  
 Heimarbeitskommissions-Rahmengesäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 737/1993;  
 Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993;  
 Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;  
 Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;  
 Bundesbediensteten-Schutzgesetz — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 323/1977.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	175,1	56,1	231,2	5,1
1994 .....	184,2	58,3	242,5	5,5
1994 vorl. Erf. ...	181,4	58,5	239,9	5,1
1995 .....	184,1	74,0	258,1	6,1

**Paragraph 1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen****Aufgaben und Organisation**

Anzahl der Ämter:

Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;

5 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 4 in Wien und eine in Vorarlberg; Berufungskommission für Heimarbeit.

Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluß, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1 Z 1—6 a Arbeitsverfassungsgesetz.

Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitsstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitsstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuß einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitsstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.

Die Berufungskommission für Heimarbeit entscheidet über Berufungen gegen Bescheide der Entgeltberechnungsausschüsse endgültig.

**Ausgaben**

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen und der Berufungskommission; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befaßten Gerichtshofes besorgt.

## **Paragraph 1592 Arbeitsinspektion**

### **Aufgaben und Organisation**

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 27, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten und des Arbeitsinspektorates für Bauarbeiten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt.

### **Anlagen**

Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Meßgerätesektor vorgesorgt.

Von den zur Verfügung stehenden Dienstkraftwagen sind 4 im Jahre 1995 durch neue zu ersetzen. Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

### **Förderungen**

Nach § 3 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hierfür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.

Die Zahl der zu untersuchenden Personen wird gegenüber 1994 steigende Tendenz aufweisen.

Weiters ist der Aufwand für Geburten- und Familienbeihilfen vorgesehen.

### **Aufwendungen**

Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 315 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes und Kontrollen hinsichtlich der illegalen Ausländerbeschäftigung (inklusive Parteistellung im Verfahren) durch. Infolge des großen Umfanges der Außendiensttätigkeit entfallen rd. 32 vH der Aufwendungen auf Inlandreisen.

Weiters ist hier auch der Verwaltungsaufwand berücksichtigt.

## Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt D, für die Sozialversicherung.

### Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	67 695,7	2 548,4
1994 .....	54 134,6	160,0
1994 vorl. Erf. ....	55 242,4	1 021,0
1995 .....	60 468,3	143,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

### Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

#### Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 80;

liches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 34;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 338/1993 (8. Novelle); unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 31;

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1995 1,050 gemäß BGBl. Nr. 1026/1994;

Anpassungsfaktor für 1995 1,028 gemäß BGBl. Nr. 952/1994.

#### Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgten, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 I. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbehalte der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 vH, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 vH der Gesamtaufwendungen festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge eine Verdopplung der Beiträge der Pflichtversicherten durch den Bund.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	48 118,6	2 420,5
1994 .....	41 685,9	0,0
1994 vorl. Erf. ....	42 499,4	812,0
1995 .....	47 629,9	0,0

#### Unterschiede gegen Vorjahre

Die Pensionsanpassung durch das Pensionsanpassungsgesetz und die natürliche Zunahme der Pensionslast bewirken eine Steigerung der Gesamtaufwendungen in der Pensionsversicherung, die die Zunahme der Gesamterträge übersteigt. Mit dem Inkrafttreten des Bundespflegegeldgesetzes am 1. Juli

1993 erfuhr der Bundesbeitrag in der gesetzlichen Pensionsversicherung durch den Wegfall des Hilflosenzuschusses und die Neuregelung der Krankenversicherung der Pensionisten eine deutliche Reduzierung. Bei der Erstellung des BVA 1993 konnten diese Maßnahmen aber noch nicht berücksichtigt werden.

Infolge offener Forderungen der Pensionsversicherungsträger in Höhe von rund 2,7 Milliarden Schilling stieg der Bundesbeitrag im Jahre 1994 nur geringfügig an. Im Jahre 1995 wurde der zu erwartende Bundesbeitrag von rund 51,2 Milliarden Schilling durch verschiedene Einsparungsmaßnahmen um rund 3,6 Milliarden Schilling auf rund 47,6 Milliarden Schilling reduziert, wobei hievon rund 1,2 Milliarden Schilling aus der besonderen Rücklage bedeckt werden.

Eine Sonderregelung beim Bundesbeitrag für die Jahre 1994 und 1995 sieht vor, die Ausfallhaftung von 100,2 vH auf 100,0 vH zu reduzieren. Der Sonderbundesbeitrag für Bauführungen entfällt, im Gegenzug werden dafür die Abschreibungen von den bebauten Grundstücken bei den Aufwendungen wieder berücksichtigt.

Bei den in den Jahren 1993 und 1994 aufscheinenden Einnahmen handelt es sich um im Jahre 1992 bzw. 1993 zu hoch akontierte Bundesbeiträge, die refundiert wurden.

### Ausgaben

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 100,0 vH der Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hierbei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen und die außerordentlichen Zuschüsse der Dienstgeber zur Rückstellung für Pensionszwecke, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr aus dem Steueraufkommen der nach diesem Bundesgesetz Pflichtversicherten einen Betrag in der Höhe der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge zur Pensionsversicherung gemäß § 27 zu überweisen. Gemäß § 34 a leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 100,0 vH der Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Betrag in der Höhe der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 24 Abs. 2 zu leisten. Hiefür ist vor allem das Aufkommen an Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 166/1960 zu verwenden. Gemäß § 31 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 100,0 vH der Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen und die außerordentlichen Zuschüsse der Dienstgeber zur Rückstellung für Pensionszwecke, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

Berechnungsgrundlagen für 1995:

#### Vorschlagsansatz 1/16007 PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen .....	913 561
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....	1 252 000
	Millionen Schilling
100,0 vH der Aufwendungen .....	100 690,4
ab: Erträge .....	84 832,1
Bundesbeitrag für 1995 .....	15 858,3

#### Vorschlagsansatz 1/16027 VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen .....	14 954
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....	24 400

**Kapitel 16 — Titel 160**

97

	Millionen Schilling
100,0 vH der Aufwendungen .....	1 880,0
ab: Erträge .....	1 644,8
Bundesbeitrag für 1995 .....	235,2

**Voranschlagsansatz 1/16037 PVA der Angestellten; Bundesbeitrag**

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen .....	507 363
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....	1 327 000

	Millionen Schilling
100,0 vH der Aufwendungen .....	93 228,6
ab: Erträge .....	88 826,1
Bundesbeitrag für 1995 .....	4 402,5

**Voranschlagsansatz 1/16047 VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag**

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen .....	25 787
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....	9 600

	Millionen Schilling
100,0 vH der Aufwendungen .....	4 986,6
ab: Erträge .....	3 488,4
Bundesbeitrag für 1995 .....	1 498,2

**Voranschlagsansatz 1/16057 Überweisung gem. § 34 (1) GSVG**

	Millionen Schilling
Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer in der Höhe der für 1995 fällig gewordenen Beiträge zur Pensionsversicherung gemäß § 27 GSVG .....	6 229,0

**Voranschlagsansatz 1/16067 SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag**

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	
nach dem GSVG .....	148 833
nach dem FSVG .....	1 161
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	
nach dem GSVG .....	209 600
nach dem FSVG .....	10 000

	Millionen Schilling
100,0 vH der Aufwendungen .....	21 255,9
ab: Erträge einschließlich der Überweisung gemäß § 34 (1) GSVG .....	14 142,1
Bundesbeitrag für 1995 .....	7 113,8

**Voranschlagsansatz 1/16077 Betrag gem. § 31 (2) BSVG**

	Millionen Schilling
Überweisung eines Betrages in der Höhe der für 1995 fällig gewordenen Beiträge gemäß § 24 (2) BSVG .....	3 619,0

7 Arbeits(Amts)behelf zum BFG

**Voranschlagsansatz 1/16087 SVA der Bauern; Bundesbeitrag**

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen .....	188 401
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....	192 000
	Millionen Schilling
100,0 vH der Aufwendungen .....	15 494,9
ab: Erträge einschließlich des Betrages gemäß § 31 (2) BSVG .....	8 000,0
Bundesbeitrag für 1995 .....	7 494,9

**Anpassung der Pensionen**

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Gesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Der Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung kann bis zum 15. Juli eines jeden Jahres dem Bundesminister für Arbeit und Soziales eine vorläufige Empfehlung darüber vorlegen, in welcher Höhe der Anpassungsfaktor festgesetzt werden soll. Bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres hat der Beirat dem Bundesminister für Arbeit und Soziales in einem Gutachten den Anpassungsfaktor vorzuschlagen. Dabei hat der Beirat die Grundsätze des § 108 f Abs. 3, 4 und 5 ASVG zu berücksichtigen, nach denen auf den Anpassungsrichtwert und die Anpassungsbandbreite Bedacht zu nehmen ist. Dabei steht dem Beirat eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Berechnung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der Pensionsversicherung für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung. Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

für das Jahr

1966 .....	1,070	1981 .....	1,051
1967 .....	1,081	1982 .....	1,052
1968 .....	1,064	1983 .....	1,055
1969 .....	1,071	1984 .....	1,040
1970 .....	1,054	1985 .....	1,033
1971 .....	1,071	1986 .....	1,035
1972 .....	1,074	1987 .....	1,038
1973 .....	1,090	1988 .....	1,023
1974 .....	1,104	1989 .....	1,021
1975 .....	1,102	1990 .....	1,040 <sup>1)</sup>
1976 .....	1,115	1991 .....	1,050
1977 .....	1,070	1992 .....	1,040
1978 .....	1,069	1993 .....	1,040
1979 .....	1,065	1994 .....	1,025
1980 .....	1,056	1995 .....	1 028

<sup>1)</sup> 3,0% und 1,0% (4,03%).

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

## Kapitel 16 — Titel 161

99

## Eine Pension von 2 000 S im Jahre 1965 erhöhte sich seither

im Jahre	auf in Schilling	Jährliche Steigerung des VPI 1966 (1976, 1986) in Prozent	
		der Pension	
1966	2 140,00	7,0	2,2
1967	2 313,30	8,1	4,0
1968	2 461,40	6,4	2,8
1969	2 636,20	7,1	3,1
1970	2 778,60	5,4	4,4
1971	2 975,90	7,1	4,7
1972	3 196,10	7,4	6,3
1973	3 483,70	9,0	7,6
I/1974 <sup>1)</sup>	3 846,00	12,1	9,5
VII/1974 <sup>2)</sup>	3 961,40		
I/1975 <sup>3)</sup>	4 365,50	13,5	8,4
VII/1975 <sup>2)</sup>	4 496,50		
1976 <sup>4)</sup>	5 013,60	13,1	7,3
1977	5 364,60	7,0	5,5
1978	5 734,80	6,9	3,6
1979	6 107,60	6,5	3,7
1980	6 449,60	5,6	6,4
1981	6 778,50	5,1	6,8
1982	7 131,00	5,2	5,4
1983	7 523,20	5,5	3,3
1984	7 824,10	4,0	5,6
1985	8 082,30	3,3	3,2
1986	8 365,20	3,5	1,7
1987	8 683,10	3,8	1,4
I/1988	8 683,10	1,2	2,0
VII/1988 <sup>5)</sup>	8 882,80		
1989 <sup>6)</sup>	9 069,30	3,3	2,5
1990 <sup>7)</sup>	9 434,80	4,0	3,3
1991	9 906,50	5,0	3,3
1992	10 302,80	4,0	4,1
1993	10 714,90	4,0	3,6
1994	10 982,80	2,5	3,0
1995	11 290,30	2,8	2,5 <sup>8)</sup>

<sup>1)</sup> Erhöhung um 10,4%.

<sup>2)</sup> Erhöhung um 3,0%.

<sup>3)</sup> Erhöhung um 10,2%.

<sup>4)</sup> Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

<sup>5)</sup> Erhöhung um 2,3%.

<sup>6)</sup> Erhöhung am 1. Jänner 1989 um 2,1%.

<sup>7)</sup> Erhöhung am 1. Jänner 1990 um 3,0% und 1,0% (4,03%).

<sup>8)</sup> Schätzwert.

## **Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 141;

Aufwertungszahl für 1995 1,050 gemäß BGBl. Nr. 1026/1994;

Anpassungsfaktor für 1995 1,028 gemäß BGBl. Nr. 952/1994;

Finanzausgleichsgesetz 1993 (FAG 1993), BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

**Aufgaben**

Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten — außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen — eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	10 219,6	6,8
1994 .....	11 029,1	0,0
1994 vorl. Erf. ....	11 349,4	63,6
1995 .....	11 494,6	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Der starke Anstieg von 1993 auf 1994 ist durch die zusätzliche Erhöhung der Ausgleichszulagen-Richtsätze, die weit über der normalen Anpassung der Pensionen liegt, bedingt.

**Ausgaben**

Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1993 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Richtsätze ab 1. Jänner 1995 (zum Vergleich ab 1. Jänner 1994):

	Schilling
1. für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	
a) wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben .....	11 000 (10 700)
b) wenn die Voraussetzungen nach 1. nicht zutreffen .....	7 710 (7 500)
2. für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension .....	7 710 (7 500)
3. für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
a) bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres .....	2 879 (2 801)
falls beide Elternteile verstorben sind .....	4 324 (4 206)
b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres .....	5 115 (4 976)
falls beide Elternteile verstorben sind .....	7 710 (7 500)

Der Richtsatz nach lit. a erhöht sich für jedes Kind um 821 (799) Schilling.

Die Richtsätze sind im letzten Jahrzehnt mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex 1966, 1976 bzw. 1986.

**Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger**

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex 1966 (1976, 1986) in %
VII/1965 .....	915	—	1 265	—	—
1966 .....	979	7,0	1 354	7,0	2,6
1967 .....	1 068	9,1	1 483	9,5	5,8
1968 .....	1 136	6,4	1 578	6,4	3,3
1969 .....	1 217	7,1	1 690	7,1	3,4
I/1970 <sup>1)</sup> .....	1 283	7,5	1 782	7,5	5,0
VII/1970 <sup>2)</sup> .....	1 333		1 851		
I/1971 <sup>3)</sup> .....	1 428		1 983		
VII/1971 <sup>4)</sup> .....	1 528	13,0	2 122	13,0	5,4
1972 <sup>5)</sup> .....	1 641	11,0	2 279	11,0	6,9
1973 .....	1 800	9,7	2 575	13,0	7,8
Fußnoten siehe Seite 99.					
I/1974 <sup>6)</sup> .....	2 000	12,8	2 861	12,8	8,5
VII/1974 <sup>7)</sup> .....	2 060		2 947		



	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex 1966 (1976, 1986) in %
I/1975 <sup>8)</sup> .....	2 285	14,3	3 270	14,3	9,1
VII/1975 <sup>7)</sup> .....	2 354		3 368		
1976 <sup>9)</sup> .....	2 625	13,2	3 755	13,1	8,0
1977 .....	2 860	9,0	4 090	8,9	6,0
1978 .....	3 092	8,1	4 422	8,1	3,7
1979 .....	3 308	7,0	4 731	7,0	3,7
1980 .....	3 493	5,6	4 996	5,6	6,0
1981 .....	3 703	6,0	5 316	6,4	7,3
1982 .....	3 955	6,8	5 677	6,8	5,9
1983 .....	4 173	5,5	5 989	5,5	3,2
1984 <sup>10)</sup> .....	4 370	4,7	6 259	4,5	6,0
1985 .....	4 514	3,3	6 466	3,3	3,3
1986 .....	4 672	3,5	6 692	3,5	2,1
1987 .....	4 868	4,2	6 973	4,2	0,4
1988 .....	5 004	2,8	7 168	2,8	1,1
1989 .....	5 134	2,6	7 354	2,6	1,9
I/1990 <sup>11)</sup> .....	5 434	7,2	7 784	7,2	2,8
VII/1990 <sup>12)</sup> .....	5 574		7 984		
1991 <sup>13)</sup> .....	6 000	9,0	8 600	9,1	3,6
1992 .....	6 500	8,3	9 317	8,3	3,5
1993 .....	7 000	7,7	9 967	7,0	3,0
1994 .....	7 500	7,1	10 700	7,4	2,8
1995 .....	7 710	2,8	11 000	2,8	2,5 <sup>14)</sup>

<sup>1)</sup> Erhöhung um 5,4%.

<sup>2)</sup> Erhöhung um 50 S für Alleinstehende bzw. 69 S für Verheiratete.

<sup>3)</sup> Erhöhung um 7,1%.

<sup>4)</sup> Erhöhung um 100 S für Alleinstehende bzw. 139 S für Verheiratete.

<sup>5)</sup> Erhöhung am 1. Jänner 1972 um 7,4%.

<sup>6)</sup> Erhöhung um 11,1%.

<sup>7)</sup> Erhöhung um 3,0%.

<sup>8)</sup> Erhöhung um 10,9% für Alleinstehende bzw. 11,0% für Verheiratete.

<sup>9)</sup> Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

<sup>10)</sup> Erhöhung am 1. Jänner 1984 um 4,0% und um 30 S.

<sup>11)</sup> Erhöhung um 300 S für Alleinstehende bzw. 430 S für Verheiratete.

<sup>12)</sup> Erhöhung um 140 S für Alleinstehende bzw. 200 S für Verheiratete.

<sup>13)</sup> Erhöhung am 1. Jänner 1991 um 7,6% für Alleinstehende bzw. 7,7% für Verheiratete.

<sup>14)</sup> Schätzwert.

## **Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 132 a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 88;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), §§ 31 und 81;

Aufwertungszahl für 1995 1,050 gemäß BGBl. Nr. 1026/1994;

Anpassungsfaktor für 1995 1,028 gemäß BGBl. Nr. 952/1994.

### **Aufgaben**

In der Krankenversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	824,4	—
1994 .....	845,0	0,0
1994 vorl. Erf. ....	842,9	—
1995 .....	867,0	0,0

**Ausgaben**

Gemäß § 31 Abs. 1 BSVG hat der Bund für das Geschäftsjahr 1993 einen Beitrag in der Höhe von 800 Millionen Schilling zu leisten. Der Beitrag des Bundes für jedes weitere Geschäftsjahr ist so festzustellen, daß der jeweils für das vorangegangene Geschäftsjahr geltende Beitrag mit dem jeweils für das Geschäftsjahr festgesetzten Anpassungsfaktor zu vervielfachen ist.

Gemäß den §§ 132 a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50 vH der Untersuchungskosten sowie 60 vH der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 1995 kommen die Ersätze für das Jahr 1994 zur Abrechnung.

**Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung****Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 74 a;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. .../1995 (Sozial-Budgetbegleitgesetz 1995), § 31;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 23/1994 (23. Novelle), § 117;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;

Aufwertungszahl für 1995 1,050 gemäß BGBl. Nr. 1026/1994;

Anpassungsfaktor für 1995 1,028 gemäß BGBl. Nr. 952/1994.

**Aufgaben**

Zur Verbesserung des Unfallversicherungs-Schutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 7 genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.

Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.

In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (zB Nahostkonflikt, Zypernkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	8 290,5	0,0
1994 .....	297,0	0,0
1994 vorl. Erf. ....	306,0	19,1
1995 .....	215,0	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Im Bundesrechnungsabschluß 1993 ist ein Betrag von 8,0 Milliarden Schilling für Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz enthalten (ab 1994 beim Ansatz 1/15347 verrechnet).

Auf Grund einer Sonderregelung wird der Bundesbeitrag zur Unfallversicherung nach dem BSVG für das Jahr 1995 um 100 Millionen Schilling vermindert.

**Ausgaben**

Gemäß § 74 a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22 a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag von 16 Schilling. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.

Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 30 Abs. 1 und 6 sowie in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 3, für das Jahr 1995 vermindert um 100 Millionen Schilling.

Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

**Titel 165 Bundesministerium; Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG)**

**Gesetzliche Grundlagen**

Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 473/1992 (NSchG-Novelle 1992), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1995 1,050 gemäß BGBl. Nr. 1026/1994;

Anpassungsfaktor für 1995 1,028 gemäß BGBl. Nr. 952/1994.

**Aufgaben**

Für Arbeitnehmer, die Nachtschwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1993 .....	242,6	121,1
1994 .....	277,6	160,0
1994 vorl. Erf. ....	244,7	126,3
1995 .....	261,8	143,0

**Ausgaben**

Gemäß Artikel XI Abs. 2 des NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10 vH des Aufwandes für das Sonderruhegeld.

Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen — siehe Voranschlagsansatz 2/16504.

**Einnahmen**

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschwerarbeits-Beitrag im Ausmaß von 2,0 vH der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

**Statistische Daten:****Berechnungsgrundlagen für die gesamte Pensionsversicherung**

<b>Durchschnittlicher Stand an Pensionen:</b>	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>	1995 <sup>1)</sup>
Alterspensionen .....	807 475	816 703	826 308	842 893	858 265
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit) .....	385 868	394 179	401 901	406 249	410 507
Witwenpensionen .....	454 752	453 542	451 901	450 881	450 500
Witwerpensionen .....	22 493	24 438	26 314	28 018	29 773
Waisenpensionen .....	56 688	55 115	53 562	52 123	51 015
<b>Zusammen ...</b>	<b>1 727 276</b>	<b>1 743 977</b>	<b>1 759 986</b>	<b>1 780 164</b>	<b>1 800 060</b>

**Durchschnittspensionen im Juli**

(ohne AZ):

Alterspensionen .....	9 142 S	9 582 S	9 735 S	10 075 S	10 448 S
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit) .....	7 079 S	7 478 S	7 508 S	7 773 S	8 162 S
Witwenpensionen .....	5 284 S	5 559 S	5 263 S	5 465 S	5 677 S
Witwerpensionen .....	2 159 S	2 265 S	2 304 S	2 393 S	2 478 S
Waisenpensionen .....	2 142 S	2 258 S	1 934 S	2 007 S	2 058 S
<b>Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen) .....</b>	<b>19 042 S</b>	<b>20 112 S</b>	<b>20 966 S</b>	<b>21 776 S</b>	<b>22 652 S</b>
<b>Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....</b>	<b>2 939 997</b>	<b>2 983 942</b>	<b>2 989 494</b>	<b>3 003 200</b>	<b>3 024 600</b>

**Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem ASVG**

<b>Durchschnittlicher Stand an Pensionen:</b>	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>	1995 <sup>1)</sup>
Alterspensionen .....	667 936	678 004	687 553	700 128	713 720
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit .....	300 488	306 277	311 829	315 284	319 108
Witwenpensionen .....	365 871	364 875	363 838	363 206	363 106
Witwerpensionen .....	17 732	19 355	20 933	22 386	23 839
Waisenpensionen .....	46 401	45 187	43 958	42 773	41 892
<b>Zusammen ...</b>	<b>1 398 428</b>	<b>1 413 698</b>	<b>1 428 111</b>	<b>1 443 777</b>	<b>1 461 665</b>

**Durchschnittspensionen im Juli**

(ohne AZ):

Alterspensionen .....	9 487 S	9 916 S	10 090 S	10 399 S	10 775 S
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit .....	7 656 S	8 079 S	8 127 S	8 412 S	8 817 S
Witwenpensionen .....	5 532 S	5 813 S	5 558 S	5 758 S	5 973 S
Witwerpensionen .....	2 318 S	2 431 S	2 475 S	2 564 S	2 656 S
Waisenpensionen .....	2 148 S	2 260 S	2 018 S	2 098 S	2 144 S
<b>Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen) .....</b>	<b>19 901 S</b>	<b>21 127 S</b>	<b>22 124 S</b>	<b>22 910 S</b>	<b>23 762 S</b>
<b>Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....</b>	<b>2 562 980</b>	<b>2 585 861</b>	<b>2 574 687</b>	<b>2 590 000</b>	<b>2 613 000</b>

<sup>1)</sup> Schätzung.

**Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem GSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft**

<b>Durchschnittlicher Stand an Pensionen:</b>	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>	1995 <sup>1)</sup>
Alterspensionen .....	72 963	72 958	73 717	76 303	76 758
Erwerbsunfähigkeitspensionen .....	19 297	19 701	20 219	20 687	21 050
Witwenpensionen .....	42 998	43 409	43 444	43 579	43 762
Witwerpensionen .....	1 840	1 956	2 078	2 153	2 248
Waisenpensionen .....	3 679	3 585	3 487	3 400	3 337
Übergangsalterspensionen .....	325	265	206	159	119
Übergangswitwenpensionen .....	2 323	2 049	1 815	1 613	1 429
Übergangswitwerpensionen .....	3	2	1	2	2
Übergangswaisenpensionen .....	157	146	140	135	128
<b>Zusammen ...</b>	<b>143 585</b>	<b>144 071</b>	<b>145 107</b>	<b>148 031</b>	<b>148 833</b>

**Durchschnittspensionen im Juli**  
(ohne AZ):

Alterspensionen .....	9 445 S	10 007 S	10 131 S	10 750 S	11 107 S
Erwerbsunfähigkeitspensionen .....	6 671 S	7 127 S	7 127 S	7 451 S	7 860 S
Witwenpensionen .....	5 205 S	5 503 S	5 242 S	5 474 S	5 708 S
Witwerpensionen .....	2 297 S	2 386 S	2 422 S	2 524 S	2 632 S
Waisenpensionen .....	2 358 S	2 493 S	2 107 S	2 164 S	2 228 S
Übergangsalterspensionen .....	4 571 S	4 884 S	3 340 S	3 292 S	3 420 S
Übergangswitwenpensionen .....	2 837 S	2 962 S	1 955 S	1 988 S	2 021 S
Übergangswitwerpensionen .....	744 S	640 S	714 S	4 048 S	1 466 S
Übergangswaisenpensionen .....	2 822 S	2 885 S	897 S	920 S	927 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage .....	14 137 S	15 409 S	16 217 S	17 190 S	18 325 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....	198 076	200 385	202 779	206 300	209 600

**Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem FSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft**

<b>Durchschnittlicher Stand an Pensionen:</b>	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>	1995 <sup>1)</sup>
Alterspensionen .....	564	596	653	785	847
Erwerbsunfähigkeitspensionen .....	28	30	33	35	37
Witwenpensionen .....	138	153	172	192	215
Witwerpensionen .....	4	5	7	7	8
Waisenpensionen .....	55	56	52	52	54
<b>Zusammen ...</b>	<b>789</b>	<b>840</b>	<b>917</b>	<b>1 071</b>	<b>1 161</b>

**Durchschnittspensionen im Juli**  
(ohne AZ):

Alterspensionen .....	18 044 S	19 047 S	19 841 S	20 631 S	21 241 S
Erwerbsunfähigkeitspensionen .....	12 464 S	13 289 S	14 090 S	14 463 S	15 045 S
Witwenpensionen .....	9 446 S	9 854 S	10 337 S	10 889 S	11 292 S
Witwerpensionen .....	6 395 S	6 206 S	6 181 S	6 651 S	6 743 S
Waisenpensionen .....	3 190 S	3 383 S	3 413 S	3 589 S	3 746 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage .....	23 715 S	25 629 S	26 402 S	28 287 S	29 701 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten .....	8 453	8 864	9 304	9 700	10 000

<sup>1)</sup> Schätzung.

**Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern**

<b>Durchschnittlicher Stand an Pensionen:</b>	1991	1992	1993	1994 <sup>1)</sup>	1995 <sup>1)</sup>
Alterspensionen .....	58 797	59 199	59 504	61 715	63 795
Erwerbsunfähigkeitspensionen .....	63 171	65 656	67 640	68 362	68 702
Witwenpensionen .....	27 496	28 583	29 461	30 312	31 121
Witwerpensionen .....	2 488	2 711	2 906	3 113	3 344
Waisenpensionen .....	4 190	4 015	3 878	3 767	3 676
<b>Zusammen ...</b>	<b>156 142</b>	<b>160 164</b>	<b>163 389</b>	<b>167 269</b>	<b>170 638</b>
<b>Durchschnittlicher Stand an Übergangspensionen:</b>					
Übergangsalterspensionen .....	6 890	5 681	4 675	3 803	3 026
Übergangserwerbsunfähigkeitspensionen .....	2 884	2 515	2 180	1 881	1 610
Übergangswitwenpensionen .....	15 926	14 473	13 171	11 979	10 867
Übergangswitwerpensionen .....	426	409	389	357	332
Übergangswaisenpensionen .....	2 206	2 126	2 047	1 996	1 928
<b>Zusammen ...</b>	<b>28 332</b>	<b>25 204</b>	<b>22 462</b>	<b>20 016</b>	<b>17 763</b>
<b>Pensionen insgesamt ...</b>	<b>184 474</b>	<b>185 368</b>	<b>185 851</b>	<b>187 285</b>	<b>188 401</b>

**Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):**

Alterspensionen .....	5 409 S	5 715 S	5 636 S	6 007 S	6 249 S
Erwerbsunfähigkeitspensionen .....	4 636 S	4 935 S	4 943 S	5 129 S	5 351 S
Witwenpensionen .....	3 488 S	3 691 S	3 316 S	3 448 S	3 581 S
Witwerpensionen .....	1 110 S	1 156 S	1 165 S	1 207 S	1 249 S
Waisenpensionen .....	1 569 S	1 706 S	1 317 S	1 370 S	1 443 S
Übergangsalterspensionen .....	3 663 S	3 795 S	2 105 S	2 128 S	2 175 S
Übergangserwerbsunfähigkeitspensionen .....	3 254 S	3 390 S	1 892 S	1 928 S	1 964 S
Übergangswitwenpensionen .....	3 205 S	3 347 S	1 935 S	1 983 S	2 038 S
Übergangswitwerpensionen .....	1 080 S	1 125 S	914 S	937 S	958 S
Übergangswaisenpensionen .....	2 675 S	2 789 S	1 041 S	1 068 S	1 099 S
<b>Durchschnittliche Beitragsgrundlage:</b>					
a) Betriebsführer .....	12 272 S	11 349 S	11 235 S	11 909 S	12 504 S
b) Kinder .....	5 263 S	7 037 S	6 375 S	6 566 S	6 730 S
<b>Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten:</b>					
a) Betriebsführer .....	153 856	171 463	182 990	177 000	172 000
b) Kinder .....	16 632	17 369	19 734	20 200	20 000

<sup>1)</sup> Schätzung.

### Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Durchschnittliches Monatseinkommen <sup>1)</sup> der		Durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage <sup>2)</sup> in der		
	Arbeiter	Angestellten	Pensionsversicherung der Arbeiter Schilling	Pensionsversicherung der Angestellten	Knappschaftlichen Pensionsversicherung
1986 .....	13 831	19 525	13 868	18 314	21 504
1987 .....	14 343	20 326	14 326	18 899	21 843
1988 .....	14 744	20 915	14 789	19 547	22 895
1989 .....	15 290	21 898	15 435	20 320	24 105
1990 .....	16 238	23 081	16 362	21 328	25 404
1991 .....	17 350	24 460	17 319	22 570	26 713
1992 .....	18 356 <sup>3)</sup>	25 781 <sup>3)</sup>	18 334	23 953	28 415
1993 .....	19 274 <sup>3)</sup>	27 018 <sup>3)</sup>	19 126	25 051	30 903
1994 .....	19 852 <sup>3)</sup>	27 748 <sup>3)</sup>	19 671	26 003	32 602 <sup>3)</sup>
1995 .....			20 326 <sup>3)</sup>	26 996 <sup>3)</sup>	33 697 <sup>3)</sup>

### Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten

	monatliche Höchst- beitragsgrundlage Schilling	Beitrag gemäß § 51 ASVG		Zusatzbeitrag gemäß § 51 a ASVG		zusammen
		Dienstgeber	Dienstnehmer	Dienstgeber	Dienstnehmer	
		in Prozent der Beitragsgrundlage				
1986 .....	25 800	9,25	9,25	3,2	1,0	22,70
1987 .....	26 400	9,25	9,25	3,2	1,0	22,70
1988 .....	27 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1989 .....	28 200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1990 .....	28 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1991 .....	30 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1992 .....	31 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1993 .....	33 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1994 .....	36 000	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1995 .....	37 800	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

<sup>1)</sup> Grundlage für die Berechnung bildet die Lohnsteuerstatistik 1982. Diese Daten wurden mit den Zuwachsraten des Tariflohnindex und des Pro-Kopf-Einkommens je Arbeitnehmer laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung fortgeschrieben.

<sup>2)</sup> Einschließlich aliquoter Sonderzahlungen.

<sup>3)</sup> Vorläufige Zahlen bzw. Schätzwerte.

**Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt**  
Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. <sup>1)</sup>	Ausgleichs- zulagen <sup>1)</sup>	Bundesmittel (BB + AZ) <sup>1)</sup>	Gesamtausgaben des Bundes <sup>1)</sup>	Brutto-Inlands- produkt <sup>2)</sup>	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB + AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB + AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
Millionen Schilling						%	%	%	%
1970	8 306	1 823	10 129	101 584	375 880	8,2	10,0	2,2	2,7
1971	8 285	2 507	10 792	112 567	419 620	7,4	9,6	2,0	2,6
1972	9 285	3 133	12 418	127 889	479 540	7,3	9,7	1,9	2,6
1973	9 554	3 388	12 942	141 151	543 460	6,8	9,2	1,8	2,4
1974	11 602	3 760	15 362	167 133	618 560	6,9	9,2	1,9	2,5
1975	16 836	4 121	20 957	196 697	656 120	8,6	10,7	2,6	3,2
1976	18 493	4 729	23 222	221 900	724 750	8,3	10,5	2,6	3,2
1977	21 133	4 918	26 051	236 658	796 190	8,9	11,0	2,7	3,3
1978	17 306 <sup>3)</sup>	5 218	22 524 <sup>3)</sup>	265 521	842 330	6,5	8,5	2,1	2,7
1979	18 557 <sup>3)</sup>	5 452	24 009 <sup>3)</sup>	288 134	918 540	6,4	8,3	2,0	2,6
1980	16 538 <sup>3)</sup>	5 596	22 134 <sup>3)</sup>	306 492	994 700	5,4	7,2	1,7	2,2
1981	18 714 <sup>3)</sup>	5 823	24 537 <sup>3)</sup>	339 456	1 055 970	5,5	7,2	1,8	2,3
1982	24 687 <sup>3)</sup>	6 123	30 810 <sup>3)</sup>	372 775	1 133 530	6,6	8,3	2,2	2,7
1983	33 568 <sup>3)</sup>	6 302	39 870 <sup>3)</sup>	407 791	1 201 230	8,2	9,8	2,8	3,3
1984	33 462 <sup>3)</sup>	7 258	40 720 <sup>3)</sup>	435 135	1 276 770	7,7	9,4	2,6	3,2
1985	35 580	6 422	42 002	464 673	1 348 420	7,7	9,0	2,6	3,1
1986	38 537	6 390	44 927	498 390	1 422 500	7,7	9,0	2,7	3,2
1987	45 097	6 440	51 537	514 461	1 481 390	8,8	10,0	3,0	3,5
1988	47 105	6 547	53 652	568 904 <sup>4)</sup>	1 561 700	8,3 <sup>4)</sup>	9,4 <sup>4)</sup>	3,0	3,4
1989	48 753	6 396	55 149	602 672 <sup>4)</sup>	1 663 890	8,1 <sup>4)</sup>	9,2 <sup>4)</sup>	2,9	3,3
1990	45 029	7 380	52 409	624 858 <sup>4)</sup>	1 789 390	7,2 <sup>4)</sup>	8,4 <sup>4)</sup>	2,5	2,9
1991	49 122	8 321	57 443	678 889 <sup>4)</sup>	1 914 700	7,2 <sup>4)</sup>	8,5 <sup>4)</sup>	2,6	3,0
1992	49 574	9 212	58 786	739 506 <sup>4)</sup>	2 035 600	6,7 <sup>4)</sup>	7,9 <sup>4)</sup>	2,4	2,9
1993	48 119	10 220	58 339	856 127 <sup>4)</sup>	2 117 800	5,6 <sup>4)</sup>	6,8 <sup>4)</sup>	2,3	2,8
1994	42 499	11 349	53 848	852 332 <sup>4)</sup>	2 243 000	5,0 <sup>4)</sup>	6,3 <sup>4)</sup>	1,9	2,4
1995	47 630	11 495	59 125	966 200 <sup>4)</sup>	2 372 900	4,9 <sup>4)</sup>	6,1 <sup>4)</sup>	2,0	2,5

<sup>1)</sup> Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1993, voraussichtlicher Erfolg 1994, Bundesvoranschlag 1995.

<sup>2)</sup> Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1994).

<sup>3)</sup> Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

<sup>4)</sup> Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.



**Bundesmittle zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt**  
Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. <sup>1)</sup>	Ausgleichs- zulagen <sup>1)</sup>	Bundesmittle (BB + AZ) <sup>1)</sup>	Gesamtausgaben des Bundes <sup>1)</sup>	Brutto-Inlands- produkt <sup>2)</sup>	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittle (BB + AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittle (BB + AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
			Millionen Schilling						
						%	%	%	%
1970 .....	6 524	1 378	7 902	101 584	375 880	6,4	7,8	1,7	2,1
1971 .....	6 304	1 592	7 896	112 567	419 620	5,6	7,0	1,5	1,9
1972 .....	6 510	1 877	8 387	127 889	479 540	5,1	6,6	1,4	1,7
1973 .....	6 418	2 039	8 457	141 151	543 460	4,5	6,0	1,2	1,6
1974 .....	7 502	2 221	9 723	167 133	618 560	4,5	5,8	1,2	1,6
1975 .....	11 400	2 475	13 875	196 897	656 120	5,8	7,1	1,7	2,1
1976 .....	12 046	2 697	14 743	221 900	724 750	5,4	6,6	1,7	2,0
1977 .....	13 407	2 872	16 279	236 658	796 190	5,7	6,9	1,7	2,0
1978 .....	8 846	3 030	11 876	265 521	842 330	3,3	4,5	1,1	1,4
1979 .....	9 308	3 147	12 455	288 134	918 540	3,2	4,3	1,0	1,4
1980 .....	6 996	3 228	10 224	306 492	994 700	2,3	3,3	0,7	1,0
1981 .....	7 309	3 346	10 655	339 456	1 055 970	2,2	3,1	0,7	1,0
1982 .....	12 045	3 533	15 578	372 775	1 133 530	3,2	4,2	1,1	1,4
1983 .....	19 816	3 606	23 422	407 791	1 201 230	4,9	5,7	1,6	1,9
1984 .....	19 881	4 242	24 123	435 135	1 276 770	4,6	5,5	1,6	1,9
1985 .....	21 297	3 668	24 965	464 673	1 348 420	4,6	5,4	1,6	1,9
1986 .....	24 116	3 631	27 747	498 390	1 422 500	4,8	5,6	1,7	2,0
1987 .....	28 388	3 674	32 062	514 461	1 481 390	5,5	6,2	1,9	2,2
1988 .....	29 877	3 765	33 642	568 904 <sup>3)</sup>	1 561 700	5,3 <sup>3)</sup>	5,9 <sup>3)</sup>	1,9	2,2
1989 .....	30 280	3 675	33 955	602 672 <sup>3)</sup>	1 663 890	5,0 <sup>3)</sup>	5,6 <sup>3)</sup>	1,8	2,0
1990 .....	25 334	4 139	29 473	624 858 <sup>3)</sup>	1 789 390	4,1 <sup>3)</sup>	4,7 <sup>3)</sup>	1,4	1,6
1991 .....	27 249	4 700	31 949	678 889 <sup>3)</sup>	1 914 700	4,0 <sup>3)</sup>	4,7 <sup>3)</sup>	1,4	1,7
1992 .....	26 793	5 317	32 110	739 506 <sup>3)</sup>	2 035 600	3,6 <sup>3)</sup>	4,3 <sup>3)</sup>	1,3	1,6
1993 .....	24 888	6 042	30 930	856 127 <sup>3)</sup>	2 117 800	2,9 <sup>3)</sup>	3,6 <sup>3)</sup>	1,2	1,5
1994 .....	19 594	6 785	26 379	852 332 <sup>4)</sup>	2 243 000	2,3 <sup>3)</sup>	3,1 <sup>3)</sup>	0,9	1,2
1995 .....	21 994	6 908	28 902	966 200 <sup>4)</sup>	2 372 900	2,3 <sup>3)</sup>	3,0 <sup>3)</sup>	0,9	1,2

<sup>1)</sup> Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1993, voraussichtlicher Erfolg 1994, Bundesvoranschlag 1995.

<sup>2)</sup> Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1994).

<sup>3)</sup> Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

**Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt**  
Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. <sup>1)</sup>	Ausgleichs- zulagen <sup>1)</sup>	Bundesmittel (BB + AZ) <sup>1)</sup>	Gesamtausgaben des Bundes <sup>1)</sup>	Brutto-Inlands- produkt <sup>2)</sup>	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB + AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB + AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
Millionen Schilling					%	%	%	%	
1970	1 056	445	1 501	101 584	375 880	1,0	1,5	0,3	0,4
1971	1 281	492	1 773	112 567	419 620	1,1	1,6	0,3	0,4
1972	1 592	570	2 162	127 889	479 540	1,2	1,7	0,3	0,5
1973	1 739	607	2 346	141 151	543 460	1,2	1,7	0,3	0,4
1974	2 273	656	2 929	167 133	618 560	1,4	1,8	0,4	0,5
1975	3 077	722	3 799	196 697	656 120	1,6	1,9	0,5	0,6
1976	3 612	891	4 503	221 900	724 750	1,6	2,0	0,5	0,6
1977	4 135	805	4 940	236 658	796 190	1,7	2,1	0,5	0,6
1978	4 319 <sup>3)</sup>	821	5 140 <sup>3)</sup>	265 521	842 330	1,6	1,9	0,5	0,6
1979	4 644 <sup>3)</sup>	831	5 475 <sup>3)</sup>	288 134	918 540	1,6	1,9	0,5	0,6
1980	5 015 <sup>3)</sup>	837	5 852 <sup>3)</sup>	306 492	994 700	1,6	1,9	0,5	0,6
1981	6 291 <sup>3)</sup>	862	7 153 <sup>3)</sup>	339 456	1 055 970	1,9	2,1	0,6	0,7
1982	6 952 <sup>3)</sup>	878	7 830 <sup>3)</sup>	372 775	1 133 530	1,9	2,1	0,6	0,7
1983	7 569 <sup>3)</sup>	876	8 445 <sup>3)</sup>	407 791	1 201 230	1,9	2,1	0,6	0,7
1984	7 402 <sup>3)</sup>	996	8 398 <sup>3)</sup>	435 135	1 276 770	1,7	1,9	0,6	0,7
1985	7 750	852	8 602	464 673	1 348 420	1,7	1,9	0,6	0,6
1986	7 307	849	8 156	498 390	1 422 500	1,5	1,6	0,5	0,6
1987	9 128	829	9 957	514 461	1 481 390	1,8	1,9	0,6	0,7
1988	9 593	824	10 417	568 904 <sup>4)</sup>	1 561 700	1,7 <sup>4)</sup>	1,8 <sup>4)</sup>	0,6	0,7
1989	10 278	787	11 065	602 672 <sup>4)</sup>	1 663 890	1,7 <sup>4)</sup>	1,8 <sup>4)</sup>	0,6	0,7
1990	10 894	855	11 749	624 858 <sup>4)</sup>	1 789 390	1,7 <sup>4)</sup>	1,9 <sup>4)</sup>	0,6	0,7
1991	12 157	937	13 094	678 889 <sup>4)</sup>	1 914 700	1,8 <sup>4)</sup>	1,9 <sup>4)</sup>	0,6	0,7
1992	12 444	1 025	13 469	739 506 <sup>4)</sup>	2 035 600	1,7 <sup>4)</sup>	1,8 <sup>4)</sup>	0,6	0,7
1993	12 685	1 101	13 786	856 127 <sup>4)</sup>	2 117 800	1,5 <sup>4)</sup>	1,6 <sup>4)</sup>	0,6	0,7
1994	12 432	1 208	13 640	852 332 <sup>4)</sup>	2 243 000	1,5 <sup>4)</sup>	1,6 <sup>4)</sup>	0,6	0,6
1995	14 523	1 207	15 730	966 200 <sup>4)</sup>	2 372 900	1,5 <sup>4)</sup>	1,6 <sup>4)</sup>	0,6	0,7

<sup>1)</sup> Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1993, voraussichtlicher Erfolg 1994, Bundesvoranschlag 1995.

<sup>2)</sup> Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1994).

<sup>3)</sup> Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

<sup>4)</sup> Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

**Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt**  
Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. <sup>1)</sup>	Ausgleichs- zulagen <sup>1)</sup>	Bundesmittel (BB + AZ) <sup>1)</sup>	Gesamtausgaben des Bundes <sup>1)</sup>	Brutto-Inlands- produkt <sup>2)</sup>	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB + AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB + AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	
Millionen Schilling					%				
1970	726	—	726	101 584	375 880	0,7	0,7	0,2	0,2
1971	700	423	1 123	112 567	419 620	0,6	1,0	0,2	0,3
1972	1 183	686	1 869	127 889	479 540	0,9	1,5	0,2	0,4
1973	1 397	742	2 139	141 151	543 460	1,0	1,5	0,3	0,4
1974	1 827	883	2 710	167 133	618 560	1,1	1,6	0,3	0,4
1975	2 359	924	3 283	196 697	656 120	1,2	1,7	0,4	0,5
1976	2 835	1 141	3 976	221 900	724 750	1,3	1,8	0,4	0,5
1977	3 591	1 241	4 832	236 658	796 190	1,5	2,0	0,5	0,6
1978	4 141 <sup>3)</sup>	1 367	5 508 <sup>3)</sup>	265 521	842 330	1,6	2,1	0,5	0,7
1979	4 605 <sup>3)</sup>	1 474	6 079 <sup>3)</sup>	288 134	918 540	1,6	2,1	0,5	0,7
1980	4 527 <sup>3)</sup>	1 531	6 058 <sup>3)</sup>	306 492	994 700	1,5	2,0	0,5	0,6
1981	5 114 <sup>3)</sup>	1 615	6 729 <sup>3)</sup>	339 456	1 055 970	1,5	2,0	0,5	0,6
1982	5 690 <sup>3)</sup>	1 712	7 402 <sup>3)</sup>	372 775	1 133 530	1,5	2,0	0,5	0,7
1983	6 183 <sup>3)</sup>	1 820	8 003 <sup>3)</sup>	407 791	1 201 230	1,5	2,0	0,5	0,7
1984	6 179 <sup>3)</sup>	2 020	8 199 <sup>3)</sup>	435 135	1 276 770	1,4	1,9	0,5	0,6
1985	6 533	1 902	8 435	464 673	1 348 420	1,4	1,8	0,5	0,6
1986	7 114	1 910	9 024	498 390	1 422 500	1,4	1,8	0,5	0,6
1987	7 581	1 937	9 518	514 461	1 481 390	1,5	1,9	0,5	0,6
1988	7 635	1 958	9 593	568 904 <sup>4)</sup>	1 561 700	1,3 <sup>4)</sup>	1,7 <sup>4)</sup>	0,5	0,6
1989	8 195	1 934	10 129	602 672 <sup>4)</sup>	1 663 890	1,4 <sup>4)</sup>	1,7 <sup>4)</sup>	0,5	0,6
1990	8 801	2 386	11 187	624 858 <sup>4)</sup>	1 789 390	1,4 <sup>4)</sup>	1,8 <sup>4)</sup>	0,5	0,6
1991	9 716	2 684	12 400	678 889 <sup>4)</sup>	1 914 700	1,4 <sup>4)</sup>	1,8 <sup>4)</sup>	0,5	0,6
1992	10 337	2 870	13 207	739 506 <sup>4)</sup>	2 035 600	1,4 <sup>4)</sup>	1,8 <sup>4)</sup>	0,5	0,6
1993	10 546	3 077	13 623	856 127 <sup>4)</sup>	2 117 800	1,2 <sup>4)</sup>	1,6 <sup>4)</sup>	0,5	0,6
1994	10 473	3 356	13 829	852 332 <sup>4)</sup>	2 243 000	1,2 <sup>4)</sup>	1,6 <sup>4)</sup>	0,5	0,6
1995	11 113	3 380	14 493	966 200 <sup>4)</sup>	2 372 900	1,2 <sup>4)</sup>	1,5 <sup>4)</sup>	0,5	0,6

<sup>1)</sup> Bundesrechnungsabschlüsse 1970 bis 1993, voraussichtlicher Erfolg 1994, Bundesvoranschlag 1995.

<sup>2)</sup> Nach der Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, die Werte ab 1994 sind Schätzzahlen (Stand Dezember 1994).

<sup>3)</sup> Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

<sup>4)</sup> Mit den Jahren 1970 bis 1987 nicht vergleichbar.

**Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes**  
**Gesamte Pensionsversicherung**

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. <sup>1)</sup>	Ausgleichs- zulagen <sup>1)</sup>	Bundesmittel (BB + AZ) <sup>1)</sup>	Gesamtaufwendungen der PV <sup>1)</sup> (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV <sup>1)</sup> (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	%
1970	7 578	1 852	9 430	28 304	30 156	26,8	31,3
1971	8 191	2 594	10 785	32 016	34 610	25,6	31,2
1972	8 927	3 150	12 077	36 039	39 189	24,8	30,8
1973	9 605	3 430	13 035	40 303	43 733	23,8	29,8
1974	12 154	3 801	15 955	47 306	51 107	25,7	31,2
1975	15 934	4 266	20 200	55 399	59 665	28,8	33,9
1976	18 171	4 658	22 829	65 999	70 657	27,5	32,3
1977	21 145	4 947	26 092	71 712	76 659	29,5	34,0
1978	16 357 <sup>2)</sup>	5 267	21 624 <sup>2)</sup>	79 317	84 584	20,6	25,6
1979	18 368 <sup>2)</sup>	5 482	23 850 <sup>2)</sup>	86 766	92 248	21,2	25,9
1980	16 666 <sup>2)</sup>	5 620	22 286 <sup>2)</sup>	94 436	100 056	17,6	22,3
1981	18 289 <sup>2)</sup>	5 841	24 130 <sup>2)</sup>	102 574	108 415	17,8	22,3
1982	24 868 <sup>2)</sup>	6 172	31 040 <sup>2)</sup>	112 523	118 695	22,1	26,2
1983	31 854 <sup>2)</sup>	6 307	38 161 <sup>2)</sup>	122 632	128 939	26,0	29,6
1984	33 679 <sup>2)</sup>	6 477	40 156 <sup>2)</sup>	132 612	139 089	25,4	28,9
1985	34 695	6 392	41 087	141 924	148 316	24,4	27,7
1986	37 641	6 367	44 008	151 589	157 956	24,8	27,9
1987	44 429	6 424	50 853	161 991	168 415	27,4	30,2
1988	45 632	6 539	52 171	168 612	175 151	27,1	29,8
1989	46 968	6 374	53 342	178 310	184 684	26,3	28,9
1990	43 792	7 392	51 184	190 049	197 441	23,0	25,9
1991	47 953	8 236	56 189	204 685	212 921	23,4	26,4
1992	47 248	9 239	56 487	216 849	226 088	21,8	25,0
1993	47 361	10 125	57 486	222 373	232 498	21,3	24,7
1994	45 315	11 346	56 661	227 101	238 447	20,0	23,8
1995	46 451	11 495	57 946	237 536	249 031	19,6	23,3

<sup>1)</sup> 1970 bis 1993 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1994 voraussichtlicher Erfolg, 1995 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

<sup>2)</sup> Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

**Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes**  
**Pensionsversicherung der Unselbständigen**

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. <sup>1)</sup>	Ausgleichs- zulagen <sup>1)</sup>	Bundesmittel (BB + AZ) <sup>1)</sup>	Gesamtaufwendungen der PV <sup>1)</sup> (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV <sup>1)</sup> (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	
1970 .....	5 840	1 397	7 237	25 553	26 950	22,9	26,9
1971 .....	6 178	1 644	7 822	28 598	30 242	21,6	25,9
1972 .....	6 205	1 892	8 097	31 831	33 723	19,5	24,0
1973 .....	6 460	2 064	8 524	35 358	37 422	18,3	22,8
1974 .....	7 968	2 259	10 227	41 125	43 384	19,4	23,6
1975 .....	10 775	2 514	13 289	48 005	50 519	22,4	26,3
1976 .....	11 852	2 723	14 575	57 281	60 004	20,7	24,3
1977 .....	13 483	2 901	16 384	61 217	64 118	22,0	25,6
1978 .....	8 101	3 061	11 162	67 348	70 409	12,0	15,9
1979 .....	9 196	3 166	12 362	73 357	76 523	12,5	16,2
1980 .....	6 990	3 242	10 232	79 726	82 968	8,8	12,3
1981 .....	7 156	3 367	10 523	86 606	89 973	8,3	11,7
1982 .....	12 494	3 568	16 062	95 275	98 843	13,1	16,3
1983 .....	18 335	3 611	21 946	104 056	107 667	17,6	20,4
1984 .....	20 231	3 705	23 936	112 746	116 451	17,9	20,6
1985 .....	20 555	3 652	24 207	120 679	124 331	17,0	19,5
1986 .....	23 258	3 626	26 884	128 900	132 526	18,0	20,3
1987 .....	27 739	3 665	31 404	137 698	141 363	20,1	22,2
1988 .....	28 588	3 762	32 350	143 446	147 208	19,9	22,0
1989 .....	28 822	3 657	32 479	151 691	155 348	19,0	20,9
1990 .....	24 031	4 126	28 157	161 616	165 742	14,9	17,0
1991 .....	26 392	4 667	31 059	173 957	178 624	15,2	17,4
1992 .....	24 799	5 349	30 148	184 147	189 496	13,5	15,9
1993 .....	24 099	5 947	30 046	188 625	194 572	12,8	15,4
1994 .....	21 069	6 785	27 854	191 870	198 655	11,0	14,0
1995 .....	21 994	6 908	28 902	200 785	207 693	11,0	13,9

<sup>1)</sup> 1970 bis 1993 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1994 voraussichtlicher Erfolg, 1995 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

**Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes**  
Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. <sup>1)</sup>	Ausgleichs- zulagen <sup>1)</sup>	Bundesmittel (BB + AZ) <sup>1)</sup>	Gesamtaufwendungen der PV <sup>1)</sup> (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV <sup>1)</sup> (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	%
1970	1 012	455	1 467	1 802	2 257	56,2	65,0
1971	1 275	514	1 789	2 076	2 590	61,4	69,1
1972	1 565	577	2 142	2 417	2 994	64,7	71,5
1973	1 780	620	2 400	2 872	3 492	62,0	68,7
1974	2 342	673	3 015	3 573	4 246	65,5	71,0
1975	2 869	743	3 612	4 268	5 011	67,2	72,1
1976	3 531	788	4 319	5 039	5 827	70,1	74,1
1977	4 104	807	4 911	5 822	6 629	70,5	74,1
1978	4 204 <sup>2)</sup>	824	5 028 <sup>2)</sup>	6 500	7 324	64,7	68,7
1979	4 573 <sup>2)</sup>	834	5 407 <sup>2)</sup>	7 296	8 130	62,7	66,5
1980	5 134 <sup>2)</sup>	843	5 977 <sup>2)</sup>	8 096	8 939	63,4	66,9
1981	6 079 <sup>2)</sup>	859	6 938 <sup>2)</sup>	8 824	9 683	68,9	71,7
1982	6 755 <sup>2)</sup>	880	7 635 <sup>2)</sup>	9 570	10 450	70,6	73,1
1983	7 417 <sup>2)</sup>	875	8 292 <sup>2)</sup>	10 351	11 226	71,7	73,9
1984	7 336 <sup>2)</sup>	873	8 209 <sup>2)</sup>	11 098	11 971	66,1	68,6
1985	7 593	851	8 444	11 822	12 673	64,2	66,6
1986	7 346	839	8 185	12 708	13 547	57,8	60,4
1987	9 171	826	9 997	13 693	14 519	67,0	68,9
1988	9 473	822	10 295	14 216	15 038	66,6	68,5
1989	10 018	786	10 804	15 053	15 839	66,6	68,2
1990	10 941	854	11 795	16 109	16 963	67,9	69,5
1991	11 876	935	12 811	17 408	18 343	68,2	69,8
1992	12 097	1 021	13 118	18 486	19 507	65,4	67,2
1993	12 786	1 098	13 884	19 242	20 340	66,4	68,3
1994	13 605	1 208	14 813	20 487	21 695	66,4	68,3
1995	13 343	1 207	14 550	21 256	22 463	62,8	64,8

<sup>1)</sup> 1970 bis 1993 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1994 voraussichtlicher Erfolg, 1995 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

<sup>2)</sup> Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

**Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes**  
Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. <sup>1)</sup>	Ausgleichs- zulagen <sup>1)</sup>	Bundesmittel (BB + AZ) <sup>1)</sup>	Gesamtaufwendungen der PV <sup>1)</sup> (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV <sup>1)</sup> (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	
1970	726	—	726	949	949	76,5	76,5
1971	738	436	1 174	1 342	1 778	55,0	66,0
1972	1 157	681	1 838	1 791	2 472	64,6	74,4
1973	1 365	746	2 111	2 073	2 819	65,8	74,9
1974	1 844	869	2 713	2 608	3 477	70,7	78,0
1975	2 290	1 009	3 299	3 126	4 135	73,3	79,8
1976	2 788	1 147	3 935	3 679	4 826	75,8	81,5
1977	3 558	1 239	4 797	4 673	5 912	76,1	81,1
1978	4 052 <sup>2)</sup>	1 382	5 434 <sup>2)</sup>	5 469	6 851	74,1	79,3
1979	4 599 <sup>2)</sup>	1 482	6 081 <sup>2)</sup>	6 113	7 595	75,2	80,1
1980	4 542 <sup>2)</sup>	1 535	6 077 <sup>2)</sup>	6 614	8 149	68,7	74,6
1981	5 054 <sup>2)</sup>	1 615	6 669 <sup>2)</sup>	7 144	8 759	70,7	76,1
1982	5 619 <sup>2)</sup>	1 724	7 343 <sup>2)</sup>	7 678	9 402	73,2	78,1
1983	6 102 <sup>2)</sup>	1 821	7 923 <sup>2)</sup>	8 225	10 046	74,2	78,9
1984	6 112 <sup>2)</sup>	1 899	8 011 <sup>2)</sup>	8 768	10 667	69,7	75,1
1985	6 547	1 889	8 436	9 423	11 312	69,5	74,6
1986	7 037	1 902	8 939	9 981	11 883	70,5	75,2
1987	7 519	1 933	9 452	10 600	12 533	70,9	75,4
1988	7 571	1 955	9 526	10 950	12 905	69,1	73,8
1989	8 128	1 931	10 059	11 566	13 497	70,3	74,5
1990	8 820	2 412	11 232	12 324	14 736	71,6	76,2
1991	9 685	2 634	12 319	13 320	15 954	72,7	77,2
1992	10 352	2 869	13 221	14 216	17 085	72,8	77,4
1993	10 476	3 080	13 556	14 506	17 586	72,2	77,1
1994	10 641	3 353	13 994	14 744	18 097	72,2	77,3
1995	11 114	3 380	14 494	15 495	18 875	71,7	76,8

<sup>1)</sup> 1970 bis 1993 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1994 voraussichtlicher Erfolg, 1995 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

<sup>2)</sup> Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

## Kapitel 17 Gesundheit und Konsumentenschutz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Konsumentenschutz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	595,9	5 986,9	6 582,9	2 005,4
1994 .....	624,2	6 741,1	7 365,3	2 154,1
1994 vorl. Erf. ...	623,6	6 269,2	6 892,8	2 106,6
1995 .....	536,7	5 793,4	6 330,1	2 109,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

### **Titel 170 Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz**

#### **Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Gesundheits- und Veterinärwesens, der Nahrungsmittelkontrolle und in Angelegenheiten des Konsumentenschutzes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	178,1	161,7	339,8	3,4
1994 .....	188,4	216,0	404,4	3,6
1994 vorl. Erf. ...	190,1	174,7	364,8	21,9
1995 .....	181,5	177,3	358,8	4,1

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung der Ausgaben ist insbesondere auf die Übertragung der Angelegenheiten des Sports in den Aufgabenbereich des Bundeskanzleramtes zurückzuführen.

Mehreinnahmen sind durch den Anstieg von Kostenersätzen bedingt.

#### **Anlagen**

Vorsorge für die Anschaffung von Amtsausstattung und ADV-Geräten.

#### **Förderungen**

Hier ist hauptsächlich der Betriebsaufwand des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungsinformationszentrale vorgesehen.

#### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen im wesentlichen aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Weltgesundheitsorganisation.

#### **Aufwendungen**

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt den allgemeinen Verwaltungsaufwand der Zentraleitung.

#### **Einnahmen**

Im wesentlichen Benützungsentgelt für Garagenabstellplätze und Kostenersätze der EU für Dienstreisen.

Die bislang vom Bund verpachtete Bundesapotheke Wien VI wurde 1994 verkauft.



**Titel 171 Konsumentenschutz****Gesetzliche Grundlagen**

Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 247/1993;  
Produktsicherheitsgesetz 1994, BGBl. Nr. 63/1995.

**Aufgaben**

Allgemeine Konsumenteninformation in zivil- und verwaltungsrechtlichen Belangen;  
Information und Prävention im Bereich der Verhütung produktbezogener Haushalts-, Sport- und Freizeitunfälle;  
konsumentenbezogene Öffentlichkeitsarbeit im Zuge der europäischen Integration;  
Mitwirkung im Verein für Konsumenteninformation;  
Erstellung von Gutachten und Forschung in verbraucherrelevanten Bereichen;  
Sicherstellung der Beteiligung von Konsumentenvertretern an der inländischen, europäischen und sonstigen internationalen Normung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1993 .....	38,6	—
1994 .....	39,2	0,0
1994 vorl. Erf. ....	35,9	—
1995 .....	36,6	0,0

**Förderungen**

Insbesondere Förderung der Verbraucherbeteiligung an der Normung.

**Aufwendungen**

Hier wird der Mitgliedsbeitrag für den Verein für Konsumenteninformation veranschlagt.

Weiters sind in diesem Voranschlagsansatz Mittel für Forschungsaufträge, Expertengutachten, die Erstellung von Informationsmaterial sowie für Maßnahmen im Zuge der Vollziehung des Produktsicherheitsgesetzes vorgesehen.

**Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge****Gesetzliche Grundlagen**

Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBl. Nr. 68;  
Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;  
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;  
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;  
Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;  
Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993;  
Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;  
Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;  
Bundesgesetz über die gehobenen medizinisch-technischen Dienste, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;  
Ärztegesetz 1984, BGBl. Nr. 373/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 100/1994;  
Krankenpflegegesetz, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 100/1994;  
Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 462/1992;  
Plasmapheresegesetz, BGBl. Nr. 427/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;  
Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 96/1993;

Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 363/1990;  
 Suchtgiftgesetz 1951, BGBl. Nr. 234, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 184/1985;  
 Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 14. September 1981 über die  
 Suchtgiftberatung, BGBl. Nr. 435/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 211/1993;  
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 107/1994;  
 Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 97/1993;  
 Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;  
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;  
 Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;  
 Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;  
 Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswe-  
 sen“, BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;  
 Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeuti-  
 scher Produkte, BGBl. Nr. 132/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1994;  
 Finanzausgleichsgesetz 1993 (FAG 1993), BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995;  
 Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 801/1993;  
 Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, BGBl. Nr. .../1995;  
 Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis  
 einschließlich 1995, BGBl. Nr. .../1995;  
 Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990;  
 Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;  
 Übereinkommen über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches, BGBl. Nr. 181/1979;  
 Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 902/1994.

### **Aufgaben**

Vorsorgemedizin und Gesundheitsaufklärung;  
 AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung;  
 Ärzteausbildung und Ausbildung von sonstigem Sanitätspersonal;  
 Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps;  
 Bekämpfung von Infektionskrankheiten;  
 Kariesprophylaxe;  
 Mutter-Kind-Betreuung einschließlich Angelegenheiten des Mutter-Kind-Passes;  
 Bekämpfung des Alkoholmißbrauches, des Mißbrauches von Medikamenten und des Rauchens;  
 Psychische Hygiene;  
 Medizinische Angelegenheiten der Behinderten;  
 Vorbeugungsmaßnahmen gegen Krebs;  
 Beteiligung an WHO-Projekten;  
 Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches;  
 Zivilschutz;  
 Arzneimittelwesen;  
 Krankenanstaltenwesen;  
 Medizinische Strahlenangelegenheiten;  
 Medizinprodukte.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	5 169,9	1 650,1
1994 .....	5 690,4	1 790,1
1994 vorl. Erf. ....	5 384,3	1 706,1
1995 .....	5 004,2	1 802,7

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Minderausgaben sind insbesondere auf die geringeren Beiträge des Bundes an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und auf die Übertragung der Sportförderung in den Aufgabenbereich des Bundeskanzleramtes zurückzuführen.

Zweckgebundene Mehreinnahmen sind für Mutter-Kind-Paß-Angelegenheiten veranschlagt.

**Kapitel 17 — Titel 172**

119

	1993	1994	1994 vorl. Erfolg Millionen Schilling	1995
Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen .....	165,2	254,6	205,9	176,8
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds .....	3 990,4	4 363,7	4 148,7	4 219,6
Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches .....	21,0	28,9	23,7	31,8
Mutter-Kind-Paß .....	493,3	516,6	500,9	576,0
Sportförderung .....	500,0	526,6	505,1	
Summe ...	5 169,9	5 690,4	5 384,3	5 004,2

**Paragraph 1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen****Anlagen**

Für die Aufklärung der Bevölkerung, insbesondere über AIDS, sind Filme und Spots herzustellen.

**Förderungen**

Für die Förderung der Ärzteausbildung in Lehrpraxen sowie in Mangelsparten ist unter Berücksichtigung der in den Vorjahren entwickelten Modelle vorgesorgt.

Für die Unterstützung jener Einrichtungen, die die flächendeckende Beratung und Betreuung Aidsgefährdeter wahrnehmen, ist vorgesorgt.

Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden weiter unterstützt.

Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.

Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert, vor allem auch in bezug auf die AIDS-Forschung.

Die Beitragsleistung an aktuellen Forschungsvorhaben der Weltgesundheitsorganisation ist vorgesehen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird auch 1995 das bisherige Impfschema beibehalten:

1. Komplette Grundimmunisierung des neuen Geburtsjahrganges,
2. Immunisierung der Kinder bei Eintritt in die Schule,
3. Auffrischungsimpfung bei Austritt aus der Schule.

Es ist für den Ankauf des zur Durchführung der Impfkation notwendigen Impfstoffes vorgesorgt.

Weiters sind Kosten für Untersuchungen auf Hepatitis A berücksichtigt.

**Aufwendungen**

Im Vordergrund steht die Aufklärungsarbeit zur Vermeidung der Weiterverbreitung von AIDS.

Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Beistellung von Impfstoff gegen Diphtherie, Tetanus und Pertussis insbesondere für Kinder zu den Impfkationen der Länder Vorsorge getroffen. Da Rötelerkrankungen in den ersten Monaten der Schwangerschaft eine Schädigung der Leibesfrucht verursachen können, wird die erstmals im Jahre 1975 propagierte Röteln-Schutzimpfung der Mädchen im Vorpubertätsalter weitergeführt. In die Aktion werden auch Frauen im Wochenbett miteinbezogen, um durch deren Impfung bei späteren Schwangerschaften einer Schädigung der Leibesfrucht vorzubeugen. Für den Ankauf von Impfstoff für die Masern-Mumps-Rötelnimpfung der Kinder vom 14. Lebensmonat bis zum zweiten Lebensjahr ist vorgesorgt. Diese Impfung ist zur Verhinderung der folgenschweren, oft bleibende Schäden verursachende Masernenzephalitis und der häufig auftretenden Mumpsmeningitis zu empfehlen.

Für die statistische Auswertung von Ergebnissen der Gesundenuntersuchungen nach gesundheitspolitischen Gesichtspunkten sowie für die Abgeltung von Kosten für die FSME-Impfungen und für humangenetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen.

Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange, wie Fragen der Ernährung, Zahngesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind, ist dringend geboten.

Für die Kosten der Sachverständigentätigkeit (Arzneimittelbeirat) und klinischer Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes ist vorgesorgt.

Da Studien die Grundlage für entsprechende Maßnahmen sind, werden sowohl das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen als auch andere Stellen mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Gesundheitsprobleme befaßt. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.

Das Arzneimittel-Informationssystem „Rote Hand“ warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten.

#### **Voranschlagsansatz 1/17217 Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds**

Hier sind die dem Fonds für die Anweisung von Betriebs- und sonstigen Zuschüssen einschließlich von Investitionszuschüssen zuzuweisenden Mittel vorgesehen.

Durch den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds sollen den Rechtsträgern von Krankenanstalten nicht nur bedeutend mehr Mittel, als dies auf Grund des Krankenanstaltengesetzes seinerzeit möglich war, zur Verfügung gestellt werden, sondern es soll auch ein möglichst reibungsloser Übergang vom bisher praktizierten Abgangsdeckungssystem zu einem leistungsorientierten Aufwandszuschußsystem gefunden werden. Hiedurch wird die Kostenwirtschaftlichkeit der Leistungserstellung in den österreichischen Krankenanstalten auch weiterhin gesteigert und eine optimale Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Krankenhausleistungen sichergestellt.

Außerdem ist ein Sonderbeitrag des Bundes in Höhe von 330 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Paragraph 1722 Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches**

Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die die Beratung und Betreuung von Suchtgiftmißbrauchern wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 22 des Suchtgiftgesetzes vorgesorgt. Ebenso ist die vorgesehene Änderung des Suchtgiftgesetzes berücksichtigt. Auch werden Mittel für den Ankauf von Suchtgiftrezepten sowie für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtgiftmißbrauch bereitgestellt.

#### **Paragraph 1724 Mutter-Kind-Paß (zweckgeb. Gebarung)**

Sowohl für die Produktion des Passes als auch für die Abgeltung von Untersuchungsleistungen ist vorgesorgt.

#### **Einnahmen**

Umsatzsteueranteil für den KRAZAF;

Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;

Zweckgebundene Einnahmen aus dem Familienlastenausgleichsfonds zugunsten des Mutter-Kind-Passes.

### **Titel 173 Bundesministerium; Strahlenschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelangelegenheiten, Gentechnologie**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;  
Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;  
Verordnung über die Anordnung von Tollwut-Schutzimpfungen für Füchse, BGBl. Nr. 358/1991;  
Bieneneseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988;  
Verordnung über die Aujeszky'sche Krankheit, BGBl. Nr. 303/1986;  
Bangeseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985;  
Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;  
Deckeseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;  
Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994;  
Fleischhygieneverordnung, BGBl. Nr. 280/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 705/1988;  
Geflügelhygieneverordnung, BGBl. Nr. 274/1991;  
Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;

Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 756/1992;  
 Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;  
 Chemikaliengesetz, BGBl. Nr. 326/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 759/1992;  
 Giftverordnung, BGBl. Nr. 212/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 449/1993;  
 IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;  
 Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;  
 Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994;  
 Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994;  
 Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989;  
 Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 448/1991;  
 Milchhygieneverordnung, BGBl. Nr. 897/1993.

### Aufgaben

Großräumige Überwachung des Bundesgebietes auf radioaktive Verunreinigung einschließlich Vorsorge für Schutz- und Abwehrmaßnahmen;  
 Genehmigung und Kontrolle von dem Strahlenschutzgesetz unterliegenden Anlagen;  
 Entsorgung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen;  
 Abwehr von Tierseuchen;  
 Fleisch- und Schlachthofhygiene;  
 Entschädigung nach Veterinärsgesetzen;  
 Erlassung lebensmittelrechtlicher Vorschriften und Lebensmittelkontrolle;  
 Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz;  
 Chemikalienkontrolle (Giftwesen);  
 gesundheitliche Beurteilung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln (Zulassungsverfahren) sowie Angelegenheiten der Gentechnologie.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	165,0	3,8
1994 .....	210,6	3,8
1994 vorl. Erf. ....	189,9	4,0
1995 .....	194,7	4,8

### Unterschiede gegen Vorjahre

Minderaufwand beim Veterinärwesen infolge erfolgreicher Tollwutbekämpfungsmaßnahmen und Greifen der Sonderrichtlinien für die Durchführung der Aktion zur Schaffung von IBR-IPV-freien Betrieben sowie im Bereich Lebensmittel- und Chemikalienwesen auf Grund Verminderung der Beitragsleistungen an die Landeslebensmitteluntersuchungsanstalten.

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

	1993	1994	1994 vorl. Erfolg	1995
	Millionen Schilling			
Strahlenschutz .....	100,8	110,4	112,2	110,9
Veterinärwesen .....	42,6	73,2	56,3	64,4
Lebensmittel, Chemikalien .....	19,7	23,3	19,8	15,8
Gentechnologie .....	1,9	3,7	1,6	3,6
Summe ...	165,0	210,6	189,9	194,7

### Paragraph 1732 Strahlenschutz

#### Anlagen

Im Strahlenfrühwarnsystem sind Ergänzungen und Modifikationen erforderlich.

#### Förderungen

Zu der dem Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz gemäß § 37 Strahlenschutzgesetz obliegenden großräumigen Überwachung der Umwelt auf Radioaktivitätsverunreinigungen sind die aktive Mitarbeit von Einsatzorganisationen sowie die Erstellung von ÖNormen erforderlich.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß § 35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

**Aufwendungen**

Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Meßgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteils des Strahlenfrühwarnsystems bildenden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.

Weiters sind die Kosten der erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.

Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

**Einnahmen**

Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch die Konsenswerber sowie Vergütungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für die Inanspruchnahme von Stromwegen im Übertragungsnetz des Strahlenfrühwarnsystems (TAWES-Leitungen).

**Paragraph 1737 Veterinärwesen****Förderungen**

Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

**Epizootie**

Die bisherigen Erfahrungen mit Tierseuchen rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungsaktionen.

Gemäß Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. März 1979 sind die Kosten der periodischen Untersuchungen auf Rindertuberkulose vom Bund zu tragen.

Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen sowie die Kosten für Nach- und Wiederholungsuntersuchungen, Desinfektionen und Kennzeichnungsbehelfe veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz und die vom Bund zu tragenden Kosten für Tollwutbekämpfungsmaßnahmen gemäß § 1 Abs. 5 in Verbindung mit § 25 a leg. cit. berücksichtigt.

**Aufwendungen**

Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen vorgesorgt.

**Einnahmen**

Strafgelder, die wegen Übertretungen der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes eingehoben werden.

**Paragraph 1738 Lebensmittel, Chemikalien****Förderungen**

Unterstützung wesentlicher Arbeiten im Bereich der Toxikologie, insbesondere die Erarbeitung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen.

**Entschädigungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

**Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle**

Beitragsleistungen an die gemäß LMG 1975 staatlich autorisierten Lebensmitteluntersuchungsanstalten für durchgeführte Probenuntersuchungen.

Gemäß der mit 1. Juni 1978 in Kraft getretenen Importmeldeverordnung haben ausländische Firmen für die in dieser Verordnung aufgezählten Warengruppen entsprechende Importmeldungen zu erstatten, die unmittelbar nach ihrem Einlangen datenmäßig zu erfassen sind.

Außerdem sind hier Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten sowie die für die Vollziehung des Chemikaliengesetzes erforderlichen Kosten veranschlagt.

**Paragraph 1739 Gentechnologie****Förderungen**

Unterstützung von Zweckforschungsaktivitäten und von einschlägigen Fachveranstaltungen in Vollziehung des Gentechnikgesetzes.

**Aufwendungen**

Forschungsaufträge und Expertengutachten im Interesse des beginnenden Vollzugs des Gentechnikgesetzes sowie als Folge internationaler Reglementierung.

**Titel 174 Bundesministerium; Gesundheit; Rechtsangelegenheiten****Gesetzliche Grundlagen**

Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;  
Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;  
Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;  
Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;  
Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 16/1992;  
Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 619/1994;  
Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 640/1994;  
Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 801/1993;  
Psychotherapiegesetz, BGBl. Nr. 361/1990;  
Psychologengesetz, BGBl. Nr. 360/1990.

**Aufgaben**

Alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Volksgesundheit, woraus in erster Linie Zahlungen auf Grund des Krankenanstaltengesetzes, des Tuberkulosegesetzes und die Entschädigungen nach sonstigen Sanitätsgesetzen resultieren.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1993 .....	79,1	0,1
1994 .....	97,5	0,6
1994 vorl. Erf. ....	89,5	0,4
1995 .....	95,3	0,3

Die Ausgabenentwicklung der einzelnen Bereiche ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

	1993	1994	1994 vorl. Erfolg Millionen Schilling	1995
Aufwendungen .....	0,2	0,9	0,3	0,4
Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz .....	0,1	0,1	—	0,0
Zweckzuschüsse nach dem KAG .....	—	0,0	—	0,0
Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz .....	40,4	51,6	37,0	43,0
Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen .....	5,8	8,2	6,0	6,7
Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen .....	28,4	30,0	41,6	39,0
Schülerbeihilfen .....	4,4	6,7	4,6	6,2
Summe ...	79,1	97,5	89,5	95,3

#### **Voranschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind insbesondere die Mittel für Studienunterstützungen in Härtefällen für Schüler/Studierende in medizinisch-technischen Schulen/Akademien und Hebammenakademien vorgesehen.

#### **Voranschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Untersuchungs- und Behandlungskosten gemäß dem Tuberkulosegesetz vorgesehen.

#### **Voranschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Epidemie- und Geschlechtskrankheitengesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

#### **Voranschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen**

Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Schüler/Studierende der gehobenen medizinisch-technischen Schulen/Akademien sowie der Hebammenakademien Vorsorge getroffen.

#### **Voranschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen**

Die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen und von Bundeshebammenlehranstalten vorgesehen.

### **Titel 179 Dienststellen**

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit der Anstalten der Bundesstaatlichen Sanitäts- und Veterinärverwaltung, der Bundeshebammenlehranstalten/Akademien und des Veterinärmedizinischen Grenzbeschauendienstes.

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1991;  
 Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 756/1992;  
 Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;  
 Trinkwasser-Nitratverordnung, BGBl. Nr. 557/1989;  
 Trinkwasser-Pestizidverordnung, BGBl. Nr. 488/1991;  
 Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;  
 Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;  
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1993;  
 Geschlechtskrankheitsgesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 345/1993;  
 Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1993;  
 Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;  
 Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;  
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 16/1992;  
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 748/1988;  
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;  
 Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 728/1993;



Hebammengesetz 1963, BGBl. Nr. 310/1994;  
 Hebammen-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 443/1971;  
 Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981;  
 Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 118/1994;  
 Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 257/1993;  
 Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;  
 IBR/IPV-Gesetz, BGBl. Nr. 636/1989;  
 Veterinärbehördliche Ein- und Durchführverordnung 1992, BGBl. Nr. 31/1993.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	417,8	372,6	790,4	348,0
1994 .....	435,8	487,5	923,3	356,0
1994 vorl. Erf. ...	433,5	395,0	828,5	374,2
1995 .....	355,2	285,1	640,3	297,5

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung der Ausgaben und Einnahmen ist auf die Übertragung der Angelegenheiten für Bundessportheime und Sporteinrichtungen in den Aufgabenbereich des Bundeskanzleramtes zurückzuführen.

#### **Paragraph 1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten**

##### **Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

##### **Anlagen**

Apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln unter anderem auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.) und für Untersuchungen von Trinkwasser auf Pestizidrückstände. Weiters ist auch für Ersatzanschaffungen vorgesorgt.

##### **Aufwendungen**

Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

##### **Einnahmen**

Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

#### **Paragraph 1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten**

##### **Aufgaben und Organisation**

1. Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck:

Untersuchungen auf Grund des  
 Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,  
 Tuberkulosegesetzes,  
 Bazillenausscheidergesetzes,  
 Bäderhygienegesetzes,  
 Geschlechtskrankheitengesetzes,  
 AIDS-Gesetzes,  
 Mutter-Kind-Passes;  
 Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht, Pyrogenteste an Infusionspräparaten,

Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien, Untersuchungen von Infusionspräparaten.

2. Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes, Balneochemische Untersuchungen.

3. Bundesstaatliche Anstalt für experimentell pharmakologische und balneologische Untersuchungen:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes, Balneologische Untersuchungen.

4. Bundesstaatliches Serumprüfinstitut/Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes, Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes, Beratungstätigkeit über Tollwutimpfungen.

### **Anlagen**

Die nach einer Generalsanierung der BBSUA Innsbruck zur Verfügung stehenden neuen Räume sind zur Gänze neu auszustatten.

Der ständige Personalmangel erfordert nach wie vor Rationalisierungen, die nur durch die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen durchführbar sind. Ebenso sind die nach dem EU-Beitritt geltenden höheren Qualitätsstandards einzuhalten, sodaß Ersatzanschaffungen im Laborgerätebereich unumgänglich sind.

### **Aufwendungen**

Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten veranschlagt. Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

### **Einnahmen**

Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen.

## **Paragraph 1794 Bundeshebammenlehranstalten/Bundes-Hebammenakademien**

### **Aufgaben**

In den Bundeshebammenlehranstalten/Hebammenakademien wird die Ausbildung der Hebammenschülerinnen/Studierenden auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt, wobei durch den Beitritt zur EU die Ausbildung auf drei Jahre verlängert und das Ausbildungsniveau angehoben wurde. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

### **Anlagen**

Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtung der Unterrichtsräume sowie für den Ankauf von Lehrmitteln ist vorgesorgt.

### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Ersatz der Portospesen gemäß § 8 Hebammengesetz für die durch Hebammen zu erstattenden Geburtsanzeigen.

### **Aufwendungen**

Der Betriebsaufwand berücksichtigt ua. die Nachschaffungen von Kleininventar und die Übernahme von Kosten für die Beschäftigung zusätzlichen Lehrpersonals.

Infolge des Mangels an Hebammen wird soweit wie möglich auch die Ausbildung externer Schülerinnen und die Führung eines Parallelllehrganges an der Bundeshebammenlehranstalt in Wien ermöglicht.

**Einnahmen**

Verpflegskostenbeiträge und Beiträge der Bundesländer Salzburg und Kärnten zum Betriebsabgang.

**Paragraph 1795 Veterinärmedizinische Anstalten****Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung eine Anstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, eine Anstalt für Tierseuchenbekämpfung und je eine veterinärmedizinische Anstalt in Linz, Graz und Innsbruck.

Diese Anstalten haben diagnostische Aufgaben wie auch Rückstandskontrollen bei Fleisch (Veterinärpharmaka, Hormone, Schwermetalle) durchzuführen. An der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und an der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren wird auch Impfstoff produziert.

**Anlagen**

Vorgesehen sind die apparative Ausstattung von Anstalten für Zwecke von Rückstandskontrollen, sonstige vordringliche Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen.

**Aufwendungen**

Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für Rückstandsuntersuchungen, für Untersuchungen auf IBR/IPV, die Anschaffung von Diagnostika für periodische-, Wiederholungs- und Nachuntersuchungen im Rahmen der Leukosebekämpfung sowie für die Verfügbarkeit von Maul- und Klauenseuche-Impfstoffe für das Aujesky-Überwachungsprogramm der EU bestimmt sind.

**Einnahmen**

Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Einnahmen aus dem Aujesky-Überwachungsprogramm.

**Paragraph 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst****Aufgaben**

Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten.

**Anlagen**

Vorgesehen ist Amts- und Laborausstattung für EU-konforme Abfertigung an den Grenzeintrittsstellen.

**Aufwendungen**

Neben den Ausgaben für Amtshandlungen sind vor allem die Kosten für die Werkverträge mit Grenztierärzten sowie für den EU-Beitritt (EU-Informationssystem, Einrichtung und Betriebskosten für Kühlcontainer, Anmietung von Räumen und Quarantäneställen) veranschlagt.

**Einnahmen**

Gebühren gemäß Veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung. Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhren von Tieren und tierischen Produkten.

## Kapitel 18 Umwelt

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Umwelt gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2, Abschnitt L.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	217,6	57 258,3	57 475,9	53 681,7
1994 .....	217,7	67 994,6	68 212,3	58 614,8
1994 vorl. Erf. ...	238,6	67 405,0	67 643,6	59 037,0
1995 .....	191,6	5 077,8	5 269,4	2 237,0

Die Ausgaben und Einnahmen für Jugend und Familie (ehemalige Titel 181, 183, 184 und Teile vom Titel 180) werden ab 1995 beim Kap. 19 „Jugend und Familie“ veranschlagt.

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

### Titel 180 Bundesministerium für Umwelt

#### Aufgaben

Dem Bundesministerium für Umwelt obliegen die Angelegenheiten der Umweltpolitik und des Umweltschutzes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	138,2	100,8	239,0	11,0
1994 .....	139,7	136,6	276,3	1 100,7
1994 vorl. Erf. ...	151,9	134,9	286,8	1 172,3
1995 .....	104,5	120,9	225,4	2 000,4

#### Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz erwachsen im wesentlichen Aufwendungen aus Beiträgen zum Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen und der ECE-EMEP-Konvention (Grenzüberschreitende Luftverunreinigung).

#### Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Ausgaben für die Veranstaltung von umweltpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

### Titel 186 Umweltschutz

#### Gesetzliche Grundlagen

Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 30/1994;

Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus den Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1990;

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1991;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995;

Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984;

Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz, BGBl. Nr. 697/1993;

Bundesgesetz über den Umweltsenat, BGBl. Nr. 698/1993;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern Kärnten, Salzburg und Tirol über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Schutzes und der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern, BGBl. Nr. 570/94;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990;

Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987;

Smogalarmgesetz BGBl. Nr. 38/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 210/1992;

Ozongesetz, BGBl. Nr. 210/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 309/1994;

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 299/1989;

Chemikaliengesetz BGBl. Nr. 326/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 759/1992;

Altlastensanierungsgesetz BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Abfallwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 325/1990, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 155/1994.

Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 228/1993.

Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen, BGBl. Nr. 405/1993.

Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993.

Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/94.

### **Aufgaben**

Die Zielsetzungen der Umweltförderung sind:

- die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft,
- die Förderung der Altlastensanierung,
- die betriebliche Umweltförderung und
- die Umweltförderung im Ausland (Osteuropa).

Zur Abwicklung der Förderungen wurde die Österreichische Kommunalkreditbank AG betraut.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	1 832,2	500,8
1994 .....	4 756,5	232,1
1994 vorl. Erf. ....	4 714,9	239,6
1995 .....	4 838,5	232,1

### **Paragraph 1860    Umweltpolitische Maßnahmen**

#### **Anlagen**

Hier ist für die Einrichtung von Meßstellen nach dem Smogalarmgesetz und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt vorgesorgt.

#### **Förderungen**

Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.

Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.

Insbesondere sind Förderungsmittel zur Errichtung von Nationalparks veranschlagt.

#### **Aufwendungen**

Neben den Instandhaltungskosten für Meßgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen (für internationale Beiträge und andere umweltpolitische Aktivitäten veranschlagt). Darüber hinaus ergeben sich auch erhebliche Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Vollziehung des Abfallwirtschaftsgesetzes, des Chemikaliengesetzes sowie das Bundesgesetz über den Umweltsenat.

**Paragraph 1862 Altlastensanierung (zweckgeb. Gebarung)****Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

**Aufgaben**

Nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen auf Grund des Altlastensanierungsgesetzes werden diese Mittel für die Sanierung oder Sicherung von Altlasten, weiters für Studien und Projekte zur Erfassung, Abschätzung und Bewertung von Verdachtsflächen und zur Erfassung von Altlasten (§ 13 und § 14), die Erstellung der Prioritätenklassifizierung (§ 14) und für die Kostentragung der Aufwendungen der Länder für Aufgaben gem. § 13 und § 14 ALSAG verwendet.

**Paragraph 1863 Siedlungswasserwirtschaft**

Unter diesem Paragraph wurde für die Förderung der Wasser- und Abwasserwirtschaft nach Maßgabe des Finanzausgleichsgesetzes vorgesorgt.

**Paragraph 1864 Sonstige Umweltmaßnahmen**

Bei diesem Paragraph werden Mittel für die Betriebliche Umweltförderung und für Umweltschutzmaßnahmen im Ausland gemäß § 23 f UFG sowie das Entgelt für die Abwicklungsstelle gemäß § 11 UFG veranschlagt.

**Titel 187 Umweltbundesamt****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 299/1989.

**Aufgaben**

Das Umweltbundesamt hat Aufgaben durch fachwissenschaftliche Arbeiten, Vermittlung der Arbeitsergebnisse, Erstellung von Gutachten und Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anregungen und Beschwerden Umweltinteressen zu wahren.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	78,4	113,4	191,8	0,8
1994 .....	76,8	118,8	195,6	0,6
1994 vorl. Erf. ...	85,7	131,6	217,3	4,1
1995 .....	87,1	118,3	205,4	4,5

**Anlagen**

Hier wird für die Ausstattung der Unterkunft des Umweltbundesamtes sowie für Erweiterungen der ADV-Anlage und für Ersatzanschaffungen von Luftmeßgeräten vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Vergebührung von Mietverträgen und Vertragsgebühren für ADV-Einrichtungen vorzusorgen.

**Aufwendungen**

Betriebsaufwendungen, insbesondere die Aufwendungen für die Unterbringung des Umweltbundesamtes in Wien und seiner Zweigstellen in Salzburg und Klagenfurt.

**Kapitel 19 — Titel 190 und 191**

131

**Kapitel 19 Jugend und Familie**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2, Abschnitt H.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1995 .....	57,8	59 007,9	59 065,7	56 001,2

Die Ausgaben und Einnahmen für Jugend und Familie waren bis 1994 beim Kap. 18 veranschlagt.

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 190 Bundesministerium für Jugend und Familie****Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Jugend und Familie obliegen Angelegenheiten der Familienpolitik, der Familienförderung, — insbesondere des Familienlastenausgleiches — sowie Angelegenheiten der Jugendpolitik und Jugendziehung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1995 .....	56,6	63,1	119,7	0,4

**Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Auszahlung der Familienbeihilfe und Geburtenbeihilfe an die Bediensteten des Ressorts im Rahmen der Selbstträgerschaft vorzusorgen.

**Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Bilanzveranstaltung zum Internationalen Jahr der Familie, für die Veranstaltung von familienpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Das Bundesministerium für Jugend und Familie leistet einen Beitrag an die Internationale Union der Familienorganisation (IUFO — Internationale des Organismus Familiaux UIOF), Paris; Beitragsleistung 77 000 Schilling im Jahr.

**Titel 191 Familienpolitische Maßnahmen**

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1993 .....	1 934,6	—
1994 .....	5 555,7	0,0
1995 .....	2 824,1	0,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Der Rückgang der Ausgaben gegenüber 1994 resultiert aus dem geringeren Abgang der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

**Voranschlagsansatz 1/19116 Förderungen**

Für familienpolitische Maßnahmen sind 1995 28,5 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig sind, verwendet.

Es handelt sich dabei unter anderem auch um Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für Jugend und Familie vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

**Voranschlagsansatz 1/19137 Zahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen****Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6 und 7.

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, daß der Bund im Falle, daß die Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat. Sind alle Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorläufig aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken.

Der Abgang des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird im Jahr 1995 2 795,534 Millionen Schilling betragen. Der Bund wird zur Gänze in Vorlage treten müssen.

**Titel 193 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)****Gesetzliche Grundlage**

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 511/1994.

**Aufgaben**

Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:

- Die Gewährung von Familienbeihilfen;
- die Gewährung einer Geburtenbeihilfe;
- die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;
- die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;
- die Finanzierung der Lehrlingsfreifahrten;
- die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge;
- eine Beitragsleistung zum Aufwand für das Karenzurlaubsgeld;
- die Finanzierung der Wiedereinstellungsbeihilfe;
- die Förderung von Familienberatungsstellen;
- die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;
- die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß;
- die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;
- Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;
- Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;
- Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;
- Abgeltung für Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld;
- Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von schwerstbehinderten Kindern;
- Ersatz der Teilzeitbeihilfe.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	53 168,9	53 168,9
1994 .....	57 281,2	57 281,2
1995 .....	56 189,8	56 189,8

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Minderausgaben gegenüber 1994 sind einerseits auf die abgeschlossene Umstellung auf Direktauszahlungen und andererseits auf die Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich des FLAF zurückzuführen.



**Übersicht über die Gebarung:**

	Ausgaben	Einnahmen Millionen Schilling	Überschuß (+) Abgang (-)
1986 .....	35 798,6	37 348,3	+ 1 549,7
1987 .....	38 740,3	37 373,0	- 1 367,3
1988 .....	38 963,1	38 374,5	- 588,6
1989 .....	38 686,7	40 062,8	+ 1 376,1
1990 .....	41 855,7	42 925,1	+ 1 069,4
1991 .....	43 903,6	42 124,3	- 1 779,3
1992 .....	49 977,3	48 489,1	- 1 488,2
1993 .....	53 168,9	49 766,0	- 3 402,9
1994 (vorl. Erfolg) .....	57 620,9	52 991,7	- 4 629,2
1995 (Bundesvoranschlag) .....	56 189,8	53 394,3	- 2 795,5

**Gebarung**

Die Gebarung des Familienlastenausgleiches wird über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt.

**Voranschlagsansatz 1/19307 Familienbeihilfen**

Die Familienbeihilfe beträgt derzeit für jedes Kind 1 300 Schilling; sie erhöht sich ab Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 Schilling und erhöht sich ab Beginn des Kalendermonats, in dem das Kind das 19. Lebensjahr vollendet hat, um weitere 300 Schilling monatlich. Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 1 650 Schilling.

Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen werden an rund 998 800 Anspruchsberechtigte für rund 1 707 200 Kinder Familienbeihilfe gewährt. Zusätzlich wurden im Jahre 1994 an 31 382 Ausländer für 48 303 Kinder, die sich ständig im Ausland aufhalten, Familienbeihilfe in verminderter Höhe gezahlt. Ferner wird für 54 380 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1993 8 048.

Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten, ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und
2. den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 193 des Bundeshaushaltes verrechnet.

**Voranschlagsansatz 1/19317 Geburtenbeihilfen**

Anlässlich der Geburt eines Kindes wird eine Geburtenbeihilfe gewährt. Die Geburtenbeihilfe beträgt 2 000 S bzw. 15 000 S (einschließlich Sonderzahlung), wenn die im Mutter-Kind-Paß vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen durchgeführt worden sind. Die erhöhte Geburtenbeihilfe wird in Teilbeträgen ausgezahlt.

Weiters wird unter bestimmten Voraussetzungen ein Zuschlag zur Geburtenbeihilfe bzw. ein Zuschuß in Höhe von 1 000 S monatlich für die Dauer von höchstens 12 Monaten gewährt.

Geboren wurden in Österreich im Jahre

- 1990: 90 779 Kinder
- 1991: 94 950 Kinder
- 1992: 95 641 Kinder
- 1993: 95 544 Kinder

Im Jahre 1995 wird mit etwa 95 000 Neugeborenen gerechnet.

**Vorschlagsansatz 1/19327 Schulfahrtbeihilfen und Lehrlingsfahrtbeihilfen**

Die Schulfahrtbeihilfe bzw. die Lehrlingsfahrtbeihilfe wird gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Freifahrt besteht.

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1990/91 .....	138 091	432,6	3 133
1991/92 .....	138 000 *)	413,4	2 995 *)
1992/93 .....	138 000 *)	445,7	3 230 *)

**Vorschlagsansatz 1/19337 Schülerfreifahrten**

Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	Erfolg 1993	vorl. Erf. 1994 Millionen Schilling	BVA 1995
1. Linienverkehr .....	3 441,0	3 749,2	3 347,9
2. Gelegenheitsverkehr .....	662,6	629,7	615,2

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1991/92 .....	918 300	4 002,2	4 358
1992/93 .....	930 000	4 010,4	4 313
1993/94 .....	884 400	4 217,4	4 769

Der Eigenanteil des Schülers zum Fahrpreis in Höhe von 10 vH wird vom Verkehrsunternehmen eingehoben. Der vom Bund zu entrichtende Fahrpreis wird um die Eigenanteile der Schüler verändert. Zu Gelegenheitsverkehr beträgt der Eigenanteil 300 Schilling pro Kind.

**Vorschlagsansatz 1/19347 Schulbücher**

In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfaßt:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben in S pro Kind	Durchschnittsausgaben in S pro Buch
1990/91 .....	1 122 058	994,8	886,6	101,8
1991/92 .....	1 141 429	1 050,1	920,0	106,5
1992/93 .....	1 154 181	1 100,8	954,0	110,0

**Vorschlagsansatz 1/19357 Lehrlingsfreifahrten**

Gemäß § 30 j FLAG 1967 werden unter den im Gesetz bestimmten Voraussetzungen die Kosten für die Beförderung der Lehrlinge zwischen der Wohnung und der betrieblichen Ausbildungsstätte aus Mitteln des FLAF getragen.

**Paragraph 1936 Härteausgleich**

Gem. § 38 a Abs. 1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

**Paragraph 1937 Familienberatungsstellen**

Gem. § 39 b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 734/1988, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Im Jahre 1995 werden voraussichtlich rd. 290 Familienberatungsstellen gefördert werden.

\*) Schätzziffern

**Sonstige familienpolitische Maßnahmen****Beitrag zum Karenzurlaubsgeld**

Als Beitrag zum Karenzurlaubsgeld wurden 70 vH des Gesamtaufwandes des Jahres 1994 veranschlagt.

Im BVA 1995 sind dafür 8 132 Millionen Schilling veranschlagt.

**Wiedereinstellungsbeihilfe**

Gemäß § 39 a Abs. 7 FLAG 1967 ist der Aufwand für die Wiedereinstellungsbeihilfe nach Art. XXI des Karenzurlaubserweiterungsgesetzes, BGBl. Nr. 408/1990, zu leisten.

Im Jahre 1995 sind dafür 8,449 Millionen Schilling veranschlagt.

**Mutter-Kind-Paß**

Die Kosten für die im Mutter-Kind-Paß festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen. Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Im Jahre 1995 sind dafür 576,000 Millionen Schilling veranschlagt.

**Schülerunfallversicherung**

Gemäß § 39 a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ab 1991 ein jährlicher Betrag von 60 Millionen Schilling zu zahlen.

**Wochengeld**

Gemäß § 39 a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 50 vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.

Im Jahre 1995 sind für diesen Zweck 2 161,1 Millionen Schilling veranschlagt.

**Betriebshilfe**

Gemäß § 39 a Abs. 4 FLAG 1967 sind 50 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 408/1990).

Im BVA 1995 sind dafür 56,870 Millionen Schilling vorgesehen.

**Teilzeitbeihilfe**

1. Gemäß § 39 Abs. 3 ist der Aufwand für die Teilzeitbeihilfe (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz zu tragen.

2. Gemäß § 39 a Abs. 4 ist aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Aufwand der Teilzeitbeihilfe der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft und der Sozialversicherungsanstalt der Bauern zur Gänze zu ersetzen.

Im Voranschlag 1995 sind für diesen Zweck 263,790 Millionen Schilling vorgesehen.

**Pensionsbeiträge vom Karenzurlaubsgeld**

Gemäß § 39 a Abs. 6 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für Ersatzzeiten, die während des Bezuges von Karenzurlaubsgeld gemäß § 227 Z 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erworben werden, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1995 sind für diese Leistungen 2 315,506 Millionen Schilling veranschlagt.

### **Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten**

Gemäß § 39 a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18 a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Im BVA 1995 sind dafür 82,720 Millionen Schilling vorgesehen.

### **Voranschlagsansatz 1/19389 Unterhaltsvorschüsse**

Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl. Nr. 451/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 628/1991, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.

Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.

Im Jahre 1995 wird mit rd. 32 000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.

Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/19382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

### **Voranschlagsansatz 1/19397 Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen**

Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 1967 sind allfällige Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen weist mit Stand Ende Dezember 1994 eine Gesamtschuld von 4 974,421 Millionen Schilling aus.

Darüber hinaus wurde zur teilweisen Abgangsdeckung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen der Gebarung 1994 ein Betrag von 2 000 Millionen Schilling vom Katastrophenfonds überwiesen. Dieser Betrag ist mit Überschüssen aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen aufzurechnen, wobei diese Mittel dem Bund zufließen (BGBl. Nr. 1060/1994).

## **Einnahmen**

### **Voranschlagsansatz 2/19300 Dienstgeberbeiträge**

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5 vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967). Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:

1. der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt;
2. die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957 in der derzeit geltenden Fassung).

### **Voranschlagsansatz 2/19310 Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer**

Nach § 39 Abs. 5 lit. b FLAG 1967 sind 2,29 vH vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52874 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

### **Voranschlagsansatz 2/19311 Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer**

Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 2 375 Millionen Schilling auf die veranlagte Einkommensteuer und 7 125 Millionen Schilling auf die Lohnsteuer.

Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52875 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/19311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

**Vorschlagsansatz 2/19320 Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben**

Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist

1. von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
2. von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, zu entrichten.

**Vorschlagsansatz 2/19330 Beiträge der Länder**

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 S pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde aufgrund des Ergebnisses der Volkszählung 1991 festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 379/1993, zu ersehen.

**Vorschlagsansatz 2/19340 Beiträge für Schulbücher**

Gem. § 31 Abs. 1 ist für alle unentgeltlich in Anspruch genommenen Unterrichtsmittel, mit Ausnahme der therapeutischen Unterrichtsmittel für Behinderte und den Schulbüchern für Sehgeschädigte, ein Selbstbehalt von 10 vH zu leisten.

**Vorschlagsansatz 2/19382 Unterhaltsvorschüsse**

Die zu Lasten des Vorschlagsansatzes 1/19389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

**Vorschlagsansatz 2/19390 Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen**

Gemäß § 40 Abs. 5 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Im BVA 1995 ist ein Ersatz des Reservefonds in Höhe von 2 795,533 Millionen Schilling veranschlagt.

**Titel 194 Jugend**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	1,1	108,4	109,5	0,1
1994 .....	1,3	145,8	147,1	0,2
1995 .....	1,3	120,0	121,3	0,2

**Paragraph 1941 Außerschulische Jugendberufshilfe****Förderungen**

Die Jugendgemeinschaften, der Österreichische Bundesjugendring (Österreichischer Bundesjugendplan), das Österreichische Institut für Jugendkunde (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugendberufshilfe werden gefördert.

Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier die Bedeckung.

**Aufwendungen**

Bei diesem Ansatz werden Kosten für Jugendveranstaltungen, Mitarbeiterfortbildung, den österreichischen Jugendredewettbewerb, die Jugendministerkonferenz, den Jugendbericht, den internationalen Jugendaustausch sowie gemeinsame Veranstaltungen mit den Landesjugendreferaten der Bundesländer gezahlt. Weiters wurde für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zur Verankerung der Rechte der Kinder im Bewußtsein der Bevölkerung vorgesorgt.

**Kapitel 20 Äußeres**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	711,5	1 983,2	2 694,7	91,5
1994 .....	711,2	2 226,3	2 937,4	86,4
1994 vorl. Erf. ...	774,3	2 240,3	3 014,6	84,0
1995 .....	809,6	3 166,6	3 976,2	133,4

Die Steigerung bei den Sachausgaben ist unter anderem auf Kompetenzänderungen im Bundesbereich auf Grund der Novelle zum Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 1105/1994, zurückzuführen.

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten****Aufgaben**

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die auswärtigen Angelegenheiten in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

**Gesetzliche Grundlagen**

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	285,1	897,0	1 182,2	14,2
1994 .....	276,4	926,2	1 202,6	16,5
1994 vorl. Erf. ...	301,4	930,0	1 231,4	16,1
1995 .....	324,5	1 040,9	1 365,4	24,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung der Personalausgaben ist auf einen qualifizierten Personalbedarf im Zusammenhang mit den Entwicklungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zurückzuführen.

Der Mehrbedarf bei den Sachausgaben beruht zum Teil auf der vorrangigen Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems (EKIS) und dem damit verbundenen forcierten Ausbau der ADV im Bereich des BMfaA. Für zusätzlich erforderliche Büroräumlichkeiten mußten entsprechende Beträge für Miete, Adaptierungs- und Einrichtungskosten bereitgestellt werden. Weiters war für erhöhte Beiträge zu OSZE-Institutionen und für die Ausweitung von OSZE-Missionen vorzusorgen. Da im Jahre 1995 mehr internationale Konferenzen in Österreich stattfinden als im Vorjahr, war auch dieser Ansatz anzuheben. Ferner waren die Aufwendungen für die Hilfestellung Österreichs bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern in Wien zu veranschlagen. Daneben mußten im Rahmen der EU-Mitgliedschaft Österreichs erstmals auch Mittel für Zahlungen im Zusammenhang mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) veranschlagt werden. Nicht zuletzt sind die Beitragsleistungen an internationale Organisationen auf Grund der Ausweitung der friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen stark angestiegen.

**Anlagen**

Im Jahre 1995 wurde vor allem auf die Einrichtung des vorgenannten EKIS, sowie den weiteren Ausbau der Datenverarbeitung und der Einrichtungen für Telekommunikation im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten Bedacht genommen.

**Förderungen**

Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisationen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten liegen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sowie verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.

Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehelf ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

**Aufwendungen**

Der Mehrbetrag ist primär für die Bedeckung der Kosten für die Umstellung auf das EKIS, der Anmietung, Adaptierung und Einrichtung neuer Amtsräume, der Hilfestellung bei der Unterbringung von Vertretungsbehörden aus Entwicklungsländern in Wien sowie der wieder in das BMfAA eingegliederten Entwicklungshilfesektion bestimmt.

**Einnahmen**

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus Transportspesenersatzes sowie Miet- und Pachtzinsen.

**Titel 201 Vertretungsbehörden*****Dienststellen im Ausland***

Derzeit bestehen 98 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 76 diplomatische, 17 konsularische und 5 Dienststellen besonderer Art.

***Diplomatische Vertretungsbehörden***

Die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungsbehörden sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Addis Abeba, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Bern, Bogota, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, Den Haag, Dublin, Guatemala, Harare, Havanna, Heiliger Stuhl, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kabul, Kairo, Kiew, Kinshasa, Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Laibach, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Maskat, Mexiko, Moskau, Nairobi, New Delhi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Preßburg, Pretoria, Rabat, Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Seoul, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tirana, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington und Zagreb.

Die diplomatischen Vertretungsbehörden in Sarajewo und Vaduz haben ihren Sitz in Wien.

In Brüssel besteht die Ständige Vertretung Österreichs bei der Europäischen Union, in New York die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Genf die Ständige Vertretung beim Büro der Vereinten Nationen und den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung bei der UNESCO und in Straßburg die Ständige Vertretung beim Europarat.

***Konsularische Vertretungsbehörden***

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Berlin, Chicago, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Kapstadt, Krakau, Los Angeles, Mailand, München, New York, Rio de Janeiro, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 1995 etwa 200 Honorarkonsulate amtieren.

In Washington besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	382,5	938,4	1 320,8	68,5
1994 .....	391,4	1 070,7	1 462,1	59,7
1994 vorl. Erf. ...	421,2	1 128,4	1 549,5	57,3
1995 .....	432,2	1 192,8	1 624,9	63,3

**Anlagen**

Der Voranschlagsbetrag ist zum überwiegenden Teil für den Erwerb von Gebäuden und die Errichtung von Neubauten (Amts- und Wohngebäuden) sowie für die Instandsetzungen von bundeseigenen Gebäuden im Ausland vorgesehen. Daneben wurden entsprechende Ausgabenbeiträge für die Einrichtung des elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystems und dem damit verbundenen forcierten Ausbau der ADV bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden im Ausland bereitgestellt. Ferner ist auch für den Ankauf weiterer ADV-Anlagen und Telekommunikationseinrichtungen vorgesorgt.

**Förderungen**

Die hier veranschlagten 5,137 Millionen Schilling sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 4,224 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ und 913 000 Schilling für sonstige Unterstützungen bestimmt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Neben verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

**Aufwendungen**

Die Ausweitung der Agenden des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Grund der politischen Entwicklungen, sowie die allgemeine Teuerung und der Umstieg von Weich- zu Hartwährungen in vielen Ländern, erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Ausgabenbeiträge für 1995. Daneben wurde für die Bedeckung der Bezüge der in das Ausland entsendeten Bediensteten, sowie die Kosten der Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden entsprechend vorgesorgt. Weitere zusätzliche Beträge sind für die Umstellung auf das EKIS vorgesehen.

**Einnahmen**

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen und den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

**Konsulargebühren**

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 100/1992 erhoben und bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ verrechnet.

**Titel 202 Diplomatische Akademie**

Die Diplomatische Akademie wurde im Jahre 1964 errichtet und im Konsulartrakt des Theresianums, Wien IV., Favoritenstraße 15, untergebracht. Ihre gesetzliche Grundlage und ihr Aufgabengebiet ergeben sich aus dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1979.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	9,5	10,0	19,5	2,2
1994 .....	10,4	13,5	23,9	2,7
1994 vorl. Erf. ...	10,9	12,2	23,1	2,4
1995 .....	11,7	19,7	31,4	2,6



Bei den Sachausgaben ist im Jahre 1995 insbesondere für fällige größere Adaptierungsarbeiten in der Akademie vorgesorgt. Daneben sind auch entsprechende Mittel für die Durchführung von Spezialkursen für junge Diplomaten aus Osteuropa veranschlagt.

### **Titel 203 Österreichische Kulturinstitute**

Die derzeit bestehenden zwölf Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Agram, Budapest, Istanbul, Kairo, London, Mailand, New York, Paris, Rom, Teheran und Warschau.

#### **Kulturabkommen**

Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl. Nr. 60/1953), Guatemala (BGBl. Nr. 524/1989), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl. Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/1973), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), Tunesien (BGBl. Nr. 534/1988), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).

Soweit aus diesen Abkommen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung erwachsen, fallen diese in die Kompetenz des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst bzw. des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und sind daher bei diesen Ressorts veranschlagt (siehe Paragraph 1/1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).

Auslagen im Ausland werden in der Regel vom Partnerstaat, fallweise aber auch vom BMfaA (Voranschlagsansatz 1/20408), Bundesministerium für Unterricht und Kunst sowie Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung übernommen.

Briefwechsel über kulturelle Zusammenarbeit bestehen mit Albanien und Argentinien, Absichtserklärungen mit dem Iran und der Mongolei.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	34,4	57,5	91,9	2,1
1994 .....	32,9	122,4	155,3	2,1
1994 vorl. Erf. ...	40,9	79,3	120,1	2,3
1995 .....	41,2	143,4	184,6	2,6

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung bei den Sachausgaben resultiert hauptsächlich aus dem Neubau des Institutsgebäudes in New York und aus dem Mehrbedarf nach der Eröffnung von Kulturinstituten in Mailand und Prag.

#### **Anlagen**

Vorgesorgt ist insbesondere für den Neubau des Institutsgebäudes in New York und die Instandsetzung des Institutsgebäudes in Paris.

#### **Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sowie verschiedenen Gebühren und öffentlichen Abgaben sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

#### **Aufwendungen**

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

#### **Einnahmen**

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen, Heimbeiträgen sowie aus Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

**Titel 204 Kulturelle Veranstaltungen**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	80,3	4,5
1994 .....	93,5	5,3
1994 vorl. Erf. ....	90,4	6,1
1995 .....	89,8	6,4

**Kulturelle Veranstaltungen**

Die für 1995 veranschlagten Mittel sollen zu einer verstärkten kulturpolitischen Standortbestimmung Österreichs im neuen Europa beitragen. Dazu soll vor allem eine weitere Intensivierung der Kulturarbeit im Rahmen der Mitgliedschaft der Europäischen Union sowie in den mittel- und osteuropäischen Staaten dienen, wobei es vor allem auch darum gehen wird, die regionale Kulturpräsenz Österreichs zu verstärken. Zumindest ein Minimum an kulturpolitischen Aktivitäten muß auch in den Bereichen Afrikas und Südamerikas sichergestellt sowie die zur Schwerpunktzone erklärten Länder Asiens kulturpolitisch vorrangig betreut werden.

**Einnahmen**

Die Einnahmen stammen aus Kursbeiträgen.

**Titel 205 Entwicklungshilfe**

Bis 1994 wurden die Ausgaben und Einnahmen für Entwicklungshilfe im Kap. 10, Titel 106, veranschlagt und verrechnet.

**Gesetzliche Grundlage**

Entwicklungshilfegesetz, BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	1 020,2	18,2
1994 .....	1 008,3	31,1
1994 vorl. Erf. ....	979,1	25,3
1995 .....	680,0	34,6

Die hier für Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel können vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt werden (BGBl. Nr. 474/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1989).

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Den Erfordernissen der Entwicklungsländer entsprechend werden die Mittel überwiegend für Vorhaben der Bildung und Ausbildung verwendet.

In dem veranschlagten Betrag sind 35,6 Millionen Schilling zur Förderung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung in Entwicklungsländern („Erhaltung des Regenwaldes“) sowie 2,4 Millionen Schilling für den Ausbau des jüdischen Gymnasiums in Jerusalem enthalten.

## Kapitel 30 Justiz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt I.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	4 913,5	3 006,9	7 920,4	5 035,8
1994 .....	5 062,5	3 688,1	8 750,6	5 485,5
1994 vorl. Erf. ...	5 188,5	3 673,0	8 861,5	5 651,3
1995 .....	5 388,7	4 069,1	9 457,8	6 032,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

### Titel 300 Bundesministerium für Justiz

#### Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	136,9	174,9	311,7	15,7
1994 .....	139,8	193,1	332,9	15,6
1994 vorl. Erf. ...	145,7	194,7	340,4	14,8
1995 .....	151,1	220,7	371,8	14,2

#### Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 1995 ist vor allem auf den weiteren Ausbau der Vereinssachwalterschaft zurückzuführen.

#### Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft. Diese haben die Aufgabe, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und den Gerichten zur Verfügung zu stellen. Ab dem Jahre 1991 sind von Vereinen für Patientenanzwaltschaft Patientenanwälte für in geschlossenen Bereichen von Anstalten angehaltene Personen bereitzustellen. Die Vereine leisten damit einen wichtigen Beitrag für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und Behinderter.

Als weitere Förderungen sind Subventionen für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie und für Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt (z. B. im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes für Osteuropa), veranschlagt.

### Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

#### Gesetzliche Grundlagen

Oberster Gerichtshof, BGBl. Nr. 328/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1991,

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994,

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG).

**Aufgaben**

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen (Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz). Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission, das Kartellobergericht und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	108,8	9,7	118,5	1,0
1994 .....	112,9	8,0	120,9	1,1
1994 vorl. Erf. ...	111,1	10,5	121,6	1,2
1995 .....	115,3	11,6	126,9	1,0

**Titel 302 Justizbehörden in den Ländern****Gesetzliche Grundlagen**

Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994;

Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 507/1994, und Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986, BGBl. Nr. 338, zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG);

Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994 (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 912/1994);

Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962;

Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 497/1989;

Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 623/1994; (Gebührenbeträge in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 214/1992)

Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 343/1989;

Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994;

Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, § 47 RAO, RGBl. Nr. 96/1868, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993, in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 804 und 573/1994 (Sonderpauschalvergütung 1992 und 1993), Art. II § 7 Abs. 5 BG BGBl. Nr. 570/1973;

Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von Freistempelabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;

Vereinssachwalter- und Patientenanwaltschaftsgesetz — VSPAG, BGBl. Nr. 156/1990;

Unterbringungsgesetz — UbG, BGBl. Nr. 155/1990;

Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz — ASGG, BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 624/1994;

Grundrechtsbeschwerde-Gesetz — GRBG, BGBl. Nr. 864/1992 (§§ 8 und 9), in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 35/1993;

Rechtsanwaltsprüfungsgesetz — RAPG (§ 28), BGBl. Nr. 556/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993;

**Kapitel 30 — Titel 303**

145

Notariatsprüfungsgesetz — NPG (§ 28), BGBl. Nr. 522/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 692/1993;

Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz — BARG (§ 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 2), BGBl. Nr. 523/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1993, jeweils in Verbindung mit Verordnung BGBl. Nr. 619/1993 (Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung und die Notariatsprüfung), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 692/1994.

**Aufgaben**

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anlässlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

**Organisation**

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

- 4 Oberlandesgerichte;
- 4 Oberstaatsanwaltschaften;
- 21 Gerichtshöfe I. Instanz;
- 17 Staatsanwaltschaften;
- 192 Bezirksgerichte.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	3 134,4	2 068,8	5 203,1	4 920,6
1994 .....	3 273,6	2 143,9	5 417,5	5 000,2
1994 vorl. Erf. . .	3 306,7	2 230,4	5 537,1	5 261,1
1995 .....	3 437,7	2 547,9	5 985,6	5 605,9

**Unterschiede gegen Vorjahr**

Die Steigerung ist vor allem auf höhere Zahlungen für die Post, für Vollzugs- und Wegegebühren und für vermehrte Leistungen im Bereich der ADV — die neueingeführte Vergütung an das BMF (BRA) — der Presseeinschaltungen und der Entgelte nach dem SGG zurückzuführen.

**Anlagen**

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und generalsanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Bei diesem VA-Ansatz sind insbesondere Ausgaben für Familien- und Geburtenbeihilfen, für Entschädigungen gemäß dem Gebührenanspruchsgesetz und dem ASGG, für Bezugszahlungen an Eignungsausbildungsteilnehmer und Rechtspraktikanten veranschlagt.

**Aufwendungen**

Vorsorge für den laufenden Aufwand der Gerichte und staatsanwaltschaftlichen Behörden und für die Pauschalvergütungen an den österr. Rechtsanwaltskammertag.

**Einnahmen**

Die Einnahmen resultieren in erster Linie aus Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen sowie aus Strafgeldern.

**Titel 303 Justizanstalten****Gesetzliche Grundlagen**

Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 799/1993;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 570/1993;

Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 799/1993;

Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 816/1993;

Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 467/1992, mit dem vorübergehende Maßnahmen für die Anhaltung in Untersuchungshaft und den Strafvollzug getroffen werden, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 528/1993.

### **Aufgaben**

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB. Dazu gehört neben der sicheren Verwahrung die volle und insbesondere auch medizinische Versorgung der Insassen.

In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.

Der Justizwachschole obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

### **Organisation**

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

- 17 Gerichtshofgefängnisse mit 8 Außenstellen;
- 7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen;
- 1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB;
- 1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	1 429,9	614,3	2 044,2	98,4
1994 .....	1 438,3	1 137,5	2 575,8	468,6
1994 vorl. Erf. . .	1 522,2	1 032,2	2 554,4	374,2
1995 .....	1 588,6	1 058,3	2 646,9	410,8

### **Unterschiede gegen Vorjahre:**

Die Verminderung der Sachausgaben gegenüber dem Vorjahr ist auf geringere Vergütungen für Gefangenearbeiten gemäß dem StVG zurückzuführen, die auch einen Rückgang bei den Einnahmen bewirken.

### **Anlagen**

Bei diesem VA-Ansatz sind die Ausgaben für erforderliche Ersatz- und Neubeschaffungen von Amts- und Anstaltsausstattung, Maschinen und maschinelle Anlagen, Kraftfahrzeugen und ADV-Einrichtungen veranschlagt.

### **Förderungen**

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

### **Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**

Bei diesem VA-Ansatz sind ua. Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Häftlinge und die Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen veranschlagt.

**Aufwendungen**

Bei den Aufwendungen sind neben den Kosten für die Betreuung der Gefangenen sowie für den Betrieb und die Erhaltung der Justizanstalten auch die Vergütungen für die Gefangenenarbeiten veranschlagt.

**Einnahmen**

Der Großteil der Einnahmen resultiert aus Kostenbeiträgen für Leistungen aus dem Strafvollzug.

**Justizwache — Massafonds**

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwache und Dienst der Erzieher“ zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

Dem Fonds werden im Jahre 1995 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.) .....	14,6
Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:	
Beschaffung von Massasorten .....	14,4
Fondsaufwand .....	0,2
Zusammen . . .	14,6

**Verpflegstage**

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten beträgt:

	Gefangene und Untergebrachte
1993 .....	2 600 000
1994 .....	2 500 000
1995 .....	2 600 000

**Titel 305 Bewährungshilfe****Gesetzliche Grundlagen**

Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 91/1993;

Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 599/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 799/1993;

Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 570/1993;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 816/1993.

**Aufgaben**

Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren.

**Organisation**

Gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes werden die Aufgaben der Bewährungshilfe — außer in der Steiermark — von einer privaten Vereinigung besorgt. Die Geschäftsstellen Graz und Leoben mit den Außenstellen Bruck, Graz, Judenburg und Liezen werden als Dienststellen des Bundes geführt.

Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes I. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden dort Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien acht, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle,

im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet. Für den Bereich Außergerichtlicher Tatausgleich wurden in Wien, Salzburg, Innsbruck, Linz, Wels und Wr. Neustadt eigene Räumlichkeiten angemietet. Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe bestehen in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Krems und Wr. Neustadt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	103,6	139,3	242,9	0,1
1994 .....	97,9	205,7	303,6	0,1
1994 vorl. Erf. ...	102,6	205,3	307,9	0,0
1995 .....	96,0	230,7	326,7	0,1

### **Unterschiede gegen Vorjahr**

Die Erhöhung bei den Sachausgaben ergibt sich in erster Linie aus der Umstrukturierung der Bewährungshilfe, der Ausstattung mit ADV-Anlagen, der Fallzahlensteigerung bei ATA/J, der laufenden Erweiterung von ATA/E und dem Bezug neuer Geschäftsstellenräumlichkeiten.

### **Förderungen**

Bei den Förderungen sind vor allem die Zuwendungen an den Verein für Bewährungshilfe und soziale Arbeit veranschlagt.

### **Aufwendungen**

Der Großteil der bei diesem VA-Ansatz veranschlagten Mittel betrifft die Entgelte an Bewährungshilfevereinigungen.

### **Konjunkturausgleich-Voranschlag**

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote .....	24,0
Konjunkturbelebungsquote .....	12,0

Für die allfällige Anschaffung von Büromaschinen und von Einrichtungsgegenständen für die Gerichte wird vorgesorgt. Bei den Anlagen der Justizanstalten ist die Ausstattung von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten und Lehrwerkstätten mit verschiedenen Maschinen notwendig. Weiters wird für die Fortsetzung und Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen und die Ausstattung mit Amts- und Anstaltsausstattungsgegenständen vorzusorgen sein.



## Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt J.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	7 908,9	11 440,7	19 349,6	468,6
1994 .....	7 813,7	11 930,3	19 744,0	479,8
1994 vorl. Erf. ...	8 068,1	12 068,7	20 136,8	575,1
1995 .....	8 237,2	11 992,8	20 230,0	555,9

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

### Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung

#### Aufgaben

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	626,8	166,6	793,4	104,3
1994 .....	636,8	183,0	819,8	98,9
1994 vorl. Erf. ...	647,3	204,4	851,7	111,0
1995 .....	659,1	192,6	851,7	110,1

#### Anlagen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von ADV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet. Auch die Kosten für die Ausstattung der Räumlichkeiten der im Ausland eingesetzten österreichischen Militärattachés werden hier veranschlagt.

#### Bezugsvorschüsse

An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 1995 31,774 Millionen Schilling (1994 30,774 Millionen Schilling) bereitgestellt. Hievon werden 9,158 Millionen Schilling für Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

#### Förderungen

Die Mittel für „Förderungen“ sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinigungen bestimmt, deren Zweck auf dem Gebiet der umfassenden Landesverteidigung liegt.

Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite bei dem eigenen Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

#### Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben den Familien- und Geburtenbeihilfen für die Anmgehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gem. § 6, Abs. 6, WG für die Vorsitzenden der Beschwerdekommision.

### **Aufwendungen**

Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zentralstelle verrechnet (Betriebsaufwand). Darüber hinaus werden auch die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern sowie für die Anschaffung von geringwertiger Amtsausstattung veranschlagt.

### **Einnahmen**

Der Veranschlagung der Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgsziffern sowie der Rechnungsabschluß 1993 zugrunde gelegt.

### **Zweckgebundene Einnahmen**

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 77 Abs. 5 des Heeresdisziplinargesetzes 1985 für Aufwendungen der „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ verwendet.

## **Titel 401 Heer und Heeresverwaltung**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Wehrgesetz 1990, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Heeresdisziplinargesetz 1994, BGBl. Nr. 522/1994;

Heeresgebührengesetz 1992, BGBl. Nr. 422, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1994;

Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Auslandseinsatzgesetz, BGBl. Nr. 233/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1994;

Auslandseinsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 365/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Bundesgesetz über militärische Munitionslager, BGBl. Nr. 197/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 265/1972;

Sperrgebietsgesetz — SperrG, BGBl. Nr. 387/1993;

Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994;

Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 680/1994;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 450/1994;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 923/1994;

Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 680/1994;

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991, BGBl. Nr. 163/1993 (DFB);

Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1994;

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 50/1994;

Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977;

Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1975;

Bundesgesetz über militärische Auszeichnungen, BGBl. Nr. 361/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 550/1994;

Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975.

Bundesgesetz über die Berufsförderung von Militärpersonen auf Zeit (Militärberufsförderungsgesetz — MilBFG), BGBl. Nr. 524/1994.

**Aufgaben**

Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	7 225,9	11 138,2	18 364,1	219,4
1994 .....	7 120,4	11 613,8	18 734,2	236,5
1994 vorl. Erf. . .	7 361,1	11 721,9	19 083,0	316,2
1995 .....	7 514,3	11 656,1	19 170,4	298,4

**Liegenschaftsankäufe**

Der bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagte Ausgabenbetrag ist zum Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen nach dem Heeresgebührengesetz 1992 verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige, Monatsgeld, Prämie im Grundwehrdienst, Dienstgradzulage, Fahrtkostenvergütungen, Treueprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen sowie die Besoldung im Wehrdienst als Zeitsoldat. Neben den Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, werden für die Familienangehörigen jedes im ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst stehenden Versicherten Krankenfürsorgekosten gem. § 56 a ASVG bezahlt. Die Kosten für die im Assistenzinsatz an der österreichischen Grenze eingesetzten GWD und ZS werden ebenfalls bei diesem VA-Ansatz verrechnet.

Zu den Ausgaben bei diesem Voranschlagsansatz zählen weiters: Familien- und Geburtenbeihilfen, Ausgaben an öffentlichen Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Wehrpflichtigen, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige, Geldleistungen für Soldaten des Miliz- u. Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuzzulagengesetz 1970.

**Aufwendungen**

Der Veranschlagung der Ausgabenbeträge für Aufwendungen liegen folgende Vorhaben zugrunde:

1. Bereitstellung der materiellen Ausrüstung des Bundesheeres im erforderlichen Umfang,
2. Aufrechterhaltung eines eingeschränkten Betriebes des Bundesheeres bis zur Einnahme der Heeresgliederung-NEU,
3. Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kadets,
4. Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres und
5. Berücksichtigung jener Erfordernisse, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

**Bereitstellung der für die Heeresgliederung-NEU erforderlichen Ausrüstung**

Die Beschaffung von Ausrüstung erfolgt unter Zugrundelegung des 10jährigen Investitionsprogramms, welches die Beschaffung der notwendigen Ausrüstung nach Art, Menge und Priorität regelt. Gemäß dieser Planung liegt das Schwergewicht der Beschaffung im Bereich der für die Erhaltung der Kampfkraft erforderlichen Grundausrüstung. Zur Abdeckung dieser Grundausrüstung liegen die Schwergewichte der Aufwendungen im Budgetjahr 1995 bei der Beschaffung von

- Fernmeldegeräte
- Radargeräte
- Abwehrlenk Waffen
- IT-Gerät

- Splitterschutz
- Schieß- und Gefechtssimulatoren, Ausbildungsmittel und -anlagen
- Mittel zur Feuerunterstützung
- Sanitätsgerät
- Ausrüstung für UN-Einsätze.

Auf dem Fernmeldesektor wird vor allem auf die Ausstattungsergänzung mit Fernsprengerät Bedacht genommen. Darüber hinaus ist die Fortsetzung der Beschaffung von modernen Kurzwellenfunkgeräten und Knotenvermittlungen als Ersatz für veraltetes Gerät vorwiegend im Bereich der mittleren Führung vorgesehen sowie Mittel für Aufklärung und Führung.

Im Bereich der Heeresmotorisierung sind fast ausschließlich Beschaffungen für den Ersatz auszuweisenden Gerätes vorgesehen.

Im Bereich der Luftstreitkräfte sind Mittel insbesondere für Infrastruktur und Betrieb der Luftraumüberwachungsflugzeuge, welche die in Friedens- und Krisenzeiten bedeutsame Wahrung der Lufthoheit sicherstellen sollen, vorgesehen.

#### **Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres**

Darunter werden jene Ausgabenbeträge verstanden, die der Verpflegung, der Bekleidung und der Ausbildung der Wehrpflichtigen sowie der Materialerhaltung (Instandsetzung, Instandhaltung und Lebenszeitverlängerung) des eingeführten Gerätes dienen.

Die für die Ausbildung aufgewendeten Mittel ermöglichen die Aufrechterhaltung des Ausbildungsbetriebes wie Erhaltung von Gerät und Anlagen und Zurverfügungstellung der zur Absolvierung der Schießprogramme erforderlichen Munition.

Die Ausgaben für die Materialerhaltung dienen der Beschaffung erforderlicher Ersatzteile, Geräte und Werkzeuge sowie der Vergabe von Aufträgen an zivile Fachbetriebe.

Der weitere Ausbau der Informationstechnologie ermöglicht den zeitverzugslosen Zugriff auf die Daten der vorhandenen Informationssysteme vom jeweiligen Arbeitsplatz aus. Dadurch werden Einsatzvorbereitungen und Führungsfähigkeit verbessert.

Die für das System Goldhaube bereitgestellten Mittel sollen hauptsächlich den Betrieb dieser Einrichtungen unter Einbindung der Luftraumüberwachungsflugzeuge sicherstellen.

#### **Ausbildung**

Die kurze Grundwehrdienstzeit erfordert eine intensive Ausbildung. Dies ist ua. durch Beschaffung von modernem Ausbildungsgerät möglich. Neben den Mitteln für den Ausbau von Schieß- und Kampfanlagen sowie audiovisuellen Geräten soll 1995 vor allem die Beschaffung von Simulatoren aller Art fortgesetzt werden. Mit diesen Mitteln sollen nicht nur die Ausbildung gefechtsnäher gestaltet, sondern auch Einsparungen durch den verminderten Gebrauch des Einsatzgerätes und eine geringere Umweltbelastung erzielt werden. Die Umstellung des Ausbildungsgerätes erfolgt in mehreren Etappen; Im Bundesvoranschlag 1995 konnten weitere anteilige Kosten berücksichtigt werden.

Angemessene Aufwendungen für die Milizarbeit sollen die laufende Information und Ausbildung der Milizsoldaten auch zwischen den Waffenübungen sicherstellen.

#### **Infrastruktur**

Im Bereiche der Infrastruktur werden die vordringlichsten Baumaßnahmen für Munitionslager und für die Schieß- und Übungsplätze unter besonderer Bedachtnahme auf die Sicherheitserfordernisse durchgeführt.

Die bei den „Miet- und Pachtzinsen für Wohnzwecke“ verbuchten Mieten sind dynamisiert.

#### **Einnahmen**

Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegungsgeldersätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für Mittel zur ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse sowie Vergütungen von Bundesdienststellen für Leistungen des Bundesheeres.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende

**Kapitel 40 — Titel 402 und 404**

153

**Beträge:**

UN-Bataillon Naher Osten pro Mann und Monat .....	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich .....	291 US-Dollar
UN-Bataillon Cypern pro Mann und Monat .....	1 058 US-Dollar
für 10% Spezialisten zusätzlich .....	291 US-Dollar
KFZ- und Gerätemiete jährlich .....	8,1 Mio S

**Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)****Gesetzliche Grundlage**

III. Hauptstück Par. 14 des Heeresgebührengesetzes 1992, BGBl. Nr. 422/1992.

**Aufgaben**

Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	114,8	118,3
1994 .....	114,0	114,0
1994 vorl. Erf. ....	122,5	118,3
1995 .....	122,7	122,7

**Einnahmen**

Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

**Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum, Militärgeschichtliches Institut****Aufgaben**

Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit nähergebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.

In der Militärgeschichtlichen Abteilung werden alle militärgeschichtlichen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	30,2	10,0	40,2	1,4
1994 .....	29,8	8,4	38,2	1,0
1994 vorl. Erf. ...	32,0	9,7	41,7	1,8
1995 .....	32,1	10,9	43,0	2,0

Die Ausgaben sind zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungsobjekte erforderlich.

Die Einnahmen bestehen zum überwiegenden Teil aus Eintrittsgebühren.

**Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe****Aufgaben**

Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.

Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw., sowie die Rekultivierung.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflanze, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	26,0	11,1	37,1	25,2
1994 .....	26,8	11,0	37,8	29,3
1994 vorl. Erf. . .	27,7	10,2	37,9	27,8
1995 .....	31,7	10,5	42,2	22,7

**Gebarung 1995**

Unter diesem Titel werden die Mittel für unbedingt notwendige Ersatzanschaffungen sowie für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig veranschlagt und verrechnet.

Die Einnahmen resultieren aus Erträgen der Feld- und Forstwirtschaft, aus der Jagd sowie aus Miet- und Pachtzinsen.

**Konjunkturausgleich-Voranschlag**

Der Schwerpunkt der vorgesehenen Ausgaben liegt bei Beschaffungen von Kraftfahrzeug und Ausrüstungsgerät, die geeignet sind, im Falle ihrer Durchführung die österreichische Wirtschaft zu beleben.

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote .....	400,0
Konjunkturbelebungsquote .....	100,0

## Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt E.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	8 323,2	3 303,8	11 627,0	1 298,3
1994 .....	8 398,5	4 508,4	12 906,9	1 218,8
1994 vorl. Erf. ...	8 510,8	3 928,1	12 438,9	1 255,8
1995 .....	8 529,2	5 147,5	13 676,1	2 107,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

### **Titel 50 Bundesministerium für Finanzen**

#### **Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

*Angelegenheiten der Finanzverfassung einschließlich des Finanzausgleiches.*

*Angelegenheiten der Bundesfinanzen.*

Dazu gehören insbesondere auch:

Erstellung des Bundesfinanzgesetzentwurfes samt Anlagen und Führung des Bundeshaushaltes.

Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge, soweit diese Abgaben und Beiträge von Abgabenbehörden des Bundes verwaltet werden.

Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Zahlungsverkehr der Europäischen Union.

Zollwesen einschließlich der Angelegenheiten des Dienstbetriebes der Zollwache.

Angelegenheiten des Verfahrens, der Erhebung, der Vollstreckung, des Verwaltungsstrafrechtes und des Verwaltungsstrafverfahrens auf dem Gebiete der in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Abgaben und Beiträge.

Organisatorische Angelegenheiten der Abgaben(Zoll)verwaltung des Bundes.

*Angelegenheiten des Finanzwesens einschließlich der Finanzpolitik.*

Dazu gehören insbesondere auch:

Währungs-, Kredit-, Sparkassen-, Bank- und Börsenwesen.

Angelegenheiten des Kapital- und Zahlungsverkehrs.

Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht.

Punzierungswesen.

Angelegenheiten der Österreichischen Postsparkasse.

*Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen, unbeschadet der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes zur wirtschaftlichen Koordination.*

*Angelegenheiten staatlicher Monopole einschließlich der Errichtung und Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes, die Zwecken der staatlichen Monopole gewidmet sind.*

*Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen.*

Dazu gehören insbesondere:

Verfügung über Bundesvermögen.

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt.

Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden.

Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Finanzielle Angelegenheiten des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes an Gesellschaften und an Genossenschaften, soweit sie sich unmittelbar auf den Bundeshaushalt auswirken.

*Angelegenheiten der Wirtschaftstreuhänder auf dem Gebiete der Beratung und Vertretung in Abgaben- und Finanzstrafsachen.*

*Finanzielle Kriegsschadensangelegenheiten einschließlich der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten.*

Dazu gehören insbesondere auch:

Kriegs-, Besatzungs- und Kriegsfolgeschäden am österreichischen Vermögen im In- und Ausland sowie an ausländischem Vermögen in Österreich.

Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955.

*Pensionsrecht öffentlich Bediensteter und finanzielle Angelegenheiten des Dienstverhältnisses öffentlich Bediensteter.*

*Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Aufsicht einschließlich der Verwertung unter öffentlicher Verwaltung oder öffentlicher Aufsicht stehender Vermögensschaften.*

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	524,0	157,3	681,3	96,4
1994 .....	535,7	425,2	960,9	88,8
1994 vorl. Erf. ...	522,2	186,3	708,5	95,2
1995 .....	543,6	443,9	987,4	588,2

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Bei den Sachausgaben ist die Erhöhung vor allem auf die Veranschlagung von Zahlungen an die EU zurückzuführen.

#### **Vorschlagsansatz 1/50007 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 1995 1,5 Millionen Schilling.

#### **Vorschlagsansatz 1/50008 Aufwendungen**

Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Zentraleitung sind hier die Kostenersätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche und an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt.

Außerdem ist hier auch für die Kosten aus der Bundesvermögensverwaltung und -verwertung vorgesorgt.

#### **Vorschlagsansatz 1/50017 Zahlungen an die EU**

Österreich hat auf Grund des Protokolles Nr. 5 zur EU-Beitrittsakte der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, einen Beitrag zu den Mitteln der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Höhe von insgesamt 15 300 000 ECU zu leisten. Dieser Betrag ist je zur Hälfte am 1. Jänner 1995 und 1. Jänner 1996 fällig. Die Ratenzahlung für 1995 wurde demgemäß mit 104,805 Millionen Schilling veranschlagt.



**Vorschlagsansatz 2/50014 Einhebungsvergütungen siehe die Erläuterungen zum Titel 2/529.**

### **Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)**

Hier werden insbesondere die Kosten der Zurückstellung von Silbermünzen sowie die Ausgaben für Zinsenreduktionen, die hochverschuldeten Entwicklungsländern gewährt werden, für die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur und die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	387,6	54,7
1994 .....	593,9	0,7
1994 vorl. Erf. ....	408,1	22,2
1995 .....	633,0	0,8

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung der Ausgaben gegenüber dem BVA 1994 ist hauptsächlich auf die Kosten auf Grund der Vereinbarung für Länder mit mittlerem Einkommen zurückzuführen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

#### **Vorschlagsansätze 1/50107 Zurückstellung von Silbermünzen bzw.**

#### **2/50100 Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

##### **Aufgaben**

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 brachte der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkaufte der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengesetzes seit 1. Jänner 1989 zu.

Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Österreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Die dadurch entstehende Schuld ist in jährlichen Raten zu tilgen. Auch der Einschmelzerlös aus den dem Bund zurückgestellten Silbergedenkmünzen ist zur Tilgung heranzuziehen. Dafür sind im BVA 1995 80,002 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Vorschlagsansatz 1/50118 Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA)**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Verwaltung und Koordination der Österreichischen Staatsschulden (Bundesfinanzierungsgesetz), BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 185/1993.

##### **Aufgaben**

Auf Grund dieses Gesetzes hat der Bund die Aufwendungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) unter Einrechnung der geleisteten Vorschüsse in dem Ausmaß abzudecken, in dem diese die Erträge der ÖBFA übersteigen.

Dafür sind im BVA 1995 15,964 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Vorschlagsansatz 1/50138 Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1993.

**Aufgaben**

Schuldenerleichterungen auf Grund internationaler, multilateral abgestimmter Aktionen. Die Mittel kommen für die Beteiligung an Schuldenerleichterungen im Rahmen von Umschuldungen (Zinsreduktion) für die ärmsten und hochverschuldeten Staaten auf Grund der Vereinbarung von Toronto und deren Weiterentwicklung im Sinne der „Trinidad Terms“/„Enhanced Toronto Terms“ (50%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) und der sogenannten „Naples Terms“ (bis zu 67%ige Schuldenerleichterung im Wege der Zinssatzreduktionsoption) sowie für Länder mit mittlerem Einkommen zum Einsatz.

Im BVA 1995 sind für Länder nach dem Post-Toronto-Abkommen 110,4 Millionen Schilling und für Länder mit mittlerem Einkommen 417,6 Millionen Schilling veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien**

Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten. Der Ertrag dieser zweckgebundenen Landesabgabe ist zur Errichtung einer Untergrundbahn bestimmt.

Der veranschlagte Betrag ist zur Bedeckung dieser Abgabe für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse mit Ausnahme der abgabepflichtigen Bundesbetriebe bestimmt.

**Voranschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze**

Hier ist nur ein Betrag von 50 000 S für Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen vorgesehen.

Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. „Schadensvergütungen“.

**Voranschlagsansatz 2/50194 Laufende Einnahmen**

Die im Voranschlag 1995 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinsen auf Grund des Bankwesengesetzes, BGBl. Nr. 532/1993, erwartet.

**Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)****Gesetzliche Grundlagen**

Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 653/1964;

Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1993;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 972/1993;

Garantiefonds-Gesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 255/1993;

Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;

Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987.

**Aufgaben**

Hier werden folgende Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt:

Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

**Kapitel 50 — Titel 502**

159

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	840,7	62,8
1994 .....	1 521,9	54,6
1994 vorl. Erf. ....	1 180,4	53,1
1995 .....	1 173,4	143,8

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Steigerung der Einnahmen gegenüber dem BVA 1994 ergeben sich auf Grund der durch die Novellierung des Hagelversicherungs-Förderungsgesetzes notwendig gewordene Veranschlagung der Überweisung der Mittel des Katastrophenfonds.

**Voranschlagsansatz 1/50206 Hagelversicherung**

Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, daß der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Mitteln des Katastrophenfonds eine Beihilfe gewährt wird, die ausschließlich zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

Der Voranschlag 1995 beträgt 75 Millionen Schilling.

**Voranschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz**

Auf Grund dieses Bundesgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Analog der Hagelversicherung ist vorgesehen, daß der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Für das Jahr 1995 wurden Ausgaben in Höhe von 162 000 S veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen**

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

**Voranschlagsansatz 1/50236 Zuschuß (OeKB-AG) bzw. 2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen****Gesetzliche Grundlage**

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1993.

Für das Jahr 1995 sind veranschlagt:

192 Millionen Schilling für die Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG gemäß Ausführfinanzierungsförderungsgesetz,

120 Millionen Schilling für Finanzierungen auf Grund des Schwellenländerprogrammes und

24 Millionen Schilling für Kofinanzierungen mit der Weltbank.

Die Einnahmen in Höhe von 20 Millionen Schilling ergeben sich aus Zinsen.

**Voranschlagsansätze 1/50247 und 1/50248 Zahlungen an Innovations- und Technologiefonds**

Mit Bundesgesetz 972/1993 wurde ua. auch das Innovations- und Technologiefondsgesetz geändert. Aufgrund dieser Novelle wird der Fonds aus Bundesmitteln gespeist. Für 1995 sind dafür 440 Millionen Schilling vorgesehen.

**Voranschlagsansatz 1/50294 Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.**

Auf Grund des Garantiegesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, für welche Zwecke durch den Bund ab dem Jahre 1981 jährlich bis zu 75 Millionen Schilling nicht rückzahlbarer Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang damit wird für das Jahr 1995 mit einem Betrag von 23 Millionen Schilling vorgesorgt.

Die Ausgabenverringerung gegenüber dem Vorjahr ist auf eine geringere Inanspruchnahme von Finanzhilfen für Unternehmenssanierungen zurückzuführen.

**Voranschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen***Kooperationsabkommen mit internationalen Finanzinstitutionen*

Auf Grund des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 294/1987, kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen abschließen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen zum Inhalt haben. So wurden der Weltbank und der Internationalen Entwicklungsorganisation für die Jahre 1987 bis 1992 Mittel in Höhe von 2 Millionen US-Dollar zugesagt. Im Jahre 1993 wurde das Abkommen zum Austrian Consultant Trust Fund der Weltbank verlängert und für 1995 ein weiterer Beitrag in Höhe von 600 000 US-Dollar zugesagt. Mit der Afrikanischen Entwicklungsbank und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds wurde eine Kooperationsvereinbarung mit einem Rahmen von 13 Millionen Schilling für 4 Jahre abgeschlossen und nach Ablauf dieser Frist nicht mehr verlängert.

1991 wurde mit der Weltbank eine weitere Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen in Mittel- und Osteuropa zum Inhalt hat. Im Rahmen dieser Kooperationsvereinbarung werden der Weltbank über einen Fünfjahreszeitraum bis zu 5 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wurde ebenfalls eine Kooperationsvereinbarung im selben Ausmaß abgeschlossen.

Nach Abschluß der Verhandlungen der 1. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität im März 1994 wurde die Schaffung eines Kooperationsabkommens mit der Globalen Umweltfazilität beschlossen. Dieser Fonds soll vorerst für die erste Wiederauffüllungsperiode 1994—1996 mit einem Betrag von maximal 72,4 Millionen Schilling dotiert werden.

Für 1995 sind für diese Vorhaben 78,3 Millionen Schilling vorgesehen.

*Zinsenzustützungssaktion für bestimmte Investitionsprojekte*

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für die von der Bundesregierung am 18. April 1978 im Ministerrat beschlossene Zinsenzustützungssaktion verrechnet. Mit dieser Aktion wurden zunächst industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte gefördert, für die jedoch keine Zuschußzahlungen mehr anfallen. Im Jahre 1979 erfolgte eine Ausweitung der Förderung auf den Bau von Kleinkraftwerken. Anträge auf Gewährung von Zinsenzuschüssen konnten bis zum 31. Dezember 1987 eingebracht werden. Gefördert werden Investitionsprojekte mit einem Krediterfordernis ab 5 Millionen Schilling und einer Laufzeit bis zu fünfzehn Jahren — davon maximal zwei Jahre tilgungsfrei. Diese Kredite werden höchstens 10 Jahre lang um maximal 3% verbilligt. Der Höchstzinssatz, zu dem die Kredite von den Banken zur Verfügung gestellt wurden, beträgt 0,75% über dem Nominalzinssatz der zuletzt aufgelegten Bundesanleihe. Der von den Banken gewährte und zu fördernde Kredit kann bis zu 75% der richtliniengemäß anerkenbaren Gesamtkosten des Investitionsprojektes betragen. Das Kreditrisiko liegt bei den Banken.

Für die gesamte Aktion werden im Jahre 1995 13,5 Millionen Schilling bereitgestellt.

*Zinsenzuschüsse im Sinne des Wohnhaussanierungsgesetzes*

Ebenfalls bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Zinsenzustützung des Bundes im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984) zu verrechnen.

In einem zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der OeKB-AG am 9. Juni 1982 abgeschlossenen Grundvertrag über die Einrichtung eines Verfahrens zur Refinanzierung von Darlehen österreichischer Kreditinstitute, die im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung (BGBl. Nr. 164/1982) eingeräumt werden, wurde für die durch den Verkauf von Kassenobligationen der OeKB an österreichische Versicherungsunternehmen und die daraus zu vergebenden Darlehen zur Finanzierung der Wohnhaussanierung ein Zinssatz von 7% p.a. festgelegt (Verfahren — Althaussanierung).

**Kapitel 50 — Titel 503**

161

Bedingt durch die Senkung des allgemeinen Zinsniveaus war es erforderlich, auch diesen Zinssatz zu reduzieren. Im Rahmen der 1. Zusatzvereinbarung vom 19. März 1986 über das weitere Verfahren zur Einräumung von Darlehen an die Bundesländer und den Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Verbesserung und Erhaltung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie zur Änderung des Stadterneuerungsgesetzes und des Startwohnungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984), wurde der Zinssatz von 7% auf 6% herabgesetzt (Verfahren — Wohnhaussanierung). Ab dem Tag der Unterfertigung dieser Vereinbarung hat der Bund eine Zinsenstützung in Höhe von 1,9% p.a., berechnet von dem aus dem Erlös des Verkaufes von 7%-Kassenobligationen der OeKB sich ergebenden Mittelaufkommen (zum Zeitpunkt der Vereinbarungsunterfertigung rund 2 Milliarden Schilling) zu leisten.

Diese Zinsenstützung ist für den Zeitraum von 1986—1998 anberaumt und dürfte insgesamt rund 453 Millionen Schilling erfordern.

Im Jahre 1995 werden hiefür 31,2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

**Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen**

Außerdem werden bei diesem Voranschlagsansatz über die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. geleistete Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen uä. verrechnet.

Nach der Novelle zum Garantiesgesetz 1977 (BGBl. Nr. 338/1981) kann die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. auch Zuschüsse an nach dem 31. Dezember 1978 gegründete Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, mit dem Ziel einer Förderung der Finanzierung von Investitionen von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse, gewähren.

Aus diesem Titel sind für das Jahr 1995 Förderungszuwendungen im Betrag von insgesamt 164,699 Millionen Schilling veranschlagt worden, die Betriebsansiedlungen der Firmen OPEL Austria in Wien, BMW-Motoren GmbH in Steyr und IR3 in Wien dienen sollen.

**Sonstige Förderungsmaßnahmen**

Weiters sind Förderungszuwendungen an das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien (5,597 Millionen Schilling), an das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (3,360 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht (86 000 S), an das Österreichische College (598 000 S) und sonstige Förderungsbeiträge in Höhe von 960 000 S veranschlagt.

**Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag**

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	5,5	118,1
1994 .....	193,9	100,7
1994 vorl. Erf. ....	13,0	113,7
1995 .....	149,3	132,3

**Paragraph 5030 Schäden im Inland****Gesetzliche Grundlagen**

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 503 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen VA-Ansätzen angeführt.

Besatzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG, BGBl. Nr. 317/1961;

Kriegs- und Verfolgungsschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99 und 305/1959;

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;

Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;

Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 168/1957;

Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1986.

Im Voranschlag 1995 sind auf Grund des 2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetzes auf der Einnahmen- und Ausgabenseite je 15 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Paragraph 5031 Schäden im Ausland**

##### **Gesetzliche Grundlagen**

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel BGBl. Nr. 451/1975;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;

Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988;

Entschädigungsgesetz ČSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979;

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.

Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz ČSSR und dem Zusatzentschädigungsgesetz wurden für das Jahr 1995 100,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einnahmen von 5,0 Millionen Schilling sind Erträge des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976.

Auf Grund des Vermögensvertrages mit der DDR wurden 30,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Beim VA-Ansatz „Sonstige Zahlungen“ wurde für die Kosten der öffentlichen Verwaltung für das in Österreich befindliche ČSFR-Vermögen mit 0,3 Millionen Schilling vorgesorgt.

#### **Paragraph 5032 Finanz- und Ausgleichsvertrag**

##### **Gesetzliche Grundlagen**

Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz, betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besetzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1970).

Für Entschädigungszahlungen nach dem UVEG wurden für 1995 210 000 Schilling veranschlagt.

#### **Paragraph 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

Bei diesem Paragraph wurde im BVA 1995 mit 1,087 Millionen Schilling für die Ausgaben vorgesorgt, die die Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Restitutionsabkommens zu tragen hat. Weiters werden hier auch Ausgaben auf Grund des 2. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetzes verrechnet.

#### **Paragraph 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte**

##### **Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz;

BGBl. Nr. 165/1956, österreichisch-deutscher Vermögensvertrag;

BGBl. Nr. 119/1958.

**Kapitel 50 — Titel 504**

163

Im BVA 1995 wurde mit 2,0 Millionen Schilling für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 10,1 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

**Paragraph 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte****Gesetzliche Grundlage**

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956.

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden für 1995 mit 299 000 Schilling und die Einnahmen auf Grund von vermehrten Kaufinteressenten mit 102,1 Millionen Schilling veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis einschl. 1994	BVA 1994 Millionen Schilling	BVA 1995
Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besatzungsschädengesetz .....	418,084	} 0,030	} 0,030
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz .....	1 435,904		
Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz .....	614,422	.....	.....
Jugoslawien .....	1,890	.....	.....
CSFR .....	1 134,567	144,700	100,000
Deutschland (ehem. DDR) .....	95,323	30,000	30,000
Polen .....	71,405	.....	.....
Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Auf Grund des Art. 2 .....	1 046,130	0,200	0,200
Auf Grund des Art. 8 .....	80,131	0,010	0,010
Sonstige Zahlungen .....	31,893	.....	.....
Aushilfeszahlungen (Sachleistungen) .....	1 338,755	0,120	0,120

**Titel 504 Finanzlandesdirektionen****Gesetzliche Grundlagen**

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975, in der Fassung BGBl. Nr. 681/1994 sowie die AVOG-DV, BGBl. Nr. 38/1995;

Übertragungsgesetz (Grenzkontrolle durch Zollorgane), BGBl. Nr. 220/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 76/1980;

Zollkodex — ZK samt Zollrechtsdurchführungsgesetz — ZollR-DG, BGBl. Nr. 659/1994;

**Aufgaben**

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (insbesondere die Gewährung von Familienbeihilfe, Geburtenbeihilfe, Schulfahrtbeihilfe sowie unentgeltliche Beistellung von Schulbüchern), die Zuerkennung von Mietzinsbeihilfen sowie die Liegenschaftsverwaltung.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachsule.

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von sieben Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), 92 Finanzämtern, 7 Hauptzollämtern, 64 Zollämtern, 64 Zollzweigstellen und 58 Kontrollposten und verschiedenen sonstigen Dienststellen besorgt.

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben	ausgaben	Millionen	nahmen
			Millionen	Schilling
1993 .....	6 825,4	1 398,3	8 223,7	225,2
1994 .....	6 863,0	1 236,7	8 099,7	221,2
1994 vorl. Erf. ...	6 982,4	1 471,8	8 454,2	217,9
1995 .....	6 917,6	2 033,4	8 951,0	199,3

### Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den Sachausgaben ist die Erhöhung vor allem auf die Veranschlagung der Ausfuhrerstattung gemäß EU-Vertrag zurückzuführen.

### Paragraph 5040 Dienststellen

#### Voranschlagsansatz 1/50403 Anlagen

Bei diesem VA-Ansatz wurde für notwendige Ergänzungen der Amts- und Betriebsausstattung sowie den Ankauf von Kfz vorgesorgt.

#### Voranschlagsansatz 1/50407 Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz wurde mit einem Betrag von 214,330 Millionen Schilling für Familien- und Geburtenbeihilfe, mit 2,082 Millionen Schilling für öffentliche Abgaben und mit 32,620 Millionen Schilling für Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesorgt.

#### Voranschlagsansatz 1/50408 Aufwendungen

Bei diesem VA-Ansatz ist der Verwaltungsaufwand der Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen veranschlagt. Die Erhöhung gegenüber dem BVA 1994 ist im wesentlichen auf vermehrte Aufwendungen für Leistungen der Post, Postsparkassengebühren, Druckwerke, Inlandreisen, Miet- und Pachtzinse, Vergabe von Reinigungsaufträgen sowie allgemeine Preissteigerungen zurückzuführen.

### Zollwache-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.

Dem Fonds werden im Jahr 1995 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlagen gem. §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift) .....	14,0
Sonstiges .....	0,5
Zusammen ...	14,5

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten für Zollwachebeamte und Kosten der Instandhaltung (Reparaturen) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider (§ 1 Abs. 2 und § 9 MV) .....	14,0
Fondsaufwand (Versand, Verpackung, Sonstiges) .....	0,5
Zusammen ...	14,5

### Voranschlagsansatz 1/50418 Zahlungen gemäß EU-Vorschriften

#### Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Durchführung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Marktordnungsrechtes der Europäischen Gemeinschaft (Ausfuhrerstattungsgesetz), BGBl. Nr. 660/1994).



**Aufgaben**

Nach Artikel 40 EWG-Vertrag sind zur Erreichung der Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik Einrichtungen zur Stabilisierung der Ein- oder Ausfuhr vorgesehen.

Zu diesen gemeinsamen Einrichtungen zählen die Ausfuhrerstattungen, die das Ziel des Preisausgleiches zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und den Gemeinschaftspreisen bei der Ausfuhr derartiger Erzeugnisse haben.

Die Höhe der Ausfuhrerstattungen wird durch die EU-Kommission festgesetzt. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert die Erstattungen bei der Ausfuhr von Waren nach Drittländern.

Die innerstaatliche Vollziehung der Erstattungs-Förderungsregelungen in Österreich erfolgt durch die Zollbehörden. Für die Zahlung der Ausfuhrerstattungen auf Grund eines entsprechenden Antrages des Ausführers für Waren der Erstattungsnomenklatur ist das ZA Salzburg/Erstattungen zuständig.

**Voranschlagsansatz 1/50438 Gebarung gemäß § 6 KHVG**

Der § 6 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 296/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 770/1992, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert. Die Höhe der Versicherungsprämie richtet sich nach folgenden Gruppen von Fahrzeugen:

1. Krafträder, Zugmaschinen und Anhänger,
2. Personen- und Kombinationskraftwagen, Lastkraftwagen bis 3 t Nutzlast und sonstige Kraftfahrzeuge, die nicht unter Z 1 oder 3 fallen und
3. Lastkraftwagen über 3 t Nutzlast, Sattelzugfahrzeuge und Omnibusse.

90 vH der Prämien werden beim Voranschlagsansatz 2/50434 vereinnahmt und über den Voranschlagsansatz 1/50438 dem Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs als dem Bevollmächtigten seiner mitwirkenden Unternehmungen gemäß einem auch die Aufteilung eines Gewinnes bzw. Verlustes aus diesem Versicherungsgeschäft regelnden Übereinkommen überwiesen. 10 vH der Prämien entfallen auf Versicherungssteuer und Einhebungsvergütung.

Durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Grenzversicherung vom 27. Juli 1987, BGBl. Nr. 371, tritt die Verordnung vom 13. Oktober 1983, BGBl. Nr. 508, außer Kraft, die mit Wirkung 1. Jänner 1984 die seit 1968 in Kraft stehende Schadenbehandlungsversicherung durch eine Haftpflichtversicherung ersetzt hat.

Der Erfolg des Jahres 1994 betrug 11 203 200 Schilling, für das Jahr 1995 wurden 14,4 Millionen Schilling veranschlagt.

**Titel 507 Sonstige nachgeordnete Dienststellen**

Bei diesem Titel sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundesrechenamtes, der Finanzprokuratur, des Hauptpunzierungs- und Probieramtes veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	308,8	513,5	822,3	75,5
1994 .....	315,0	535,8	850,8	67,1
1994 vorl. Erf. ...	331,2	667,8	999,0	77,9
1995 .....	365,5	685,2	1 050,7	340,3

**Paragraph 5070 Bundesrechenamt****Gesetzliche Grundlage**

Bundesrechenamtsgesetz, BGBl. Nr. 123/1978; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 625/1994.

**Aufgaben**

Das Bundesrechenamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundesrechenamtes sind im § 2 Abs. 1 des Bundesrechenamtsgesetzes normiert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	235,3	501,2	736,5	11,4
1994 .....	239,6	523,7	763,3	12,9
1994 vorl. Erf. ...	256,7	656,0	912,7	17,3
1995 .....	288,5	669,5	958,0	286,8

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich dadurch, daß auf Grund der BRAG-Novelle die für andere Ressorts, Länder, Sozialversicherungsträger sowie die AMS erbrachten Leistungen veranschlagt wurden.

**Paragraph 5071 Finanzprokurator****Gesetzliche Grundlagen**

Prokuratorgesetz, StGBI. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Die Befassung der Finanzprokurator oder ihre Parteistellung ist in zahlreichen Bundesgesetzen und zwischenstaatlichen Übereinkommen geregelt. Eine Reihe solcher Gesetze und Abkommen sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1991 auf den Seiten 164 und 165 angegeben.

**Aufgaben**

Die Prokurator ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsausgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuratorgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokurator im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuratorgesetzes vorgesehen.

Die Prokurator ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hierfür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokurator die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Die Befugnis der Finanzprokurator zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.

Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	54,8	6,5	61,3	17,3
1994 .....	56,6	7,2	63,8	15,6
1994 vorl. Erf. ...	55,3	7,2	62,5	19,4
1995 .....	57,4	8,2	65,6	14,7

**Paragraph 5072 Hauptpunzierungs- und Probieramt****Gesetzliche Grundlagen**

Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 113/1994;

Durchführungsverordnung zum Punzierungs-gesetz, BGBl. Nr. 385/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1989;

Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen samt Anhängen I und II, BGBl. Nr. 346/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 38/1990;

Durchführungsverordnung zum Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen, BGBl. Nr. 358/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 660/1988.

### **Aufgaben**

Die dem Hauptpunzierungs- und Probieramt unterstellten Punzierungsämter nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

### **Organisation**

Dem Hauptpunzierungs- und Probieramt sind unterstellt:

Punzierungsamt Wien I;

Punzierungsamt Wien II;

Punzierungsamt Linz samt Punzierungsstätte Salzburg;

Punzierungsamt Graz;

Punzierungsamt Innsbruck.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	18,7	5,8	24,5	46,7
1994 .....	18,8	4,9	23,7	38,6
1994 vorl. Erf. . .	19,3	4,5	23,8	41,2
1995 .....	19,6	7,5	27,1	38,8

### **Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten**

Unter diesem Titel werden die Personalausgaben und damit zusammenhängende Sachausgaben des österreichischen Postsparkassengesetzes, der Österreichischen Salinen AG und des Amtes der Münze Österreich verrechnet. Diese Ausgaben werden zur Gänze dem Bund ersetzt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	665,0	0,9	665,9	665,7
1994 .....	684,8	1,0	685,8	685,8
1994 vorl. Erf. . .	674,9	0,9	675,8	675,9
1995 .....	702,5	1,1	703,6	702,9

### **Paragraph 5080 Österreichisches Postsparkassenamt**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

#### **Aufgaben**

Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	646,1	0,9	647,0	646,7
1994 .....	663,7	1,0	664,7	664,7
1994 vorl. Erf. . .	655,3	0,8	656,1	656,2
1995 .....	682,6	1,1	683,6	683,7

Die Sachausgaben enthalten lediglich die Erfordernisse für Fahrtkostenzuschüsse, für Aufwandsentschädigungen und Rückersätze von Einnahmen aus den Vorjahren sowie sonstige Entgelte an Einzelpersonen.

Die Einnahmen enthalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

#### **Paragraph 5081 Österreichische Salinen Aktiengesellschaft**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978.

##### **Aufgaben**

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetzes, BGBl. Nr. 124/1978). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte, der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für 4 der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugeteilte Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.

Im BVA 1995 sind für Personal- und Sachausgaben 2,6 Millionen Schilling vorgesehen.

#### **Paragraph 5082 Amt der Münze Österreich**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

##### **Aufgaben**

Gemäß Scheidemünzengesetz 1988 ging das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes wurden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft ersetzt für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung.

Im BVA 1995 sind die Personal- und Sachausgaben für 50 Bedienstete in Höhe von 17,3 Millionen Schilling veranschlagt.

**Kapitel 51 — Titel 510 und 511**

169

**Kapitel 51 Kassenverwaltung****Gesamtgebarung**

	Allgemeiner Haushalt		Summe	Einnahmen	Ausgleichshaushalt	
	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben			Sach- ausgaben	Ein- nahmen
Millionen Schilling						
1993 .....	—	9 966,7	9 966,7	13 928,7	79 625,6	78 929,1
1994 .....	1 050,0	5 506,8	6 556,8	11 411,6	75 000,0	75 000,0
1994 vorl. Erf. ....	—	25 390,5	25 390,5	18 438,4	31 033,3	31 135,6
1995 .....	—	4 776,8	4 776,8	35 503,0	75 000,0	75 000,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes**

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	2 304,6	2 964,7
1994 .....	2 679,9	4 045,5
1994 vorl. Erf. ....	3 568,6	3 904,4
1995 .....	3 690,7	4 829,7

**Voranschlagsansatz 1/51003 Erwerb von Bundestiteln****Voranschlagsansatz 2/51017 Entnahmen aus dem Bundesbesitz**

Die hier vorgesehenen Beträge werden zur Marktpflege und in dem Maße, als günstige Verkaufsangebote auf dem Markte vorliegen, in Anspruch genommen.

Die Steigerung sowohl bei den Sachausgaben als auch bei den Einnahmen ergibt sich aufgrund der Umstellung auf Bruttoverrechnung.

**Voranschlagsansätze 1/51038 und 2/51034 Kursverluste und -gewinne**

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung von fremden Zahlungsmitteln veranschlagt.

**Paragraph 1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten****Voranschlagsansatz 1/51047 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**

An öffentlichen Abgaben (Kapitalertragsteuer auf Zinsen aus der Veranlagung von Kassenmitteln) wurden für 1995 190 Millionen Schilling veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/51048 Aufwendungen****Voranschlagsansatz 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr**

Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Kosten bzw. Erträge (zB Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Kassenbeständen) anfallen, sind diese bei diesen VA-Ansätzen zu verrechnen.

**Voranschlagsansatz 1/51058 Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestiteln) und****Voranschlagsansatz 2/51054 Zinsen aus Währungstauschverträgen (Erwerb von Bundestiteln)**

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Ausgaben und Einnahmen der Zinsen aus Währungstauschtransaktionen im Zusammenhang mit Wertpapierkäufen des Bundes verrechnet.

**Titel 511 Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)**

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	635,8	674,5
1994 .....	653,8	604,9
1994 vorl. Erf. ....	748,2	652,8
1995 .....	489,9	465,8

**Paragraph 5110 Innovations- und Technologiefonds**

Gemäß dem Bundesverfassungsgesetz, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird und organisationsrechtliche Bestimmungen für die vom 2. Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmungen erlassen werden, BGBl. 321/1987, soll durch ein einfaches Bundesgesetz ein Fonds zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft eingerichtet werden. Zur Ausführung dieses Auftrages des Verfassungsgesetzgebers wurde das Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG) mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 603/1987 beschlossen.

Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 972/1993, mit dem ua. das ITFG geändert wird, kommen dem Fonds im Jahre 1995 440 Millionen Schilling zu. Unter Einbeziehung der sonstigen Einnahmen des ITF (5,762 Millionen Schilling), (Netto)Zinsen aus der Veranlagung von Fondsmitteln (7,803 Millionen Schilling) und der Entnahme der Einnahmerücklage (32,008 Millionen Schilling) können für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen 485,573 Millionen Schilling verwendet werden.

**Paragraph 5111 Siedlungswasserwirtschaft**

Unter diesem Paragraph werden die Zinsen bzw. die Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Spesen veranschlagt, die aus der kurzfristigen Veranlagung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft (gemäß Finanzausgleichsgesetz 1993) entstehen.

**Titel 512 Rücklagen**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	6 503,2	10 289,5
1994 .....	67,1	6 761,2
1994 vorl. Erf. ....	20 677,8	13 881,2
1995 .....	50,2	17 133,0

Haushaltsrechtliche und bundesfinanzgesetzliche Ermächtigungen sehen vor, daß in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile gewisser Ausgabenansätze, durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen zweckgebundene Einnahmen und ein Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Rücklage zugeführt werden können bzw. zuzuführen sind. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauffolgenden Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundeshaushalt entsprechende Einnahmen bei diesem Titel und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleichhohe Ausgaben.

**Paragraph 5121 Zuführung an bzw. Entnahme aus allgemeine(r) Rücklage**

Im Bundeshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 1995 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der durch Zahlung nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen, der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung veranschlagten Ausgabenbeträge eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Voranschlagswirksame Verrechnung	Bestandsverrechnung
laufendes .....	Ausgabe: Paragraph 1/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes .....	Einnahme: Paragraph 2/5121 Ausgabe: zB Kapitel 64 „Bauten und Technik“	Ausgabe: rückgestellter Erlag —

Den beim Voranschlagsansatz 2/51218 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 102,983 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1995 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

**Kapitel 51 — Titel 512**

171

	Millionen Schilling
1/03003 .....	0,889
1/10003 .....	6,316
1/10013 .....	3,665
1/10103 .....	2,728
1/15003 .....	11,475
1/15703 .....	6,462
1/15723 .....	0,145
1/15923 .....	0,989
1/17003 .....	3,500
1/17323 .....	2,200
1/17903 .....	1,500
1/17923 .....	1,100
1/17943 .....	0,500
1/17953 .....	0,700
1/20003 .....	5,000
1/20008 .....	6,364
1/20103 .....	35,000
1/20203 .....	0,452
1/20208 .....	0,904
1/20303 .....	15,000
1/20308 .....	0,093
1/50003 .....	4,000

**Paragraph 5124 Zuführung an bzw. Entnahme aus zweckgebundene(r) Einnahmen-Rücklage**

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung bzw. -entnahme entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51249 veranschlagten Rücklagenzuführungen in Höhe von 50,164 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1995 Einnahmen beim Voranschlagsansatz 2/53400 in Höhe von 49,990 Millionen Schilling gegenüber.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51248 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 317,013 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1995 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/14104 .....	0,002
1/50408 .....	0,002
1/51108 .....	32,008
1/53418 .....	26,000
1/53448 .....	2,000
1/53478 .....	50,000
1/53488 .....	75,000
1/54718 .....	132,000

**Paragraph 5125 Zuführung an bzw. Entnahme (Verringerung) aus der Ausgleichsrücklage**

Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuß im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Im Bundesvoranschlag 1995 wurde aus der Rücklage eine Verringerung in Höhe von 15 000 Millionen Schilling veranschlagt.

**Paragraph 5126 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(r) Rücklage**

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Z 2 des Bundesfinanzgesetzes 1995 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei der allgemeinen Rücklage.

Den beim Voranschlagsansatz 2/51268 veranschlagten Rücklagenentnahmen in Höhe von insgesamt 1 712,848 Millionen Schilling stehen im Bundesvoranschlag 1995 Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber:

	Millionen Schilling
1/10066 .....	103,930
1/10068 .....	1,000
1/16067 .....	1 005,200
1/16087 .....	198,800
1/17206 .....	42,321
1/17328 .....	20,000
1/20037 .....	141,525
1/20506 .....	197,625
1/20508 .....	2,446

#### Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen

Für den Fall, daß die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.

Im Bundesvoranschlag 1995 sind Rücklagenaufösungen nicht vorgesehen.

#### Stand der Rücklagen

Der Stand der Rücklagen am 31. Dezember 1994 stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 31. 12. 1994	Veranschlagte Rücklagenentnahme, -verringierung bzw. -auflösung laut BVA 1994 BVA 1995 Millionen Schilling		Veranschlagte Rücklagenzuführung laut BVA 1994 BVA 1995	
1. Allgemeine Rücklage .....	1 815,1	1 053,1	103,0	0,0	0,0
hievon:					
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen .....	371,5	—	—	—	—
Internationale Finanzinstitutionen .....	320,8	—	—	—	—
2. Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	4 500,9	101,9	317,0	67,1	50,2
hievon:					
Mittel des ITF .....	399,3	48,9	0,0	—	0,0
Katastrophenfonds .....	1 366,0	53,0	153,0	67,0	0,0
Marktordnungspol. Maßnahmen .....	345,3	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Ausgleichsrücklage .....	16 993,7	5 000,0	15 000,0	0,0	0,0
4. Besondere Rücklage .....	5 851,9	606,0	1 712,8	0,0	0,0
hievon:					
Entwicklungshilfe .....	396,7	—	200,1	—	—
Klinischer Aufwand .....	1 608,7	—	—	—	—
Sonderprogramm für sozial- und wirtschaftspol. Maßnahmen .....	196,5	—	—	—	—
SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundes- beitrag .....	1 005,2	—	1 005,2	—	—
SVA der Bauern; Bundesbeitrag .....	198,8	—	198,8	—	—
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds .. Maßnahmen zur Hilfeleistung für osteurop. Staaten .....	517,3	—	—	—	—
	830,6	198,4	163,8	—	—

#### Titel 513 Zahlungen von der EU

Österreich wurden aufgrund diverser Bestimmungen des EU-Rechtes Zahlungen von der EU zuerkannt. Diese werden wie folgt verrechnet:



**Vorschlagsansatz 2/51304 Art. 81 EU-Beitrittsakte (EU)**

Gemäß Artikel 81 der EU-Beitrittsakte werden im Zeitraum 1995 bis 1998 Übergangszahlungen fällig.

Für 1995 ist ein Betrag von 7 870,5 Millionen Schilling vorgesehen.

**Vorschlagsansatz 2/51305 Europ. Sozialfonds (EU)****Vorschlagsansatz 2/51306 Europ. Regionalfonds (EU)**

Die im Jahre 1995 zu erwartenden Rückflüsse aus dem Europäischen Sozialfonds und dem europäischen Regionalfonds können hinsichtlich Höhe und Fälligkeit dzt. nur grob abgeschätzt werden. Es wurden daher keine Beträge eingesetzt. Für die korrespondierenden Ausgaben wurde im Wege von Überschreitungsermächtigungen vorgesorgt (Art. IV, Abs. 3 BFG); diese Überschreibungsbeträge werden nach Maßgabe der tatsächlichen Rückflüsse verwendet werden.

Betroffen sind die Ausgabenansätze 1/18636, 1/18646, 1/63114, 1/63116, 1/63154, 1/63156, 1/63176, 1/65246.

**Vorschlagsansatz 2/51315 EAGFL/Ausrichtung (EU)**

Im Landwirtschaftsbereich (EAGFL/Ausrichtung) kann im Jahre 1995 mit Rückflüssen von 800,0 Millionen Schilling gerechnet werden.

Die Mittelverwendung ist im Kapitel 60 (VA-Ansatz 1/60216) veranschlagt.

Rückflüsse im Zusammenhang mit Zahlungen der EU im Rahmen der EU-Strukturfondsfinanzierungen hängen von der Genehmigung der von Österreich vorgelegten Programmdokumente und dem Fortschritt der Förderungsvorhaben ab. Die Verwendung dieser EU-Mittel erfolgt — gemäß den EU-Vorschriften binnen bestimmter Fristen (in der Regel 2 Monate) — durch entsprechende Ausgaben in den jeweils fachzuständigen Ressorts. Für die Leistung dieser Ausgaben ist daher in den jeweiligen Fachkapiteln vorgesorgt. Die EU-Mittel werden zusammen mit den Kofinanzierungsmitteln des Bundes verwendet.

**Vorschlagsansatz 2/51314 EAGFL/Garantie (EU)**

Für Zahlungen der EU im Rahmen der Gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 1995 ein Betrag von 4 404,0 Millionen Schilling vorgesehen; hiebei entfallen auf

Marktordnungszahlungen .....	2 000,0
Umweltförderung .....	2 342,0
Aufforstungsbeihilfen .....	62,0
Sonderdest. Wein .....	0,0

Die Verwendung der Mittel erfolgt im Rahmen des Titels 603.

**Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	—	—	—	—
1994 .....	1 050,0	1 600,0	2 600,0	—
1994 vorl. Erf. . .	—	—	—	—
1995 .....	—	50,0	50,0	—

**Paragraph 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben**

Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben in Höhe von 50 Millionen Schilling ist für bestimmte unaufschiebbare Mehrausgaben vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben. Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für Sondermaßnahmen der Bundesregierung im In- und Ausland, die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

**Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen**

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt	
	Sach- ausgaben	Ein- nahmen	Sach- ausgaben	Ein- nahmen
Millionen Schilling				
1993 .....	523,0	—	79 625,6	78 929,1
1994 .....	506,0	0,0	75 000,0	75 000,0
1994 vorl. Erf. .	395,9	—	31 033,3	31 135,6
1995 .....	496,0	0,0	75 000,0	75 000,0

**Paragraph 5190 Allgemeine Ausgaben bzw. -Einnahmen**

Beim Paragraph 5190 werden sonstige Ausgaben und Einnahmen erwartet, deren Höhe schwer abschätzbar ist. Hierbei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen angefallen sind oder voraussichtlich anfallen werden.

**Paragraph 5191 Kurzfristige Verpflichtungen**

Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind ab dem BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen. Für diesen Zweck sind im BVA 1995 beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 75 Milliarden Schilling vorgesehen.

Auf Grund der Situation auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlages 1995 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 1995 zu enden hat, mit einem Zinsaufwand von 490 Millionen Schilling und mit Begebungskosten sowie Provisionen in Höhe von 6 Millionen Schilling zu rechnen.

## Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

### Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	206,6	339 107,0
1994 .....	123,1	361 426,8
1994 vorl. Erf. ....	104,6	358 415,1
1995 .....	141,1	340 905,3

### Allgemeines zur Veranschlagung

Zum Unterschied zu den Voranschlägen der Vorjahre waren zum Zeitpunkt der Veranschlagung 1995 die Aufkommensdaten des Vorjahres, die im allgemeinen die Basis für die Schätzungen bilden, schon bekannt. Auf dieser Basis wurde unter Berücksichtigung der steuergesetzlichen und -technischen Änderungen insbesondere durch die Steuerreform 1994 und den EU-Beitritt 1995 der Voranschlag für 1995 kalkuliert. Wirtschaftsprognosen, Aufkommenselastizitäten bzw. wahrscheinliche Trends wurden entsprechend berücksichtigt.

Bei Einkommen- und Körperschaftsteuer ist für 1995 noch keine deutliche Reaktion auf den derzeitigen Wirtschaftsaufschwung zu erwarten. Bei der Lohnsteuer ist nach der Steuerreform 1994 wieder mit einer höheren Aufkommenselastizität als in den Vorjahren zu rechnen. Das Aufkommen der aufgelassenen Steuern (Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer-äquivalent, Bankensonderabgabe) wurde anhand von Erfahrungswerten geschätzt.

Bei der Umsatzsteuer entsteht auf Grund der Umstellung auf die Erwerbsteuer im Jahr 1995 eine beträchtliche (einmalige) Liquiditätslücke, die generelle Entwicklung ist hauptsächlich mit jener des Inlandskonsums verknüpft. Die Zolleinnahmen und sonstigen Einfuhrabgaben (Abschöpfungen) werden durch die Übernahme der EU-Bestimmungen deutlich geringer ausfallen, stellen aber nunmehr — abzüglich einer 10%igen Einhebungsgebühr Eigenmittel der EU dar.

Die Tabaksteuer war im Zuge des EU-Beitritts geringfügig zu erhöhen. Bei der Mineralölsteuer wird die Erhöhung der Sätze und die Ausweitung der Bemessungsgrundlage noch 1995 zu einem Mehraufkommen von gut 6 Milliarden Schilling führen, die Energiesteuer auf Strom wird in Form einer eigenen Elektrizitätsabgabe eingehoben. Bei der Alkoholbesteuerung führte der EU-Beitritt zu beträchtlichen Änderungen. Ähnliches gilt für die Schwerverkehrsbesteuerung, wo die Umstellung vom Straßenverkehrsbeitrag auf die deutlich niedrigere Straßenbenützungsabgabe durch eine Erhöhung der Kfz-Steuer weitgehend wettgemacht wird.

### Ausgaben

Auf der Ausgabenseite des Kapitels 52 „Öffentliche Abgaben“ gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens). Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung“ veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

### Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

	Millionen Schilling
1993 .....	245 920,9
1994 .....	237 950,0
1994 vorl. Erf. ....	225 555,9
1995 .....	239 858,0

### Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

#### Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

**Sachlicher Überblick**

Die Einkommensteuer ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemisst sich nach einem progressiven Stufentarif. Der Steuersatz beginnt mit 10 vH für die ersten 50 000 S des Einkommens und nähert sich asymptotisch dem Satz von 50 vH bei Einkommen über 700 000 S. Die sich auf Grund des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbetrag von jährlich 8 840 S. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann ist dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 5 000 S zu gewähren. Dieser Absetzbetrag ist auch einem in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Alleinverdiener mit mindestens einem unterhaltsberechtigten Kind zu gewähren. Einem Alleinerzieher, das ist eine Person, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen hat, ist ein Alleinerzieherabsetzbetrag von 5 000 S jährlich zu gewähren. Wird einer Person Familienbeihilfe gewährt, steht ihr im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 350 S für das erste Kind, 525 S für das zweite Kind und 700 S für jedes weitere Kind zu. Einer Person, die für ein nicht zu ihrem Haushalt gehöriges Kind den gesetzlichen Unterhalt leistet, steht ein Unterhaltsabsetzbetrag von 350 S monatlich zu, wenn für das Kind weder ihr noch ihrem (Ehe)Partner Familienbeihilfe gewährt wird; für das zweite Kind beträgt der Absetzbetrag 525 S und für jedes weitere Kind jeweils 700 S. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von 1 500 S jährlich und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4 000 S zu berücksichtigen; Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5 500 S jährlich zu. Die genannten Steuerabsetzbeträge, die nur für unbeschränkt Steuerpflichtige in Frage kommen, sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Alleinverdienerabsetzbetrag bei mindestens einem Kind, der Alleinerzieherabsetzbetrag und der Arbeitnehmerabsetzbetrag können auch zu einer Steuergutschrift führen.

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (L o h n s t e u e r) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (K a p i t a l e r t r a g s t e u e r n).

**Voranschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer****Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

**Sachlicher Überblick**

Die L o h n s t e u e r ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (zB 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten uä.) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt der Betriebsstätte abzuführen.

**Voranschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer****Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

**Sachlicher Überblick**

Die K a p i t a l e r t r a g s t e u e r wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 22 vH von den vollen Kapitalerträgen. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommensteuer — ausgenommen stille Beteiligungen — ist damit abgegolten.

**Voranschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen****Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

**Sachlicher Überblick**

Die Kapitalertragsteuer auf Zinsen wird von Einlagezinsen und bestimmten festverzinslichen Wertpapierzinsen im Ausmaß von 22 vH erhoben. Die ab 1. Jänner 1994 entstehende Steuerschuld für Einkommen- und Erbschaftssteuer ist damit abgegolten.

Bezieher niedriger Einkommen, die unter der Besteuerungsgrenze liegen, können eine Erstattung beantragen.

**Voranschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer****Gesetzliche Grundlage**

Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

**Sachlicher Überblick**

Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 34 vH.

**Voranschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen****Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. II, BGBl. Nr. 391, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 739/1988.

**Sachlicher Überblick**

Der Abgabe von Zuwendungen unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahestehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen); die Abgabe beträgt 15 vH der zugewendeten Beträge.

**Voranschlagsansätze 2/52044 und 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer****Gesetzliche Grundlage**

Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

**Sachlicher Überblick**

Die Gewerbesteuer wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr eingehoben.

**Voranschlagsansatz 2/52064 Vermögensteuer****Gesetzliche Grundlagen**

Vermögensteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;

Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 681/1994.

**Sachlicher Überblick**

Das Vermögensteuergesetz ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

**Voranschlagsansatz 2/52065 Erbschaftssteueräquivalent****Gesetzliche Grundlage**

Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

**Sachlicher Überblick**

Das Erbschaftssteueräquivalentgesetz ist auf Sachverhalte nach dem 1. Jänner 1994 nicht mehr anzuwenden.

**Voranschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer****Gesetzliche Grundlage**

Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 680/1994.

**Sachlicher Überblick**

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 vH bis 15 vH und für die übrigen Steuerklassen 4 vH bis 60 vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen.

**Voranschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1984.

**Sachlicher Überblick**

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die mit 400 vH des Grundsteuermeßbetrages festzusetzen ist.

**Voranschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1973.

**Sachlicher Überblick**

Gegenstand der Bodenwertabgabe sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 200 000 S übersteigt.

**Voranschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag****Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über die Einhebung des Wohnbauförderungsbeitrages, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 376/1986;

Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993;

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 301/1989.

**Sachlicher Überblick**

Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

1. der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemessungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;
2. der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

**Vorschlagsansatz 2/52094 Sonderabgabe von Banken****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 553/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1993.

**Sachlicher Überblick**

Die Sonderabgabe von Banken wird für Zeiträume ab dem 1. Jänner 1994 nicht mehr eingehoben.

**Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)**

	Millionen Schilling
1993 .....	143,8
1994 .....	135,0
1994 vorl. Erf. ....	138,0
1995 .....	135,0

**Vorschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 765/1992.

**Sachlicher Überblick**

Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 55 S jährlich zu entrichten.

Nach Abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird das verbleibende Erträgnis zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

**Titel 522 Umsatzsteuer**

	Millionen Schilling
1993 .....	176 001,4
1994 .....	196 000,0
1994 vorl. Erf. ....	202 572,1
1995 .....	189 000,0

**Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer****Gesetzliche Grundlagen**

Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

**Sachlicher Überblick**

Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1995 ist das neue Umsatzsteuergesetz 1994, bestehend aus einem allgemeinen Teil und einem Anhang, der die Binnenmarktregelung enthält, in Kraft getreten. Die Binnenmarktregelung betrifft die Besteuerung des innergemeinschaftlichen Handels zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

Die **Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)** ist eine allgemeine Verkehrsteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt, ferner der Eigenverbrauch. An die Stelle der Einfuhrumsatzsteuer, die nur mehr im Handel mit Drittländern außerhalb der EU gilt, tritt für innergemeinschaftliche Lieferungen zwischen Unternehmern die Umsatzsteuer auf den Erwerb eines Gegenstandes im Inland (Erwerbsteuer). Korrespondierend zur Steuerpflicht des innergemeinschaftlichen Erwerbs ist die innergemeinschaftliche Lieferung steuerfrei, wenn der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt, der Erwerber Unternehmer oder eine nicht steuerpflichtige juristische Person ist und der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung beim Abnehmer in einem anderen Mitgliedstaat der Umsatzsteuer unterliegt. Zur Abwicklung des innergemeinschaftlichen Handels benötigen Unternehmer Umsatzsteuer-Identifikationsnummern, die von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden. Innergemeinschaftliche Lieferungen an Privatpersonen unterliegen dagegen — mit Ausnahme von besonderen Regelungen für den Versandhandel und für neue Fahrzeuge — nur im Ursprungsland der Besteuerung. Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistungen zu erhalten. Beim Eigenverbrauch ist Bemessungsgrundlage der Einkaufspreis bzw. der Selbstkostenpreis des entnommenen Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten oder die auf die Ausführung dieser Leistungen entfallenden Kosten oder die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen). Bei der Einfuhr richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Zollwert. Auch der innergemeinschaftliche Erwerb wird nach dem Entgelt bemessen, wobei Verbrauchsteuern, die im Entgelt nicht enthalten sind, aber vom Erwerber geschuldet werden, einzubeziehen sind.

Jeder Unternehmer ist berechtigt, den für seinen Umsatz geschuldeten Steuerbetrag um die Steuerbeträge zu kürzen, die ihm von anderen Unternehmern für ihre Lieferungen oder sonstigen Leistungen, die im Inland für sein Unternehmen ausgeführt worden sind, in den Eingangsrechnungen offen überwältzt werden (Vorsteuern). Ebenso kann der Unternehmer die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer und die Erwerbsteuer für Gegenstände, die für sein Unternehmen eingeführt worden sind, als Vorsteuer abziehen. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, daß in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird. Mit Rücksicht darauf, daß die Mehrwertsteuer im Effekt erst beim Übergang der Ware oder Erbringung der Leistung an Letztverbraucher endgültig wirksam wird, hat sie die Wirkung einer Verbrauchsteuer bzw. Einzelhandelssteuer. Aus wirtschaftlichen, fiskalischen, steuertechnischen und psychologischen Gründen wurden jedoch sämtliche Unternehmer in den Besteuerungsprozeß eingeschaltet, sodaß eine Fraktionierung der Steuerzahlung auf allen Wirtschaftsstufen erfolgt.

Der allgemeine Steuersatz beträgt 20 vH der Bemessungsgrundlage und ermäßigt sich auf 16 vH für die in einem Zollausschlußgebiet bewirkten Umsätze, wenn der Unternehmer einen Wohnsitz (Sitz), gewöhnlichen Aufenthalt oder Betriebsstätte in diesem Zollausschlußgebiet hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10 vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch, die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse, verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie ua. für die Vermietung von Grundstücken zu Wohnzwecken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, Leistungen von Jugendheimen, Leistungen der Kranken- und Pflegeanstalten, Leistungen bestimmter gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese Leistungen nicht befreit sind.

Nicht begünstigt ist jedoch ua. die Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Räumlichkeiten oder Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen aller Art und die als Nebenleistung erbrachte Lieferung von Wärme. Für eine Übergangszeit ist noch ein ermäßigter Steuersatz von 12% für die Lieferung und den



Eigenverbrauch von Wein aus eigener Erzeugung durch Weinbauern und von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen vorgesehen.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen) und solchen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Zu den echten Steuerbefreiungen zählen insbesondere Ausfuhrlieferungen und innergemeinschaftliche Lieferungen, Lohnveredlungen an Gegenständen der Ausfuhr in das Drittlandsgebiet, Umsätze für die Seeschifffahrt und für die Luftfahrt, Beförderung von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr (ausgenommen innergemeinschaftliche Beförderungen), sonstige Leistungen bezogen auf Gegenstände der Einfuhr, Ausfuhr und die grenzüberschreitende Personenbeförderung mit Schiffen und Luftfahrzeugen, die Umsätze der Sozialversicherungs- und Fürsorgeträger und Goldlieferungen an Zentralbanken. Unter die unechten Steuerbefreiungen fallen insbesondere Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrssteuern (zB Grunderwerbsteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, die Umsätze gemeinnütziger Sportvereinigungen, die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (ausgenommen für Wohnzwecke), die Leistungen der Jugend- und Erziehungsheime von Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von gemeinnützigen Institutionen und die Umsätze der Kleinunternehmer.

Neu eingeführt wird durch das Umsatzsteuergesetz 1994 die Margenbesteuerung für Reisebüros. Weiters ist bei Lieferungen von Gebrauchtgegenständen, Kunstgegenständen, Sammlungsstücken und Antiquitäten, die ein Unternehmer von einem nicht zum Vorsteuerabzug Berechtigten erworben hat, nur noch der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und Ankaufspreis der Umsatzsteuer zu unterwerfen (sog. Differenzbesteuerung). Dabei ist grundsätzlich der allgemeine Steuersatz anzuwenden.

Bei nichtbuchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen, und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10 vH festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist jedoch mit Ausnahme der unter § 10 Abs. 3 Z 1 UStG 1994 fallenden Umsätze eine zusätzliche Steuer von 10 vH zu entrichten.

### **Titel 523 Ein- und Ausfuhrabgaben**

	Millionen Schilling
1993 .....	7 596,9
1994 .....	7 600,0
1994 vorl. Erf. ....	8 153,3
1995 .....	6 000,0

Die ab dem Beitrittszeitpunkt nach dem gemeinschaftlichen (EG-)Zollrecht zu erhebenden Ein- und Ausfuhrabgaben sind Gemeinschaftsabgaben, die von den Mitgliedstaaten an die Gemeinschaft abgeführt werden. Österreich behält sich jedoch wie die anderen Mitgliedstaaten 10% davon als Erhebungsaufwand ein.

Zu diesen Ein- und Ausfuhrabgaben zählen im einzelnen:

- Zölle
- Abgaben mit gleicher Wirkung wie Zölle
- Abschöpfungen und sonstige bei der Einfuhr oder Ausfuhr erhobene Abgaben im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik sowie
- Abgaben, die auf Grund der für bestimmte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse geltenden Sonderregelungen bei der Einfuhr oder Ausfuhr vorgesehen sind.

Daneben erhebt die Republik Österreich im Rahmen einer in der Beitrittsakte enthaltenen Übergangsmaßnahme bis zum Ablauf des 31. Dezember 1995 bei der aus anderen Mitgliedstaaten erfolgenden Einfuhr von bestimmten Waren der Tarifnummer 2208 (gewisse Spirituosen sowie nicht denaturierter Ethylalkohol mit einem Alkoholgehalt von weniger als 80% vol.) weiterhin die Zölle, die sie bereits zum Zeitpunkt ihres Beitritts angewendet hat. Diese für diese Übergangszeit erhobenen Zölle sind jedoch keine Gemeinschaftsabgaben, sondern stellen Eigenmittel der Republik Österreich dar.

Ebenfalls zu den Eigenmitteln zählen diejenigen Ein- und Ausfuhrabgaben, die auf Grund von vor dem Beitritt verwirklichten zollschuldrechtlichen Tatbeständen erhoben werden. Für deren tatbestandsmäßige Voraussetzungen sowie abgabenrechtliche Grundlagen ist weiterhin das bisherige Zollrecht (siehe im folgenden: Voranschlagsatz 2/52304 Zölle, Rechtliche Grundlagen, Punkt 2.) maßgebend.

## **Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle**

### **Gesetzliche Grundlagen**

#### 1. Gemeinschaftliches Zollrecht:

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1 in der Fassung ABIEG Nr. L 79/84 und der Beitrittsakte;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1 (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) 2193/94 vom 8. September 1994, ABIEG Nr. L 235 vom 9. September 1994, S. 6;

Verordnung (EWG) Nr. 918/83 des Rates vom 28. März 1983 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen, ABIEG Nr. L 105 vom 23. April 1983, S. 1 (Zollbefreiungsverordnung — ZBefrVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 355/94 vom 14. Februar, ABIEG Nr. 46 in der Fassung Verordnung (EG) Nr. 3316/94 vom 22. Dezember 1994, ABIEG Nr. L 350/12 vom 31. Dezember 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2288/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 über die Aufstellung der in Artikel 60 Abs. 1 d der Verordnung (EWG) Nr. 918/83 genannten Liste der biologischen und chemischen Stoffe, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 13; zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 213/89 vom 27. Jänner 1989, ABIEG Nr. 25/70 vom 28. Jänner 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2289/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 70 bis 78 der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 15, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 735/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L 81 vom 26. März 1992, S. 18;

Verordnung (EWG) Nr. 2290/83 der Kommission vom 29. Juli 1983 zur Durchführung der Artikel 50 bis 59 b sowie 63 a und 63 b der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 220 vom 11. August 1983, S. 20, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 734/92 vom 25. März 1992, ABIEG Nr. L 81 vom 26. März 1992, S. 15;

Verordnung (EWG) Nr. 3915/88 der Kommission vom 15. Dezember 1988 zur Durchführung des Artikels 63 c der Verordnung (EWG) Nr. 918/83, ABIEG Nr. L 347 vom 16. Dezember 1988, S. 55;

Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den gemeinsamen Zolltarif (KN-VO), ABIEG Nr. L 256 vom 7. September 1987, S. 1;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994;

Vertrag über den Beitritt der Republik Österreich zur Europäischen Union vom 24. Juni 1994, ABIEG Nr. C 241 vom 29. August 1994.

Verordnung (EG) Nr. 3115/94 der Kommission vom 20. Dezember 1994 zur Änderung der Anhänge I und II der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif, ABIEG Nr. L 345 vom 31. Dezember 1994, S. 1.

Verordnung (EG) Nr. 3281/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 über ein Mehrjahresschema allgemeiner Zollpräferenzen für Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern für den Zeitraum 1995—1998, ABIEG Nr. L 348 vom 31. Dezember 1994, S. 1

Verordnung (EG) Nr. 3282/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 zur Verlängerung der Verordnungen (EWG) Nr. 3833/90, (EWG) Nr. 3835/90 und (EWG) Nr. 3900/91 zur Anwendung allgemeiner Zollpräferenzen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern bis Ende 1995, ABIEG Nr. L 348 vom 31. Dezember 1994, S. 57.

Verordnung (EG) Nr. 3280/94 des Rates vom 19. Dezember 1994 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten für einige landwirtschaftliche und gewerbliche Erzeugnisse sowie Fischereierzeugnisse, ABIEG Nr. L 347 vom 31. Dezember 1994, S. 1.

## 2. Bisheriges Zollrecht:

Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1988 — ZollG), BGBl. Nr. 644/1988, zuletzt geändert durch das BGBl. Nr. 532/1992;

Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1992, BGBl. Nr. 874/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 148/1993;

Zolltarifgesetz 1988, BGBl. Nr. 155/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 116/1994;

Taragesetz, BGBl. Nr. 130/1995, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1992.

## **Sachlicher Überblick**

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach den näheren Anordnungen der Kombinierten Nomenklatur (KN), Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den gemeinsamen Zolltarif, erhoben. Die Einfuhrzölle sind nach den in der KN festgelegten Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze vereinbart sind oder etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden nach dem Wert (in ECU) oder dem Gewicht bemessen.

Für bestimmte Waren, insbesondere landwirtschaftliche Erzeugnisse, werden Abgaben nach den Marktorganisationen der Gemeinschaft erhoben.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer, Abgaben mit zollgleicher Wirkung und Verbrauchsteuern nach den hierfür geltenden Vorschriften zu erheben.

Bei der Einfuhr von Waren mit Ursprung in Ländern, die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) sind, oder in Ländern, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Zölle enthaltende Abkommen geschlossen hat, sind die vertragsmäßigen Zollsätze zu erheben.

Bei der Einfuhr von Waren aus

- den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)
- den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR)
- den AKP-Staaten
- und allen jenen aufgelisteten Staaten und Gebieten, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) oder die Europäische Gemeinschaft (EG) Assoziations- oder Kooperationsabkommen abgeschlossen hat

werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie teilweise auch Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) begünstigte Zollsätze bis zur Zollfreiheit gewährt. Die Zollbegünstigungen gelten überwiegend für industriell-gewerbliche Waren.

Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) autonome Vorzugszollsätze erhoben.

## **Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Einfuhr- und Ausfuhrabgaben**

Hier werden ab 1995 Abschöpfungen, Ausgleichsabgaben, Ausfuhrabgaben, bewegliche Teilbeträge sowie Zusatzzölle Mehl und Zucker gemeinsam veranschlagt.

## **Gesetzliche Grundlagen**

Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse von 18. Mai 1972, ABIEG Nr. L 118/1 vom 20. Mai 1972), zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 746/93, ABIEG Nr. L 77/14 vom 31. März 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker vom 30. Juni 1981, ABIEG Nr. L 177/4 vom 1. Juli 1981, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 133/94, ABIEG Nr. L 22/7 vom 24. Jänner 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates über die gemeinsame Marktordnung für Getreide vom 30. Juni 1992, ABIEG Nr. L 181/21 vom 1. Juli 1992, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1866/94, ABIEG Nr. L 197/1 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2759/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schweinefleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/1 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1249/89, ABIEG Nr. L 129/122 vom 11. Mai 1989;

Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Eier vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/49 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1574/93, ABIEG Nr. L 152/1 vom 24. Juni 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/77 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1574/93, ABIEG Nr. L 152/1 vom 24. Juni 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 3759/92 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Erzeugnisse der Aquakultur vom 17. Dezember 1992, ABIEG Nr. L 388 vom 31. Dezember 1992, S. 1;

Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Reis vom 21. Juni 1976, ABIEG Nr. L 166/1 vom 25. Juni 1976, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1418/76, ABIEG Nr. L 197/7 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein, ABIEG Nr. L 84/1 vom 27. März 1987, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1891/94, ABIEG Nr. L 197/42 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L 148/24 vom 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1884/94, ABIEG Nr. L 197/27 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse vom 24. Februar 1986, ABIEG Nr. L 49/1 vom 27. Februar 1986, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 549/94, ABIEG Nr. L 69/5 vom 12. März 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 2358/71 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Saatgut vom 26. Oktober 1971, ABIEG Nr. L 246/1 vom 5. November 1971, zuletzt geändert mit Verordnung (EG) Nr. 3375/93, ABIEG Nr. L 303/9 vom 10. Dezember 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse vom 27. Juni 1968, ABIEG Nr. L 148/13 am 28. Juni 1968, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1880/94; ABIEG Nr. L 197/94 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 136/66 des Rates über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette vom 22. September 1966, ABIEG Nr. S 3025/66 vom 30. September 1966, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 3179/93, ABIEG Nr. L 285/9 vom 20. Jänner 1993;

Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch vom 25. September 1989, ABIEG Nr. L 289/1 vom 7. Oktober 1989, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1886/94, ABIEG Nr. L 197/30 vom 30. Juli 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Bananen vom 13. Februar 1993, ABIEG Nr. L 47/1 vom 25. Februar 1993, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 233/94, ABIEG Nr. L 30/9 vom 3. Februar 1994;

Verordnung (EWG) Nr. 3448/93 des Rates zur Feststellung der Handelsregelung für bestimmte, aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren vom 6. Dezember 1993, ABIEG Nr. L 318/18 vom 20. Dezember 1993 (Anmerkung: ersetzt Verordnung 3033/80);

Verordnung (EWG) Nr. 2783/75 des Rates über die gemeinsame Handelsregelung für Eialbumin und Milchalbumin vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 282/104 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 4001/87, ABIEG Nr. L 377/44 vom 31. Dezember 1987;

Verordnung (EWG) Nr. 2730/75 des Rates über Glukose und Laktose vom 29. Oktober 1975, ABIEG Nr. L 281/20 vom 1. November 1975, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 222/88, ABIEG Nr. L 28/1 vom 1. Februar 1988.

**Kapitel 52 — Titel 524**

185

**Sachlicher Überblick**

Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik können gemäß den angeführten Marktorganisationen statt oder neben dem Zoll Abschöpfungen und ähnliche Abgaben bei der Einfuhr bzw. gegebenenfalls bei der Ausfuhr erhoben werden.

Die zu erhebenden Abgabensätze werden in je nach Marktorganisation unterschiedlichen Zeitabständen von der Europäischen Kommission im Verwaltungsausschlußverfahren festgesetzt und im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften kundgemacht. Die vorstehenden Abgaben sind an die EG abzuführen.

**Antidumping- und Ausgleichszoll****Gesetzliche Grundlagen**

Verordnung (EWG) Nr. 2432/88 vom 11. Juli 1988 des Rates über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern, ABIEG Nr. L 209 vom 2. August 1988, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 521/94 und 522/94, ABIEG Nrn. L 66/7 und 66/10 vom 10. März 1994;

seit 1995 Verordnung (EWG) Nr. 3283/94 des Rates über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern.

**Sachlicher Überblick**

Nach der zit. Verordnung wird ein Antidumping- und Ausgleichszoll unter Anwendung des von der EK festgesetzten Antidumpingsatzes erhoben.

Die Erhebung kann vorläufig in Form einer Sicherheit oder endgültig als Antidumpingzoll erfolgen. Der Antidumping- oder Ausgleichszoll ist an die Gemeinschaft abzuführen.

**Titel 524 Verbrauchsteuern**

Millionen Schilling

1993 .....	40 601,6
1994 .....	42 545,0
1994 vorl. Erf. ....	43 000,4
1995 .....	48 525,0

**Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer****Gesetzliche Grundlage**

Tabaksteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 704/1995.

**Sachlicher Überblick**

Der T a b a k s t e u e r unterliegen Tabakwaren, das sind Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Rauchtobak (Feinschnitt für selbstgedrehte Zigaretten und anderer Rauchtobak). Für Zigaretten wurde ein gemischter Steuersatz eingeführt, der aus einer mengen- und einer wertabhängigen Komponente besteht und bei der gängigsten Preisklasse zu einer Verbrauchsteuerbelastung von mindestens 57 vH des Kleinverkaufspreises führt. Der Steuersatz beträgt 232 S je 1 000 Stück und 41 vH des Kleinverkaufspreises, mindestens aber 740 S je 1 000 Stück. Für Zigarren und Zigarillos beträgt die Tabaksteuer 13 vH, für Feinschnitt 47 vH und für anderen Rauchtobak 34 vH des Kleinverkaufspreises.

**Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer****Gesetzliche Grundlage**

Biersteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 701/1995.

**Sachlicher Überblick**

Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die Biersteuer wird nach dem Stammwürzegehalt berechnet. Sie beträgt je Hektoliter Bier 20 S je Grad Plato (Steuerklasse). Wird dieser Steuersatz auf Bier mit einem durchschnittlichen Stammwürzegehalt von rund 12 Grad Plato angewendet, ergibt sich ein Steuersatz von 240 S je Hektoliter. Für Kleinbrauereien (bis zu einer Gesamtjahreserzeugung von maximal 50 000 Hektoliter) sind Steuerersatzermäßigungen vorgesehen.

**Voranschlagsansatz 2/52420 Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)****Gesetzliche Grundlage**

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1994.

**Sachlicher Überblick**

Dieser VA-Ansatz dient der Verrechnung der vor der Übernahme der EU-Milchmarktordnung durch Österreich gültigen rechtlichen Vorschriften im Bereich der Absatzförderungsbeiträge bei Milch.

Die korrespondierenden Ausgaben sind beim VA-Ansatz 1/60496 veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer****Gesetzliche Grundlagen**

Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1995.

**Sachlicher Überblick**

Gegenstand der Mineralölsteuer umfaßt die meisten flüssigen und einige gasförmige kohlenwasserstoffhaltige Waren. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Waren, die als Treibstoff oder zum Verheizen verwendet werden sollen. Ferner unterliegen alle sonstigen Waren, die als Treibstoff verwendet werden, und sonstige kohlenwasserstoffhaltige Waren, ausgenommen Erdgas, Kohle und dieser vergleichbare feste Kohlenwasserstoffe, die als Heizstoff verwendet werden, der Mineralölsteuer. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine 5 500 S, für solche unverbleite Waren sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 4 510 S, für alle übrigen steuerpflichtigen Mineralöle (zB für Petroleum oder Dieselöl) 3 290 S für 1 000 Liter und für Flüssiggas 2 600 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 650 S je 1 000 Liter ermäßigt. Für Heizöle leicht, mittel und schwer ist ein Steuersatz von 200 S für 1 000 Kilogramm Eigengewicht und für biogene Stoffe von 180 S für 1 000 Liter vorgesehen. Für andere Kraftstoffe als biogene Stoffe beträgt der Steuersatz 4 510 S bzw. 3 290 S für 1 000 Liter, je nach deren Beschaffenheit.

Für Gasöl, das von Eisenbahnunternehmen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen, und für Gasöl, das zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen und stationären Wärmepumpen verwendet wurde, wird eine Mineralölsteuervergütung von 2,58 S je Liter geleistet.

Ab 1994 beinhaltet der Mineralölsteuersatz für Benzine einen Zuschlag von 50 g/Liter, der für den Personennahverkehr zweckgebunden ist.

**Voranschlagsansatz 2/52464 Alkoholsteuer****Gesetzliche Grundlagen**

Alkoholsteuer- und Monopolgesetz 1995; BGBl. Nr. 703/1994.

**Sachlicher Überblick**

Der Alkoholsteuer unterliegen Alkohol und alkoholartige Erzeugnisse.

**Voranschlagsansatz 2/52474 Weinsteuer****Gesetzliche Grundlage**

Weinsteuergesetz BGBl. Nr. 450/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 681/1994.

### **Sachlicher Überblick**

Der Weinsteuern wird für Vorgänge ab dem 1. Jänner 1995 nicht mehr erhoben.

### **Vorschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuern**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Schaumweinsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 702/1995.

### **Sachlicher Überblick**

Der Schaumweinsteuern unterliegen Traubenschaumwein, Obstschaumwein, Weine und Obstweine, die wie Schaumwein aufgemacht sind. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 3 600 S, ab dem 1. April 1995 2 000 S und für Obstschaumwein mit einem Alkoholgehalt von weniger als 8,5% vol 1 000 S je Hektoliter.

Der Zwischenerzeugnissteuer unterliegen jene alkoholischen Getränke, die nach der Kombinierten Normenklatur zwar von den Positionen für Traubenwein, Fruchtwein usw. erfaßt werden, jedoch weder dem Wein, dem Schaumwein noch dem Bier zugerechnet werden können, weil sie entweder einen zu hohen Alkoholanteil aufweisen oder ihnen Alkohol zugesetzt wurde. Zwischenerzeugnisse umfassen im wesentlichen Likörweine, aber auch aromatisierte, dh. mit alkoholhaltigen Aromen versetzte Weine. Die Steuer auf Zwischenerzeugnisse beträgt 700 S je Hektoliter, für Zwischenerzeugnisse, die den Kriterien eines Schaumweins entsprechen, 2 000 S je Hektoliter.

### **Vorschlagsansatz 2/52494 Abgabe auf Stärkerzeugnisse**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 152/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1991.

### **Sachlicher Überblick**

Der Abgabe unterliegen Stärkerzeugnisse der Unternummern 3505 10 A 1, A 2 und B, 3505 20, 3809 10, 3809 91 A 1 a 1, A 1 b 1 und A 2, 3809 92 A 1 a 1, A 1 b 1 und A 2, 3809 99 A 1 a 1, A 1 b 1 und A 2, 3823 10 A, 3823 10 C 1, 3823 90 A 1 a des Zolltarifes. Die Abgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe und beträgt 600 Schilling für 100 kg Eigengewicht der Ware.

## **Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren**

	Millionen Schilling
1993 .....	7 924,3
1994 .....	8 500,0
1994 vorl. Erf. ....	8 525,1
1995 .....	8 800,0

### **Vorschlagsansatz 2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren**

### **Vorschlagsansatz 2/52524 Übrige Gebühren**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 629/1994.

### **Sachlicher Überblick**

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 erschöpfend aufgezählten Schriften (zB Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zB Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Hypothekarschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anlässlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (zB Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die

Gebühren sind entweder feste Gebühren (0,50 S bis 7 000 S) oder Hundertsatzgebühren ( $\frac{1}{16}$  vH bis 2 vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 500 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Die Gewinnsteuern bei bestimmten Sportwetten und Ausspielungen betragen 1 vH bis 25 vH und sind ebenso wie die mit 16 vH vom Wetteinsatz zu berechnende Gebühr für Ausspielungen, deren Durchführung nach dem Glücksspielgesetz durch Erteilung einer Konzession übertragen werden kann, ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

### **Verwaltungsabgaben**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 284/1994.

#### **Sachlicher Überblick**

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar oder durch Einzahlung mit Erlagschein zu entrichten und werden im Bundeshaushalt beim VA-Ansatz 2/52504 „In Stempelmarken entrichtete Gebühren“ verrechnet.

### **Titel 526 Verkehrsteuern**

	Millionen Schilling
1993 .....	33 075,1
1994 .....	36 620,0
1994 vorl. Erf. ....	35 222,0
1995 .....	34 230,0

#### **Vorschlagsansatz 2/52600 Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen)**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 824/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

##### **Sachlicher Überblick**

Die Sicherheitsabgabe ist von Passagieren zu entrichten, die von inländischen Zivilflugplätzen einen Flug antreten.

Die Einnahmen dienen zur Abdeckung der Kosten aus der Durchführung von Sicherheitskontrollen.

#### **Vorschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrsteuern**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBl. I S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

##### **Sachlicher Überblick**

Als Kapitalverkehrsteuern werden die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der Gesellschaftsteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden sowie bestimmte freiwillige Leistungen eines Gesellschafters. Die Steuer beträgt 1 vH der Bemessungsgrundlage.

Die Wertpapiersteuer wird ab dem Jahr 1995 nicht mehr erhoben.



Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inlande oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Auslande abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren. Die Steuer beträgt 0,04 vH bis 2,5 vH.

#### **Vorschlagsansatz 2/52614 Sonderabgabe von Erdöl**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 554/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

##### **Sachlicher Überblick**

Gegenstand der Sonderabgabe von Erdöl ist die Gewinnung von Rohölen und ersatzweise die Einfuhr von Rohölen und bestimmten Erdölprodukten sowie die Erzeugung dieser Erdölprodukte im Inland aus anderen Stoffen als aus Rohölen. Die Sonderabgabe wird neben Rohölen von Motorenbenzinen (Flugbenzin, Normal- und Superbenzin) und von Dieselmotorenkraftstoff erhoben. Bemessungsgrundlage für die Sonderabgabe ist bei Rohölen das Eigengewicht und bei Erdölprodukten das Volumen in Liter bei + 15° Celsius vervielfacht mit dem durchschnittlichen Grenzwert von Rohölen, der auf Grund der Ergebnisse der Handelsstatistik eines Kalendervierteljahres berechnet und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundgemacht wird. Entsprechend dem Ausbeutesatz beträgt der Steuersatz für Rohöle 2,4 vH und der für die Erdölprodukte 6 vH der Bemessungsgrundlage. Die Sonderabgabe ist monatlich anzumelden und zu entrichten; eine Veranlagung unterbleibt. Für die Einfuhr werden die zollrechtlichen Vorschriften sinngemäß angewendet.

#### **Vorschlagsansatz 2/52624 Normverbrauchsabgabe**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Normverbrauchsabgabengesetz BGBl. Nr. 695/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

##### **Sachlicher Überblick**

Der Normverbrauchsabgabe unterliegen Motorräder, Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen.

Steuerpflichtig ist der Verkauf an den Letztverbraucher ab 1. Jänner 1992 bzw. die Erstzulassung im Inland (Ersatztatbestand). Befreit sind Elektroautos, Ausfuhrlieferungen, Taxis sowie KFZ zur kurzfristigen Vermietung. Der Steuersatz ist linear abhängig vom Kraftstoffverbrauch des KFZ.

#### **Vorschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 682/1994.

##### **Sachlicher Überblick**

Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremdem Boden gleichstehen. Mit dem Grunderwerbsteuergesetz 1987 wurde der allgemeine Steuersatz von 8 vH auf 3,5 vH herabgesetzt. Dies wurde durch den Wegfall eines Großteils von Grunderwerbsteuerbefreiungen möglich.

#### **Vorschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

##### **Sachlicher Überblick**

Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes an Versicherer mit Sitz im EWR, wenn die Versicherung im Inland gelegene Risiken deckt sowie an Versicherer mit Sitz außerhalb des EWR, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inland hat oder eine im Inland gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 vH, bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsversorgung im Sinne des Pensionskassengesetzes

2,5 vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 4 vH, bei anderen 11 vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen 20 Groschen für je 1 000 S Versicherungssumme.

### **Voranschlagsansatz 2/52645 Motorbezogene Versicherungssteuer**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

#### **Sachlicher Überblick**

Bei Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen, die in Erfüllung der Versicherungspflicht für im Inland zugelassenen Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen und Krafträder eingegangen werden, unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes nach dem 30. April 1993 einer erhöhten Versicherungssteuer. Neben der in einem Hundertsatz vom Versicherungsentgelt zu berechnenden Steuer ist ein fester Betrag (motorbezogene Versicherungssteuer) weiterer Teil der Versicherungssteuer. Dessen Höhe hängt vom jeweils versicherten Kraftfahrzeug und dem Zeitraum, für den das Versicherungsentgelt entrichtet wird, ab.

Bei Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen beträgt die motorbezogene Versicherungssteuer je Monat Versicherungsdauer 5,50 S je kW der um 24 kW verringerten Motorleistung, mindestens aber 55 S. Bei Krafträdern beträgt die Steuer 0,22 S je Kubikzentimeter Hubraum. Wird das Versicherungsentgelt vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich entrichtet, ermäßigt sich die Steuer auf 5,40 S, 5,30 S, bzw. 5 S (bei Krafträdern auf 0,216 S, 0,212 S, 0,20 S). Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendete Kraftfahrzeuge, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge und Krafträder bis 100 ccm von der Steuer befreit.

### **Voranschlagsansatz 2/52654 Straßenbenützungsabgabe**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 629/1994, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 302/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 629/1994.

#### **Sachlicher Überblick**

Der Straßenbenützungsabgabe unterliegt ab 1. Jänner 1995 die Benützung von Straßen mit öffentlichen Verkehr im Inland durch Kraftfahrzeuge und Fahrzeugkombinationen des Güterkraftverkehrs, deren höchstes zulässiges Gesamtgewicht allein oder in Verbindung mit einem Anhänger 12 t oder mehr beträgt. Bei Fahrzeugen mit ausländischem EU-Kennzeichen unterliegt nur die Benützung von Autobahnen, Schnellstraßen und des Felbertauerntunnels der Abgabe. Entsprechend der Dauer der Straßenbenützung kann die Abgabe nach Kalendertagen, Kalenderwochen, Kalendermonaten oder für das Kalenderjahr entrichtet werden. Der Tagessatz beträgt im Jahre 1995 240 S, der Wochensatz 1 200 S, der Monatssatz 2 400 S bzw. 4 800 S für Fahrzeuge mit 18 t oder mehr. Die Jahresabgabe beträgt das Zehnfache des Monatssatzes.

Das Straßenverkehrsbeitragsgesetz ist auf Güterbeförderungen nach dem 31. Dezember 1994 nicht mehr anzuwenden.

### **Voranschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) und Voranschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, BGBl. Nr. 449/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

#### **Sachlicher Überblick**

Der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 unterliegen nach dem 30. April 1993 in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge mit Ausnahme haftpflichtversicherter Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen und Krafträder, in einem ausländischen Zulassungsverfahren zugelassene Kraftfahrzeuge, die auf Straßen mit öffentlichen Verkehr im Inland benützt werden, sowie Kraftfahrzeuge, die ohne die kraftfahrrechtlich erforderliche Zulassung verwendet werden.

Unter anderem sind Feuerwehrfahrzeuge, Rettungs- und Krankenwagen, Omnibusse sowie im Mietwagen- und Taxigewerbe verwendeten Kraftfahrzeuge, Krafträder bis 100 ccm, landwirtschaftliche Zugmaschinen, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge, sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärung oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt, von der Steuer befreit.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei Krafträdern nach dem Hubraum, bei Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen, sowie allen anderen Kraftfahrzeugen mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 t von der um 24 kW verringerten Motorleistung berechnet. Die Steuer beträgt je ccm Hubraum 0,22 S je kW Motorleistung 5,50 S (mindestens aber 55 S), bei allen anderen Kraftfahrzeugen und Anhängern mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t für jede angefangene Tonne 80 S, mindestens 600 S (Anhänger 500 S), höchstens 3 040 S (Anhänger 2 300 S) monatlich. Die Steuer ist jeweils für die Dauer eines Kalendervierteljahres vom Steuerschuldner selbst zu berechnen und ohne behördliche Festsetzung an das Finanzamt zu entrichten.

#### **Vorschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 695/1993.

##### **Sachlicher Überblick**

Die Spielbankabgabe, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

#### **Vorschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 695/1993.

##### **Sachlicher Überblick**

Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bildet die Summe der Wetteinsätze der Glücksspiele eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für Lotto, Toto und Zusatzspiele für die ersten 1 200 Millionen Schilling 18,5 vH und steigt progressiv bis zu 27,5 vH. Für Sofort- und Nummernlotterien beträgt die Konzessionsabgabe 17,5 vH, für das Zahlenlotto 27,5 vH und für die Klassenlotterie 2 vH.

#### **Vorschlagsansatz 2/52680 Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgebundene Einnahmen) und Vorschlagsansatz 2/52684 Außenhandelsförderungsbeitrag**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 49/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1993;

Durchführungsverordnung zum Außenhandelsförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 586/1992.

##### **Sachlicher Überblick**

Für Zwecke der Förderung des Warenverkehrs mit dem Ausland ist auf Grund des Außenhandelsförderungs-Beitragsgesetzes ein Außenhandelsförderungsbeitrag von 3 vH vom Wert der aus- oder eingeführten Waren zu entrichten. Beitragspflichtig sind die Absender und Empfänger der Waren. Befreiungen sind vorgesehen für den Vormerkverkehr, Lohnveredlungsverkehr und für Durchfuhrsendungen. Der Beitrag ist anlässlich der zollamtlichen Abfertigung zu entrichten.

#### **Vorschlagsansatz 2/52690 Altlastenbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)**

##### **Gesetzliche Grundlage**

Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

**Sachlicher Überblick**

Dem Altlastenbeitrag unterliegen das Deponieren und die Ausfuhr von Abfällen sowie das Zwischenlagern von Abfällen nach Ablauf eines Jahres. Seit 1. Jänner 1993 beträgt die zweckgebundene ausschließliche Bundesabgabe pro Tonne gefährlichen Abfalls 400 Schilling, für mineralische Baurestmassen 40 Schilling und für alle übrigen Abfälle 60 Schilling. Gemäß der Novelle zum Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 760/1992, ist mit Wirkung 1. Jänner 1995 eine Erhöhung vorgesehen. Die Einhebung erfolgt ähnlich der Umsatzsteuer.

80 vH des Aufkommens werden zur Förderung von Maßnahmen zur Sicherung und Sanierung von Altlasten (einschließlich der hierfür erforderlichen Investitionen in Abfallbehandlungsanlagen) verwendet.

20 vH des Aufkommens dienen zur Finanzierung des Aufsuchens der Altlasten, der Erstellung des öffentlich zugänglichen Altlastenatlases mit Prioritätsklassifizierung sowie von Kostenersätzen an die Länder.

**Titel 527 Verschiedene Kosten bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	206,6	1 558,0
1994 .....	123,0	1 700,0
1994 vorl. Erf. ....	104,6	1 369,9
1995 .....	141,1	1 500,0

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen.

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen auch Geldstrafen, Wertersatz und Verfallserlöse.

**Titel 2/528 Ab Überweisungen (I)**

	Millionen Schilling
1993 .....	173 714,9
1994 .....	169 623,2
1994 vorl. Erf. ....	166 134,5
1995 .....	159 020,5

**Gesetzliche Grundlagen**

Überweisungen gemäß

1. Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995;
2. Familienlastenausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993;
3. Außenhandelsförderungs-Beitragsgesetz, BGBl. Nr. 49/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1993;
4. Katastrophenfondsgesetz 1986, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994;

an den Katastrophenfonds.

**Voranschlagsansatz 2/52804 Ertragsanteile der Länder und Gemeinden**

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gibt die Tabelle auf der Seite 195 Aufschluß:

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderweise auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:

1. bei der veranlagten Einkommensteuer auf die Länder 26,699 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 0,683 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden zu drei Fünfteln

- nach dem länderweisen Aufkommen an dieser Steuer und zu zwei Fünfteln nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (Durchschnitt der Jahre 1989—1993);
2. bei der Lohnsteuer auf die Länder 20,227 Hundertteile nach der Volkszahl und 0,420 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
  3. bei der Kapitalertragsteuer auf die Länder und Gemeinden und bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;
  4. bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen auf die Länder 8,1 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 18,9 Hundertteile nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
  5. bei der Umsatzsteuer auf die Länder 17,978 Hundertteile nach der Volkszahl, 0,545 Hundertteile zu einem Sechstel auf Wien als Land und zu fünf Sechsteln auf die Länder ohne Wien nach der Volkszahl und 0,270 Hundertteile nach den länderweisen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden 4,616 Hundertteile nach der Volkszahl, 5,897 Hundertteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und 1,282 Hundertteile nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Durchschnitt der Jahre 1989—1993);
  6. bei der Biersteuer erfolgt die Aufteilung nach der Volkszahl und dem länderweisen Bierverbrauch;
  7. bei der Weinsteuer, der Schaumweinsteuer sowie bei der Alkoholsteuer auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
  8. bei der Abgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;
  9. bei der Mineralölsteuer auf die Länder und Gemeinden zu je einem Viertel nach der Volkszahl und der Gebietsfläche und zu je einem Sechstel
    - a) nach dem länderweisen Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer,
    - b) nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Durchschnitt der Jahre 1989—1993) und schließlich
    - c) unter Zugrundelegung folgender Straßenkilometer des befestigten und unbefestigten Straßennetzes — ohne Bundesstraßen und ohne Geh- und Wanderwege —, und zwar: Burgenland 3 436, Kärnten 5 398, Niederösterreich 22 278, Oberösterreich 14 215, Salzburg 3 051, Steiermark 11 472, Tirol 5 022, Vorarlberg 1 862 und Wien 2 068, sohin zusammen 68 802 Kilometer, aufgeteilt;
  10. bei der Kraftfahrzeugsteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer auf die Länder in folgendem Verhältnis: Burgenland 3,243, Kärnten 6,769, Niederösterreich 19,261, Oberösterreich 16,993, Salzburg 6,557, Steiermark 14,757, Tirol 7,548, Vorarlberg 4,246, Wien 20,626;
  11. beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl;
  12. der Reinertrag der Spielbankabgabe ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hierbei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 10 Millionen Schilling; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15 vH.

#### **Vorschlagsansatz 2/52805 Steueranteil für die Fonds**

Vom Aufkommen an Umsatzsteuer sind 0,642 vH für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds bestimmt.

#### **Vorschlagsansatz 2/52814 Gewerbesteuer an die Gemeinden**

Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbesteuer) und die Gemeinden (Gewerbesteuer) gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Gewerbesteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

#### **Vorschlagsansatz 2/52874 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)**

An den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sind 2,29 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer zu überweisen.

**Voranschlagsansatz 2/52875 An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)**

Vom Aufkommen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer sind weitere 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen.

**Voranschlagsansatz 2/52880 Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer**

Von den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsansätzen 2/52680 und 2/52684 veranschlagten Einnahmen am Außenhandelsförderungsbeitrag fließen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft 91,5 vH von den gesamten Einnahmen des Außenhandelsförderungsbeitrags zu.

**Voranschlagsansatz 2/52894 An den Katastrophenfonds**

An den Katastrophenfonds sind 2,29 vH der Einnahmen an veranschlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer zu überweisen.

## Kapitel 52 — Titel 2/528

195

## Teilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben 1995 gem. §§ 7 und 8 FAG 1993

Abgaben	Berechnungs- basis 1995 <sup>1)</sup>	Teilungs- verhältnis			Anteile des/der			
		Bund	Län- der	Ge- mein- den	Bundes	Länder	Gemein- den	Länder und Gemeinden (Summe)
	in Mill. S	in %			in Mill. S			
<b>Einkommen- und Vermögensteuern:</b>								
Veranlagte Einkommensteuer .....	24 049,174	48,579	27,382	24,039	11 682,848	6 585,145	5 781,181	12 366,326
Lohnsteuer .....	135 426,601	63,164	20,647	16,189	85 540,858	27 961,531	21 924,212	49 885,743
Kapitalertragsteuer .....	3 782,790	19,887	13,349	66,764	752,284	504,964	2 525,542	3 030,506
Kapitalertragsteuer auf Zinsen .....	21 500,000	53	27	20	11 395,000	5 805,000	4 300,000	10 105,000
Erbschafts- und Schenkungssteuer .....	1 300,000	70	30	—	910,000	390,000	—	390,000
Bodenwertabgabe .....	73,000	4	—	96	2,920	—	70,080	70,080
Summe ...	186 131,565				110 283,910	41 246,640	34 601,015	75 847,655
Kunstförderungsbeitrag ...	129,600	70	30	—	90,720	38,880	—	38,880
<b>Sonstige Steuern:</b>								
Umsatzsteuer .....	186 732,685	69,412	18,793	11,795	129 614,891	35 092,673	22 025,121	57 117,794
Abgabe von alkoholischen Getränken .....	—	40	30	30	—	—	—	—
Biersteuer .....	2 200,000	38,601	33,887	27,512	849,222	745,514	605,264	1 350,778
Schaumweinsteuer .....	300,000	38,601	33,887	27,512	115,803	101,661	82,536	184,197
Weinsteuer .....	55,000	38,601	33,887	27,512	21,231	18,638	15,131	33,769
Alkoholsteuer .....	400,000	38,601	33,887	27,512	154,404	135,548	110,048	245,596
Mineralölsteuer .....	31 278,350	90,278	7,340	2,382	28 237,469	2 295,831	745,050	3 040,881
Grunderwerbsteuer .....	5 500,000	4	—	96	220,000	—	5 280,000	5 280,000
Kraftfahrzeugsteuer .....	1 500,000	74	26	—	1 110,000	390,000	—	390,000
Motorbezogene Versicherungssteuer .....	7 800,000	50	50	—	3 900,000	3 900,000	—	3 900,000
Summe ...	235 766,035				164 223,020	42 679,865	28 863,150	71 543,015
Spielbankabgabe <sup>2)</sup> .....	1 250,000	68,965	13,964	17,071	862,062	174,550	213,388	387,938
Insgesamt ...	423 277,200				275 459,712	84 139,935	63 677,553	147 817,488
<b>Abzüglich:</b>								
EU-Finanzierung .....					18 102,706	5 250,000	4 750,000	10 000,000
Verbleiben ...					257 357,006	78 889,935	58 927,553	137 817,488
<b>Hiezu:</b>								
Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1994 .....								7 000,000
<b>Hievon ab:</b>								
Abschlag im Hinblick auf den Überweisungsrythmus der Abgabenanteile .....								7 000,000
Verbleiben ...								137 817,488

## Übersicht über die öffentlichen Abgaben in den Jahren 1986 bis 1995

Die Übersicht auf den folgenden Seiten zeigt die Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes über den Zeitraum von zehn Jahren.

<sup>1)</sup> Bei der veranlagten Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Umsatzsteuer weicht die Berechnungsbasis von den Voranschlagsbeträgen ab, weil gemäß § 7 Abs. 2 FAG 1993 die Abgeltungen und Anteile für den Familienlastenausgleich, weiters die Anteile für den Katastrophenfonds und für die Siedlungswasserwirtschaft bzw. für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds **vor der Teilung** in Abzug gebracht werden. Beim Kunstförderungsbeitrag wird vor der Teilung die Einhebungsvergütung in Höhe von 4vH und bei der Mineralölsteuer werden die Mittel für den Personennahverkehr abgezogen.

<sup>2)</sup> Anteile am Aufkommen nach dem Erfolg 1993.

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								Bundesvoranschlag	
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Millionen Schilling									
<b>Einkommen- und Vermögensteuern:</b>										
Veranlagte Einkommensteuer	25 609,6	25 483,1	27 085,2	31 255,6	33 792,6	35 768,3	36 964,1	32 689,4	35 000,0	28 000,0
Lohnsteuer	98 866,5	97 700,3	104 042,0	88 036,6	105 490,5	121 863,3	134 267,7	139 239,7	138 000,0	150 500,0
Kapitalertragsteuer	1 294,2	1 300,1	1 465,3	3 170,3	2 130,8	2 827,5	3 513,6	3 258,4	2 800,0	4 000,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen				3 342,9	7 186,2	9 601,8	11 357,5	16 625,2	23 000,0	21 500,0
Körperschaftsteuer	11 315,8	10 188,1	11 526,5	14 245,9	13 786,1	15 348,4	20 982,5	18 611,5	25 500,0	23 700,0
Abgabe von Zuwendungen	13,7	13,5	6,1	8,2	9,6	8,2	8,0	5,9	10,0	5,0
Gewerbsteuer	6 266,6	6 400,0	6 775,8	7 762,7	8 516,0	8 968,8	9 435,5	8 577,6	2 000,0	1 500,0
Bundesgewerbsteuer	5 029,6	4 970,8	5 102,8	5 808,7	6 351,9	6 693,7	7 032,2	6 394,4	1 500,0	1 100,0
Vermögensteuer	4 368,3	4 569,1	5 532,2	6 197,0	7 035,2	7 983,4	8 373,8	8 426,0	1 000,0	500,0
Erbschaftssteueräquivalent	1 056,6	1 012,2	1 382,5	1 644,5	1 801,4	2 016,1	2 161,4	1 897,2	200,0	100,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1 044,9	1 013,2	1 372,8	1 104,5	1 055,8	1 233,9	1 615,0	1 329,5	1 500,0	1 300,0
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	286,1	284,6	285,0	283,0	275,4	277,0	274,2	276,7	270,0	280,0
Bodenwertabgabe	60,2	61,7	59,9	60,8	63,3	69,3	68,6	72,7	70,0	73,0
Wohnbauförderungsbeitrag			4 538,8	4 980,0	5 358,6	5 813,3	6 338,6	6 591,6	6 900,0	7 200,0
Sonderabgabe von Banken	1 347,6	1 453,6	1 519,8	1 625,9	1 690,7	1 715,7	2 044,2	1 925,2	200,0	100,0
Aufsichtsratsabgabe	171,6	171,2	114,4							
Zinsertragsteuer	2 880,8	1 257,1								
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	0,1	0,1	0,1	0,1						
Summe	159 612,0	155 878,7	170 809,1	169 526,6	194 544,2	220 188,8	244 436,7	245 920,9	237 950,0	239 858,0
<b>Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):</b>										
Kunstförderungsbeitrag	93,2	95,3	95,2	114,2	116,0	116,9	117,4	143,8	135,0	135,0
Wohnbauförderungsbeitrag	4 190,6	4 333,9								
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	0,0									
Summe	4 283,8	4 429,2	95,2	114,2	116,0	116,9	117,4	143,8	135,0	135,0
<b>Einkommen- und Vermögensteuern: Summe</b>	<b>163 895,8</b>	<b>160 307,9</b>	<b>170 904,3</b>	<b>169 640,7</b>	<b>194 660,2</b>	<b>220 305,7</b>	<b>244 554,1</b>	<b>246 064,7</b>	<b>238 085,0</b>	<b>239 993,0</b>



Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß								Bundesvoranschlag	
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Millionen Schilling									
<b>Umsatzsteuern:</b>										
Umsatzsteuer .....	126 214,0	130 809,5	135 602,5	144 828,4	154 520,7	163 654,9	172 965,5	176 001,4	196 000,0	189 000,0
Abgabe von alkohol. Getränken .....	2 615,0	2 731,9	2 825,2	2 612,3	2 655,2	2 826,9	820,6	.....	.....	.....
Summe .....	128 829,1	133 541,4	138 427,7	147 440,7	157 175,9	166 481,8	173 786,1	176 001,4	196 000,0	189 000,0
<b>Ein- und Ausfuhrabgaben:</b>										
Zölle .....	4 140,3	4 761,7	5 453,1	5 865,2	5 748,5	6 259,9	6 653,9	6 427,9	6 500,0	5 500,0
Übrige Ein- und Ausfuhrabgaben .....	.....	.....	.....	.....	846,4	1 051,1	1 085,2	1 169,0	1 100,0	500,0
Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz <sup>1)</sup> .....	7,5	8,9	7,4	6,4	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gem. Stärkegesetz <sup>1)</sup> .....	5,1	9,1	14,8	11,6	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabengesetz <sup>1)</sup> .....	749,8	823,8	844,8	795,1	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Abgaben nach dem Antidumpinggesetz <sup>1)</sup> .....	0,0	0,0	0,0	0,0	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Summe .....	4 902,7	5 603,5	6 320,2	6 678,2	6 594,9	7 311,0	7 739,0	7 596,9	7 600,0	6 000,0
<b>Verbrauchssteuern:</b>										
Tabaksteuer .....	10 942,8	11 046,9	10 921,4	10 997,8	11 289,7	11 733,3	11 792,0	11 716,3	12 000,0	12 500,0
Biersteuer .....	731,0	718,8	742,0	725,9	767,1	758,7	2 159,2	2 254,4	2 200,0	2 200,0
Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgebundene Einnahmen) .....	1 314,4	1 099,9	476,1	477,2	173,4	91,4	66,6	-74,7	475,0	0,0
Mineralölsteuer .....	1 867,8	17 258,0	18 148,5	18 990,7	19 618,3	20 699,8	25 186,8	25 324,0	26 500,0	33 000,0
Alkoholsteuer .....	90,7	96,4	105,0	119,1	135,3	139,6	270,8	297,3	250,0	400,0
Weinsteuer .....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	32,7	242,0	250,0	55,0
Schaumweinsteuer .....	248,1	246,3	277,4	302,9	338,3	355,3	446,8	461,1	450,0	300,0
Abgabe auf Stärkeerzeugnisse .....	102,3	141,3	149,7	166,3	172,0	203,4	235,7	214,2	250,0	70,0
Abhofpauschale auf Milch (zweckgebundene Einnahmen) .....	.....	.....	14,2	9,4	9,6	5,5	0,2	0,5	0,0	.....
Branntweinaufschlag .....	115,8	119,2	102,2	128,7	101,8	106,8	124,0	165,7	170,0	.....
Mineralölsteuer — MinStG 1981 (zweckgebundene Einnahmen) .....	14 457,7	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
Summe .....	29 870,6	30 726,8	30 936,3	31 917,9	32 605,4	34 093,9	40 314,9	40 601,6	42 545,0	48 525,0
<b>Stempel- und Rechtsgebühren:</b>										
In Stempelmarken entrichtete Gebühren .....	2 919,7	2 856,4	2 879,4	3 001,6	3 149,2	3 109,0	2 930,9	3 068,4	3 000,0	3 000,0
Übrige Gebühren .....	2 521,3	3 361,8	3 558,0	3 872,0	4 291,4	4 708,4	5 559,5	4 855,9	5 500,0	5 800,0
Summe .....	5 441,0	6 218,2	6 437,5	6 873,6	7 440,6	7 817,4	8 490,4	7 924,3	8 500,0	8 800,0

<sup>1)</sup> Ab 1990 beim Voranschlagsansatz 2/52364 Übrige Einfuhrabgaben mitveranschlagt.

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß									Bundesvoranschlag	
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	
	Millionen Schilling										
<b>Verkehrsteuern:</b>											
Sicherheitsabgabe (zweckgeb. Einnahmen) .....								83,3	170,0	130,0	
Kapitalverkehrsteuern .....	870,9	862,9	1 158,6	1 460,7	2 041,5	1 875,5	1 450,0	1 704,6	1 500,0	1 000,0	
Sonderabgabe von Erdöl .....	826,2	400,7	415,3	395,7	504,7	630,9	543,0	515,9	500,0	400,0	
Normverbrauchsabgabe .....							4 405,3	4 727,3	5 400,0	4 600,0	
Grunderwerbsteuer .....	2 751,5	2 195,6	2 882,8	3 175,0	3 455,3	4 073,4	4 707,2	4 740,1	5 000,0	5 500,0	
Versicherungssteuer .....	3 503,6	3 727,4	4 145,9	4 974,5	5 281,7	5 762,7	6 192,8	6 475,5	7 800,0	7 700,0	
Motorbezogene Versicherungssteuer .....								3 889,9	6 500,0	7 800,0	
Straßenbenützungsabgabe .....	2 642,9	2 724,7	2 819,0	2 981,7	3 109,7	3 175,7	2 884,7	2 951,9	3 000,0	2 000,0	
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgeb. Einnahmen) .....	1 797,2	1 902,7	1 998,1	2 089,1	2 182,9	2 272,1	2 330,9	878,5	245,0	500,0	
Kraftfahrzeugsteuer .....	3 337,7	3 533,7	3 678,3	3 879,7	4 054,0	4 219,6	4 328,8	1 631,5	455,0	1 000,0	
Spielbankabgabe .....	552,6	530,9	640,2	762,6	884,1	999,4	1 019,4	1 106,1	1 150,0	1 250,0	
Konzessionsabgabe .....	112,3	1 109,3	1 314,8	1 510,3	1 600,8	1 930,7	2 042,5	1 864,2	2 100,0	2 100,0	
Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgeb. Einn.) .....	1 647,4	1 639,9	1 777,7	1 985,4	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	2 330,0	0,0	
Außenhandelsförderungsbeitrag .....	153,0	152,4	165,1	184,4	200,9	214,2	216,4	194,7	220,0	0,0	
Altlastenbeitrag (zweckgeb. Einn.) .....					142,6	172,7	167,3	215,7	250,0	250,0	
<b>Summe .....</b>	<b>18 195,4</b>	<b>18 780,2</b>	<b>20 995,8</b>	<b>23 399,1</b>	<b>25 620,2</b>	<b>27 632,7</b>	<b>32 618,2</b>	<b>33 075,1</b>	<b>36 620,0</b>	<b>34 230,0</b>	
<b>Umsatz- bis Verkehrsteuern: Summe .....</b>	<b>187 238,8</b>	<b>194 870,1</b>	<b>203 117,4</b>	<b>216 309,6</b>	<b>229 437,0</b>	<b>243 336,8</b>	<b>262 948,7</b>	<b>265 199,3</b>	<b>291 265,0</b>	<b>286 555,0</b>	
<b>Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben .....</b>	<b>994,6</b>	<b>1 129,1</b>	<b>1 151,1</b>	<b>1 285,6</b>	<b>1 324,9</b>	<b>1 430,7</b>	<b>1 566,2</b>	<b>1 558,0</b>	<b>1 700,0</b>	<b>1 500,0</b>	
<b>Öffentliche Abgaben — Brutto: Summe .....</b>	<b>352 129,2</b>	<b>356 307,1</b>	<b>375 172,9</b>	<b>387 235,9</b>	<b>425 422,2</b>	<b>465 073,2</b>	<b>509 069,0</b>	<b>512 822,0</b>	<b>531 050,0</b>	<b>528 048,0</b>	
<b>Ab Überweisungen (I):</b>											
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden .....	91 231,5	93 698,9	98 121,0	99 925,9	110 245,0	125 288,3	134 949,6	142 887,1	144 050,5	137 817,5	
Steueranteil für die Fonds .....	1 782,0	1 839,0	1 674,1	1 753,4	1 882,6	2 640,8	1 271,7	1 144,0	1 258,3	1 213,4	
Gewerbsteuer an die Gemeinden .....	6 334,0	6 432,7	6 780,5	7 657,6	8 508,9	7 513,4	9 309,0	8 750,7	3 700,0	1 500,0	
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile) .....	2 898,8	2 866,4	3 082,8	2 913,1	3 336,5		4 264,6	4 220,4	4 392,2	4 504,4	
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen) .....	10 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0	
Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer .....	1 657,5	1 621,6	1 756,7	2 176,9	2 162,2	2 305,9	2 330,0	2 095,9	2 330,0	0,0	
An den Katastrophenfonds .....	2 878,8	2 860,6	3 062,7	2 894,8	3 291,4	3 758,9	4 192,1	4 252,8	4 392,2	4 504,4	
Altlastenbeitrag an UWF .....					128,4	155,4	150,5				
An Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds .....	1 913,1	1 965,2	1 845,6	1 856,9	2 028,0	2 279,4	1 168,0	205,0			
Für öffentlichen Verkehr .....		1 120,0	1 380,2	1 566,8	1 637,2	1 704,1	1 748,2	658,9			
An den Milchwirtschaftsfonds .....	3,2	1,0									
An die Länder für die Wohnbauförderung .....	16 216,0	16 659,8									
Für Wohnbauforschung .....	91,1	91,6									
<b>Ab Überweisungen I: Summe .....</b>	<b>135 506,0</b>	<b>138 656,8</b>	<b>127 203,7</b>	<b>130 245,3</b>	<b>142 720,3</b>	<b>155 146,2</b>	<b>168 883,7</b>	<b>173 714,9</b>	<b>169 623,2</b>	<b>159 020,5</b>	
<b>Ab Überweisungen (II):</b>											
Beitrag zur Europäischen Union .....										28 103,0	
<b>Öffentliche Abgaben — Netto: Summe .....</b>	<b>216 623,2</b>	<b>217 650,3</b>	<b>247 969,2</b>	<b>256 990,7</b>	<b>282 701,9</b>	<b>309 927,0</b>	<b>340 185,3</b>	<b>339 107,0</b>	<b>361 426,8</b>	<b>340 905,3</b>	

## **Titel 2/529 Ab Überweisungen (II)**

Beim Ansatz 2/52904 werden erstmals die Eigenmittelabfuhr an die EG dargestellt.

### **1. Allgemeines**

Art. 201 Abs. 1 EG-Vertrag legt fest, daß der Haushalt („Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften“) unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert wird. Hiedurch wird die finanzielle Unabhängigkeit der EG gegenüber den Mitgliedstaaten begründet. Die Einnahmen der EG werden nicht durch Finanzbeiträge (etwa wie Beiträge zu internationalen Organisationen) aufgebracht; vielmehr soll die EG bei der Finanzierung ihres Haushaltes unmittelbar auf eigene Einnahmen greifen können. Dieser Zugriff auf nationale Mittel erfolgte bisher stets unter wesentlicher Einbindung der Mitgliedstaaten, insbesondere dadurch, daß die Einhebung bzw. Abfuhr der Mittel nur durch Organe der Mitgliedstaaten erfolgt; wenngleich den Gemeinschaftsorganen Informations- und Kontrollrechte zukommen. Die Eigenmittelbeschlüsse kommen gemäß Art. 201 EG-Vertrag durch einen Beschluß des Rates und durch dessen gesonderte Annahme in allen Mitgliedstaaten nach deren verfassungsrechtlichen Vorschriften zustande.

Österreich nimmt im Rahmen seiner EU-Mitgliedschaft ab 1. Jänner 1995 an der Finanzierung des EG-Gesamthaushaltes teil. Derzeit ist die Grundlage für die Abfuhr der EG-Eigenmittel der Beschluß des Rates 88/376/EWG, Euratom vom 24. Juni 1988; Abl. L 185/24 vom 15. Juli 1988. Dieser Beschluß ist als Bestandteil des *aquis communautaire* gemäß Art. 2 der EU-Beitrittsakte, BGBl. Nr. 45/1995, von Österreich als verbindlich anerkannt worden. Dieser Beschluß liegt auch den Eigenmitteleinnahmen des derzeit geltenden EG-Gesamthaushaltsplanes 1995 und dem BVAE 1995 zugrunde.

Am 31. Oktober 1994 hat der EG-Rat die Bestimmungen des neuen EG-Eigenmittelbeschlusses festgelegt und ihn der Annahme durch die Mitgliedstaaten nach deren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfohlen (Abl. L 293/9 vom 12. November 1994). Der Österreich betreffende Genehmigungsakt liegt derzeit im Entwurf vor und wird demnächst dem Nationalrat zugeleitet. Nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten tritt der neue Eigenmittelbeschluß rückwirkend mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

### **2. Finanzielle Auswirkungen der Eigenmittelbeschlüsse**

(Vgl. hierzu auch die Erläuterung zum EU-Beitrittsvertrag RV 11 BlgNR. 19. GP, S. 378 und AB 25 BlgNR, S. 19 sowie die finanziellen Erläuterungen zur RV betreffend den Genehmigungsbeschluß des Nationalrates über den Eigenmittelbeschluß, XXX BlgNR, 19. GP, S. yy.)

Die finanziellen Auswirkungen der Eigenmittelregelungen der EU sind aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen:

	Beträge in Mrd. S (zu Preisen 1995)				
	1995	1996	1997	1998	1999
trad. EM (Netto) ..	4,40	4,90	4,90	4,90	4,90
MwSt.-Eigenmittel	15,34	14,92	14,34	13,41	12,55
BSP-Eigenmittel ..	7,85	10,03	11,91	13,75	15,58
<b>Summe</b>	<b>27,59</b>	<b>29,85</b>	<b>31,15</b>	<b>32,6</b>	<b>33,03</b>

Die Steigerung bei den traditionellen Eigenmitteln ab 1996 ergibt sich auf Grund der Abfuhrtermine (jeweils zwei Monate im nachhinein); im Jahre 1995 werden daher nur 10/12 der erwarteten Einnahmen abgeführt. Die Werte für die traditionellen Eigenmittel hängen im übrigen von der Entwicklung der relevanten grenzüberschreitenden Warenströme ab, welche nur grob abgeschätzt werden können.

### **Finanzjahr 1995**

Wie erwähnt, baut der EG-Gesamthaushaltsplan 1995 noch auf dem derzeit geltenden Eigenmittelbeschluß 1988 auf. Hievon leiten sich auch die Eigenmittelabfuhr Österreichs ab. Grundlage des Bundesvoranschlagsentwurfes 1995 ist daher ebenfalls der derzeit geltende Eigenmittelbeschluß. Die Werte für die traditionellen Eigenmittel (Zölle, Agrarabschöpfungen und Zuckerabgaben) sind hiebei netto d. h. abzüglich der Einhebungsvergütung dargestellt. Im BVA wird brutto veranschlagt: Die Gesamtsumme der Eigenmittel-Abfuhr beträgt 28,103 Milliarden Schilling, die Einhebungsvergütungen, welche vor Abfuhr einbehalten werden, sind beim Voranschlagsansatz 2/50014 mit rund 0,492 Milliarden Schilling veranschlagt; netto ergibt sich die in der Tabelle für 1995 ausgewiesene Gesamtsumme.

Die EG wird voraussichtlich aus mehreren Gründen, insbesondere dem Inkrafttreten des neuen Eigenmittelbeschlusses, im Jahre 1995 Berichtigungs- und Nachtragshaushaltspläne beschließen, welche eine geringfügige Haushaltsausweitung zur Folge haben können. Auf dieser veränderten rechtlichen und budgetären Grundlage könnten sich die Belastungen Österreichs erhöhen; diese Erhöhung kann zur Zeit nur grob geschätzt werden und dürfte sich auf rund 100 bis 500 Millionen Schilling im Jahre 1995 belaufen. Dem wird durch eine Überschreitungsermächtigung in Art. III Abs. 3 BFG 1995 Rechnung getragen.

### **Finanzjahre 1996 bis 1999**

Die Werte für die Jahre 1996 bis 1999 beruhen auf dem neuen Eigenmittelbeschluß.

### **3. Lastenteilung mit Ländern und Gemeinden**

Mit den Finanzausgleichspartnern wurde grundsätzlich vereinbart, daß Länder und Gemeinden an der Finanzierung der EG-Eigenmittel mitwirken. Grundlage hierfür wird eine finanzausgleichsgesetzliche Regelung sein. Diese im Entwurf vorliegende Regelung legt für Länder und Gemeinden einen prozentuellen Anteil an den Lasten fest, welche für Österreich auf Grund der Eigenmittelabführung entstehen. Im Ergebnis werden die Länder und Gemeinden im Jahre 1995 rund 10 Milliarden Schilling beitragen; die auf Grund der Eigenmittelabführung entstehende Saldoverschlechterung im Bundeshaushalt 1995 beläuft sich somit voraussichtlich auf rund 17,6 Milliarden Schilling. Dieser Beitrag zur Lastentragung kommt in einer Verminderung der Überweisungen von Ertragsanteilen an Länder und Gemeinden beim Titel 2/528 zum Ausdruck.

### **Allgemeine Verfahrensvorschriften**

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

#### **1. Aufbau der Abgabenverwaltung**

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz — AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

#### **2. Bundesabgabenordnung**

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO), BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabefestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

#### **Abgabensexekutionsordnung**

Abgabensexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1992. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

#### **4. Finanzstrafgesetz**

Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1045/1994. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

## 5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögensschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 681/1994.

Dieses Gesetz enthält grundsätzliche Bewertungsvorschriften für alle bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge. Soweit einzelne Abgabenvorschriften keine Spezialregelungen enthalten, im Besonderen Bewertungsvorschriften für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

## 6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

## 7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften (Zollkodex-ZK), ABIEG Nr. L 302 vom 19. Oktober 1992, S. 1; in der Fassung ABIEG Nr. L 79/84 und der Beitrittsakte;

Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften, ABIEG Nr. L 253 vom 11. Oktober 1993, S. 1, (Zollkodex-Durchführungsverordnung — ZK-DVO), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) 2193/94 vom 8. September 1994, ABIEG Nr. L 235 vom 9. September 1994, S. 6;

Bundesgesetz betreffend ergänzende Regelungen zur Durchführung des Zollrechts der Gemeinschaften (Zollrechts-Durchführungsgesetz — ZollR-DG), BGBl. Nr. 659/1994;

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollrechts (Zollrechts-Durchführungsverordnung — ZollR-DV), BGBl. Nr. 1104/1994;

Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine, ABIEG Nr. L 124/1 vom 8. Juni 1971.

## Kapitel 53 Finanzausgleich

### Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, daß die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 45/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften [Finanz-Verfassungsgesetz 1948 — F-VG 1948<sup>1)</sup>] in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1993 bis 1995 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 1993 — FAG 1993).

Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

### Gebarungsübersichten

Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur Österreichischen Statistik“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Diese Gebarungsübersichten liegen seit 1955 in lückenloser Folge vor.

### Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	29 954,8	4 389,5
1994 .....	32 597,9	4 465,2
1994 vorl. Erf. ....	32 187,3	4 526,4
1995 .....	34 218,8	4 560,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

### Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	2 632,6	—
1994 .....	3 880,0	—
1994 vorl. Erf. ....	3 754,5	—
1995 .....	4 607,1	—

<sup>1)</sup> Gemäß § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes werden Finanzzuweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt.

Gemäß § 12 Abs. 2 dieses Gesetzes werden zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr ergibt sich vor allem aus der Erhöhung der Mittel zur Förderung des Personennahverkehrs aus Mineralölsteuereinnahmen und der erstmaligen Veranschlagung von Finanzzuweisungen zur Förderung der Landwirtschaft.

Im einzelnen ist zu bemerken:

**Voranschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder**

Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopffquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 1995 zu leistende Kopffquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1994 im Jahre 1995 voraussichtlich anfällt, ist mit 1 375 Millionen Schilling zu erwarten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopffquoten:

Ertragskopffquote für nebenstehende Jahre	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
				Schilling			
niedrigste .....	6 896	6 899	7 811	8 647	9 018	9 358	9 707
höchste .....	8 401	8 561	9 480	10 687	10 705	10 810	11 213
im Durchschnitt .....	7 520	7 650	8 591	9 558	9 882	10 032	10 406

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich in den Jahren 1988 bis 1995 beträgt:

	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1988 .....	1 173,736	1992 .....	1 502,023
1989 .....	1 088,434	1993 .....	1 532,906
1990 .....	1 413,071	1994 (BVA) .....	1 400,000
1991 .....	1 295,681	1995 (BVA) .....	1 375,000

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 1995 — ebenso wie in den Vorjahren — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

**Voranschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden**

Gemäß § 21 FAG 1993 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,4 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde) zuzüglich 70 Millionen Schilling. Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.

Für das Jahr 1995 sind 891,998 Millionen Schilling vorgesehen; die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

**Voranschlagsansatz 1/53037 Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden**

Die Finanzzuweisungen im Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling jährlich werden gemäß § 20 Abs. 2 FAG 1993 gewährt, wobei zur Vermeidung einer Verzettlung von Bundesmitteln Bagatellfälle — das Finanzausgleichsgesetz 1993 sieht eine Grenze von 68 000 S jährlich vor — außer Betracht bleiben sollen. Der Begriff der Betriebsstätte von Eisenbahnunternehmen folgt dem § 30 Abs. 1 1. Halbsatz der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, in der geltenden Fassung. Im Jahre 1994 wurden solche Finanzzuweisungen an 120 Gemeinden gewährt.

**Voranschlagsansatz 1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden**

Durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 346/1982, wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflussbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, daß es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist, die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtungen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfszuweisungen zu gewähren. Im Jahre 1995 ist für diese Zwecke ein Betrag von 3 Millionen Schilling vorgesehen.

**Vorschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut**

Gemäß § 20 Abs. 5 FAG 1993, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a. d. Donau und Waidhofen a. d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, daß sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.

Gemäß VfGH-Erkenntnis ist auch für die Zeit vor dem 1. Oktober 1986 ein Kostenersatz zu leisten. Im Jahre 1995 ist daher insgesamt ein Beitrag von 66 Millionen Schilling vorgesehen.

**Vorschlagsansatz 1/53077 Finanzaufweisungen in Agrarangelegenheiten**

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 1995 gemäß § 20 Abs. 6 FAG 1993 zur Finanzierung der Förderung der Landwirtschaft eine Finanzaufweisung in Höhe von 300 Millionen Schilling.

**Vorschlagsansatz 1/53097 Finanzaufweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten**

Der Bund gewährt den Ländern im Jahre 1995 aus den Mineralölsteuereinnahmen gemäß § 20 Abs. 3 und 4 FAG 1993 zur Förderung des Personennahverkehrs Finanzaufweisungen von insgesamt 1 871,150 Millionen Schilling.

**Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	24 016,4	0,1
1994 .....	24 272,7	6,0
1994 vorl. Erf. ....	23 115,3	12,0
1995 .....	24 954,2	6,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Diese Ausgabensteigerung betrifft in erster Linie die Transferzahlungen des Bundes an die Länder gemäß Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz und steht in Zusammenhang mit höheren Einnahmen bei der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und dem Wohnbauförderungsbeitrag.

Im einzelnen ist zu bemerken:

**Vorschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz**

Gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.

Weiters gewährt der Bund gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 661/1983, zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.

Im Jahre 1995 ist für diesen Zweck ein Betrag von 440 Millionen Schilling veranschlagt.

**Vorschlagsansatz 1/53227 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**

Der Bund gewährt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1993 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 293 Millionen Schilling jährlich.

In Betracht kamen hierfür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und die Vereinigten Bühnen Wien.



**Voranschlagsansatz 1/53228 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen**

Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz wurde für das Jahr 1995 gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 lit. e FAG 1993 mit einem Zweckzuschuß von 3 Millionen Schilling vorgesorgt.

**Voranschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach § 3 WBF-ZG**

Gemäß § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse zu gewähren.

Im Haushaltsjahr 1995 werden voraussichtlich 157 Millionen Schilling erforderlich sein.

**Voranschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse nach § 1 und § 5 WBF-ZG**

Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse orientiert sich gemäß § 1 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 691/1988, am Aufkommen der Einkommensteuer ohne Kapitalertragsteuer gemäß § 93 Abs. 2 Z 3 und Abs. 3 EStG 1988, BGBl. Nr. 400, und ohne Abgeltungen an den Familienlastenausgleichsfonds, und am Aufkommen der Körperschaftsteuer und des Wohnbauförderungsbeitrages.

Für die Überweisungen an die Länder ist mit insgesamt 23 941,241 Millionen Schilling vorgesorgt.

**Voranschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden**

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1993 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, im Jahre 1995 einen Zweckzuschuß von 95 Millionen Schilling und den Gemeinden 25 Millionen Schilling.

**Voranschlagsansatz 2/53204 Übergenüsse an Zweckzuschüssen des Bundes****Voranschlagsansatz 2/53214 Übergenüsse an Finanzzuweisungen des Bundes****Voranschlagsansatz 2/53274 Rückzahlung von Darlehen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987**

Für Rückzahlungen von Finanzzuweisungen und Zweckzuschüssen des Bundes sowie für allfällige Reste von Darlehensrückzahlungen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987 ist mit Verrechnungsposten vorgesorgt.

**Voranschlagsansatz 2/53254 Startwohnung-Rückzahlungsbegünstigungsaktion**

Gemäß § 13 des Startwohnungsförderungs-Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 14/1992, hat der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds Beträge, die auf Grund des Auslaufens der Starthilfe nach dem Startwohnungsgesetz frei werden, nach Maßgabe der Auflösung der entsprechenden Rückstellung an den Bund abzuführen.

**Titel 534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	3 305,8	4 389,4
1994 .....	4 445,2	4 459,2
1994 vorl. Erf. ....	5 317,5	4 514,4
1995 .....	4 657,4	4 554,4

Im einzelnen ist zu bemerken:

### Voranschlagsansätze 1/53408 bis 1/53478 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

### Voranschlagsansatz 2/53400 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

Nach dem Katastrophenfondsgesetz 1986, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994, sind die Mittel des Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetretenen, im Gesetz näher genannten Katastrophenschäden, zu verwenden.

Die Katastrophenfondsmittel sind nutzbringend anzulegen.

Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember 1994 betrug 1 366 031 049,95 S.

	Schilling
Von den Ausgaben 1994 entfallen:	
1. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften .....	104 484 707
2. Für Maßnahmen zur Behebung von Schäden im Vermögen des Bundes im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten .....	125 803 000
und der Österreichischen Bundesbahnen .....	260 564 000
zusammen ...	490 851 707
3. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder .	62 865 388
4. Für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder .....	217 824 297
5. Für Zwecke der Tunnelbrandbekämpfung und für Stützpunktfeuerwehren .....	26 000 000
6. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden .....	152 185 731
7. Für Maßnahmen des Schutzbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawinenschäden im Bereiche des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft	
für den Ausbau von hydrographischen Einrichtungen .....	53 003 000
als Bundeszuschuß für Wildbach- und Lawinenverbauung .....	1 008 829 000
als Bauaufwand für Bundesflüsse .....	306 339 000
als Bundeszuschuß für Konkurrenzgewässer .....	334 345 000
zusammen ...	1 702 516 000
im Bereiche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten	
für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten .....	181 653 000
als Aufwendungen für Wasserbauten .....	60 000 000
als Bundeszuschuß für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz .....	21 000 000
für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen .....	351 378 000
zusammen ...	614 031 000
Summe ...	2 316 547 000
8. Zum Ausgleich von Härten nach den Nuklearereignissen des Jahres 1986 .....	1 268 463
9. Bankspesen .....	414
10. Für das Warn- und Alarmsystem .....	50 000 000
11. An den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen .....	2 000 000 000
Gesamtausgaben 1994 ...	5 317 543 000

Für das Jahr 1995 sind nachstehend angeführte Gebarungen vorgesehen:

### Einnahmen

	Millionen Schilling
2/53400 Dotierung des Fonds .....	4 554,431
2/51248 Entnahme aus Rücklagen .....	153,000
zusammen ...	4 707,431

**Ausgaben**

	Millionen Schilling
1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen .....	495,487
1/53418 Zahlungen an Länder .....	431,399
1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden .....	315,310
1/53438 Bankspesen .....	0,011
1/53448 Nuklearschäden .....	2,000
1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes .....	450,443
1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden .....	2 837,791
1/53478 Warn- und Alarmsystem .....	50,000
1/53488 Hagelversicherungsförderung .....	75,000
1/51249 Rücklagenzuführungen .....	49,990

Rücklagenentnahmen sind vorgesehen:

- zum Ausgleich von Härten nach Nuklearereignissen 2 Millionen Schilling,
- zur Finanzierung des Warn- und Alarmsystems 50 Millionen Schilling.
- für die Hagelversicherungsförderung 75 Millionen Schilling.

**Kapitel 54 Bundesvermögen****Gesamtgebarung**

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt	
	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling	Sachausgaben Millionen	Schilling
1993 .....	23 081,8	20 910,1	1 455,1	
1994 .....	22 598,7	28 646,5	1 251,8	
1994 vorl. Erf. ....	19 762,3	19 756,8	1 251,8	
1995 .....	20 142,0	32 527,4	4 345,6	

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

**Titel 540 Kapitalbeteiligung und Kapitalbeteiligung (Erträge)****Gesetzliche Grundlagen**

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1992;
- ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 204/1986;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983 und 298/1987;
- Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;
- Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;
- Tabakmonopolgesetz 1968, BGBl. Nr. 38/1968;
- Salzmonopolgesetz 1978, BGBl. Nr. 124/1978;
- Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 256/1993;
- Bundesschatzscheinggesetz, BGBl. Nr. 172/1991;
- Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 697/1991;
- EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995;
- Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;
- Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. Nr. 173/1991;
- Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 417/1988;
- Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB), BGBl. Nr. 416/1988;
- Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfEF), BGBl. Nr. 24/1992;
- Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines zehnten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 696/1993;
- Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 458/1992;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und Leistung eines weiteren Beitrages zum Fonds für Sondergeschäfte, BGBl. Nr. 614/1989;

Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 136/1987;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986;

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, BGBl. Nr. 174/1991;

Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 507/1989;

Leistung eines freiwilligen Beitrages zum zweiten Fenster des Gemeinsamen Rohstofffonds, BGBl. Nr. 416/1991;

Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 222/1991;

Bundesgesetz über die Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991.

### **Aufgaben**

Haushaltsangelegenheiten aus dem Bereich der Kapitalbeteiligung des Bundes an  
 der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,  
 der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986: Österreichische Industrieverwaltungs-AG) — ÖIAG,  
 der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) und der Vorarlberger Illwerke AG,  
 den Monopolbetrieben Austria Tabakwerke AG und Österreichische Salinen AG  
 und Internationalen Finanzinstitutionen;

Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungsagenden, soweit — insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 — die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Banken, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.

Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Entschädigungszahlungen anhand eingereicherter Wertpapiere zu nennen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	795,1	7 195,5
1994 .....	1 753,1	7 280,5
1994 vorl. Erf. ....	1 018,8	7 449,2
1995 .....	3 414,2	7 186,5

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Wesentliche Abweichungen bei den Ausgaben ergeben sich vor allem durch die erstmalige Vorsorge für Kapitaleinzahlungen bei der Europäischen Investitionsbank.

### **Voranschlagsansätze 1/54013 und 2/54014 Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft**

Im Jahre 1995 werden keine Dividendenzahlungen erwartet.

### **Voranschlagsansätze 1/54043 und 2/54044 Elektrizitätswirtschaft**

Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft und der Vorarlberger Illwerke AG waren seit 1988 nicht notwendig.

An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Vorarlberger Illwerke AG sowie der Österr. Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) veranschlagt. Aus diesem Titel wurden für das Jahr 1995 271,945 Millionen Schilling budgetiert.

### **Vorschlagsansatz 1/54052 Internationale Finanzinstitutionen**

Österreich leistet seine Beiträge zu den Internationalen Finanzinstitutionen fast ausschließlich durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundesschatzscheine. Die Ermächtigung zur Begebung dieser Bundesschatzscheine ist durch das Bundesschatzengesetz, BGBl. Nr. 172/1991 gegeben.

Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von Bundesschatzscheinen. Da sich die Einlösungen nach dem Bedarf an Mitteln für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen an ihre kreditnehmenden Mitglieder (Entwicklungsländer) richten, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich.

#### ***Internationaler Währungsfonds***

Anlässlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 9. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von 775,6 Millionen Sonderziehungsrechten auf 1 188,3 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (Bundesgesetz, BGBl. Nr. 173/1991). Die gesamte Quote wurde auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen. Die gesetzliche Ermächtigung zur Übertragung der Quote auf die Oesterreichische Nationalbank ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 gegeben.

#### ***Afrikanische Entwicklungsbank***

Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde im September 1964 von ausschließlich afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.

Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38 vH beteiligt; das sind 1 996 Anteile zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten. Der Schillinggegenwert beträgt 333 052 560 Schilling. 1987 wurde vom Direktorium eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 48,254 Millionen US-Dollar beteiligt hat. Davon waren 6,25% in fünf Raten in den Jahren 1988 bis 1992 einzuzahlen.

#### ***Afrikanischer Entwicklungsfonds***

Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte im Juli 1973 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.

Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammeinlagen in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 230 530 500 Schilling (BGBl. Nr. 601/1981).

1992 wurde von den Mitgliedern eine sechste Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich mit 465 163 311 Schilling beteiligt hat.

Für 1995 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 130 Millionen Schilling vorgesehen.

#### ***Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung***

Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949) und hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt.

#### ***Internationale Entwicklungsorganisation***

Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961).

Mit Bundesgesetz, BGBl. Nr. 696/1993, wurde beschlossen, daß sich die Republik Österreich mit einem Betrag von 117 Millionen Sonderziehungsrechten an der Leistung eines zehnten zusätzlichen Beitrages zur IDA beteiligen wird.

Die Leistung dieses Beitrages erfolgt in drei gleichen Jahresraten (30. November 1993, 1994 und 1995) in Form von unverzinslichen, bei Sicht fälligen Bundesschatzscheinen.

Für 1995 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 528 Millionen Schilling vorgesehen.

#### ***Asiatische Entwicklungsbank***

Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar des Feingehaltes vom 31. Jänner 1966.

1992 wurde eine fünfte Aufstockung des Asiatischen Entwicklungsfonds und die zweite festgelegte Wiederauffüllung des Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank beschlossen. Österreich hat sich daran mit 393 426 180 Schilling beteiligt. Die Leistung erfolgt in vier Raten in den Jahren 1992 bis 1995 durch den Erlag von unverzinslichen Bundesschatzscheinen.

Für 1995 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 252 Millionen Schilling vorgesehen.

#### ***Inter-Amerikanische Entwicklungsbank***

Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.

Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5 054 578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.

1989 wurde eine weitere Erhöhung des Kapitals der Bank um 26,5 Milliarden US-Dollar und eine Wiederauffüllung der Mittel des Fonds für Sondergeschäfte um 200 Millionen US-Dollar beschlossen. Österreich hat sich mit 20 942 120 US-Dollar an der Kapitalerhöhung und mit 7 466 106 Schilling an der Wiederauffüllung des Fonds für Sondergeschäfte beteiligt (BGBl. Nr. 614/1989).

Für 1995 sind für Schatzscheineinlösungen 18 Millionen Schilling vorgesehen.

#### ***Internationale Finanzkorporation***

Die Internationale Finanzkorporation (IFC) wurde im Jahre 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluß einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Anleihen, Kapitalbeteiligungen und Investitionen.

Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 110 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554 000 US-Dollar gezeichnet. Das Abkommen mit dieser Institution trat am 28. September 1956 in Kraft (BGBl. Nr. 204/1956).

Für 1995 ist mit 20,8 Millionen Schilling vorgesorgt.

#### ***Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft***

Die Verhandlungen über die Gründung dieser internationalen Finanzinstitution wurden 1984 abgeschlossen. Die Schlußakte über die Gründung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft wurden von der erforderlichen Anzahl von Staaten, u. a. auch von Österreich 1984 unterzeichnet. Österreich hat sich an dieser Finanzinstitution mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250 000 Dollar zu zahlen ist (BGBl. Nr. 559/1986). Die letzte Zahlung erfolgte 1990.

#### ***Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)***

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nichtrückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.

An der 1982 beschlossenen 1. Wiederauffüllung der Mittel des Fonds von 1 070 Millionen US-Dollar beteiligte sich Österreich mit 5,2 Millionen US-Dollar im Gegenwert von 74,55 Millionen Schilling (BGBl. Nr. 348/1982). Der Anteil Österreichs an der 1986 beschlossenen 2. Wiederauffüllung von 460 Millionen US-Dollar beträgt rund 4,14 Millionen US-Dollar im Gegenwert von 76,795 Millionen Schilling (BGBl. Nr. 413/1986). Im Juni 1989 wurde eine 3. Wiederauffüllung beschlossen, wobei das Gesamtvolumen 566,304 Millionen US-Dollar beträgt. Österreich hat sich daran mit 79 970 783 Schilling beteiligt (BGBl. Nr. 174/1991).

Für 1995 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 49,3 Millionen Schilling vorgesehen.

**Gemeinsamer Rohstoffonds (CF)**

Die Zielsetzung dieser Institution ist

1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und
2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Rohstoffonds wurde am 4. Mai 1983 von Österreich ratifiziert, ist jedoch erst am 19. Juni 1989 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 507/1989). Der österreichische Anteil beträgt 2 391 005 Fondsrechnungseinheiten (FRE). Auf Grund des BGBl. Nr. 416/1991 leistet Österreich an den Gemeinsamen Rohstoffonds einen freiwilligen Beitrag in Höhe von 2 Millionen US-Dollar. Dieser Betrag wurde bereits anlässlich der 5. Welthandelskonferenz im Mai 1979 von Österreich zugesagt. Die Zahlung wird in mehreren Raten erfolgen.

Für 1995 ist ein Betrag von 5 Millionen Schilling veranschlagt.

**Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)**

Das Übereinkommen zur Errichtung der EBRD wurde am 29. Mai 1990 von Österreich unterzeichnet und ist am 28. März 1991 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 222/1991). Österreich hat 22 800 Anteile im Gegenwert von 228 Millionen ECU gezeichnet. Davon sind 68,4 Millionen ECU (30 vH) in fünf gleichen Jahresraten zum Teil durch Schatzscheinerlag, zum Teil bar in den Jahren 1991 bis 1995 einzuzahlen.

Für 1995 ist dafür ein Betrag von 191,520 Millionen Schilling veranschlagt.

**Europäische Investitionsbank (EIB)**

Durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft mit 1. Jänner 1995 wurde Österreich gleichzeitig auch Mitglied der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Für 1995 sind Mittel in Höhe von 2.088,638.832 Schilling vorgesehen.

**Voranschlagsansätze 1/54093 und 2/54094 Sonstige Unternehmungen**

Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Bei den veranschlagten Ausgabenbeträgen handelt es sich um einen Kauf von Anteilen an der Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. (0,3 Millionen Schilling), und die Kapitaleinzahlungen für künftige Kapitalerhöhungen bei den Bundesländerflughäfen (Klagenfurt 62 Millionen Schilling und Linz 112 Millionen Schilling). Den Ausgaben für die Bundesländerflughäfen stehen gleich hohe Einnahmen beim VA-Ansatz 2/54307 gegenüber.

Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Flughafen Wien AG, CA-BV, Bank Austria AG sowie Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Ges. m. b. H.

**Paragraph 2/5407 Oesterreichische Nationalbank**

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.

Für das Geschäftsjahr 1994 werden 6 053 Millionen Schilling Gewinnabfuhr und eine Dividende in Höhe von 7,500 Millionen Schilling veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 2/54084 Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen**

Aus dem Bereich der Bundesbeteiligung zählen dazu die Austria Tabakwerke AG und Österreichische Salinen AG.



Der Austria Tabakwerke AG, vorm. Österreichische Tabakregie, obliegt gemäß dem Tabakmonopolgesetz 1968, BGBl. Nr. 38/1968, die Verwaltung dieses Staatsmonopols. Die Tabakregie besteht seit 1784, in der Rechtsform einer AG seit 1939. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt seit 1. Jänner 1986 2 200 Millionen Schilling und steht zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.

Für das Jahr 1994 wird eine Dividende von 308 Millionen Schilling erwartet.

Der Österreichischen Salinen AG obliegt gemäß dem Salzmonopolgesetz 1978, BGBl. Nr. 124/1978, die wirtschaftliche Verwaltung dieses Staatsmonopols. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt seit 1. Jänner 1987 500 Millionen Schilling und steht zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.

Für das Jahr 1994 wurde eine Dividende von 18 vH oder 90 Millionen Schilling veranschlagt.

## **Titel 2/541 Kapitalbeteiligung (Erlöse)**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsbefugnis des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	877,0
1994 .....	7 585,9
1994 vorl. Erf. ....	350,4
1995 .....	13 000,1

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

In dem für 1995 ausgewiesenen Betrag sind, ua. weitere Erlöse aus der Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an der CA-BV, Bank Austria AG, der Flughafen Wien AG, der Vorarlberger Illwerke AG und der Austria Ferngas GesmbH. enthalten.

## **Titel 542 Bundesdarlehen**

### **Aufgaben**

Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, Darlehen, im Rahmen der Hilfeleistungen an osteuropäische Staaten sowie Mitwirkung an der Interessenvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaurdarlehen der Österreichischen Bundesbahnen und Post- und Telegraphenverwaltung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	108,9	224,5
1994 .....	56,3	215,0
1994 vorl. Erf. ....		
1995 .....	45,7	253,2

Für das Jahr 1995 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaurdarlehen an die BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Ges. m. b. H. zur Finanzierung des allgemeinen Beamtenwohnbaues (20,500 Millionen Schilling) sowie zweckbestimmten Wohnraumfinanzierung des Bundesministeriums für Finanzen (2,700 Millionen Schilling), weiters für Wohnbaurdarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (9,000 Millionen Schilling) und der Post- und Telegraphenverwaltung (8,800 Millionen Schilling) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten.

Außerdem wurden auf Grund entsprechender Darlehensbestimmungen zu den BUWOG-, ÖBB-, PTV- und ÖBF-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszuzahlung) rund 4,7 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTV erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung.

Zur Verrechnung der Darlehen im Sinne der Ermächtigung gemäß Art. V (1) 9 BFG 1994 ist der VA-Ansatz 1/54285 „Ausland“ und zur Verrechnung der Zinsen und Darlehensrückzahlungen der Paragraph 2/5428 „Ausland“ vorgesehen. Im BVA 1994 sind Zinseinnahmen in Höhe von 80 Millionen Schilling präliminiert.

Bei den Einnahmen handelt es sich weiters um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Bereich der Wohnbaudarlehen sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB der Großglockner-Hochalpenstraßen AG, „Dachstein“ Fremdenverkehrs-AG, Flughafen Salzburg Betriebsges.m.b.H., Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

## **Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile**

### **Aufgaben**

Die österreichischen Verkehrsflughäfen mit Bundesbeteiligung werden — mit Ausnahme des Flughafens Wien — überwiegend in der Form finanziert, daß der Bund, das jeweils beteiligte Bundesland und die Landeshauptstadt im Verhältnis ihrer Beteiligungen an den einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften Mittel bereitstellen, aus denen die einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften als Treuhänder die für den Flugbetrieb notwendigen Anlagen (insbesondere Bewegungsflächen, Flugsicherungsanlagen und Abfertigungs- und Betriebsgebäude) errichten und instand halten. Diese Anlagen stehen nicht im Eigentum der Betriebsgesellschaften, sondern im Miteigentum der an ihnen beteiligten drei Gebietskörperschaften und stellen daher bei diesen ein abgetrenntes Sondervermögen dar. Es ist geplant, daß die Flughafenbetriebsgesellschaften, wenn sie finanziell in der Lage sind, die Abschreibungen dieser Anlagewerte zu verdienen, das Treuhandvermögen zum Teil oder zur Gänze erwerben und in das Betriebsvermögen übernehmen. Mit der 1995 beabsichtigten Übernahme des Treuhandvermögens der Flughäfen Klagenfurt und Linz in das Betriebsvermögen ist diese Planung abgeschlossen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	—	12,4
1994 .....	—	323,0
1994 vorl. Erf. ....	—	58,9
1995 .....	—	174,0

Die Einnahmen betreffen die Rückzahlungen aus dem Treuhandvermögen der Flughäfen Klagenfurt und Linz.

Dem für 1995 veranschlagten Einnahmenbetrag steht korrespondierend eine gleich hohe Ausgabenveranschlagung beim VA-Ansatz 1/54093 gegenüber.

## **Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz**

### **Gesetzliche Grundlage**

Verbotsgesetz, StGBI. Nr. 13/1945.

### **Aufgaben**

#### **Ehem. NS-Vermögen**

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes, in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträge aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

**Kapitel 54 — Titel 546**

215

**Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse**

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflubarer Willenserklärungen der Anspruchberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	0,0	94,9
1994 .....	2,1	70,6
1994 vorl. Erf. ....	0,4	82,6
1995 .....	2,0	71,2

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre. Ab 1993 werden die Einnahmen aus der Präklusion von Banknoten hier verrechnet.

**Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen****Gesetzliche Grundlagen**

Bundesfinanzgesetz 1995 — Art. XI;

Vermögensverfallgesetz, BGBl. Nr. 213, in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955;

Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173/1962;

Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993.

**Aufgaben**

Das unbewegl. Bundesvermögen wird von den verschiedensten Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzen obliegt es nun, Verfügungen über dieses unbewegl. Bundesvermögen, wie Verkäufe, Tausche, Belastungen mit Baurecht, Servitutseinräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, daß eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.

Gemäß BIG-Gesetz kann der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten das Recht der Fruchtnießung an bestimmten bundeseigenen Liegenschaften der Bundesimmobiliengesellschaft übertragen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	—	719,5
1994 .....	0,0	1 644,3
1994 vorl. Erf. ....	—	737,7
1995 .....	0,0	830,1

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Veranschlagung für 1995 richtet sich nach den in Aussicht genommenen Grundstücksveräußerungen. Außerdem sind Einnahmen in Höhe von 700 Millionen Schilling für die Übertragung des Fruchtgenußrechtes an bundeseigenen Liegenschaften veranschlagt.

**Einnahmen**

Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinse, einmalige Servitutsentgelte einschließlich Fruchtgenußentgelt) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinsen (Nutzungen usw.) veranschlagt.

**Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes****Gesetzliche Grundlagen**

Energieanleihegesetz, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/1972, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 311/1994 sowie 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 114/1994;

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1988;

Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;

Prämiensparförderungsgesetz, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 532/1993;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und an die Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 628/1991;

Bundesgesetz, betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;

Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 961/1993;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 962/1993;

Ausfuhrförderungsverordnung 1981, BGBl. Nr. 257/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 130/1994;

AUA-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 335/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1982;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1993;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 233/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 28/1971;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Rundfunk Gesellschaft m.b.H., BGBl. Nr. 396/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 27/1971;

Tauernautobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 115/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Besitzstruktur bäuerlicher Betriebe gefördert werden, BGBl. Nr. 298/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 731/1974;

Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 479/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Arlberg-Schnellstraße-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 113/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 591/1982;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., BGBl. Nr. 116/1973;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan AG, BGBl. Nr. 579/1973;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Axamer Lizum Aufschließungs AG, BGBl. Nr. 185/1974;

Erdgasanleihegesetz, BGBl. Nr. 420/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 60/1979;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, BGBl. Nr. 788/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1979;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 973/1993;

Chemie-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 156/1976;

Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1992;

Garantiesgesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 255/1993;

Polenkohlegarantiesgesetz, BGBl. Nr. 555/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 290/1981;

Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 419/1991;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds“ und des „Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerungsfonds“ auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1988;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1986;

Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 93 Abs. 5 BWG; BGBl. Nr. 532/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Österreichischen Bundesbahnen bei der EUROFIMA, BGBl. Nr. 968/1993.

Haftung des Bundes für Kreditoperationen gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1994 in der Fassung BGBl. Nr. 665/1994 und BGBl. Nr. 975/1994;

### Aufgaben

Im Rahmen der Förderungsaufgaben des Bundes haben die Bundeshaftungen mit der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 1993 wurden Bundeshaftungen von rund 2 324 968 Millionen Schilling übernommen.

Millionen Schilling

Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1993 weisen inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen ..... rund 121 438 aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regreßforderungen im Betrage von ..... rund 110 836 entgegenstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug ..... rund 10 602 somit nur rund 0,46 vH der bisher übernommenen Bundeshaftungen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	14 495,2	11 703,2
1994 .....	13 652,0	11 469,5
1994 vorl. Erf. ....	15 007,2	10 684,3
1995 .....	13 306,6	10 854,2

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFFG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

### Haftungsobligo

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1980 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab:

#### Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes <sup>1) 2)</sup>

Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in		Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen in	
		Fremdwährung in Millionen Schilling	Schillingwährung			Fremdwährung in Millionen Schilling	Schillingwährung
1980 .....	258 410	73 140	185 270	1987 .....	499 404	137 263	362 141
1981 .....	360 693	117 112	243 581	1988 .....	520 507	148 172	372 335
1982 .....	400 615	118 078	282 537	1989 .....	560 209	166 715	393 494
1983 .....	440 818	126 908	313 910	1990 .....	598 398	183 700	414 698
1984 .....	490 127	147 380	342 747	1991 .....	614 193	194 102	420 091
1985 .....	497 593	141 076	356 517	1992 .....	644 673	219 415	425 258
1986 .....	496 643	134 345	362 298	1993 <sup>3)</sup> .....	676 721	242 757	433 964

Fußnoten am Ende des Kapitels.

**Stand der Haftungen des Bundes Ende 1993 <sup>1) 4)</sup>**Stand per 31. 12. 1993  
Millionen Schilling

Elektrizitätswirtschaft:			
a) Auslandskredite .....	3 211,53		
b) Auslandsanleihen .....	8 970,92		
c) Energieanleihen (Inland) .....	7 397,02		
d) Sonstige Inlandkredite .....	6 589,96		26 169,43
Ausfuhrförderungsgesetz .....			310 181,42
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz .....			171 287,01
Agrarinvestitionskredite .....			680,08
Verstaatlichte Unternehmungen (ohne E-Wirtschaft) .....			48 980,17
Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist:			
a) Straßenbau .....	72 172,93		
b) Bundeshochbauten .....	4 823,08		
c) Eisenbahnhochleistungsstrecken .....	13 990,57		
d) Sonstiges .....	20,52		91 007,10
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds .....			16 367,42
Bundeswohnbaufonds .....			3 485,00
Sonstige Kredite:			
a) Prämien sparen .....	0,69		
b) Finanzierungsgarantie Ges. m. b.H. (EE-Fonds) .....	6 049,59		
c) Atomhaftpflichtgesetz .....	260,00		
d) Erdöllagerges. m. b. H. ....	1 077,03		
e) Polenkohlegarantiegesetz .....	1 176,35		8 563,66
Gesamtsumme .....			676 721,29

**Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen <sup>5)</sup>  
1980—1993**

	Ausfuhrförderung <sup>6)</sup>		Übrige	
	Inanspruchnahme	Rückflüsse in Millionen Schilling	Inanspruchnahme	Rückflüsse
1980 .....	1 898,6	926,9	26,6	3,1
1981 .....	2 660,7	2 242,1	362,8	6,2
1982 .....	3 772,5	1 771,1	374,6	2,6
1983 .....	3 830,5	1 327,7	260,1	4,2
1984 .....	5 689,2	2 724,0	69,0	1,5
1985 .....	7 097,8	6 961,3	39,8	4,9
1986 .....	9 100,2	3 666,2	16,5	0,2
1987 .....	9 329,6	9 618,3	34,1	2,4
1988 .....	6 162,4	3 902,0	40,0	2,0
1989 .....	9 187,5	8 071,6	38,7	2,2
1990 .....	9 627,9	5 804,2	37,0	2,0
1991 .....	14 851,6	11 032,6	59,4	4,9
1992 .....	13 424,8	8 329,8	59,7	1,7
1993 .....	14 274,6	8 550,7	40,9	1,9

**Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen****Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993;

Fußnoten am Ende des Kapitels.

Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG, BGBl. Nr. 206/1982;

Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 576/1989;

Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 255/1990 und BGBl. Nr. 767/1992;

Leistung eines Beitrages zur von der Weltbank verwalteten Globalen Umweltfazilität, BGBl. Nr. 417/1991;

Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979.

### **Aufgaben**

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundesgesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes geleistet werden. Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG, ersatzweise Zahlung von Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG und die Creditanstalt-Bankverein auf Grund der zitierten Bundesgesetze, Kostenersatzzahlungen an die ASFINAG zur Hochbaufinanzierung und Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen wird ua. die Gewinnabfuhr der Österreichischen Postsparkasse verrechnet.

	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichs-
	Sachausgaben	Einnahmen	haushalt
	Millionen Schilling		
1993 .....	7 682,6	83,1	1 455,1
1994 .....	7 135,1	57,6	1 251,8
1994 vorl. Erf. ...	3 455,6	159,1	1 251,8
1995 .....	3 373,5	158,0	4 345,6

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Abweichungen gegenüber 1994 resultieren einerseits aus dem Wegfall der Zinszahlungen und andererseits aus höheren Tilgungen nach den ÖIAG-Anleihegesetzen.

Weitere Abweichungen ergeben sich aus geringeren Ersatzzahlungen an die Bank Austria AG, aus geringeren Kostenersätzen an die ASFINAG für die Finanzierung von Eisenbahn-Hochleistungsstrecken und Hochbauten sowie dem Entfall der Veranschlagung des Kohäsionsfonds. Höhere Einnahmen ergeben sich aus einer höheren Gewinnabfuhr der ÖPSK.

### **Vorschlagsansatz 1/54817 Zahlungen an den ERP-Fonds**

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50 Jahresraten an den ERP-Fonds zu leisten. Als 30. Rate werden für 1995 128 000 Schilling benötigt.

Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund

als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten. Als Jahresrate 1995 wurden für Kapital und Zinsen 5,584 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Paragraph 5482 Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien**

Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.

Die Kostenersatzzahlungen des Bundes umfassen daher noch für die Jahre ab 1988 die in der 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 223/1985, geregelte Bereitstellung von Bundesmitteln für die Ausfinanzierung der Bauaufwendungen sowie die Erhaltung und Verwaltung der beiden Gebäude.

Für das Jahr 1995 wurden als Kostenersatz des Bundes 134,400 Millionen Schilling (Ifd. Transferzahlungen) veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien werden 2,600 Millionen Schilling erwartet.

Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieorganisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Die laut Abkommen vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen haben sich dadurch für die einzelnen Mitglieder von 33 333 U\$ auf 25 000 U\$ verringert. Von der Republik Österreich sind außerdem größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.

Für 1995 wurden hierfür insgesamt 8,352 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Voranschlagsansatz 1/54838 Abgeltung an Donaukraftwerke für Aufwand im öffentlichen Interesse**

Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.

Der Beitrag für das Kraftwerk Melk der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 9. Mai 1978 mit 1 850 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer und Zwischenfinanzierungskosten festgelegt. Als 17. Jahresrate wurden für 1995 184,704 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 31. März 1981 mit 2 350 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen.

Für das Jahr 1995 sind 146,688 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Freudenau der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 28. Juli 1992 mit 1 500 Millionen Schilling zuzüglich Zwischenfinanzierungskosten festgelegt.

Für das Jahr 1995 sind 168,768 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Voranschlagsansatz 1/54846 Sonstige Zahlungsverpflichtungen; Förderungen**

Hiezu zählen Zuschüsse an die Olympia-Eissportzentrum-Innsbruck-Ges. m. b. H. zur Abdeckung des laufenden Aufwandes (4,6 Millionen Schilling), Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) zur Abdeckung des zu erwartenden Finanzierungsbedarfes (345,600 Millionen Schilling).

#### **Voranschlagsansätze 1/54847 und 7/54847 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**

##### **Ersatz an ÖIAG**

Auf Grund der ÖIAG-Finanzierungsgesetze, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983, BGBl. Nr. 298/1987 und BGBl. Nr. 973/1993, werden zu den für die Sanierung, Umstrukturierung und Eigenkapitalausstattung der VOEST, VEW, BBU bzw Nachfolgegesellschaft genehmigten Kreditaufnahmen der ÖIAG Kreditzinsen und Tilgungszahlungen aus dem Bundeshaushalt geleistet.



Für 1995 wurden die erforderlichen Mittel für Tilgungen mit 4 345,593 Millionen Schilling angesetzt.

### **Beiträge an die Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)**

Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar. Seither wurde jährlich ein gleich hoher Beitrag gezahlt (BGBl. Nr. 293/1987, BGBl. Nr. 255/1990, BGBl. Nr. 767/1992).

Im Jahre 1992 wurde mit BGBl. Nr. 395/1992 festgelegt, den österreichischen Anteil für die Jahre 1993, 1994 und 1995 auf 4,5 Millionen US-Dollar zu erhöhen.

Für 1995 ist ein Beitrag in Höhe von 18 Millionen Schilling vorgesehen.

### **Globale Umweltfazilität der Weltbank**

1991 wurde die Globale Umweltfazilität der Weltbank gegründet, die die Finanzierung von Programmen und Projekten zur Bekämpfung globaler Umweltprobleme zum Ziel hat. Österreich hat sich zur Leistung eines Beitrages in Höhe von 400 Millionen Schilling verpflichtet (BGBl. Nr. 417/1991). Die Zahlung dieses Betrages erfolgt durch Schatzscheinerlag in drei gleichen Raten in den Jahren 1991 bis 1993.

Mit Bundesgesetz wird sich Österreich zur Leistung eines Beitrages zur 1. Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität in Höhe von 231,510 Millionen Schilling verpflichten. Dieser Betrag wird zur Gänze in Bundesschatzscheinen in drei gleichen Raten beginnend im Jahre 1995, geleistet werden.

Für 1995 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 92,2 Millionen Schilling vorgesehen.

### **Voranschlagsansatz 1/54848 Aufwendungen**

#### **Leistungen an Bank Austria AG**

Gemäß Bundesgesetz von 31. März 1982, BGBl. Nr. 206 hat der Bund der Gesamtrechtsnachfolgerin Bank Austria AG Zinsen und Tilgungen in Höhe von 276,042 Millionen Schilling im Jahr 1995 zu ersetzen.

#### **Leistungen an Creditanstalt-Bankverein**

Gemäß Bundesgesetz vom 6. November 1985, BGBl. Nr. 484/1985, ist für die vorgesehene Übernahme von Annuitätenzahlungen zu den von der CA-BV an ihre Tochtergesellschaften Steyr-Daimler-Puch AG, Maschinenfabrik Andritz AG und Maschinenfabrik Heid AG gewährten Zuschüssen die Veranschlagung von 557,998 Millionen Schilling vorgenommen worden.

#### **Leistungen an ÖIAG**

Gemäß Bundesgesetz vom 30. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993, sind vom Bund der ÖIAG alle anfallenden Rechtsgeschäftsgebühren und sonstigen Kosten aus der Umschuldung von bundesbehafteten Anleihen, Darlehen oder Krediten zu ersetzen.

Für 1995 ist ein Betrag von 86,4 Millionen Schilling vorgesehen.

#### **Ersatz an ASFINAG**

Für die gemäß BGBl. Nr. 510/1987 und BGBl. Nr. 136/1989, in Verbindung mit BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 963/1993, zu leistenden Mindestkostensätze des Bundes an die Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs-AG (ASFINAG) für deren Hochbau- und Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-Finanzierung, wurden für 1995 268,8 bzw. 1 075,2 Millionen Schilling veranschlagt.

### **Voranschlagsansatz 2/54834 Verschiedene Abfuhrer**

#### **Gesetzliche Grundlage**

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 763/1992.

Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Österreichischen Postsparkasse wird auf Grund des zu erwartenden Geschäftsergebnisses im Jahre 1994 mit 150 Millionen Schilling angenommen.

**Paragraph 2/5484 Sonstige Forderungen***EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal*

Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedsstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzahlung des Fondskapitals an die Mitgliedsstaaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 13,7 Millionen Schilling ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1998 aufgeschoben.

Ab dem fünften Jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für 1995 wurden hierfür 5,4 Millionen Schilling veranschlagt.

<sup>1)</sup> In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsobligo ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird.

<sup>2)</sup> Kapitalbeträge.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387 und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

<sup>3)</sup> Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betragen zum 31. Dezember 1993 191 953 Millionen Schilling.

<sup>4)</sup> Kapitalbeträge.

<sup>5)</sup> Bei den Haftungsübernahmen für die Elektrizitätswirtschaft und den Bausektor im Bereich des Bundes erfolgten keine Haftungsübernahmen.

Die Beträge früherer Jahre sind aus folgenden Amtsbehelfen zu ersehen: 1948—1959: Amtsbehelf zum BFG 1983, Seite 387 und 1960—1979: Amtsbehelf zum BFG 1992, Seite 211.

<sup>6)</sup> Auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungs-Förderungsgesetzes.

## Kapitel 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge und des Bundespflegegeldes sowie die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer und die Pensionen der ÖBB. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, Zahlungen der Österreichischen Postsparkasse, der Beitrag der ÖBB zur Deckung des Pensionsaufwandes und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1989 bis 1993 ist der Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kap. 55 zu entnehmen.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	40 531,8	8 335,9	48 867,7	5 716,7
1994 .....	46 368,4	8 655,6	55 024,0	10 533,5
1994 vorl. Erf. . .	47 463,6	8 581,5	56 045,1	10 991,6
1995 .....	29 427,5	29 993,1	59 420,6	12 133,5

Im einzelnen ist zu bemerken:

### **Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1993;

Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;

Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1994;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 532/1993.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz geregelt. Diese Regelungen wurden mit den BGBl. Nrn. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973 bekanntgegeben.

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	25 978,2	109,0	26 087,2	206,2
1994 .....	26 899,0	0,0	26 899,0	210,2
1994 vorl. Erf. . .	27 389,1	101,7	27 490,8	221,6
1995 .....	29 042,4	666,3	29 708,7	223,9

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Das Mehrerfordernis bei den Personalausgaben ist — abgesehen von der allgemeinen Pensionserhöhung mit 1. Jänner 1995 — darauf zurückzuführen, daß die Anzahl der Ruhebezugsempfänger stark steigt und die neu anfallenden Bezüge höher sind als die weggefallenen. Die Steigerung bei den Sachausgaben ergibt sich aus der Umstellung der Verrechnung des Pflegegeldes vom Personalaufwand zum Sachaufwand.

**Titel 551 Ersätze an Länder****Gesetzliche Grundlage**

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

**Aufgaben**

Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen und Überweisungsbeiträgen.

	Sachausgaben Millionen Schilling
1993 .....	8 225,6
1994 .....	8 644,3
1994 vorl. Erf. ....	8 475,9
1995 .....	8 714,2

**Titel 552 Sonstige Bedienstete****Gesetzliche Grundlagen**

Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 608/1987;

Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 334/1993;

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981;

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 22/1992.

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Montanrentner, Mozarteum, Taubstummeninstitut, Südtiroler, Kanaltaler, Stadtschutzwache, Dorotheum, Vertragspensionen, Versorgungsbezüge nach dem Epidemiegesetz, Pensionisten und Provisionisten der „Austria“ Tabakwerke AG., der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei und Wiener Zeitung, der Münze Österreich AG sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	428,5	1,1	429,6	7,0
1994 .....	431,4	0,0	431,4	6,1
1994 vorl. Erf. ...	412,8	0,9	413,7	6,7
1995 .....	382,1	36,4	418,5	5,7

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verringerung bei den Personalausgaben bzw. die Steigerung bei den Sachausgaben ergibt sich aus der Umstellung der Verrechnung des Pflegegeldes.

**Voranschlagsansätze 1/55305 Pensionsvorschüsse und 2/55309 Pensionsvorschüßersätze**

Nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in der Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

**Kapitel 55 — Titel 556**

225

Im BVA 1995 sind für Pensionsvorschüsse 1,3 Millionen Schilling vorgesehen. Aus Rückzahlungen sind Einnahmen in Höhe von 0,1 Millionen Schilling zu erwarten.

**Voranschlagsansatz 1/55400 Geldaushilfen**

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.

Für 1995 werden 3,0 Millionen Schilling veranschlagt.

**Paragraph 5550 Österreichische Bundesbahnen****Gesetzliche Grundlage**

Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992.

Gemäß § 21 Abs. 2 Bundesbahngesetz 1992 hat der Bund ab 1994 den Pensionsaufwand für die Ruhe- und Versorgungsgenußempfänger der österreichischen Bundesbahnen zu tragen. Zur teilweisen Deckung dieses Pensionsaufwandes leisten die österreichischen Bundesbahnen einen Beitrag in Höhe von 26 vH des Aufwandes an Aktivbezügen für Bundesbahnbeamte. Die von den Bediensteten zu leistenden Pensionsbeiträge verbleiben beim Unternehmen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	14 125,0	—	14 125,0	—
1994 .....	19 035,0	10,0	19 045,0	4 715,0
1994 vorl. Erf. . .	19 661,5	2,8	19 664,4	4 825,0
1995 .....	—	20 575,0	20 575,0	5 040,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Ab dem Rechnungsjahr 1995 erfolgt die Verrechnung der Beiträge des Bundes zum Pensionsaufwand der ÖBB bei den Sachausgaben.

**Titel 2/556 Sonstige Pensionseinnahmen**

	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	5 503,4
1994 .....	5 602,0
1994 vorl. Erf. ....	5 938,1
1995 .....	6 863,8

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Steigerung im Jahr 1995 ist auf die Erhöhung des Pensionsbeitrages und des Pensionssicherungsbeitrages ab 1. Mai 1995 zurückzuführen.

**Voranschlagsansatz 2/55604 Pensionsbeiträge****Gesetzliche Grundlagen**

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995;

Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995.

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Jänner 1994 nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 in Höhe von 10,25 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben. Nach § 3 des Nebengebühreuzulagengesetzes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Ab 1. Mai 1995 beträgt der Pensionsbeitrag 11,75 vH der oben bezeichneten Leistungen.

Im Jahre 1995 werden Pensionsbeiträge in Höhe von insgesamt 6 169,7 Millionen Schilling erwartet.

#### **Voranschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern**

##### ***Gesetzliche Grundlagen***

Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995 (§§ 308 und 529).

Die Überweisungen von Pensionsträgern wurden für 1995 mit 372,2 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Voranschlagsansatz 2/55615 Pensionssicherungsbeitrag**

##### ***Gesetzliche Grundlage***

Abschnitt II A des Pensionsgesetzes 1965 in der Fassung des Pensionsreform-Gesetzes 1993, BGBl. Nr. 334 (Artikel I, Ziffer 1).

Durch das Pensionsreform-Gesetz 1993 ist mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1993 ein Pensionssicherungsbeitrag eingeführt worden. Bei der Festsetzung der Höhe des Pensionssicherungsbeitrages ist neben dem Unterschied zwischen der allgemeinen Erhöhung der monatlich wiederkehrenden Geldleistungen nach dem Pensionsgesetz 1965 und der Anpassung der Pensionen in der gesetzlichen Sozialversicherung auch eine Veränderung der Höhe des Pensionsbeitrages gemäß § 22 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zu berücksichtigen, soweit dessen Höhe 10,25 vH überschreitet.

Gemäß der Verordnung der Bundesregierung, BGBl. Nr. 103/1995, wurde für 1995 ein Pensionssicherungsbeitrag in Höhe von 0,12 vH festgesetzt.

## Kapitel 55 — Titel 556

227

## Anzahl der Pensionisten

Ansatz	Voranschlagsansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 1995			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensions- parteien	Pro- visions- parteien	Zusammen	1989	1990	1991	1992	1993
Anzahl									
550	Bedienstete der Hoheitsver- waltung des Bundes:			1)					
55000	Ruhebezüge .....	50 478	.....	50 478	4) 42 915	4) 43 849	4) 45 022	4) 46 084	4) 47 191
55010	Versorgungsbezüge .....	27 849	.....	27 849	4) 26 804	4) 26 917	4) 27 088	4) 27 305	4) 24 487
55020	Außerordentliche Ver- sorgungsgenüsse .....	108	.....	108	4) 165	4) 151	4) 144	4) 131	4) 120
	Titel 550 (Summe) ...	78 453	.....	78 435	4) 69 884	4) 70 917	4) 72 254	4) 73 520	4) 74 798
552	Sonstige Bedienstete: 2)								
55200	Ruhebezüge .....	196	585	781	3) 1 266	3) 1 176	3) 1 083	3) 1 012	3) 953
55210	Versorgungsbezüge .....	247	555	802	3) 1 086	3) 1 026	3) 964	3) 921	3) 893
55220	Außerordentliche Ver- sorgungsgenüsse .....	518	.....	518	3) 903	3) 834	3) 748	3) 684	3) 614
	Titel 552 (Summe) ...	961	1 140	2 101	3) 3 255	3) 3 036	3) 2 795	3) 2 617	3) 2 460
	Kapitel 55 (Summe) ...	79 396	1 140	80 536	73 139	73 953	75 049	76 137	77 258

1) Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar Ruhebezüge ..... 21  
Versorgungsbezüge ..... 31

2) Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionisten der „Austria“ Tabakwerke AG., des Dorotheums, der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei (einschl. Wiener Zeitung) und der Münze Österreich AG. enthalten.

	1989	1990	1991	1992	1993
3) Hievon Provisionsparteien: Ruhebezüge .....	1 028	942	859	797	739
Versorgungsbezüge .....	748	705	663	642	622
Außerordentliche Versorgungsgenüsse .....	—	—	—	—	—
Summe ...	1 776	1 647	1 522	1 439	1 361

4) Einschließlich Österreichische Postsparkasse.

## Kapitel 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge

### Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.

Auf Grund der Novelle zum BHG, BGBl. Nr. 619/1989, sind auch die Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen Gegenstand der Veranschlagung.

Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.

Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. 6 B-VG, im § 65, 65 a und b BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten.

Verbindlichkeiten aus Währungstauschverträgen stellen keine Finanzschulden dar. Unter Währungstauschverträgen werden solche Verträge verstanden, die von den Vertragspartnern zu dem Zweck abgeschlossen werden, Zins- und/oder Kapitalbeträge auszutauschen.

### Verwaltung und Koordination der Staatsschulden

Gemäß Bundesfinanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 763/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 626/1994, wurde die Verwaltung und Koordination der Finanz- und sonstigen Bundesschulden und die Kassenverwaltung des Bundes der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur GesmbH. übertragen.

### Gesamtgebarung

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993	83 370,7	1 960,5	85 331,2	9 483,1	75 361,1	175 753,0	160 692,2	185 236,2
1994	83 090,8	3 065,8	86 156,6	8 118,2	81 815,1	163 767,7	167 971,8	171 886,0
1994 vorl. Erf.	83 069,4	3 025,9	86 095,3	8 637,9	88 806,7	194 774,6	174 902,0	203 412,5
1995	94 052,7	5 660,1	99 712,8	13 082,0	134 848,6	241 402,5	234 561,4	254 484,5

### Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis ergibt sich — abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Krediten in fremder Währung — vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen (Nettodarstellung) von rd. 1 109 Milliarden Schilling Ende 1993 auf rd. 1 225 Milliarden Schilling Ende 1994.

Genauere Angaben über die einzelnen Schuldarten, über die Laufzeit der Kredite, über die Höhe der Zinsen und Tilgungen in den nächsten Jahren usw. sind aus dem Teilheft zu Kapitel 59, Beilagen III.G und III.H zu ersehen.

### Titel 590 Titrierte Finanzschuld in inländischer Währung

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993	40 074,7	0,0	40 074,7	0,3	27 640,1	103 984,5	67 714,8	103 984,8
1994	38 526,2	0,0	38 526,2	0,5	37 472,7	0,0	75 998,9	0,5
1994 vorl. Erf.	40 999,7	0,0	40 999,7	303,8	43 859,7	106 603,5	84 859,4	106 907,3
1995	44 945,8	0,0	44 945,8	0,5	84 004,1	15 641,0	128 949,9	15 641,5

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzscheine veranschlagt.



**Kapitel 59 — Titel 591 bis 595**

229

**Titel 591 Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung**

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Haushalt Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993 .....	24 732,8	0,0	24 732,8	0,0	8 667,3	7 316,5	33 400,1	7 316,5
1994 .....	22 485,6	0,0	22 485,6	0,0	9 322,7	0,0	31 808,3	0,0
1994 vorl. Erf. ....	22 335,3	0,0	22 335,3	0,0	9 487,7	21 588,1	31 823,0	21 588,1
1995 .....	21 887,3	0,0	21 887,3	0,0	10 685,1	19 353,0	32 572,4	19 353,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen, Darlehen von Kreditunternehmungen, Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften, Sonstige Kredite und Darlehen und die Notenbankschuld verrechnet.

**Titel 592 Titrierte Nullkuponfinanzschuld in inländischer Währung**

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Haushalt Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993 .....	—	—	—	—	—	—	—	—
1994 .....	69,0	0,0	69,0	—	100,0	—	169,0	—
1994 vorl. Erf. ....	69,0	0,0	69,0	0,0	100,0	0,0	169,0	0,0
1995 .....	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

**Titel 593 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung**

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Haushalt Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993 .....	11 040,2	0,0	11 040,2	0,7	11 177,6	41 931,0	22 217,8	41 931,7
1994 .....	12 084,1	0,0	12 084,1	0,0	12 974,8	0,0	25 058,9	0,0
1994 vorl. Erf. ....	12 491,3	0,0	12 491,3	71,4	12 746,6	30 497,0	25 237,9	30 568,4
1995 .....	16 585,2	0,0	16 585,2	1 917,7	9 457,6	25 183,4	26 042,8	27 101,1

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen und Schuldverschreibungen in fremder Währung veranschlagt.

**Titel 594 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung**

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Haushalt Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993 .....	724,6	0,0	724,6	0,0	5 546,3	2 016,1	6 270,9	2 016,1
1994 .....	566,9	0,0	566,9	0,0	16,2	0,0	583,1	0,0
1994 vorl. Erf. ....	610,4	0,0	610,4	17,3	15,6	14 373,2	626,0	14 390,5
1995 .....	1 286,4	0,0	1 286,4	190,7	12 035,3	5 810,7	13 321,7	6 001,4

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung veranschlagt.

**Titel 595 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen (Direktzahlung)**

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Haushalt Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993 .....	5 408,9	0,0	5 408,9	6 519,1	21 074,7	19 249,8	26 483,6	25 768,9
1994 .....	5 425,4	0,0	5 425,4	6 328,4	10 664,4	10 544,9	16 089,8	16 873,3
1994 vorl. Erf. ....	5 470,0	0,0	5 470,0	6 431,0	19 283,0	18 730,2	24 753,0	25 161,2
1995 .....	6 802,6	0,0	6 802,6	7 888,6	17 961,2	15 956,9	24 763,8	23 845,5

**Titel 596 Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen**

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993	890,5	0,0	890,5	1 164,3	1 255,1	1 255,1	2 145,6	2 419,4
1994	788,1	0,0	788,1	1 016,0	3 234,1	3 089,4	4 022,2	4 105,4
1994 vorl. Erf.	1 093,7	0,0	1 093,7	986,2	3 314,1	2 982,7	4 407,8	3 968,9
1995	1 616,4	0,0	1 616,4	1 835,7	0,0	0,0	1 616,4	1 835,7

Bei den Titeln 595 und 596 werden die Ausgaben und Einnahmen aus Währungstauschverträgen veranschlagt. Die Zahlungen beim Titel 596 werden jedoch über Bankkonten des Bundes abgewickelt.

Den Einnahmen aus Währungstauschverträgen bei den Titeln 595 und 596 stehen entsprechende Ausgaben bei den Ansätzen der dazugehörigen Finanzschuld bei den Titeln 593 und 594 gegenüber. Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Emissionsverlusten bzw. -gewinnen und Spesen aus dem Abschluß von Währungstauschverträgen werden beim Titel 599 mitveranschlagt.

**Titel 597 Titrierte Nullkuponfinanzschuld in fremder Währung**

	Zinsen	Allgemeiner Haushalt		Einnahmen	Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt	
		Sonstiges	Summe Ausgaben		Tilgung	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling								
1993	498,9	—	498,9	1 261,9	—	—	498,9	1 261,9
1994	0,0	0,0	0,0	—	—	—	0,0	—
1994 vorl. Erf.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
1995	705,0	0,0	705,0	0,0	705,0	0,0	1 410,0	0,0

Dieser Titel war bis 1993 als „Nullkuponfonds“ bezeichnet gewesen (siehe weitere Erläuterungen unter 1/59917).

**Titel 598 Pauschalvorsorge**

	Allgemeiner Haushalt Sachausgaben	Ausgleichshaushalt	
		Tilgung	Einnahmen
Millionen Schilling			
1993	—	—	—
1994	3 145,5	8 030,2	150 133,5
1994 vorl. Erf.	—	—	—
1995	224,0	0,2	159 457,5

**Paragraph 5981 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung**

Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,4 Millionen Schilling und an Tilgung 0,2 Millionen Schilling veranschlagt.

**Paragraph 5983 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung****Gesetzliche Grundlage**

Bundshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z 2.

Bei diesem Paragraph wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die 1994 nach Erstellung des Voranschlages und für die im Jahre 1995 durchzuführenden Kreditoperationen veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedeckung von Überschreitungen [überplanmäßige Ausgaben gem. § 41 (3) BHG] bei den Titeln 590, 591, 593 und 594.

Im Voranschlag 1995 sind für Zinsen und Aufgeld 223,6 Millionen Schilling und für Tilgungen 0,0 Millionen Schilling vorgesehen.

**Voranschlagsansatz 8/59849 Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG****Gesetzliche Grundlage**

Bundshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 16, Abs. 1.

Die **Veranschlagung** der Erlöse aus Kreditaufnahmen (ausgenommen Einnahmen aus Währungstauschverträgen und aus bereits im Laufe dieses Jahres durchgeführten Kreditoperationen) erfolgt bei diesem VA-Ansatz, da die Zuordnung zu den endgültigen Verrechnungsansätzen erst nach der jeweiligen Kreditaufnahme durchgeführt werden kann.

Im Voranschlag 1995 sind die Erlöse aus solchen Kreditaufnahmen mit 159 457,468 Millionen Schilling angesetzt.

#### **Paragraph 5985 Devisentermingeschäfte**

Bei diesem Paragraph werden alle Einnahmen und Ausgaben für Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Verpflichtungen bzw. Forderungen des Bundes aus dem Titel Finanzschuld verrechnet.

#### **Titel 599 Sonstiger Aufwand bzw. Sonstige Einnahmen**

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	1 960,5	536,8
1994 .....	3 065,8	773,3
1994 vorl. Erf. ....	3 025,9	828,2
1995 .....	5 660,1	1 248,6

#### **Voranschlagsansätze 1/59908 und 2/59904**

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden vor allem Emissionsverluste, Provisionen und Spesen bzw. Emissionsgewinne im Zusammenhang mit der Finanz-Schuldengebarung und dem Abschluß von Währungstauschverträgen veranschlagt.

Im Voranschlag 1995 sind dafür Ausgaben in Höhe von 5 283,8 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 564,5 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Voranschlagsansätze 1/59917 Dotierung des Nullkuponfonds und 2/59914 Überweisung des Nullkuponfonds**

Bis zum Jahre 1993 wurden die **Dotierung** bzw. die **Überweisungen** des Nullkuponfonds beim Titel 597 veranschlagt und verrechnet. Die **Rückzahlung** der Nullkuponfinanzschuld (Aufgeld und Tilgung) wird ab 1994 bei den Titeln 1/592 (inländische Währung) und 1/597 (fremde Währung) veranschlagt.

#### **Gesetzliche Grundlage**

Nullkuponfondsgesetz, BGBl. Nr. 82/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 764/1992.

Durch die Emission von Prämienwertpapieren bzw. den Abschluß entsprechender Währungstauschverträge, bei denen keine Zinsenaufwendungen während der Laufzeit, sondern erst am Ende der Laufzeit kumuliert in Form von Tilgungsagios anfallen, ergäbe sich eine Verschiebung des Zinsenaufwandes in das Tilgungsjahr.

Mit dem Nullkupongesetz wird bestimmt, daß der Bund an den Nullkuponfonds jährlich Überweisungen in der Höhe der Zinsen für ein Jahr auf Basis des am Fälligkeitstag aushaftenden Standes der jeweiligen Nullkuponfinanzschuld zu leisten hat.

Am Ende der Laufzeit jeder Nullkuponfinanzschuld bzw. jedes Währungstauschvertrages hat der Nullkuponfonds die hierfür insgesamt überwiesenen Mittel samt den dazugehörigen Veranlagungserträgen dem Bund zur Verfügung zu stellen. Die Überweisungen haben in der Währung zu erfolgen, in der die Zinsenverpflichtungen des Bundes eingegangen wurden.

Im Voranschlag 1995 sind dafür Ausgaben in Höhe von 376,4 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 684,1 Millionen Schilling vorgesehen.

**Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere der Anlage zu § 2, Teil 1 und 2, Abschnitt K.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	1 626,6	16 180,1	17 806,7	2 957,1
1994 .....	1 644,3	17 412,4	19 056,7	3 037,4
1994 vorl. Erf. . .	1 715,3	18 751,0	20 466,3	3 066,1
1995 .....	1 749,5	29 289,0	31 038,5	2 847,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen folgendes zu bemerken:

**Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft****Gesetzliche Grundlagen**

- AMA-Gesetz, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1994;
- Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992;
- Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 970/1993;
- Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 299/1989;
- Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 185/1993;
- Hydrographiegesetz, BGBl. Nr. 58/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1987;
- Wassergüteerhebungsverordnung, BGBl. Nr. 338/1991;
- Saatgutgesetz, BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1994;
- Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 97/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1987;
- Qualitätsklassengesetz, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 904/1993.

**Aufgaben**

Angelegenheiten der Agrarpolitik und des Landwirtschaftsrechts, Ernährungswesen; Angelegenheiten der Forstpolitik und des Forstrechts; Ordnung des Binnenmarktes hinsichtlich land-, ernährungs- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel mit Ausnahme der Preisregelung, Preisüberwachung und der Angelegenheiten der Preistreiberei; Regelung der Ein- und Ausfuhr von Waren, die Gegenstand der Urproduktion der heimischen Landwirtschaft sind; Weinrecht und Weinaufsicht; Angelegenheiten der Bodenreform und der Agrarbehörde; Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken; Entschuldung der Land- und Forstwirtschaft; Angelegenheiten des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft mit Ausnahme der wasserbautechnischen Angelegenheiten der Wasserstraßen sowie der Wasserversorgung und Kanalisation; Angelegenheiten des Pflanzenschutzes; Angelegenheiten der Schulerhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen sowie Dienstrechtsangelegenheiten der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen, soweit diese nicht dem Bundeskanzleramt obliegen; Land- und forstwirtschaftliches Börsenwesen; Angelegenheiten der beruflichen Vertretung der auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft selbständig Erwerbstätigen; Angelegenheiten der Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren; Verwaltung der spezifischen land- und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten der Österr. Bundesforste, Bundesgärten, Spanischen Reitschule; Angelegenheiten der Jagd und Fischerei; Wahrung der wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Belange bezüglich aller Grenzgewässer und der wasserbautechnischen Belange bezüglich der Grenzgewässer gegenüber dem Ausland, soweit es sich dabei nicht um die schiffbaren Flüsse Donau und March und die Thaya von der Staatsgrenze bei Bernhardstal bis zur Mündung in die March handelt.

**Kapitel 60 — Titel 600**

233

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	300,1	631,5	931,6	114,3
1994 .....	300,9	591,1	892,0	128,7
1994 vorl. Erf. ...	316,5	605,3	921,8	110,0
1995 .....	324,0	1 255,0	1 579,0	119,8

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die gegenüber 1994 höheren Personalausgaben sind unter anderem auf Planstellenvermehrungen zurückzuführen.

Die Steigerung bei den Sachausgaben beruht auf der Veranschlagung der Verwaltungsausgaben für die Agrarmarkt-Austria sowie der Aufwendungen für die Einführung eines integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems.

**Paragraph 6000 Zentralleitung**

Der Paragraph 6000 umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen in deren Rahmen für den Aufwand eines Fahrzeuges für besondere Zwecke vorgesorgt wird und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gem. BGBl. Nr. 1/1959, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 476/1974, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gem. BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947, für die Staubeckenkommission gem. BGBl. Nr. 222/1985, und für die Bundesprüfungskommission vorgesehen.

Die Bundesaufsicht über die „Agrarmarkt Austria“ wird auf Grund der Bestimmungen des AMA-Gesetzes 1992, BGBl. Nr. 376, vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

**Internationale Institutionen**

Weiters ist bei diesem Paragraph für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

**Paragraph 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen****Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen**

Die veranschlagten Mittel dienen der Erstellung des in § 9 LWG vorgesehenen **Lageberichtes** („Grüner Bericht“) sowie der Information über die österreichische Land- und Forstwirtschaft. Mit diesem Bericht an die Bundesregierung und an das Parlament wird auch die Öffentlichkeit über die Probleme der Agrarwirtschaft sowie die Situation der bäuerlichen Familien im ländlichen Raum informiert.

Weiters sind die veranschlagten Mittel für **Anerkennungsprämien** an buchführende Landwirte vorgesehen. Österreich hat Daten von freiwillig buchführenden Landwirten an die EU zu liefern.

Weiters sind aus den veranschlagten Mitteln die Personal- und Reisekosten der **Betriebsstatistiker** zur Erfüllung des Arbeitsprogrammes zu bestreiten sowie die verpflichtende Einrichtung des **INVEKOS** zu finanzieren.

Die veranschlagten Mittel für **landtechnische Grundlagenarbeiten** dienen zur Untersuchung praxisnaher Probleme im Zusammenhang mit der Mechanisierung und den baulichen Erfordernissen in der Landwirtschaft, Energiealternativen sowie zur Prüfung zeitsparender Arbeitsmethoden. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind auf verschiedenen Förderungsgebieten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft mitbestimmend und für eine möglichst wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel richtungswesend.

Weiters wird die Herausgabe landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert.

Die veranschlagten Mittel für den **Berghöfekataster** sind für Erhebungen der Statistiker vor Ort auf Grund der Befliegungsergebnisse des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen im Zusammenhang mit der Erstellung des „Neuen Berghöfekatasters“ vorgesehen.

Die veranschlagten Mittel dienen weiters der Führung des **Wasserwirtschaftskatasters**, BGBl. Nr. 34/1969, wobei hier die Schwerpunkte der Arbeiten bei der Bestandsaufnahme, Auswertung und Evidenthaltung der maßgeblichen wasserwirtschaftlichen Faktoren im gesamten Bundesgebiet sowie bei der wasserwirtschaftlichen Dokumentation liegen.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an **das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum**.

Die Mittel unter der Voranschlagspost „**Forstpolitische Unterlagen**“ dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmensschöpfung bäuerlicher Betriebe, der Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben sowie der Bewertung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes. Außerdem sind hier Mittel für die Verbesserung der Erhebung des Waldzustandes sowie für die Erweiterung des „Waldberichtes“ nach § 16 Forstgesetz gemäß der Entschließung des Nationalrates vom 28. November 1989 veranschlagt. Außerdem sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen; darüber hinaus ist die Auswertung und die Herausgabe der jeweiligen Gesamtergebnisse des Waldentwicklungsplanes Österreichs erforderlich. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hierfür veranschlagt.

#### **Paragraph 6004 Notstandspolizeiliche Maßnahmen gemäß §§ 31 und 138 WRG 1959**

##### **Voranschlagsansatz 1/60048 Aufwendungen**

Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, daß die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzuge die zur Gewässerreinigung notwendige Anordnung trifft und durchführen läßt, ohne daß ein Verpflichteter für die Tragung der Kosten ermittelt oder herangezogen werden kann. Im Falle der Uneinbringlichkeit vom Verpflichteten ist der Aufwand als Zweckaufwand vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu tragen.

#### **Paragraph 6005 Vollziehung des Hydrographiegesetzes**

##### **Wasserkreislauf**

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz BGBl. Nr. 58/1979) zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 317/1987, in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser, den Niederschlag, das unterirdische Wasser, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.

Der jeweilige Landeshauptmann hat die Beobachtungen und Messungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, daß sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen und wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu übermitteln.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

##### **Wassergüte**

Gemäß § 10 Abs. 1 des Hydrographiegesetzes in der Fassung der Wasserrechtsgesetznovelle 1990 (BGBl. Nr. 252/1990) trägt der Bund wie bei der Erfassung des Wasserkreislaufes, die Errichtungskosten der zur Durchführung der Beobachtungen der Wassergüte erforderlichen gewässerkundlichen Einrichtungen zur Gänze und den angemessenen Aufwand für die Beobachtung der Wassergüte zu zwei Dritteln.

Als gewässerkundliche Einrichtungen versteht man dabei Meßstellen, d. h. ortsfeste Einrichtungen zur Probenentnahme aus Oberflächengewässern und aus dem Grundwasser (Grundwasseraufschlüsse mit Entnahmeeinrichtungen). Unter den Begriff Beobachtung fällt die Probenentnahme, die Analytik und Auswertung der Proben für die Erst-, Wiederholungs- und Sonderbeobachtungen gemäß der laut Hydrographiegesetz erlassenen Wassergüte-Erhebungsverordnung (BGBl. Nr. 338/1991) von Grundwasser und Fließgewässern.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gleichfalls zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen.

#### **Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben**

Die veranschlagten Mittel sind für die Herausgabe der Fachzeitschrift „Förderungsdienst“ mit jährlich zwölf Folgen und Sondernummern sowie für die Herausgabe von Informationsbroschüren für die bäuerlichen Familien und andere Zielgruppen (z. B. Parlament und Landtage) vorgesehen.

Zusätzlich werden mit diesen Mitteln Informationsschreiben des Bundesministers im Zusammenhang mit den Auswirkungen des EU-Beitritts sowie Antrags- und Erhebungsformulare zur Abwicklung landwirtschaftlicher Förderungen hergestellt.

Bei diesem Voranschlagsansatz sind im Sinne des Saatgutgesetzes 1937 (BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1994) auch Mittel für das Saatgutwesen veranschlagt. In erster Linie ist die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nicht nur laufende Kontrollen, sondern auch eine Koordinierung der Kontrolltätigkeit und der Untersuchungsmethoden der einzelnen Anstalten unerlässlich.

Darüber hinaus sind bei diesem Voranschlagsansatz auch Mittel für das Futtermittelwesen veranschlagt, die zur Bestreitung der Aufwendungen für die Fachkommission (§ 5 des Futtermittelgesetzes, BGBl. Nr. 97/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 518/1987) sowie zur Deckung von erhöhten Aufwendungen der in der Futtermittelkontrolle tätigen Anstalten gemäß Futtermittelverordnung 1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 58/1989, BGBl. Nr. 32/1987, dienen.

#### **Paragraph 6007 Qualitätskontrolle**

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes, BGBl. Nr. 161/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 904/1993, und folgender Verordnungen der EU über Qualitäts- und Vermarktungsnormen für verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse durchzuführen: VO (EWG) Nr. 1035/72, VO (EWG) Nr. 2251/92, VO (EWG) Nr. 3220/84, VO (EWG) Nr. 2967/85, VO (EWG) Nr. 1208/81, VO (EWG) Nr. 1186/90, VO (EWG) Nr. 344/91, VO (EWG) Nr. 2137/92, VO (EWG) Nr. 1906/90, VO (EWG) Nr. 1538/91, VO (EWG) Nr. 2782/75, VO (EWG) Nr. 1868/77, VO (EWG) Nr. 1907/90, VO (EWG) Nr. 1274/91, VO (EWG) Nr. 316/68, VO (EWG) Nr. 315/68. Weitere Bestimmungen finden sich in nach dem Qualitätsklassengesetz erlassenen Verordnungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch beim Warenverkehr im Inland durchzuführen.

#### **Paragraph 6008 Sonstige Aufgaben**

##### **Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zuschüsse zum Verwaltungsaufwand der „FAO-Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not“ sowie die Förderungen von privaten Institutionen, die der Land- und Forstwirtschaft in ihrem Aufgabengebiet dienen, veranschlagt. Weiters ist unter diesem Voranschlagsansatz auch für Förderungsmaßnahmen im Rahmen der Osthilfe Vorsorge getroffen worden.

##### **Voranschlagsansatz 1/60087 Internationale Nahrungsmittelhilfe (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1986 samt Präambel, BGBl. Nr. 583/1987, hat sich Österreich zur jährlichen Lieferung von 20 000 t Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 35,4 Millionen Schilling veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Nahrungsmittelhilfe**

Österreich leistet auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1995 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt rd. 31,4 Millionen Schilling.

Schließlich hat sich Österreich auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung bereit erklärt, einen jährlichen Beitrag zur Internationalen Nahrungsmittelnotstandsreserve der FAO im Umfang von 5 000 t Getreide zu leisten. Für diese Zwecke wurden rd. 5,7 Millionen Schilling veranschlagt.

**Paragraph 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975****Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gem. § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist je eine Post für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlaß der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gem. Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gem. § 42 lit. f Forstgesetz vorgesehen.

**Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)****Gesetzliche Grundlagen**

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 970/1993;

Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 375/1992;

Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 970/1993;

Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 252/1990.

**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft obliegt die Aufgabe, durch geeignete agrarmarkt- und förderungspolitische Maßnahmen, unterstützt durch die Beratung und Forschung sowie durch gezielte Bildungsaktivitäten dazu beizutragen, die Einkommenssituation der bäuerlichen Familien zu verbessern und ihnen die Teilnahme an der allgemeinen Wohstandsentwicklung zu sichern. Die bestmögliche Versorgung mit Nahrungsmitteln und wichtige landeskulturelle Aufgaben für die Erhaltung funktionsfähiger ländlicher Räume erfordern zielgerechte nationale Förderungsmaßnahmen sowie die Abstimmung mit der Struktur- und Marktpolitik der Europäischen Union.

Die von der Bundesregierung jährlich herausgegebenen Grünen Berichte gemäß Landwirtschaftsgesetz und die Jahresberichte informieren über die Agrarförderung und die Verwendung der öffentlichen Gelder.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	158,9	31,6
1994 .....	166,4	35,1
1994 vorl. Erf. ....	185,3	30,2
1995 .....	2 860,4	0,1

**Unterschied gegen Vorjahre**

Auf Grund des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union mit Wirkung vom 1. Jänner 1995 ergibt sich die Notwendigkeit einer Neustrukturierung des Förderungsbudgets 1995.

Demgemäß sind die bisher unter den Titel 601 bis 603 veranschlagten nationalen land- und forstwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen — soweit sie ab diesem Zeitpunkt weitergeführt werden — nur mehr im Titel 601 veranschlagt.



**Gebahrung 1995****Vorschlagsansatz 1/60106 Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen*****Beratungswesen***

Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich, insbesondere durch den EU-Beitritt beträchtliche Aufgaben wahrzunehmen haben.

Im einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:

Fortbildung der Fachkräfte des landwirtschaftlichen Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Helfen zu den obengenannten Schwerpunkten, erforderliche Investitionen, insbesondere EDV-Geräte für die Beratungsarbeit, Erstellung von Beratungsunterlagen, forstliche Aufklärung und Beratung sowie Ausbildungszuschüsse für Bergbauern.

***Kammereigene Bildungsstätten***

Umfangreichere Bildungsmaßnahmen erfordern geeignete Räumlichkeiten sowie Verpflegungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

**Vorschlagsansatz 1/60116 Fruchtfolgeförderung**

Die veranschlagten Mittel sind für Nachträge der Fruchtfolgeförderung 1994 in Höhe von 4,8 Millionen Schilling vorgesehen.

**Vorschlagsansatz 1/60126 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgebundene Gebahrung)**

Die Mittel sind insbesondere für forstlich biologisch und begleitende technische Maßnahmen einschließlich notwendiger Erschließungen in Wildbach- und Lawineneinzugsgebieten vorgesehen.

**Vorschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft**

Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1985, nämlich der Förderung des Absatzes der Produkte, die Förderung der Qualitätsproduktion sowie die Förderung der Marktstabilisierung. Weiters sind Bundesmittel für die anteilige Finanzierung von Weingarten-Stillegungsmaßnahmen der Länder Niederösterreich und Burgenland vorgesehen.

**Vorschlagsansatz 1/60146 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen*****Qualitätsverbesserung im Pflanzenbau***

Die Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, Garten-, Obst- und Weinbau und sonstige Spezialkulturen.

Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse gesichert werden.

Es sind ua. folgende Maßnahmen vorgesehen:

Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen und Gewährung einer kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion.

Die für den Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaten zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials.

### ***Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung***

Die vorgesehenen Mittel sind für qualitätsverbessernde Maßnahmen in der Tierzucht, Tierhaltung und Milcherzeugung sowie für tierische Produktionsalternativen bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierischen Produkte in ihrer Beschaffenheit und Qualität weiter zu verbessern und die Möglichkeiten des weiteren Aufbaues der tierischen Alternativen zu nutzen.

Durch die Förderung tierischer Produktionsalternativen sollen die fallweise noch vorhandenen Marktlücken stärker ausgenutzt werden.

Die Förderungsmittel sollen darüber hinaus für die Förderung der Qualitätsproduktion, der Qualitätssicherung und die Durchführung von Hygiene- und Gesundheitsprogrammen verwendet werden.

Die Förderung der tierischen Produktionsalternativen im Bereich der landwirtschaftlichen Tierhaltung umfaßt Maßnahmen am Erzeugungssektor der damit befaßten Organisationen. Die Mittel werden insbesondere für die Bereiche Schaf-, Geflügel-, Fisch-, Markenfleischproduktion sowie die Pferde- und Bienenhaltung verwendet.

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinszuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und Investitionszuschüsse zur Verfügung.

### ***Förderung von Innovationen***

Die veranschlagten Mittel sind für die Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovative Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich vorgesehen.

### ***Förderung des biologischen Landbaues***

Die veranschlagten Mittel sind vor allem für die Verbände der biologischen Landwirtschaft vorgesehen, wobei insbesondere die große Zahl der Umstellungsbetriebe einer intensiven Beratung und sonstigen Betreuung bedarf. Die biologische Landwirtschaft erfährt in Österreich einen besonders starken Aufschwung.

### ***Förderung landtechnischer Maßnahmen***

Aus den veranschlagten Mitteln wird der überbetriebliche Landmaschineneinsatz (die Maschinenringe) unterstützt. Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österreichischen Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit.

Weiters wird die Abhaltung landtechnischer Kurse unterstützt; darin werden den Landwirten die Kenntnisse vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Der Landmaschinenpark erfordert jährliche Aufwendungen für Wartung, Pflege, Reparatur in der Höhe von ca. 3,5 Milliarden Schilling. Weiters werden Selbsthilfekurse im landwirtschaftlichen Bauwesen gefördert.

### ***Rübenbringungskosten***

Zwecks Minimierung der Lager- und Transportkosten (es müssen rd. 2,5 Millionen Tonnen Rüben durchschnittlich 70 km weit transportiert werden) erfolgt eine Neustrukturierung des Rübenübernahmesystems durch Schaffung von Rübengroßlagern möglichst mit Bahnanschluß zur Verringerung des Lkw-Transportes.

### ***Pflanzliche Produktionsalternativen***

Im Rahmen der Förderung der pflanzlichen Produktion werden bei diesem Ansatz weiters die Bundesbeiträge zur Förderung der Alternativkulturen verrechnet.

### ***Energie aus Biomasse***

Aus diesen Mitteln werden einzelbetriebliche Energieinvestitionen (Biomasse-Heisanlagen, Biogasanlagen u. a.) sowie vor allem kleinräumige Biomasse-Nahwärmeversorgungsanlagen gefördert. Ziel ist die stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger, im besonderen der Biomasse.

### ***Forstliche Maßnahmen***

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, zur Holzmanipulation und Weiterverarbeitung, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie zur Weiterführung langjähriger Regionalprogramme der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsicherung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie z. B. die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden. Darüber hinaus werden Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschußt.

### **Voranschlagsansatz 1/60156 Betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen**

#### ***Verkehrerschließung ländlicher Gebiete***

Die veranschlagten Mittel sind für die Errichtung dringend benötigter Zufahrten für bäuerliche Betriebe und deren Wirtschaftsflächen vorgesehen.

Die zeitgemäße Erschließung ist eine grundlegende Voraussetzung für eine rationelle und konkurrenzfähige Bewirtschaftung. Darüber hinaus schafft die Verkehrerschließung die Grundlage für eine allgemeine Belebung der Wirtschaft, Mobilität der Arbeitskräfte, Ansiedlung von Betrieben und für den Fremdenverkehr außerhalb geschlossener Ortschaften. Dadurch wird die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert und in raumordnungspolitischer Hinsicht ein Beitrag zur Erhaltung der Siedlungsdichte und damit auch der Kulturlandschaft erbracht.

Die rechtlichen Grundlagen für die Verkehrerschließung ländlicher Gebiete sind u. a. das Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz, die Durchführungsgesetze der Länder, die jeweiligen Landesstraßengesetze oder Flurverfassungsländesgesetze.

#### ***Landwirtschaftlich-bauliche Investitionen***

Die veranschlagten Mittel sind für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen bestimmt. Um eine zeitgemäße Bewirtschaftung der bäuerlichen Betriebe zu ermöglichen, wird die Errichtung und Verbesserung landwirtschaftlicher Wirtschaftsgebäude und sonstiger baulicher Anlagen gefördert, wobei auf die Erhaltung wertvoller Bausubstanz und eine landschaftsgerechte Bauweise zu achten ist.

Weiters werden die Umstellung vorhandener Tierhaltungssysteme auf besonders tierfreundliche Aufstallungsformen und die Errichtung von Düngerlagerstätten (Lagerbehälter und Stapelflächen für Wirtschaftsdünger) gefördert. Zeitgemäße Düngerlagerstätten sind eine Hauptvoraussetzung für den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen zufolge wassergefährdender Gülle, Jauche und Sickersäfte.

Weiters werden Investitionen in den Bereichen „Urlaub am Bauernhof“, Direktvermarktung und Almwirtschaft gefördert.

### **Landtechnische Investitionen**

Die veranschlagten Mittel sind für die Neu- und Ersatzanschaffung von Bergbauernspezialmaschinen und für die Mechanisierung der Innenwirtschaft zur Vereinfachung oder Erleichterung der Arbeitsvorgänge vorgesehen.

### **Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung**

Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll die Errichtung von forstlichen Bringungsanlagen zur Ermöglichung einer pfleglichen und naturnahen Waldbewirtschaftung gefördert werden. Beim Bau von Forstwegen ist auf eine landschaftsgerechte ökologische sorgsame Vorgangsweise Bedacht zu nehmen.

### **Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz und Verwertungsmaßnahmen**

#### **Werbung und Markterschließung**

Mit den veranschlagten Mitteln können Maßnahmen zur Absatzverbesserung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte im tierischen und pflanzlichen Bereich einschließlich Produkte des biologischen Landbaues gefördert werden. Beiträge für Werbe- und Marktpflegemaßnahmen bei der Gästebewerbergung in nicht gewerblichen Betrieben („Urlaub am Bauernhof“) einschließlich gezielter Aktivitäten im In- und Ausland sowie eine teilweise Kostenabdeckung für den Bundesverband, der u. a. die Kommunikation des Angebotes für den gesamten Tourismus und die Koordination der Regional- und Landesaktivitäten wahrzunehmen hat, sind möglich. Weiters sind Zuschüsse zur Präsentation von Produkten und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft von Ausstellungen und Messen vorgesehen.

#### **Verbesserung der Marktstruktur**

Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung von Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur, Be-, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, Entwicklung und Vermarktung von Markenprodukten, der Direktvermarktung, zur Rationalisierung der Be- und Verarbeitung sowie Anwendung neuer Verarbeitungsverfahren erforderlich.

Weiters werden im Rahmen des sogenannten „Apfelimportmodells“ die veranschlagten Mittel letztmalig für Verwertungsmaßnahmen für inländisches Obst verwendet.

### **Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen**

Die im Landwirtschaftsgesetz verankerte Förderungsaktion Landarbeitereigenheimbau wurde ab 1. Jänner 1995 auf die Länder übertragen. Es sind daher nur mehr die zur Abdeckung der Vorbelastungen für Förderungsfälle der letzten fünf Jahre erforderlichen Mittel veranschlagt.

Außerdem wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1952, und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung durch die Gewährung von Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert.

### **Paragraph 6018 Land- und forstwirtschaftliche Kredite**

#### **Voranschlagsansatz 1/60186 Förderungen**

Die veranschlagten Mittel sind für Zinsenzuschüsse zu den Agrarinvestitionskrediten einschließlich der Betriebsmittelkredite (z. B. für Forst- und Sturmschädenkredite), Konsolidierungskredite, Darlehen des Besitzstrukturfonds und Zinsenzuschüsse des EU-Fitneßprogrammes sowie die noch aushaftenden Agrarsonderkredite bestimmt.

#### **Voranschlagsansatz 1/60188 Aufwendungen**

Entgelte für die Abwicklung von Zinsenzuschüssen zu Krediten im Rahmen des EU-Fitneßprogrammes für die Nahrungsmittelwirtschaft.

**Paragraph 6019 Sonstige Maßnahmen****Vorschlagsansatz 1/60196 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben**

Unter diesem Vorschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.

**Landwirtschaft**

Die landwirtschaftliche Forschungsförderung soll zur Erweiterung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes, verbunden mit praktischer Umsetzungshilfe und Bereitstellung von wissenschaftlichen Entscheidungshilfen für legislative und administrative Aufgaben, beitragen. Als vordringliche Zielstellungen dabei gelten: Steigerung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz zur Einhaltung der Lebensgrundlagen sowie die Abstimmung von Produktion und Nachfrage am Markt unter Beachtung des bäuerlichen Betriebes als Basis der landwirtschaftlichen Produktion.

**Forstwirtschaft**

Erarbeitung neuer fachlicher Erkenntnisse und Entscheidungshilfen zur Verbesserung und nachhaltiger Sicherung, Erhaltung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkung des Waldes, umweltfreundlicher Forstschutz, Grundlagen für die mikrovegetative Vermehrung von Forstpflanzen, Erstellung von Grundlagen für Sanierungsmaßnahmen in geschädigten Waldbeständen.

**Vorschlagsansatz 1/60198 Forschungs- und Versuchswesen**

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

Für die Teilnahme der Bundesanstalten an internationalen Forschungsk Kooperationen wurde budgetäre Vorsorge getroffen.

**Landwirtschaft**

Unter den angeführten Zielvorgaben — Steigerung der Qualität land- und forstwirtschaftlicher Produkte, Natur- und Umweltschutz, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produkte — erfolgt die Vergabe von Forschungsaufträgen, wobei auf internationale Kooperationen besonderes Augenmerk gelegt wird.

**Forstwirtschaft**

Weiterentwicklung der Fernerkundungsverfahren für die Erhebung des Waldzustandes. Intensivierung der forstlichen Provenienzforschung durch Einsatz von modernen biotechnologischen Kontroll-, Charakterisierungs- und Identifikationsmethoden, Waldbodenforschung, Waldschadensforschung (Stabilisierungs-, Revitalisierungs-, Sanierungsforschung).

**Wasserwirtschaft**

Schwerpunktt Themen sind gewässerökologische Fragestellungen, Grundwasserschutz und Gewässerversauerungen.

**Titel 602 Agrarische Strukturförderung****Gesetzliche Grundlagen**

Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992;

Rechtsvorschriften der Europäischen Union über die agrarische Strukturförderung.

**Aufgaben**

Dem BMLF obliegt die Eingliederung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Dabei muß die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, die Hebung des Einkommens und der Lebensqualität der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, die Pflege und Erhaltung von Umwelt und Landschaft sowie die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleistet werden.

Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung der Bauern und der Nahrungsmittelindustrie zur Bewältigung der Herausforderungen des EU-Binnenmarktes.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1993 .....	1 875,5	—
1994 .....	2 047,6	0,0
1994 vorl. Erf. ....	2 005,7	—
1995 .....	2 624,0	0,0

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Bis zum Jahr 1994 waren im Titel 602 jene Förderungsmaßnahmen veranschlagt, die zur Erhaltung von wirtschaftlich gesunden und gesellschaftlich und kulturell lebendigen Räumen in den Berggebieten dienen.

Auf Grund der Neustrukturierung des Förderungsbudgets 1995 sind die bisher unter diesem Titel veranschlagten Förderungsmaßnahmen — mit Ausnahme der entsprechenden Direktzahlungen — ab 1995 im Titel 601 vorgesehen.

Nummehr enthält der Titel 602 die Förderungsmaßnahmen aus dem EAGFL-Abteilung Ausrichtung, gegliedert nach Ziel 1, Ziel 5a und Ziel 5b-Gebieten. Darüber hinaus ist auch der Bundesanteil an diesen Förderungen unter diesem Titel veranschlagt.

Um einen allfälligen zusätzlichen Budgetbedarf bei einer Reihe von Ausgabenpositionen dieses Titels bedecken zu können, besteht neben den im Bundesvoranschlag veranschlagten Beträgen noch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigungen. Dies ist insbesondere deshalb notwendig, da auf Grund der durch den EU-Beitritt bedingten Systemumstellungen und der neuen Förderungskonzeption eine exakte Feststellung des Bedarfes zum Zeitpunkt der Veranschlagung 1995 nicht möglich war.

#### **Gebarung 1995**

##### **Voranschlagsansatz 1/60206 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen (EAGFL-Ausrichtung)**

Der „Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft“ (EAGFL) beteiligt sich mit seiner Abteilung „Ausrichtung“ an der Finanzierung der Agrarstrukturförderungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Diese Beteiligung erfolgt seit 1989 im Rahmen der Neuausrichtung aller drei Strukturfonds der EU. EAGFL-kofinanzierte agrarische Förderungsmaßnahmen kommen dabei in den regionalen Strukturfondszielen 1, 5b und im horizontalen Ziel 5a zur Anwendung. Am 17. Jänner 1995 hat die Europäische Kommission die für Österreich bestimmten EU-Fondsmittel den Zielen 2 bis einschließlich 5b zugeordnet. Für die Kofinanzierung von Maßnahmen gemäß Ziel 5a stehen für die laufende Strukturfondsperiode bis 1999 388 Millionen ECU an EAGFL-Mitteln zur Verfügung.

Zu den EAGFL-Mitteln im Rahmen des Zieles 5a kommen noch die EAGFL-Mittel der Ziele 1, 5b und EAGFL-kofinanzierte Maßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen. Diese können jedoch erst nach Verabschiedung der entsprechenden „Gemeinschaftlichen Förderkonzepte“ durch die Europäische Kommission endgültig quantifiziert werden.

##### **Voranschlagsansatz 1/60216 Kofinanzierte Förderungsmaßnahmen; Anteile des Bundes**

Im Bereich der EU-Strukturfondsförderung können nur dann EU-Mittel für die Finanzierung von Maßnahmen abgerufen werden, wenn entsprechende nationale Mittel eingesetzt werden. In diesem Ansatz ist daher der entsprechende Bundesanteil veranschlagt.

Gemeinsam mit den im Ansatz 1/60206 dargestellten EAGFL-Mitteln und den Gegenüberstellungsmitteln der Länder werden damit folgende Maßnahmenswerpunkte finanziert:

- Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen  
Aus der Sicht der gemeinsamen Agrarpolitik ist Beratung und Weiterbildung grundsätzlich eine national zu finanzierende Aufgabe. Immer dann, wenn es gilt, Anpassung und Weiterentwicklungen der GAP rasch zu implementieren, sieht das EU-Recht jedoch eine Mitfinanzierung von Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen vor [vgl. z. B. Art. 28 VO (EWG) 2328/91 oder Art. 6 VO (EWG) 2078/92].
- Die Förderung der ländlichen Entwicklung (= Ziel 5b) ist seit der EU-Strukturfondsreform ein wesentlicher Schwerpunkt der gemeinsamen Agrar- und Regionalpolitik. Im EAGFL-kofinanzierten Teil der 5b-Programme werden beispielsweise Projekte finanziert, die eine Verbreiterung der Erwerbsmöglichkeiten der Bauern ermöglichen. Die möglichen Förderungstatbestände sind in Art. 5 der VO 2085/93 über die Aufgaben des EAGFL — Abt. Ausrichtung ausgeführt.

**Kapitel 60 — Titel 603**

243

- Direktzahlungen in Berggebieten und sonstigen benachteiligten Gebieten haben sich als Ausgleichszulage gemäß Art. 17 bis 19 zur gewichtigsten Maßnahme im Rahmen des Ziels 5a entwickelt. Da Österreich gemäß dem Verhandlungsergebnis über einen überdurchschnittlichen Anteil an EU-konformen benachteiligten Gebieten verfügt, wird die Ausgleichszulage einen finanziell wesentlichen Anteil an den kofinanzierten Maßnahmen erlangen. Die Ausgleichszulage dient dem Ausgleich für ständige natürliche Nachteile und Bewirtschaftungerschwernisse und unterstützt damit die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung in Berggebieten und benachteiligten Gebieten.
- Zur beschleunigten Anpassung der Agrarstrukturen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen gemäß Art. 5 bis 11 der VO (EWG) 2328/91 erforderlich. Dabei werden Betriebe in Berggebieten und benachteiligten Gebieten gemäß Art. 7 der VO (EWG) 2328/91 mit einem höheren Förderungsanteil berücksichtigt. Zusätzlich können in diesen Gebieten gemeinschaftliche Anlagen („kollektive Investitionen“) gemäß Art. 20 gefördert werden.
- Um das Angebot der landwirtschaftlichen Erzeuger gebündelt auf den Markt bringen zu können und so deren Stellung als Marktpartner zu stärken, können in diversen Produktionssparten Erzeugergemeinschaften gefördert werden.
- Schließlich stellt die Förderung der Verbesserung, Verarbeitung und Vermarktung der Urproduktion im Rahmen von Sektorplänen der VO 866/90 und 867/90 einen Maßnahmen-schwerpunkt dar, der für die EU-Eingliederung der österreichischen Nahrungsmittelindustrie wesentlich ist.

**Voranschlagsansatz 1/60226 Nationale Förderungsmaßnahmen**

Die veranschlagten Mittel sind als Direktzahlungen zur Einkommenssicherung jener Bergbauernbetriebe bzw. Betriebe in den benachteiligten Gebieten vorgesehen, welche durch die Anwendung der EU-Ausgleichszulage geringere Förderungen erhalten würden als nach den bisherigen österreichischen Direktzahlungen. Entsprechende Beihilfen sind Österreich durch das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen grundsätzlich gestattet.

**Titel 603 Marktordnungsmaßnahmen****Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1994;

Viehwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 621/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1994;

Rechtsvorschriften der Europäischen Union über Agrarmarktordnungen.

**Aufgaben**

Die Europäische Union leistet Direktzahlungen in Form von Marktordnungsprämien an die Bauern. Diese wurden im Zuge der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt, weil die EU die Erzeugerpreise senkte, im Gegenzug dafür aber den Bauern einen Ausgleich in Form von Direktzahlungen gewährt.

Diese Beihilfen sind ab dem Jahre 1995 unter dem Titel 603 veranschlagt.

Darüber hinaus gewährt die Europäische Union im Rahmen ihrer Agrarmarktordnungen eine Reihe weiterer Förderungen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1993 .....	3 241,3	35,1
1994 .....	3 128,7	0,3
1994 vorl. Erf. ....	2 984,8	0,4
1995 .....	9 401,1	163,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Bis zum Jahr 1994 waren unter diesem Titel die Förderungsmaßnahmen des Grünen Planes auf Grund der Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes veranschlagt. Diese Maßnahmen sind ab dem Jahr 1995 — soweit sie national weitergeführt werden — im Titel 601 vorgesehen.

Im Zuge der Neustrukturierung des Förderungsbudgets des Kap. 60 sind ab 1995 unter diesem Titel die obligatorischen Beihilfen des EAGFL-Garantie und im Einvernehmen mit der EU durchgeführte nationale Marktordnungsmaßnahmen veranschlagt.

Um einen allfälligen zusätzlichen Budgetbedarf bei einer Reihe von Ausgabenpositionen dieses Titels abfangen zu können, besteht neben den im Bundesvoranschlag veranschlagten Beträgen noch die Möglichkeit zur Inanspruchnahme bundesfinanzgesetzlicher Ermächtigungen. Dies ist deshalb notwendig, weil auf Grund der durch den EU-Beitritt bedingten Systemumstellungen und der neuen Förderungskonzeption eine exakte Feststellung des Bedarfes zum Zeitpunkt der Veranschlagung 1995 nicht möglich war.

#### **Voranschlagsansatz 1/60304 EAGFL-Garantie (Ackerkulturen, Zucker und Textilpflanzen), Überweisung an die AMA**

Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung und sonstige Interventionen in Form von Einlagerungsmaßnahmen im Bereich von Getreide sowie Hektarbeihilfen für die Erzeugung von Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen, Rohstoffbrache, Flächenstilllegung, Öllein, Faserlein, Hanf, Hopfen, Körnerhülsenfrüchte und Produktprämie für Saatgut, Rohtabak und Trockenfutter.

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sind im Agrarbereich die Bestimmungen der gemeinsamen Marktorganisation zu vollziehen. Mit der Marktordnungsgesetznovelle 1994, BGBl. Nr. 664, wurde die Rechtsgrundlage für Verordnungen zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen geschaffen. Sie beinhalten flächen- oder produktbezogene Erzeugerbeihilfen. Finanziert werden sie ausschließlich aus Mitteln des EAGFL.

#### **Voranschlagsansatz 1/60314 EAGFL-Garantie (Obst und Gemüse, Weinbau und sonstige pflanzliche Erzeugnisse)**

Gemäß Vorordnung (EG) Nr. 1200/90 i. d. F. Verordnung (EG) Nr. 3149/94 können zur Entlastung der angespannten Situation auf dem Apfelmarkt Prämien für die teilweise bzw. vollständige Rodung von Apfelanlagen gewährt werden (Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 79/95 vom 31. Jänner 1995). Die veranschlagten Mittel von insgesamt 35,550 Millionen Schilling sind u. a. zur Durchführung dieser Maßnahme in Österreich erforderlich und werden nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet.

#### **Voranschlagsansatz 1/60324 EAGFL-Garantie (Tierische Erzeugnisse), Überweisung an die AMA**

Die Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft finanziert Interventionen und Beihilfen auf dem Sektor der tierischen Erzeugnisse (Fleisch und Milch), die nach Gemeinschaftsvorschriften im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte vorgenommen werden.

Hiefür sind unter diesem Ansatz im Jahr 1995 insgesamt 867,708 Millionen Schilling veranschlagt, die nach Vorfinanzierung durch den Mitgliedstaat zur Gänze von der Europäischen Union erstattet werden.

#### **Voranschlagsansatz 1/60346 Flankierende Maßnahmen**

##### **Umweltmaßnahmen**

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2078/92 im Hinblick auf eine umweltgerechte, extensive und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft vorgesehen.

Diese zentrale agrar- und umweltpolitische Maßnahme bezweckt:

- die Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft;
- den ökologischen Ausgleich zur Verwirklichung der Ziele der Agrar- und Umweltpolitik;
- die Anpassung der landwirtschaftlichen Erzeugung an die Marktentwicklung;
- die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirte.

Für diese Förderung stellt die EU auf Grund des Ergebnisses der Beitrittsverhandlungen einen Finanzierungsrahmen in Höhe von 175 Millionen ECU p. a. zur Verfügung.

##### **Aufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen**

Die veranschlagten Mittel sind nach der EU-Verordnung 2080/93 zur Förderung

1. einer alternativen Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen durch Aufforstung und
  2. zur Entwicklung forstwirtschaftlicher Tätigkeiten in den landwirtschaftlichen Betrieben
- vorgesehen.



Die Beihilfenregelung kann folgendes umfassen:

- Beihilfen zu den Aufforstungskosten;
- eine jährliche Prämie zur Deckung der Kosten für die Pflege der aufgeforsteten Flächen in den ersten fünf Jahren;
- eine jährliche Hektarprämie zum Ausgleich von Einkommensverlusten auf Grund der Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen;
- Investitionsbeihilfen zur Verbesserung von Waldflächen, und zwar insbesondere für die Anlage von Wind- und Brandschutzstreifen, von Wasserstellen und von forstwirtschaftlichen Betriebswegen für Bestandesumwandlungen.

#### **Vorschlagsansatz 1/60356 Nationale Marktordnungsmaßnahmen, Überweisung an die AMA**

Im Rahmen der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte ist auch eine Förderung der Mutterkuhhaltung vorgesehen, die jedoch zusätzlich mit nationalen Mitteln finanziert werden kann. Hiefür sowie für etwaige Kosten für die Lagerhaltung werden im BVA 1995 insgesamt 121,8 Millionen Schilling bereitgestellt.

#### **Vorschlagsansatz 1/60368 Ersätze für die Finanzierung von Interventionskäufen**

Auf Grund der erforderlichen nationalen Finanzierung von etwaigen Interventionen ist ein Betrag von insgesamt 49,1 Millionen Schilling an Finanzierungskosten im Jahr 1995 vorgesehen.

### **Titel 604 Marktordnungspolitische Maßnahmen**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1994;

Viehwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 621/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 664/1994;

Stärkeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 378/1992.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	7 833,9	525,0
1994 .....	8 703,1	424,5
1994 vorl. Erf. ....	10 390,6	731,2
1995 .....	1 662,9	37,5

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Unterschiede gegenüber den Vorjahren ergeben sich auf Grund des Beitritts Österreichs zur EU mit 1. Jänner 1995 und der damit zusammenhängenden Umstrukturierung der Marktordnung. Der Titel 604 enthält nur mehr die Ausgaben für die Überschufverwertung der Ernte 1994.

#### **Paragraph 6044 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für stärke-, öl-, eiweißhaltige Früchte und Grünbrache**

##### **Vorschlagsansatz 1/60444 Zuschüsse gemäß Stärkeförderungsgesetz**

Unter diesem VA-Ansatz wird die allgemeine Stärkeförderung mit einem Betrag von 70 Millionen Schilling (korrespondierende Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52494) und die besondere Kartoffelstärkeförderung mit einem Betrag von 15,2 Millionen Schilling veranschlagt. Darüber hinaus sind beim VA-Ansatz 1/60446 für die Förderung von Stärkeerzeugnissen und Alkohol weitere Beträge vorgesehen.

##### **Vorschlagsansatz 1/60446 Förderungen**

Der Bund hat gemäß § 53 Abs. 2 MOG der Agrarmarkt-Austria für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen im Bereich der Getreidewirtschaft Bundesmittel zur Abdeckung der fälligen Absatz- und Verwertungskosten zur Verfügung zu stellen. Für diese Zwecke werden 336,6 Millionen Schilling veranschlagt, die vor dem EU-Beitritt genehmigt wurden.

Von den veranschlagten Bundesmitteln in Höhe von insgesamt 498,2 Millionen Schilling dienen 130,6 Millionen Schilling der Abgeltung von Dürreschäden, um den von schweren Ertragseinbußen durch

unbeeinflussbare klimatische und sonstige Umwelteinflüsse betroffenen Landwirten eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Für die Förderung von Stärkerzeugnissen und Alkohol (Kartoffelstärke weitere Mengen, Mais-Weizenstärke, Roggenförderung) sind unter diesem Ansatz 31,0 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Voranschlagsansätze 1/60456, 1/60466 und 2/60460 Tiere und tierische Produkte**

Das Viehwirtschaftsgesetz 1983 zielt unter anderem auf den Schutz der inländischen Viehwirtschaft die Marktstabilisierung und Gewährleistung der Versorgung ab. Die mit der Besorgung der Aufgabe betraute Agrarmarkt Austria führte bis Ende 1994 Einlagerungsaktionen durch, die vom Bund gefördert wurden.

Zur Verwertung der Überschüsse im Rahmen von Exporten und sonstigen Absatzmaßnahmen stellt der Bund zusätzliche Förderungsmittel bereit.

Diese Maßnahmen werden mit dem Beitritt Österreichs zur EU ab 1. Jänner 1995 eingestellt.

Insgesamt sind für Restzahlungen aus dem Jahr 1994 bei 1/60456 398,1 Millionen Schilling vorgesehen.

#### **Paragraph 6047 Milch und Milchprodukte**

Zur Verwertung der jeweils anfallenden Milchüberschüsse wurden bis Ende 1994 Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von Milch und Milchprodukten im Inland und im Export durchgeführt. Die unter diesem Paragraphen ausgewiesenen Mittel sind Restzahlungen für Maßnahmen, die bis spätestens 31. Dezember 1994 gesetzt wurden.

#### **Voranschlagsansatz 1/60476 Förderungen**

Inlandsmaßnahmen sowie Exportförderungen werden nach den Bestimmungen des Unterabschnittes D des MOG 1985, in der Fassung BGBl. Nr. 664/1994 finanziert. Demnach obliegt dem Bund die Finanzierung im Umfang jenes Teiles des gesamten Finanzierungserfordernisses, der verhältnismäßig jener Milchmenge entspricht, die bis zu 16 vH den Inlandsabsatz übersteigt. Für Restzahlungen wird ein Betrag von 645,6 Millionen Schilling im Jahr 1995 bereitgestellt.

#### **Voranschlagsansatz 1/60478 Aufwendungen**

Die Austro-Milchexportabwicklungsges. m. b. H. (AMEA) wurde gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 27/1991, eingerichtet und als Erstattungsstelle für den Bereich der österreichischen Milchwirtschaft im Namen und für Rechnung des Bundes auf Grundlage der vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft erlassenen Sonderrichtlinie „Erstattungen des Bundes für den Export von Milch und Milcherzeugnissen“ in der jeweils geltenden Fassung beauftragt. Für den Aufwand der Erstattungsstelle sind im BVA 1995 7,9 Millionen Schilling vorgesehen. Die AMA wird ihre Tätigkeit nach Abrechnung der vor dem Beitritt Österreichs zur EU angefallenen Förderungsfälle beenden.

#### **Voranschlagsansätze 1/60486 und 2/60480 Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)**

Weitere Exportförderungen werden im Umfang jenes Teiles des gesamten Finanzierungserfordernisses gewährt, der verhältnismäßig jener Milchmenge entspricht, die bis zu 16 vH den Inlandsabsatz übersteigt.

Dafür werden aus zweckgebundenen Mitteln gemäß §§ 11 bzw. 20, 21 und 23 MOG Restzahlungen von insgesamt 20,0 Millionen Schilling (VA-Ansatz 2/60480) bereitgestellt.

#### **Voranschlagsansatz 1/60496 Milch und Milchprodukte, Maßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen gemäß § 85 MOG**

Die über den Bundesanteil hinausgehenden Finanzerfordernisse sind durch einen allgemeinen und zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag der Milchproduzenten zu bedecken, der als ausschließliche Bundesabgabe zweckgebunden eingehoben und beim Kapitel 52, Voranschlagsansatz 2/52420, als Einnahme verrechnet wird. Im Jahr 1995 sind auf Grund der Rücknahme der Milchanlieferung nur Verrechnungsposten vorgesehen.

**Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten****Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 647/1994;

Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 515/1994;

Saatgutgesetz, BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 230/1982;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 450/1992;

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1984;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 970/1993;

Futtermittelgesetz, BGBl. Nr. 905/1993;

Pflanzenschutzmittelgesetz, BGBl. Nr. 476/1990.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	931,0	275,4	1 206,4	192,0
1994 .....	910,1	303,2	1 213,3	191,9
1994 vorl. Erf. ...	959,0	302,6	1 261,6	182,6
1995 .....	973,8	325,2	1 299,0	195,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Bei den Sachausgaben ergibt sich das Mehrerfordernis insbesondere durch die im Jahr 1995 erfolgende Übersiedlung von Bundesanstalten in das Forschungszentrum Hirschstetten sowie laufende Kostensteigerungen bei den Aufwandskrediten.

**Paragraph 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten****Aufgaben**

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses sowie von Führungskräften bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien.

**Organisation**

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau sowie das Bundesseminar für das land- und forstwirtschaftliche Bildungswesen in Wien (land- und forstwirtschaftliche Berufspädagogische Akademie mit dem land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Institut).

In Niederösterreich:

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum“ in Weinzierl, die Höhere Bundeslehranstalt und Bundesamt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg mit dem Institut für Bienenkunde sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Hauswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Hauswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Hauswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Hauswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

## **Paragraph 6051 Bundesämter für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bundesanstalten**

### **Aufgaben**

Der Wirkungsbereich der Bundesämter umfaßt hoheitliche Aufgaben und Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs- und Kontrollwesens.

Der Wirkungsbereich der Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft umfaßt Aufgaben des landwirtschaftlichen Forschungs-, Prüfungs- und Kontrollwesens.

Es bestehen u. a. die Aufgaben, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

### **Organisation**

Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Bundesämter und die Bundesanstalt:

#### **1. Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft (Wien)**

Der Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Boden und Standort, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion, landwirtschaftliche Produktionsmittel, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Pflanzenschutz und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge.

Dazu gehören u. a. die Überwachung des geschäftlichen Verkehrs mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmittel; Angelegenheiten des Schutzes von Pflanzensorten (Sortenschutzamt); die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -verfahren und -mitteln, von Kulturpflanzen und deren Sämereien, Pflanzenschutzmitteln und -verfahren und von Pflanzen und pflanzlichen Produkten auf ihren Gesundheitszustand und Freiheit von Schadorganismen (amtlicher Pflanzenschutzdienst).

Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse einschließlich Weinbehandlung. Untersuchung von Weinaufsichtsprüfung; staatliche Prüfnummer.

Forschung auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion einschließlich Pflanzenzüchtung und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse sowie Sorten- und Saatgutwesen; des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes; der Bodenökologie sowie Boden- und Standortkunde.

#### **2. Bundesamt für Agrarbiologie (Linz)**

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge die Gebiete Ökologie, landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion einschließlich landwirtschaftlicher Produktionsmittel und landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Verarbeitungsprodukte.

Dazu gehören insbesondere die Überwachung des geschäftlichen Verkehrs mit Saat- und Pflanzgut, Futter-, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln; die Kontrolle, Untersuchung, Begutachtung von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und -mitteln, von Saat- und Pflanzgut. Prüfung von Verfahren der landwirtschaftlichen Produktion und der Be- und Verarbeitung ihrer Erzeugnisse.

Forschung u. a. auf den Gebieten der landwirtschaftlichen Ökosysteme und ihrer Wechselbeziehungen, des Verhaltens von Nähr-, Wirk- und Schadstoffen im System Boden-Pflanze-Tier; im Bereich von landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, -mitteln und -methoden, landwirtschaftlichen Erzeugnisse; im Bereich des biologischen Landbaues.

### 3. Bundesamt für Weinbau (Eisenstadt)

Der Wirkungsbereich umfaßt unter besonderer Berücksichtigung der landeskulturellen Verhältnisse im Burgenland die Gebiete Weinbau und Weinuntersuchung.

Inbesondere gehören dazu die Forschung über Weinbau und Wein, die Untersuchung und Begutachtung von Trauben, Most und Wein sowie deren Sekundärprodukte, von Wein anlässlich der Erteilung der staatlichen Prüfnummer sowie die amtliche Weinkostkommission.

### 4. Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.

Forschung u. a. auf dem Gebiet der Pflanzen- und Tierproduktion mit besonderer Berücksichtigung der Grünlandwirtschaft und des Ackerbaues in Bergregionen. In der Tierproduktion Durchführung von Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuchen.

## **Paragrah 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten**

### **Organisation und Aufgaben**

Bei diesem Paragraph ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschnule in Waidhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.

Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst und geben die Voraussetzung für den Besuch einer Universität gleicher oder verwandter Fachrichtung.

Die Forstfachschnule vermittelt die Ausbildung für Forstwerte, zur Mitwirkung bei der Durchführung des forst- und jagdlichen Betriebsdienstes, sowie für den Forstschnutz- und forstlichen Beratungsdienst wobei besonders auch eine qualifizierte Ausbildung für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eröffnet werden soll.

## **Paragrah 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt**

### **Aufgaben**

Die Anstalt hat die Aufgabe durch Untersuchungen und Versuche auf fachwissenschaftlicher Grundlage sowie durch Vermittlung der Anwendbarkeit ihrer Untersuchungsergebnisse für die forstliche Praxis, den forstlichen Belangen im allgemeinen und der Forstwirtschaft im besonderen zu dienen. Im einzelnen nennt das Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440, folgende Aufgaben:

- Erhebungen aller Art über den Zustand und die Entwicklung des österreichischen Waldes.
- Die Feststellung der Ursachen von Forstschäden (wie durch Wild und Immissionen), allenfalls in Zusammenarbeit mit anderen an diesen Untersuchungen interessierten Stellen.
- Die Prüfung von Fragen der forstlichen Raumplanung und der Wildbach- und Lawinenverbauung.
- Die Prüfung von Geräten, Werkzeugen, Maschinen sowie von chemischen und anderen Mitteln, die für eine Verwendung in der Forstwirtschaft bestimmt sind.
- Die Prüfung von forstlichem Vermehrungsgut.
- Die Prüfung von Arbeitsverfahren und Anwendungsmethoden auf ihre Eignung in der Forstwirtschaft.
- Die Abgabe von Gutachten.

Die nachstehenden Fachbereiche werden an der Anstalt bearbeitet: Standortkunde, Forstpflanzenzüchtung und Genetik, Waldbau und Versuchsgärten, Forstinventur, Waldwachstum und Betriebswirtschaft, Forstschnutz, Immissionsforschung und Forstchemie, Forsttechnik, Wildbachkunde, Lawinenkunde, subalpine Waldforschung, wissenschaftliche Dienste.

Schwerpunkte der Anstaltstätigkeiten, neben der seit 1961 durchgeführten Forstinventur, sind zurzeit die alljährlich durchgeführten gesamtösterreichischen Erhebungen über den Waldzustand und die Belastung des Waldes durch Schadstoffe. Gerade die Ursachenforschung auf dem Gebiet der neuartigen Waldschäden hat gezeigt, daß die Gefahren für den Wald von miteinander vernetzten Ursachen hervorgerufen werden. Dieser Erkenntnis ist auch vom Forschungsansatz her zu begegnen. Es werden daher zunehmend Gemeinschaftsprojekte mit ökosystemaren Betrachtungsweisen intensiv bearbeitet. Hiebei seien nur die zwei wichtigsten Programme herausgegriffen:

### **Österreichisches Waldschadenbeobachtungssystem**

Beobachtung der Auswirkungen von Luftverunreinigungen auf das gesamte Waldökosystem, Erfassung einer Reihe wichtiger Parameter (Waldboden, Vegetation und Zuwachskunde, chemische Nadel- und Blattanalysen auf Schadstoff- und Nährelementgehalte, Schadstoffeintragsmessungen, Kronenzustandserhebung mittels Luftbildinterpretation).

Diese Waldschadenserhebung entspricht in Durchführung und Berichtslegung bereits den Vorgaben der Verordnung (EWG) Nr. 1696/1987 der Kommission vom 10. Juni 1987 in der die Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3528/1986 des Rates über den Schutz des Waldes in der Gemeinschaft gegen Luftverschmutzung festgelegt wurden.

### **Beiträge zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der österreichischen Wälder**

Erfassung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldreservaten, Begründung von Generhaltungsplantagen, Errichtung und Betrieb einer forstlichen Samenbank.

### **Paragraph 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft**

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft Österreichs hinsichtlich Betriebswirtschaft, Agrarsoziologie, Regionalforschung und Regionalpolitik, Natur- und Umweltschutz, Agrarstatistik sowie internationaler Wirtschaftsintegration und Weltagrarwirtschaft;

Führung einer agrarwirtschaftlichen Spezialbibliothek und Dokumentationsstelle Österreichs.

### **Paragraph 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft**

#### **Aufgaben und Organisation**

Für die milchwirtschaftlichen Belange bestehen laut BGBl. Nr. 515/1994 folgende Anstalten:

#### **1. Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)**

Zu ihrem Wirkungsbereich gehören Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen auf dem Sektor Milch und Milcherzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung der Produktionsbedingungen und der traditionellen Milcherzeugnisse in den alpenländischen Gebieten, sowie Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hiebei entstehenden Erzeugnisse, Züchtung und Abgabe von Käseerzeugnissen.

#### **2. Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)**

Ihr Wirkungsbereich umfaßt Forschung, Entwicklung, Qualitätssicherung und Untersuchungen sowie die Gewinnung, Be- und Verarbeitung von Milch in dem für Forschungs-, Versuchs- und Ausbildungszwecke notwendigen Ausmaß und Vermarktung der hiebei entstehenden Erzeugnisse und andere Produkte, die unter Verwendung von Milch Inhaltsstoffen hergestellt werden, weiters Herstellung und Vertrieb von Standarderzeugnissen.

Den Anstalten obliegt außerdem die Fortbildung milchwirtschaftlichen Personals und die Veranstaltung von Kursen.

### **Paragraph 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen**

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.

Zum Wirkungsbereich gehören insbesondere:

Forschung in Angelegenheiten des Bergraumes sowie Analysen der natürlichen, gesellschaftlichen ökonomischen und politischen Ursachen der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur; Analyse und Bewertung von Maßnahmen und Instrumenten zur Lösung der Probleme des Bergraumes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur.

**Paragraph 6057 Bundesanstalten für Tierzucht****Organisation und Aufgaben**

Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 515/1994, bestehen folgende Tierzuchtanstalten:

1. Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Andrologie, Gynäkologie, Genetik, Biologie, Pathologie sowie Hygiene und Technologie der Fortpflanzung der Haustiere.

Im Rahmen des Anstaltenkonzepts ist die Ausgliederung und Privatisierung dieser Bundesanstalt vorgesehen.

2. Bundesanstalt für Pferdezucht.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pferdezucht und Pferdehaltung sowie das Reit- und Fahrwesen.

Im Rahmen des Anstaltenkonzepts ist die Ausgliederung und Privatisierung dieser Bundesanstalt vorgesehen.

**Paragraph 6058 Bundesamt für Wasserwirtschaft**

Unter diesem Paragraph sind die Ausgaben für das Bundesamt für Wasserwirtschaft veranschlagt, dessen Rechtsgrundlage das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 516/1994, bildet.

**Organisation und Aufgaben**

1. Institut für Wassergüte in Wien.

Der Aufgabenbereich umfaßt die Fachfunktionen der Verwaltung am Sektor Wasserhaushalt und Gewässergüte im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes bzw. mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.

Dies umschließt insbesondere die Erforschung, Erfassung und Evidenthaltung der Faktoren des Wasserhaushaltes und der Gewässergüte, die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen am Wasserwirtschaftskataster (BGBl. Nr. 34/1968), Gewässergütefragen und eine zentrale Fachdokumentation sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Institut für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen.

Der Aufgabenbereich der Bundesanstalt umfaßt die Forschung, Untersuchung und Gutachtenerstellung für die Wasserrechtsbehörden sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik.

3. Institut für Wasserbauversuche und hydrometrische Prüfung in Wien.

Die Aufgabe der Bundesanstalt ist die modelltechnische Simulierung von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt der Anstalt die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Meßgeräte.

4. Institut für Gewässerökologie, Fischereibiologie und Seenkunde

Der Aufgabenbereich umfaßt die Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit der Gewässer im Zusammenhang mit Wasserbauten und Sicherung der Vielfalt autochthoner Fischarten, das Forschungs- und Versuchswesen auf dem Gebiet der gewässerverträglichen Fischerei und gewässerverträglichen Methoden zur Produktion gesunder aquatischer Organismen, die Erfassung von Fischregionen und Fischartenkartierung sowie die Erfassung des Zustandes von stehenden Gewässern und der Einflußfaktoren und die Beurteilung von Sanierungsstrategien.

**Paragraph 6059 Bundesanstalt für Landtechnik**

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft und die nachwachsenden Rohstoffe für den Nichtnahrungsmittelbereich. Diese Bundesanstalt befindet sich in Wieselburg.

**Titel 606 Übergangsregelungen**

**Gesetzliche Grundlage**

EU-Beitrittsvertrag, BGBl. Nr. 45/1995.

**Aufgaben**

Finanzielle Regelungen für den Übergangszeitraum 1995—1998 zur Entlastung der Österreichischen Land- und Forstwirtschaft.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1995 .....	8 661,6	40,0

**Voranschlagsansatz 1/60606 Degressive Ausgleichszahlungen**

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben Österreichs Landwirte, bedingt durch das niedrigere Förderungsniveau, hohe Preisverluste zu erwarten. Um diese Einbußen zum Teil zu kompensieren, werden während einer Übergangsperiode von vier Jahren degressive Beihilfen gewährt. Artikel 138 des Beitrittsvertrages regelt die Gewährung dieser Beihilfen. Unter diesem Ansatz sind die anteiligen EU- und Bundesmittel veranschlagt.

**Voranschlagsansatz 1/60616 Lagerabwertung**

Das unterschiedliche Preisniveau vor und nach dem Beitritt Österreichs zur EU führt zu einem Wertverlust bei den Lagerbeständen landwirtschaftlicher Produkte. Um diesen Wertverlust auszugleichen, wird ein einmaliger Zuschuß aus EU- und Bundesmitteln gewährt.

**Voranschlagsansatz 1/60626 Übergangsmaßnahmen, national**

Der Beitrittsvertrag zur Europäischen Union sieht vor, daß Österreich zusätzlich zu den nach Art. 138 zu gewährenden degressiven Ausgleichszahlungen bestimmte Beihilfen leisten kann, für welche bei diesem Voranschlagsansatz vorgesorgt wurde.

**Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens**

**Gesetzliche Grundlagen**

Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 970/1993;

Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	19,2	396,8	416,0	6,9
1994 .....	20,1	415,7	435,8	5,1
1994 vorl. Erf. . .	20,3	435,5	455,8	6,4
1995 .....	20,8	454,9	475,7	5,3

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Der Mehraufwand bei den Sachausgaben 1995 gegenüber 1994 beruht vor allem auf einem erhöhten Bedarf für den Ersatz der Besoldungskosten der Lehrer an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen.



**Paragraph 6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen**

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 1993 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50 vH. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

**Aufgaben**

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, daß sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

**Paragraph 6072 Forstliche Ausbildungsstätten****Aufgaben**

Die forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorfürungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzugeben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.

Über diese grundsätzlichen Kursziele hinaus werden in der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach auch Spezialkurse für die Bedienung, Wartung und den Einsatz von Schwermaschinen, die im Zuge der Rationalisierung und Mechanisierung der Forstwirtschaft immer mehr eingesetzt werden, sowohl für das Bedienungspersonal als auch für die Einsatzleiter abgehalten. In der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort/Gmunden werden hingegen Spezialkurse gehalten, die als Schwerpunkt die Ausbildung des forstlichen Führungspersonals in Fragen der Rationalisierung und modernen Betriebsführung zum Ziele haben.

Weiters führen die forstlichen Ausbildungsstätten die praktische Erprobung von forstlichen Maschinen und Geräten durch.

Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 649/1975, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

**Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinerverbauung****Gesetzliche Grundlagen**

Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBL. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 299/1989;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1 060/1994.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	125,8	1 544,1	1 669,9	1 741,0
1994 .....	125,9	1 855,6	1 981,5	1 938,7
1994 vorl. Erf. ..	132,8	1 626,0	1 758,8	1 703,9
1995 .....	133,6	1 845,3	1 978,9	1 990,1

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die höhere Veranschlagung bei den Sachausgaben ist u. a. auf die höhere Dotierung der Mittel aus dem Katastrophenfonds zurückzuführen.

### **Paragraph 6080 Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst**

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinerverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

#### **Aufgaben und Organisation**

Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinerverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinerverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fachlich und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch auszuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.

Die Projektsverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinerverbauung.

Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Bundesfinanzgesetzes jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60126, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

### **Paragraph 6081 Öffentliches Wassergut**

Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, BGBl. Nr. 280/1969, ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

### **Paragraph 6082 Wildbach- und Lawinerverbauung**

#### **Voranschlagsansatz 1/60826 Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinerverbauungen**

Mit den vorgesehenen Mitteln werden Beiträge zu den Kosten der im § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes angeführten Maßnahmen gewährt, um Kulturböden, Verkehrswege, Produktionsstätten und Siedlungen vor Wildbach- und Lawinenschäden zu schützen bzw. derartigen Schäden vorzubeugen.

Der in den Alpentälern gegebene hohe Druck auf Siedlungs- und Wirtschaftsraum (Fremdenverkehr!) erfordert verstärkte Anstrengungen in passiven und aktiven Schutzmaßnahmen (Nutzungsbeschränkungen und Raumordnung).

### **Paragraph 6083 Wildbach- und Lawinerverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)**

#### **Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen gegen Naturkatastrophen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1994 824,1 Millionen Schilling und im Voranschlag 1995 848,8 Millionen Schilling vorgesehen.

#### **Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinerverbauungen (zweckgeb. Gebarung)**

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Erhebungs-, Planungs- und Projektierungskosten für die nach § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 gegebenen Aufgabenstellungen der Wildbach- und Lawinerverbauung zu verwenden.

### **Paragraph 6084 Bundesflüsse**

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhaltmaßnahmen von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftli-

chen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985 bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

#### **Paragraph 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)**

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedeckung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986 in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1994 419,3 Millionen Schilling und im Voranschlag 1995 372,6 Millionen Schilling vorgesehen.

#### **Paragraph 6086 Interessentengewässer**

Aus den vorgesehenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten etc. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturlächen außerordentlich wichtig.

#### **Paragraph 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)**

Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse, für Schutz-, Instandhaltungs- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, schutzwasserwirtschaftliche Grundsatzkonzepte, Gutachten etc. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 28 des Wasserbautenförderungsgesetzes gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturlächen außerordentlich wichtig. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1994 473,3 Millionen Schilling und im Voranschlag 1995 483,4 Millionen Schilling vorgesehen.

#### **Voranschlagsansatz 2/60844 Bundesflüsse (erfolgswirksame Einnahmen)**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden jene Interessentenbeiträge verrechnet, die nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes von den örtlichen Interessenten zu Maßnahmen an Bundesflüssen zu leisten sind. Die für derartige Maßnahmen bestimmten Bundesmittel sind bei dem Voranschlagsansatz 1/60848 zu leisten.

#### **Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)**

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60808, 1/60126, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

### **Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 177/1989;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 970/1993;

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 970/1993.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1993 .....	277,0	196,1	473,1	311,2
1994 .....	287,3	200,9	488,2	313,0
1994 vorl. Erf. ...	286,8	215,2	502,0	301,5
1995 .....	297,3	198,6	495,9	296,2

#### **Paragraph 6090 Grenzbeschaudienst**

Bei diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenteilen auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954 (in der geltenden Fassung), bzw. von Holz auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962, entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Vermehrungsgut gemäß Forstgesetz 1975 veranschlagt. Diese sind durch die beim Einnahmenansatz 2/60904 veranschlagten Kontrollgebühren gedeckt.

#### **Paragraph 6091 Bundeskellereiinspektion**

Auf Grund des § 37 Abs. 1 der Weingesetz-Novelle 1988 idgF obliegt der Bundeskellereiinspektion, die dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist, die Überwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kellereimäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.

Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.

Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion auf Grund der fundierten Ausbildung und Erfahrung ihrer Organe beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Unter diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung des Verwaltungsaufwandes der Bundeskellereiinspektion.

#### **Paragraph 6093 Bundesgärten**

##### **Aufgaben und Organisation**

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn und Belvedere, der Augarten, weiters der Burggarten und der Volksgarten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schloßpark in Ambras. Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

1. Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen (Schönbrunn, Belvedere mit Alpengarten, Burggarten, Volksgarten, Augarten, Hofgarten Innsbruck und Schloßpark Ambras).
2. Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen.
3. Durchführung von Pflanzenschauen, Palmenhaus, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen.
4. Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.
5. Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum von Wien über 100 Außengärten bei bundeseigenen Gebäuden, wie Schulen und Amtsgebäuden, gärtnerisch zu betreuen.

#### **Paragraph 6094 Bundesgestüt Piber — Spanische Reitschule**

##### **Aufgaben**

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auf die Ausbildung, Vorführungen, Morgenarbeit und Durchführung von Auslandsgastspielen.

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, sind das Lipizzanergestüt sowie die hiefür entsprechenden Aufzuchtseinrichtungen untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Zur Erfüllung der Aufgaben ist dem Bundesgestüt Piber ein Landwirtschaftsbetrieb angeschlossen.

#### **Paragraph 6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften**

##### ***Aufgaben und Organisation***

Die Bundesversuchswirtschaften Wieselburg an der Erlauf, Fuchsenbigl im Marchfeld, Königshof und Fohlenhof haben neben ihren eigenen Betriebsaufgaben die Bestimmung, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt und Forschungszentrum für Landwirtschaft in Wien, Großversuche auf allen Gebieten der Landwirtschaft durchzuführen und die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse für die landwirtschaftliche Praxis zu erproben.

Sie haben weiters durch Zurverfügungstellung von Feldparzellen den genannten Anstalten die Durchführung von Parzellenversuchen sowie die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen notwendigen Prüfungen von Saatgut, Pflanzenschutzmitteln usw. zu ermöglichen. Ebenso müssen die Felder und Höfe der vier Betriebe der Bundesanstalt für Landtechnik zur Prüfung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zur Verfügung stehen.

Auf den Bundesversuchswirtschaften Wieselburg und Königshof werden wichtige Versuchs- und Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Tierzucht und Tierproduktion unter zentraler Leitung durchgeführt. Darüber hinaus fungiert die Bundesversuchswirtschaft Wieselburg als Lehrbetrieb für die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum.

Die Bundesversuchswirtschaften Königshof und Fohlenhof stehen darüber hinaus dem Bundesheer zum Teil als Übungsplätze zur Verfügung, so daß diese Betriebe in einer sehr zweckmäßigen Weise wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Interessen des Bundes gleichzeitig dienen.

#### **Paragraph 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste**

##### ***Aufgaben und Organisation***

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhuber und Kollerhuber veranschlagt.

Weiters sind bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für den Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur sowie für die Lehr- und Versuchsforste Ort und Ossiach vorgesehen.

Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschule Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhuber und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.

Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhuber sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.

Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

#### **Paragraph 6099 Bauhöfe**

##### ***Aufgaben***

Bei der Wildbach- und Lawinerverbauung werden bundeseigene Maschinen und Kraftfahrzeuge verwendet, die vornehmlich in bundeseigenen Bauhöfen untergebracht sind. Die Kosten für die Anschaffung von Baumaschinen, Großgeräten und Kraftfahrzeugen der Betriebe und die Instandhaltung derselben sowie die Betriebskosten der Bauhöfe sind bei dem gegenständlichen Voranschlagsansatz veranschlagt.

**Kapitel 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt C, Z 1—20.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	651,7	2 629,0	3 280,7	676,2
1994 .....	636,8	2 753,8	3 390,6	711,6
1994 vorl. Erf. ...	703,0	2 729,0	3 432,0	721,4
1995 .....	678,7	2 792,1	3 470,8	833,3

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 630 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten****Aufgaben**

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:

Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Patentwesens, des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen, des Tourismus, der Technologie- und Innovationspolitik, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, der Durchführung des EWR-Übereinkommens sowie Mitwirkung in Angelegenheiten des EU-Binnenmarktes, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich des staatlichen Hochbaues, des Straßenbaues, des Wasserbaues hinsichtlich der schiffbaren Flüsse Donau, March und der Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltchnikerwesens sowie der Unternehmungen, die durch Bundesgesetz mit dem Bau und der Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	500,8	384,3	885,1	144,6
1994 .....	489,3	436,2	925,5	100,2
1994 vorl. Erf. ...	544,6	474,2	1 018,8	147,1
1995 .....	520,5	425,9	946,4	115,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Einnahmen wurden auf Grund steigender Eingänge aus Europäischen Patentgebühren höher veranschlagt.

**Förderungen**

Hier ist für den Zuschuß des Bundes an die Tiergarten Schönbrunn Ges. m. b. H. und an die Österreichische Donau Betriebs AG vorgesorgt.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind hauptsächlich die Beiträge an die EFTA und das GATT sowie an die Europäische Patentorganisation und an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

**Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)****Gesetzliche Grundlagen**

Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 453/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1989; Fernwärmeförderungsgesetz, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1991; Bergbauförderungsgesetz, BGBl. Nr. 137/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 32/1994; Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994; Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994.

**Aufgaben**

Die Förderungen erfolgen in:

- Angelegenheiten des Tourismus;
- Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
- Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
- Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffförderung).
- Angelegenheiten der Technologie und der gewerblichen Forschung.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	2 198,1	29,5
1994 .....	2 270,2	37,1
1994 vorl. Erf. ....	2 207,9	27,2
1995 .....	2 309,3	144,1

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Seit 1995 werden Mittel für die gewerbliche Forschung und die Innovations- und Technologieförderung (ITF) bei Kapitel 63 veranschlagt.

**Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)****Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969**

In dieser Aktion werden Kredite zur Finanzierung von Investitionen, die der Verbesserung der Struktur der Fremdenverkehrsbetriebe und der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft dienen, durch Gewährung von Kreditkostenzuschüssen und Haftungskostenzuschüssen gefördert.

Neben der Gewährung von Kreditkostenzuschüssen können bestehende Unternehmungen eine verstärkte Förderung für die Durchführung von Investitionen mit wesentlicher struktureller Relevanz (zB für den Export oder die Importsubstitution, zur Energieeinsparung, für den Umweltschutz) durch Gewährung einer Prämie erhalten.

Die Neugründung von Gewerbebetrieben wird dann gefördert, wenn diese Investitionen tätigen, die von besonderer strukturpolitischer Bedeutung sind. In diesen Fällen wird zusätzlich zur Gewährung eines Kreditkostenzuschusses eine Prämie, eine Ausfallsbürgschaft und ein Haftungskostenzuschuß gewährt.

Ferner sollen mit diesen Mitteln auch juristische Personen gefördert werden, zu deren durch Bundesgesetz festgelegten Aufgabenbereich die Förderung von Unternehmungen gemäß § 1 Abs. 3 dieses Gesetzes zählt, wenn und insoweit diese juristischen Personen Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmungen durchführen.

**Förderungen (D)****Gemeinsame Kreditaktion zwischen Bund, Ländern und Kammern**

An Unternehmer von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft werden im Rahmen dieser Aktion für Investitionsvorhaben, die eine Rationalisierung des Betriebes vorsehen, und für Betriebsmittel, deren Stärkung eine Verbesserung der Struktur des Betriebes zur Folge hat, niedrig verzinsliche Darlehen gewährt.

**Förderungen****Tourismus und sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen**

**Kleingewerbekreditaktion**

Im Rahmen dieser Aktion erfahren Kleingewerbebetriebe bei der Durchführung von produktivitätssteigernden und exportfördernden Investitionen eine Unterstützung, die in der Gewährung von Zinsenzuschüssen (auch in Form einer Einmalprämie) bzw. Übernahme von Bürgschaften besteht.

**Aktion „Betriebsneugründungen und Übernahmen“**

Die Förderung durch Zuschüsse und Übernahme von Bürgschaften soll die Neugründung und Übernahme von Fremdenverkehrsbetrieben und von Klein- und Mittelbetrieben der gewerblichen Wirtschaft durch junge, initiative, leistungsfähige und bisher nicht selbständig gewesene Personen erleichtern.

**Gewerbestrukturverbesserungsaktion (FVSKA)**

Zur Anhebung des Standards, zur Produktivitätssteigerung und zur Rationalisierung in Gastgewerbebetrieben werden Kredite durch Förderungszuschüsse und Bürgschaftsübernahmen gefördert.

**Tourismusförderungsaktion des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten**

Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Tourismuswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

**ERP-Ersatzaktion**

Im Rahmen dieser Aktion werden Zinsenzuschüsse zu Investitionskrediten der Österreichischen Hotel- und Fremdenverkehrs-Treuhandges. m. b. H. für ERP-Kreditwerber gewährt.

**Prämienaktion „Komfortzimmer und Sanitärräume“**

Investitionen zur Verbesserung des Standards der sanitären Einrichtungen und Heizanlagen in bereits bestehenden Gastgewerbebetrieben werden durch einmalige, nicht rückzahlbare Prämien gefördert.

**Prämienaktion „Sanitärräume auf Campingplätzen“**

Diese Aktion soll bestehenden gewerblichen Campingplätzen die Investitionen zur Verbesserung des Standards der den Gästen zur Verfügung stehenden sanitären Einrichtungen erleichtern.

**Energieförderungsaktion**

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert im Rahmen des Fernwärmeförderungsgesetzes,

- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensibler Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungsgebundenen Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

**TOP-Aktion**

Bei dieser Aktion werden industriell-gewerbliche Investitionsvorhaben von hoher Relevanz für die Verbesserung der österreichischen Wirtschaftsstruktur und besonders der österreichischen Leistungsbilanz durch begünstigte Kredite gefördert. Ab 1995 werden nur mehr bereits bestehende Verpflichtungen erfüllt.



### **Sonstige Förderungen**

Aus diesen Mitteln werden die Förderung von Ostinitiativen sowie die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.

Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekanntgegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.

### **Bergbau und Grundstoffe-Förderung**

Der ausgewiesene Betrag ist auf Grund des Bergbauförderungsgesetzes für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen.

Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze — Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler —, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

### **Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)**

Beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten sind seit 1995 Mittel für den Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft und Mittel gemäß ITF-Gesetz veranschlagt.

### **Sonstige Förderungsmaßnahmen**

Aus diesen Mitteln werden im wesentlichen Bezugsvorschüsse bezahlt.

### **Aufwendungen**

#### **Verein „Österreich Werbung“**

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreich Werbung“ obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Basis-Inlandswerbung für den gesamtösterreichischen Tourismus. Dieser Verein wird gemäß Syndikatsvertrag zu 60% vom Bund und zu je 20% von den Bundesländern und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.

Da die Österreich Werbung in ihrer Werbetätigkeit auch eine Vorbildfunktion für alle anderen Werbenden im österreichischen Tourismus erfüllt, muß sie stets die modernsten Werbemethoden verwenden und Standards für das werbliche Erscheinungsbild Österreichs setzen.

Eine der Hauptaufgaben der Österreich Werbung ist es, im Ausland ein Österreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

#### **Sonstige Aufwendungen**

Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des „Tourismus“ und der „Sonstigen Wirtschaft“ sowie Werkleistungen im Rahmen der „Osthilfe“ ist hier vor allem für die Beiträge an die Innovationsagentur und den „Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse“ vorgesorgt.

### **Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens**

#### **Gesetzliche Grundlagen**

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 634/1994;

Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 773/1992;

Musterschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 261/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;

Patentanwaltsgesetz, BGBl. Nr. 214/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 772/1992;  
Patent- und Markenverordnung, BGBl. Nr. 98/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;  
Musterverordnung, BGBl. Nr. 387/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 597/1992;  
Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 418/1992;  
Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979;

Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979.

## **Aufgaben**

### **Patentangelegenheiten**

Auf nationaler Ebene ist das Österreichische Patentamt für die Erteilung, die Rücknahme, die Nichtigkeitsklärung, die Aberkennung, die Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, die Entscheidung über das Bestehen des Vorbenutzerrechtes, die Entscheidung über Feststellungsanträge und Lizenzerräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister zuständig.

Dazu kommt, daß am 23. April 1979 der Patentszusammenarbeitsvertrag (Washington 1970) und am 1. Mai 1979 das Europäische Patentübereinkommen (München 1973) für Österreich in Kraft getreten sind, woraus dem Österreichischen Patentamt zusätzliche Aufgaben erwachsen, so insbesondere die im Rahmen des europäischen Vertragswerkes zu erstattenden Recherchen für europäische Patentanmeldungen. Schließlich muß auch die Neuordnung der gesamten Dokumentation nach der internationalen Patentklassifikation fortgesetzt werden. Die Tätigkeit des Österreichischen Patentamtes erstreckt sich auch auf die Einreichung von Patentanmeldungen auf Grund des Europäischen Patentübereinkommens sowie auf die Tätigkeit als Anmeldeamt, als Bestimmungsamt, als ausgewähltes Amt sowie als internationale Recherchenbehörde und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Patentszusammenarbeitsvertrag.

### **Markenangelegenheiten**

Die Zuständigkeit des Österreichischen Patentamtes in Markenangelegenheiten erstreckt sich auf die Anmeldung und Registrierung von Marken, die Führung des Markenregisters, die Umschreibung und Löschung von Marken sowie auf die Entgegennahme des Antrages auf internationale Registrierung einer Marke.

### **Musterangelegenheiten**

Beim Patentamt wird ein Zentralmusterarchiv geführt, das je ein Zweitstück der bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft hinterlegten Muster aufzunehmen und zu verwahren hat.

### **Oberster Patent- und Markensenat**

Der Oberste Patent- und Markensenat ist als Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung des Patentamtes eingerichtet.

### **Referat für den gewerblichen Rechtsschutz**

Das Patentamt führt auch die Agenden des Referates für den gewerblichen Rechtsschutz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	126,6	41,8	168,4	282,7
1994 .....	123,5	41,9	165,4	310,2
1994 vorl. Erf. . .	132,6	41,0	173,6	296,9
1995 .....	132,7	49,3	182,0	310,2

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Steigerung beim Sachaufwand ist auf die Errichtung einer Patentschriftendokumentation zurückzuführen.

**Einnahmen**

Bei den Einnahmen handelt es sich in erster Linie um Gebühren, die nach den Bestimmungen des Patent- und Markenschutzgesetz eingehoben werden.

**Titel 633 Bergbehörden****Gesetzliche Grundlagen**

1. Berggesetz 1975, BGBl. Nr. 259, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 633/1994, und die hiezu ergangenen Verordnungen;

2. die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1984 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954, die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. 12/1984, die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 153/1973, die Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. Nr. 14/1968, die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. Nr. 21/1972, und die Elektrotechnikverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 12/1984;

3. das neunte Hauptstück des Allgemeinen Berggesetzes, RGBl. Nr. 146/1854, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 460/1922;

4. Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;

5. Bundesgesetz über das Grubenwehrenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;

6. Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

**Aufgaben**

Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	24,3	4,7	29,0	219,4
1994 .....	24,0	5,5	29,5	264,0
1994 vorl. Erf. ...	25,7	6,0	31,7	250,2
1995 .....	25,5	7,6	33,1	264,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Der Sachaufwand wurde auf Grund des erweiterten Wirkungsbereiches der Bergbehörden höher veranschlagt.

**Einnahmen**

Bei den Einnahmen handelt es sich zum weitaus überwiegenden Teil um Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse.

**Kapitel 64 Bauten und Technik**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, Z 21 bis 30.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	1 771,2	24 718,8	26 489,9	5 253,6
1994 .....	1 762,0	26 394,0	28 156,0	5 598,0
1994 vorl. Erf. ...	1 783,2	25 090,2	26 873,5	5 601,9
1995 .....	1 786,8	24 882,5	26 651,3	5 809,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen**

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	30,7	46,0	76,7	19,8
1994 .....	32,0	62,2	94,2	26,9
1994 vorl. Erf. ...	30,5	62,1	92,7	16,0
1995 .....	29,5	57,5	87,0	21,4

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Einnahmen wurden geringer veranschlagt, da wegen Renovierungsarbeiten in den Schausammlungen mit niedrigeren Besucherzahlen zu rechnen ist.

**Bundesmobilienvverwaltung****Aufgaben**

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilien- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;
2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilien, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloß Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

**Ausgaben**

Die veranschlagten Mittel werden für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (hauptsächlich Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und für die Anschaffung von Schauobjekten verwendet.

**Schönbrunner Tiergartenamt****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Errichtung einer Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft mbH., BGBl. Nr. 420/1991, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 117/1994.

**Aufgaben**

Das Schönbrunner Tiergartenamt ist die Dienststelle für Beamte, die vor Beginn des Pachtverhältnisses beim bisherigen Tiergarten Schönbrunn beschäftigt waren.

**Beschußämter****Gesetzliche Grundlage**

Beschußgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 233/1984.

**Aufgaben**

Die Beschußämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.

Daneben führen beide Beschußämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie z. B. die Erprobung der Schußsicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen sowie Schußproben ermöglichen.

Fallweise werden die Beschußämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschußämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nichterprobte oder mit ungültigen Beschußzeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

**Ausgaben**

Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb und für die notwendige Anschaffung von Anlagengütern veranschlagt.

**Kurheim (betriebsähnliche Einrichtung)****Aufgaben**

Vorbereitung und Einleitung der Betriebseinstellung des Kurheimes Badeschloß Badgastein. Das Kurhaus Semmering wurde im Zuge von Sparmaßnahmen mit Ende 1988 geschlossen.

**Ausgaben**

Veranschlagung der Betriebskosten und Kosten der Stilllegung des Betriebes.

**Bäder****Aufgaben**

Führung der laufenden Geschäfte der Bundesbäder Alte Donau und Wr. Neustadt.

**Ausgaben**

Veranschlagung der Betriebskosten der Bundesbäder. Die Personalausgaben werden seit 1992 bei der Bundesbaudirektion Wien verrechnet.

**Regierungsgebäude**

Hier wird vor allem der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

**Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)**

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wasserbaues, des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	190,2	65,6
1994 .....	543,4	405,7
1994 vorl. Erf. ....	270,4	186,7
1995 .....	542,9	417,8

## **Wohnbauforschung**

### **Gesetzliche Grundlage**

Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 800/1993.

### **Aufgaben**

Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfaßt insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Verbesserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortsplannerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind.

### **Ausgaben**

Die veranschlagten Mittel werden überwiegend zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

## **Wasserbau**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Wasserbautenförderungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 516/1994;

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994.

### **Aufgaben**

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

### **Ausgaben**

Im Jahre 1995 sind Beiträge für den Ausbau des Hafens in Krems und für vorbeugende Maßnahmen im Raume von Linz und Wien sowie im südlichen Machland vorgesehen. Es werden außerdem die Mittel des Katastrophenfonds hauptsächlich für den Hochwasserschutz im Raum von Wien verwendet.

## **Technisches Versuchswesen**

### **Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

### **Aufgaben**

Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Meß- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.

**Ausgaben**

Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

**Allgemeine Bauforschung****Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 434/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;  
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 101/1993.

**Aufgaben**

Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

**Ausgaben**

Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

**Sonstige Förderungsmaßnahmen****Gesetzliche Grundlage**

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 495/1990.

**Förderungen**

Bei diesem Paragraph sind die Mittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungs-Gesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt. Ebenso ist für den Beitrag des Bundes an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesorgt.

**Aufwendungen**

Die für das Internationale Informationszentrum für Terminologie (Infoterm) vorgesehenen Mittel dienen zur anteilmäßigen Finanzierung seiner Personalausgaben.

**Titel 642 Bundesstraßenverwaltung****Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstraßengesetz, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 33/1994;  
Finanzausgleichsgesetz 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 21/1995;  
Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994;  
ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 963/1993;

Maßnahmen im Bereich der Bundesstraßengesellschaften, BGBl. Nr. 826/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 818/1993.

**Aufgaben**

Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluß an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.

Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der österreichischen Autobahnen- und Schnellstraßen AG und der Alpen Straßen AG.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	15 457,2	4 256,3
1994 .....	16 718,3	4 245,3
1994 vorl. Erf. ....	15 487,7	4 414,9
1995 .....	15 646,3	4 507,1

**Bundesstraßen B****Bundesstraßen S****Bundesstraßen A****Anlagen**

Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen B, S und A veranschlagt.

**Aufwendungen**

Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen B, S und A vorgesorgt.

**Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)****Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben)****Anlagen**

Hier werden die Ausgaben der Bundesstraßenverwaltung für die Errichtung von Gebäuden (Straßenmeistereien), für die Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten des Erhaltungsdienstes und von Ersatzteilen hiezu verrechnet.

**Aufwendungen**

Neben der Anschaffung von Streumaterial, Treibstoff werden hier die Überweisungen an die Länder gem. FAG 1993 als Ersatz für deren Ausgaben für das Personal des Erhaltungsdienstes und als Pauschalabgeltung für die Kosten der Projektierung, Bauleitung und Bauführung veranschlagt. Alle diese Ausgaben werden auf Grund der organisatorischen Zusammenfassung der Bundesstraßen B und S gemeinsam verrechnet und nur die betreffenden Ausgaben für die Autobahnen getrennt ausgewiesen.

**Straßenforschung**

Die für diese Zwecke vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.

Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

**Katastrophenfonds — Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)****Katastrophenfonds — Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)****Anlagen**

Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, dh. den Ausbau der Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen B und S, vorgesehen.

**Aufwendungen**

Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der Ersätze gem. FAG 1993, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gem. FAG 1993 bestimmt.



**Straßengesellschaften****Aufwendungen**

Einerseits werden hier die Rückübertragung der Mauteinnahmen und die Zahlungen an die Österr. Autobahnen- und Schnellstraßen AG sowie an die Alpen Straßen AG und andererseits die Zahlungen an die ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßenfinanzierungsgesellschaft) zur Vermeidung einer Haftungsinanspruchnahme des Bundes bzw. die als Ersatz der Kosten für die Errichtung der betreffenden Bundesstraßen an die Gesellschaften zu leistenden Zahlungen veranschlagt.

**Titel 644 Wasserbauverwaltung****Gesetzliche Grundlagen**

Wasserstraßendirektion-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;

Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion, BGBl. Nr. 11/1992;

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1927, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;

Verträge betreffend die Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1060/1994.

**Aufgaben**

Führung der Geschäfte des Wasserbaues an Donau, March und Thaya und der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

	Personal- ausgaben	Sach- Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	132,0	136,5	268,5	156,6
1994 .....	117,1	191,0	308,1	186,6
1994 vorl. Erf. ...	121,6	200,8	322,4	203,2
1995 .....	119,3	193,0	312,3	193,6

**Wasserstraßendirektion****Aufgaben**

Der Wasserstraßendirektion obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schifffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem Teil der Thaya.

Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (von km 0,0 bis 19,4) werden auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern ausgeführt.

**Aufwendungen**

Im wesentlichen sind hier Mittel für Auftragsvergaben an Dritte zur Durchführung der Aufgaben der Wasserstraßendirektion veranschlagt.

**Amt der Wasserstraßendirektion**

Gemäß Bundesgesetz über die Organisationsprivatisierung der Wasserstraßendirektion und die Gründung einer „Österreichische Donau-Betriebs-Aktiengesellschaft“, BGBl. Nr. 11/1992, wurde das Amt der Wasserstraßendirektion als Dienststelle der bei der Österreichischen Donau-Betriebs-AG tätigen Beamten des Bundes eingerichtet.

**Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz****Aufgaben**

Die Wasserstraßendirektion ist geschäftsführende Stelle der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

Der Bauaufwand der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfaßt Arbeiten an den Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen.

**Aufwendungen**

Vorsorge für den Bundesanteil an dem in den Aufgaben zitierten Aufwand.

**Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung**

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie für das Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	844,6	108,4	953,0	27,8
1994 .....	865,6	163,6	1 029,2	76,8
1994 vorl. Erf. ...	854,2	142,4	996,5	58,8
1995 .....	866,2	161,0	1 027,2	61,3

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Einnahmen für Ersätze der Bundesimmobilienges. m. b. H., wurden auf Grund geringerer Mieteinnahmen niedriger angesetzt.

**Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (Amtsorgane)****Aufgaben**

Den Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Dienststellen sind die Bundesgebäudeverwaltung II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz sowie die Burghauptmannschaft in Wien und die Schloßverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Die Erläuterungen der einzelnen Aufgaben erfolgt bei der Liegenschaftsverwaltung.

**Aufwendungen**

Die veranschlagten Mittel werden hauptsächlich für die Abdeckung der Kosten des laufenden Betriebes (Energiekosten, Miet- und Pachtzinse ua.) sowie für Kostenersätze an die Bediensteten (Reisekosten und Fahrtkostenzuschüsse) benötigt.

**Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg**

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongreßzentrums.

**Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung (betriebsähnliche Einrichtungen)****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Gründung einer Bundesimmobiliengesellschaft (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993.

Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, mit der die Bundesbaudirektion Wien zur betriebsähnlichen Einrichtung erklärt wird, BGBl. Nr. 660/1992.

**Aufgaben**

Der Bundesbaudirektion Wien obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes im Bereich Wien, Niederösterreich und Burgenland einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Aufgaben sind durch Angleichung an privatwirtschaftliche Gegebenheiten auszuführen.

**Kapitel 64 — Titel 646**

271

**Ausgaben**

Die veranschlagten Mittel dienen zur Abdeckung der laufenden Betriebskosten.

**Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)****Aufgaben**

Der Bundesgebäudeverwaltung obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften; dazu kommen noch zahlreiche Objekte, die von der Bundesgebäudeverwaltung nur baulich zu betreuen sind.

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung umfaßt Regierungsgebäude, Universitätsgebäude und Gebäude für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen, ferner sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich bundeseigener Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemeinhistorischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien und Innsbruck, Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive und des Bundesheeres in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamtsiedlungen, Arbeits- und Invalidenämter und Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Ausgaben für bauliche Herstellungen der beiden zuletzt genannten Verwaltungen und am Parlamentsgebäude belasten allerdings nicht das Kapitel 64, sondern werden bei Kapitel 02, 12 bzw. 71 veranschlagt. Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung auch die Bauleitung im Bereich des Österreichischen Branntweinmonopols.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	55,1	849,5	904,6	416,4
1994 .....	51,9	875,7	927,6	390,1
1994 vorl. Erf. . .	52,2	892,5	944,7	396,9
1995 .....	52,0	804,8	856,8	350,1

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Durch die Übergabe von Liegenschaften an die Bundesimmobiliengesellschaft sind sowohl die Sachausgaben als auch die Einnahmen niedriger veranschlagt.

**Betriebskosten und Hauserfordernisse****Organisation**

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung wird von 36 Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen. Hievon sind 28 Bundesdienststellen und 8 im Wege der Auftragsverwaltung tätige Ämter der Landesregierung.

Bundesdienststellen sind die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

**Ausgaben**

Mit den veranschlagten Mitteln werden vor allem die Instandhaltungskosten und Betriebskosten, wie Grundsteuern, Versicherungen, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw., abgedeckt.

**Liegenschaftsankäufe**

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen Voranschlagsansätzen vorgesehen sind, bei den Voranschlagsansätzen 6461 bis 6469 zusammengefaßt.

Unter dem Voranschlagsansatz 1/64698 werden 12 vH der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Liegenschaftsverwaltungs-, Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsausgaben zustehen.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesen Voranschlagsansätzen auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften veranschlagt.

## **Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)**

### **Allgemeine Bemerkungen betreffend BIG**

Die budgetären Auswirkungen der Reform der Immobilienverwaltung des Bundes durch die Gründung einer Bundesimmobilienges. m. b. H. (BIG), BGBl. Nr. 419/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 494/1993, stellt sich für 1995 wie folgt dar:

	Millionen Schilling
<b>Bund: Mietenzahlungen der Ressorts (inkl. USt):</b>	
Schulen .....	934
Universitäten .....	631
sonstige Nutzer .....	107
	1 672
<b>BIG: Einnahmen (ohne USt):</b> .....	1 611
<b>Ausgaben:</b>	
Aufwendungen (Instandhaltung, Zinsaufwand usw.): .....	254
Abfuhr Fruchtgenuß .....	600

### **Aufgaben der Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)**

Errichtung und Erhaltung von Bundesgebäuden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1993 .....	7 784,8	70,7
1994 .....	7 716,1	32,1
1994 vorl. Erf. ....	7 895,1	88,0
1995 .....	7 279,3	19,1

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Einnahmen wurden auf Grund sinkender Eingänge aus dem Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds niedriger veranschlagt.

### **Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 FAG**

Hier werden 12 vH des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1993 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

### **Schulen der Unterrichtsverwaltung**

Der veranschlagte Betrag ist für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Schulen der Unterrichtsverwaltung vorgesehen, dies sind:

#### **A. Allgemeinbildende Schulen:**

Allgemeinbildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundeserziehungsanstalten]), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (zB Bundesschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummeneinstitut Wien.

**B. Berufsbildende Schulen:**

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen); Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen); die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein; alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

**Schulen der Wissenschaftsverwaltung**

Hier wird die Gebäudeerhaltung und der Neubau der Schulen der Wissenschaftsverwaltung gesondert von dem der Unterrichtsverwaltung veranschlagt. Es sind dies:

Universitäten, Kunsthochschulen, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

**Bauten für die Landesverteidigung**

Die Ausgaben betreffend die Erhaltung der militärischen Objekte und Anlagen, Zweckadaptierungen an denselben und die Errichtung neuer militärischer Objekte, wie zB Kasernen, Verpflegsanstalten, Sanitätsanstalten, Radarstationen mit militärischen Wohnbauten.

**Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten**

Hier werden die Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten sowie Bundesgüter deren Instandsetzung und Instandhaltung veranschlagt.

**Sonstige Bundesgebäude**

Hier werden die für die Erhaltung und für den Neubau notwendigen Ausgabenbeträge für alle Bundesgebäude veranschlagt, die nicht bei einem anderen Paragraphen des Titels 647 angeführt sind, außerdem der Bedarf für die Amts- und Dienstwohngebäude und die Bundesanstalten, zB auch der für die Gebäudeerhaltung von Museen, Schlössern, Palais und ähnlich kulturell wertvollen Gebäuden.

Für die Sanierung der Bundesmuseen hat der Ministerrat ein Investitionsprogramm 1987 bis 1992 sowie die Fortsetzung dieses Investitionsprogrammes in den Folgejahren beschlossen.

**Konjunkturausgleich-Voranschlag**

Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1995 den Einsatz zusätzlicher Mittel erfordern, sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag beim Bundeshochbau vorgesehen:

	Sachausgaben Millionen Schilling
Stabilisierungsquote .....	800,0
Konjunkturbelebungsquote .....	600,0

**Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen****Gesetzliche Grundlagen**

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1994 und die dazu ergangenen Verordnungen;

Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 480/1980 und die dazu ergangenen Verordnungen.

**Aufgaben**

Angelegenheiten des Eich- und Vermessungswesens.

	Personal- ausgaben Millionen Schilling	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	708,7	146,2	855,0	240,5
1994 .....	695,4	123,7	819,1	234,6
1994 vorl. Erf. ...	724,7	139,3	864,0	237,4
1995 .....	719,7	179,7	899,4	239,0

### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Sachausgaben wurden höher veranschlagt, da das Bundesrechenamt seit 1995 für seine Leistungen Vergütungen einhebt.

### **Einrichtungen des Eichwesens**

#### **Aufgaben**

Dem Eichwesen obliegt es:

1. die Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten aufzubewahren und für ihren Anschluß an die internationalen Etalons zu sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festzulegen;
2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Meßtechnik durch Verordnung festzulegen;
3. für die eichpflichtigen Meßgerätégattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen zu erlassen und im „Amtsblatt für das Eichwesen“ kundzumachen;
4. neue Meßgerätebauarten zur Eichung zuzulassen;
5. Meßgeräte zu eichen;
6. die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen zu überwachen;
7. im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes Meßgeräte zu prüfen, zu beglaubigen sowie entsprechende Untersuchungen durchzuführen und die Meßtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten zu fördern; desgleichen, die Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Meßgeräte zu erlassen.

### **Einrichtungen des Vermessungswesens**

#### **Aufgaben**

##### **Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Staatsgrenzen“**

Die von den Dienststellen der Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Staatsgrenzen“ und den nachgeordneten Vermessungsämtern auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen — zB für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform —, im besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:

1. Die Grundlagenvermessungen, u. zw.
  - a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,
  - b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,
  - c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivellament) und
  - d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerefeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;
3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;
4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;
5. die Führung des Grenzkatasters;
6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;
7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen.

Die unter Ziffer 2, 4 und 5 angeführten Aufgaben obliegen den Vermessungsämtern, die übrigen Aufgaben den Abteilungen dieser Gruppe.

**Gruppe „Landesaufnahme“**

Die Gruppe Landesaufnahme führt alle Arbeiten hinsichtlich Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes) durch.

**Ausgaben und Einnahmen**

Die veranschlagten Mittel bei den „Einrichtungen des Eichwesens“ und den „Einrichtungen des Vermessungswesens“ werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostenersätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.

Bei den Einnahmen handelt es sich vor allem um Eich-, Prüfungs- und Vermessungsgebühren.

**Kapitel 65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt N.

**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	1 203,0	12 200,6	13 403,7	1 749,9
1994 .....	312,0	23 836,3	24 148,3	3 910,6
1994 vorl. Erf. ...	307,1	27 051,6	27 358,7	4 002,8
1995 .....	341,3	26 563,0	26 904,3	3 902,3

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

**Titel 650 Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr****Aufgaben**

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr umfaßt die Angelegenheiten der Regionalförderung, soweit es sich um einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen im industriell-gewerblichen Bereich handelt, der Technologieförderung, des ERP-Fonds, der verstaatlichten oder staatseigenen Unternehmungen sowie des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums bzw. der Post fallen, der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung, der See- und Flußschifffahrt, des zivilen Luftverkehrs, des Kraftfahrwesens und der Straßenpolizei. Ferner werden die Belange der Verkehrsförderung, Angelegenheiten des österreichischen Verkehrssicherheitsfonds, des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitungen mit Ausnahme der Wasserleitungsangelegenheiten, Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bediensteten der Eisenbahnen (Straßenbahnen), der Post- und Telegraphenverwaltung, der Schifffahrt und der Luftfahrt wahrgenommen.

**Paragraph 6500 Zentraleitung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	259,2	67,3	326,5	5,2
1994 .....	263,1	132,9	396,0	108,5
1994 vorl. Erf. ...	261,3	130,2	391,5	213,4
1995 .....	289,7	126,4	416,1	7,6

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Steigerung der Personalausgaben ergibt sich unter anderem aus dem Mehrbedarf aufgrund zunehmender Aufgabenerweiterungen. 1994 erfolgte auf der Einnahmenseite die einmalige Abrechnung aus dem Titel „Flugsicherungsstreckengebühren“ i. Z. m. der Ausgliederung des BAZ.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

An gesetzlichen Verpflichtungen sind für die Familienbeihilfen 5,6 Millionen Schilling und für die Beiträge an verschiedene internationale Organisationen, wie ICAO-Montreal, OECD-Paris, für die CEMT, ECAC-Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern sowie IMO-London, sowie TER und JAA insgesamt 7,430 Millionen vorgesehen.

Daneben sind hier die Ausgaben für Sachverständigengutachten und sonstige Leistungen gemäß § 57 Abs. 3 und § 129 KFG 1967 und die öffentlichen Abgaben veranschlagt.



**Kapitel 65 — Titel 650**

277

**Aufwendungen**

Veranschlagt sind die sachlichen Ausgaben dieses Ressortbereiches, soweit sie den Verwaltungsaufwand betreffen.

**Paragraph 6501 Schiffahrtspolizei****Gesetzliche Grundlagen**

Schiffahrtsgesetz 1990, BGBl. Nr. 87/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 452/1992;

Verordnung des BMföWuV, BGBl. Nr. 160/1993.

**Aufgaben**

Der Schiffahrtspolizei obliegen auf Wasserstraßen, ausgenommen in die Landesvollziehung fallende, die Aufgaben der Schiffahrtspolizeibehörde und die Wahrnehmung der schiffahrtspolizeilichen Aufgaben gemäß Teil B des Schiffahrtsgesetzes 1990 (Überwachung der Einhaltung aller die Schiffahrt betreffenden Verwaltungsvorschriften, Regelung der Schiffahrt einschließlich der Bezeichnung des Fahrwassers und Hilfeleistung bei Havarien).

Außenstellen (Strom-, Schleusen- bzw. Hafenaufsichten) gemäß § 37 Abs. 5 leg. cit. befinden sich in Hainburg, Wildungsmauer, Wien, Greifenstein, Tulln, Altenwörth, Krems, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach und Engelhartzell.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	29,1	35,9	65,0	1,3
1994 .....	32,1	33,1	65,2	19,2
1994 vorl. Erf. ...	30,3	50,5	80,8	1,2
1995 .....	34,0	32,3	66,3	19,2

**Anlagen**

Hier ist unter anderem für die Einrichtung eines Tonbanddienstes für aktuelle Pegelstände inklusive Pegelmeßgeräte und Einrichtung eines EDV-gestützten Schiffahrtsinformationssystems vorgesorgt. Bei den restlichen Posten sind die für die Erhaltung der Dienstbereitschaft der Schiffahrtspolizeiorgane erforderlichen Anschaffungen, wie Steganlagen, Zillen, Motore, Meßgeräte ua., budgetiert.

**Aufwendungen**

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung von Signal- und Hilfseinrichtungen für die Schiffahrt, für die Instandhaltung von Signalstationen und Objekten der Schiffahrtspolizeiaußenstellen, für die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Wasserfahrzeuge, für den Betrieb der Schleusen Ybbs-Persenbeug, Wallsee, Ottensheim, Aschach, Altenwörth, Abwinden-Asten, Melk und Greifenstein sowie für Aufwendungen infolge des Beitrittes der Republik Österreich zur Donaukonvention 1948 bestimmt.

**Paragraph 6502 Fernmeldebehördliche Tätigkeiten****Gesetzliche Grundlagen**

Fernmeldegesetz 1993, BGBl. Nr. 908/1993;

Art. 7 der Richtlinie 90/388/EWG;

Regionalradiogesetz, BGBl. Nr. 506/1993.

**Aufgaben**

Wahrnehmung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die im Art. 7 der EWG-Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste aufgezählten Agenden, wie:

Die Erteilung von betrieblichen Genehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und die verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen, die Ahndung der Verletzungen des fernmeldebehördlichen Hoheitsrechtes. Erstellung des Frequenznutzungsplanes, Frequenzzuordnung und Bewilligung gem. § 2 Regionalradiogesetz.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	72,4	101,6
1994 .....	135,0	110,0
1994 vorl. Erf. ....	117,3	120,8
1995 .....	118,8	110,0

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Verminderung der Ausgaben gegenüber 1994 ist vor allem auf die für 1995 geringere Ausstattung der Fernmeldebehörden mit Funkmeß- und den dazugehörigen elektronischen Datenverarbeitungsanlagen zurückzuführen.

**Anlagen**

Die veranschlagten Mittel dienen für den Erwerb bzw. Ersatz von Funkmeßfahrzeugen und -meßgeräten sowie für Hardware zur Planung von Privatrundfunksendern und Software für topographische Datenbank für Rundfunkplanung und Verträglichkeitsberechnungen im Sprechfunk.

**Aufwendungen**

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung bzw. Wartung von Fahrzeugen und Funkmeßgeräten und den notwendigen Verwaltungsaufwand bestimmt.

**Einnahmen**

Aus den fernmeldebehördlichen Tätigkeiten werden Einnahmen aus dem Titel „Gebühren und Geld-, Ordnungs- und Mutwillensstrafen“ erzielt.

**Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)**

Ab BVA 1994 sind unter diesem Titel auch die Ausgaben und Einnahmen der Verkehrsverbände (bis 1993 beim Titel 656) veranschlagt.

**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 825/1992;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Hochleistungsstreckengesetz, BGBl. Nr. 135/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1994;

Bundesgesetz über die Austro Control GesmbH, BGBl. Nr. 898/1993;

Grundsatzvereinbarung (Werkvertrag) zwischen der Österreichischen Verkehrswerbung Ges. m. b. H. und dem Bundesministerium für Verkehr, den ÖBB sowie der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung vom 30. November 1979;

Richtlinien der Bundesregierung gem. § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen;

Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbände.

**Aufgaben**

Zurverfügungstellung der Eisenbahn-Infrastruktur gem. § 2 Bundesbahngesetz 1992; Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen gem. § 3 Bundesbahngesetz 1992.

Die angeführten gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden auch den privaten Schienenbahnen aufgetragen und sind ebenso abzugelten.

Gemäß § 8 des Hochleistungsstreckengesetzes kann durch Verordnung der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG die Planung und der Bau bestimmter, zu Hochleistungsstrecken erklärter Eisenbahnen übertragen werden. Die der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken-AG daraus erwachsenen Kosten sind gemäß § 11 des Hochleistungsstreckengesetzes durch den Bund zu ersetzen, soweit es sich nicht um Planungen und Baumaßnahmen handelt, für die die ASFINAG gemäß BGBl. Nr. 136/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 963/1993, die finanzielle Vorsorge zu tragen hat.

Die bisher mit Erfolg geführten Werbeaktionen und Standardwerbemittel für allgemeine Werbemaßnahmen für Verkehrseinrichtungen im Wege der Österreichischen Verkehrswerbung Ges. m. b. H. sollen wegen der Kontinuität des Werbeerfolges beibehalten werden. Aus Gründen des Wettbewerbs mit anderen weitaus werbeintensiveren westeuropäischen Ländern ist es aber notwendig, auch neue Werbemaßnahmen zu ergreifen, die zu einer weiteren Frequenzsteigerung bei öffentlichen Verkehrseinrichtungen und damit zu einer Verbesserung der Betriebsergebnisse führen sollen, wobei sich die Werbung sowohl auf den Personen- als auch auf den Güterverkehr erstrecken wird.

Die Entwicklung des Straßenverkehrs macht spezifische Aktionen zur Hebung der Verkehrssicherheit vordringlich. Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen — zB Verkehrssicherheitswettbewerbe, TV-Serien, Schwerpunktaktionen — läßt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten. Die hierfür vorgesehenen Mittel stehen zweifellos in keinem Verhältnis zu den ersparten sozialen Kosten für Krankenhausaufenthalte, Rekonvaleszenz und Ausfall von Arbeitsleistungen.

Eine zielbewußte Verwaltungstätigkeit kann im Hinblick auf die immer komplizierter werdenden Fragenkomplexe kaum mehr auf Entscheidungshilfen verzichten, welche wissenschaftlich vorbereitet und auf interdisziplinären Grundlagen erstellt werden. So wird es auch im Verkehrsbereich immer notwendiger, konkrete Auftragsforschungen zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange (Schiene, Straße, Luftfahrt, Post- und Telegrafendienst usw.) objektive Beurteilungskriterien erfordert.

Im Bereich der Verkehrsverbünde ergibt sich durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten für die an den Verkehrsverbänden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter „Durchtarifierungsverlust“. Der Bund wird beim „Verkehrsverbund Ost-Region“ vorweg den Gesamtbetrag des Durchtarifierungsverlustes tragen, während die beteiligten Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland die andere Hälfte rückvergüten. Das gleiche gilt für die dem „VOR“ vorgelagerten Verkehrsverbünde NÖ Süd/Burgenland Mitte, Mostviertel/NÖ Zentralraum und Waldviertel sowie den Verkehrsverbund Weinviertel.

Bei den Verkehrsverbänden Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck, Kärnten und Vorarlberg ist die Beteiligung der Länder und Gemeinden so geregelt, daß der Bund zwar vorweg auch den gesamten Durchtarifierungsverlust an die beteiligten Verkehrsträger leistet, aber von den genannten Gebietskörperschaften jeweils zwei Drittel vergütet bekommt.

Gemäß § 11 des Bundesgesetzes über die Austro Control hat der Bund der Austro Control für die im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen ein Entgelt nach dem Kostendeckungsprinzip zu leisten.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1993 .....	8 956,3	313,2
1994 .....	20 841,5	3 277,7
1994 vorl. Erf. ....	20 677,7	3 201,8
1995 .....	20 480,5	3 585,0

#### **Unterschiede gegen Vorjahre**

Die Einnahmensteigerung ist vor allem auf die Neufestsetzung des von den ÖBB für die Benutzung der Infrastruktur zu zahlenden Benutzungsentgeltes zurückzuführen.

**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Millionen Schilling

Abgeltungen an Privatbahnen ..... 353,0

**Aufwendungen**

1. Zahlungen an die ÖBB:	
— Kosten für Eisenbahninfrastruktur .....	11 088,0
— Gemeinwirtschaftliche Leistungen .....	7 825,0
— Katastrophenfonds .....	296,2
2. Verkehrsverbünde .....	870,9
3. Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr .....	47,5

**Einnahmen**

1. Entgelt für Benützung der Eisenbahninfrastruktur .....	2 800,0
2. Mittel des Katastrophenfonds .....	296,2
3. Verkehrsverbünde .....	488,9

**Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)****Gesetzliche Grundlagen**

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1994;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 606/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 519/1994;

Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994;

Bundesgesetz vom 17. Dezember 1993, BGBl. Nr. 973/1993 (ÖIAG-Gesetz und ÖIAG-Finanzierungsgesetz-Novelle 1993);

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol für die Gewährung von Förderungen aus der gemeinsamen Regionalen Innovationsprämie sowie Richtlinien des BMföWuV und der Bundesländer für die Technologie- und Strukturoffensive (Qualitätssicherung und Produktfindung).

**Aufgaben**

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 und Ergänzungen hat der Bund die Verpflichtung übernommen, jährlich 1 500 Millionen Schilling für den Bau der U-Bahnlinien U 3 und U 6 zu leisten.

Vorrangige Aufgabe der Verkehrsförderung ist die Unterstützung der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und auf das Schiff. Wegen der Knappheit an ERP-Kreditmitteln werden Investitionen und Projekte von besonderem verkehrspolitischen Interesse durch Zinsen- oder Investitionskostenzuschüsse aus Budgetmitteln gefördert. Schwerpunkte: Kombiniertes Verkehr, Umsetzeinrichtungen zur Verkehrsverlagerung, Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Anschlußbahnen.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch Anschlußkosten abzugelten (Verknüpfung Privatbahn—ÖBB).

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht-bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zu Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs vorgenommen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Konzessionen für die Eisenbahnbetriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft, der AG der Wiener Lokalbahnen hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang zur Gänze oder teilweise vorzusorgen; weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Der Ansatz enthält daher auch die hierfür erforderlichen Mittel.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	2 552,8	274,6
1994 .....	2 622,7	335,6
1994 vorl. Erf. ....	6 032,0	414,1
1995 .....	5 736,2	121,7

### **Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

1 500 Millionen Schilling Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

#### **Förderungen**

3.446,640 Millionen Schilling für die 2. Tranche des Gesellschafterdarlehens an die ÖIAG;

92,530 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Verkehrsförderung;

108,559 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Regionalförderung; gleichzeitig Einnahmen von 1,561 Millionen Schilling aus dem Titel Rückzahlungen von in den Vorjahren gewährten Darlehen;

445,996 Millionen Schilling Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

94,191 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Technologieförderungsprogramme;

14,316 Millionen Schilling Beitragsleistungen für sonstige Förderungen.

#### **Regionalförderung**

Für noch ausstehende Förderungen aus der außerordentlichen Sonderförderungsaktion Obersteiermark/Bezirk Voitsberg sind weitere 3,841 Millionen Schilling veranschlagt.

Aus den regionalen Zinsenzuschußaktionen für Investitionskredite im gewerblich-industriellen Bereich (Oberösterreich, Burgenland) sind insgesamt 0,301 Millionen Schilling veranschlagt.

Für die mit den Bundesländern für neuabgegrenzte Problemgebiete im Jahr 1990 mit Laufzeit bis Ende 1992 vereinbarte Regionalförderungsaktion (Regionale Innovationsprämie, Regionale Infrastrukturförderung) und ihre Weiterführung bis Ende 1995 sind 66,834 Millionen Schilling veranschlagt.

Für das „Ostgrenz-Sonderprogramm“, worin auch ein grenzüberschreitendes Innovations- und Gründerzentrum in Gmünd und weitere Projekte dieser Art in Kooperation mit Tschechien, Ungarn und Slowenien vorgesehen sind, wurde vorgesorgt.

#### **Technologie-Anwendungsförderung**

Für Förderungen nach dem Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987 (eingeschlossen die 1989 neu eingerichtete Seedfinancing-Förderung) sind 94,191 Millionen Schilling veranschlagt.

Derzeit sind vom ITF-Kuratorium folgende Förderungsschwerpunkte festgelegt: Umwelttechnik, flexible computerintegrierte Produktion für Klein- und Mittelbetriebe — Flex CIM, Verkehrstechnik, Energietechnik, Softwaretechnologie, Industrial Design.

Für die mit allen Bundesländern eingerichteten Aktionsgruppen „Qualitätssicherung“ und „Produktfindung“ wurde mit 7,998 Millionen Schilling vorgesorgt.

### Sonstige Förderungen

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Anteilsrechte des Bundes an diversen Gesellschaften in die Verwaltung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sind für Zuschüsse 14,316 Millionen Schilling veranschlagt.

### Aufwendungen

Entgeltzahlungen an den ERP-Fonds für die Tätigkeit des ERP-Fonds als „Geschäftsführung des Innovations- und Technologiefonds“ sowie Kosten von Gutachten und anderen Beratungstätigkeiten.

## **Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge**

### Gesetzliche Grundlagen

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 743/1994;

Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 251/1994;

Gefahrgutbeförderungsgesetz — Straße, BGBl. Nr. 209/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 505/1994.

### Aufgaben

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen sowie der Ladung solcher Fahrzeuge berechtigt. Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten. Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	14,8	10,5	25,3	1,5
1994 .....	16,8	13,1	29,9	1,6
1994 vorl. Erf. ...	15,5	7,5	23,0	2,0
1995 .....	17,6	11,8	29,4	1,8

## **Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds**

### Gesetzliche Grundlage

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 743/1994.

### Aufgaben

Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgen aus Veranlagungen.

Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für

1. die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
2. die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
3. vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
4. die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen iS des § 48 a Abs. 6;
5. die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1993 .....	31,9	44,7
1994 .....	58,0	58,0
1994 vorl. Erf. ....	36,4	49,5
1995 .....	57,0	57,0

## Kapitel 71 Bundestheater

Die Bundestheater unterstehen dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

### Rechtliche Grundlage

Der Österreichische Bundestheaterverband wurde auf Grund des Erlasses des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 10. Mai 1971, ZA.E. 984-Präs/71, zuletzt geändert durch den Erlaß des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 19. März 1976, Z AE 10 930/1-I/76 als Nachfolge der bisherigen Bundestheaterverwaltung geschaffen.

### Organisation

Die Leitung des Österreichischen Bundestheaterverbandes obliegt den Direktoren des Burgtheaters, der Staatsoper, der Volksoper und dem Generalsekretär. Zweck des Verbandes ist es, die Führung der österreichischen Bundestheater, nämlich des Burgtheaters, der Staatsoper und der Volksoper so zu koordinieren, daß unter Berücksichtigung aller künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen den Erfordernissen einer sparsamen und rationellen Gebarung bei optimalen künstlerischen Ergebnissen Rechnung getragen wird.

Zu den Bundestheatern gehören:

1. das **Burgtheater**,  
das die Nachfolge des im Jahre 1776 gegründeten k. k. Hofburgtheaters angetreten hat und als repräsentatives Repertoiretheater für die dramatische Weltliteratur betrieben wird. Dem Burgtheater ist derzeit das Akademietheater angegliedert, das seine Spielzeit im Jahre 1923 begann. Fallweise werden auch Aufführungen in einem 3. Spielraum geboten.
2. die **Staatsoper**,  
die in den Jahren 1861 bis 1869 errichtet wurde und ein repräsentatives Repertoiretheater für Oper und Ballett mit umfassender Literatur darstellt.
3. die **Volksoper**,  
die von den Bundestheatern erst seit dem Jahre 1945 bespielt wird und als repräsentatives Repertoiretheater für die volkstümliche Oper und Operette und ähnliche Werke geführt wird.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	2 281,6	629,5	2 911,1	617,6
1994 .....	2 335,6	692,9	3 028,5	584,5
1994 vorl. Erf. ...	2 317,0	723,3	3 040,3	651,1
1995 .....	2 363,1	670,6	3 033,7	618,9

### Ausgaben

#### Personalausgaben

Der Aktivitätsaufwand umfaßt die Ausgaben für das künstlerische, technische und Verwaltungs-Personal, wobei für die reibungslose Abwicklung des Spielbetriebes die Erbringung von Mehrleistungen unerlässlich ist. Er beläuft sich auf 1 584,4 Millionen Schilling oder 52,2 vH des Gesamtaufwandes.

Der Pensionsaufwand, dessen gesetzliche Grundlage das Bundestheaterpensionsgesetz vom 9. Juli 1958, BGBl. Nr. 159, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995, bildet, hat im Jahre 1995 eine Größenordnung von 778,7 Millionen Schilling erreicht, was einen Anteil von 25,7 vH der Gesamtausgaben des Kapitels 71 bedeutet.

#### Sachausgaben

Die gesamten Sachausgaben sind mit einem Betrag von 670,6 Millionen Schilling, das sind 22,1 vH der Gesamtausgaben, veranschlagt. Davon sind für Investitionen 168,9 Millionen Schilling und für Aufwendungen (einschl. gesetzliche Verpflichtungen) zur Aufrechterhaltung des Betriebes 501,7 Millionen Schilling präliminiert. Das Sonderinvestitionsprogramm sieht die notwendige Erneuerung der bühnentechnischen Anlagen innerhalb der Bundestheater vor.

An auswärtigen Gastspielen sind Tourneen des Burgtheaters nach Antwerpen und Heidelberg geplant.

### Einnahmen

Bei der Veranschlagung der Einnahmen wurde der Trend eines anhaltend guten Theaterbesuches und der Opernball berücksichtigt. Weiters wurde davon ausgegangen, daß verschiedene Organisationen, wie das Theater der Jugend, der Kulturring der Stadt Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund und einzelne Gewerkschaften geschlossene Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen angeboten erhalten.

### Besucherzahlen

	1991	1992	1993
Burgtheater .....	284 604 <sup>1)</sup>	296 201 <sup>1)</sup>	281 849 <sup>1)</sup>
Akademietheater .....	131 663	128 494	126 211
Staatsoper .....	604 678	590 135	588 760
Volksoper .....	395 176	386 019	369 155

<sup>1)</sup> Einschließlich Lusterboden, Vestibül und Kasino.



## Kapitel 75 Alkohol (Monopol)

### Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Monopolverwaltung ist durch das Alkohol — Steuer und Monopolgesetz 1995, BGBl. Nr. 703/1994, geregelt. Ihre Aufgaben werden zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols aufgeteilt. Die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete zur Besorgung der Wirtschaftsverwaltung der kaufmännischen Geschäfte der Monopolverwaltung bestimmte Dienststelle; sie hat sich hiebei nach den grundsätzlichen Weisungen des Bundesministeriums für Finanzen zu richten.

### Aufgaben

Die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols übernimmt in landwirtschaftlichen Brennereien und Melassebrennereien erzeugten Alkohol, veranlaßt dessen Reinigung und trifft die Dispositionen bezüglich Versand, Lagerung und Verkauf. Das Bundesministerium für Finanzen setzt die Übernahmepreise für den abgelieferten Alkohol sowie die Reinigungsentgelte fest.

### Brennereien

In landwirtschaftlichen Brennereien werden inländische Kartoffeln, Getreide und andere stärkehaltige Rohstoffe, in Melassebrennereien Rübenstoffe zu Alkohol verarbeitet, der bis zu bestimmten Mengen an die Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols abgeliefert werden kann, die ihrerseits den jeweils festgesetzten Übernahmepreis bezahlt. Andere Brennereien unterliegen der Besteuerung.

### Erzeugungsmengen

Den landwirtschaftlichen Brennereien und Melassebrennereien sind gemäß §§ 96 und 97 des Alkohol — Steuer und Monopolgesetzes 1995 bestimmte Anteile am Jahresbedarf der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols, den sie zur Herstellung von alkoholischen Getränken, Aromen, kosmetischen Erzeugnissen, Arzneimitteln, Essig und zur Abgabe für häusliche Zwecke verkauft, zugewiesen. Die Anteile gelten für die Herstellung von Alkohol aus bestimmten Rohstoffen. Für innerhalb der Anteile hergestellten und abgelieferten Alkohol werden Übernahmepreise berechnet. Die für gewerbliche Brennereien gemäß § 96 Abs. 2 Z 3 des Alkohol — Steuer und Monopolgesetzes 1995 vorgesehenen Anteile werden von einzelnen landwirtschaftlichen Brennereien ausgenützt.

### Verkaufspreise

Die Verkaufspreise für den von der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols abgegebenen Alkohol werden vom Bundesministerium für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates festgesetzt und sind im BGBl. Nr. 27/1995 und „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ verlaublich.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1993 .....	11,8	336,7	348,6	1 150,0
1994 .....	12,3	321,4	333,7	1 142,4
1994 vorl. Erf. ...	12,4	296,6	309,0	1 150,8
1995 .....	11,7	242,5	254,2	348,3

### Unterschiede der Gebarung

Infolge geänderter Rechtslage fehlt im Verkaufspreis ab 1995 der Fiskalanteil. Darüber hinaus wird es zu einer Verringerung der Verkaufsmenge kommen. Beide Maßnahmen bewirken erheblich niedrigere Einnahmen.

## Kapitel 77 Österreichische Bundesforste

### Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz vom 17. November 1977 über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“, BGBl. Nr. 610/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 870/1992.

### Aufgaben

Den Österreichischen Bundesforsten obliegt vor allem die Erzielung eines bestmöglichen betriebswirtschaftlichen Erfolges bei der Produktion und der Verwertung des Rohstoffes Holz und der forstlichen Nebenprodukte. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben ist auf die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Waldes, weiters auf die Interessen der Landwirtschaft sowie auf sonstige öffentliche Interessen Bedacht zu nehmen.

### Organisation

Zur Leitung der Österreichischen Bundesforste ist der Vorstand berufen, der an die Weisungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gebunden ist. Dem Wirtschaftsrat obliegt es, die vom Vorstand vorgelegten Berichte zu beraten und die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen. Die Betriebsführung wird von 53 Forstverwaltungen besorgt, die der Generaldirektion unterstellt sind. Von diesen liegen in Niederösterreich 11, Oberösterreich 11, Salzburg 14, Tirol 8, der Steiermark 7 und in Kärnten 2 Forstverwaltungen.

Zu den Bundesforsten gehören ferner die Bau- und Maschinenhöfe in Wien-Hütteldorf, in Steinkogl bei Ebensee, in Molln, in Gußwerk in der Steiermark, in St. Johann im Pongau und in Kramsach in Tirol. Als Nebenbetriebe werden die Sägewerke in Gußwerk und in Amstetten geführt.

### Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1993 .....	1 211,9	680,5	1 892,4	1 773,4
1994 .....	1 175,9	667,1	1 843,0	1 816,3
1994 vorl. Erf. ...	1 190,4	779,9	1 970,3	2 079,0
1995 .....	1 215,8	686,3	1 902,1	2 082,3

### Unterschiede gegen Vorjahre

Für 1995 wurden die Einnahmen höher veranschlagt, da bei den Erlösen aus Rohholzverkäufen mit verbesserten Verkaufspreisen gerechnet wird.

### Personalausgaben

In den Personalausgaben sind die Ausgaben für die Bezüge der aktiven Arbeiter und Angestellten, der Provisions- und Pensionsparteien sowie jene für die gesetzlichen Dienstgeberbeiträge vorgesehen.

### Anlagen

Bei den Anlagen sind 185,2 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar für Liegenschaften nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen 94,9 Millionen Schilling, für den Erwerb von Seeufergrundstücken 3,2 Millionen Schilling, für Forstaufschließungen 3,8 Millionen Schilling, für Maschinen und Werkzeuge 34,2 Millionen Schilling, für Hochbauten 18,7 Millionen Schilling, für die Erneuerung des Fahrparks 17,4 Millionen Schilling und für sonstige wertvermehrende Vorhaben 13 Millionen Schilling.

Die ständige Kostenprogression zwingt auch weiterhin zu besonderen Rationalisierungsmaßnahmen im Betriebsablauf zur Steigerung der Produktivität. Dem Ansteigen der Personalkosten wird auch hinkünftig nur durch Maschineneinsatz unter Verwendung der technologisch zweckmäßigsten Geräte im Rahmen der natürlichen Gegebenheiten sowohl bei der Kultur als auch bei der Holzernte sowie durch Verwaltungskonzentration und -automation zu begegnen sein.

Der Neubau von Forststraßen nimmt weiter ab, da die geplante Forstaufschließungsdichte in vielen Gebieten bereits erreicht wurde bzw. in naher Zukunft erreicht werden wird.

### **Förderungen**

Zu den Förderungen zählen die Bezugs-, Lohn- und Pensionsvorschüsse, Beiträge für Forschungsaufgaben, kulturelle bzw. wissenschaftliche Zwecke und die Darlehen für Siedlungsbauten.

### **Aufwendungen**

Bei den **A u f w e n d u n g e n** sind veranschlagt: Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“, und zwar die Grundsteuer, sonstige Abgaben und Beiträge auf der Basis der Grundsteuermeßbeträge, Gebühren, der Straßenverkehrsbeitrag und andere öffentliche Abgaben. Bei den „Aufwendungen“ sind neben den für die ordnungsgemäße Führung des Gesamtbetriebes erforderlichen Ausgaben auch die Verwaltungserfordernisse, Reisekosten, Aufwandsentschädigungen und Mittel für die Schutzwaldsanierung erfaßt.

### **Holzeinschlag**

Der vorgesehene Einschlag 1995 beträgt rund 2 150 000 fm. Hievon werden rund 200 000 fm als Servitutsholz abgegeben werden müssen, sodaß rund 1 950 000 fm frei verfügbar bleiben.

Der tatsächliche Einschlag im Jahre 1993 betrug 2 241 000 fm, hievon in der Endnutzung 1 792 000 fm und in der Vornutzung 449 000 fm.

Vom freien Einschlag mit rund 1 950 000 fm sollen im Jahre 1995 rund 1 450 000 fm in Regie genutzt werden. Für Eigenbedarf sind hievon 18 000 fm vorgesehen. Für Abgaben am Stock sind 500 000 fm geplant; hievon entfallen auf den Eigenbedarf (Deputathölzer für Arbeiter) 17 000 fm und auf den Verkauf 483 000 fm. Diese Schlägerungen werden hauptsächlich in Waldorten zugewiesen, wo besonders ungünstige Verhältnisse eine Nutzung in Regie als nicht rentabel ausschließen.

Bei den Sägewerken ist ein Einschnitt von rund 120 000 fm Rundholz vorgesehen.

### **Einnahmen**

Die Betriebseinnahmen ergeben sich überwiegend

- aus der Verwertung von Roh- und Schnittholz,
- weiters aus Erträgen der Land- und Almwirtschaft durch Verpachtung von Grundstücken,
- aus der Jagd und Fischerei durch Verpachtungen, Abschlußvergäben, Verkauf von Wildbret und ähnlichem,
- bei den anderen Nebenwirtschaften aus der Verwertung von Sand- und Schottergruben sowie aus den Verpachtungen und Vermietungen verschiedener Objekte.

### **Einförstungsrechte**

Außer den normalen Betriebsaufwendungen haben die Bundesforste noch Leistungen im Rahmen der Einförstungsrechte zu erbringen, die sich auf den Gebarungserfolg auswirken. Der Wert dieser Leistungen im Jahre 1993 stellt sich wie folgt dar:

Nutz- (127 128 fm) und Brennholz (51 004 fm) sowie Elementarholz und Ablösen (461 fm) im Wert von insgesamt rund 66 Millionen Schilling, Streu (2 219 rm) und Weide (32 466 Rindergräser) im Wert von zusammen 25,3 Millionen Schilling.

Der Gesamtwert der Leistungen hat 1993 rund 91 Millionen Schilling betragen. Die Bewertung erfolgt auf der Basis ortsüblicher Preise.

Außerdem haben die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten von rund 25 Millionen Schilling zu tragen, die noch aus der Zeit vor der Schaffung des eigenen Wirtschaftskörpers datieren.

Festzustellen ist auch, daß bei der Waldbewirtschaftung in erhöhtem Ausmaß auf das Landschaftsbild und die Sozialfunktionen des Waldes Bedacht zu nehmen ist, was nicht immer ohne Mehraufwendungen oder Einnahmehausfälle möglich ist.

Für 1995 erwartet man einen Überschuß von 180,1 Millionen Schilling.

### Konjunkturausgleich — Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote .....	7,600
Konjunkturbelebungsquote .....	7,600

Der Einsatz zusätzlicher Mittel ist für den Ankauf von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Werkzeugen sowie von Material für den Straßen- und Hochbau vorgesehen.

## Kapitel 78 Post- und Telegraphenverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 1105/1994, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt L, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Post- und Telegraphenverwaltung im Bundeshaushalt gemäß Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 626/1994.

### Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Post- und Telegraphenverwaltung bilden:

#### 1. Auf dem Inlandspostsektor:

Das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 906/1993.

Auf Grund dieses Gesetzes wurde die Postordnung, BGBl. Nr. 110/1957, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 96/1994, erlassen.

Die Schnellpostdienste-Verordnung, BGBl. Nr. 121/1986, und die Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 25. September 1989 über die Neufestsetzung der Gebühren für Schnellpostdienste, PuTVBl. Nr. 42/1989, zuletzt geändert durch die Kundmachung vom 12. Dezember 1991, PuTVBl. Nr. 44/1991.

#### 2. Auf dem Auslandspostsektor:

Die Urkunden des Weltpostvereins (Washington 1989), BGBl. Nr. 63/1992; die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 16. Feber 1950<sup>1)</sup> erlassene Verordnung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 23. September 1987 über die Neufestsetzung der Auslandspostgebühren mit Wirksamkeit vom 1. Feber 1986, BGBl. Nr. 455/1987, zuletzt geändert durch Verordnung, BGBl. Nr. 856/1994;

die Schnellpostdienste-Verordnung, BGBl. Nr. 121/1986, und die Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 25. September 1989 über die Neufestsetzung der Gebühren für Schnellpostdienste, PuTVBl. Nr. 42/1989, zuletzt geändert durch die Kundmachung vom 12. Dezember 1991, PuTVBl. Nr. 44/1991.

#### 3. Auf dem Inlandsfernmeldesektor:

Das Fernmeldegesetz 1993, BGBl. Nr. 908/1993:

Die Fernsprechordnung, BGBl. Nr. 276/1966; die Telegraphenordnung, BGBl. Nr. 83/1964, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 617/1977; die Bildübertragungsordnung, BGBl. Nr. 247/1964; die Verordnung über die Aussendung und den Empfang von Funknachrichten an mehrere Empfänger, BGBl. Nr. 132/1955; die Verordnung über die Benützung der für den öffentlichen Verkehr bestimmten Fernschreibanlagen und über die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb von privaten Fernschreibanlagen, BGBl. Nr. 216/1955, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 111/1965 sind als Geschäftsbedingungen sinngemäß anzuwenden; die Verordnung über die Errichtung und den Betrieb von Rundfunk- und Fernseh Rundfunk-Empfangsanlagen, BGBl. Nr. 333/1965, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 507/1993; das Fernmeldegebührengesetz, BGBl. Nr. 170/1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 637/1994; das Telegraphenwegegesetz, BGBl. Nr. 435/1929, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 20/1970.

#### 4. Auf dem Auslandsfernmeldesektor:

Die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf, 1992), die Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste; die mit Verordnung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 9. Oktober 1977, BGBl. Nr. 527/1977, dem Bundesministerium für Verkehr erteilten Ermächtigungen;

<sup>1)</sup> § 4 des Gesetzes vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180, sieht vor, daß der Hauptausschuß des Nationalrates dem zuständigen Bundesminister die Ermächtigung erteilen kann, unter anderem Anordnungen über die Neufestsetzung der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Hauptausschuß des Nationalrates unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

das Übereinkommen und das Betriebsübereinkommen über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT“ samt Anlage(n), beide im BGBl. Nr. 343/1973, sowie das Übereinkommen und die Betriebsvereinbarung über die Europäische Fernmeldesatellitenorganisation „EUTELSAT“ samt Anlagen, beide im BGBl. Nr. 350/1985.

**5. Bei der Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen auf Straßen (Omnibusdienst):**

Für den Kraftfahrlinienverkehr das Kraftfahrlineiengesetz, BGBl. Nr. 84/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 128/1993, sowie die auf Grund dieses Gesetzes kundgemachte 1. Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 206/1954, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 904/1994, und

für den Gelegenheitsverkehr das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, BGBl. Nr. 85/1952, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 129/1993, sowie die Betriebsordnung für den nichtlinienmäßigen Personenverkehr, BGBl. Nr. 951/1993, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 1 028/1994.

**Aufgaben**

Der Post- und Telegraphenverwaltung obliegen postbehördliche und gebührenrechtliche Angelegenheiten des Inlandsdienstes sowie die vollzugsdienstlichen Angelegenheiten des Postverkehrs, wie die Annahme, Weiterleitung und Abgabe von Briefsendungen und Paketen, die Übermittlung und Einziehung von Geldbeträgen, die Einzahlung und Auszahlung im Spar- und Scheckverkehr der Österreichischen Postsparkasse sowie sonstige Leistungen im Sinne des § 14 des Postgesetzes; die Vollziehung der Urkunden des Weltpostvereines; die Abrechnung über den gesamten Auslandspostverkehr einschließlich der Flugpost; der Abschluß und die Vollziehung der Sonderübereinkommen mit fremden Postverwaltungen; die Festsetzung der Auslandspostgebühren; die Verbindung mit dem Internationalen Büro des Weltpostvereines in Bern; das Postkurswesen und die Postverbindungen mit dem Ausland einschließlich des Flugpostverkehrs; die Anwendung der Zollvorschriften im Auslandspostdienst; die Aufsicht über Rundfunk- und Fernseh Rundfunk-Empfangsanlagen; die Regelung des Dienstes und Betriebes der dem öffentlichen Verkehr dienenden Fernmeldeanlagen; die Bereitstellung und der Betrieb des öffentlichen Fernmeldenetzes; der Abschluß und die Durchführung der internationalen Verträge auf dem Gebiete des Fernmeldewesens; die Geltendmachung des Leitungsrechtes für Fernmeldeanlagen; die Beförderung von Personen und Sachen im Rahmen des Postautoverkehrs.

Gemäß Art. 7 der EG-Richtlinie 90/388/EWG über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste hat die Erteilung der Betriebsgenehmigungen, die Überwachung der Zulassungen und der verbindlichen Spezifikationen, die Zuteilung der Frequenzen und die Überwachung der Nutzungsbedingungen von einer von den Fernmeldeorganisationen unabhängigen Einrichtung durchgeführt zu werden. Entsprechend dieser Auflage der EG-Kommission war es erforderlich, die o. a. hoheitsrechtlichen fernmeldebehördlichen Tätigkeiten aus dem Bereich der PTV auszugliedern und die mit diesen Agenden betraute neugeschaffene Stelle per 1. Jänner 1993 in der Sektion IV des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Kapitel 65, einzurichten. Die gesetzmäßige Durchführung dieser Ausgliederung bzw. Überstellung erfolgte durch eine Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 — BMG, BGBl. Nr. 76/1986, und zwar durch BGBl. Nr. 25/1993.

Weiters obliegt der Post- und Telegraphenverwaltung die Wahrnehmung der aus den Eigentumsrechten des Bundes an der Radio-Austria AG, der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H. und der Post- und Telekom Austria Beteiligungsgesellschaft erließenden Rechte und Befugnisse.

**Organisation**

Die oberste Leitung obliegt der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die als Sektion III dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr eingegliedert ist.

Der Generaldirektion nachgeordnet sind die Post- und Telegraphendirektionen mit dem Sitz in Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz (mit dem Post- und Telegrapheninspektorat in Salzburg) und Wien.

Den Post- und Telegraphendirektionen nachgeordnet sind die Dienststellen des ausübenden Dienstes, und zwar 2 332 Postämter, 324 Poststellen, 13 Fernmeldebauämter, 6 Fernmeldebetriebsämter, 5 Rundfunkämter und 6 Postautoleitungen (Stand 1. Juni 1994).

Im Bereich der Post- und Telegraphendirektion Wien bestehen ferner als selbständige Dienststellen das Fernsprechbetriebsamt, das Fernamt Wien, die Telegraphenzentralstation, das Fernmeldegebührenamt und die Lehrwerkstätte (vormals Fernmeldemonteurschule).

## Kapitel 78

291

Für das gesamte Bundesgebiet zuständig und daher der Generaldirektion unmittelbar nachgeordnet sind das Fernmeldetechnische Zentralamt, die Fernmeldezentralbauleitung, die Fernmeldezeugverwaltung, die Postzeugverwaltung und das Rechenzentrum der Post- und Telegraphenverwaltung.

**Verkehrsentwicklung****Post- und Fernmeldedienst**

	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
	Anzahl in Tausend						
a) <b>Postsendungen</b> (Inland und Ausland <sup>1)</sup> ) .....	3 156 005	3 302 985	3 485 984	3 508 518	3 503 838	3 372 885	3 573 319
b) <b>Ein- und Auszahlungen im Spar- und Scheckverkehr <sup>1)</sup></b> ...	102 542	103 530	103 896	101 569	96 810	92 883	87 982
c) <b>Telegraph:</b>							
Inland:							
Telegramme .....	1 279	1 270	1 251	1 248	1 213	1 169	1 145
Wörter .....	29 075	29 332	28 489	28 457	28 160	26 628	26 474
Ausland:							
Telegramme .....	458	449	440	442	391	327	264
Wörter .....	12 466	12 058	11 400	11 432	9 904	8 163	6 471
d) <b>Fernschreiber:</b>							
Selbstwählverkehr, Inland und Ausland (Gebühreneinheiten S 1,-) .....	330 001	305 232	227 250	171 672	125 623	94 044	64 787
e) <b>Fernsprecher:</b>							
Inland:							
Handvermittelter Verkehr —							
Gespräche .....	16	19	17	18	27	32	36
Minuten .....	370	403	290	270	311	349	320
Selbstwählverkehr-							
Gebührenstunden <sup>2)</sup> .....	470 120	443 271	456 267	481 452	529 439	571 350	637 117
Ausland:							
Minuten .....	773 642	856 674	989 728	1 132 647	1 278 772	1 407 705	1 536 360

**Postautodienst**

Der Postautodienst dient der Personen- und Sachbeförderung überwiegend im Überlandverkehr; die Fahrzeuge des Post- und Fernmeldedienstes werden für die Postbeförderung zwischen den Postdienststellen, für den Einsammel- und Zustelldienst von Postsendungen sowie den Materialtransport für den Bau- und Erhaltungsdienst verwendet.

Derzeit werden im Inland 675 Kraffahrlinien, davon 20 Saisonlinien, betrieben. Mit den 28 zwischenstaatlichen Linien (15 nach Deutschland, 4 nach Italien, 4 nach Ungarn, 2 nach der Schweiz und 3 nach Tschechien) beträgt die Gesamtzahl der Linien 703. Die einfache Streckenlänge dieser Linien beträgt rund 30 600 Kilometer.

Im Jahre 1993 wurden im Liniendienst (Inland und Ausland) bei einer Leistung von rund 78,9 Millionen Kilometern 133,1 Millionen Personen befördert. Die Gesamtfahrleistung aller Omnibusse unter Einbeziehung der Fahrten im Gelegenheitsverkehr und der Regieleistungen betrug 82,6 Millionen Kilometer. Von den Fahrgästen entfielen allein auf die Schüler mit einer 50%igen Fahrpreisermäßigung 65,9%.

Für den Post- und Fernmeldedienst wurden Leistungen von rund 120,0 Millionen Kilometern erbracht. Darüber hinaus wurden noch mit den Mopeds 8,9 Millionen Kilometer gefahren. Die Gesamtfahrleistung im Postautodienst betrug demnach 211,5 Millionen Kilometer.

**Gesamtgebarung**

	Personal-	Sach-	Summe	Ein-
	ausgaben	ausgaben	Millionen Schilling	nahmen
1993 .....	30 919,4	18 052,6	48 972,0	57 138,5
1994 .....	31 222,8	18 882,9	50 105,7	60 700,8
1994 vorl. Erf. ...	32 169,5	19 336,7	51 506,2	61 286,7
1995 .....	32 647,9	20 963,6	53 611,5	64 107,8

<sup>1)</sup> Stückzahl.

<sup>2)</sup> Ortsverkehr und Inlandsfernverkehr sowie Fernverkehr nach den in den Selbstwählfernverkehr einbezogenen Ländern.

**Unterschiede gegen Vorjahre**

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1994 ergibt sich angesichts der weiteren Bemühungen der Bundesregierung in Richtung der Konsolidierung des Bundeshaushaltes vornehmlich durch ausgabenseitige Einschränkungen sowie durch verstärkte Unternehmenszielsetzungen, die Post- und Telegraphenverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen auszubauen, folgendes Bild:

**Ausgaben**

**Personalausgaben**

Die Steigerung der Personalausgaben ist auf die jeweiligen Bezugserhöhungen, auf strukturelle Änderungen im Personalbereich sowie auf eine zu erwartende höhere Anzahl von Pensionsparteien zurückzuführen.

**Sachausgaben**

Die Sachausgaben weisen in ihrer Gesamtsumme gegenüber dem Bundesvoranschlag 1994 zwar eine Erhöhung auf, die jedoch überwiegend die Ausgaben für Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren betrifft. Bei dem auch weiterhin erwarteten günstigen Verlauf der Verkehrsentwicklung, der sich in entsprechend hohen Betriebseinnahmen niederschlägt, waren aber auch die Voranschlagsbeträge für die auf Grund der zu erbringenden Betriebsleistungen zwangsläufig anfallenden Aufwendungen anzuheben, um einen geordneten Ablauf der Betriebsleistungen und damit das Einnahmenaufkommen sicherzustellen.

**Einnahmen**

Bei der Festsetzung der Betriebseinnahmen wurde die bisherige günstige Verkehrsentwicklung berücksichtigt.

Höhere Einnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag 1994 werden bei den Gebührenansätzen (Postgebühren, Telegraphengebühren, Gebühren für Datenübertragungsdienste, Fernsprechgebühren) erwartet.

Auch im Omnibusverkehr ist mit einer Steigerung der Erträge zu rechnen.

Höhere Einnahmen sind auch bei der Vergütung der Österreichischen Postsparkasse zu erwarten.

**Verwendung der Sachausgaben**

**Fernmeldeanlagen**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
Millionen Schilling					
0,9	0,8	0,7	+ 0,1		+ 0,2

Die Ausgaben sind für die Abdeckung laufender finanzieller Verpflichtungen für aktivierungsfähige Rechte im Bereich des Fernmeldedienstes veranschlagt.

**Sonstige Anlagen der PTV nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
Millionen Schilling					
170,3	154,6	153,9	+ 15,7		+ 16,4

Seit dem Bundesvoranschlag 1991 beruht die Festlegung der Ausgabenbeträge bei diesem VA-Ansatz auf dem Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 24/1995 (FMIG-Novelle 1994).

**Postautodienst**

Zur Erhaltung und Verbesserung des Fahrzeugparks ist auch für das Jahr 1995 die Beschaffung neuer Fahrzeuge vorgesehen. Dadurch soll, den Betriebserfordernissen Rechnung tragend, das Ausscheiden alter und unwirtschaftlicher Fahrzeuge ermöglicht werden.



**Kapitel 78**

293

Die Anzahl der zu beschaffenden Omnibusse und Regiefahrzeuge für den Postdienst richtet sich nach den im Fahrzeugplan für 1995 vorgesehenen Höchstständen.

Durch die Beschaffung moderner Werkstatt- und Garagenausrüstungen, wie zB Waschanlagen und Prüfstände, soll neben der Erleichterung der Arbeitsbedingungen auch ein Rationalisierungseffekt erzielt werden. Ferner wird mit der Erneuerung von Tankanlagen das Grundwasser geschützt und damit ein Beitrag für den Umweltschutz geleistet.

**Maschinen, Betriebsmittel und nichtmotorisierte Fahrzeuge**

Mit den vorgesehenen Beträgen wird die Ausstattung der großen Umleitpostämter mit postbetriebstechnischen Anlagen fortgeführt.

Die für Maschinen für den Büro- und Betriebsdienst sowie für Betriebsmittel vorgesehenen Beträge sind größtenteils für Ersatzanschaffungen bestimmt.

**Kapitalbeteiligungen**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
0,0	0,0	—	—0,0	—	—

Millionen Schilling

Bei diesem VA-Ansatz gelangen nach Maßgabe der Beschlüsse der Gesellschaftsorgane der Radio-Austria AG, der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H. und der Post- und Telekom Austria Beteiligungsgesellschaft allfällige Kapitaleinzahlungen des Bundes zur Verrechnung. Nach derzeitigem Stand sind im Jahre 1995 Kapitaleinzahlungen an die vorgenannten Unternehmungen nicht vorgesehen.

**Förderungen (D)**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
63,5	63,5	67,1	0,0	—3,6	—3,6

Millionen Schilling

**Bezugs- und Pensionsvorschüsse**

Die veranschlagten Beträge sind für die Auszahlung dringlicher Bezugs- und Pensionsvorschüsse vorgesehen.

**Anlagen nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
4,8	17,7	33,1	—12,9	—28,3	—28,3

Millionen Schilling

Nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen sollen die zur Verfügung stehenden Beträge vornehmlich für den Neubau und Umbau von Postämtern sowie für die entsprechenden Liegenschaftskäufe eingesetzt werden.

**Förderungen**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
9,4	10,3	10,5	—0,9	—1,1	—1,1

Millionen Schilling

Die der Freizeitgestaltung und der Erhaltung des physischen und psychischen Wohlbefindens der Post- und Telegraphenbediensteten dienenden Postsport- und Postmusikvereine sowie die kulturellen bzw. künstlerischen Aktivitäten der Post- und Telegraphenbediensteten werden finanziell unterstützt; außerdem werden Teile des Betriebsaufwandes von Postsportvereinen abgegolten. Des weiteren ist ein Förderungsbeitrag für die Stiftung „Genesungshaus Kalksburg“ vorgesehen.

Die für das „Sozialwerk der Post- und Fernmeldebediensteten“ vorgesehenen Mittel sind für die Betreuung der Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung, ihrer ehemaligen Bediensteten und deren Angehörigen sowie Hinterbliebenen durch soziale Maßnahmen, insbesondere durch die Führung der Ferienhäuser des Sozialwerkes, bestimmt.

#### Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
Millionen Schilling					
1 053,0	971,9	886,2	+ 81,1		+ 166,8

Bei diesem VA-Ansatz sind die Erfordernisse für die Weitergabe von Gebührenanteilen bzw. von Einnahmen aus dem Post-, Fernmelde- und Omnibusdienst, die öffentlichen Abgaben (einschließlich der Nachzahlungen an Lohnsteuer und Dienstgeberbeiträgen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz 1967 idgF), die Verschleißeranteile und die Beiträge an internationale Institutionen veranschlagt.

#### Aufwendungen

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
Millionen Schilling					
6 899,9	6 769,5	6 327,8	+ 130,4		+ 572,1

#### Allgemeine Betriebsausgaben

Die veranschlagten Beträge werden insbesondere für die Postbeförderung durch die Österreichischen Bundesbahnen für Beleuchtung und Beheizung, für die Reinigung von Dienststellen und öffentlichen Fernsprechkablen, für die Bewachung von Geldtransporten, für die Herstellung von Briefmarken, Druckwerken und Drucksorten, für die Anmietung sowie den laufenden Aufwand der ADV-Anlagen einschließlich der berufsbegleitenden Fortbildung von Bediensteten auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung im In- und Ausland und ferner für die Beschaffung und Instandhaltung der Betriebsmittel, der Dienstkleider und der persönlichen Schutzausrüstungen verwendet. Größere Beträge sind auch für Reisegebühren — wobei darauf überwiegend Gebühren für Dienstzuteilungen entfallen — und für Aufwandsentschädigungen vorgesehen. Die Ausgaben an Provisionen für die Werbung im Rahmen der Postreklame und die Aufwendungen für die Stromkreisanmietungen und anteiligen Betriebskosten an den internationalen Seekabelanlagen sowie für die Benützung zwischenstaatlicher kommerzieller Nachrichten-Satellitensysteme und die Gebühren für den im Wege der österreichischen Postsparkasse abgewickelten Zahlungsverkehr werden ebenfalls zu Lasten dieses VA-Ansatzes bestritten.

#### Postautodienst

Die zur Verfügung stehenden Ausgabenbeträge sind für die Instandhaltung der Fahrzeuge, für die Ersatzteilbeschaffung, für die Beschaffung von Treib- und Schmierstoffen und für die Bereifung sowie für die Deckung des Aufwandes für die Verkehrsabwicklung und den sonstigen Betriebsaufwand bestimmt. Außerdem ergeben sich Aufwendungen für Fahrzeugmieten und für die Haftpflichtversicherung im Kraftfahrdienst.

#### Fernmeldeanlagen der Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationstechnik

Mit den zur Verfügung stehenden Beträgen ist die Beschaffung jener Materialien, elektrischer Bauelemente und Ersatzteile vorgesehen, welche zur Aufrechterhaltung des betriebssicheren Zustandes sämtlicher Übertragungs-, Richtfunk- und Stromversorgungsanlagen sowie der Anlagen der

**Kapitel 78**

295

Fernmeldesatelliten- und Mobilkommunikationstechnik benötigt werden. Ferner werden mit den veranschlagten Beträgen die Ausgaben für die Instandhaltungsarbeiten, für die Wartung sowie für die Reparatur von Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationseinrichtungen bestritten.

**Fernmeldeanlagen der Vermittlungstechnik**

Bei den Anlagen der Fernsprechvermittlungstechnik sollen mit den vorgesehenen Beträgen jene Anschaffungen und Reparaturen durchgeführt werden, die für den Betrieb und die Instandhaltung der Fernsprechanlagen erforderlich sind.

**Fernmeldeanlagen der Linientechnik**

Mit den veranschlagten Beträgen werden Kabel, blanke und isolierte Drähte, Leitungsmaste und Fernmeldebauezeug zur Erhaltung des gesamten Fernmeldeleitungsnetzes und der Teilnehmerstellen beschafft sowie Instandhaltungs- und Wartungsleistungen durch postfremde Personen und Unternehmen finanziert.

**Fernmeldeanlagen der Text- und Datentechnik**

Mit den vorgesehenen Mitteln sind jene Anschaffungen und Instandhaltungen zu bestreiten, die zum Betrieb des Fernschreib- und Datennetzes sowie der Einrichtungen für die Dienste „PAN“ und „Fernkopieren“ erforderlich sind.

**Hochbauwesen**

Die vorgesehenen Beträge dienen der Erhaltung des umfangreichen Gebäudebestandes der Post- und Telegraphenverwaltung sowie der Anmietung von Gebäuden und Räumen.

**Überweisung von Zuschlagserlösen nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
Millionen Schilling					
6,6	3,9	3,9	+ 2,7		+ 2,7

Vom vorgesehenen Betrag werden auf Grund des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der III. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1984, BGBl. Nr. 161/1983, und auf Grund des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der IV. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1988 in Innsbruck (Paralympics), BGBl. Nr. 164/1987, den hiefür in Betracht kommenden Organisationskomitees Restzahlungen zur Verfügung gestellt werden.

Weiters ist die Förderung des Verbandes österreichischer Philatelistenvereine mit ca. 6,5 Millionen Schilling in Aussicht genommen.

**Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
Millionen Schilling					
12 749,7	10 885,4	10 566,0	+ 1 864,3		+ 2 183,7

Die auf Grund der FMIG-Novelle 1994, BGBl. Nr. 24/1995, zur Verfügung stehenden Mittel sowie die zusätzlich im Wege einer Zwischenfinanzierung aufzubringenden Beträge dienen der Durchführung von Fernmeldeinvestitionsvorhaben, insbesondere der Herstellung von neuen Fernsprechnauptanschlüssen, dem forcierten Ausbau der neuen wartungsarmen, vollelektronischen, digitalen Fernsprechvermittlungssysteme sowie dem weiteren nachfragekonformen Ausbau zukunftsweisender neuer Dienste, der Errichtung der dafür erforderlichen Hochbauvorhaben sowie der Durchführung von Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst.

*Fernmeldeanlagen der Übertragungs-, Satelliten- und Mobilkommunikationstechnik*

Unter anderem sind im Voranschlag 1995 für Bestellungen rund 500,0 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag werden die Ausgaben für die Errichtung von Übertragungs-, Richtfunk-, Mobilkommunikations- und Stromversorgungsanlagen sowie für Einrichtungen für Fernmeldesatellitenverbindungen und für den Erwerb von Stromkreisen in interkontinentalen Übertragungswegen gedeckt.

*Fernmeldeanlagen der Vermittlungstechnik*

Für Bestellaufträge der Fernsprechvermittlungstechnik (Teilnehmer- und Vorfeldeinrichtungen sowie technische Einrichtungen für den Orts- und Fernverkehr) sind 645,0 Millionen Schilling vorgesehen.

*Fernmeldeanlagen der Linientechnik*

Mit dem im Voranschlag 1995 vorgesehenen Betrag von 844,9 Millionen Schilling werden Kosten für den Leitungsnetzausbau, für Teilnehmeranschlußherstellungen, für die dem technischen Bedarf entsprechende Verlegung der Leitungen und für die Beschaffung des hierfür erforderlichen Fernmeldebauzeuges abgedeckt.

Außerdem sind Beschaffungen von Werkzeugen, Geräten und Maschinen des Fernmeldedienstes in Höhe von 76,0 Millionen Schilling laut Voranschlag vorgesehen.

*Fernmeldeanlagen der Text- und Datentechnik*

Für den Text- und Datendienst sind im Jahre 1995 45,0 Millionen Schilling bestimmt. Damit werden vermittlungs- und übertragungstechnische Einrichtungen für den weiteren Ausbau des Datennetzes sowie Einrichtungen für die Dienste „PAN“ und „Fernkopieren“ beschafft.

*Hochbauwesen*

Für Bestellungen und Liegenschaftskäufe des Hochbausektors (Fernsprechhochbau, allgemeiner Fernmeldehochbau, kombinierter Post- und Fernmeldehochbau sowie Post- und Postautohochbau) sind 800,0 Millionen Schilling bestimmt. Dieser Betrag ist hauptsächlich für die Errichtung von Neubauten, Erweiterungsbauten und Umbauten zur Unterbringung der vermittlungstechnischen Einrichtungen von Richtfunkstationen, Fernmeldebauämtern, Fernmeldezeugabteilungen, Bautruppunterkünften, kombinierten Post- und Wählämtern, Postämtern und Postautostellen sowie deren Einrichtung vorgesehen.

*Sonstige Ausgaben*

Für die Verzinsung der Zwischenfinanzierungen nach dem Fernmeldeinvestitionsgesetz sind rund 6 980,0 Millionen Schilling und für die Tilgung 2 780,3 Millionen Schilling veranschlagt.

Ferner sind für den Ankauf von ADV-Anlagen und ADV-Software für Zwecke des Fernmeldedienstes 57,0 Millionen Schilling und für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen für den Fernmeldedienst 22,4 Millionen Schilling veranschlagt. Die Zahl der zu beschaffenden Fahrzeuge für den Fernmeldedienst orientiert sich an den im Fahrzeugplan für 1995 festgelegten Höchstständen.

**Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten (zweckgebundene Gebarung)**

Der Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten ist durch Statut vom 13. Dezember 1947 eingerichtet worden. Dem Fonds fließen Anteile von Sonderpostmarken-Zuschlägen<sup>1)</sup>, diverse Verwertungserlöse, Geldzuwendungen aus Schenkungen, Erbschaften und Darlehensrückzahlungen zu.

*Förderungen (D)*

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
Millionen Schilling					
2,8	2,8	1,7	0,0		+ 1,1

Für das Jahr 1995 sind freiwillige Förderungen in Form von zinslosen Darlehen in Höhe von 2,8 Millionen Schilling vorgesehen.

**Kapitel 78**

297

**Aufwendungen**

Voranschlag 1995	Voranschlag 1994	Erfolg 1993	Voranschlag 1994	Unterschied gegenüber	Erfolg 1993
		Millionen Schilling			
2,8	2,6	1,5	+0,2		+1,3

Für die Gewährung von Unterstützungen sind im Jahre 1995 2,8 Millionen Schilling vorgesehen.

<sup>1)</sup> Bei Sonderpostmarken mit Zuschlag fließen aus dem Zuschlagserlös nach Abzug der Herstellungskosten 20% dem Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten zu (§ 20 a Postgesetz, BGBl. Nr. 646/1975).









**B. Sonstiges****I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1995****Inlandswirksame Gebarung**

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

<b>EINNAHMEN</b>	Bundes- voranschlag 1995	Bundes- voranschlag 1994 Millionen Schilling	Erfolg 1993
<b>1. Allgemeiner Haushalt:</b>			
1.1 Öffentliche Abgaben:			
1.11 Kapitel 52 (netto):			
Einkommen- und Vermögensteuern <sup>1)</sup> .....	149 668	143 501	144 041
Übrige öffentliche Abgaben <sup>2)</sup> .....	219 151	217 735	194 892
Sonstige Einnahmen <sup>3)</sup> .....	190	190	173
Summe/Abgaben ...	369 009	361 427	339 107
Hievon ab:			
Beitrag zur Europäischen Union <sup>4)</sup> .....	28 103		
Summe 1.11 ...	340 905	361 427	339 107
1.12 Überweisungen (Abgabenanteile):			
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bzw. Katastrophenfonds <sup>5)</sup> .....	18 509	18 284	17 973
an Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (bis einschließlich 1993 auch an Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds) <sup>6)</sup> .....	1 213	1 258	1 144
Summe 1.12 ...	19 722	19 543	19 117
Summe 1.1 ...	360 627	380 970	358 224
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben <sup>7)</sup> .....	83 778	79 438	71 618
Indirekte Abgaben <sup>8)</sup> .....	183	435	535
Summe 1.2 ...	83 961	79 872	72 153
1.3 Bundesbetriebe:			
Bundestheater .....	619	584	618
Branntwein (Monopol) .....	348	1 142	1 150
Österreichische Bundesforste .....	2 082	1 816	1 773
Post- und Telegraphenverwaltung .....	64 108	59 601	57 139
Österreichische Bundesbahnen .....			29 550
Summe 1.3 ...	67 157	63 144	90 230
1.4 Sonstige Einnahmen .....	138 053	104 625	80 838
Summe 1 ...	649 798	628 611	601 445
<b>2. Ausgleichshaushalt .....</b>	<b>316 403</b>	<b>238 768</b>	<b>254 682</b>
<b>Insgesamt ...</b>	<b>966 200</b>	<b>867 378</b>	<b>856 127</b>

Fußnoten siehe Seite 303.

<sup>21</sup> Arbeits(Amts)behelf zum BFG

## Inlandswirksame Gebarung (Einnahmen)

	Bundes- voranschlag 1995	Bundes- voranschlag 1994 Millionen Schilling	Erfolg 1993
<b>ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:</b>			
<b>3.1 Einnahmen aus dem Ausland:</b>			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen <sup>9)</sup> .....	0	0	.....
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren <sup>10)</sup> .....	.....	.....	.....
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland <sup>11)</sup> .....	27	23	10
Einnahmen aus Vermögensverträgen <sup>12)</sup> ..	5	5	53
Vertrag mit der BRD über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter <sup>13)</sup> .....	7	6	7
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland <sup>14)</sup> .....	13 863	172	150
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland <sup>15)</sup> .....	1	3	3
Zinsen aus Forderungen <sup>16)</sup> .....	9 730	7 349	7 689
<b>Summe 3.1 ...</b>	<b>23 633</b>	<b>7 558</b>	<b>7 912</b>
<b>3.2 Überweisungen vom AMS <sup>17)</sup> .....</b>	<b>0</b>	<b>.....</b>	<b>.....</b>
<b>3.3 Entnahmen aus bzw. Auflösung von Rücklagen:</b>			
Haushaltsrücklagen <sup>18)</sup> .....	17 133	10 261	10 289
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen <sup>19)</sup> .....	2 796	5 525	3 403
Überweisung vom Fonds der AMV <sup>20)</sup> .....	.....	4 400	.....
<b>Summe 3.3 ...</b>	<b>19 929</b>	<b>20 186</b>	<b>13 692</b>
<b>3.4 Sonstige unwirksame Einnahmen:</b>			
Kursgewinne <sup>21)</sup> .....	1 501	28	133
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) <sup>22)</sup> ...	2 600	2 600	1 889
Haftungsübernahmen des Bundes <sup>23)</sup> .....	10 854	11 470	11 703
Überweisungen des ERP-Fonds <sup>24)</sup> .....	0	0	.....
Einschmelzerlöse aus zurückgestellten Silbermünzen <sup>25)</sup> .....	0	0	54
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes aufgrund von Gesetzen <sup>26)</sup> .....	13 592	13 665	14 399
<b>Summe 3.4 ...</b>	<b>28 547</b>	<b>27 763</b>	<b>28 178</b>
<b>ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:</b>			
Aufnahme von Finanzschulden in inländischer Währung <sup>27)</sup> .....	194 451	150 133	111 301
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung <sup>28)</sup> .....	30 994	0	43 947
Aufnahme von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) <sup>29)</sup> .....	15 957	13 634	20 505
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand <sup>30)</sup> .....	75 000	75 000	78 929
<b>Summe 4 ...</b>	<b>316 403</b>	<b>238 768</b>	<b>254 682</b>
<b>Summe (Nachfrageunwirksame Einnahmen) ...</b>	<b>388 511</b>	<b>294 275</b>	<b>304 464</b>
<b>Verbleibende Einnahmen ...</b>	<b>577 689</b>	<b>573 103</b>	<b>551 663</b>

Fußnoten siehe Seite 303.

**Inlandswirksame Gebarung (Ausgaben)**

303

**Fußnoten zu den Seiten 301 und 302:**

- 1) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 83 . . .
- 2) Kapitel 52, Voranschlagsposten: 84 . . .
- 3) Voranschlagsansatz 52704, Voranschlagsposten: 8031, 8810 und 8851.
- 4) Titel 529.
- 5) Voranschlagsposten 83 . . der Voranschlagsansätze: 19310, 19311, 18310, 18311 und 53400.
- 6) Voranschlagsposten 84 . . der Voranschlagsansätze: 17294 und 18610.
- 7) Voranschlagsposten: 83 . . der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 19310, 19311, 18310, 18311 sowie 53400).
- 8) Voranschlagsposten: 84 . . der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52 und Voranschlagsansätze: 17294 sowie 18610).
- 9) Voranschlagsposten: 081 . . .
- 10) Voranschlagsposten: 088 . . .
- 11) Voranschlagsposten: 249., 259. und 268 . .
- 12) Voranschlagsposten: 884. des Titels 503.
- 13) Voranschlagsposten: 883. des Voranschlagsansatzes 15784.
- 14) Voranschlagsposten: 883. und 884. (mit Ausnahme der entsprechenden Voranschlagsposten bei den Voranschlagsansätzen: 15784 und 503 . . .
- 15) Voranschlagsposten: 886., 887. und 888 . .
- 16) Voranschlagsposten: 8296.
- 17) VA-Ansätze: 15534, 1557 . .
- 18) Voranschlagsposten: 298 . .
- 19) Post-Untergliederung . 45 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . .
- 20) Bis einschließlich BVA 1994: Post-Untergliederung . 81 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . .
- 21) Voranschlagsposten: 8292 und 8298.
- 22) Voranschlagsposten: 085 . und 223 . .
- 23) Titel 547.
- 24) Post-Untergliederung . 61 der Voranschlagsposten 853 . und 858 . .
- 25) Paragraph 5010.
- 26) Voranschlagsposten: 8262, 8263.
- 27) Voranschlagsposten: 30 . . .
- 28) Voranschlagsposten: 31 . . .
- 29) Voranschlagsposten: 32 . . .
- 30) Voranschlagsposten: 355 . .

<b>AUSGABEN</b>	Bundes- voranschlag 1995	Bundes- voranschlag 1994 Millionen Schilling	Erfolg 1993
<b>1. Allgemeiner Haushalt:</b>			
1.1 Gruppe 0 bis 6 . . . . .	693 205	654 000	603 786
1.2 Gruppe 7 (Bundesbetriebe):			
Bundestheater . . . . .	3 034	3 028	2 911
Branntwein (Monopol) . . . . .	254	334	349
Österreichische Bundesforste . . . . .	1 902	1 843	1 892
Post- und Telegraphenverwaltung . . . . .	53 612	50 106	48 972
Österreichische Bundesbahnen . . . . .			41 776
Summe 1.2 . . . . .	58 802	55 311	95 900
Summe 1 . . . . .	752 006	709 311	699 686
<b>2. Ausgleichshaushalt . . . . .</b>	<b>214 194</b>	<b>158 067</b>	<b>156 442</b>
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>966 200</b>	<b>867 378</b>	<b>856 127</b>

**Inlandswirksame Gebarung (Ausgaben)**

	Bundes- voranschlag 1995	Bundes- voranschlag 1994 Millionen Schilling	Erfolg 1993
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Ausgaben an das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Aus- land <sup>1)</sup> .....	2 243	2 063	1 909
Erwerb von ausländischen Beteiligungen <sup>2)</sup> <i>Erwerb von ausländischen Wertpapieren</i> <sup>3)</sup> .....	3 240	909	901
Gewährung von Darlehen an das Aus- land <sup>4)</sup> .....	0	0	45
Ausgaben für Personal (Ausland) <sup>5)</sup> .....	243	203	208
Zinsen an das Ausland <sup>6)</sup> .....	8 481	6 529	6 522
Laufende Transferzahlungen (Ausland) <sup>7)</sup> ..	2 618	3 230	2 695
Kapitaltransferzahlungen (Ausland) <sup>8)</sup> .....	364	299	327
Summe 3.1 ...	17 190	13 233	12 608
3.2 Überweisungen an das AMS <sup>9)</sup> .....	2 587	.....	.....
3.3 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen <sup>10)</sup> .....	50	67	6 503
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen <sup>11)</sup> .....	2 796	5 525	1 916
Überweisungen an den Fonds der AMV <sup>12)</sup> ..	.....	765	226
Summe 3.3 ...	2 846	6 357	8 646
3.4 Finanzschuldenverwaltung:			
Zinsen an das Ausland <sup>13)</sup> .....	18 801	12 975	11 765
Emissionsverluste <sup>14)</sup> .....	1 755	225	80
Sonstige Auslandszahlungen <sup>15)</sup> .....	1 227	741	422
Summe 3.4 ...	21 782	13 941	12 267

<sup>1)</sup> Voranschlagsansatz 40108, soweit Käufe im Ausland. Hievon sind 1995: 1 707, 1994: 1 626 sowie 1993: 1 517 Millionen Schilling für Bauten und Ausrüstung vorgesehen.

<sup>2)</sup> Voranschlagsposten: 081 ..

<sup>3)</sup> Voranschlagsposten: 088 ..

<sup>4)</sup> Voranschlagsposten: 249 ., 259 . und 268 ..

<sup>5)</sup> Voranschlagsposten: 5 .. 1.

<sup>6)</sup> Voranschlagsposten: 655 ..

<sup>7)</sup> Voranschlagsposten: 780 ., 781 ., 782 ., 783 . und 784 ..

<sup>8)</sup> Voranschlagsposten: 785 ., 786 ., 787 ., 788 . und 789 ..

<sup>9)</sup> VA-Ansätze: 1/15537, 1/1557.

<sup>10)</sup> Voranschlagsposten: 298 ..

<sup>11)</sup> Post-Untergliederung . 45 der Voranschlagsposten 733 . und 738 ..

<sup>12)</sup> Post-Untergliederung . 81 der Voranschlagsposten 733 . und 738 ..

<sup>13)</sup> Voranschlagsposten: 653 . und 654 ..

<sup>14)</sup> Voranschlagsposten: 6579.

<sup>15)</sup> Alle Voranschlagsposten mit der Post-Untergliederung 001 des Voranschlagsansatzes 59908 (ausgenommen: Voranschlagsposten 6579 und 658 .).

**Nachfrageunwirksame Ausgaben**

305

	Bundes- voranschlag 1995	Bundes- voranschlag 1994 Millionen Schilling	Erfolg 1993
<b>3.5 Sonstige unwirksame Zahlungen:</b>			
Kursverluste <sup>16)</sup> .....	559	25	34
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) <sup>17)</sup> .....	2 825	2 500	2 116
Haftungsübernahmen des Bundes <sup>18)</sup> .....	13 307	13 652	14 495
Überweisungen an den ERP-Fonds <sup>19)</sup> .....	25	25	19
Zahlungen an ASFINAG <sup>20)</sup> .....	3 409	4 085	3 693
Zurückstellung von Silbermünzen <sup>21)</sup> .....	80	80	134
Überweisungen zwischen Kapitel des Bundeshaushaltes auf Grund von Gesetzen <sup>22)</sup> .....	13 642	13 665	14 456
Summe 3.5 ...	33 857	34 032	34 947
<b>ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des Ausgleichshaushaltes:</b>			
Ersatz an Österr. Industrieholding AG (Tilgung) <sup>23)</sup> .....	4 346	1 252	1 455
Rückzahlung von Finanzschulden in inländischer Währung <sup>24)</sup> .....	94 689	54 925	36 307
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung <sup>25)</sup> .....	22 198	12 991	16 724
Rückzahlung von Schulden/Währungstauschverträge (SWAP) <sup>26)</sup> .....	17 961	13 899	22 330
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand <sup>27)</sup> .....	75 000	75 000	79 626
Summe 4 ...	214 194	158 067	156 442
Summe (Nachfrageunwirksame Ausgaben) ...	292 446	225 630	224 910
Verbleibende Ausgaben ...	673 754	641 748	631 218
<b>Inlandwirksamer Ausgabenüberschuß ...</b>	<b>96 065</b>	<b>68 645</b>	<b>79 555</b>

<sup>16)</sup> Voranschlagsposten: 6571 und 658 ..<sup>17)</sup> Voranschlagsposten: 085 . und 223 ..<sup>18)</sup> Titel 547 .<sup>19)</sup> Post-Untergliederung . 61 der Voranschlagsposten 733 . und 738 ..<sup>20)</sup> Voranschlagspost 7280 des Voranschlagsansatzes 64298.<sup>21)</sup> Paragraph 5010.<sup>22)</sup> Voranschlagsposten: 7292, 7293.<sup>23)</sup> Voranschlagsposten: 741 . /001 des Voranschlagsansatzes 7/54847.<sup>24)</sup> Voranschlagsposten: 30 ...<sup>25)</sup> Voranschlagsposten: 31 ...<sup>26)</sup> Voranschlagsposten: 32 ...<sup>27)</sup> Voranschlagsposten: 355 ..**Nachfrageunwirksame Ausgaben**

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgabensumme diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage im Inland nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, daß die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringende Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, daß diese Mittel wieder in Krediten im Inland verlangt werden.

**Unterschiede der Gebarung 1995 gegenüber 1994**

Im folgenden werden die finanziell wichtigsten Ansätze des Bundesvoranschlages 1995 und deren Unterschiede gegenüber jenen des Jahres 1994 hervorgehoben:

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1995		Unter- schied gegenüber 1994
	Millionen Schilling		
<b>Allgemeiner Haushalt:</b>			
<b>Öffentliche Abgaben:</b>			
Veranlagte Einkommensteuer .....	28 000,0	—	7 000,0
Lohnsteuer .....	150 500,0	+	12 500,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen .....	21 500,0	—	1 500,0
Körperschaftsteuer .....	23 700,0	—	1 800,0
Übrige Einkommen- und Vermögensteuern .....	16 293,0	—	292,0
Umsatzsteuer .....	189 000,0	—	7 000,0
Ein- und Ausfuhrabgaben .....	6 000,0	—	1 600,0
Tabaksteuer .....	12 500,0	+	500,0
Mineralölsteuer .....	33 000,0	+	6 500,0
Übrige Verbrauchsteuern .....	3 025,0	—	1 020,0
Stempel- und Rechtsgebühren .....	8 800,0	+	300,0
Verkehrssteuern .....	34 230,0	—	2 390,0
Übrige .....	1 500,0	—	200,0
<b>Zusammen ...</b>	<b>528 048,0</b>	<b>—</b>	<b>3 002,0</b>
<b>Ab:</b>			
Überweisungen an Länder und Gemeinden sowie an Fonds und Kammern .....	159 039,7	—	10 583,5
Überweisungen an Europäische Union .....	28 103,0	+	28 103,0
<b>Verbleiben ...</b>	<b>340 905,3</b>	<b>—</b>	<b>20 521,5</b>
<b>Bundeskanzleramt:</b>			
Innovations- und Technologiefonds .....	485,6	—	168,2
Übrige Gebarung .....	179,2	+	34,7
Inneres .....	815,9	+	200,8
Unterricht und kult. Angelegenheiten .....	688,1	+	102,2
Wissenschaft und Forschung .....	1 629,1	—	134,0
<b>Soziales:</b>			
Einrichtungen des Arbeitsmarktservice (hauptsächlich Arbeits- losenversicherungsbeiträge) .....	55 638,8	+	1 762,2
Übrige Einnahmen .....	1 525,6	+	899,0
Sozialversicherung .....	143,0	—	17,0
Gesundheit und Konsumentenschutz .....	2 109,4	—	44,8
<b>Jugend und Familie:</b>			
<b>Ausgleichsfonds f. Familienbeihilfen:</b>			
Dienstgeberbeiträge .....	38 649,6	+	1 380,9
Anteil der Einkommen- und Körperschaftsteuer .....	4 504,4	+	112,2
Abgeltung von Einkommensteuern .....	9 500,0		—
Ersatz vom Reservefonds .....	2 795,5	—	2 729,5
Übrige Gebarung .....	740,3	+	145,4
<b>Umwelt:</b>			
Siedlungswasserwirtschaft .....	232,1		—
Sonstige Gebarung .....	2 004,3	+	903,6
Justiz .....	6 032,0	+	546,4
Militärische Angelegenheiten .....	555,9	+	76,1
<b>Finanzverwaltung:</b>			
Einhebungsvergütungen .....	491,8	+	491,8
Österreichisches Postsparkassenamt .....	683,7	+	19,0
Staatsvertrag .....	132,3	+	31,6
Übrige Gebarung .....	799,8	+	346,4

## Unterschiede der Gebarung 1995 gegenüber 1994

307

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1995		Unter- schied gegenüber 1994
	Millionen Schilling		
<b>Kassenverwaltung:</b>			
Innovations- und Technologiefonds .....	455,8	—	149,1
Entnahme aus, Verringerung der und Auflösung von Rücklagen .....	17 133,0	+	10 371,8
Effekten- und Geldverkehr des Bundes .....	4 829,7	+	784,2
Zahlungen von der EU .....	13 074,5	+	13 074,5
Übrige Gebarung .....	10,0	+	10,0
<b>Finanzausgleich:</b>			
Katastrophenfonds .....	4 554,4	+	95,2
Übrige Gebarung .....	6,0		—
<b>Bundesvermögen:</b>			
<b>Kapitalbeteiligung (Erträge):</b>			
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank .....	6 060,5	+	403,0
Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen .....	398,0	—	492,0
Sonstige Erträge .....	728,0	—	5,0
Kapitalbeteiligung (Erlöse) .....	13 000,1	+	5 414,2
Bundesarlehen (Zinsen und Rückzahlungen) .....	253,2	+	38,2
Unbewegliches Bundesvermögen, Veräußerungen .....	830,2	—	814,1
Haftungsübernahmen des Bundes .....	10 854,2	—	615,3
Übrige Gebarung .....	413,2	—	38,1
<b>Pensionen (Hoheitsverwaltung):</b>			
Ersätze der Oesterreichischen Postsparkasse .....	223,4	+	13,7
Beitrag der Oesterreichischen Bundesbahnen .....	5 040,0	+	325,0
Pensionsbeiträge .....	6 169,7	+	910,7
Übrige Einnahmen .....	700,4	+	350,6
Finanzschuld, Währungstauschverträge .....	13 082,0	+	4 963,8
<b>Land- und Forstwirtschaft:</b>			
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds) .....	1 906,9	+	46,3
Marktordnungspolitische Maßnahmen .....	37,5	—	387,0
Übrige Gebarung .....	902,8	+	150,5
<b>Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:</b>			
Bergbehörden .....	264,0		—
Patentgebühren .....	300,0		—
Übrige Gebarung .....	269,3	+	121,7
<b>Bauten und Technik:</b>			
Straßengesellschaften .....	2 849,0	+	249,0
Übrige Straßenbaumittel .....	1 658,1	+	12,8
Übrige Gebarung .....	1 302,3	—	50,4
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr .....	3 902,3	—	8,3
Bundestheater .....	618,9	+	34,4
Alkohol (Monopol) .....	348,3	—	794,1
Österreichische Bundesforste .....	2 082,3	+	266,0
Post- und Telegraphenverwaltung .....	64 107,8	+	3 407,0
Übrige Einnahmen .....	190,4	+	60,8
<b>Allgemeiner Haushalt (Summe) ...</b>	<b>649 797,9</b>	<b>+</b>	<b>21 187,3</b>

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1995		Unter- schied gegenüber 1994
	Millionen Schilling		
<b>Ausgleichshaushalt:</b>			
Kassenverwaltung .....	75 000,0		—
Finanzschuld, Währungstauschverträge .....	241 402,5	+	77 634,8
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	316 402,5	+	77 634,8
Gesamteinnahmen ...	966 200,4	+	98 822,1
	Millionen Schilling		
Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1995		Unter- schied gegenüber 1994
<b>Allgemeiner Haushalt:</b>			
<b>Bundeskanzleramt:</b>			
Statistisches Zentralamt .....	667,7	+	81,3
Innovations- und Technologiefonds .....	485,6	—	168,2
Presse- und Parteienförderung .....	630,0	—	148,1
Sportangelegenheiten .....	696,7	+	696,7
Entwicklungshilfe .....	—	—	1 008,3
Übrige Gebarung .....	1 728,3	+	39,4
<b>Inneres:</b>			
Polizei und Gendarmerie .....	16 749,6	+	1 696,7
Flüchtlingsbetreuung .....	785,1	+	290,9
Übrige Gebarung .....	2 704,7	+	589,5
<b>Unterricht und kulturelle Angelegenheiten:</b>			
Ersätze für Landeslehrer .....	33 270,9	+	41,0
Allgemeinbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer) .....	11 975,9	+	169,7
Berufsbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer) .....	12 295,3	+	744,1
Museen .....	928,9	+	928,9
Übrige Gebarung .....	7 737,9	+	1 930,5
Kunst .....	1 131,1	—	50,3
<b>Wissenschaft und Forschung:</b>			
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen .....	21 863,5	+	357,6
Kunsthochschulen .....	1 908,8	+	188,6
Museen .....	—	—	914,0
Übrige Gebarung .....	5 988,2	—	1 382,6
<b>Soziales:</b>			
Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik .....	2 500,0	—	—
Pflegevorsorge .....	17 000,0	—	164,0
Einrichtungen des Arbeitsmarktservice .....	56 520,6	+	1 705,8
Kriegsopfer- und Heeresversorgung .....	7 235,2	+	121,6
Übrige Gebarung .....	1 314,9	+	159,4
<b>Sozialversicherung:</b>			
Bundesbeitrag einschl. Ausgleichszulagen .....	59 124,5	+	6 409,5
Leistungen zur Krankenversicherung .....	867,0	+	22,0
Übrige Gebarung .....	476,8	—	97,8
<b>Gesundheit und Konsumentenschutz:</b>			
Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds ...	4 219,6	—	144,1
Mutter-Kind-Paß .....	576,0	+	59,4
Sportförderung .....	—	—	526,6
Übrige Gebarung .....	1 534,5	—	423,9
<b>Umwelt:</b>			
Siedlungswasserwirtschaft .....	3 689,8	+	258,6
Sonstige Gebarung .....	1 579,6	+	41,1



**Unterschiede der Gebarung 1995 gegenüber 1994**

309

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1995		Unter- schied gegenüber 1994
	Millionen Schilling		
<b>Jugend und Familie:</b>			
Zahlungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen .....	2 795,5	—	2 729,5
<b>Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:</b>			
Familienbeihilfen .....	34 010,2	—	4 317,0
Geburtenbeihilfen .....	1 352,0	—	9,5
Schülerfreifahrten und Schulfahrtbeihilfen .....	4 652,3	+	364,1
Schulbücher .....	1 290,2	+	170,0
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld (einschließlich Pensionsbei- träge) .....	10 447,3	+	2 573,4
Übrige Gebarung .....	4 437,8	+	127,6
Sonstige Gebarung .....	269,6	+	166,8
Äußeres .....	3 976,2	+	1 038,8
Justiz .....	9 457,8	+	707,2
Militärische Angelegenheiten .....	20 230,0	+	486,0
<b>Finanzverwaltung:</b>			
Bundesrechenamt .....	958,0	+	194,7
Finanzlandesdirektionen .....	8 951,0	+	851,3
Übrige Gebarung .....	3 770,7	—	273,2
<b>Kassenverwaltung:</b>			
Effekten- und Geldverkehr .....	3 690,7	+	1 010,8
Sonstige Pauschalvorsorgen .....	50,0	—	2 600,0
Übrige Gebarung .....	1 036,1	—	190,8
<b>Finanzausgleich:</b>			
Leistungen an Länder und Gemeinden .....	4 607,0	+	727,0
Zweckzuschüsse des Bundes .....	24 954,1	+	681,4
Katastrophenfonds .....	4 657,4	+	212,2
<b>Bundesvermögen:</b>			
Kapitalbeteiligung .....	3 414,2	+	1 661,1
Haftungsübernahmen .....	13 306,6	—	345,4
Abgeltung an Donaukraftwerke .....	500,2	—	20,8
Ersatz an ÖIAG .....	0,0	—	3 443,7
Aufwand für Verstaatlichte Banken .....	834,0	+	235,9
Übrige Gebarung .....	2 087,0	—	543,8
<b>Pensionen (Hoheitsverwaltung):</b>			
Beitrag für Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen .....	20 575,0	+	1 530,0
Ersätze für Pensionen der Landeslehrer .....	8 714,2	+	69,9
Übrige Pensionen .....	30 131,4	+	2 796,7
<b>Finanzschuld, Währungstauschverträge:</b>			
Verzinsung .....	94 052,7	+	10 962,0
Übrige Gebarung .....	5 660,1	+	2 594,2
<b>Land- und Forstwirtschaft:</b>			
Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens .....	2 860,4	+	2 694,0
Agrarische Strukturförderung .....	2 624,0	+	576,4
Marktordnungsmaßnahmen .....	9 401,1	+	6 272,4
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung .....	1 978,9	—	2,6
Übergangsregelungen .....	8 661,6	+	8 661,6
Marktordnungspolitische Maßnahmen .....	1 662,9	—	7 040,2
Übrige Gebarung .....	3 849,6	+	820,5
<b>Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr .....</b>	<b>3 470,8</b>	<b>+</b>	<b>80,2</b>

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1995	Millionen Schilling	
			Unter- schied gegenüber 1994
<b>Bauten und Technik:</b>			
Bundesstraßenverwaltung einschließlich Autobahnen .....	15 646,3	—	1 072,0
Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung .....	1 027,2	—	2,0
Liegenschaftsverwaltung einschließlich Erwerb .....	856,8	—	70,8
Bundeshochbau .....	7 279,3	—	436,8
Übrige Gebarung .....	1 841,7	+	77,0
<b>Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:</b>			
Abgeltungen an ÖBB .....	18 013,0	—	257,0
Förderungsmaßnahmen .....	5 736,2	+	3 113,5
Übrige Gebarung .....	2 255,1	—	100,5
Bundestheater .....	3 033,7	+	5,2
Alkohol (Monopol) .....	254,3	—	79,4
Österreichische Bundesforste .....	1 902,1	+	59,2
Post- und Telegraphenverwaltung .....	53 611,5	+	3 505,8
Übrige Ausgaben .....	1 154,8	—	301,5
Allgemeiner Haushalt (Summe) ...	752 006,2	+	42 694,8
<b>Ausgleichshaushalt:</b>			
Kassenverwaltung .....	75 000,0	—	—
Bundesvermögen .....	4 345,6	+	3 093,8
Finanzschuld, Währungstauschverträge .....	134 848,6	+	53 033,5
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	214 194,2	+	56 127,2
Gesamtausgaben ...	966 200,4	+	98 822,1

### Konjunkturausgleich-Voranschlag

Gemäß Artikel III des Bundesfinanzgesetzes 1995 ist ein Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Höhe von 5 144,781 Millionen Schilling mit einer Stabilisierungsquote in Höhe von 2 426,055 Millionen Schilling und mit einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von 2 718,726 Millionen Schilling vorgesehen. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1995 den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel erfordern, um dadurch auf die Konjunkturentwicklung in Österreich stabilisierend oder belebend einzuwirken, so ist hiezu der Bundesminister für Finanzen unter den im Artikel III festgelegten Voraussetzungen ermächtigt. Auf diese Weise kann er den Konjunkturausgleich-Voranschlag ganz oder teilweise durch die Zustimmung zu Überschreitungen der im Konjunkturausgleich-Voranschlag angeführten Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1995, und zwar sowohl die Stabilisierungsquote als auch die Konjunkturbelebungsquote in Höhe des Bedarfs bei einzelnen Voranschlagsansätzen und einheitlicher Hundertsätze bei den übrigen Voranschlagsansätzen bis zu dem im Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehenen Höchstausmaß, wirksam werden lassen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sieht folgende Beträge vor:

	Stabilisierungs- quote	Konjunktur- belebungsquote
	Millionen Schilling	
Inneres .....	28,400	28,400
Unterricht und kulturelle Angelegenheiten .....	—	227,826
Kunst .....	—	25,019
Wissenschaft und Forschung .....	—	1 536,176
Justiz .....	24,000	12,000
Militärische Angelegenheiten .....	400,000	100,000
Land- und Forstwirtschaft .....	152,000	164,000
<b>Bauten und Technik:</b>		
Hochbau .....	800,000	600,000
<b>Öffentliche Wirtschaft und Verkehr</b> .....	1 014,055	17,705
<b>Österreichische Bundesforste</b> .....	7,600	7,600
Summe ...	2 426,055	2 718,726

**Erfolgswirksame Gebarung — Bestandswirksame Gebarung**

311

**Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen <sup>1)</sup>  
Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen**

Die Aufgliederung der gesamten Gebarung in Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen und Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen bewirkt folgendes Bild:

	Millionen Schilling
Erfolgswirksame Einnahmen .....	608 640
abzüglich erfolgswirksame Ausgaben .....	709 104
	<hr/>
Bedarf an Bedeckungsmittel für erfolgswirksame Ausgaben .....	—100 464
hiezuh bestandswirksame Einnahmen .....	357 561
	<hr/>
Summe ...	257 097
	<hr/>
Bestandswirksame Ausgaben .....	257 097
	<hr/>

<sup>1)</sup> Einschließlich Personalausgaben.

**Personalstand und Personalausgaben****1. Veranschlagter Aufwand und Stand der aktiven Bediensteten im Jahre 1995 <sup>1)</sup>**

Dem Bundesfinanzgesetz 1995 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich und jugendliche Bedienstete) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 1995 vorgesehen ist, ist der hierfür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlages vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Bedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 2 und 3 des Stellenplanes aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen <sup>1)</sup> stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand nicht überein, und zwar aus folgendem Grund:

	1995	1994 <sup>4)</sup>
Stellenplan des Bundes .....	230 028	226 293
<b>Hiezu:</b>		
Bundesbedienstete — Teil V <sup>2)</sup> .....	5 035	2 090
Bundesbedienstete — Teil VI <sup>3)</sup> .....	3 360	3 193
Bundesbedienstete — Teil VII <sup>3)</sup> .....	10 405	9 750
Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand .....	1 139	1 037
<b>Ab:</b>		
Planstellen, die bei den Personalausgaben betragsmäßig nicht veranschlagt bzw. nicht besetzt sind .....	2 344	2 144
Planstellen, die in den Sachausgaben betragsmäßig veranschlagt sind .....	545	532
	247 078	239 687
Veranschlagter Stand <sup>1)</sup> ...		

Weiters ist zu bemerken, daß von den im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen für Beamte im Jahre 1995 voraussichtlich 8 663 (im Vorjahr 8 577) Planstellen das ganze Jahr mit Vertragsbediensteten besetzt sein werden.

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im Art. I § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995, enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben erwachsen.

**Bezüge und Entgelte****Beamte und Vertragsbedienstete**

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Gehaltsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung BGBl. Nr. 43/1995), und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die im Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86 (in der Fassung BGBl. Nr. 43/1995), festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den auf Grund § 1 Abs. 5 leg. cit. erlassenen Verordnungen der Bundesregierung von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind in

<sup>1)</sup> Siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan.

<sup>2)</sup> Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgern ersetzt werden. Diese Bediensteten, für die bereits bis 1989 Planstellen vorgesehen waren, sind seit dem Stellenplan 1990 außerhalb der eigentlichen Planstellenverzeichnisse auszuweisen.

<sup>3)</sup> Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist. Diese Bediensteten sind seit dem Stellenplan 1990 in besonderen Verzeichnissen getrennt von den eigentlichen Planstellenverzeichnissen auszuweisen.

<sup>4)</sup> In der Fassung der Stellenplanänderung gemäß Art. XVIII des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 665/1994.

Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, der Bühnenarbeiter der Bundestheater und der Forstarbeiter der Österreichischen Bundesforste. Bezüglich der Vertragsangestellten der Österreichischen Bundesforste ist der Veranschlagung das in der Anlage zur Bundesforste-Dienstordnung 1986, BGBl. Nr. 298/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995, enthaltene Entlohnungsschema zugrunde gelegt.

### **Sonstige Zahlungen**

Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden ua. berücksichtigt:

#### ***Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft***

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395 (in der Fassung des Art. V des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 43/1995).

#### ***Sonderzahlungen <sup>5)</sup>***

Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß § 3 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 <sup>6)</sup>, bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 <sup>7)</sup> jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges).

Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

#### ***Familien- und Geburtenbeihilfen***

Auf Grund des § 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 511/1994 und 902/1994, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

#### ***Jubiläumszuwendungen***

In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1995 die gemäß § 20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977, und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984) vorgesehenen Jubiläumszuwendungen unter Berücksichtigung der Novelle BGBl. Nr. 000/1995 in Veranschlagung gebracht.

#### ***Lehrverpflichtung der Bundeslehrer***

Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundesgesetz BGBl. Nr. 244/1965, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 665/1994, geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Kunsthochschulen, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

#### ***Mittelbare Bundesverwaltung***

Auch im Jahre 1994 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des Artikels I § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995, von den Bundesländern getragen.

<sup>5)</sup> Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.

<sup>6)</sup> In der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959.

<sup>7)</sup> In der Fassung der 2. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 282/1960.

**Nr. 428/1991, von den Bundesländern getragen.****Besoldung der Landeslehrer**

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 90 vH; weitere 10 vH dieser Kosten werden in Form einer Finanzausweisung gemäß § 20 Abs. 7 leg. cit. abgegolten. Von den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen ersetzt der Bund 50 vH. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet.

**Insgesamt ist bei den Personalausgaben der Aufwand für folgende Bedienstete veranschlagt:**

	1995			Zusammen	1994 <sup>2)</sup> (Summe)	Unterschied 1995 gegenüber 1994
	Beamte	Vertragsbedienstete				
		A	B			
Anzahl der Bediensteten						
Universitäts(Hochschul)- und Bundeslehrer (ohne Bundesbeamte des Schulaufsichtsdienstes) .....	34 750	—	10 461	45 211	44 457	+ 754
Sonstige Bundesbedienstete .....	145 671	45 602	10 594	201 867	195 230	+ 6 637
Zusammen ...	180 421	45 602	21 055	247 078	239 687	+ 7 391
<i>Davon jugendliche Bedienstete .....</i>	—	3 064	17	3 081	3 646	— 565

**2. Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 1995<sup>1)</sup>**

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes der Pensionsparteien des Bundes wurden im wesentlichen das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995, das Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995, das Nebengebühreuzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995, das Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 457/1993, das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 608/1987, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 334/1993, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981 und das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 597/1988, berücksichtigt.

Die Ruhebezüge der Beamten des Ruhestandes sowie die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen sind in den Abschnitten II und III des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Abschnitt IV enthält die Bestimmungen über die Haushaltszulage, die Ergänzungszulage, die Sonderzahlung sowie über die Vorschüsse und Geldaushilfen (§§ 25 bis 29 des Pensionsgesetzes 1965). Der Todesfallbeitrag, Bestattungskostenbeitrag und Pflegekostenbeitrag sind in den §§ 42 bis 45 des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Die Unterhaltsbezüge für die Angehörigen entlassener Beamter, ehemaliger Beamter des Ruhestandes und für die Hinterbliebenen eines ehemaligen Beamten des Ruhestandes sind im Abschnitt VII des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Der Anspruch auf Pflegegeld ist im Bundespflegegeldgesetz geregelt.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührende Ruhe(Versorgungs)bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

**Sonderregelungen**

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die

<sup>1)</sup> Siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1995, II. Teil (Beilagen G<sub>10</sub> bis G<sub>14</sub>).

<sup>2)</sup> In der Fassung der Stellenplanänderung gemäß Art. XVIII des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 665/1994.

Grundsätze dieses Bundesgesetzes und auf die besonderen Verhältnisse ihres Dienstes durch Verordnungen der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates geregelt.

Für einzelne Gruppen der Bundestheaterbediensteten und der Arbeiter der Bundestheater sind die Bestimmungen des Bundestheaterpensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 43/1995, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Für Pensionsansprüche der nicht unter das Pensionsgesetz 1965 fallenden Pensions(Provisions)parteien der Post- und Telegraphenverwaltung sind die Bestimmungen des Post- und Telegraphen-Pensionsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 231/1967, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Der Provisionsaufwand für einzelne Gruppen von Arbeitern, deren Bezüge in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt sind, wurde nach den einschlägigen Bestimmungen veranschlagt.

Der Pensionsanspruch der Salinenarbeiter ist in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 1967 über die Pensionsansprüche der ständigen Salinenarbeiter, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen (Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967), BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979 geregelt.

Bei den Österreichischen Bundesforsten sind nur jene Arbeiter provisionsberechtigt, die vor Errichtung des selbständigen Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ im Jahre 1926 als statutarische ständige Arbeiter aufgenommen worden waren. Die Versorgungsgenüsse dieser ständigen Arbeiter und deren Hinterbliebenen wurden mit Verordnung BGBl. Nr. 15/1951 neu festgesetzt. Im übrigen gebührt den Bediensteten des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ und deren Hinterbliebenen auf Grund der Bundesforste-Dienstordnung 1986, in der Fassung BGBl. Nr. 43/1995, ein Zuschuß zu den Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Dieser Zuschuß gebührt in der Höhe jenes Betrages, um den die Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung hinter den nach § 76 der Bundesforste-Dienstordnung 1986 zu ermittelnden Vergleichsruhe(Versorgungs)genüssen zurückbleiben.

Die Neuregelung der Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen erfolgte mit dem Bundesgesetz vom 1. Juli 1967, BGBl. Nr. 255.

Die Provisionen der angelobten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, die vor dem 19. Juni 1933 eingetreten sind und in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden, sind durch die Bestimmungen der Verordnung BGBl. Nr. 52/1952 (in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und Nr. 120/1963) geregelt worden.

Die in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommenen Arbeiter des Hauptmünzamtes, die im Provisionsstand befindlichen Lohnbediensteten der Verwaltung des ehemals hofärarischen und des ehemals für das Haus Habsburg-Lothringen gebundenen Vermögens erhalten ihre Provisionen auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 53/1952 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 121/1960.

Der Pensionsaufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) ist im § 21 Abs. 1 und 2 Bundesbahngesetz 1992, BGBl. Nr. 825/1992, geregelt.

#### ***Mittelbare Bundesverwaltung***

Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des Art. I § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995, von den Bundesländern getragen.

#### ***Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene***

Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherrn oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, hat die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen im Jahre 1991 eine Pauschalabfindung von 171,6 Millionen Schilling gezahlt. Damit sind alle Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus diesem Abkommen abgegolten, und es bleibt die Republik Österreich allein verpflichtet, die Versorgung dieser Personen bis zur Beendigung fortzuführen.

**Ersätze für Pensionen der Landeslehrer**

Gemäß § 3 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1993, BGBl. Nr. 30/1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1995, ersetzt der Bund den Pensionsaufwand für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe von 90 vH des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen, Pensionsversicherungsbeiträgen und Überweisungsbeiträgen. Die weiteren 10 vH der Pensionskosten werden als Finanzzuweisung gemäß § 20 Abs. 7 leg. cit. abgegolten. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

**Starrheit des Bundeshaushaltes**

Der überwiegende Teil der Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

	Bundesvoranschlag 1995 <sup>1)</sup>		Bundesvoranschlag 1994 <sup>1)</sup>	
	Mill. S	%	Mill. S	%
<b>1. Gesetzliche Verpflichtungen</b>				
1.1. Personalausgaben .....	148 372	15,3	159 665	18,4
1.2. Sachausgaben .....	326 004	33,7	291 525	33,6
Summe 1. ....	474 376	49,0	451 190	52,0
<b>2. Ermessensausgaben</b>				
2.1. Ausgaben für Finanzschulden <sup>2)</sup> .....	309 674	32,1	243 077	28,0
Summe 1. und 2.1. ....	784 050	81,1	694 267	80,0
2.2. Übrige Ermessensausgaben <sup>3)</sup> .....	182 150	18,9	173 112	20,0
Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen .....	44 813	4,6	42 608	4,9
Summe 1. und 2. ....	966 200	100,0	867 378	100,0

<sup>1)</sup> Gesamthaushalt.

<sup>2)</sup> Aufwand für Zinsen und Tilgungen von Finanzschulden (einschließlich Kassenstärker-Kreditoperationen), soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.

<sup>3)</sup> Auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde.

**Investitionen und Investitionsförderung**

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind. Es wird jedoch darauf verwiesen, daß die in den nachfolgenden Übersichten dargestellten Ausgabengrößen nur teilweise in dem gemäß § 13 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, zu erstellenden Investitionsprogramm des Bundes enthalten sind.



**Investitionen und Investitionsförderung**

317

	1995 <sup>1)</sup>	1994 <sup>1)</sup> Milliarden Schilling	1993 <sup>2)</sup>
<b>Bundesvoranschlag:</b>			
<b>Eigeninvestitionen:</b>			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) <sup>3)4)</sup> .....	34,1	33,1	35,2
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung) <sup>3)</sup> .....	1,6	1,8	2,2
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) <sup>3)5)</sup> .....	4,0	4,5	4,0
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) <sup>3) 6)</sup> .....	49,6	50,7	33,7
Summe <sup>7)</sup> ...	89,3 <sup>8)</sup>	90,1	75,1 <sup>9)</sup>
<b>Hievon:</b>			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft <sup>10)</sup> .....	6,9	8,2	7,7
Wohnungsbau <sup>11)</sup> .....	24,7	24,1	23,5
Übrige Gebäude <sup>12)</sup> .....	7,7	8,3	8,0
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude) <sup>13)</sup> .....	6,8	7,2	5,4
Investitionen der Österreichischen Bundesbahnen .....	—	—	5,3
Post- und Telegraphenverwaltung <sup>14)</sup> .....	14,6	12,7	12,3

**Konjunkturausgleichsvoranschlag:**

	Stabilisierungsquote	1995 <sup>1)15)</sup> Konjunkturbelebungsquote	Summe	Stabilisierungsquote	1994 <sup>1)15)</sup> Konjunkturbelebungsquote	Summe
Milliarden Schilling						
<b>Eigeninvestitionen:</b>						
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsausgaben des Bundes (ohne Landesverteidigung) <sup>3)16)</sup> .....	0,8	2,1	2,9	0,8	2,2	3,0
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens <sup>16)</sup> .....	0,0	—	0,0	0,0	—	0,0
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Güter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) <sup>3)</sup> .....	0,5	0,2	0,7	0,5	0,1	0,6
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland) <sup>17)</sup> .....	1,1	0,4	1,5	1,2	0,5	1,7
Summe ...	2,4	2,7	5,1 <sup>18)</sup>	2,5	2,8	5,3

	1995 <sup>1)</sup>	1994 <sup>1)</sup> Milliarden Schilling	1993 <sup>2)</sup>
<b>Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:</b>			
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds <sup>19)</sup> .....	5,0	6,5	6,0
Bundeswohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds) <sup>19)</sup> .....	0,5	0,5	—
<b>Sonstige Finanzierungsmöglichkeiten:</b>			
Auf Grund des Fernmeldeinvestitionsgesetzes <sup>20)</sup> .....	14,5	15,0	—

Fußnoten siehe Seiten 318 bis 320.

## Fußnoten zu Seite 317:

- 1) Voranschlag.  
 2) Jahreserfolg.  
 3) Ausgewiesen sind nur die Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und ähnliches.  
 4) Siehe Beilagen O<sub>7</sub> und O<sub>8</sub> des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz (ohne Liegenschaftsankäufe); jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.  
 5) Siehe Beilagen O<sub>7</sub> und O<sub>8</sub> des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz, Spalte „Landesverteidigung“ vermindert um die in der Fußnote 1) auf Seite 304 des Arbeits(Amts)behelfes ausgewiesenen Käufe der Landesverteidigung im Ausland.  
 6) Investitionsförderung: siehe Beilage O<sub>9</sub> (vermindert um die Kapitaltransfer- und Darlehenszahlungen ins Ausland) des jeweiligen Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz zuzüglich Kapitalaufstockung (alle Voranschlagsposten 080., jedoch ohne die des Voranschlagsansatzes 1/54022) sowie bis einschließlich 1993 zuzüglich die für die Förderung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen beim Aufgabenbereich 37 ausgewiesenen Bundesmittel aus zweckgebundenen Einnahmen des Titels 2/528, welche auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes vom Bund dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zu überweisen waren.  
 7) Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsermächtigungen des Bundesministers für Finanzen.  
 8) Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen			Investitionsförderung			Zusammen
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	
Milliarden Schilling								
11	Erziehung und Unterricht .....	0,58	0,22	0,10	1,05	0,11	0,00	2,06
12	Forschung und Wissen- schaft .....	0,52	0,14	0,06	2,36	1,79	0,00	4,87
13	Kunst .....	0,27	0,04	.....	1,02	0,25	.....	1,58
21	Gesundheit .....	0,03	0,01	.....	0,09	0,33	.....	0,46
22	Soziale Wohlfahrt .....	0,01	0,01	.....	0,02	0,07	0,00	0,11
23	Wohnungsbau .....	0,05	0,00	.....	0,00	24,55	0,13	24,73
32	Straßen .....	2,85	0,06	0,04	3,64	0,06	0,00	6,65
33	Sonstiger Verkehr .....	1,23	0,66	.....	12,81	14,94	0,00	29,81
34	Land- und Forstwirtschaft .....	0,52	0,05	.....	0,31	2,56	0,00	3,44
25	Energiewirtschaft .....	.....	.....	.....	.....	0,05	0,00	0,05
36	Industrie und Gewerbe .....	0,00	0,00	.....	0,00	0,34	0,03	0,37
37	Öffentliche Dienst- leistungen .....	0,07	0,02	.....	0,05	4,09	0,00	4,23
38	Private Dienstleistungen .....	0,00	0,00	.....	0,00	0,02	0,00	0,02
41	Landesverteidigung .....	1,24	0,01	.....	2,80	0,05	.....	4,10
42	Staats- und Rechts- sicherheit .....	0,35	0,26	.....	1,02	.....	.....	1,63
43	Übrige Hoheitsverwaltung .....	1,54	0,12	0,11	3,36	0,04	.....	5,17
	Summe ...	9,26	1,60	0,31	28,53	49,25	0,16	89,28
		39,70			49,58			

## Investitionen und Investitionsförderung

319

## Fußnoten zu Seite 317 (Fortsetzung):

9) Dieser Betrag wurde wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung				Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	Kapital- beteili- gung	Sonstige Investi- tionsmaß- nahmen	
Milliarden Schilling										
11	Erziehung und Unterricht ...	0,61	0,23	0,08	1,22	0,11	0,00	.....	.....	2,25
12	Forschung und Wissen- schaft .....	0,53	0,13	0,07	2,11	2,57	0,00	.....	.....	5,41
13	Kunst .....	0,23	0,03	.....	0,92	0,25	.....	.....	.....	1,43
21	Gesundheit .....	0,04	0,01	.....	0,09	0,29	.....	.....	.....	0,43
22	Soziale Wohlfahrt .....	0,02	0,03	.....	0,06	0,17	.....	.....	.....	0,28
23	Wohnungsbau .....	0,11	0,00	.....	0,00	23,25	0,21	.....	.....	23,57
32	Straßen .....	2,75	0,07	0,03	3,17	0,13	.....	.....	.....	6,15
33	Sonstiger Verkehr .....	2,41	1,27	.....	14,09	2,02	0,01	0,00	.....	19,80
34	Land- und Forstwirtschaft ..	0,43	0,05	.....	0,32	2,21	.....	0,00	.....	3,01
35	Energiewirtschaft .....	.....	.....	.....	.....	0,13	.....	.....	.....	0,13
36	Industrie und Gewerbe .....	0,00	0,00	.....	0,00	0,63	0,03	.....	.....	0,66
37	Öffentliche Dienst- leistungen .....	0,06	0,01	.....	0,02	1,26	.....	.....	0,21	1,56
38	Private Dienstleistungen ...	0,00	0,00	.....	0,00	0,04	.....	0,04	.....	0,08
41	Landesverteidigung .....	1,09	0,01	.....	2,94	0,04	.....	.....	.....	4,08
42	Staats- und Rechts- sicherheit .....	0,30	0,24	.....	0,83	.....	.....	.....	.....	1,37
43	Übrige Hoheitsverwaltung ..	1,09	0,12	0,11	3,49	0,08	.....	.....	.....	4,89
	Summe ...	9,67	2,20	0,29	29,26	33,18	0,25	0,04	0,21	75,10
		41,42				33,68				

<sup>10)</sup> Aufgabenbereiche 11 und 12 der Voranschlagsposten für Instandhaltung (61..), der Post-Untergliederungen 0.. bis 8.. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.); der Voranschlagsposten 02.. bis 06.. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46), 10.., 400. und 409. der Kapitel 01 bis 77 einschließlich der bei den Aufgabenbereichen 11 und 12 vorgesehenen Mittel für Kapitalaufstockung sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

<sup>11)</sup> Aufgabenbereich 23 der Voranschlagsposten für Instandhaltung von Gebäuden (614.), der Post-Untergliederungen 4.. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) sowie der Voranschlagsposten 0630 und 0634 (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46) der Kapitel 01 bis 77.

<sup>12)</sup> Alle Voranschlagsposten 063., 064. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46) und 614. sowie alle Post-Untergliederungen 4.. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge mit Ausnahme der entsprechenden Ausgaben bei den Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft, beim Wohnungsbau, Straßenbau sowie bei der Post- und Telegraphenverwaltung.

<sup>13)</sup> Alle Voranschlagsposten 060., 065. bis 067. und 611. sowie der Post-Untergliederungen 1.. sowohl der Voranschlagsposten zur Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.), der Voranschlagsansätze 1/64228 und 1/64248 (jeweils ohne Voranschlagsposten 61., 69., 720., 727., 7290, 73. und 764.) zuzüglich des Aufgabenbereiches 32 der Voranschlagsposten 0645 bis 0647 und 614. sowie der Post-Untergliederungen 4.., sowohl der Voranschlagsposten für Investitionsförderung (24..) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) der Kapitel 01 bis 77 sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

<sup>14)</sup> Alle Ausgaben der Voranschlagsposten 02.. bis 06., 1., 24., 400., 409., 61., 735. bis 739., 745. bis 748., 757. und 770. des Kapitels 78.

<sup>15)</sup> Die Inanspruchnahme bedarf gemäß Art. III der Bundesfinanzgesetze 1995 und 1994 der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

<sup>16)</sup> Siehe die Beilagen O<sub>12</sub>, O<sub>13</sub>, O<sub>15</sub> und O<sub>16</sub> der Amtsbehelfe zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1995 und 1994, vermindert um die Spalte „Landesverteidigung“; jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

<sup>17)</sup> Investitionsförderung: siehe ua. die Beilagen O<sub>14</sub> und O<sub>17</sub> der Amtsbehelfe zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1995 und 1994.

## Fußnoten zu Seite 317 (Fortsetzung):

<sup>18)</sup> Bei Freigabe wird dieser Betrag voraussichtlich wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgaben	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zu- schüsse	Darlehen	Sonstige Investi- tions- maß- nahmen	
Milliarden Schilling									
11	Erziehung und Unterricht .....	0,08	.....	0,02	0,32	0,01	.....	.....	0,43
12	Forschung und Wissenschaft .....	0,07	.....	0,01	1,40	0,16	.....	.....	1,64
13	Kunst .....	.....	.....	.....	0,15	0,10	.....	.....	0,25
23	Wohnungsbau .....	.....	.....	.....	0,03	.....	.....	.....	0,03
33	Sonstiger Verkehr .....	.....	.....	.....	0,00	1,03	.....	.....	1,03
34	Land- und Forstwirtschaft .....	0,06	.....	.....	0,02	0,27	.....	.....	0,35
41	Landesverteidigung .....	0,07	.....	.....	0,55	0,00	.....	.....	0,62
42	Staats- und Rechtssicherheit .....	.....	0,01	.....	0,08	.....	.....	.....	0,09
43	Übrige Hoheitsverwaltung .....	0,29	.....	0,02	0,39	0,00	.....	.....	0,70
Summe ...		0,57	0,01	0,05	2,94	1,57	.....	.....	5,14
		3,57				1,57			

<sup>19)</sup> Diese Ausgaben belasten nur die betreffenden Haushalte der Fonds.

<sup>20)</sup> Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 24/1995 (FMIG-Novelle 1994). Bei den hier angeführten sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten handelt es sich um die Inanspruchnahme von Zessionskrediten, die zur Erfüllung des Fernmeldeinvestitionsprogramms notwendig werden, soweit die in erster Linie zur Finanzierung vorgesehenen zweckgebundenen Anteile der Einnahmen aus Fernsprechgebühren hierzu nicht ausreichen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des jeweiligen Bundesvoranschlags steht jedoch noch nicht fest, in welcher Höhe von der im FMIG ausdrücklich vorgesehenen Möglichkeit solcher sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden wird. Der Zeitpunkt der Investitionswirksamkeit (Bestellvolumen) und jener der Ausgabenwirksamkeit (Tilgung der entsprechenden Verbindlichkeiten) fallen auseinander.

## Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

Zur Analysierung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Bundeshaushaltes ist dieser nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Anlagen, Förderungen, Aufwendungen) gegliedert worden. Diese Gliederung vermochte aber das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Darstellung des Bundeshaushaltes nur teilweise zu befriedigen. Es wurde daher die finanzwirtschaftliche Klassifikation (Gebarungsgruppen) mit einer funktionellen (Aufgabenbereiche) verbunden. Die Übersicht auf Seite 321 zeigt die wichtigsten Daten.

Kennziffer	Aufgabenbereiche	Bundesvoranschlag					Erfolg	Einnahmen			
		Personal- ausgaben	Sachausgaben			Ausgaben (Summe)		Bundesvoranschlag		Erfolg	
			Anlagen	Förderungen	Aufwendun- gen	1995	1994	1993	1995	1994	1993
		Millionen Schilling									
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>										
11	Erziehung und Unterricht .....	24 842,0	1 099,4	1 123,3	39 611,9	66 676,5	64 498,2 <sup>1)</sup>	61 740,9 <sup>2)</sup>	661,4	702,5	677,9
12	Forschung und Wissenschaft .....	11 191,8	2 428,1	2 122,5	13 009,1	28 751,4	29 373,5	26 877,1	1 454,1	1 508,9	1 497,8
13	Kunst .....	4 062,9	1 035,3	1 220,5	2 295,0	8 613,7	8 470,6	7 985,2	1 128,5	1 075,6	889,4
14	Kultus .....				550,8	550,8	531,0	531,0			
	11 bis 14 (Summe) ...	40 096,7	4 562,8	4 466,3	55 466,8	104 592,4	102 873,3	97 134,1	3 244,0	3 287,0	3 065,1
21	Gesundheit .....	519,0	92,8	546,0	6 485,0	7 642,8	7 736,8	6 964,2	2 276,1	2 247,1	2 338,0
22	Soziale Wohlfahrt .....	1 249,9	21,5	6 423,8	197 814,5	205 509,7	201 063,7	183 031,3	113 468,5	111 909,7	94 178,9
23	Wohnungsbau .....		1,2	168,8	24 587,8	24 757,9	24 118,5	23 633,0	262,7	243,7	246,9
	21 bis 23 (Summe) ...	1 768,9	115,5	7 138,6	228 887,3	237 910,4	232 919,1	213 628,5	116 007,3	114 400,5	96 763,7
32	Straßen .....		3 825,3	19,0	11 823,0	15 667,4	16 735,8	15 463,0	4 572,5	4 312,1	4 312,6
33	Sonstiger Verkehr .....	32 784,9	13 116,4	2 908,1	51 573,5	100 382,9	95 294,8	118 930,5	75 763,4	71 598,2	88 489,8
34	Land- und Forstwirtschaft .....	1 640,5	418,0	26 663,0	2 443,0	31 164,6	19 237,0	17 936,5	4 664,4	5 015,2	4 342,6
35	Energiewirtschaft .....		0,0	220,6	0,0	220,6	219,6	274,1	4 074,1	274,1	408,1
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) ...	135,3	5,8	5 817,1	13 496,4	19 454,6	19 960,9	21 093,0	11 823,7	13 034,0	12 704,1
37	Öffentliche Dienstleistungen .....	1 057,0	53,7	4 275,4	824,1	6 210,2	6 157,3	3 242,1	730,4	801,2	604,5
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) ...	694,3	3 240,9	694,0	1 446,2	6 075,4	4 339,9	4 529,5	15 111,1	13 793,7	9 055,2
	32 bis 38 (Summe) ...	36 312,0	20 660,1	40 597,2	81 606,2	179 175,7	161 945,4	181 468,5	116 739,6	108 828,5	119 916,9
41	Landesverteidigung .....	8 173,4	99,7	37,6	12 111,8	20 422,5	20 274,3	19 733,8	574,1	493,3	486,0
42	Staats- und Rechtssicherheit .....	18 649,5	1 020,7	0,4	6 252,9	25 923,4	24 013,3	22 484,5	6 564,6	5 876,6	5 448,8
43	Übrige Hoheitsverwaltung .....	43 372,1	6 649,2	1 602,4	132 358,2	183 981,7	167 286,0	165 236,1	406 668,4	395 724,7	375 764,7
	41 bis 43 (Summe) ...	70 195,0	7 769,6	1 640,4	150 722,9	230 327,6	211 573,6	207 454,4	413 807,1	402 094,6	381 699,6
	Summe Allgemeiner Haushalt ...	148 372,4	33 108,1	53 842,6	516 683,1	752 006,2	709 311,4	699 685,6	649 797,9	628 610,6	601 445,3
	<b>Ausgleichshaushalt</b>										
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) ...				4 345,6	4 345,6	1 251,8	1 455,1			
43	Übrige Hoheitsverwaltung .....				209 848,6	209 848,6	156 815,1	154 986,7	316 402,5	238 767,7	254 682,1
	Summe Ausgleichshaushalt ...				214 194,2	214 194,2	158 067,0	156 441,8	316 402,5	238 767,7	254 682,1
	Gesamtsumme ...	148 372,4	33 108,1	53 842,6	730 877,3	966 200,4	867 378,4	856 127,4	966 200,4	867 378,4	856 127,4

<sup>1)</sup> Aufgliederung nach Gebarungsgruppen siehe Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1994, Seite 313.

<sup>2)</sup> Aufgliederung nach Gebarungsgruppen siehe Bundesrechnungsabschluß 1993, Band 2, Seiten 138/139.

## Bereinigte Budgetgebarung

### Bruttoveranschlagung

Der Bundeshaushalt umfaßt wie jeder öffentliche Haushalt die Gebarungen einer großen Anzahl von Verwaltungsdienststellen, betrieblichen Einrichtungen <sup>1)</sup>, Verwaltungsfonds und sonstigen Institutionen, die verschiedenste Aufgaben und Zwecke zu erfüllen haben.

Die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und Haushaltsvorschriften schreiben aus Gründen einer besseren Kontrollmöglichkeit die bruttomäßige Darstellung der Gebarung jeder einzelnen Institution im Rahmen des Bundeshaushaltes vor. Das bedeutet, daß bei jeder Institution in der Regel alle Ausgaben auf der Ausgabenseite und alle Einnahmen auf der Einnahmenseite bruttomäßig veranschlagt sind und bei keiner Institution weder Einnahmen von den Ausgaben noch umgekehrt Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden sollen. Es müssen daher fallweise Ausgaben- oder Einnahmenbeträge einer der vorgenannten Institutionen des Bundeshaushaltes auf die Einnahmen- oder Ausgabenseite einer anderen Institution des Bundeshaushaltes überrechnet werden. Außerdem bedingt die bruttomäßige Darstellung, daß den Einnahmen der Betriebe <sup>1)</sup> des Bundes aus Entgelten für ihre Leistungen (zB Postgebühren, Verkehrseinnahmen der Bundesbahn) im Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite diejenigen Ausgaben gegenüberstehen, die zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich sind.

Sowohl diese Gebarung aus den Entgelten für Betriebsleistungen als auch die Gebarung aus den bereits erwähnten Überrechnungen innerhalb des Bundeshaushaltes („Durchlaufer“) vergrößern das Budgetvolumen, haben aber mit den eigentlichen Aufgaben des Staates nichts zu tun. Dennoch kann auf deren Darstellung im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, weil nur dadurch eine entsprechende Aussagefähigkeit des jeweiligen Bundesvoranschlages gewährleistet ist und damit den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit am ehesten entsprochen wird.

Im übrigen gelten diese Überlegungen keineswegs nur für die Kameralistik. Auch eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung muß sich an den Grundsatz der höchstmöglichen Aussagefähigkeit in Wahrung der Prinzipien „Bilanzwahrheit“ und „Bilanzklarheit“ halten. Aus diesen Gründen sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Bundesbetriebe die Aufwendungen und Erträge ungekürzt (unsaldiert) ausgewiesen.

### Durchlaufer

In dem Bestreben, sowohl den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit als auch einer Entschließung des Nationalrates zu entsprechen, wurde ab 1964 die Veranschlagung der betragsmäßig wesentlichsten Durchlauferposten neu geregelt.

In Ergänzung der im Jahre 1964 durchgeführten Maßnahme wurde in sinnvoller Weise in den Bundesvoranschlägen 1975 bis 1987 auch noch die Veranschlagung der Durchlaufer-Gebarungen betreffend Münzregal und Katastrophenfondsmittel durchgeführt. Auf Grund des neuen Bundeshaushaltsgesetzes ist die Gebarung der Katastrophenfondsmittel ab dem Bundesvoranschlag 1988 wieder bruttomäßig zu veranschlagen. Die bruttomäßige Veranschlagung der Gebarung des Münzregals war nur im Bundesvoranschlag 1988 vorgesehen. Als „Durchlaufer“, deren Veranschlagung beibehalten werden mußte, verblieben im wesentlichen die Abgeltung von Einnahmeausfällen der Österreichischen Bundesbahnen und der Beitrag des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zum Karenzurlaubsgeld.

### Verwendung der Budgetmittel

Zur Beurteilung, welchen Anteil des Brutto-Inlandsproduktes bzw. Volkseinkommens die öffentlichen Haushalte bzw. im speziellen Fall der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nehmen, muß der Brutto-Budgetrahmen entsprechend bereinigt werden. Zu diesem Zwecke sind von den Brutto-Ausgaben und -Einnahmen Beträge in Höhe der bereits aufgezeigten Ausgaben der einzelnen erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige (Bundesbetriebe) aus eigenen Einnahmen und in Höhe der „Durchlaufer“ in Abzug zu bringen, soweit letztere noch nicht durch die im vorhergehenden Absatz aufgezeigte Regelung saldiert sind.

<sup>1)</sup> Diese betrieblichen Einrichtungen wie zB Forst- und Landwirtschaftsverwaltung Allentsteig-Döllersheim, Post- und Telegraphenverwaltung, Österreichische Bundesforste oder Österreichische Bundesbahnen, besitzen keine Rechtspersönlichkeit und sind im Bundeshaushalt mit ihrer Bruttogebarung enthalten. Verstaatlichte und nichtverstaatlichte Unternehmungen hingegen, an denen der Bund beteiligt ist, sind Kapitalgesellschaften oder ähnliches mit Rechtspersönlichkeit. Ihre Gebarung ist im Bundeshaushalt nicht enthalten.

**Bereinigte Budgetgebarung**

323

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Österreichs wurden daher seit je die Betriebe des Bundes nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt und nur das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (kassamäßiger Betriebs-Überschuß oder -Abgang) in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes einbezogen. Ebenso werden in dieser volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes die wesentlichsten Vergütungen innerhalb der Bundesrechnung („Durchlaufer“) ausgeschieden.

	Bundesrechnungs- abschluß 1993		Bundesvoranschlag 1994		Bundesvoranschlag 1995	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Millionen Schilling						
Gesamtgebarung (brutto) (mit Ausgleichshaushalt) .....	856 127	856 127	867 378	867 378	966 200	966 200
<b>Bereinigte Budgetgebarung</b>						
Gruppe 0 bis 6 (ohne Ausgleichshaushalt) .....	603 786	511 216	654 000	565 467	693 205	582 641
<b>hieszu:</b> Überschuß Alkohol (Monopol) .....		801		809		94
Bundesforste .....						180
Post- u. Telegraphenverw. ....		8 167		9 495		10 496
Abgang Bundestheater .....	2 293		2 444		2 415	
Bundesforste .....	119		27			
Bundesbahnen .....	12 226					
Zwischensumme <sup>1)</sup> .....	618 424	520 184	656 471	575 771	695 620	593 411
<b>ab:</b> „Durchlaufer“ <sup>2)</sup> .....	6 395	6 395	13 825	13 825	13 946	13 946
<b>hieszu:</b> Ausgleichshaushalt .....	156 442	254 682	158 067	238 768	214 194	316 403
<b>Verbleibt:</b> Bereinigte Budgetgebarung <sup>3)</sup> .....	768 471	768 471	800 713	800 713	895 868	895 868
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Mrd. S. ....	2 117,8		<sup>4)</sup> 2 243,0		<sup>4)</sup> 2 372,9	
Bereinigte Budgetausgaben in vH des BIP .....	36,3		35,7		37,8	

<sup>1)</sup> Bundesgebarung mit Nettodarstellung der Bundesbetriebe.

<sup>2)</sup> Zuzufolge haushaltsrechtlicher oder sonstiger Vorschriften sind aus verrechnungstechnischen Gründen einzelne Ausgaben- und Einnahmenbeträge von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes oder umgekehrt zu überrechnen. Solche Überrechnungen können grundsätzlich zwischen allen Kapiteln des Bundeshaushaltes notwendig werden. Da aber in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes die Gebarung der Kapitel 71 bis einschließlich 79 (Kapitel 79 bis einschließlich 1993) nur mit dem kassamäßigen Nettoüberschuß bzw. -abgang einbezogen ist, sind hier nur die Überrechnungen zwischen den Voranschlagsansätzen der Kapitel 01 bis 65 als „Durchlaufer“ ausgewiesen. Diese Überrechnungsbeträge sind nämlich nur Durchlaufer, die das Budgetvolumen vergrößern, aber keine echten Budgeteinnahmen oder -ausgaben darstellen. Nicht ausgewiesen als Durchlaufer werden Zahlungen der Bundesdienststellen an öffentlichen Abgaben, die bei Kapitel 52 als Einnahmen aufscheinen.

Erfasst sind die Überrechnungsbeträge, die auf der Einnahmenseite der Kapitel 01 bis 65 bei den Voranschlagsposten 8260 und 8261 als Vergütungen bzw. bei den Voranschlagsposten 8262 und 8263 als Überweisungen, und zwar jeweils von Ansätzen der Kapitel 01 bis 65 nachgewiesen werden. Diese Vergütungen bzw. Überweisungen werden nach den einschlägigen Richtlinien nur auf der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes ausnahmslos erfasst, während auf der Ausgabenseite für die zu überrechnenden Vergütungen bzw. Überweisungen die Voranschlagsposten 7290 bis 7293 zwar vorgesehen sind, aber auch zu Lasten anderer Voranschlagsposten solche Überrechnungen erfolgen können.

<sup>3)</sup> Beträge entsprechen den Schlußziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>4)</sup> Schätzung.

## Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens — ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe — erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anlässlich ihres Ausscheidens.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).

Aktiva	Erfolg 1993	BRA 1992
	Millionen Schilling	
<b>1. Anlagevermögen</b>		
1.1 Unbewegliche Anlagen .....	404 210	381 430
1.2 Bewegliche Anlagen .....	68 795	66 164
1.3 Im Bau befindliche Anlagen .....	65 423	74 985
1.4 Vorräte .....	5 516	5 661
1.5 Aktivierungsfähige Rechte .....	1 485	1 309
1.6 Finanzanlagen .....		
1.61 Beteiligungen .....	60 431	58 702
1.62 Wertpapiere des Anlagevermögens .....	—	—
1.7 Anzahlungen für Anlagen .....	969	798
<b>2. Umlaufvermögen</b>		
2.1 Vorräte .....	1 602	1 595
2.2 Bargeld, Guthaben, Wertpapiere .....		
2.21 Bargeld .....	3 260	3 246
2.22 Guthaben bei Kreditunternehmen .....	30 469	29 974
2.23 Schwebende Gelder .....	—	34
2.24 Wertpapiere des Umlaufvermögens .....	7 606	3 793
2.3 Forderungen .....		
2.31 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen .....	11 986	7 542
2.32 Forderungen aus Darlehen .....	13 466	13 221
2.33 Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen .....	20 768	19 883
2.34 Forderungen aus Vorschüssen .....	6 391	5 762
2.35 Ersatzforderungen .....	1 610	1 152
2.36 Sonstige Forderungen .....	67 535	55 935
2.37 Gegebene Anzahlungen .....	2 432	2 160
2.38 Forderungen aus Währungstauschverträgen .....	98 186	93 226
2.4 Haushaltsrücklagen .....	30 365	34 151
<b>3. Aktive Rechnungsabgrenzung .....</b>	<b>20 680</b>	<b>22 585</b>



## Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

325

Passiva	Erfolg 1993	BRA 1992
	Millionen Schilling	
<b>1. Rücklagen</b>		
1.1 Haushaltsrücklagen .....	30 365	34 151
1.2 Sonstige Rücklagen .....	27 121	22 546
<b>2. Wertberichtigungen</b> .....	—	—
<b>3. Verbindlichkeiten</b>		
3.1 Schwebende Geldgebarungen .....	—	—
3.2 Schulden aus Lieferungen und Leistungen <sup>1)</sup> .....	223 585	195 574
3.3 Schulden aus Erträgen .....	6 868	4 617
3.4 Ersatzschulden .....	462	588
3.5 Sonstige Schulden <sup>2)</sup> .....	114 053	120 553
3.6 Empfangene Anzahlungen .....	1 180	1 077
3.7 Schulden aus Währungstauschverträgen .....	102 604	97 265
3.8 Finanzschulden <sup>3)</sup> .....	1 104 638	987 967
<b>4. Rückstellungen</b> .....	3 782	2 715
<b>5. Passive Rechnungsabgrenzung</b> .....	9 508	7 893
<sup>1) bis <sup>3)</sup> Hievon fällige Schulden:</sup>		
	Erfolg 1993	BRA 1992
<sup>1)</sup>	3 094	2 902
<sup>2)</sup>	1 340	1 096
<sup>3)</sup>	10	12

Übersicht über die Planungsmäßigen Vorbelastungen <sup>1)</sup>

Kapitel	Bezeichnung	Planungsmäßige Vorbelastungen <sup>2)</sup>			
		1995	1996	1997 u. später	Summe
		Millionen Schilling			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen .....	87,302	184,620	472,715	744,637
11	Inneres .....	307,484	397,411	516,808	1 221,703
12	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten .....	683,013	811,000	2 343,816	3 837,829
14	Wissenschaft und Forschung .....	4 076,080	3 530,729	11 747,808	31 102,429
20	Äußeres .....	946,420	807,187	928,742	2 682,349
40	Militärische Angelegenheiten .....	8 141,486	1 668,798	1 049,110	10 859,394
50	Finanzverwaltung .....	412,163	553,982	670,167	1 636,312
54	Bundesvermögen .....	8 183,600	8 775,744	71 925,624	88 884,968
60	Land- und Forstwirtschaft .....	3 281,492	2 073,598	5 039,421	10 394,511
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr .....	544,926	677,963	1 315,443	2 538,332
64	Bauten und Technik .....	10 717,814	9 180,454	33 613,930	53 512,198
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr .....	1 945,996	1 664,421	6 209,627	9 820,044
71	Bundestheater .....	49,680	20,000	16,100	85,780
78	Post- und Telegraphenverwaltung .....	12 769,722	8 580,000	155 649,000	176 998,722

<sup>1)</sup> Die Bestimmungen des Finanziellen Wirkungsbereiches (eine Anlage der Durchführungsbestimmungen zu den jeweiligen Bundesfinanzgesetzen) beziehen sich auf Verfügungen eines Ressorts, die im einzelnen in wirtschaftlicher, rechtlicher und finanzieller Hinsicht als ein einheitlicher Vorgang angesehen werden können (Vorhaben). Die Ausgaben, die sich auf Grund von Entscheidungen der zuständigen Organe der Bundesverwaltung über solche in Angriff zu nehmende Vorhaben in zukünftigen Finanzjahren ergeben können, werden vorerst als planungsmäßige Vorbelastungen bezeichnet. Diese Vorbelastungen können ein Vorhaben aus der Anschaffung oder Herstellung (einschließlich Selbsterstellung) von Wirtschaftsgütern, aus Förderungsmaßnahmen oder aus sonstigen vertraglichen Vereinbarungen zum Gegenstand haben.

Erst im Zuge der Verwirklichung eines solchen Vorhabens werden rechtsverbindliche Verpflichtungen (zB durch Auftragsvergabe, Vertragsabschluß, Erlassung eines Bescheides) begründet, die in der Bundesverrechnung als solche erfaßt werden.

Soweit im Zeitpunkt der Teilhefterstellung Vorhaben noch nicht beendet sind, werden die Gesamtkosten dieser einzelnen Vorhaben, das sind die planungsmäßigen Vorbelastungen, zusammengefaßt und aufgeteilt auf die entsprechenden Finanzjahre in Übersichten ausgewiesen. **Eine Aussage, inwieweit diese planungsmäßigen Vorbelastungen bereits zu rechtsverbindlichen Verpflichtungen geführt haben, vermitteln diese Übersichten derzeit noch nicht.**

<sup>2)</sup> Zusammenfassung der in den Teilheften für das Jahr 1995 in der Beilage III D „Übersicht über die künftige Finanzjahre belastende Vorhaben“ aufscheinenden Vorbelastungs-Daten für die Jahre 1995 und später.

### **Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes (Gemäß § 35 Z 7 BHG)**

Im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, ist normiert, daß der Bundesminister für Finanzen Übersichten zum geltenden Bundesfinanzgesetz zu verfassen hat, welche Angaben über die Entwicklung und den Stand der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben enthalten.

Als außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben mit Auswirkungen auf den Bundeshaushalt gelten

- Investitionsvorhaben des Bundes, die von ihm selbst oder für ihn von Rechtsträgern, die zu deren Durchführung bundesgesetzlich berufen sind, durchgeführt werden, sowie
- Finanzierungsvorhaben im Bereiche der verstaatlichten Industrie,
- die von vom Bund verschiedenen Rechtsträgern auf Grund bundesgesetzlicher Regelung zur Gänze oder teilweise durch Aufnahme von Fremdkapital zwischenfinanziert werden, wobei der Bund durch Bundesgesetz verpflichtet ist, dem Rechtsträger die nicht gedeckten Ausgaben des Rechtsträgers, insbesondere für die Bedienung des Fremdkapitals (Tilgungen, Zinsen, Spesen), zu ersetzen.

Wesentliches Element dieser Definition ist, daß die Verpflichtungen zur Zwischenfinanzierung und zur Refundierung durch ein besonderes Bundesgesetz normiert sind. Die gesetzliche Refundierungsverpflichtung unterscheidet die Sonderfinanzierungsvorhaben von Vorbela-stungen im Sinne des § 45 Abs. 1 bis 4 BHG; bei diesen resultiert die Verpflichtung des Bundes aus einem rechtsgeschäftlichen Handeln des zuständigen anweisenden Organs (gemäß § 5 Abs. 4 Z 3 BHG).

Zu den außerbudgetären Finanzierungen zählen die

- ASFINAG-Finanzierungen des Straßenbaus durch Straßensondergesellschaften
- ASFINAG-Finanzierungen des ÖBB-Hochleistungsstreckenbaues
- ASFINAG-Finanzierungen des Hochleistungsstreckenbaues durch die Hochleistungsstrecken AG
- ASFINAG-Finanzierungen des Bundes-Hochbaues
- IAKW-Finanzierungen
- ÖIAG-Finanzierungen.

Außerdem werden die Mittelzuführungen an die Verstaatlichte Industrie gemäß der ÖIAG-Finanzierungsgesetze (BGBl. Nr. 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 298/1987 und 973/1993) als besonderer Fall außerbudgetärer Finanzierungsvorhaben betrachtet.

Die nachfolgenden Aufstellungen über außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes geben an:

1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten (einschließlich Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung und Verwaltung bis zur Fertigstellung bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit) des Vorhabens,
2. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im jeweiligen Finanzjahr gemäß 1.,
3. die im jeweiligen Bundesvoranschlag veranschlagten Leistungen des Bundes zu den Gesamtkosten gemäß 1.,
4. die Entwicklung des Standes der Verschuldung, die Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vorjahr sowie der gesetzliche Haftungsrahmen der Finanzierungsgesellschaften des Bundes.

### Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger			Auswirkungen auf den BVA 1995				
(Gesetzliche Grundlage (BGBl. Nr.))	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1995		
			in Milliarden Schilling				
<b>a) Finanzierung (ausschließlich)</b>							
591/1982 288/1984 493/1985 80/1987 339/1987 510/1987 325/1988 136/1989 419/1991	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG)	Finanzierung der Straßenbausondergesellschaften, von Bundeshochbauten und von Eisenbahn-Hochleistungstrecken (ÖBB und HL AG)	1)	2)	5)	1/64297/7285	1,103
			1)	5,000	0,090	1/64298/7280	3,285
			1)	23,000	3,099	1/54848/7280	0,269
						1/54848/7281	1,075
298/1981 602/1981 633/1982 589/1983 298/1987 421/1991	Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG)	Finanzierung von Maßnahmen zur Umstrukturierung und Neuordnung des ÖIAG-Konzerns	122,790	—	—	1/54847/7411	0,000
							7/54847/7411/001
						1/54847/7413	0,000
						7/54847/7413/001	0,205
						1/54847/7414	0,000
						7/54847/7414/001	3,897
						1/54847/7415	0,000
						7/54847/7415/001	0,243
						1/54847/7416	0,000
						7/54847/7416/001	0,000
<b>b) Bau (ausschließlich)</b>							
826/1992	Alpen Straßen AG	Arlberg Tunnel, Teilstrecken der S 16 in Tirol und Vorarlberg: Herstellung und Erhaltung	3)	13,800	0,239 4)	1/64297/7287/002	0,946
						1/64298/7287/002	0,010
						1/64298/7287/302	0,010
						2/64290/8179	— 1,645

1) Derzeit nicht abschätzbar.

2) Auf die Beträge bei den einzelnen Straßenbausondergesellschaften wird verwiesen.

3) Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG.

4) Baukosten.

5) Gesamtausgaben einschließlich der bei den einzelnen Straßenbausondergesellschaften ausgewiesenen Baukosten: 15 Milliarden Schilling.

## Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes

Rechtsträger			Auswirkungen auf den BVA 1995				
(Gesetzliche Grundlage (BGBl. Nr.))	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1995		
			in Milliarden Schilling				
826/1992	Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen AG	<p>Brenner Autobahn: Herstellung, Erhaltung; Inntalautobahn: Herstellung eines Teilabschnittes</p> <p>Teilstrecken der Südbahn, der Semmering-Schnellstraße und der Murtal-Schnellstraße, der Innkreisautobahn: Planung und Errichtung; Bundesstraßenverbindung A 2—A 4: Planung</p> <p>Teilstrecken der Phyrn Autobahn in Steiermark und Oberösterreich: Herstellung, Erhaltung</p> <p>Teilstrecken der Tauern Autobahn in Salzburg und Kärnten, Karawankentunnel: Herstellung, Erhaltung; Umfahrungen Zell/See, Lofer, Klagenfurt: Herstellung</p> <p>Teilstrecken von Bundesstraßenverbindungen in Wien, Teilstrecken der A 23: Planung und Errichtung</p>	<sup>3)</sup>	68,700	2,266 <sup>4)</sup>	1/64297/7287/001 1/64298/7287/001 1/64298/7287/301 2/64290/8178	0,800 0,124 0,001 — 1,204
<b>c) Finanzierung und Bau</b>							
223/1985	IAKW-AG	Internationaler Teil, Österreichisches Konferenzzentrum: Errichtung, Erhaltung, Verwaltung, Finanzierung	11,300	9,000	0,220	1/54826/7420 1/54826/7471/423 2/54824/8555/370	0,134 0,001 — 0,001

<sup>3)</sup> Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG.<sup>4)</sup> Baukosten.

**Außerbudgetäre Finanzierungsvorhaben des Bundes**

329

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften), der ÖIAG<sup>3)</sup> und der IAKW-AG sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen.

**Verschuldung, Brutto-Darlehensaufnahme, Nettoveränderung der Schuldenstände und gesetzlicher Haftungsrahmen der Sonderfinanzierungsgesellschaften 1985–1993**

	Verschuldung zum 31. 12.	Brutto-Darlehensauf- nahme durch außer- budgetäre Sonderfi- nanzierung in Milliarden Schilling	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vor- jahr	Gesetzliche Haftungs- rahmen <sup>1)</sup> zum 31. 12.
1985 .....	46,1	14,4	+ 13,6	175,3 <sup>2)</sup>
1986 .....	63,4	19,6	+ 17,3	202,0 <sup>2)</sup>
1987 .....	83,6	22,3	+ 20,2	227,7 <sup>2)</sup>
1988 .....	94,5	13,0	+ 10,9	249,5 <sup>2)</sup>
1989 .....	103,3	11,2	+ 8,8	274,1 <sup>2)</sup>
1990 .....	112,6	13,6	+ 9,3	273,1 <sup>2)</sup>
1991 .....	118,4	9,3	+ 5,8	338,3 <sup>2)</sup>
1992 .....	129,5	10,6	+ 11,1	338,3 <sup>2)</sup>
1993 .....	137,0	14,4	+ 7,5	338,3 <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Für Kapital, Zinsen und Kosten.

<sup>2)</sup> Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1985 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

<sup>3)</sup> In der Spalte „Verschuldung zum 31. 12.“ ist nur die Verschuldung auf Grund der Finanzierungsgesetze ausgewiesen. Die Spalte „Gesetzliche Haftungsrahmen zum 31. 12.“ beinhaltet alle Haftungsgesetze.

## II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

### A. Die öffentlichen Haushalte in administrativer Abgrenzung

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. Den nachfolgenden Übersichten 1 und 1a und deren Fußnoten 7 bis 9 können die Namen dieser Rechtsträger des öffentlichen Rechtes entnommen werden. Die Zuständigkeitsbereiche dieser öffentlichen Rechtsträger sind in den einzelnen Staaten der Welt sehr verschieden. Diese Tatsache muß daher bei zwischenstaatlichen Vergleichen über die Höhe von Belastungen aus Gebarungen des öffentlichen Sektors besonders beachtet werden.

Übersicht 1

	Bruttoausgaben <sup>1)</sup>									
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993 <sup>2)</sup>	1994 <sup>3)</sup>	1995
Milliarden Schilling										
Bund <sup>5)</sup> .....	498,7	514,7	557,4	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0	821,3	881,8 <sup>4)</sup>
Länder (ohne Wien) .....	131,1	137,1	148,2	151,0	161,3	173,5	192,5	209,8	226,6	
Gemeinden (ohne Wien) .....	90,0	94,6	99,1	106,6	114,6	128,7	141,2	153,9	165,2	
Wien (Land und Gemeinde) ...	82,0	83,5	88,1	93,0	91,4	99,1	116,8	117,8	128,0	
Gemeindeverbände <sup>7)</sup> .....	3,1	3,3	3,3	3,7	3,8	4,2	4,7	5,0	5,3	
Öffentliche Fonds <sup>8)</sup> .....	24,1	32,4	37,4	34,2	37,5	43,7	45,6	48,8	51,8	
Kammern <sup>9)</sup> .....	17,1	19,7	20,5	21,5	25,0	24,1	29,8	30,0	31,0	
Sozialversicherungsträger <sup>10)</sup> ..	242,4	255,3	265,6	280,9	300,8	338,6	361,0	382,7	405,7	
Staat (Summe)	1 088,5	1 140,6	1 219,6	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 614,6	1 725,0	1 834,9	

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖSTAT) (bis einschließlich 1993); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

(zu Übersicht 1)

	Bruttoausgaben									
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Anteil in %										
Bund <sup>5)</sup> .....	45,8	45,1	45,7	45,8	45,6	45,0	44,8	45,0	44,8	
Länder (ohne Wien) .....	12,0	12,0	12,1	11,8	11,9	11,7	11,9	12,2	12,3	
Gemeinden (ohne Wien) .....	8,3	8,3	8,1	8,4	8,5	8,7	8,7	8,9	9,0	
Wien (Land und Gemeinde) ...	7,5	7,3	7,2	7,3	6,8	6,7	7,2	6,8	7,0	
Gemeindeverbände <sup>7)</sup> .....	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	
Öffentliche Fonds <sup>8)</sup> .....	2,2	2,9	3,1	2,7	2,8	3,0	2,8	2,8	2,8	
Kammern <sup>9)</sup> .....	1,6	1,7	1,7	1,7	1,8	1,6	1,8	1,7	1,7	
Sozialversicherungsträger <sup>10)</sup> ..	22,3	22,4	21,8	22,0	22,3	22,9	22,4	22,2	22,1	
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Laut Finanzstatistik. Inklusive Tilgungen, Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenzuführungen, aber ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.

<sup>2)</sup> Vorläufige Werte.

<sup>3)</sup> Schätzungen.

<sup>4)</sup> Bundesvoranschlag.

<sup>5)</sup> Bundeshaushalt sowie Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerschaft.

<sup>6)</sup> Laut Finanzstatistik. Ohne Schuldenaufnahme und Kassenstärkungsmaßnahmen, jedoch inklusive Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften und inklusive Rücklagenentnahmen.

<sup>7)</sup> Erfasst sind derzeit nur die Gemeindeverbände, die den Rang einer Gebietskörperschaft haben, und zwar die Sozialhilfeverbände in Oberösterreich und der Steiermark sowie die Schulgemeindeverbände in Niederösterreich und Kärnten.

## Nettoausgaben

331

## Übersicht 1 a

	Bruttoeinnahmen <sup>6)</sup>									
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993 <sup>7)</sup>	1994 <sup>8)</sup>	1995
	Milliarden Schilling									
Bund <sup>5)</sup> .....	392,0	409,9	451,7	478,4	502,3	557,7	592,1	602,0	626,4	649,0 <sup>4)</sup>
Länder (ohne Wien) .....	126,2	132,1	142,4	147,6	158,1	170,2	188,1	198,4	215,0	
Gemeinden (ohne Wien) .....	85,8	89,1	94,3	101,5	109,4	122,2	133,3	142,6	155,0	
Wien (Land und Gemeinde) ...	74,3	77,4	80,0	87,8	88,7	96,0	112,7	116,8	128,0	
Gemeindeverbände <sup>7)</sup> .....	3,0	3,3	3,3	3,5	3,7	4,1	4,5	4,7	5,3	
Öffentliche Fonds <sup>8)</sup> .....	26,8	26,2	35,3	41,7	33,3	36,5	36,4	38,2	45,0	
Kammern <sup>9)</sup> .....	16,9	18,7	19,7	20,4	23,7	23,9	28,1	28,5	31,0	
Sozialversicherungsträger <sup>10)</sup> .	239,4	253,5	263,1	277,4	297,9	323,7	347,7	372,7	405,7	
Staat (Summe)	964,4	1 010,2	1 089,8	1 158,3	1 217,1	1 334,3	1 442,9	1 503,9	1 611,4	

Quelle: ÖSTAT (bis 1993); BMF

(zu Übersicht 1 a)

	Bruttoeinnahmen									
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Anteil in %									
Bund <sup>5)</sup> .....	40,6	40,6	41,5	41,3	41,3	41,8	41,0	40,0	38,9	
Länder (ohne Wien) .....	13,1	13,1	13,1	12,7	13,0	12,8	13,0	13,2	13,3	
Gemeinden (ohne Wien) .....	8,9	8,8	8,7	8,8	9,0	9,2	9,2	9,5	9,6	
Wien (Land und Gemeinde) ...	7,7	7,7	7,3	7,6	7,3	7,2	7,8	7,8	7,9	
Gemeindeverbände <sup>7)</sup> .....	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	
Öffentliche Fonds <sup>8)</sup> .....	2,8	2,6	3,2	3,6	2,7	2,7	2,5	2,5	2,8	
Kammern <sup>9)</sup> .....	1,8	1,8	1,8	1,8	1,9	1,8	1,9	1,9	1,9	
Sozialversicherungsträger <sup>10)</sup> .	24,8	25,1	24,1	23,9	24,5	24,3	24,1	24,8	25,3	
Staat (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

## Nettoausgaben

In den Bruttoausgaben und -einnahmen der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors sind auch Beträge enthalten, die

- Vergütungen für Dienstleistungen eines Verwaltungszweiges an andere Verwaltungszweige desselben Rechtsträgers — interne Verrechnungen — und
- Überweisungen zwischen diesen einzelnen Rechtsträgern

darstellen. Bringt man diese Vergütungen und Überweisungen von den Bruttoausgaben und -einnahmen in Abzug, verbleiben die sektoralen Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt. Bringt man des weiteren auf der Ausgabenseite die Tilgungen der öffentlichen Haushalte in Abzug, verbleiben die Nettoausgaben.

<sup>6)</sup> Einbezogen ist die Gebarung folgender Fonds: Ausgleichstaxfonds, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, ERP-Fonds, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, Getreidewirtschaftsfonds, Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, Kriegsofferfonds, Massafonds der Bundesgendarmerie, Justizwache sowie Zollwache, Milchwirtschaftsfonds, Polizeimassafonds, Reservefonds für Familienbeihilfen, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Weinwirtschaftsfonds (bis 1986), Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds, Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz, Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte, Hilfsfonds nach dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz.

<sup>9)</sup> Einbezogen ist die Gebarung folgender Kammern: Wiener Börsekammer, Ingenieurkammern (Bundeskammer und 4 Kammern in den Bundesländern), Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Kammern für Arbeiter und Angestellte (Kammertag und 9 Kammern in den Bundesländern), Landarbeiterkammern (Landarbeiterkammertag und 7 Kammern in den Bundesländern), Landwirtschaftskammern (Präsidentenkonferenz und 9 Kammern in den Bundesländern), Notariatskammern (Delegiertentag und 6 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Apothekerkammer, Österreichische Ärztekammern (Österreichische Ärztekammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Dentistenkammer, Österreichische Patentanwaltskammer, Rechtsanwaltskammern (Kammertag und 7 Kammern), Tierärztekammern (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern).

<sup>10)</sup> Jahresergebnisse der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie der Krankenfürsorgeanstalten, des Erstattungs fonds nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz, des Insolvenz-Ausfallgeldfonds und der Sonderrechnung über Leistungen nach dem Nachtschichtschwerarbeitsgesetz und nach dem Betriebshilfegesetz.

**Volkswirtschaftliche Steuerquote**

Die Übersichten 2 und 2 a zeigen die entsprechenden Gebarungsziffern der Ausgabenseite für die Jahre 1986 bis 1993 (Nettoausgaben).

**Übersicht 2**

	Staat (insgesamt)							
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben .....	1 088,5	1 140,6	1 219,6	1 275,6	1 349,1	1 476,6	1 614,6	1 725,0
ab: Vergütungen <sup>11)</sup> und Überweisungen .....	188,4	203,9	255,9	254,2	268,3	295,0	327,0	346,5
Tilgungen .....	49,4	51,9	57,2	63,1	63,4	64,8	81,1	92,7
Nettoausgaben .....	850,7	884,8	906,5	958,3	1 017,4	1 116,8	1 206,5	1 285,8

Quelle: ÖSTAT

**Übersicht 2 a**

	davon Bund <sup>a)</sup>							
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben .....	498,7	514,7	557,4	584,7	614,7	664,7	723,0	777,0
ab: Vergütungen <sup>11)</sup> .....	6,2	8,4	17,5	16,8	15,8	17,3	21,0	13,0
Überweisungen .....	96,5	103,9	127,7	132,8	131,5	142,6	150,1	167,9
Tilgungen <sup>11a)</sup> .....	33,6	35,1	39,3	43,6	49,5	44,4	64,6	76,8
Nettoausgaben .....	362,4	367,3	372,9	391,5	417,9	460,4	487,3	519,3

Quelle: ÖSTAT

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Ausgaben und Einnahmen des Staates aber noch weiter eingegrenzt. In dieser wird nämlich die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt (siehe auch Abschnitt C, 2. Absatz).

**B. Volkswirtschaftliche Steuerquote**

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Die Übersicht 3 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse.

Ein Teil des vom Bund erhobenen Abgabenaufkommens wird jedoch an verschiedene Rechtsträger weitergegeben. Der Anteil der dem Bund verbleibenden kassamäßigen Steuereinnahmen (einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) am Brutto-Inlandsprodukt — unter Berücksichtigung der 1978 erfolgten Umstellung von Kinderabsetzbeträgen auf Transferzahlungen und ab 1988 einschließlich der für die Wohnbauförderung zweckgebundenen Steuermitteln — ist von rund 17,5% im Jahre 1970 lediglich auf rund 20,2% im Jahre 1993 gestiegen, während die Steuerquote insgesamt in diesem Zeitraum von 35,6 auf 43,0% zunahm.

<sup>11)</sup> Inklusive Rücklagenzuführungen.

<sup>11a)</sup> Ohne Kassenstärkungsmaßnahmen.



## Der öffentliche Sektor im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

333

## Übersicht 3

	Steuern und steuerähnliche Einnahmen <sup>13)</sup>									
	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993 <sup>1)</sup>	1994 <sup>1)</sup>	1995
	Milliarden Schilling									
Bund .....	404,7	413,1	431,6	446,0	485,3	530,2	576,8	594,6	598,0	632,5
Länder .....	1,6	1,7	1,7	1,8	2,0	2,0	2,2	2,2	2,5	2,7
Gemeinden <sup>12)</sup> .....	19,5	20,4	21,6	23,5	25,4	26,7	29,0	30,1	40,0	44,0
Kammern .....	8,4	8,9	9,2	9,8	10,1	10,5	12,1	12,5	13,2	13,5
Sozialversicherungsträger .....	167,1	173,7	181,7	193,2	208,5	225,7	248,5	265,1	281,6	297,2
Fonds .....	4,7	5,5	6,6	5,9	5,1	4,8	5,2	5,4	5,7	0,5
Summe .....	606,0	623,2	652,5	680,2	736,4	799,9	873,7	909,9	941,0	990,4
Brutto-Inlandsprodukt .....	1 422,5	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 928,3	2 046,1	2 117,8	2 243,0	2 372,9
Summe in % des Brutto-Inlandsprodukts .....	42,6	42,1	41,6	40,7	40,9	41,5	42,7	43,0	42,0	41,7

Quelle: ÖSTAT (bis 1993); BMF; WIFO (Dezember-Prognose 1994)

In diesem Zusammenhang ist noch eine zweite Kennziffer der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erwähnen, nämlich das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der gesamten Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zur prozentuellen Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts. Die Übersicht 4 gibt darüber Aufschluß (Aufkommenselastizität).

## Übersicht 4

	Veränderung gegenüber Vorjahr				Aufkommenselastizität
	der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen <sup>13)</sup>		des Brutto-Inlandsprodukts		
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	
1986 .....	25,5	4,4	74,1	5,5	0,80
1987 .....	17,2	2,8	58,9	4,1	0,69
1988 .....	29,3	4,7	85,2	5,8	0,82
1989 .....	27,7	4,2	106,5	6,8	0,62
1990 .....	56,2	8,3	128,4	7,7	1,08
1991 .....	63,5	8,6	127,0	7,1	1,22
1992 .....	73,8	9,2	117,8	6,1	1,51
1993 .....	36,2	4,1	71,7	3,5	1,18
1994 .....	32,7	3,6	125,2	5,9	0,61
1995 .....	49,4	5,2	129,9	5,8	0,90

C. Der Staat im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung <sup>14)</sup>

Der Staat ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und andererseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet.

Nachstehend werden einige Gebarungsgrößen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit zugehörigen Daten der gesamten öffentlichen Haushalte und des Bundessektors <sup>15)</sup> zur Darstellung gebracht. **Hiebei wurden in bezug auf die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen**

<sup>12)</sup> Inklusive Wien.<sup>13)</sup> Inklusive Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sozialversicherungsbeiträge; auf Forderungsbasis (Kasseneinnahmen zuzüglich Erstattungen und Veränderungen der Forderungen); Zuordnung nach der Einhebung.<sup>14)</sup> Siehe hiezu die Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1992“, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien 1993.<sup>14a)</sup> Einschließlich öffentlicher Einkommen.<sup>15)</sup> Bund inklusive Akademie der Wissenschaften, Österreichische Hochschülerschaft und Bundesfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit.

**Verwaltungszweige des Bundes (Bundesbetriebe) nur deren Netto-Ergebnisse (laut Geldrechnung) berücksichtigt** und entsprechend einem besonderen Kontenkonzept für die öffentlichen Betriebe in bestimmter Weise auf (positive oder negative) Einkommen aus Besitz und Unternehmung, indirekte Steuern (Monopole) bzw. Subventionen (strukturelle Defizitbetriebe) sowie Kapitaltransfers aufgeteilt.

### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden jährlich die hauptsächlichsten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Vorgänge in systematischer Form erfaßt und ausgewiesen. Die Reihen der VGR werden in Österreich, wie in anderen Ländern auch, von Zeit zu Zeit gründlichen Revisionen unterzogen, um weiterentwickelte Verbuchungskonzepte in die Rechnung einzuführen, wie sie von den maßgeblichen internationalen Stellen ausgearbeitet werden. Das von den UN im Jahre 1968 herausgegebene „System of National Accounts“ SNA <sup>16)</sup> gibt einen integrierten Rahmen für die VGR einschließlich Input-Output-, Geldstrom- und Vermögensrechnung, und bedeutet eine Weiterentwicklung des früheren Systems in Richtung geschlossener **Brutto-Erfassung** aller Transaktionen und stärkerer **Differenzierung** der Güterkonten einerseits und der institutionellen Konten andererseits.

Die Ergebnisse einer auf das SNA 68 umgestellten VGR für Österreich wurden erstmals 1979 <sup>17)</sup> und in der Folge jährlich publiziert. Die jüngsten Ergebnisse wurden Ende 1994 veröffentlicht <sup>14)</sup>. Nach einer 1984 erfolgten Rückrechnung ist nunmehr ein VGR-Datenset aus einem Guß für den gesamten Zeitraum **1954—1993** verfügbar.

1993 wurde ein grundlegend revidiertes SNA von den UN beschlossen (SNA 93). Die Revision des Europäischen Systems der VGR (ESVG) ist i. W. 1994 abgeschlossen worden. In der Folge wird auch die österreichische VGR zu adaptieren sein. Durch die Berücksichtigung von neuem statistischen Material ergeben sich auch jährlich geringfügige Änderungen, vor allem in den jüngsten Jahren.

### Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen (Hauptaggregate) über das Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode (**Brutto-Inlandsprodukt**), über die Summe der erzielten Einkommen (**Volkseinkommen**) und die Gesamtheit der zur Verwendung gelangenden Waren und Dienstleistungen (**Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**). Zwischen diesen Hauptaggregaten bestehen folgende Zusammenhänge (siehe auch Übersicht 5):

- Volkseinkommen
+ Faktoreinkommen an das Ausland
- Faktoreinkommen aus dem Ausland
+ Abschreibungen
+ Indirekte Steuern
- Subventionen
<hr/>
Brutto-Inlandsprodukt
+ Importe
- Exporte
<hr/>
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

In den Hauptaggregaten ist der Staat mit seinem Beitrag zum BIP, der öffentlichen Lohnsumme (Volkseinkommen) bzw. dem öffentlichen Konsum und den öffentlichen Brutto-Investitionen enthalten (Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen).

Im Rahmen der Ausführungen über den Bundeshaushalt ist von besonderem Interesse, welcher Anteil des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens vom Staat und im speziellen vom Bundessektor „für sich selbst“ verwendet wird. Zum Bundessektor zählt nicht nur der um die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Betriebsverwaltungen (im wesentlichen die Bundesbetriebe) verminderte Bundeshaushalt, sondern auch die Gebarungen der von Bundesbehörden verwalteten oder beaufsichtigten öffentlichen Fonds <sup>8)</sup> sowie die Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft. Ein Teil der Einnahmen dieser Fonds wird als öffentliche Abgaben von Bundesbehörden eingehoben und im Wege des Bundeshaushaltes an die Fonds überwiesen.

<sup>16)</sup> A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F No. 2, Rev. 3, UN, New York 1968.

<sup>17)</sup> „Österreichs Volkseinkommen 1964—1977, Neuberechnung“, Heft 525 der Beiträge zur österreichischen Statistik, Wien 1979.

**Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**

335

**Übersicht 5**

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Milliarden Schilling									
Löhne und Gehälter .....	761,3	792,7	821,9	874,5	940,1	1 020,8	1 095,7	1 142,4	1 188,1	1 248,7
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (zinsenbereinigt) <sup>14 a)</sup> .....	285,1	294,1	326,9	352,1	389,5	403,5	423,5	421,2	458,2	497,6
Volkseinkommen .....	1 046,3	1 086,8	1 148,8	1 226,6	1 329,6	1 424,3	1 519,2	1 563,6	1 646,3	1 746,3
± Faktoreinkommen an das/aus dem Ausland .....	+ 12,0	+ 12,9	+ 13,7	+ 14,4	+ 13,2	+ 19,5	+ 9,7	+ 9,1	+ 9,8	+ 8,9
+ Abschreibungen .....	176,2	183,9	194,1	205,6	218,5	235,2	252,6	270,1	290,3	313,5
+ Indirekte Steuern (netto) ..	188,0	197,8	209,8	226,3	240,0	249,3	264,7	275,0	296,6	304,2
Brutto-Inlandsprodukt .....	1 422,5	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 928,3	2 046,1	2 117,8	2 243,0	2 372,9
+ Außenbeitrag .....	-13,2	-7,2	-8,9	-14,9	-22,4	-17,4	-26,6	-24,0	-11,9	-19,5
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen .....	1 409,3	1 474,2	1 557,5	1 658,0	1 778,9	1 910,9	2 019,5	2 093,9	2 231,1	2 353,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1993); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Dezember-Prognose 1994)

Aufgrund der nachfolgenden Übersicht 6 werden 1995 vom Bundessektor selbst nur rund 6,5% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens für Konsumausgaben, d. s. laufende Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen, verbraucht und für rund 0,7% Vermögenswerte geschaffen. Für den gesamten Staat betragen die analogen Prozentsätze rund 19,0% bzw. rund 2,9%.

**Übersicht 6**

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Milliarden Schilling									
<b>Verwendung durch:</b>										
Öffentlicher Konsum .....	101,2	102,0	104,3	109,0	113,7	122,8	130,1	138,9	147,0	152,4
Brutto-Anlageinvestitionen .....	17,7	14,9	14,8	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	16,0	16,2
Bundessektor (Summe) ...	118,9	116,9	119,1	124,0	130,1	139,5	145,9	154,6	163,0	168,6
Öffentlicher Konsum .....	169,5	178,4	184,0	193,9	206,2	226,8	247,0	266,7	282,9	294,7
Brutto-Anlageinvestitionen .....	34,4	35,9	35,9	40,2	40,9	46,4	51,5	50,2	50,0	52,8
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe) ...	203,8	214,3	219,9	234,1	247,1	273,1	298,5	317,0	332,9	347,5
Privater Konsum .....	804,4	837,8	880,5	935,3	999,2	1 064,0	1 127,1	1 168,3	1 231,0	1 290,8
Brutto-Anlageinvestitionen .....	271,9	291,4	320,5	350,5	385,1	425,3	443,8	445,4	483,6	521,6
Privater Sektor (Summe) ...	1 076,3	1 129,2	1 201,0	1 285,8	1 384,3	1 489,3	1 570,9	1 613,7	1 714,6	1 812,4
Lagerbewegung und statistische Differenz .....	10,3	13,8	17,5	14,1	17,5	8,1	4,3	8,7	20,7	25,0
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen .....	1 409,3	1 474,2	1 557,5	1 658,0	1 778,9	1 910,9	2 019,5	2 093,9	2 231,1	2 353,4

Quelle: ÖSTAT (bis 1993); WIFO; BMF

## Übersicht 6 a

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Milliarden Schilling									
<b>Verwendung durch:</b>										
Öffentlicher Konsum .....	7,2	6,9	6,7	6,6	6,4	6,4	6,4	6,6	6,6	6,5
Brutto-Anlageinvestitionen .....	1,3	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7	0,7
Bundessektor (Summe) ...	8,4	7,9	7,7	7,5	7,3	7,3	7,2	7,3	7,3	7,2
Öffentlicher Konsum .....	12,0	12,1	11,7	11,7	11,6	11,9	12,2	12,7	12,7	12,5
Brutto-Anlageinvestitionen .....	2,4	2,4	2,3	2,4	2,3	2,4	2,5	2,4	2,2	2,2
Übrige öffentliche Rechtsträger (Summe) ...	14,5	14,5	14,1	14,1	14,0	14,3	14,7	15,1	14,9	14,7
Privater Konsum .....	57,1	56,8	56,5	56,4	56,2	55,7	55,8	55,8	55,2	54,8
Brutto-Anlageinvestitionen .....	19,3	19,8	20,6	21,1	21,6	22,3	22,0	21,3	21,7	22,2
Privater Sektor (Summe) ...	76,4	76,6	77,1	77,5	77,8	77,9	77,9	77,1	76,9	77,0
Lagerbewegung und statistische Differenz .....	0,7	0,9	1,1	0,9	0,9	0,4	0,2	0,4	0,9	1,1
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen .....	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

## Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Die von den Trägern des öffentlichen Rechtes in Österreich bzw. vom Bundessektor<sup>15)</sup> den privaten Haushalten und Betrieben im Wege der Besteuerung entzogenen Mittel sowie die wenigen sonstigen laufenden Einnahmen erreichen das in der Übersicht 7 ausgewiesene Ausmaß.

Die in der Übersicht 7 aufgezeigten laufenden Einnahmen werden 1995 von den Trägern des öffentlichen Rechtes im Ausmaß von knapp 40% für öffentliche Konsumausgaben verbraucht. Die restlichen Einnahmen, vermindert um die Zinsen für die Staatsschuld, werden neu verteilt, und zwar im wesentlichen durch Zuführung von Einkommen an private Haushalte sowie durch die Förderung der Wirtschaft mittels Subventionen und Darlehen.

## Einkommenskonto der öffentlichen Haushalte

## Übersicht 7

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Milliarden Schilling									
<b>Laufende Einnahmen:</b>										
Einkommen aus Besitz und Unternehmung .....	25,9	29,4	30,7	33,3	38,1	40,8	45,7	42,8	46,0	49,5
davon Bundessektor .....	18,8	22,4	23,1	24,9	27,6	29,1	33,6	30,6	33,5	37,1
Versicherungsleistungen ...	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
davon Bundessektor .....	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Indirekte Steuern .....	234,0	245,2	254,9	271,4	287,9	305,8	325,8	338,6	364,2	379,5
davon Bundessektor .....	164,0	173,1	178,8	190,1	201,2	213,2	229,0	236,1	250,4	266,9

## Einkommenskonto

337

## Übersicht 7 (Fortsetzung)

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Milliarden Schilling									
Direkte Steuern der privaten Haushalte . . . . .	177,3	177,2	186,4	178,8	201,0	224,3	246,9	254,9	258,4	274,0
davon Bundessektor <sup>18)</sup> . . . . .	107,6	105,1	129,9	123,6	138,9	153,0	167,1	169,9	181,6	192,3
Direkte Steuern der Kapitalgesellschaften . . . . .	26,5	26,2	28,1	35,7	37,9	42,8	50,8	50,0	35,5	37,7
davon Bundessektor . . . . .	20,4	19,9	21,0	26,4	27,5	31,1	38,0	36,8	26,7	32,6
Gebühren und Strafen der privaten Haushalte . . . . .	3,9	3,9	4,1	4,4	4,9	5,1	5,1	5,4	5,6	6,0
davon Bundessektor . . . . .	2,8	2,8	2,9	3,1	3,4	3,4	3,3	3,5	3,6	3,8
Sozialversicherungsbeiträge <sup>19)</sup> . . . . .	176,0	183,3	191,8	204,3	220,6	238,9	262,3	279,8	298,8	315,5
davon Bundessektor . . . . .	5,1	5,6	5,8	6,4	7,0	7,5	7,9	8,3	10,3	12,0
Imputierte Pensionsbeiträge . . . . .	37,6	39,6	41,1	43,4	46,0	49,8	53,2	56,3	58,8	60,5
davon Bundessektor . . . . .	19,4	20,4	21,0	22,1	23,5	25,5	27,2	28,9	30,1	31,2
Laufende Transfers von Trägern öffentlichen Rechts . . . . .										
davon Bundessektor . . . . .	5,1	5,0	6,2	7,7	7,8	9,7	12,4	11,7	14,0	14,3
Laufende Transfers vom Ausland . . . . .	0,7	0,7	0,6	0,6	0,7	0,9	0,7	0,7	0,8	9,2
davon Bundessektor . . . . .	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,4	0,2	0,2	0,3	8,7
Laufende Einnahmen (Summe) . . . . .	682,1	705,7	738,0	772,3	837,5	908,8	991,0	1 029,0	1 068,5	1 132,3
davon Bundessektor . . . . .	343,8	354,8	389,2	404,7	437,2	473,1	519,0	526,2	550,8	599,2
Laufende Ausgaben:										
Öffentlicher Konsum . . . . .	270,7	280,4	288,4	302,9	319,9	349,6	377,1	405,6	426,8	447,1
davon Bundessektor . . . . .	101,2	102,0	104,3	109,0	113,7	122,8	130,1	138,9	147,0	152,4
Zinsen für die Staatsschuld . . . . .	51,9	58,4	61,8	66,4	73,1	82,1	87,9	93,0	93,7	103,3
davon Bundessektor . . . . .	42,7	49,4	53,1	58,0	64,3	73,1	78,7	84,0	84,6	92,3
Versicherungsprämien, netto . . . . .	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
davon Bundessektor . . . . .	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Subventionen . . . . .	46,0	47,4	45,1	45,1	47,9	56,4	61,2	63,5	64,0	69,0
davon Bundessektor . . . . .	36,4	37,5	34,7	34,1	35,2	42,9	44,6	49,4	48,8	45,5
Sozialversicherungsbeiträge . . . . .	151,1	161,5	167,8	176,4	188,7	199,9	212,3	227,9	245,0	255,0
Pensionen der Hoheitsverwaltung . . . . .	59,9	63,4	66,0	70,1	74,5	80,8	86,0	91,7	96,6	102,0
davon Bundessektor . . . . .	36,3	38,4	39,9	42,4	45,0	48,9	52,0	55,7	58,9	61,8
Sonstige Sozialtransfers . . . . .	80,4	87,0	85,2	86,4	94,1	103,7	117,3	133,2	137,6	135,3
davon Bundessektor . . . . .	62,1	67,4	64,8	64,3	70,3	77,5	86,9	99,6	103,6	99,8
Laufende Transfers an Träger öffentlichen Rechts . . . . .										
Bundessektor . . . . .	87,6	96,3	105,5	105,5	111,0	121,4	125,4	140,0	152,2	169,6
Laufende Transfers an das Ausland . . . . .	3,8	3,9	4,3	4,7	5,5	6,5	8,0	9,1	9,3	36,8
davon Bundessektor . . . . .	1,0	1,0	1,1	1,2	1,6	2,0	2,1	2,7	3,5	30,3
Laufende Ausgaben (Summe) . . . . .	664,1	702,2	718,8	752,4	804,0	879,5	950,1	1 024,5	1 073,4	1 148,9
davon Bundessektor . . . . .	367,5	392,1	403,7	414,7	441,4	488,9	520,1	570,5	598,9	652,0

Quelle: ÖSTAT (bis 1993); BMF

<sup>18)</sup> Bis 1987 werden die Einnahmen um die Leistungen des Bundes an die Länder für Zwecke der Wohnbauförderung vermindert dargestellt. Ab 1988 werden diese Leistungen als zweckgebundene Zuschüsse (Kapitaltransfers) veranschlagt.

<sup>19)</sup> Einschließlich Pensionsbeiträge der Beamten der Hoheitsverwaltung und der Betriebe.

Die laufenden Einnahmen des Bundessektors werden folgendermaßen verwendet: Mit jeweils etwas mehr als einem Viertel für Konsumausgaben und Transfers an öffentliche Rechtsträger, der Rest für Zinsen und im Wege der Neuverteilung für Transfers an private Haushalte und die Wirtschaft (einschließlich Investitionsförderung).

Abschließend kann gesagt werden, daß die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Ländern nicht als außerordentlich hoch zu bezeichnen sind. Die hohe Steuerbelastung des österreichischen Inlandsproduktes erklärt sich vor allem daraus, daß die Transferzahlungen („Umverteilung“) eine besonders große Rolle spielen.

### Öffentliches Sparen und Öffentliche Vermögensrechnung

Zur Gewinnung eines Überblickes über die Vermögensveränderungen der öffentlichen Rechtsträger werden die entsprechenden Gebarungen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf einem Vermögensveränderungskonto zusammengefaßt. Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die die Zusammensetzung oder direkt die Höhe des öffentlichen Vermögens beeinflussen: Im wesentlichen handelt es sich um Vermögensumschichtungen innerhalb eines öffentlichen Rechtsträgers oder um Vermögensübertragungen zwischen öffentlichen Rechtsträgern bzw. zwischen dem Staat und privaten Sektor.

In der Übersicht 8 wird der Saldo aus den laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte bzw. des Bundessektors abzüglich deren laufenden Ausgaben (Konsumausgaben und laufende Transferzahlungen) als „Öffentliches Sparen“ ausgewiesen. Durch dieses Nichtverbrauchen von laufenden Einnahmen für laufende Ausgaben tritt ein Vermögenszuwachs bei der öffentlichen Hand ein. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung der gesamten Vermögensausgaben und -einnahmen enthält die nachstehende Übersicht 8:

### Vermögensveränderungskonto der öffentlichen Haushalte

Übersicht 8

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Milliarden Schilling									
Sparen .....	18,0	3,5	19,2	19,9	33,5	29,3	40,9	4,4	-4,9	-16,6
davon Bundessektor .....	-23,8	-37,3	-14,5	-10,0	-4,2	-15,8	-1,1	-44,3	-48,1	-52,8
Abschreibungen .....	11,3	11,6	11,8	12,2	12,8	13,5	13,8	14,5	15,3	16,0
davon Bundessektor .....	2,6	2,6	2,7	2,8	2,9	3,1	3,1	3,3	3,4	3,7
Kapitaltransfer, netto vom Inland .....	-27,5	-26,8	-27,3	-23,0	-26,9	-26,2	-28,7	-36,8	-33,5	-37,0
davon Bundessektor .....	-18,8	-17,9	-18,1	-13,3	-14,7	-11,8	-13,0	-15,9	-12,7	-12,0
Kapitaltransfer, netto von Trägern öffentlichen Rechts .....										
Bundessektor <sup>18)</sup> .....	-5,9	-5,6	-21,3	-21,8	-23,3	-26,3	-28,3	-29,8	-30,5	-32,7
Kapitaltransfer, netto vom Ausland .....	-0,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,1	-0,3	-0,2	-0,4	-0,3	-0,3
davon Bundessektor .....	-0,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,1	-0,2	-0,2	-0,4	-0,3	-0,3
Finanzierung der Bruttovermögensbildung .....	1,7	-11,8	3,6	9,0	19,3	16,4	25,7	-18,3	-23,4	-37,9
davon Bundessektor .....	-45,9	-58,2	-51,2	-42,4	-39,4	-51,1	-39,5	-87,1	-88,2	-94,1
Brutto-Anlageinvestitionen .....	52,1	50,7	50,7	55,2	57,3	63,0	67,3	65,9	66,0	69,0
davon Bundessektor .....	17,7	14,9	14,8	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	16,0	16,2
Erwerb von Liegenschaften, netto .....	2,2	0,7	0,6	0,6	0,7	0,5	-0,0	3,1	0,6	1,0
davon Bundessektor .....	0,8	0,6	0,4	0,4	-0,4	0,1	-0,7	0,1	0,3	0,3
Netto Kreditgewährung/ Verschuldung (= öffentliches Defizit) .....	-52,5	-63,2	-47,7	-46,8	-38,7	-47,2	-41,6	-87,4	-90,0	-107,9
davon Bundessektor .....	-64,4	-73,6	-66,4	-57,8	-55,4	-67,9	-54,7	-102,9	-104,5	-110,6
Bruttoinlandsprodukt .....	1 422,5	1 481,4	1 566,4	1 672,9	1 801,3	1 928,3	2 046,1	2 117,8	2 243,0	2 372,9
Öffentliches Defizit in % des BIP .....	3,7	4,3	3,0	2,8	2,2	2,4	2,0	4,1	4,0	4,5

Quelle: ÖSTAT (bis 1993); BMF

**Brutto-Anlageinvestitionen — Öffentliches Sparen**

339

**Brutto-Anlageinvestitionen**

Die Brutto-Anlageinvestitionen stellen nicht nur einen bedeutenden Faktor auf der Ausgabenseite der Öffentlichen Vermögensrechnung, sondern auch den wesentlichsten Teil der Brutto-Vermögensbildung der Volkswirtschaft dar. Ihre Höhe beträgt:

**Übersicht 9**

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	Milliarden Schilling									
Brutto-Anlageinvestitionen des Staates .....	52,1	50,7	50,7	55,2	57,3	63,0	67,3	65,9	66,0	69,0
privaten Sektors .....	271,9	291,4	320,5	350,5	385,1	425,3	443,8	445,4	483,6	521,6
Zusammen ...	324,0	342,1	371,2	405,7	442,4	488,4	511,1	511,3	549,6	590,6
Davon Bundessektor .....	17,7	14,9	14,8	15,0	16,4	16,7	15,8	15,7	16,0	16,2

Quelle: ÖSTAT (bis 1993); BMF; WIFO

**Öffentliches Sparen**

Finanziert werden die Brutto-Anlageinvestitionen aus dem im vorhergehenden Absatz erwähnten „Öffentlichen Sparen“, dem analogen „Privaten Sparen“, aus den unverteilteten Gewinnen der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierung), aus Abschreibungen und aus Netto-Vermögensübertragungen aus dem Ausland.

Die öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse betragen:

**Übersicht 10**

	1986		1987		1988		1989	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen .....	18,0	11,1	3,5	2,1	19,2	10,1	19,9	9,2
Sparen der privaten Haushalte .....	98,1	60,8	118,6	70,0	115,6	60,0	136,9	62,6
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung) .....	45,8	28,1	47,3	28,0	56,4	29,9	59,6	28,2
Zusammen ...	161,8	100,0	169,3	100,0	190,6	100,0	216,4	100,0
Hievon Bundessektor .....	-23,8		-37,3		-14,5		-10,0	

	1990		1991		1992		1993	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen .....	33,5	13,2	29,3	11,4	40,9	16,5	4,4	1,8
Sparen der privaten Haushalte .....	160,2	62,3	172,4	64,0	161,4	60,1	155,3	64,9
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung) .....	60,8	24,5	61,2	24,6	58,8	23,4	79,7	33,3
Zusammen ...	254,6	100,0	262,9	100,0	261,1	100,0	239,4	100,0
Hievon Bundessektor .....	-4,2		-15,8		-1,1		-44,3	

Quelle: ÖSTAT

**Öffentliche Verschuldung <sup>20)</sup>**

Im Zusammenhang mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion werden für die Beurteilung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte zwei Kennzahlen berechnet:

- a) öffentliches Defizit, in % des BIP,
- b) öffentliche Verschuldung, in % des BIP.

Der 1. Indikator ist in Übersicht 8 enthalten, der 2. Indikator ist in Übersicht 11 abgeleitet. 1993 wurden in Österreich erstmals beide im „Maastrichter Vertrag“ festgelegten Grenzwerte überschritten (3% für das öffentliche Defizit bzw. 60% für die öffentliche Verschuldung).

**Übersicht 11**

	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Milliarden Schilling								
<b>Bund</b>									
Finanzschulden lt. Bundesrechnungsabschluß	616,9	700,1	749,2	796,2	853,6	932,0	988,0	1 104,6	
minus Darlehen öffentlicher Rechtsträger . . . .	-0,4	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	
plus Schulden/minus Förderungen aus Währungstauschverträgen . . . . .	—	-2,5	-2,5	+4,0	+8,1	+5,8	+4,0	+4,4	
<b>Verschuldung lt. Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen . . . . .</b>	<b>616,5</b>	<b>697,3</b>	<b>746,5</b>	<b>800,1</b>	<b>861,6</b>	<b>937,7</b>	<b>991,9</b>	<b>1 109,0</b>	<b>1 214,5</b>
ASFINAG <sup>21)</sup> . . . . .	46,1	49,9	54,7	59,8	65,5	70,5	74,3	80,1	79,6
Bundesfonds <sup>22)</sup> . . . . .	7,5	8,9	13,5	13,3	13,1	13,7	17,1	25,0	23,5
Länder ohne Wien . . . . .	42,4	43,3	43,0	40,4	39,5	38,8	39,5	40,0	42,0
Gemeinden ohne Wien . . . . .	44,7	45,3	45,1	44,9	44,2	45,2	47,7	49,0	50,0
Wien . . . . .	24,6	26,0	30,2	27,5	28,1	27,4	24,5	26,9	35,4
<b>Öffentliche Verschuldung, insgesamt . . . . .</b>	<b>781,7</b>	<b>870,7</b>	<b>933,0</b>	<b>985,7</b>	<b>1 052,0</b>	<b>1 133,4</b>	<b>1 195,1</b>	<b>1 330,0</b>	<b>1 445,0</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt . . . . .</b>	<b>1 422,5</b>	<b>1 481,4</b>	<b>1 566,4</b>	<b>1 672,9</b>	<b>1 801,3</b>	<b>1 928,3</b>	<b>2 046,1</b>	<b>2 117,8</b>	<b>2 243,0</b>
<b>Öffentliche Verschuldung, in % des Bruttoinlandsproduktes . . . . .</b>	<b>55,0</b>	<b>58,8</b>	<b>59,6</b>	<b>58,9</b>	<b>58,4</b>	<b>58,8</b>	<b>58,4</b>	<b>62,8</b>	<b>64,5</b>

<sup>20)</sup> Nach den Konzepten der VGR, ohne Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Rechtsträgern.

<sup>21)</sup> Einschließlich Verschuldung der Straßenbausondergesellschaften.

<sup>22)</sup> Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds.



### III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre

#### Gebahrung 1945 bis 1994

Für die Jahre 1945 bis 1993 liegen die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses vor, während den Ausführungen über das Jahr 1994 die Daten des vorläufigen Gebarungserfolges zugrunde gelegt sind.

Zu den Gebarungen der einzelnen Verwaltungsjahre ist zusammenfassend zu bemerken:

#### 1945—1952

Im Jahre 1945 war ein Voranschlag nicht aufgestellt worden. Der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1945 umfaßt nur die Gebarung ab Beginn der österreichischen Kassentätigkeit im April/Mai 1945, somit nur rund acht Monate. Für das Jahr 1946 stand als Grundlage für die Haushaltsverwaltung des Bundes erstmalig seit dem Jahr 1938 wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Die Ausweitung des Rahmens der Bundeshaushalte in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der Währung und des Bundeshaushaltes in den Jahren 1952/53 hat im wesentlichen seine Ursache in den Auswirkungen der in diesem Zeitraum durchgeführten fünf allgemeinen Preis- und Lohnübereinkommen, die eine Senkung der inländischen Kaufkraft der österreichischen Schillingwährung zur Folge hatten. Nähere Einzelheiten darüber können in den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre (letztmalig in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1954 auf Seite 5 bis 11) nachgelesen werden.

#### 1953—1957

In den Jahren 1953 bis 1957 ist die weitere Erhöhung des Budgetvolumens bedingt durch Mehraufwendungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und gesetzlichen Maßnahmen (Wiederaufnahme des Vorkriegsschuldendienstes, Durchführung des Staatsvertrages und Aufbau der Landesverteidigung, Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten, Ausweitung des Familienlastenausgleiches und der Sozialversicherung), durch die Erhöhung des Kulturbudgets und durch finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung. Trotz dieser Budgetausweitung schloß die Bundesrechnung in den Jahren 1953 und 1954 in der Gesamtgebarung, in den Jahren 1955 bis 1957 in der ordentlichen Gebarung mit einem Überschuß ab.

Diese günstige Entwicklung begann im Jahre 1953 nach der durchgeführten Budgetsanierung und Währungsstabilisierung. Die Zunahme der Haushaltseinnahmen und die damit Hand in Hand erfolgte Ausweitung des Budgetvolumens hielt sich im Rahmen der Steigerung des Brutto-Nationalproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1953 bis 1957 können den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre entnommen werden. Zusammenfassende Berichte enthalten die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1957 auf Seite 8 bis 11 (Gebarung 1953 bis Voranschlag 1956) und die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1959 auf Seite 17 bis 20 (Erfolg 1956 und Gebarung 1957).

#### 1958—1966

In diesem Zeitraum stehen in der österreichischen Budgetpolitik die konjunktur- und währungspolitischen Überlegungen im Vordergrund.

In der ersten Phase mußten zur Abwehr des Übergreifens der 1958 eingetretenen internationalen Konjunkturabschwächung auf Österreich wirtschaftsbelebende Maßnahmen getroffen werden. Im wesentlichen waren es höhere Investitionsmittel, die im Wege von Kreditoperationen beschafft worden waren.

Mit der zweiten Phase setzten Bemühungen ein, eine Entspannung der nach der Konjunkturabschwächung eingetretenen überhitzten konjunkturellen Lage herbeizuführen. Die bei der Budgeterstellung 1962 angestrebte Währungsneutralität des Budgets wurde erreicht.

Mit dem Bundesvoranschlag 1963 begann eine dritte Phase, in der im Interesse einer Steigerung des Volkseinkommens und zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Investitionen begünstigt wurden. Die Schwierigkeiten einer verlässlichen Konjunkturprognose und die praktisch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Anpassung der Staatsausgaben an die Konjunktur waren in dieser Phase ausschlaggebend dafür, daß die Bundeshaushalte konjunkturpolitisch bereits bei der Erstellung nicht überfordert wurden. Das durch das Budget bewirkte inlandswirksame Defizit konnte von 2,6 Milliarden

Schilling im Jahre 1963 auf 0,5 Milliarden Schilling im Jahre 1965 und 0,9 Milliarden Schilling im Jahre 1966 verringert werden.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1958 bis 1966 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1959	20—22	Voranschlag 1958/59
1961	21—23	Erfolg 1958/59
		Voranschlag 1960
1962	23—25	Erfolg 1960
		Voranschlag 1961
1963	22—24	Erfolg 1961
		Voranschlag 1962
1964	22—24	Erfolg 1962
		Voranschlag 1963
1965	23—26	Erfolg 1963
		Voranschlag 1964
1966	26—29	Erfolg 1964
		Voranschlag 1965
1967	32—35	Erfolg 1965
		Voranschlag 1966
1968	36—39	Erfolg 1966

### 1967—1972

Der im Jahre 1967 in den meisten westlichen Industriestaaten eingetretene Konjunkturrückgang hat sich in Österreich noch 1968 ausgewirkt und beeinflusste auch das Staatsbudget. In den nachfolgenden konjunkturell überaus günstigen Jahren wurde von den Bundesfinanzen her ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierungspolitik geleistet und durch Ausgabenbindungen, Stilllegung von Mehreinnahmen, Rücklagenzuführungen und vorzeitige Finanzschuldenrückzahlungen der Konjunkturüberhitzung entgegengewirkt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zeigt die Tatsache, daß in diesem Zeitraum die Bruttoausgaben des Bundes um rund 48 vH, das Bruttonationalprodukt jedoch um 57 vH gestiegen ist.

Das Nettodefizit der Bundesgebarung (das ist Bruttodefizit abzüglich Finanzschuldenrückzahlungen) betrug 1968 5,5 Milliarden Schilling und verminderte sich in den Jahren 1969 bis 1972 von 2,2 auf 1,5 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit der Bundesgebarung (das ist der Ausgabenanteil, der die Nachfrage im Inland entscheidend beeinflusst) sank bereits 1969 auf 0,8 Milliarden Schilling (0,2 vH des Bruttonationalproduktes) und verwandelte sich in den Jahren 1971/1972 in einen inlandswirksamen Überschuß von rund 2 Milliarden Schilling (0,4 vH des Bruttonationalproduktes). Die Ausgaben des Bundes für Investitionszwecke erhöhten sich in der Zeit von 1968 bis 1972 von 16,2 auf 25,5 Milliarden Schilling und betragen jeweils ein Vielfaches des Gebarungsdefizites. Weiters erhöhten sich in den Jahren 1968 bis 1972 insbesondere auch die Ausgaben für Sozialleistungen sowie für Unterricht, Wissenschaft und Forschung.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1967 bis 1972 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1968	36—39	Voranschlag 1967
1969	38—41	Erfolg 1967
		Voranschlag 1968
1970	279—283	Erfolg 1968
		Voranschlag 1969
1971	268—271	Erfolg 1969
		Voranschlag 1970
1972	285—288	Erfolg 1970
		Voranschlag 1971
1973	287—290	Erfolg 1971
		Voranschlag 1972
1974	295—300	Erfolg 1972

**1973—1993**

Das **Haushaltsjahr 1973** war wesentlich durch tiefgreifende Reformen und einschneidende Veränderungen (EWG-Beitritt, Einführung der Mehrwertsteuer, Systemänderung bei der Einkommensteuer, neuer Finanzausgleich) beeinflusst. Das Budget 1973 wurde daher unter dem Gesichtspunkt einer flexiblen Budgetpolitik gestaltet. Das inlandswirksame Defizit verminderte sich von 5 auf 3 Milliarden Schilling. Die Finanzschulden erhöhten sich, wenn man von der zweckgebundenen Bereitstellung von Mitteln für die Sonderfinanzierung Vorratsentlastung (im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer) und Entwicklungshilfe absieht, nur um 1,9 Milliarden Schilling. Auslandsanleihen wurden im Jahre 1973 keine aufgenommen.

Für die kassamäßige Finanzierung des nominellen Bruttodefizites im Jahre 1973 von 12,8 Milliarden Schilling wurden im wesentlichen Erlöse aus Kreditoperationen herangezogen. Das Nettodefizit belief sich auf 7,1 Milliarden Schilling. Die Ausgaben für Investitionszwecke betragen rund 27,7 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des Budgetkonzepts für das **Jahr 1974** war einerseits bei anhaltender Hochkonjunktur dem eingeschlagenen stabilitätspolitischen Kurs Rechnung zu tragen, andererseits sollten im Falle von Abschwächungstendenzen zusätzliche Ausgabenpläne rasch realisiert werden können.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1974 10,9 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1974 (Darlehen für Entwicklungshilfeszwecke und Freigabe aus der Stabilisierungsquote) sowie durch sozialpolitische und konjunkturpolitische Maßnahmen auf 18,5 Milliarden Schilling. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 11,6 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit lag bei 5,8 Milliarden Schilling. Für Investitionszwecke sind 32,8 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt worden.

Die österreichische Bundesregierung hat im Sinne ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzung auch im **Jahre 1975** Budgetmittel im Rahmen einer gezielten und zweckmäßigen Konjunkturpolitik herangezogen. Durch rechtzeitig erstellte und durchgeführte Konjunkturprogramme konnten die Auswirkungen der weltweiten Rezession auf Österreich abgeschwächt werden.

Die konzentrierten Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1975 zu einer Erhöhung des Budgetabganges auf etwas mehr als 37 Milliarden Schilling.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1975 16,3 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1975 zur Freigabe aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag. Die weltweiten Rezessionserscheinungen im Jahre 1975 bedingten auch in Österreich eine Konjunkturlage, die die bereits erwähnten Mindereinnahmen und Mehrausgaben zur Folge hatte, sodaß sich das Bruttodefizit des Bundes auf 37,2 Milliarden Schilling erhöhte. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 29,7 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit betrug rund 26,1 Milliarden Schilling.

Bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1976** war die österreichische Bundesregierung davon ausgegangen, daß die österreichische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1976 von der internationalen Entwicklung keinen besonderen konjunkturstützenden Einfluß erwarten kann und daher zur Sicherung der Arbeitsplätze in erster Linie inländische nachfragebelebende Maßnahmen vorgesehen werden müssen, um einen nachhaltigen Aufschwung für die Zukunft herbeizuführen.

Zu Beginn des Jahres 1976 wurden daher 3 Milliarden Schilling aus der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlages freigegeben, mit welchem konjunkturpolitisch wichtige zusätzliche Aufträge an die österreichische Wirtschaft vergeben wurden. Zur Belebung der allgemeinen Investitionstätigkeit wurden die im Jahre 1976 vorgenommenen Investitionen von der (4%igen) Investitionssteuer befreit. Auch die Wiedereinsetzung der vorzeitigen Abschreibung in der Höhe von 50 vH für private Bauinvestitionen im Jahre 1976 diente der Kompensation des privaten Nachfrageausfalls, der durch den öffentlichen Sektor nicht zur Gänze wettgemacht werden konnte.

Weitere Maßnahmen wurden gesetzt durch die Anhebung der Bundesmineralölsteuer ab März 1976 und durch die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer ab 1. Oktober 1976.

Diese budgetären bzw. steuerlichen Maßnahmen wurden durch Verbesserung der Fremdfinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des ERP-Fonds und der Investitionskredit AG sowie durch eine Verbesserung der Exportförderung abgestützt.

Diese Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1976 zu einer Erhöhung des Budgetabganges von 36

auf 44 Milliarden Schilling. Der Erfolg dieser konsequenten Haushaltspolitik des Jahres 1976 ist ersichtlich aus einer realen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 5,2 vH, die bei der Budgeterstellung für das Jahr 1976 noch mit etwa 1,5 bis 2 vH prognostiziert worden war.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate, die im Jahresdurchschnitt 1976 nur 2,0 vH betrug, sank bis zum Jahresende auf 1,7 vH. Mit dieser Arbeitslosenrate war die Vollbeschäftigung praktisch gegeben.

Mit einer durchschnittlichen Preissteigerung von 7,3 vH, der eine Steigerungsrate im OECD-Bereich (insgesamt) von 8,6 vH und im OECD-Bereich (Europa) von 10,8 vH gegenüberstand, nahm Österreich auch in diesem Bereich im Jahre 1976 eine günstige Position ein.

Das Bruttodefizit betrug 1976 44 Milliarden Schilling. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1976 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen) in Abzug, verbleibt ein Nettowachstum der Finanzschuld von 33,4 Milliarden Schilling. Dem stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere verstaatlichte Banken und internationale Finanzinstitutionen) von 2 Milliarden Schilling, für Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21 Milliarden Schilling und für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 13 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Zielsetzungen bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1977**, das rezessionsbedingte hohe Ausmaß der Kreditfinanzierung des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren zukünftig zu vermindern, kann für 1977 als gelungen angesehen werden. Gegenüber den Annahmen bei der Voranschlagserstellung für das Jahr 1977 verminderten sich nach den ermittelten vorläufigen Erfolgsdaten das Bruttodefizit von 43,6 auf 41,9 Milliarden Schilling, das Nettodefizit von 31,4 auf 29,9 Milliarden Schilling und das inlandwirksame Defizit von 27,7 auf 23,1 Milliarden Schilling. Im Jahre 1976 betragen diese Daten noch 44,0, 33,3 und 26,5 Milliarden Schilling, lagen also durchwegs höher als 1977.

Als Gegenmaßnahme zu einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation hat die Bundesregierung im Herbst 1977 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in das Bundesbudget 1978 Eingang gefunden hat. Im Jänner des laufenden Jahres wurde es durch ein arbeitsplatzorientiertes Strukturprogramm ergänzt. Außerdem unterstützt diese Maßnahmen die einkommenspolitische Zurückhaltung der Sozialpartner. Auf Grund der getroffenen Maßnahmen soll das Wachstum des privaten Konsums etwas eingeschränkt, die Investitionstätigkeit hingegen gefördert werden.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 236,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 194,8 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 41,9 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1977 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettowachstum der Finanzschuld von 30,8 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,4 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21,4 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 15,3 Milliarden Schilling gegenüber.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1978** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH gerechnet. Mit 6,4 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum etwas unter diesem Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 266,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 214,9 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 51,2 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1978 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettowachstum der Finanzschuld von 35,4 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,2 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 24,5 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 17,2 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Bedeckung des Gebarungsabganges konnte im Rahmen der Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes (einschließlich Novelle) gefunden werden. Durch die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1978 war eine Freigabe aus dem Konjunkturausgleichsbudget nicht erforderlich. Die nominelle Wachstumsrate für 1978 betrug 6,4 vH. Demgegenüber erhöhten sich die Bundesausgaben von 1977 auf 1978 aufgrund der aufgezeigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten etwas mehr, und zwar um rund

**Bundesgebarung 1973 bis 1993**

345

12,5 vH, und die Einnahmen um 10,3 vH. Nach Ausscheiden der oben genannten saldoneutralen Gebarungen nur um 10,6 vH bzw. 7,8 vH.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1979** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 3 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 6,5 vH gerechnet. Mit 8,5 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum deutlich über diesem Wert, das tatsächliche reale Wachstum betrug 5 vH.

Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Jahres 1979 finden in der Budgetentwicklung nicht ihren vollen Niederschlag, da sich etwa die Exportsteigerungen erst mit Verzögerung auf das Steueraufkommen auswirken. Nachteilig auf den Budgetvollzug hat sich auch ausgewirkt, daß bei der Einkommensteuer die zur Veranlagung gekommenen Jahre geringere Gewinne als angenommen erbrachten. Ferner ergaben sich aus der zur Erhaltung des guten Investitionsklimas im Feber 1979 beschlossenen Sistierung der Selbstverbrauchsteuer Mindereinnahmen im Bereich der Umsatzsteuer.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 288,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 237,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 50,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,0 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 32,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 3,55 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1978 um rund 0,6 Prozentpunkte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1980** wurde von einer realen Wachstumsrate von 3 vH und einem nominellem Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 9 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich über diesem Wert, aber auch das tatsächliche reale Wachstum übertraf den Ausgangswert um einen halben Prozentpunkt.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 306,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 259,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 47,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 29,3 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,94 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1979 um rund 0,6 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 23,8 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Verringerung gegenüber dem BVA 1980 um rund 2,0 Milliarden Schilling und gegenüber dem Erfolg des Jahres 1979 um rund 2,6 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1980 sah bei Gesamtausgaben von 302,2 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 253,2 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,0 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 30,7 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Artikel VIII a BFG 1980 in Höhe von 500 Millionen Schilling hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,9 Milliarden Schilling. Die Verringerung des Abganges beruht hauptsächlich darauf, daß die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag mit 5,8 Milliarden Schilling höher ausfielen, während an Mehrausgaben nur 4,3 Milliarden Schilling erforderlich waren.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1981** wurde von einer realen Wachstumsrate von rund 1 vH und einem nominellen Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 5 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich unter diesem Wert, real dürfte eine Stagnation eingetreten sein.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 339,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 287,8 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 51,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 24,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 27,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,63 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1980 um rund 0,3 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 22 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem BVA 1981 um rund 1 Milliarde Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1981 sah bei Gesamtausgaben von 335,1 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 285,3 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,8 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 25 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Art. VIII a BFG 1981 in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling sowie der in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1981 erteilten Ermächtigung, Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 2,5 Milliarden Schilling durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um 4 Milliarden Schilling erhöht. Gegenüber dieser Annahme

verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2,1 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,5 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlages 1982** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2 vH und einem nominellen Zuwachs von 7½ vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 8 vH liegt das tatsächliche nominelle Wachstum geringfügig über diesem Wert, real betrug der Zuwachs 1,1 vH.

In der Jahresabrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 372,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 300,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 71,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 46,7 Milliarden Schilling. Der Netto-Abgang beträgt 4,08 vH des Bruttoinlandsproduktes. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 42,2 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1982 sah bei Gesamtausgaben von 368,3 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 309,1 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 59,2 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 31,6 Milliarden Schilling vor. Durch die in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1982 erteilten Ermächtigung, Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 14,5 Milliarden Schilling durch die Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich der Brutto-Abgang in der Jahresrechnung jedoch um 1 Milliarde Schilling, hingegen erhöhten sich der Netto-Abgang um 0,6 Milliarden Schilling. Die Erhöhung des Netto-Abganges beruht auf niederen Finanzschuldtilgungen infolge von Konversion und Aussetzen der Notenbanktilgung aufgrund einer gesetzlichen Regelung.

Der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlages 1983** wurde eine reale Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2,0 vH zugrunde gelegt, als nomineller Wert wurde 7,0 vH angenommen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag nur bei 5,4 vH, das reale Wachstum bei 1,5 vH.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 407,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 316,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,1 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,5 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 65,6 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 5,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1982 um rd. 1,5 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 53,5 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergeben sich Mehrausgaben von 7,7 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 9,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 16,8 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 17,2 Milliarden Schilling erhöhte.

Vergleicht man das Jahresergebnis 1983 mit der Prognose zum Zeitpunkt der Erstellung der Bundesfinanzgesetznovelle unter Berücksichtigung der Freigabe der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages, ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 8,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 0,8 Milliarden Schilling. Der Brutto-Abgang hat sich dabei um 7,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 7,2 Milliarden Schilling verbessert.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1984** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes, von 0,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 5,5 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag mit rd. 6 vH über diesem Wert. Real ergab sich mit 2,2 vH ein wesentlich höherer Wert als bei der Erstellung des BVA 1984 angenommen wurde.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 435,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 344,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 90,2 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 32,8 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 57,4 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1983 um rd. 0,9 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 40,2 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 ergeben sich Minderausgaben von 1,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 3,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 4,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 4,8 Milliarden Schilling verringerte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1985** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 3 vH, einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH und einer Arbeitslosenrate von 4,4 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum wird wegen des noch hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Preisauftriebes mit voraussichtlich 6 vH unter diesem Wert liegen. Real dürfte sich keine Veränderung gegenüber dem bei der Erstellung des BVA 1985

angenommenen Wert ergeben. Dennoch lag die Arbeitslosenrate mit 4,8 vH höher als der ursprünglich prognostizierte Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 464,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 372,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,8 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 31,7 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 60 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,39 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1984 um rd. 0,06 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 43,3 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 ergeben sich Mehrausgaben von 1,1 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen 3,7 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 2,6 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 0,5 Milliarden Schilling verringerte.

Das österreichische **Bundesbudget 1986** wurde unter den nachstehenden wirtschaftlichen Annahmen erstellt: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2,5%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 5,7%, Arbeitslosenrate 4,9% und Zunahme der Verbraucherpreise 3,0%. Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück. Das reale Brutto-Inlandsprodukt erreichte schließlich nur einen Wert von 1,7%, während die nominelle Wachstumsrate annähernd dem prognostizierten Wert entsprach. Die Arbeitslosenrate lag mit 5,2% über dem zugrunde gelegten Wert, während der Verbraucherpreisanstieg mit 1,7% unter dem Prognosewert blieb.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 498,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 391,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 106,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 33,6 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 73,1 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 5,1% des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1985 um rund 0,7 Prozentpunkte.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1986 ergeben sich Mehrausgaben von 3,0 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 2,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 0,2 Milliarden Schilling erhöhte. Der Netto-Abgang liegt um 4,7 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1986.

Bei der Erstellung des **Bundeshaushaltes 1987** wurde von nachstehenden Eckdaten ausgegangen: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 4,7%, Arbeitslosenrate 5,5%, Anstieg der Verbraucherpreise 2,3% und Leistungsbilanzabgang rund 3 Milliarden Schilling.

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung verlief träger als erwartet. Das reale Brutto-Inlandsprodukt hat einen Zuwachs von nur 1,3% erreicht. Zwei Faktoren sind für diese Wachstumsverflachung hauptverantwortlich: der niedrige Dollarkurs, der — zusammen mit dem Kaufkraftverlust der Entwicklungsländer — den Export erschwerte, und die hohe Sparneigung im Inland. Dadurch wurde der durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer bewirkte Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte nur teilweise nachfragewirksam. Nominell wuchs das Brutto-Inlandsprodukt um 3,8%.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 514,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 409,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 104,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 35,1 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 69,8 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1987 ergeben sich Mehrausgaben von 4,6 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 10,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 6,1 Milliarden Schilling verminderte. Der Netto-Abgang liegt um 4,8 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1987.

Der **Bundeshaushalt 1988** wurde in Erwartung folgender Eckdaten erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes von nominell 3,4 und real 1,5%, Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2%, Arbeitslosenrate 6,1% und einem Leistungsbilanzüberschuß von 3,8 Milliarden Schilling.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft, gemessen am Brutto-Inlandsprodukt, jedoch um real 4,2%, den höchsten Wert seit 1979. Getragen wurde dieses starke Wachstum sowohl von der günstigen internationalen Konjunktur als auch von einer lebhaften heimischen Konsum- und Investitionsnachfrage.

Trotz der kräftigen Konjunktur betrug der Anstieg der Verbraucherpreise nur 2%, teilweise aufgrund der dämpfenden Wirkung noch leicht fallender Energiepreise.

Die Beschäftigung nahm insgesamt zu. Da jedoch das Arbeitsangebot noch anstieg, reduzierte sich die Arbeitslosenrate gegenüber 1987 nur um 0,3 Prozentpunkte auf 5,3%. Damit konnte die Tendenz ansteigender Arbeitslosigkeit seit Anfang der achtziger Jahre gebrochen werden.

Obwohl die lebhafte Binnennachfrage zu einem höheren Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem vorläufigen Ergebnis von -6,4 Milliarden Schilling annähernd ausgeglichen.

Grundlage für die Erstellung des Bundesvoranschlags 1988 war erstmals das im Jahr 1986 beschlossene Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986. Nicht nur das BHG, sondern auch andere gesetzliche Regelungen haben eine wesentliche Änderung in der Veranschlagung und Gliederung des Bundeshaushaltes bewirkt, und zwar in folgenden Punkten:

- Einnahmen aus der Aufnahme und Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten (Ausgleichshaushalt),
- Leistungen des Bundes für Zwecke der Wohnbauförderung,
- Überweisungen des Katastrophenfonds an Organe des Bundes und
- Kostenersätze des Münzregals an das Hauptmünzamt.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 517,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 451,3 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,5 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 0,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 4,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 4,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1988 liegt. Er beträgt 4,2% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundeshaushalt 1989** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,8 vH (nominell) und 2,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,7 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,5 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 5,4 vH.

Tatsächlich wuchs die Wirtschaft — gemessen am Brutto-Inlandsprodukt — jedoch um real 4 vH. Dieses Wachstum wurde von allen Komponenten der Nachfrage getragen, insbesondere gingen von den Experten, dem privaten Konsum und den Investitionen bedeutende Impulse aus. Die Steuerreform verstärkte die positive Konjunktüreinschätzung von Konsumenten und Produzenten.

Trotz zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten im Zuge der weiteren Konjunkturbelebung blieb der Anstieg der Verbraucherpreise mit 2,5 vH sehr moderat.

Der mäßige Preis- und Kostendruck ist teilweise auf den hohen Zuwachs des Arbeitsangebotes zurückzuführen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten stieg um 1,8 vH, was den höchsten Zuwachs seit 1977 darstellt. Die Arbeitslosenrate sank auf 5,0 vH.

Obwohl die kräftige Binnennachfrage zu einem hohen Importwachstum führte, blieb die Leistungsbilanz mit einem Ergebnis von 2,2 Milliarden Schilling positiv.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 540,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 478,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1989 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 12,7 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 16,1 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1989 liegt. Er beträgt 3,7% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1990** wurde in Erwartung folgender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,9 vH (nominell) und 3,0 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,0 vH und Rückgang der Arbeitslosenrate auf 4,7 vH.

Statt der erwarteten „sanften Landung“ des Konjunkturaufschwunges erreichte das Wirtschaftswachstum mit einem Wert von real 4,6 vH einen neuen Höhepunkt. Besonders starke Impulse gingen neuerlich von den Exporten, dem privaten Konsum und den Investitionen aus. Hauptbestimmungsgründe für die auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich günstige Entwicklung waren der Nachfragesog im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und die verzögerte Verausgabung der Einkommensgewinne aus der Steuerreform 1989.

Trotz hoher Auslastung der Kapazität und der Verteuerung des Rohöls in der zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise nur mäßig, nämlich auf 3,3 vH.

Im Jahresdurchschnitt wurden um 2,3 vH mehr unselbständig Beschäftigte registriert, sodaß der höchste Zuwachs seit 1973 erreicht wurde. Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische



Beschäftigte. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotszuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,4 vH anstieg.

Obwohl sich die Nachfrage im internationalen Vergleich überdurchschnittlich entwickelte und die höheren Erdölpreise die Handelsbilanz belasteten, weist die Leistungsbilanz einen Überschuß von 9,4 Milliarden Schilling aus.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 564,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 501,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 62,9 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1990 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 15,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 18,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,4 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1990 liegt. Er beträgt 3,5% des Brutto-Inlandsproduktes und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert laut Bundesvoranschlag.

Der **Bundesvoranschlag 1991** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,4 vH (nominell) und 3,3 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 4,5 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 1,7 vH und eine Arbeitslosenrate von 5,5 vH.

Die Wirtschaftsentwicklung ist für 1991 flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen worden ist: sie weist eine Wachstumsrate von 3 vH auf (real). Besonders die Industrieproduktion, die 1990 um nahezu 8 vH gestiegen war, hat an Schwung verloren. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen.

Hingegen nahm die Beschäftigung weiter kräftig zu (2,3 vH). Mehr als zwei Drittel des Zuwachses fiel auf ausländische Beschäftigte. Die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten erreichte damit den höchsten Wert in der Nachkriegszeit. Die hohe Nachfrageausweitung wurde jedoch vom Angebotszuwachs noch übertroffen, sodaß die Arbeitslosenrate auf 5,8 vH anstieg.

Die Inflation blieb auf niedrigem Niveau (3,3 vH). In der Leistungsbilanz ergab sich ein Defizit von 1,7 Milliarden Schilling.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 619,9 Milliarden Schilling Einnahmen von 557,2 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang von 62,7 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1991 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 19,3 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 19,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 0,6 Milliarden Schilling unter dem Bundesvoranschlag 1991 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1992** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 7,0 vH (nominell) und 2,8 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,8 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,1 vH.

Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen ist die Wirtschaftsentwicklung für 1992 deutlich flacher verlaufen als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen; sie weist nunmehr eine Wachstumsrate von 1,5 vH (real) auf. Die anhaltende Stagnation im OECD-Raum ließ die Ausfuhr nur schleppend vorankommen. Die Schwäche der Nachfrage aus dem Ausland wurde vor allem in der Industrie spürbar. Ihre Produktion war seit Mitte 1992 zunächst nur leicht, zuletzt aber deutlich rückläufig.

Die Beschäftigung hat 1992 rasch auf die Abschwächung der Konjunktur reagiert. Die Beschäftigungszunahme war mit 0,8 vH nicht einmal halb so hoch wie 1991. Die Arbeitslosenrate erhöhte sich auf 5,9 vH.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 658,0 Milliarden Schilling Einnahmen von 591,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 66,4 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1992 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 9,2 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 5,9 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 3,3 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1992 liegt. Er beträgt 3,3% des Brutto-Inlandsproduktes.

Der **Bundesvoranschlag 1993** wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 5,3 vH (nominell) und 1,3 vH (real), Anstieg

der Verbraucherpreise um 3,3 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,4 vH und eine Arbeitslosenrate von 6,4 vH.

Tatsächlich wurde im Jahre 1993 auch die österreichische Wirtschaft von der internationalen Konjunkturschwäche voll erfaßt: Erstmals seit einem Jahrzehnt schrumpften Nachfrage und Produktion (nach vorläufigen Ergebnissen) um 0,5 vH — ähnlich stark wie jeweils im Gefolge der beiden Erdölschocks. Die Beschäftigung sank um 0,3 vH und die Arbeitslosenrate stieg auf 6,9 vH.

Die Tiefe und Nachhaltigkeit der internationalen Rezession begleitet von der Höherbewertung des Schillings schlugen auf die Exportwirtschaft stark durch. Die Warenausfuhr sank nominell und real um rund 4,5 vH. Wegen der Auftragsunsicherheit kürzten die Unternehmungen ihre Investitionen drastisch. Die Hauptstütze des Wachstums waren der private Konsum — gestützt durch das Familienpaket und das Pflegegeld — und Teilbereiche der Bauwirtschaft.

In der Jahresrechnung standen im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 699,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 601,4 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Abgang 98,2 Milliarden Schilling betrug. Diesem Abgang steht ein gleichhoher Überschuß im Ausgleichshaushalt gegenüber.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1993 ergeben sich im allgemeinen Haushalt Mehrausgaben von 11,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 22,8 Milliarden Schilling, sodaß der Abgang um 34,1 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1993 liegt. Er beträgt 4,7% des Brutto-Inlandsproduktes.

Ausschlaggebend für die Erhöhung des Abganges im allgemeinen Haushalt waren die — überwiegend — konjunkturbedingten Einnahmehausfälle bei den öffentlichen Abgaben (— 17,5 Milliarden Schilling) sowie im Güter- und Personenverkehr der ÖBB (— 3,1 Milliarden Schilling), weiters die Mehrausgaben für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungs- und dem Sonderunterstützungsgesetz (+ 7,2 Milliarden Schilling). Darüber hinaus konnte auch die Veräußerung von Bundesanteilen an Unternehmungen nicht im geplanten Umfang realisiert werden (— 6,8 Milliarden Schilling).

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1973 bis 1994 können den Erläuterungen in den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehelfen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1974	300—302	Voranschlag 1973
1975	287—295	Erfolg 1973
		Voranschlag 1974
1976	284—292	Erfolg 1974
		Voranschlag 1975
1977	284—293	Erfolg 1975
		Voranschlag 1976
1978	292—302	Erfolg 1976
		Voranschlag 1977
1979	301—311	Erfolg 1977
		Voranschlag 1978
1980	295—305	Erfolg 1978
		Voranschlag 1979
1981	296—306	Erfolg 1979
		Voranschlag 1980
1982	288—299	Erfolg 1980
		Voranschlag 1981
1983	284—295	Erfolg 1981
		Voranschlag 1982
1984	281—291	Erfolg 1982
		Voranschlag 1983
1985	282—292	Erfolg 1983
		Voranschlag 1984
1986	333—342	Erfolg 1984
		Voranschlag 1985
1987	387—396	Erfolg 1985
		Voranschlag 1986
1988	362—372	Erfolg 1986
		Voranschlag 1987

**Vorläufiger Gebarungserfolg 1994**

351

Erläuterungen in den Amtsbehalten für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1989	356—366	Erfolg 1987 Voranschlag 1988
1990	355—365	Erfolg 1988 Voranschlag 1989
1991	351—361	Erfolg 1989 Voranschlag 1990
1992	348—357	Erfolg 1990 Voranschlag 1991
1993	349—357	Erfolg 1991 Voranschlag 1992
1994	341—350	Erfolg 1992 Voranschlag 1993
1995	350—358	Vorläufiger Erfolg 1994

Nähere Einzelheiten über den Erfolg im Jahre 1993 können dem Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung, 55. Stück vom 13. April 1994, entnommen werden.

**Vorläufiger Gebarungserfolg 1994****1. Gesamtüberblick<sup>1)</sup>**

Der vorläufige Gebarungserfolg 1994 zeigt nachstehende Schlußsummen:

	Bundes- voranschlag	vorläufiger Gebarungserfolg in Milliarden Schilling	Unterschiede in vH	
<b>Allgemeiner Haushalt</b>				
Personalausgaben .....	159,7	163,1	+ 3,5	+ 2,2
Sachausgaben .....	549,6	568,1	+ 18,5	+ 3,4
	Summe ...	709,3	+ 21,9	+ 3,1
Einnahmen .....	628,6	626,4	- 2,2	- 0,3
	Abgang ...	80,7	+ 24,1	+ 29,9
<b>Ausgleichshaushalt</b>				
Ausgaben .....	158,1	121,1	- 37,0	- 23,4
Einnahmen .....	238,8	225,9	- 12,9	- 5,4
	Überschuß ...	80,7	+ 24,1	+ 29,9
<b>Gesamthaushalt</b>				
Ausgaben .....	867,4	852,3	- 15,0	- 1,7
Einnahmen .....	867,4	852,3	- 15,0	- 1,7
<b>Abgang des allgemeinen Haushaltes im Verhältnis zum Brutto-Inlandsprodukt</b>				
Brutto-Inlandsprodukt .....	2 200,9	2 243,0	+ 42,1	+ 1,9
Abgang in vH des BIP .....	3,7	4,7	+ 1,0	

Bei der Beurteilung des Gebarungserfolges 1994 ist zu berücksichtigen, daß in den Sachausgaben unter anderem auch die Zuführung der Ausgleichsrücklage in Höhe von 15,3 Milliarden Schilling enthalten ist. Läßt man diesen Betrag, der zwar aufgrund der haushaltsrechtlichen Bestimmungen als voranschlagswirksame Ausgabe zu verrechnen ist, kassenmäßig aber das Bundesvermögen nicht belastet, in der Gesamtrechnung 1994 außer Ansatz, liegt der Abgang des allgemeinen Haushaltes mit rund 89,5 Milliarden Schilling knapp unter 4 vH des BIP.

<sup>1)</sup> Durch Auf- und Abrundungen ergeben sich bei Summen- bzw. Saldenbildungen fallweise Rundungsdifferenzen.

## 2. Rechtliche Grundlage für den Budgetvollzug

### 2.1 Bundesfinanzgesetz

Bindende Grundlage für die Gebarung des Jahres 1994 war das Bundesfinanzgesetz 1994, BGBl. Nr. 1.

### 2.2 Abänderungen des Bundesfinanzgesetzes und seiner Anlagen

**2.2.1** Mit BGBl. Nr. 665/1994 (Artikel XVIII) wurden Überschreitungs- und Haftungsermächtigungen erweitert sowie Stellenplanänderungen — vor allem im Justizbereich — genehmigt.

**2.2.2** Mit BGBl. Nr. 975/1994 (2. BFG-Novelle 1994) wurden Ermächtigungen für zusätzliche Kreditoperationen, weiters für bestimmte Überschreitungen und Übernahme von Haftungen erteilt. Ferner wurden eine Reihe von Voranschlagsansätzen eröffnet, einige Voranschlagsbeträge auf der Einnahmenseite geändert und die Rücklagenfähigkeit für bestimmte Ausgaben geschaffen.

**2.2.3** Mit BGBl. Nr. 976/1994 (Budgetüberschreitungs-gesetz 1994), wurden für verschiedene unabweisliche Maßnahmen Mehrausgaben in Höhe von rund 1,8 Milliarden Schilling genehmigt. Die Bedeckung konnte durch Ausgabeneinsparungen in verschiedenen Bereichen, durch Mehreinnahmen und Rücklagenentnahmen bzw. -auflösungen sichergestellt werden.

### 3. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Der Bundesvoranschlag 1994 wurde in Erwartung folgender gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erstellt: Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes um 4,6 vH (nominell) und 1,5 vH (real), Anstieg der Verbraucherpreise um 2,8 vH, Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,2 vH und eine Arbeitslosenrate von 7,5 vH.

Tatsächlich verlief die Konjunktur günstiger als bei der Erstellung des Voranschlages angenommen wurde. Die Wirtschaft wuchs stärker (5,6 vH nominell und 2,8 vH real) und die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm rascher zu (0,6 vH). Die Arbeitslosenrate in der traditionellen Abgrenzung sank auf 6,6 vH. Die Warenausfuhr kam wieder in Schwung. Die Netto-Masseneinkommen stiegen dank der 2. Etappe der Steuerreform und höherer Transferzahlungen der öffentlichen Haushalte (Pflegegeld) um 5,0 vH und ermöglichten damit einen beträchtlichen Zuwachs realer Kaufkraft. Die Haushalte steigerten ihre Nachfrage real um 2,3 vH. Die generelle Steuerentlastung der Einkommen ermöglichte zusätzlich einen Anstieg der Sparquote um einen Prozentpunkt. Die Verbraucherpreissteigerungen haben sich kontinuierlich abgeschwächt. Die sinkenden Einnahmen aus der Tourismuswirtschaft verringerten allerdings deutlich den positiven Beitrag zur Leistungsbilanz, die sich auf 20,3 Milliarden Schilling verschlechterte.

### 4. Voranschlagsabweichungen

#### 4.1 Allgemeiner Haushalt

##### 4.1.1 Einnahmen

Im Vorjahr wurden Einnahmen in Höhe von rund 626,4 Milliarden Schilling erzielt und daher der Voranschlag nach Saldierung von Mehr- und Mindereinnahmen um 2,2 Milliarden Schilling (–0,3 vH) unterschritten.

##### 4.1.1.1 Öffentliche Abgaben

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben lagen 1994 mit 524,5 Milliarden Schilling um 6,5 Milliarden Schilling oder um 1,2 vH über dem BVA. Nach Überweisung der den Ländern, Gemeinden, Fonds und der Bundeswirtschaftskammer gesetzlich zustehenden Abgaben oder Anteilen an solchen verblieben netto rund 358,4 Milliarden Schilling, womit der BVA um 3,0 Milliarden Schilling bzw. 0,8 vH unterschritten wurde.

**Mindereinnahmen** waren in erster Linie bei der veranlagten Einkommensteuer (–3,4 Milliarden Schilling), Lohnsteuer (–3,2 Milliarden Schilling), Kapitalertragsteuer auf Zinsen (–3,3 Milliarden Schilling), Körperschaftsteuer (–4,4 Milliarden Schilling), bei der Normverbrauchsabgabe (–0,8 Milliarden Schilling), Versicherungssteuer (–0,6 Milliarden Schilling) und beim Außenhandelsförderungsbeitrag (–1,1 Milliarden Schilling) zu verzeichnen.

**Mehreinnahmen** gegenüber dem Voranschlag konnten vor allem bei der Umsatzsteuer (+6,6 Milliarden Schilling), bei der Kapitalertragsteuer (+1,4 Milliarden Schilling), bei der Gewerbe- und Bundesgewerbesteuer (insgesamt +0,8 Milliarden Schilling), bei der motorbezogenen Versicherungs-

**Vorläufiger Gebarungserfolg 1994**

353

steuer (+1,1 Milliarden Schilling) sowie bei den Einfuhrabgaben und bei der Mineralölsteuer (jeweils +0,6 Milliarden Schilling) erzielt werden.

Bei der Lohnsteuer und bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen — und auch bei anderen direkten Abgaben — hat sich die im Herbst 1993 für den Bundesvoranschlag 1994 erstellte Prognose auf Basis der damals verfügbaren Informationen als zu optimistisch erwiesen. Bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wurden auch die Auswirkungen der Anhebung der Vorauszahlungen im Zusammenhang mit der Abschaffung der Gewerbesteuer und Vermögensteuer durch Herabsetzungen der VZ aufgrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung 1993 zum Teil wieder kompensiert. Die Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer sind vor allem auf die deutlich über die Schätzung liegenden Sondervorauszahlung zurückzuführen. Das Aufkommen beim Außenhandelsförderungsbeitrag wurde durch die Rückzahlung größerer Abgabebeträge stark geschmälert.

Die Überweisungen an Länder, Gemeinden und Fonds wurden nach den im Finanzausgleichsgesetz festgelegten Verteilungsschlüsseln ermittelt.

Die folgende Tabelle zeigt die betragsmäßig wichtigsten Abgaben und Überweisungen des Bundes im Jahre 1994 und die Veränderungen gegenüber 1993:

	vorläufiger Erfolg 1994	BRA 1993		Unterschiede	
		in Milliarden Schilling		in vH	
Veranlagte Einkommensteuer .....	31,6	32,7	- 1,1	- 3,3	
Lohnsteuer .....	134,8	139,2	- 4,5	- 3,2	
Kapitalertragsteuer auf Zinsen .....	19,7	16,6	+ 3,1	+ 18,8	
Körperschaftsteuer .....	21,1	18,6	+ 2,5	+ 13,6	
Gewerbesteuer .....	2,5	8,6	- 6,1	- 71,2	
Bundesgewerbesteuer .....	1,8	6,4	- 4,6	- 71,2	
Vermögensteuer .....	0,9	8,4	- 7,5	- 89,5	
Wohnbauförderungsbeitrag .....	6,8	6,6	+ 0,2	+ 3,7	
Umsatzsteuer .....	202,6	176,0	+ 26,6	+ 15,1	
Einfuhrabgaben .....	8,2	7,6	+ 0,6	+ 7,3	
Tabaksteuer .....	12,2	11,7	+ 0,5	+ 4,0	
Mineralölsteuer .....	27,1	25,3	+ 1,8	+ 7,0	
Stempel- und Rechtsgebühren .....	8,5	7,9	+ 0,6	+ 7,6	
Verkehrssteuern .....	35,2	33,1	+ 2,1	+ 6,5	
übrige Abgaben .....	11,5	14,0	- 2,5	- 18,1	
<b>Summe Bruttoeinnahmen ...</b>	<b>524,5</b>	<b>512,8</b>	<b>+ 11,7</b>	<b>+ 2,3</b>	
Ab Überweisungen:					
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden .....	- 141,0	- 142,9	- 1,9	- 1,3	
Gewerbesteuer an Gemeinden .....	- 4,2	- 8,8	- 4,5	- 51,9	
Anteile und Abgeltungen für Familienlastenausgleichsfonds .....	- 13,7	- 13,7	- 0,0	- 0,4	
Katastrophenfonds .....	- 4,4	- 4,3	+ 0,1	+ 3,2	
übrige Überweisungen .....	- 2,9	- 4,1	- 1,2	- 29,7	
<b>Summe Überweisungen ...</b>	<b>- 166,1</b>	<b>- 173,7</b>	<b>- 7,6</b>	<b>- 4,4</b>	
<b>Summe Nettoeinnahmen ...</b>	<b>358,4</b>	<b>339,1</b>	<b>+ 19,3</b>	<b>+ 5,7</b>	

**4.1.1.2 Sonstige Einnahmen**

Im folgenden Abschnitt wird über Voranschlagsabweichungen in der Größenordnung ab 0,5 Milliarden Schilling je Kapitel berichtet:

**Kap. 15 Soziales** (-1,0 Milliarden Schilling). Diese Abweichung resultiert einerseits aus dem geringeren Gebarungsabgang der Arbeitsmarktverwaltung (-2,0 Milliarden Schilling) und andererseits aus dem Rückersatz von Vorschüssen für Leistungen nach dem Bundesfinanzgesetz (+1,0 Milliarden Schilling).

**Kap. 16 Sozialversicherung** (+0,9 Milliarden Schilling). Nach Abrechnung der im Jahre 1993 an Pensions- und Sozialversicherungsanstalten geleisteten Vorschüsse ergab sich ein Guthaben, das im Vorjahr rückerstattet wurde.

**Kap. 18 Umwelt, Jugend, Familie** (+0,4 Milliarden Schilling). Diese Mehreinnahmen sind zum Großteil im Bereich des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen eingetreten und setzten sich im wesentlichen aus folgenden Positionen zusammen: Dienstgeberbeiträge (-0,6 Milliarden Schilling), Anteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer (-0,2 Milliarden Schilling), Überweisung vom Katastrophenfonds gemäß BGBl. Nr. 1060/1994 (+2,0 Milliarden Schilling) und Ersatz des Reservefonds zur Abdeckung des Gebarungsabganges (-0,9 Milliarden Schilling).

**Kap. 51 Kassenverwaltung** (+7,0 Milliarden Schilling). Diese Mehreinnahmen ergaben sich vor allem aus Rücklagenentnahmen und -auflösungen.

**Kap. 54 Bundesvermögen** (-8,9 Milliarden Schilling). Die Mindereinnahmen ergaben sich in erster Linie aus der unterbliebenen Veräußerung von Anteilsrechten des Bundes an Unternehmungen (-7,2 Milliarden Schilling) und von Liegenschaften (-0,5 Milliarden Schilling), weiters aus geringeren Überweisungen von Fruchtgenußentgelt der Bundesimmobiliengesellschaft (-0,4 Milliarden Schilling), schwächeren Einnahmen im Zusammenhang mit Haftungsübernahmen des Bundes (-0,8 Milliarden Schilling) und aus Rückzahlungen aus dem Treuhandvermögen der Flughafenbetriebgesellschaften (-0,2 Milliarden Schilling). Höhere Einnahmen brachte die Gewinnabfuhr der Oesterreichischen Nationalbank und der Österreichischen Postsparkasse (zusammen +0,3 Milliarden Schilling).

**Kap. 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)** (+0,5 Milliarden Schilling). Die Mehreinnahmen ergaben sich aus Pensionsbeiträgen, aus Beiträgen der ÖBB zum Pensionsaufwand und aus Überweisungen von Pensionsträgern.

**Kap. 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge** (+0,5 Milliarden Schilling). Die Mehreinnahmen betrafen vor allem Stückzinsen für Anleihen und Einnahmen aus Währungstauschverträgen.

**Kap. 78 Post- und Telegraphenverwaltung** (+0,6 Milliarden Schilling). Höhere Einnahmen konnten insbesondere im Fernsprechverkehr und im Omnibusdienst erzielt werden.

#### 4.1.1.3 Aufgliederung der Einnahmen nach Einnahmengruppen

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die öffentlichen Abgaben, die abgabenähnlichen Einnahmen, die Betriebseinnahmen und die sonstigen Einnahmen des Finanzjahres 1994 und die Veränderungen gegenüber dem vorangegangenen Jahr zu ersehen:

	vorläufiger Erfolg 1994	BRA 1993 Milliarden Schilling	Unterschiede in vH	
<b>Einnahmen allgemeiner Haushalt</b>				
<b>Öffentliche Abgaben — Kapitel 52 (netto)</b>				
Einkommen- und Vermögensteuern .....	132,8	144,0	- 11,2	- ,8
Übrige Abgaben .....	225,4	194,9	+ 30,5	+ 15,7
Sonstige .....	0,2	0,2	+ 0,0	+ 1,8
Summe (Kap. 52) ...	358,4	339,1	+ 19,3	+ 5,7
<b>Überweisungen von Abgabenanteilen</b>				
an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen .....	13,7	13,7	- 0,0	- 0,4
an Katastrophenfonds .....	4,4	4,3	+ 0,1	+ 3,2
an Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds .....	1,2	1,1	+ 0,0	+ 4,1
Summe (Überweisungen) ...	19,3	19,1	+ 0,1	+ 0,7
Summe (öffentliche Abgaben) ...	377,7	358,2	+ 19,4	+ 5,4
<b>Abgabenähnliche Einnahmen</b>				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge .....	41,3	35,5	+ 5,9	+ 16,5
Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen .....	36,7	35,5	+ 1,3	+ 3,5
Übrige .....	1,5	1,2	+ 0,3	+ 21,5
Summe (abgabenähnliche Einnahmen) ...	79,5	72,2	+ 7,4	+ 10,2

	vorläufiger Erfolg 1994	BRA 1993	Unterschiede	
	Milliarden Schilling		in vH	
<b>Betriebseinnahmen</b>				
Post- und Telegraphenverwaltung .....	61,3	57,1	+ 4,1	+ 7,3
Österreichische Bundesbahnen .....	—	29,5	— 29,5	— 100,0
Übrige Bundesbetriebe und Branntweinmonopol ....	3,9	3,5	+ 0,3	+ 9,6
Summe (Betriebseinnahmen) ...	65,2	90,2	— 25,1	— 27,8
<b>Sonstige Einnahmen</b> .....	104,1	80,8	+ 23,2	+ 28,7
Summe allgemeiner Haushalt ...	626,4	601,4	+ 25,0	+ 4,2
<b>Einnahmen Ausgleichshaushalt</b> .....	225,9	254,7	— 28,8	— 11,3
Summe Gesamteinnahmen ...	852,3	856,1	— 3,8	— 0,4

Bei den **sonstigen Einnahmen** handelt es sich hauptsächlich um Erlöse aus Leistungen, Veräußerungen, Kostenersätze, Vergütungen und Überweisungen, Darlehensrückzahlungen, Rücklagenentnahmen ua. Die Steigerung gegenüber 1993 betrifft hauptsächlich Einnahmen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung, Beiträge der ÖBB zum Pensionsaufwand und für die Benützung der Eisenbahninfrastruktur, Rücklagenentnahmen ua.

#### 4.1.2 Ausgaben

Die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes liegen um 21,9 Milliarden Schilling (+ 3,1 vH) über dem BVA 1994.

##### 4.1.2.1 Personalausgaben

Der Voranschlag für Personalausgaben wurde insgesamt um 3,5 Milliarden Schilling (+ 2,2 vH) überschritten. Von diesen Mehrausgaben entfallen auf den Aktivitätsaufwand 2,2 Milliarden Schilling und auf den Pensionsaufwand 1,3 Milliarden Schilling.

Die Überschreitungen bei den Voranschlagsansätzen für Personalausgaben (Unterteilung 0) sind in den meisten Fällen auf die allgemeine Bezugserhöhung mit Wirkung 1. Jänner 1994 zurückzuführen. Im BVA 1994 wurde für diese Ausgaben bei Kap. 51 „Kassenverwaltung“ ein Pauschalbetrag von 1,05 Milliarden Schilling präliminiert und das darüber hinausgehende Mehrerfordernis mußte durch Ausgabenrückstellungen bei den Sachausgaben gemäß Art. XVI Bundesfinanzgesetz 1994 bedeckt werden.

Auch für die sonstigen bezugsähnlichen Zahlungen, die im Sachaufwand verrechnet werden (wie zB Kostenersätze für Landeslehrer, Oberste Organe Lehrbeauftragte, Rechtspraktikanten ua.), wurde ebenfalls bei Kap. 51 ein Pauschalbetrag von 0,25 Milliarden Schilling budgetiert.

Die Steigerung beim Pensionsaufwand ist zum Teil auch auf die höhere Anzahl von Ruhe- und Versorgungsbezugsempfängern und auf Struktureffekte zurückzuführen.

##### 4.1.2.2 Sachausgaben

Die Sachausgaben liegen per Saldo um 18,5 Milliarden Schilling (+ 3,4 vH) über dem Voranschlag. Zur teilweisen Bedeckung der aus der allgemeinen Bezugserhöhung resultierenden Mehrausgaben wurden Ausgabenrückstellungen bei den Ermessensausgaben für Anlagen, Förderungen und Aufwendungen in der Gesamthöhe von rund 3,8 Milliarden Schilling verfügt.

Für Familien- und Geburtenbeihilfen, die vom Bund aus allgemeinen Budgetmitteln zu tragen sind (sogenannte „Selbstträgerschaft“), wurde bei Kap. 51 ein Pauschalbetrag von 1,3 Milliarden Schilling veranschlagt und im Laufe des Jahres 1994 im Wege von Ansatzüberschreitungen den einzelnen Kapiteln zugeteilt.

Betragsmäßig wesentliche Abweichungen von den veranschlagten Sachausgaben sind bei folgenden Kapiteln eingetreten:

Kap. 11 **Inneres** (+ 1,2 Milliarden Schilling). Davon entfielen auf die Flüchtlingsbetreuung und Integration 0,6 Milliarden Schilling und auf Leistungen im Rahmen des Zivildienstes 0,3 Milliarden Schilling.

**Kap. 12 Unterricht** (+0,5 Milliarden Schilling). Aufgrund der allgemeinen Bezugserhöhung waren die Ausgaben für Personalkosten der Landeslehrer um rund 0,6 Milliarden Schilling höher.

**Kap. 14 Wissenschaft und Forschung** (-0,9 Milliarden Schilling). Die Minderausgaben betrafen vorwiegend Zahlungen für Klinikneubauten, für die VOEST-Alpine Medizintechnik GesmbH und für die Anschaffung von Einrichtungen in Universitätsgebäuden.

**Kap. 15 Soziales** (-2,2 Milliarden Schilling). Der Rückgang der Arbeitslosenrate führte bei den Leistungen nach dem AIVG zu erheblichen Einsparungen. Die Ausgaben für das Arbeitslosengeld lagen um fast 2,7 Milliarden Schilling sowie für Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge in Summe um 0,8 Milliarden Schilling unter den Voranschlagsbeträgen 1994. Für die Notstandshilfe und für das Karenzurlaubsgeld mußte allerdings fast eine Milliarde Schilling mehr aufgewendet werden. Weitere Einsparungen gab es bei den Überweisungen an den Fonds der AMV (-0,3 Milliarden Schilling) und bei den Leistungen für die Pflegevorsorge (0,7 Milliarden Schilling); Mehrausgaben hingegen bei Zahlungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz (+0,8 Milliarden Schilling) und für besondere sozial- und wirtschaftspolitische Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung (+0,7 Milliarden Schilling) eingetreten.

**Kap. 16 Sozialversicherung** (+1,1 Milliarden Schilling). Höhere Überweisungen an Pensions- und Sozialversicherungsanstalten infolge vermehrter Pensionsaufwendungen oder geringerer Beitragseingänge.

**Kap. 18 Umwelt, Jugend, Familie** (-0,6 Milliarden Schilling). Die Zahlungen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz haben zwar den Voranschlag per Saldo um 0,3 Milliarden Schilling (das sind 0,6 vH) übertroffen, aber der Bundeszuschuß an den Familienlastenausgleichsfonds ist infolge der Bereitstellung von Mitteln aus dem Katastrophenfonds um 0,9 Milliarden Schilling auf 4,6 Milliarden Schilling gesunken.

**Kap. 50 Finanzverwaltung** (-0,6 Milliarden Schilling). Diese Einsparungen betreffen hauptsächlich Geldverkehrskosten, Zuschüsse an die OeKB-AG für Kosten im Rahmen des Exportfinanzierungsverfahrens, Entschädigungszahlungen gemäß Staatsvertrag für Vermögensverluste im Ausland und Schuldenerleichterungen für hochverschuldete Staaten aufgrund internationaler Aktionen.

**Kap. 51 Kassenverwaltung** (+19,9 Milliarden Schilling). Dieser Voranschlagsabweichung ist primär auf Rücklagenzuführungen (+20,6 Milliarden Schilling) und auf den Ankauf von Bundesanleihen zur Marktpflege (+0,8 Milliarden Schilling) zurückzuführen. Ferner war bei diesem Kapitel auch die Pauschalvorsorge für die vom Bund zu leistenden Familien- und Geburtenbeihilfen sowie für Besoldungskosten der Landeslehrer, Oberste Organe ua. in Höhe von 1,6 Milliarden Schilling veranschlagt.

Der allgemeinen Rücklage wurden rd. 0,9 Milliarden Schilling, der zweckgebundenen Einnahmerücklage 2,6 Milliarden Schilling, der besonderen Rücklage 1,8 Milliarden Schilling und der Ausgleichsrücklage 15,3 Milliarden Schilling zugeführt.

**Kap. 53 Finanzausgleich** (-0,4 Milliarden Schilling). Die Überweisungen von Bundesmitteln für Zwecke der Wohnbauförderung waren um 1,1 Milliarden Schilling niedriger, die Zahlungen aus dem Katastrophenfonds um fast 0,9 Milliarden Schilling höher als der Voranschlag.

**Kap. 54 Bundesvermögen** (-2,8 Milliarden Schilling). Mit Beschluß des Ministerrates vom 22. Februar 1994 wurde der ÖIAG gemäß ÖIAG-Finanzierungsgesetznovelle 1993 ein Gesellschafterdarlehen eingeräumt. Budgetär führte dies zu Mehrausgaben bei Kap. 65 in Höhe von 3,4 Milliarden Schilling, die durch gleichhohe Ausgabenrückstellungen bei Kap. 54 bedeckt wurden.

Weiters sind noch folgende Voranschlagsabweichungen bei Kap. 54 zu erwähnen:

Unterbliebene Kapitaleinzahlungen des Bundes (-0,8 Milliarden Schilling), Zahlungen an die ASFINAG und CA-BV (insgesamt -0,3 Milliarden Schilling), Ausgaben aufgrund des Ausfuhrförderungs- bzw. Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetzes (+1,4 Milliarden Schilling) und Gewährung eines Darlehens für Bulgarien im Rahmen der gemeinsamen Zahlungsbilanzhilfe (+0,2 Milliarden Schilling).

**Kap. 60 Land- und Forstwirtschaft** (+1,3 Milliarden Schilling). Zusätzliche Finanzierungserfordernisse für vor allem für Getreideexporte und Produktionsalternativen (+1,9 Milliarden Schilling), geringere Zuschüsse für Wildbachverbauungen und zur Stützung land- und forstwirtschaftlicher Kredite.

**Kap. 64 Bauten und Technik** (-1,3 Milliarden Schilling). Der Großteil dieser Minderausgaben resultiert aus geringen Zahlungen an die ASFINAG bzw. Autobahnen- und Schnellstraßen AG.



**Kap. 65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr** (+ 3,2 Milliarden Schilling). Diese Mehrausgaben stehen im Zusammenhang mit der Gewährung eines Gesellschafterdarlehens an die ÖIAG (siehe Erläuterungen zu Kap. 54).

**Kap. 78 Post- und Telegraphenverwaltung** (+ 0,5 Milliarden Schilling). Hauptsächlich Mehrausgaben für Investitionen im Fernmeldebereich, die durch Mehreinnahmen im Fernsprechverkehr finanziert wurden.

#### 4.2 Ausgleichshaushalt

**Kap. 51 Kassenverwaltung** (Ausgaben —44,0 Milliarden Schilling, Einnahmen —43,9 Milliarden Schilling).

Unter diesem Posten werden die Einnahmen und Ausgaben aus der Aufnahme und Tilgung von Kassenstärkern verrechnet. Der Bedarf solcher Geldmittel ist von der jeweiligen Kassenlage des Bundes abhängig.

**Kap. 59 Finanzschuld, Währungstauschverträge** (Ausgaben + 7,0 Milliarden Schilling, Einnahmen + 31,0 Milliarden Schilling).

Mehrausgaben für die Tilgung von Anleihen im Rahmen von Währungstauschverträgen (+ 8,6 Milliarden Schilling) und für die Tilgung von Bundesschatzscheinen, die nach Voranschlagserstellung aufgenommen wurden (+ 6,4 Milliarden Schilling, Bedeckung in der Pauschalvorsorge — 8,0 Milliarden Schilling).

Die Mehreinnahmen stammen aus Kreditoperationen im Zusammenhang mit der Durchführung von Währungstauschverträgen (+ 8,2 Milliarden Schilling) und aus zusätzlichen Schuld aufnehmen zur Abdeckung des Budgetabganges gemäß BFG-Novelle 1994.

#### 5. Aufgliederung der Ausgaben nach Gebarungsgruppen

	vori. Erfolg 1994	BRA 1993	Unterschiede	
	in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)		in vH	
<b>Allgemeiner Haushalt</b>				
Aktivitätsaufwand .....	104,5	125,1	— 20,6	— 16,5
Pensionsaufwand .....	58,6	55,4	+ 3,2	+ 5,8
<b>Summe Personalausgaben ...</b>	<b>163,1</b>	<b>180,5</b>	<b>— 17,4</b>	<b>— 9,6</b>
Anlagen (Ges. Verpfl.) .....	1,0	0,8	+ 0,2	+ 21,7
Anlagen (Erm. Ausgaben) .....	29,1	29,8	— 0,8	+ 2,6
Förderungen (Ges. Verpfl.) .....	3,2	3,0	+ 0,1	+ 4,9
Förderungen (Darlehen) .....	4,0	0,6	+ 3,5	+ 610,2
Förderungen (Zuschuß) .....	37,9	31,4	+ 6,5	+ 20,8
Aufwendungen (Ges. Verpfl.) .....	279,7	273,4	+ 6,2	+ 2,3
Aufwendungen (Erm. Ausg. erfolgsw.) .....	180,2	163,0	+ 17,2	+ 10,5
Aufwendungen (Erm. Ausg. bestandsw.) .....	33,1	17,1	+ 16,0	+ 93,8
<b>Sachausgaben ...</b>	<b>568,1</b>	<b>519,1</b>	<b>+ 49,0</b>	<b>+ 9,4</b>
<b>Summe (Allg. Haushalt) ...</b>	<b>731,2</b>	<b>699,7</b>	<b>+ 31,6</b>	<b>+ 4,5</b>
<b>Ausgleichshaushalt</b>				
Aufwendungen (Ges. Verpfl.) .....	1,3	1,5	— 0,2	— 14,0
Aufwendungen (Erm. Ausg. bestandsw.) .....	119,8	155,0	— 35,1	— 22,7
<b>Summe Ausgleichshaushalt .....</b>	<b>121,1</b>	<b>156,4</b>	<b>— 35,3</b>	<b>— 22,6</b>
<b>Gesamtausgaben ...</b>	<b>852,3</b>	<b>856,1</b>	<b>— 3,8</b>	<b>— 0,4</b>

#### 6. Funktionelle Aufgliederung der Ausgaben

Die **organorientierte Gliederung** des Budgets entspricht dem Verfügungs- und Verantwortungsreich der haushaltsleitenden Organe des Bundes.

Die **funktionelle Gliederung** des Budgets hingegen gibt Aufschluß über die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand. In der nachstehenden Übersicht, in der die Budgetausgaben nach

siebzehn Aufgabenbereichen aufgegliedert werden, sind die Ausgaben des allgemeinen Haushaltes und des Ausgleichshaushaltes enthalten:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	vorl. Erfolg	BRA 1993	Unterschiede	
		1994		in vH	
		in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)			
11	Erziehung und Unterricht .....	65,6	61,7	+ 3,9	+ 6,3
12	Forschung und Wissenschaft .....	28,7	26,9	+ 1,8	+ 6,6
13	Kunst .....	8,5	8,0	+ 0,5	+ 6,6
14	Kultus .....	0,5	0,5	+ 0,0	+ 1,7
21	Gesundheit .....	7,3	7,0	+ 0,4	+ 5,4
22	Soziale Wohlfahrt .....	200,1	183,0	+ 17,1	+ 9,3
	<i>hievon:</i>				
	<i>Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung</i> ....	53,4	49,8	+ 3,6	+ 7,2
	<i>Kriegsopfer- und Heeresversorgung</i> .....	7,1	7,0	+ 0,1	+ 2,1
	<i>Sozialversicherung (ohne Pflegegeld)</i> .....	55,2	59,7	- 4,5	- 7,5
	<i>Leistungen nach dem Bundespflegegesetz</i> ....	16,5	8,0	+ 8,5	+ 106,2
	<i>Familienlastenausgleich (Titel 183)</i> .....	57,6	53,2	+ 4,5	+ 8,4
23	Wohnungsbau .....	23,0	23,6	- 0,6	- 2,5
32	Straßen .....	15,5	15,5	+ 0,0	+ 0,2
	<i>hievon:</i>				
	<i>Zahlungen an Straßengesellschaften</i> .....	5,6	6,3	- 0,8	- 12,3
33	Sonstiger Verkehr .....	96,7	118,9	- 22,2	- 18,7
	<i>hievon:</i>				
	<i>Post</i> .....	51,5	48,9	+ 2,5	+ 5,2
	<i>Ausgaben für Eisenbahninfrastruktur</i> .....	11,6	—	+ 11,6	—
	<i>Gemeinwirtsch. Leistungen gem. BB-Gesetz</i> ..	7,6	—	+ 7,6	—
	<i>Pensionen der ÖBB</i> .....	19,7	14,1	+ 5,5	+ 39,2
	<i>ÖBB (ehem. Kap. 79)</i> .....	—	41,7	- 41,7	- 100,0
	<i>Abgeltungen gem. BB-Gesetz (aus Kap. 65)</i> ...	—	8,0	- 8,0	- 100,0
34	Land- und Forstwirtschaft .....	20,5	17,9	+ 2,5	+ 14,1
	<i>hievon:</i>				
	<i>Grüner Plan und marktordnungspolitische</i> <i>Maßnahmen</i> .....	15,3	12,9	+ 2,4	+ 18,9
35	Energiewirtschaft .....	0,3	0,3	- 0,0	- 4,3
36	Industrie und Gewerbe .....	22,3	22,5	- 0,3	- 1,3
37	Öffentliche Dienstleistungen .....	6,2	3,2	+ 3,0	+ 91,8
38	Private Dienstleistungen .....	3,7	4,5	- 0,9	- 19,0
41	Landesverteidigung .....	20,5	19,7	+ 0,8	+ 4,0
42	Staats- und Rechtssicherheit .....	24,6	22,54	+ 2,1	+ 9,3
43	Übrige Hoheitsverwaltung .....	308,4	320,2	+ 11,9	+ 3,7
	<i>hievon:</i>				
	<i>Finanzschuld — Zinsen und Provisionen</i> .....	86,1	85,3	+ 0,8	+ 0,9
	<i>Finanzschuld — Tilgungen</i> .....	88,8	75,4	+ 13,4	+ 17,8
	<i>Kassenstärker — Zinsen und Tilgungen</i> .....	31,4	80,1	- 48,7	- 60,8
	<i>Zuführung an Rücklagen</i> .....	20,7	6,5	+ 14,2	+ 218,0
	<i>Pensionen (Hoheitsverwaltung)</i> .....	36,3	34,6	+ 1,6	+ 4,8
	Summe ...	852,3	856,1	- 3,8	- 0,4

## 7. Investitionen und Investitionsförderung

Für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen wurden im Jahre 1994 84,6 (1993: 75,1) Milliarden Schilling aufgewendet, die sich wie folgt zusammensetzen:

## Vorläufiger Gebarungserfolg 1994

359

	vorl. Erfolg 1994 in Mrd. S (Rundungsdifferenzen)	BRA 1993
<b>Eigeninvestitionen</b>		
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung) .....	32,9	35,2
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung) .....	1,6	2,2
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschafts- güter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) .....	2,2	4,0
<b>Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland)</b>	47,9	33,7
Summe ...	84,6	75,1

## 8. Schulden und Forderungen des Bundes

Über die Schulden und Forderungen des Bundes können mit Ausnahme der Finanzschulden noch keine endgültigen Beträge bekanntgegeben werden, da die Buchungen in der Phase 3 und 4 der Bundesverrechnung erst Ende Februar 1995 abgeschlossen werden.

## 9. Finanzschulden und Schulden aus Währungstauschverträgen

Die folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der nicht fälligen Finanzschuld (FS) unter Berücksichtigung von Verpflichtungen und Forderungen aus Währungstauschverträgen (WTV) im Jahre 1994:

	in Millionen Schilling	
<b>Stand am 31. 12. 1993</b> .....		<b>1 109 046,2</b>
<b>Erhöhung</b> durch Finanzschuldtaufnahmen zur Bedeckung des Budgetabganges 1994 .....	+ 173 061,7	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV .....	+ 8 384,9	
abzüglich Forderungen aus WTV .....	- 8 392,4	+ 173 054,2
<b>Erhöhung</b> durch Konversionsaufnahmen von FS .....	+ 76 954,8	
zuzüglich Konversionsaufnahmen aus WTV .....	+ 5 305,0	
abzüglich Forderungen aus WTV .....	- 5 186,9	+ 77 072,9
<b>Erhöhung</b> durch Schuldaufnahmen nachträglicher WTV .....	+ 12 237,4	
abzüglich Forderungen nachträglicher WTV .....	- 12 237,4	+/- 0,0
<b>Erhöhung</b> durch Schuldaufnahmen gemäß § 65 a BHG .....	+ 13 964,5	
zuzüglich Schuldaufnahmen aus WTV gemäß § 65 a BHG .....	+ 4 155,9	
abzüglich Forderungen aus WTV gemäß § 65 a BHG .....	- 4 241,5	+ 13 878,9
<b>Verminderung</b> durch Tilgung von FS .....	- 67 656,6	
zuzüglich Tilgung von Verpflichtungen aus WTV .....	- 12 757,7	
abzüglich Begleichung von Forderungen aus WTV .....	+ 13 328,0	- 67 086,3
<b>Verminderung</b> durch Konversionstilgungen von FS .....	- 78 412,9	- 78 412,9
<b>Verminderung</b> durch Wertberichtigungen der Schulden aus WTV .....	- 16,0	- 16,0
<b>Erhöhung</b> durch Kurswertänderungen bei FS .....	+ 790,4	
zuzüglich Kurswertänderung bei Schulden aus WTV .....	+ 510,3	
abzüglich Kurswertänderung bei Forderungen aus WTV .....	- 107,9	+ 1 192,7
<b>Erhöhung</b> durch Kurswertänderungen bei Schulden aus WTV gemäß § 65 a BHG ..	+ 3,0	+ 3,0
<b>Verminderung</b> durch Kurswertänderungen bei FS gemäß § 65 a BHG .....	- 0,3	- 0,3
<b>Verminderung</b> durch Kurswertänderung bei FS .....	- 6 626,7	
zuzüglich Kurswertänderung bei Schulden aus WTV .....	- 768,6	
abzüglich Kurswertänderung bei Forderungen aus WTV .....	+ 7 038,7	- 356,6
<b>Verminderung</b> durch Ausbuchen von Restforderungen gemäß § 14 Währungs- schutzgesetz .....	- 1,4	- 1,4
<b>Verminderung</b> durch Bundesbesitz .....	- 2 777,6	- 2 777,6
<b>Stand am 31. 12. 1994</b> ...		<b>1 225 596,8</b>

Die Gesamtschuld hat sich gegenüber dem Vorjahr um 116,6 Milliarden Schilling (+ 10,5 vH) erhöht. Davon entfallen rund 13,9 Milliarden Schilling auf Schuldaufnahmen zur Finanzierung der Zahlungen im Vorlaufzeitraum (§ 65 a BHG). Der Anteil der Schillingschuld beträgt 964,7 Milliarden Schilling (78,7 vH) und der Anteil der Fremdwährungsschuld 260,9 Milliarden Schilling (21,3 vH). Die Finanzschulden in

inländischer Währung erhöhten sich um 68,5 Milliarden Schilling (+7,6 vH), die der Fremdwährungsschulden um 48,0 Milliarden Schilling (+22,6 vH).

Der Finanzierungsbedarf des Bundes für das Jahr 1994 wurde zu 74,1 vH durch Schuldaufnahmen in inländischer und zu 25,9 vH in ausländischer Währung gedeckt.

## **Budgetvorschauen des Bundesministeriums für Finanzen sowie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen bzw. Budgetprognosen des Bundesministeriums für Finanzen gemäß BHG**

### **Die Budgetvorschau 1965 bis 1968**

Die erste vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Budgetvorschau betraf die Jahre 1965 bis 1968; sie wurde Ende Juli 1965 dem Nationalrat übermittelt. Da über die Ziele, angewandten Methoden und Schlußfolgerungen dieser Vorschau der Einleitungsbericht ausführlich Rechenschaft gibt, wird nur die Weiterentwicklung behandelt, im übrigen aber auf die Budgetvorschau 1965 bis 1968 verwiesen. Schon die erste Budgetvorschau diente als Grundlage wichtiger budgetpolitischer Entscheidungen. So wurden für die Festlegung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und zur Bauernkrankenkasse bereits die Unterlagen über die wahrscheinliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben verwendet. Ferner wurde diese Budgetvorschau in revidierter Form für politische Beschlüsse im Bundesvoranschlag 1966 und 1967 herangezogen. Sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1966, und zwar auf den Seiten 30/31, abgedruckt.

### **Die Budgetvorschau 1967 bis 1970**

Seit der Veröffentlichung der ersten österreichischen Vorschau waren auch in anderen Ländern Arbeiten an ähnlichen Projekten fortgeschritten. So wurde für die Schweiz eine „Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes 1966 bis 1974“ verfaßt und in der Bundesrepublik Deutschland die erste Vorausschätzung wesentlich verbessert. Diese ausländischen Arbeiten wurden folgerichtig vom Bundesministerium für Finanzen eingehend studiert.

Obwohl sich die bei der Budgetvorschau 1965 bis 1968 angewandten Methoden bewährt hatten, wurden bei der neuen Budgetvorschau in einigen Fällen Änderungen vorgenommen, die vor allem auf Stellungnahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur ersten Budgetvorschau zurückzuführen waren. Beibehalten wurde die Fundierung der Vorschau durch eine Untersuchung hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung des Nationalproduktes, die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geliefert wurde. War für die erste Budgetvorschau noch mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Nationalproduktes von 4 vH im Jahr gerechnet, also keine Konjunkturschwankung prognostiziert worden, so rechnete die Vorschau bis 1970 zwar auch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 vH im Prognosezeitraum, für die einzelnen Jahre allerdings mit unterschiedlichen Werten: für 1968 wurde eine Wachstumsrate von 3 vH, für 1969 eine solche von 5,50 vH und für 1970 wieder ein Normalwachstum von 4 vH angenommen. Da der Beirat auch empfohlen hatte, Alternativberechnungen zu laufenden Preisen zu erstellen, um so den Informationswert der Vorschau zu vergrößern, wurde in der Vorschau 1967 bis 1970 auch eine Variante mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus um jährlich 2 vH berechnet.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970 wurde im Juli 1967 dem Parlament übermittelt; sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1968 auf den Seiten 40/41 abgedruckt.

### **Revision der Budgetvorschau 1967 bis 1970 unter Einbeziehung des Jahres 1971**

Durch politische Entscheidungen und Gesetzesbeschlüsse sowie insbesondere durch den Bundesvoranschlag 1968 ergaben sich zum Teil weitgehende Änderungen der letzten Vorschau, was eine Revision und die Einbeziehung des Jahres 1971 notwendig und zweckmäßig erscheinen ließ. Diese Revision nahm budgetpolitische Entscheidungen nicht vorweg, sondern gab lediglich zu erkennen, wie sich auf Grund der Rechtslage zum 1. Juli 1968 die Einnahmen und Ausgaben entwickeln würden. Sie sollte so die Basis für notwendige budgetpolitische Entscheidungen liefern. Ihr zusammengefaßtes Ergebnis wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 auf Seite 43 dargestellt.

### **Budgetvorschauen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen**

Ende September 1969 wurde der Beirat mit der Ausarbeitung einer mittelfristigen Prognose bis zum Jahre 1974 betraut. Diese Budgetvorschau 1970 bis 1974 des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1971 auf den Seiten 272 ff. abgedruckt.

Zu Jahresbeginn 1974 wurde der Beirat abermals mit der Ausarbeitung einer Vorschau für die Jahre 1974 bis 1978 betraut. Diese Arbeit wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 auf den Seiten 295 ff. veröffentlicht.

Zu Jahresbeginn 1977 verfaßte der Beirat über Einladung des Bundesministers für Finanzen eine Budgetprognose für die Jahre 1976 bis 1980 in zwei Varianten und unter Zugrundelegung von zwei verschiedenen Annahmen über die Bedienung der Staatsschuld: In der Trendvariante wurde eine Reduktion der Lohn- und Einkommensteuerbelastung, in der Variante „Rechtslage“ keine solche angenommen; die Variante A rechnete mit tilgungsfreien Jahren, die Variante B ohne solche. Das Ergebnis dieser Arbeit des Beirates wurde im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1978 auf den Seiten 304 ff. abgedruckt.

Im Frühjahr 1978 wurde der Beirat von den Präsidenten der Interessenvertretungen mit der Erarbeitung einer Budgetvorschau 1978 bis 1982 beauftragt, zumal die letzte Vorschau infolge der eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen und der durch diese bewirkten Maßnahmen auf politischer Ebene beträchtlich an Aktualität eingebüßt hatte. Die Arbeit wurde im Sommer 1978 abgeschlossen. Dementsprechend sind in dieser Vorschau weder später gesetzte fiskalpolitische Maßnahmen noch allfällige andere, wesentliche, damals noch nicht bekannte Einflußgrößen berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Vorschau sind auf den Seiten 307 ff. im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980 veröffentlicht.

Diese Vorschau wurde vom Beirat im Frühjahr 1979 revidiert; die Ergebnisse dieser Überarbeitung finden sich auf Seite 310 im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1980.

Im Juli 1980 veröffentlichte der Beirat wiederum eine Vorschau für die Jahre 1980 bis 1984. Als Basis diente das Jahr 1980; es wurde eine mittlere Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 3,25 vH und ein Deflator von 4,75 vH unterstellt. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 301 des Amtsbehelfes zum BFG 1982 abgedruckt worden.

1982 publizierte der Beirat zum siebenten Male eine als Beschreibung mittelfristiger Trends und Tendenzen zu verstehende Budgetvorschau für die Jahre 1982 bis 1986. Der Beirat legte eine mittelfristige Wachstumsrate des realen BIP von jährlich 2,50 vH und einen Deflator von 4,75 vH zugrunde. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 293 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1984 veröffentlicht worden.

Im Juni 1984 legte der Beirat seine achte Budgetvorschau im Rahmen einer Darstellung mittelfristiger Probleme des Bundeshaushaltes vor; er unterstellte dabei eine mittelfristige Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes von jährlich 2 vH und einen durchschnittlichen Anstieg der inländischen Produktionspreise von 4 vH im Jahr. Die Vorschau umfaßte die Jahre 1984 bis 1988; sie ist auf den Seiten 344 ff. des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1986 zuletzt veröffentlicht worden.

Seine letzte Budgetvorschau hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen im Juni 1986 vorgestellt. Sie umfaßt die Jahre bis einschließlich 1990 und wurde aufgrund einer angenommenen mittleren Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von jährlich 2,75 vH und eines Deflators von durchschnittlich 3,25 vH sowie einer nominellen Zuwachsrates des Pro-Kopf-Einkommens der Unselbständigen von 5 vH erstellt. Diese Budgetvorschau ist auf den Seiten 373 und ff. des Arbeitsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1988 zuletzt veröffentlicht worden.

### **Budgetprognose des BMF gemäß BHG**

Das am 1. Jänner 1987 in Kraft getretene neue Haushaltsrecht (Bundeshaushaltsgesetz) sah im § 12 vor, daß der Bundesminister für Finanzen alljährlich im Zusammenhang mit der Budgeterstellung eine Budgetprognose für mindestens vier Jahre (Voranschlagsjahr und drei Folgejahre) zu erstellen und dem Nationalrat zur Kenntnis zu bringen hat. Entsprechend dem Bundeshaushaltsgesetz stellt diese Budgetprognose eine Vorschau auf die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltes in den nächsten Jahren dar, soll mittelfristige Entwicklungstendenzen aufzeigen und dabei insbesondere auch die Vorbelastungen künftiger Finanzjahre sowie die Auswirkungen außerbudgetärer Sonderfinanzierungen auf den Haushalt sichtbar machen. Dabei waren die Ausgaben und Einnahmen aufgrund der bestehenden Rechtslage zu erfassen, so als ob diese im Prognosezeitraum unverändert weiter bestünden. Die erste derartige Budgetprognose wurde gemeinsam mit dem Investitionsprogramm für die

Jahre 1988 bis 1991 — im Zusammenhang mit dem Bundesvoranschlagsentwurf 1988 — im Oktober 1987 erstellt und dem Nationalrat zur Kenntnis gebracht.

Mit der BHG-Novelle 1988, BGBl. Nr. 573/1988 vom 27. September 1988, wurden die Bestimmungen betreffs Budgetprognose und Investitionsprogramm (nämlich die §§ 12 und 13 BHG) entscheidend geändert, wobei nunmehr absehbare Änderungen der Rechtslage wie etwa zukünftige Anpassungen der Pensionen, der Bezüge der öffentlich Bediensteten, Inflationsanpassung der Einkommen- und Lohnsteuer zu berücksichtigen sind. Ferner wurde der Vorlagetermin auf den 30. Juni jeden Jahres verschoben. Der Bericht über Budgetprobleme und Investitionsprogramm ist nunmehr „dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates“ zu übermitteln. Als Ausgangsbasis wurde das zuletzt beschlossene BFG bestimmt.

Demgemäß wurde erstmals ein solcher Bericht betreffend die Jahre 1989 bis 1992 vom Bundesministerium für Finanzen erstellt, der Bundesregierung am 13. Juni 1989 zur Beschlußfassung vorgelegt und sodann dem vorgenannten Ausschuß des Nationalrates übermittelt.

Die jüngste Budgetprognose des Bundesministeriums für Finanzen umfaßt die Jahre 1993 bis 1997.

Laut dieser Budgetprognose steigen die Ausgaben des Allgemeinen Haushaltes unter Berücksichtigung der Ausgliederung der Österreichischen Bundesbahnen aus dem Bundeshaushalt von 672,8 Milliarden Schilling im Jahre 1993 auf 795,1 Milliarden Schilling im Jahre 1997. Diese Prognose ergibt somit eine jährliche Ausgabensteigerung von 4,3 vH. Demgegenüber wird für den Prognosezeitraum eine nominelle Wachstumsrate von 5,4 vH im Jahresdurchschnitt erwartet. Nicht enthalten sind dabei die finanziellen Wirkungen des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union (siehe dazu letzter Absatz). Diese wurden in der Budgetprognose separat dargestellt, da bei der Prognoseerstellung sowohl das Votum der österreichischen Bevölkerung ausständig war als auch die Verteilung der budgetierten Belastungen auf die einzelnen Gebietskörperschaften noch offen war.

Der Personalaufwand (inklusive Aufwand für Landeslehrer) erhöht sich von 199,5 Milliarden Schilling (1993) auf 238,9 Milliarden Schilling (1997). Angenommen wurde dabei ein etwa gleichbleibender Personalstand sowie eine reale Steigerung der Löhne und Gehälter im Ausmaß der Produktivitätssteigerungen. Die Sozialausgaben steigen von 163,9 Milliarden Schilling auf 201,8 Milliarden Schilling. Die Förderungsausgaben nehmen von 35,0 Milliarden Schilling auf 40,1 Milliarden Schilling zu. Die Ausgaben für Investitionen und laufenden Sachaufwand steigen von 105,4 Milliarden Schilling auf 117,1 Milliarden Schilling. Die (sonstigen) Leistungen an Länder, Gemeinden und Fonds, soweit es sich nicht um Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben handelt, steigen im Prognosezeitraum von 50,4 Milliarden Schilling auf 63,0 Milliarden Schilling. Die sonstigen Ausgaben stagnieren bei 45 Milliarden Schilling. Der Zinsaufwand für die Finanzschuld des Bundes, der sich aus den Verpflichtungen für die Altschulden und den Ergebnissen der Budgetprognose ergibt, steigt von 75,2 Milliarden Schilling auf 89,0 Milliarden Schilling.

Gegenüber den Gesamtausgaben wachsen nur die Förderungsausgaben (3,5 vH) und die Sachausgaben einschließlich Investitionen (2,7 vH) im Jahresdurchschnitt unterdurchschnittlich. Überdurchschnittlich wachsen der Personalaufwand (4,6 vH) und die Sozialausgaben (5,3 vH), ganz erheblich über dem Durchschnitt liegt das Wachstum der Leistungen an Länder, Gemeinden und Fonds (5,7 vH). Der Zinsaufwand nimmt im Gleichschritt der Gesamtausgaben zu (4,3 vH).

Die Struktur der Ausgaben des Allgemeinen Haushaltes verschiebt sich hin zu den Ausgaben für Sozialprogramme. Der Anteil der Sozialausgaben erhöht sich von 24,4 vH im Jahre 1993 auf 25,4 vH im Jahre 1997; jener des Personalaufwandes von 29,7 vH auf 30,0 vH. Der Anteil der Leistungen an Länder, Gemeinden und Fonds steigt von 7,5 vH auf 8,0 vH. Der Anteil der Förderungsausgaben erhöht sich zunächst geringfügig und ist dann rückläufig.

Die gesamten Einnahmen des Bundes (Allgemeiner Haushalt) erhöhen sich im Prognosezeitraum von 574,6 Milliarden Schilling (1993) auf 670,7 Milliarden Schilling (1997). Das bedeutet eine Zunahme von 3,9 vH im Jahresdurchschnitt. Damit wachsen die Einnahmen deutlich langsamer als das Bruttoinlandsprodukt (5,4 vH im Jahresdurchschnitt) und die Ausgaben des Bundes (4,3 vH im Jahresdurchschnitt).

Die Steuereinnahmen (netto) steigen von 339,1 Milliarden Schilling (1993) auf 400,5 Milliarden Schilling (1997) oder durchschnittlich um 4,2 vH pro Jahr. Dies bedeutet eine Elastizität von 0,8. Die steuerähnlichen Einnahmen (vor allem Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds und zur Arbeitslosenversicherung) steigen von 91,3 Milliarden Schilling (1993) auf 113,7 Milliarden Schilling (1997). Die Betriebseinnahmen werden im Prognosezeitraum deutlich schwächer wachsen als das Bruttoinlandsprodukt (3,5 vH im Jahresdurchschnitt).

**Budgetprognose**

363

Die Sonstigen Einnahmen erhöhen sich um 1,8 vH im Jahresdurchschnitt. Im Prognosezeitraum wurden keine Rücklagenentnahmen sowie Veräußerungserlöse angenommen.

Die Struktur der Einnahmen verschiebt sich zu den steuerähnlichen Abgaben, deren Anteil an den Gesamteinnahmen von 15,9 vH auf 17,0 vH steigt. Der Anteil der Steuern nimmt infolge der Steuerreform 1994 zunächst ab, steigt jedoch in den Folgejahren deutlich an. Der Anteil der Betriebseinnahmen bleibt nahezu konstant, während der Anteil der Sonstigen Einnahmen stark zurückgeht.

Die Gegenüberstellung der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushaltes mit den Gesamteinnahmen ergibt das Nettodefizit. Diese Größe für die Jahre 1995 bis 1997 ist als rein rechnerische Saldogröße zur verstehen, die sich bei grundsätzlicher Fortschreibung der jetzigen Rechtslage ergibt.

Nach diesen Ergebnissen steigt die Nettodefizitquote im Jahre 1995 auf 5,0 vH. In den Folgejahren würde der Abgang im Allgemeinen Haushalt sinken und 1997 etwa 124,4 Milliarden Schilling oder 4,8 vH des Bruttoinlandsprodukts erreichen.

Die budgetären Auswirkungen eines EU-Beitritts Österreichs ergeben sich aus der Einbindung in die EU-Haushalte, aus Anpassungen im Steuerrecht sowie aus wirtschafts- und sozialpolitisch motivierten Begleitstrategien. Insgesamt ist mit einer jährlichen Nettobelastung der öffentlichen Haushalte von rund 1¼ vH des österreichischen Bruttoinlandsproduktes zu rechnen.

Das vertragsrechtlich bedingte Erfordernis wurde auf rund 1 vH des Brutto-Inlandsprodukts oder 23 Milliarden Schilling (1995) geschätzt. Diesem Betrag sind vorübergehend Ansätze für wirtschafts- und sozialpolitisch motivierte Begleitstrategien hinzuzufügen. Diese sind allerdings auf 5 bis 6 Milliarden Schilling im Jahresdurchschnitt einzugrenzen. Die budgetären Mehrausgaben für den Bund hängen schließlich von den Ergebnissen der Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund und Ländern ab. Basis dieser Verhandlungen sind die Beschlüsse der Landeshauptleutekonferenz bzw. der Landesfinanzreferentenkonferenz aus dem Jahr 1989. Nach diesen Beschlüssen sind die finanziellen Erträge und Belastungen, die sich aus der europäischen Integration für die Gebietskörperschaften ergeben, so aufzuteilen, daß die relativen Anteile der Gebietskörperschaften am Gesamtabgabenertrag unverändert bleiben.

## IV. Bundeshaushaltsrecht

### Bundesfinanzgesetz

Das Bundesfinanzgesetz (BFG) enthält neben dem Text des Bundesgesetzes über die Bewilligung des jährlichen Bundesvoranschlages als Anlagen den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes (Bundesvoranschlag), den Stellenplan sowie weitere für die Haushaltsführung im jeweiligen Finanzjahr wesentliche Grundlagen (das sind insbesondere der Fahrzeugplan und der Plan für Datenverarbeitungsanlagen). Die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes und der Entwürfe der übrigen Anlagen zum BFG — mit Ausnahme des federführend vom Bundeskanzler zu erstellenden Entwurfes des Stellenplanes — obliegt dem Bundesminister für Finanzen (vgl. §§ 32 und 33 des Bundeshaushaltsgesetzes — BHG). Der Entwurf des Bundesfinanzgesetzes ist sodann vom Bundesminister für Finanzen — der Entwurf der Anlage „Stellenplan“ vom Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen — der Bundesregierung zur Beschlußfassung vorzulegen (vgl. § 34 BHG).

Die Bundesregierung hat den von ihr beschlossenen Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr dem Nationalrat spätestens zehn Wochen vor Ablauf des jeweils laufenden Finanzjahres vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG).

Der Beschluß über die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat unterliegt nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Hat die Bundesregierung dem Nationalrat nicht zeitgerecht den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes vorgelegt oder beschließt der Nationalrat vor Ablauf des Finanzjahres kein Bundesfinanzgesetz, enthält Art. 51 Abs. 4 und 5 B-VG besondere Vorsorgen.

### Bundesrechnungsabschluß

Der Rechnungshof verfaßt den Bundesrechnungsabschluß und legt ihn dem Nationalrat vor (Art. 121 Abs. 2 1. Satz B-VG in Verbindung mit § 98 BHG und § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948). Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs. 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Bundesrechnungsabschluß ist vor der Vorlage an den Nationalrat vom Rechnungshof dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme zu übermitteln. Der Bundesminister für Finanzen kann sodann innerhalb dreier Wochen Äußerungen zum Bundesrechnungsabschluß erstatten. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluß in der Folge dem Nationalrat spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen. Die Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses durch den Nationalrat erfolgt in der Form eines Gesetzesbeschlusses, der nicht dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates (Art. 42 Abs. 5 B-VG) unterliegt und als solcher im Bundesgesetzblatt kundzumachen ist.

Der Bundesrechnungsabschluß selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

### Vorschriften für die Haushaltsführung

Die Haushaltsführung (§ 1 Abs. 2 BHG) des Bundes hat sich nach den haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen (Art. 13 Abs. 2, 51, 51 a, 51 b und 51 c B-VG) in Verbindung mit den einschlägigen Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes, BGBl. Nr. 213/1986, in der geltenden Fassung und den hiezu ergangenen Durchführungsvorschriften zu orientieren. Die in anderen Bundesgesetzen enthaltenen abweichenden Vorschriften für die Haushaltsführung werden durch das Bundeshaushaltsgesetz insoweit nicht berührt, als sie mit den oben angeführten haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen im Einklang stehen (vgl. hierzu Art. 51 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 100 Abs. 3 BHG).

Oberstes Ziel der Haushaltsführung ist die Erfüllung der Aufgaben des Bundes durch die Ermittlung und Bereitstellung der hierfür benötigten Geldmittel unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, wobei insbesondere auch die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und Gemeinden zu berücksichtigen ist.



## V. Gliederung des Bundesvoranschlages <sup>1)</sup>

### Gebarung

#### Wirksame und unwirksame Gebarung

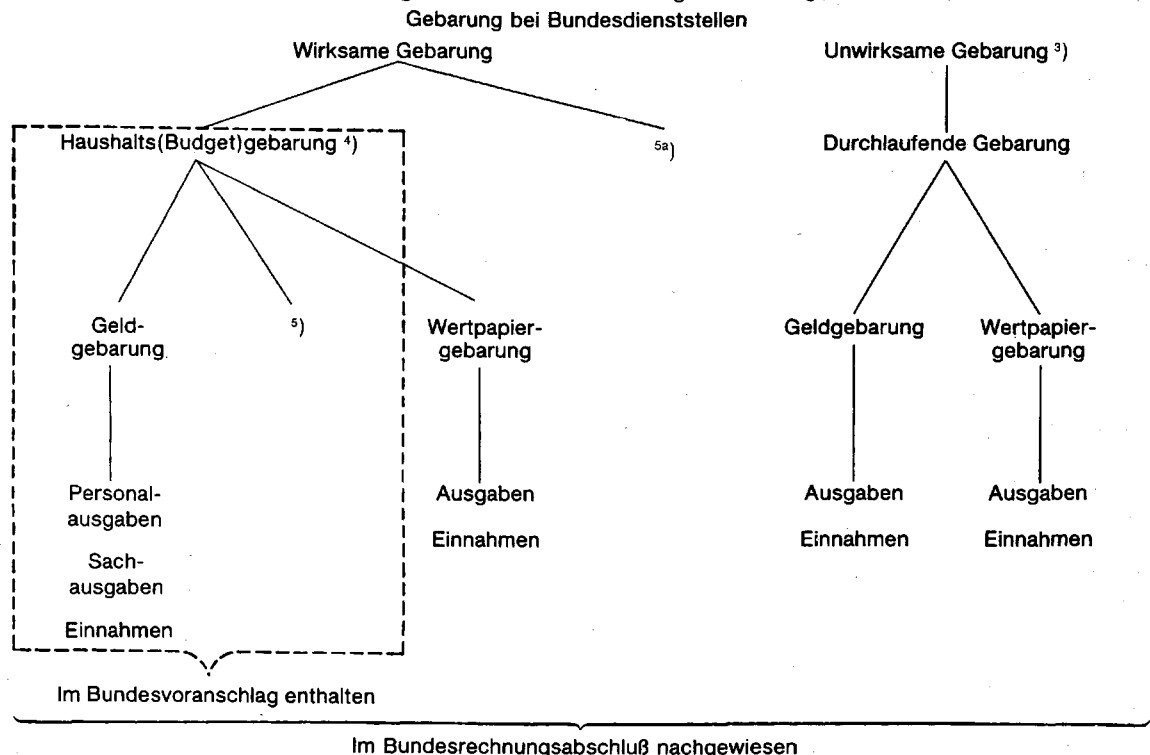
Die derzeit gültigen Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen voranschlagswirksamer und -unwirksamer Gebarung.

Der Begriff „wirksam“ ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam“. Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in bezug auf die einzelnen Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind <sup>2)</sup>. Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebarung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit die haushaltsrechtlichen Vorschriften solche vorsehen, zur wirksamen Gebarung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebarungen werden als unwirksam bezeichnet.

#### Haushaltsgebarung

Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfaßt der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebarung des Bundes.



<sup>1)</sup> Nähere Einzelheiten enthält der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebene Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes (Siehe Fußnote <sup>7)</sup>); der I. und II. Teil mit Stichwortverzeichnis zum Kontenplan des Bundes wurde im Dezember 1990 neu aufgelegt. Die Einigung der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Kontenplan fand ihren Niederschlag in der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974.

<sup>2)</sup> Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebarungen.

<sup>3)</sup> Entspricht der Gebarung der Bestands- und Erfolgsverrechnung.

<sup>4)</sup> Entspricht der Gebarung der voranschlagswirksamen Verrechnung.

<sup>5)</sup> Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1977 Trennung in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Nähere Einzelheiten siehe Seite 366.

<sup>5a)</sup> Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1987 wurden die Erlöse aus Schuldaufnahmen in der sogenannten Anlehensgebarung verrechnet, die nicht Bestandteil der Haushalts(Budget)gebarung war. Weitere Einzelheiten siehe Seite 366 unter „Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988“.

Bis zum Bundesvoranschlag 1977 war die Haushaltsgebarung getrennt in ordentliche und außerordentliche Gebarung. Diese traditionelle Gliederung war im Sinne der seinerzeitigen Auffassung, daß nur einmalige oder betragsmäßig den normalen Wirtschaftsrahmen übersteigende Vorhaben aus Kreditoperationen finanziert werden durften, während in der ordentlichen Gebarung der jährliche Budgetausgleich aus laufenden Einnahmen zu erfolgen hätte, begründet. Die verstärkte Heranziehung des Budgets zu konjunkturpolitischen Zwecken, der Umfang der Vermögenswertebeschaffung im Rahmen der ordentlichen Gebarung sowie die neueren nationalen und internationalen Erkenntnisse der Finanzwissenschaft bedingten jedoch, daß die seinerzeitigen Kriterien für die Veranschlagung von Ausgaben und Einnahmen in der außerordentlichen Gebarung völlig in den Hintergrund traten. Deshalb werden ab dem Jahre 1978 die gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundes in der ordentlichen Gebarung verrechnet.

## **Gliederung des Bundesvoranschlages**

### **Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966**

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, daß die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend nummerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind. Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß diese institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

### **Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967**

Bei den Vorarbeiten für die Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes<sup>6)</sup> wurde die Erkenntnis gewonnen, daß auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre.

Der Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingte, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch nummerierten System erstellt werden mußte.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch nummerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

### **Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988**

Gemäß § 16 Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz ist der Bundesvoranschlag in einen allgemeinen Haushalt und in einen Ausgleichshaushalt zu gliedern. Der Ausgleichshaushalt umfaßt die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten sowie die Einnahmen und Ausgaben infolge eines Kapitalaustausches bei Währungstauschverträgen, der allgemeine Haushalt die übrigen Einnahmen und Ausgaben. Ausgenommen von der Veranschlagung sind lediglich die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden im Rahmen einer Prolongation oder Konversion.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken<sup>7)</sup>:

### **Haushalt**

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages wird jedem Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungs- ziffer	Kurzbezeich- nung)
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes .....	1	A
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes .....	2	E
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes .....	7	Au
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes .....	8	Eu

<sup>6)</sup> Siehe Seite 364.

<sup>7)</sup> Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil“, in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)“, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Neuaufgabe 1990).

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Erfolgswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen		Bestandswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen	Summe
								Personal-	Sach-		
								ausgaben <sup>a)</sup>			
								Millionen Schilling			
Voranschlagsansatz											

<sup>a)</sup> Die Untergliederung in Personal- und Sachausgaben entfällt bei den erfolgswirksamen Einnahmen.

### Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 — unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Kompetenzänderungen — die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
<b>0</b>		<b>Oberste Organe:</b>
	1	Präsidentenkanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	5	Volksanwaltschaft
	6	Rechnungshof
<b>1</b>		<b>Innenverwaltung:</b>
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
	3	Kunst
	4	Wissenschaft und Forschung
	5	Soziales
	6	Sozialversicherung
	7	Gesundheit und Konsumentenschutz
	8	Umwelt
	9	Jugend und Familie
<b>2</b>		<b>Auswärtige Angelegenheiten:</b>
	0	Äußeres
<b>3</b>		<b>Justizwesen:</b>
	0	Justiz
<b>4</b>		<b>Landesverteidigung:</b>
	0	Militärische Angelegenheiten
<b>5</b>		<b>Finanzen:</b>
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)
	9	Finanzschuld, Währungstauschverträge

**Gebarunggruppen**

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
<b>6</b>		<b>Wirtschaft:</b>
	0	Land- und Forstwirtschaft
	3	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
	4	Bauten und Technik
	5	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr
<b>7</b>		<b>Bundesbetriebe:</b>
	1	Bundestheater
	5	Alkohol (Monopol)
	7	Österreichische Bundesforste
	8	Post- und Telegraphenverwaltung

Die übrigen Dekaden der Voranschlagsansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach organorientierten und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

**Dekade „Unterteilung“**

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung, gesteuert.

**Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarunggruppen)**

Bei den **Ausgabenansätzen** ist gemäß § 20 BHG die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarunggruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Gebarunggruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
<b>Personalausgaben:</b>		
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben .....	Personalausgaben .....	A/G-P
<b>Sachausgaben:</b>		
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen) .....	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....	An/G
3 = Anlagen (Ermessensausgaben) .....	Anlagen .....	An
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen) .....	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....	F/G
5 = Förderungen — Darlehen (Ermessensausgaben) .....	Förderungen (D) .....	F-D
6 = Förderungen — Zuschuß (Ermessensausgaben) .....	Förderungen .....	F
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben .....	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) .....	A/G-S
8 = Aufwendungen — erfolgswirksam (Ermessensausgaben) .....	Aufwendungen .....	A
9 = Aufwendungen — bestandswirksam (Ermessensausgaben) .....	Aufwendungen (B) .....	A-B

**Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben**

369

Bei den **Einnahmenansätzen** ist gem. § 20 BHG die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

Gebarunggruppe		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0	} Zweckgebundene Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen) .....	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen .....	ZE
1			
2	} Zweckgebundene Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen) .....	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen .....	ZB
3 <sup>9)</sup>			
4	} Sonstige Einnahmen (Erfolgswirksame Einnahmen) .....	Erfolgswirksame Einnahmen .....	E
5			
6			
7	} Sonstige Einnahmen (Bestandswirksame Einnahmen) .....	Bestandswirksame Einnahmen .....	B
8			
9 <sup>9)</sup>			

Als Ausgaben für „Anlagen“ sind die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens des Bundes zu veranschlagen, sofern diese Ausgaben im einzelnen die nach den jeweils geltenden einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzten Betragsgrenzen (dzt. 5 000 S) übersteigen. Nicht als „Anlagen“ zu veranschlagen sind Ausgaben für die Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Eigenregie. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen<sup>10)</sup>.

Als Ausgaben für „Förderungen“ sind Ausgaben des Bundes für zins- oder amortisationsbegünstigte Gelddarlehen, Annuitäten-, Zinsen- und Kreditkostenzuschüsse sowie sonstige Geldzuwendungen zu veranschlagen, die der Bund einer natürlichen oder juristischen Person für eine von dieser erbrachte oder beabsichtigte Leistung, an der ein erhebliches vom Bund wahrzunehmendes öffentliches Interesse besteht, gewährt, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten<sup>11)</sup>.

Ausgenommen von dieser Veranschlagung sind Ausgaben für Finanzaufwendungen und sonstige Zuschüsse an Gebietskörperschaften gemäß § 12 F-VG 1948 sowie für Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter<sup>11a)</sup>.

Unter „Aufwendungen“ sind alle Ausgaben veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen.

Bis einschließlich 1973 waren die Aufwendungen bei zwei Gebarunggruppen veranschlagt gewesen, und zwar bei den Ansätzen „Verwaltungsaufwand“ und „Aufwandskredite“. Für die Zusammenlegung war maßgeblich, daß eine genaue Trennung dieser beiden Ausgaben-Gruppen, die beide Aufwendungen zum Inhalt hatten, nicht immer möglich war.

Eine kapitelweise Aufgliederung der gesamten Sachausgaben nach Gebarunggruppen enthält die Anlage I b zum Bundesfinanzgesetz.

**Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben**

Bei den Gebarunggruppen sind jeweils die Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen Ausgaben veranschlagt. Als „Gesetzliche Verpflichtungen“ (als Begriff des Bundeshaushaltsrechtes) sind die Ausgaben veranschlagt, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, daß sie in dieser Hinsicht weder bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes noch bei der Vollziehung des betreffenden Bundesgesetzes beeinflussbar sind. Die gemäß § 20 Abs. 3 BHG zu den Personalausgaben zählenden Ausgaben und die Ausgaben für die Zahlung öffentlicher Abgaben sind den Ausgaben für gesetzliche

<sup>9)</sup> Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

<sup>10)</sup> Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluß.

<sup>11)</sup> Ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (Investitionsförderung) oder ob es sich um sonstige Förderungen (Förderungsleistungen) handelt, ist aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte) ersichtlich.

<sup>11a)</sup> Sozialleistungen sollen auf Grund der sie regelnden Rechtsvorschriften unmittelbar Einkommensverbesserungen der Empfänger bewirken und die Befriedigung von deren Individualbedürfnissen ermöglichen, wobei die Verwendung dieser Geldzuwendungen keiner rechtlichen Beschränkung oder rechtlich normierten Kontrolle unterworfen wird.

Verpflichtungen gleichzusetzen. Alle übrigen Ausgaben sind als „Ermessensausgaben“ zu veranschlagen.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessensausgaben dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessensausgaben zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

### **Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)**

Die organorientierte Gliederung ist für einen öffentlichen Haushaltsplan notwendig, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Organe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften entspricht. Diese organorientierte Gliederung reicht aber nicht aus, die Aufgabenzwecke und Leistungen der öffentlichen Hand übersichtlich darzustellen. Aus diesem Grunde werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages nach funktionellen Gesichtspunkten aufgegliedert bzw. Aufgabenbereichskennziffern zugeordnet.

Auf der Ausgabenseite richtet sich die funktionelle Zuordnung nach dem mit einer Ausgabe verfolgten Zweck, wie zB erzieherische, kulturelle, soziale, verschiedene wirtschaftliche Zwecke. Wenn dieses Kriterium für Zuordnungszwecke nicht ausreicht, ist als weiteres Kriterium die Wirkung beim Empfänger der staatlichen Leistung in die Überlegung einzubeziehen.

Bei der funktionellen Zuordnung der Einnahmen ist entscheidend, für welche funktionelle Bereiche Einnahmen aufgebracht werden oder gewidmet sind, bzw. von welchen Bereichen die Einnahmen zufließen. In der Regel werden die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Organs anfallenden Einnahmen, soweit letztere keine besondere Zweckwidmung aufweisen, zu dem Aufgabenbereich zählen, dem die Ausgaben des Organs zugeordnet sind.

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht .....	EU
12	Forschung und Wissenschaft .....	FW
13	Kunst .....	Kn
14	Kultus .....	KI
21	Gesundheit .....	Gh
22	Soziale Wohlfahrt .....	SW
23	Wohnungsbau .....	Wb
32	Straßen .....	St
33	Sonstiger Verkehr .....	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft .....	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft) .....	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) .....	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen .....	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel) .....	PD
41	Landesverteidigung .....	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit .....	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung .....	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene Aufgabenbereich-Kennziffer ist kein Bestandteil der Voranschlagsansatz-Kennziffer (siehe auch § 22 BHG).

**Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)**

371

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

**Grundsätzliches**

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können die unmittelbaren Ausgaben für Amtsorgane sowie für Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen sein, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteilerwerbungen an Unternehmungen und ähnliches handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesorgane ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie zB auch die baulicher Natur (Neubau und Instandhaltung) bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

**Erziehung und Unterricht**

Der Bereich „Erziehung und Unterricht“ (EU) umfaßt das Schulwesen (ausgenommen die Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und Kunsthochschulen), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

**Forschung und Wissenschaft**

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft“ (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

**Kunst**

Zum Bereich „Kunst“ (Kn) zählen die Ausgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandbeziehungen.

**Kultus**

Dem Aufgabenbereich „Kultus“ (KI) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Nicht einzubeziehen sind Zahlungen an diese Rechtsträger für Restaurierungsarbeiten und ähnliche im denkmalpflegerischen Sinn.

**Gesundheit**

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit“ (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten, zur Erhaltung der Gesundheit sowie dem Umweltschutz dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hiezu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

**Soziale Wohlfahrt**

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt“ (SW) umfaßt alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen der Arbeitsmarktverwaltung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (ua. auch Preisstützungen, soweit sie nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen darstellen), ferner Ausgaben für Kriegssopfer und Heeresversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronisch bzw. unheilbar Erkrankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

**Wohnungsbau**

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau“ (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

**Straßen**

Dem Aufgabenbereich „Straßen“ (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen und Autobahnen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

**Sonstiger Verkehr**

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr“ (Vk) sind alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen erfaßt, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

**Land- und Forstwirtschaft**

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ (Lf) umfaßt die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung einzubeziehen.

**Energiewirtschaft**

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft“ (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ auszuweisen sind.

**Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)**

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe“ (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefaßt.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbaue sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungsweise auszuweisen.

**Öffentliche Dienstleistungen**

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ (ÖD) zählen Einrichtungen, wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen und ähnliche, oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.



### **Private Dienstleistungen**

Dem Bereich „Private Dienstleistungen“ (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

### **Landesverteidigung**

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung“ (Lv) umfaßt alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (zB Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

### **Staats- und Rechtssicherheit**

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit“ (SR) gelangen die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen zur Nachweisung. Dazu zählen auch die Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Volksanwaltschaft.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereich Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

### **Übrige Hoheitsverwaltung**

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung“ (Hv) umfaßt die Ausgaben für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (zB Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof), für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie zB Eich- und Vermessungswesen, für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche handelt, für den Schuldendienst des Bundes, für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen, für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind in diesem Bereich nur dann nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatz- und Postengliederung hervorgeht.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

### **Übersichten**

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlags 1995 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits<sup>12)</sup> und funktionellen Gesichtspunkten andererseits sowie deren Kombination enthalten die Anlagen I c und II a zum Bundesfinanzgesetz. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlags 1995 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

### **Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben**

In der Bundesverrechnung sind als erfolgswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche zu veranschlagen, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern, als bestandswirksame

<sup>12)</sup> Siehe Seiten 368 bis 370.

Einnahmen oder Ausgaben solche, die diesen Unterschied nicht verändern.<sup>13)</sup> Als erfolgswirksame Ausgaben gelten auch die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit sich diese Ausgaben auf geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Sinne der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen beziehen.

**Kontenplan für die Bundesverwaltung<sup>13a)</sup>**

Gemäß § 24 BHG ist zu den Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages in den Teilheften die erforderliche Anzahl von Voranschlagsposten zu bilden. Hierbei sind rechtlich oder wirtschaftlich gleichartige Einnahmen oder Ausgaben betragsmäßig unter eigenen Voranschlagsposten zusammenzufassen. Bei der Bildung der Voranschlagsposten sind auch die Erfordernisse des Investitionsprogramms, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Finanzstatistik zu beachten. Die Bildung der Voranschlagsposten ist für alle Organe des Bundes einheitlich und unter Anwendung des Dezimalsystems in einem Postenverzeichnis vorzusehen. Der Bundesminister für Finanzen hat nach Anhörung des Rechnungshofes durch Verordnung den dem Postenverzeichnis zugrunde zu legenden Kontenplan zu erlassen, der auch Konten für die Bestands- und Erfolgsverrechnung zu umfassen hat<sup>13b)</sup>.

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und des Postenschemas des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluß:

**Kontenplan**

Konten-Klasse (KI) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer .....	0●●●	<sup>14)</sup>
Konten-Unterklassé (Ukl) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer ..	●0●●	
Konten-Gruppe (Gru) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer .....	●●0●	
Konten-Stelle (St) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer .....	●●●0	
Konto-Kennziffer = Konto (K) .....	0000	
Konten-Untergliederung (Ugl) .....	●●●●	●●●

**Postengliederung**

Post-Nummer der Voranschlagspost (VP) .....	—————	●●●
Post-Untergliederung (Ugl) .....	—————	000

**Postenverzeichnis**

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

**Kontenplan**

Der Kontenplan berücksichtigt haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögens- und Schuldenrechnung (Bestandsrechnung) sowie einer Erfolgsrechnung des Bundes.

**Postengliederung**

Die Ausgaben und Einnahmen der Voranschlagsansätze sind zumindest nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger

<sup>13)</sup> Es ist also die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung hingegen sind die Vermögenstransaktionen vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

<sup>13a)</sup> Siehe Fußnoten 7) auf Seite 366.

<sup>13b)</sup> Die Kontenplanverordnung (KPV) erging mit BGBl. Nr. 507/1987, die 2. KPV mit BGBl. Nr. 314/1990.

<sup>14)</sup> Aus den Kontenklassen sind die erfolgswirksamen und bestandswirksamen Einnahmen und Ausgaben wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben	Einnahmen
	Kontenklasse	
erfolgswirksame .....	4—7	8
bestandswirksame .....	0—3	0—3

Post-Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungs-elemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystems und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung der Voranschlagsansätze zu verfeinern und die Einzelveranschlagung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

### **Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Die organorientierte Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerläßliche Notwendigkeit jedes Bundesvoranschlags, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muß daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, daß die einzelnen Gebarungselemente in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Voranschlagsansätze und andererseits durch den für die Postengliederung der Voranschlagsansätze maßgeblichen Kontenplan. Hierbei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlags nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: laufende Ausgaben und Einnahmen einerseits und Vermögens-transaktionen der Ausgaben- und Einnahmenseite andererseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Transaktionen und Vermögens-transaktionen sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft Anwendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichische Volksvermögen maßgeblich<sup>15)</sup>.

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlags werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Den Vermögenstransaktionen werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

<sup>15)</sup> Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in erfolgswirksame Einnahmen und Ausgaben und bestandswirksame Einnahmen und Ausgaben ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zu den erfolgswirksamen oder zu den bestandswirksamen ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; zB zählen Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

**Ausgaben****I. Hauptgruppe**

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen — letztere insbesondere von seinen Bediensteten — erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter und an das Ausland an, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfaßt Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (zB Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

**Ausgaben für Güter und Dienstleistungen**

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem die Personal- und Sachausgaben des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgegoltenen Löhne und Gehälter (zB Deputate) wird hier auch nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden derzeit die Bruttopensionen abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamten der Amtsorgane und Organe der betriebsähnlichen Einrichtungen dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der Beamten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe „Transferzahlungen“ in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes bei den Vermögenstransaktionen unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlags nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der voranschlagswirksamen Verrechnung des Bundes sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

**Laufende Transferzahlungen**

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfaßt, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von „fiktiven“ Zinsenzuschüssen einzubeziehen, das sind die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müßten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ als „imputierte Zinsen“ ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der

**Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 377**

Veranschlagung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind, können in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisausgleiche ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die damit finanzierten Marktinterventionsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Leitprodukte eine Stabilisierung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

**Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit**

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefaßt, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsdienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuld aufnehmen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hierfür eine eigene Position geschaffen.

**II. Hauptgruppe**

Die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagenvermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Zuführung an Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivbestandes andererseits) an. Die zweite Gruppe umfaßt die Kapitaltransfers, das sind Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschichtung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

**Vermögensumschichtungen**

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen „Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen“ wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, das ist gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so daß sie auch nicht gesondert erfaßbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alle Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 5 000 S beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt „Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen“, 2. Absatz.

Bei der Position „Erwerb von Liegenschaften“ werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammenhang stehende aktivierungsfähige Rechte dargestellt.

Unter „Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen“ sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, und zwar getrennt, erfaßt.

Als „Darlehen“ sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, und zwar die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der „Zuführungen an Rücklagen“, die nicht in Anspruch genommene Beträge von bestimmten Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen sowie den Haushaltsausgleich gemäß § 53 Abs. 3 BHG zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

**378 Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Für die Ausgaben zur „Tilgung von Schulden“ ist kennzeichnend, daß sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

**Kapitaltransfers**

Auch bei den Kapitaltransfers erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Die Grenze zwischen laufenden Transfers und Kapitaltransfers läßt sich nicht immer scharf ziehen. In solchen Fällen ist wie folgt vorzugehen: „Vermischte Transfers (d. s. solche, die bei einem Partner als laufende, beim anderen als Kapitaltransfers erscheinen) sind beim Bundesorgan als Kapitaltransfers zu behandeln.

Neigen jedoch beide Partner zwar der gleichen Ansicht zu (entweder beide laufende Transfers oder beide Kapitaltransfers), sind aber beide Partner nicht sicher über die Zuordnung, ist in einem solchen Zweifelsfall die Überweisung vom Bundesorgan als „einkommenswirksam“ zu betrachten und den laufenden Transfers zuzurechnen.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

**Einnahmen****III. Hauptgruppe**

Die laufenden Einnahmen des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen.

Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, und zwar überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, daß diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondern im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

**Einnahmen für Güter und Dienstleistungen**

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (zB Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfaßt. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbsterstellten Anlagen entsprächen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbsterstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird daher derzeit nicht durchgeführt.

**Laufende Transfereinnahmen**

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen

Haushalten. Im übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel „Öffentliche Abgaben“ ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie zB Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im allgemeinen nimmt man an, daß die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unverteilt Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abgaben, wie zB die der direkten Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaften zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

#### **Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit**

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund ua. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (zB Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

### **IV. Hauptgruppe**

Die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die *Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite*.

#### **Vermögensumschichtungen**

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Entnahme und Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, daß die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

#### **Kapitaltransfers**

Kapitaltransferzahlungen an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

#### **Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)**

Betriebsähnliche Einrichtungen sind organisatorische Einrichtungen des Bundes, die unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze Leistungen (§ 859 ABGB) an andere Organe des Bundes oder an andere Rechtsträger gegen Entgelt erbringen, wobei Kostendeckung anzustreben ist, sofern dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Sie werden durch Verordnung zu solchen erklärt [§ 4(4) BHG].

Die Gebarung der betriebsähnlichen Einrichtungen wird bei den einzelnen Kapiteln von der übrigen Gebarung getrennt, und zwar in der Regel in eigenen Voranschlagsansätzen gesondert ausgewiesen. Eine Übersicht über die betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes befindet sich in der Beilage E zum Amtsbehef, II. Teil.

## **Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet**

### **Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben**

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind den Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten (Beilagen III. D) angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen Voranschlagsansätzen oder Voranschlagsposten gesondert veranschlagt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(1)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der Ausgabenansätze für Anlagen sowie der für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bausektor betreffenden Sonderanlagen sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten Ausgabenbeträge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung im nachfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

### **Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben**

Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, sind ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

## **Zweckgebundene Einnahmen**

Zweckgebundene Einnahmen sind solche, die auf Grund eines Bundesgesetzes nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind.

Als zweckgebundene Ausgaben können überdies veranschlagt werden:

1. Ausgaben, die auf Grund eines Vertrages oder einer letztwilligen Verfügung einem bestimmten Verwendungszweck, der von dem zuständigen Organ des Bundes einseitig nicht abänderbar ist, zu dienen haben und die der Höhe nach durch die auf Grund derselben Rechtsgrundlage hierfür anfallenden Einnahmen begrenzt sind;

2. Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach Maßgabe der aus der Veräußerung eines vom gleichen Organ des Bundes verwalteten Bestandteiles des unbeweglichen Bundesvermögens erzielten Einnahmen, sofern der wirtschaftliche Zusammenhang dies rechtfertigt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(2)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zuzuführen ist, wenn die Zweckbestimmung weiterhin gegeben ist.

## **Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe**

Die kaufmännische Tätigkeit der Bundesbetriebe erfordert eine entsprechende Beweglichkeit im Budgetvollzug, wobei aber auch die Interessen des gesamten Bundeshaushaltes sowie die Haushaltsvorschriften des Bundes zu beachten sind. Nachfolgende Maßnahmen ermöglichen eine größere wirtschaftliche und finanzielle Beweglichkeit der Bundesbetriebe:

1. Bestimmungen im Bundesfinanzgesetz bzw. im Bundeshaushaltsgesetz, wonach

- a) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt wird, den Bundesbetrieben auf deren Antrag die Verwendung von Mehreinnahmen für im Bundesvoranschlag vorgesehene betriebsnotwendige Investitionen zu bewilligen;
- b) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt ist zuzustimmen, daß Mehreinnahmen eines Bundesbetriebes zur Bedeckung der damit verbundenen Mehraufwendungen herangezogen werden.



**Allgemeines**

381

2. Ermächtigung der Betriebe zur Vornahme finanzieller Ausgleichs innerhalb der Monatszuweisungen für die Sachausgaben ohne Einholung der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.
3. Ermächtigung zur Übertragung nichtverbraucher Ausgabenbeträge eines Monats auf den folgenden Monat gegen nachträgliche Mitteilung an den Bundesminister für Finanzen.

**Allgemeines****Bruttoprinzip**

Die im Finanzjahr erwarteten Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes sind voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) veranschlagt. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts sowie an Bundesbetriebe und rechtlich unselbständige Sondervermögen des Bundes zu überweisenden Abgaben oder Anteile an solchen, die bundesgesetzlich geregelt sind und von Abgabenbehörden des Bundes eingehoben werden, sind gemäß § 16 Abs. 3 BHG gesondert als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben veranschlagt.

**Vergleichsziffern**

Den Ziffern der Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlags 1995 sind zur Ermöglichung eines ziffermäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlags 1994 und die Erfolgzziffern des Jahres 1993 beigefügt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften“, in denen die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlags nach Voranschlagsposten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Voranschlagsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

**Teilhefte**

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

**Auslandszahlungsverkehr**

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

**Veranschlagung**

Ausgaben und Einnahmen des Bundes einschließlich der voraussichtlichen Spesen, die in ausländischer Währung zu leisten sind, und Finanzschulden und Währungstauschverträge in ausländischer Währung sind mit den jeweils geltenden Kurswerten veranschlagt.

**Zahlungsverkehr**

Zahlungen der Bundesdienststellen in das Ausland sind unter Bedachtnahme auf § 42 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50 und §§ 41 und 54 der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989, über die OeNB sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch über die ÖPSK durchzuführen.

In Zahlung genommene oder dem Bund anheimgefallene Valuten (ausländische Münzen oder Banknoten) sind, soweit sie nicht für Auszahlungen erforderlich sind, für Rechnung der empfangsberechtigten Dienststelle einzuwechseln.

**Verrechnung**

Zahlungen in das Ausland sind zum Zeitpunkt der Auftragserteilung an die OeNB oder ÖPSK — wenn die Schuld auf eine Fremdwährung lautet — zunächst mit dem Kassenwert auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. Nach Abrechnung durch die OeNB oder ÖPSK ist die Differenz zwischen der ursprünglichen Buchung und dem angelasteten Gesamtbetrag (einschließlich Spesen) auf dem entsprechenden Sachkonto zu verrechnen. In jenen Fällen, in denen aus verrechnungstechnischen Gründen das Sachkonto nicht mit dem Spesenbetrag belastet werden darf, ist dieser zu Lasten einer Voranschlagspost für Geldverkehrsspesen zu verrechnen.

Weiters wird angeregt, die Listung der „Barabhebungskurse“ der der „Kassenwerte“ anzugleichen (Menge der Währungseinheiten, Währungsbezeichnung sowie Sortierung).

**Auslandszahlungsverkehr**

Die Verrechnung der Kosten des An- oder Verkaufes von Valuten hat zu dem von der Kreditunternehmung (Bank) ermittelten Schilling-Gegenwert zu erfolgen. Die weitere Gebarung mit den angekauften Valuten hat in der betreffenden Fremdwährung, die Nachweisung zum Kassenwert zu erfolgen.

Sonderregelungen im Auslandszahlungsverkehr bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen und des Rechnungshofes. Der Zahlungsverkehr, die Verrechnung sowie die Limitanrechnung bei der Auslandsanleihegebarung werden entsprechend den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt. In der Regel wird für in ausländischer Währung eingegangene Finanzschulden und Währungstauschverträge der von der jeweiligen Kreditunternehmung in Rechnung gestellte Kurswert herangezogen.

Im übrigen gelten für den Zahlungsverkehr und die Verrechnung die Bestimmungen der BHV 1989, BGBl. Nr. 570/1989.

**Kassenwerte**

Die Zahlungen in ausländischer Währung sind nach dem Rundschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 27. Juni 1994, Z 14 0100/10-V/8/94, AÖFV Nr. 208 vom 1. Juli 1994, mit nachstehenden Kassenwerten für je 100 Währungseinheiten zu verrechnen <sup>16)</sup>:

	Schilling
Afghani	0,50
gyptische Pfund	340,00
Albanische Lek	12,00
Algerische Dinar	31,00
Angolanische Kwanza (Neue)	0,015
Argentinische Pesos (Neue)	1 125,00
thiopische Birr	185,00
Australische Dollar	850,00
Bahama-Dollar	1 128,00
Bangalische Taka	28,50
Barbados-Dollar	570,00
Belgische Francs	34,25
Bermuda-Dollar	1 128,00
Bolivianos	245,00
Botswana-Pulas	410,00
Brasilianische Reais	1 128,00
Brunei-Dollar	740,00
Bulgarische Lewa	21,00
CFA-Francs	2,06
CFP-Francs	11,32
Chilenische Pesos	2,75
Chinesische Ren-Min-Bi/Yuan	135,00
Costa Rica-Colones	7,50
Danische Kronen	180,00
Deutsche Mark	704,00
Djibouti-Francs	6,50
Dominikanische Pesos	90,00
ECU (Europaische Wahrungseinheit)	1 352,00
Ekuadorianische Sucres	0,54
El Salvador-Colones	132,00
Estnische Kronen	88,00
Finnmark	212,00
Französische Francs	205,85
Gambische Dalasis	117,00
Ghanesische Cedis	1,25
Griechische Drachmen	4,55
Guatemaltekkische Quetzal	196,00
Holländische Gulden	628,00
Honduras-Lempiras	140,00
Hongkong-Dollar	147,00

<sup>16)</sup> Stand 1. Juli 1993.

## Auslandszahlungsverkehr

383

Schilling

Indische Rupien	36,50
Indonesische Rupiahs	0,52
Irakische Dinar	3 700,00
Iranische Rials	0,65
Irische Pfund	1 710,00
Isländische Kronen	16,50
Israelische Schekel (Neue)	370,00
Italienische Lire	0,72
Jamaika-Dollar	38,00
Japanische Yen	11,20
Jordanische Dinar	1 630,00
Jugoslawische Dinar (Neue)	700,00
Kanadische Dollar	815,00
Kenia-Shilling	20,20
Kolumbianische Pesos	1,38
Koreanische Won (NORD)	540,00
Koreanische Won (SÜD)	1,40
Kroatische Kuna	189,00
Kubanische Pesos	1 500,00
Kuwait-Dinar	3 800,00
Laotische Kip	1,65
Leones (Sierra Leone)	2,00
Libanesische Pfund	0,70
Liberianische Dollar	1 128,00
Libysche Dinar	3 630,00
Luxemburgische Francs	34,25
Madagaskar-Francs	0,50
Malawi-Kwacha	158,00
Malaysische Ringgit	430,00
Maltesische Pfund/Lire	3 020,00
Marokkanische Dirhams	125,00
Mauretanische Ouguiyas	9,50
Mauritius-Rupien	65,00
Mexikanische Pesos (Neue)	335,00
Mongolische Tugrik	2,90
Mosambik-Metical	0,20
Myanmar-Kyats (Burma)	191,00
Nepalesische Rupien	24,00
Neuseeland-Dollar	670,00
Nicaragua Gold-Cordobas	175,00
Niederländische Antillen-Gulden	650,00
Nigerianische Naira	52,00
Norwegische Kronen	162,50
Omanische Rials	2 930,00
Pakistanische Rupien	37,45
Paraguayische Guaranis	0,59
Peruanische Soles (Neue)	515,00
Pfund Sterling	1 735,00
Philippinische Pesos	42,00
Polnische Zloty	0,0505
Portugiesische Escudos	6,80
Ruanda-Francs	8,00
Rubel (GUS, ehem. UdSSR)	0,57
Rumänische Lei	0,68
Sambische Kwacha	1,70
Saudi-Riyal (Saudi-Arabien)	300,00
Schwedische Kronen	146,50
Schweizer Franken	839,00
Seychellen-Rupien	225,00
Simbabwe-Dollar	143,00

	Schilling
Singapur-Dollar .....	740,00
Slowakische Kronen .....	35,60
Slowenische Tolar .....	8,85
Spanische Peseten .....	8,55
Sri Lanka-Rupien .....	23,50
Sudanesische Pfund .....	3,50
Südafrikanische Rand .....	315,00
Suriname-Gulden .....	645,00
Swasiland-Emalangenl .....	315,00
Syrische Pfund .....	43,00
Taiwan-Dollar (Neue) .....	43,00
Tansania-Shilling .....	2,20
Thailändische Bahts .....	45,50
Trinidad- und Tobago-Dollar .....	195,00
Tschechische Kronen .....	39,70
Tunesische Dinar .....	1 135,00
Türkische Pfund/Lire .....	0,0370
UAE Dirhams (Ver. Arab. Emirate) .....	315,00
Uganda-Shilling .....	1,20
Ukrainische Karbowanez .....	0,06
Ungarische Forint .....	11,05
Uruguayische Pesos (\$U) .....	225,00
US-Dollar .....	1 128,00
Venezolanische Bolivars .....	5,75
Vietnam-Dong .....	0,10
Zaires (Neue) .....	5,00
Zypern-Pfund .....	2 330,00

**Zollwertkurse**

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Verkehrsteuern und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund § 4 Abs. 8 und § 5 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 223, § 10 des Wertzollgesetzes 1980, BGBl. Nr. 221, und § 5 Abs. 6 des Versicherungsteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133, jeweils zum Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während des Monats für bestimmte ausländische Währungen Zollwertkurse festgesetzt.

**Zollentrichtungskurse**

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse für alle Barzahlungsfälle der Zollverwaltung fest (Zollentrichtungskurse).

**Verlautbarung**

Die Zollwertkurse und die Kassenwerte werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ sowie im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“, die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ sowie durch Anschlag bei den Zollämtern verlautbart.

**Barabhebungskurse**

Für die Abhebung der Auslandszulagen gemäß § 21 GG 1956 an bestimmten Dienstorten sind folgende Barabhebungskurse für je 100 Währungseinheiten (Umrechnungskurse für die Auslandsbesoldung) festgesetzt (Stand: 1. Mai 1994):

	Schilling
Irakische Dinar *) .....	1 700,00
Kubanische Pesos *) .....	1 450,00
Libysche Dinar .....	2 400,00

An den übrigen Dienstorten gelten für die Abhebung der Auslandszulagen die jeweils festgesetzten Kassenwerte.

\*) Vorläufig außer Kraft gesetzt.